Schriften
zur Extremismus- und Terrorismusforschung
18

Brühl 2024

Hendrik Hansen / Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2021-2023 (II)

Hochschule des Bundes
für öffentliche
Verwaltung

Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2021-2023 (II)

Brühl /Rheinland 2024

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-96744-009-6

Impressum:

Hochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

Willy-Brandt-Str. 1

50321 Brühl

www.hsbund.de

Inhalt des zweiten Teilbandes

Linksextremismus

Armin Pfahl-Traughber: Das Konzept „Linksextremismus“ im Widerstreit. Eine Analyse von Einwänden, Gegenpositionen und Unterstellungen 9

Udo Baron: Von der Radikalisierung in die Gewalt zur Radikalisierung in der Gewalt. Eine prognostische Analyse zu Gefahrenpotentialen in der Autonomen-Szene 36

Udo Baron: Die Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus 2.0. Eine Analyse zur Veränderung linksextremistischer Beeinflussungsversuche 61

Islamismus

Aaron Kunze: Das europäische Netzwerk der „Muslimbruderschaft“. Eine quantitative Analyse der MB-Multifunktionäre 85

Christian Stupp: Die „Muslimbruderschaft“ in Deutschland als soziale Bewegung. Analyse zur Einschätzung einer Organisationsform 120

Günther Jikeli: Antisemitismus unter Muslimen als potentielles Mobilisierungsmittel für islamistische Gruppen. Eine Auswertung von Umfragen zu muslimischem Antisemitismus in westlichen Ländern 146

Terrorismus

Armin Pfahl-Traughber: Rechtsterrorismus als Terminus und Untersuchungskonzept. Definitionen, Einordnungen, Spezifika 187

Jan-Hinrick Pesch: „Leaderless Resistance“ von links. Die „Revolutionären Zellen“ als frühes Modell zellulär-horizontaler Organisationsformen im Terrorismus 209

Harald Bergsdorf: Täter-Opfer-Umkehr in der Propaganda der RAF. Die kommunikative Doppelstrategie von Selbstlegitimierung und Selbstviktimisierung 244

Phänomenbereichsübergreifende Vergleiche

Corinna Lehmann/Sabine Schupp-Demiriz/Britt Ziolkowski: Zur Bedeutung von Gender-Aspekten bei der Radikalisierung von Mädchen und Frauen. Eine vergleichende Analyse zu Entwicklungen im Islamismus und Rechtsextremismus 271

Themenschwerpunkt „Identitätspolitik“

Tom Mannewitz: Eine Gefahr für die konstitutionelle Demokratie? (Linke) Identitätspolitik zwischen Emanzipation und Extremismus 309

Armin Pfahl-Traughber: Partikulare versus universelle Prinzipien. Bedenkliche Elemente linker Identitätspolitik 336

Inhalt des ersten Teilbandes

Vorwort

Grundsatzfragen

Armin Pfahl-Traughber: Die Extremismustheorie lernt von der Neopluralismustheorie. Anregungen von Ernst Fraenkel zum Thema

Hendrik Hansen: „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Eine Analyse des neuen Phänomenbereichs aus Sicht der Extremismusforschung

Eva Weißbach: Das Phänomen der Entgrenzung. Ein Raster zur Analyse der Ausgangssituation, dem strategischen Vorgehen von Extremisten und der Entgrenzungswirkung im Links- und Rechtsextremismus

Marcel Muth: Das Phänomen des politischen „Seitenwechsels“ im Extremismus. Ein Analyseschema zur Untersuchung von Motiven, Einflussfaktoren und Ursachen

Auseinandersetzung mit der Extremismustheorie

Maximilian Fuhrmann: Wer vage bleibt, gewinnt. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Extremismusforschung

Philip Scharf: Das (anti-) extremistische Tanzpaar: Die Kür als Katastrophe. Über die sozialwissenschaftliche Neuausrichtung eines umstrittenen Forschungsgegenstands

Armin Pfahl-Traughber: Kritische Einwände gegen die Extremismustheorie in kritischer Prüfung. Antworten auf Maximilian Fuhrmann und Philipp Scharf

Udo Baron/Hendrik Hansen/Tom Mannewitz: Kommentare zum vorherigen Beitrag von Philip Scharf

Rechtsextremismus

Christian Menhorn: Die Instrumentalisierung des Corona-Protestgeschehens durch rechtsextremistische Akteure. Eine Analyse zu Zielsetzung und Wirkung

Armin Pfahl-Traughber: Die politische Ideologie der Neuen Rechten in kritischer Prüfung. Eine Analyse anhand der Fallbeispiele Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann

Thomas Pfeiffer: Einstieg- und Ausstiegsprozesse nordamerikanischer Rechtsextremisten. Eine Untersuchung anhand von vier Fallbeispielen aus gewalt- und linksorientierten Szenen

Linksextremismus

Das Konzept „Linksextremismus“ im Widerstreit

Eine Analyse von Einwänden, Gegenpositionen und Unterstellungen

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Den Begriff „Linksextremismus“ hört oder liest man seltener in den Medien, zumindest wenn man das Ausmaß mit der Bezeichnung „Rechtsextremismus“ vergleicht. Über die Gründe für diese Schieflage kann man nur spekulieren. Möglicherweise erklärt sich dies durch die gewollte Distanz zu politischen Einstellungen, die Gesellschafts- oder Kapitalismuskritik mit diesem Terminus in Verbindung bringen. Doch handelt es sich eben bei „Linksextremismus“ keineswegs um ein politisches Schlagwort, liegen dafür doch klare Definitionen auch und gerade aus der Extremismusforschung vor. Gleichwohl bestehen gewisse Hemmnisse, einschlägige Gruppierungen mit „Linksextremismus“ zu verorten. So werden etwa maoistische Gruppierungen nur als „marxistische Kleinparteien“ bezeichnet, gewalttätige Autonome gelten demgegenüber dann als „linksradikale Randalierer“. Den letztgenannten Akteuren wird gelegentlich ihr „Linkssein“ abgesprochen, da mit dem Begriff nicht gewalttätige Demonstrationen oder willkürliche Zerstörungen verbunden werden sollten.

Ähnliche Auffassungen prägen direkt oder indirekt die einschlägige Publizistik, wo gegenüber dem Konzept von „Linksextremismus“ von einem Scheitern gesprochen wird. Es kursieren dort Einwände, Gegenpositionen und Unterstellungen. Dazu gehören etwa eine behauptete Diffamierung von Kapitalismuskritik, Gleichsetzung mit dem Rechtsextremismus oder Unzulänglichkeit in der Zuordnung. In der folgenden Analyse sollen derartige Aussagen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Bei den gemeinten Auffassungen fällt übrigens immer wieder auf, dass bestimmte Fachliteratur zum Thema nicht konsultiert wird. Darüber hinaus richten sich manche Autoren auch gegen die Nutzer des Terminus, wobei deren angebliche politische Absichten und weniger deren inhaltliche Belege im argumentativen

Zentrum stehen. Gegenteilige Aussagen, wonach etwa weder Kapitalismuskritik noch Sozialismusforderungen per se links-extremistisch sind, nimmt man vielfach nicht zur Kenntnis. Die vorliegende Abhandlung richtet sich auch gegen diese Diskurskultur.

Bei der beabsichtigten Auseinandersetzung wird wie folgt vorgegangen: Zunächst bedarf es einer Definition von dem, was Linksextremismus meint (2.) und was Linksextremismus nicht meint (3.). Ein kurzer Blick auf die konkret Gemeinten dient dann der Veranschaulichung (4.). Nach Ausführungen zu den Exponenten der Kritik am Linksextremismus-Verständnis (5.) geht es um die jeweiligen Vorwürfe: Es handelt sich dabei um Einwände hinsichtlich der Heterogenität im gemeinten Linksextremismus (6.), hinsichtlich der Folgen für die empirische Forschung (7.), hinsichtlich einer Gleichsetzung (8.), hinsichtlich einer Kapitalismuskritik als Merkmal (9.), hinsichtlich vager Unterscheidungskriterien (10.) und hinsichtlich des geringen Nutzens für die Präventionsarbeit (11.). Danach geht es um mögliche Alternativbegriffe wie „linksaffin“ (12.) und „linke Militanz“ (13.) sowie eine bilanzierende Wertung dazu (14). Abschließend folgen noch Anfragen an die Gegner des Linksextremismus-Verständnisses (15.)

2. Definition: Was Linksextremismus meint

Zunächst bedarf es aber einer Definition von Linksextremismus und zwar in dem hier genutzten Sinne.[1] Diese Auffassung schließt somit nicht aus, dass es noch andere Begriffsbestimmungen gibt. Hier soll eine solche aber für die zu erörternden Fragen vorgenommen werden, um gewollte oder ungewollte Missverständnisse zu vermeiden. Erstens bedarf es dabei einer Definition von Extremismus allgemein.[2] Die Bezeichnung meint hier Einstellungen und Handlungen, die sich gegen

[1] Zu den folgenden Ausführungen hat der Autor ausführliche Publikationen vorgelegt. Um nun nicht jedes Detail in Fußnoten zu belegen, wird auf die gemeinten Aufsätze und Bücher verwiesen.

[2] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismus aus politikwissenschaftlicher Sicht. Definition, Herleitung und Kritik in Neufassung, in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismus-forschung 2019/20 (I), Brühl 2021, S. 8-72.

die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates richten. Damit geht es um die Ablehnung eben von einer modernen Demokratie und einer offenen Gesellschaft. Diese sind konstitutiv geprägt durch Gewaltenteilung, Individualitätsprinzip, Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Säkularität und Volkssouveränität. Beachtenswert ist bereits an dieser Auflistung, dass keine Aussagen über ökonomische Fragen vorgenommen werden. Demnach ist das Extremismusverständnis weitgehend wirtschaftspolitisch neutral.

Die Begriffswahl „Linksextremismus" legt nahe, dass es unterschiedliche Ausrichtungen von Extremismus geben kann. Sie lassen sich durch die Berufung auf einen zentralen Gesichtspunkt unterscheiden, welcher etwa der Islam im Islamismus und die Ethnie im Rechtsextremismus ist. Diese Aussage meint in der Konsequenz aber keineswegs, dass die Ausrichtung der jeweiligen Ideologie anhand dieser Prinzipien für eine extremistische Zielsetzung steht. Erst wenn es eine gegenüber den genannten Normen und Regeln bestehende Überbewertung gibt, kann für die gemeinten politischen Akteure dann von einer extremistischen Bestrebung gesprochen werden. Der relevante Gesichtspunkt für den Linksextremismus besteht hier darin, dass eine Ausrichtung an der „Gleichheit" das zentrale Merkmale ist. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass die linken Akteure, die grundlegende Bestandteile einer modernen Demokratie mittels der Forderung nach mehr Gleichheit negieren, dem Linksextremismus als Sammelbezeichnung zugeordnet werden.[3]

Dabei können zwei große Ideologiefamilien über ihr besonderes Staatsverständnis unterschieden werden: der Anarchismus und der Kommunismus[4]. Beide streben eine „herrschaftslose und klassenlose

[3] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Linkextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, 2. Auflage, Wiesbaden 2020, S. 15-28.

[4] Der Begriff „Kommunismus" wird in der Literatur unterschiedlich genutzt. Eigentlich ist damit eine Gesellschaft ohne staatliche Institution und ohne soziale Unterschiede gemeint. Indessen wurde die Bezeichnung im politischen Diskurs von den marxistisch-leninistischen Parteien vereinnahmt, nannte man sich doch eben „Kommunistische Partei" mit dem jeweiligen Ländernamen. Diese Auffassung nutzt auch die vorliegende Erörterung, „kommunistisch" steht demnach meist für marxistisch-leninistische Linksextremisten.

Gesellschaft“ - eben ohne existente Staaten und soziale Unterschiede an. Die anarchistische Ausrichtung beabsichtigt dabei, die Institution des Staates direkt und schnell zu überwinden. Die kommunistische Ausrichtung sieht demgegenüber in einem sozialistischen Staat eine vorübergehende Zwischenlösung, wobei von dessen langsamem Absterben eben in Auflösung in einer herrschaftslosen Gesellschaft ausgegangen wird. Diese divergierenden Grundauffassungen haben aber Konsequenzen für die politische Praxis: Anarchisten sind auf die absolute individuelle Freiheit fixiert, während Kommunisten zunächst einen diktatorischen Staat etablieren wollen. Auf diese Differenzierung wird in der späteren Erörterung noch zurück zu kommen sein. Angemerkt werden muss ansonsten noch, dass für die Erfassung als „extremistisch“ eine Gewaltorientierung nicht relevant ist.

3. Definition: Was Linksextremismus nicht meint

Entgegen anderslautender Auffassungen geht es beim Linksextremismus nicht darum, eine Ablehnung des Kapitalismus, eine Distanzierung von der Mitte oder eine Einforderung des Sozialismus grundsätzlich und immer in einen derartigen Zusammenhang zu bringen. Es bedarf für jeden der genannten Aspekte einer entsprechenden Differenzierung. Begonnen werden soll mit der Ablehnung des Kapitalismus. Da das erwähnte Demokratieverständnis wirtschaftspolitisch neutral ist, muss auch die Negierung dieses ökonomischen Systems nicht extremistisch sein. Entsprechend der vorgenannten Definition wäre das nur dann der Fall, wenn damit Diktaturen etabliert oder Menschenrechte negiert werden würden. Der erstgenannte Gesichtspunkt bezieht sich auf repressive Systeme. Dafür stehen etwa die historischen Beispiele der DDR und der Sowjetunion. Bezogen auf den zweiten Aspekt sind dann die Besitzrechte relevant, würden doch entschädigungslose Enteignungen eben gegen diese Formen von Menschenrechten und für eine extremistische Zielsetzung sprechen.

Auch eine Distanzierung von der Mitte kann nicht grundsätzlich in diesem Sinne verortet werden. Dagegen sprechen unterschiedliche Gesichtspunkte, wozu auch die Diffusität des Mitte-Verständnisses gehört. Die politische Mitte bildet den Ort zwischen zwei politischen

Polen. Indessen bleibt in dieser Auffassung unklar, worin die Einstellungen der Mitte und die der gemeinten Pole bestehen soll. Es handelt sich um einen schwankenden und unbestimmten Begriff, könnte doch gar die politische Mitte selbst extremistische Prägungen aufweisen. Aber auch bei einer Auffassung von demokratischer Mitte trägt dieses Unterscheidungskriterium nicht. So kann von einer gemeinten Mitte sehr wohl abgewichen werden, ohne damit demokratische Positionen zu negieren. Bezogen auf die zu erörternden Fragen darf man konstatieren, dass es eben auch eine demokratische Linke wie auch eine demokratische Rechte geben kann, welche eben nicht im Einklang mit einer extremistischen Linken und einer extremistischen Rechten im jeweils eigenen politischen Spektrum stehen.

Und schließlich steht die Einforderung eines Sozialismus nicht grundsätzlich für eine extremistische Zielsetzung. Dabei kommt es aber auf die genaue Definition des Gemeinten an, denn entgegen eines Alltagsverständnisses steht etwa keineswegs nur die DDR für Sozialismus. Die Bezeichnung meint einen Sammelbegriff, der politische Auffassungen zugunsten von mehr sozialer Gleichheit erfassen will. Derartige Aktivitäten können sehr wohl im erwähnten demokratischen Sinne ausgerichtet sein. Dafür stehen etwa die Modelle der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten, kombinierten sie doch politische Freiheiten mit sozialer Sicherheit, meist über eine darauf ausgerichtete Steuerpolitik. Dadurch erfolgten keine Einschränkungen von Grundrechten und insofern kann auch nicht von diktatorischen Systemen gesprochen werden. Anders sieht es mit auoritären Modellen von Sozialismus aus, wofür die repressiven Regime des „real existierenden Sozialismus“ standen. Daher bedarf es des genauen Blicks auf das jeweilige Sozialismusverständnis.[5]

[5] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen. Fallstudien über deren Verhältnis zu Demokratie und Extremismus, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 197-210; Armin Pfahl-Traughber, Die Extremismustheorie und die Linke. Kritik eines demokratietheoretischen Relativismus, in: perspektiven ds, 36. Jg., Nr. 1/2019, S. 193-202.

4. Linksextremistische Akteure im gegenwärtigen Deutschland

Um die abstrakten Aussagen in den vorherigen Kapiteln besser zu veranschaulichen, seien hier linksextremistische Akteure im gegenwärtigen Deutschland zur konkreten Veranschaulichung genannt.[6] Am Beginn sollen die orthodox-kommunistischen Parteien stehen, womit insbesondere die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) gemeint sind. Sie fordern gegenüber der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung einen revolutionären Umsturz ein. Absicht ist es, letztendlich eine sozialistische Diktatur zu errichten. Für die DKP ist dabei die DDR, für die MLPD die stalinistische Sowjetunion ein Vorbild. Es bedarf hier keiner besonderen Begründung dafür, dass derartige Absichten die Basiswerte einer modernen Demokratie negieren. Lediglich um die 3.000 Mitglieder gehören jeweils beiden Parteien an. Damit stehen Beide nicht für einen bedeutsamen politischen Faktor, was aber nicht gegen die Einschätzung als linksextremistische Parteien spricht.

Während marxistisch-leninistische ausgerichtete Akteure längerfristig eine politische Revolution anstreben, halten sie sich in der Gegenwart an die geltenden Gesetze und begehen keine Gewalttaten. Diesbezüglich verhält es sich bei den Autonomen anders, sehen diese doch nicht nur in bewussten Sachbeschädigungen eine legitime Zielsetzung. In einigen Bereichen derartiger Gruppen besteht auch das Handlungspotential, Menschen wie Polizeibeamte oder Rechtsextremisten gezielt anzugreifen und zu verletzen. Den Autonomen, die eine „Politik der ersten Person“ huldigen und damit eine „Selbstermächtigung“ ihrer Vorgehensweise verbinden, geht es damit um die Bekämpfung des „Schweinesystems“. Die damit gemeinte politische wie wirtschaftliche Ordnung soll zugunsten einer herrschaftslosen Zukunftsgesellschaft überwunden werden. Da somit die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates

[6] Vgl. zur Darstellung und Einschätzung der fortan genannten politischen Organisationen und Subkulturen: Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland (Anm. 3), S. 83-110 und 139-152.

negiert werden, handelt es sich aufgrund der ideologischen und strategischen Ausrichtung um eine linksextremistische Bestrebung.

Eine derartige Einordnung lässt sich für die beiden genannten Fälle eindeutig vornehmen. Anders verhält es sich bei Bewegungen oder Parteien, die sowohl demokratische wie extremistische Potentiale aufweisen. Für den erstgenannten Bereich sei auf die Klimabewegung verwiesen, die mehrheitlich demokratische Protagonisten hat. In ihr sind aber mit der „Interventionistischen Linken" auch linkextremistische „post-autonome" Strömungen aktiv, welche dort gezielt „strategische Bündnispolitik" hin zu einer „Radikalisierung" betreiben und etwa die Ergebnisse von Wahlen als Volkssouveränität nicht anerkennen wollen.[7] Demgegenüber gibt es wie etwa „Extinction Rebellion" auch Gruppen, die zwar Aktionen im Sinne eines „zivilen Ungehorsams" einfordern, damit aber nicht die Grundprinzipien eines demokratischen Verfassungsstaates überwinden wollen.[8] Für den parteipolitischen Bereich kommt hier „Die Linke" eine entsprechende Relevanz zu. Dazu soll es aber später noch eine Erläuterung anhand einer kleinen Fallstudie geben.[9]

5. Exponenten der Kritik am Linksextremismus-Verständnis

Nachdem einige Grundinformationen zum Linksextremismus-Verständnis gegeben wurden, folgt nun die Auseinandersetzung mit den Einwänden gegen das gemeinte Konzept. Dazu werden die jeweiligen Deutungen aus dem entsprechenden Diskurs herausgefiltert und zu entsprechenden Positionen zusammengefasst. Somit orientiert sich die folgende Abhandlung nicht an einzelnen Aussagen, sondern an den jeweiligen Positionen. Dabei erfolgt zunächst eine Beschreibung dieser Inhalte, wobei auch zu den gemeinten Kritikern die nötigen

[7] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Linksextremistische Einflussnahme auf die Klimabewegung. Ein Fallbeispiel für die Instrumentalisierung einer Protestbewegung (18. August 2021), in: www.bpb.de.

[8] Vgl. Hendrik Hansen/Thomas Arning, Entgrenzung des Extremismus in der Klimaschutzbewegung. Eine Fallstudie am Beispiel von „Extinction Rebellion", in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (I), Brühl 2021, S. 389-417.

[9] Vgl. die Ausführungen in dem vorliegenden Beitrag in Kapitel 10.

Nachweise erfolgen. Eine andere Herangehensweise hätte zu unnötigen Wiederholungen geführt. Bei der Auseinandersetzung mit den Kritikern ließen sich mal mehr politische, mal mehr wissenschaftliche Motive unterscheiden, wobei häufig auch Mischformen auszumachen waren. Die politischen Absichten werden aber bewusst nicht thematisiert, könnte dies doch als intentionalistischer Fehlschluss erscheinen. Es geht aber nicht um politische Einordnungen, sondern kritische Prüfungen des jeweiligen Verständnisses.

Ein häufiger vorkommender Autor ist Christoph Butterwegge, der gegenüber dem Linksextremismus-Verständnis als Politikwissenschaftler hauptsächliche politische Vorwürfe vorträgt. Er stellt insbesondere auf den instrumentellen Charakter des Gemeinten ab, formuliert dabei aber auch methodische Einwände im unterschiedlichsten Sinne.[10] Ebenfalls häufiger kommt mit Maximilian Fuhrmann ein weiterer Politikwissenschaftler vor. Aus der Arbeit an seinem Promotionsprojekt, das sich mit „Antiextremismus und wehrhafter Demokratie“ in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte[11], entstanden weitere Texte zum Thema. Diese wandten sich etwa dezidiert gegen das Extremismus-Konzept[12], in einem Fall

[10] Vgl. Christoph Butterwegge, Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien. Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/10, Brühl 2010, S. 33-60. Da sich in diesem Beitrag seine Einwände in zusammengefasster Form finden, wird in der vorliegenden Erörterung nur auf diesen bilanzierenden Text verwiesen. Der Autor erstellte dazu bereits früher eine detaillierte Kritik, vgl. Armin Pfahl-Traughber, Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge, in: ebenda, S. 61-86.

[11] Maximilian Fuhrmann, Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2019.

[12] Vgl. Maximilian Fuhrmann, Wer vage bleibt, gewinnt. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Extremismusforschung, in: Uwe Backes u.a. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 31, Baden-Baden 2019, S. 81-96; Maximilian Fuhrmann, Extremismuskonzept: Funktion und Unzulänglichkeit, in: Maximilian Fuhrmann/Sahra Schulz, Strammstehen vor

aber auch erklärtermaßen gegen das Linksextremismus-Konzept[13]. Fuhrmann stellte dabei mehr auf methodische Gesichtspunkte ab, womit es ihm um Einwände hinsichtlich des wissenschaftlichen Verständnisses ging. Diese Ausrichtung der Kritik erklärt auch, warum seine Beiträge in der vorliegenden Erörterung stärker thematisiert wurden.

Außerdem erschien ein Beitrag zum „Linksextremismus“ in der Präventionsarbeit, wobei die beiden Autorinnen Nadine Jukschat und Lena Lehmann damit ein „problematisches Konzept“ verbanden. Ihre entsprechende Abhandlung referiert anonymisierte Auffassungen von drei Interviewpartnern. Diese waren im Arbeitsfeld Linksextremismusprävention tätig, äußerten sich aber alle hinsichtlich des Begriffs bezogen auf deren Praxis skeptisch. Den Begriff nutzten sie bei ihrer Projektarbeit selbst nicht, auch da er ihnen zu sehr mit einem sicherheitsbehördlichen Kontext in der Zuordnung verbunden sei.[14] Bedeutsam sind darüber hinaus noch zwei Sammelbände zum Thema. Gemeint sind der von Eva Berendsen, Katharina Rhein und David Uhlig herausgegebene Sammelband „Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts“[15] sowie der von Susanne Feustel, Jenifer Stange und Tom Strohschneider herausgegebene Sammelband „Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem ‚Linksextremismus‘ umgehen“[16].

---

der Demokratie. Extremismuskonzept und Staatsschutz in der Bundesrepublik, Stuttgart 2021, S. 65-119.

[13] Vgl. Maximilian Fuhrmann, Linksextremismus – ein unzulänglicher Containerbegriff, in: Alexander Deycke u.a. (Hrsg.), Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 43-56.

[14] Vgl. Lena Lehmann/Nadine Jukschat, „Linksextremismus“ – ein problematisches Konzept. Perspektiven verschiedener Praxisakteure, in: SIAK-Journal, Nr. 4/2019, S. 41-52.

[15] Vgl. Susanne Feustel/Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Hrsg.), Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und gewaltmonopolen mit dem „Linksextremismus“ umgehen, Hamburg 2012.

[16] Vgl. Eva Berendsen/Katharina Rhein/Tom David Uhlig (Hrsg.), Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019.

6. Einwände hinsichtlich der Heterogenität im gemeinten Linksextremismus

Ein Einwand bezieht sich darauf, dass mit „Linkextremismus“ sehr unterschiedliche Phänomene erfasst werden sollen. Darauf machte mit der Bezeichnung „ein unzulänglicher Containerbegriff“ etwa der Politikwissenschaftler Maximilian Fuhrmann aufmerksam.[17] Hier wird zwar die gemeinsame Fixierung auf mehr soziale Gleichheit konstatiert, aber hinsichtlich der Freiheit von grundlegenden Unterschieden gesprochen. Während etwa Anarchisten und Autonome eine hohe Freiheitsorientierung aufwiesen, würde sie bei Maoisten und Stalinisten überaus gering sein. Dabei wird auch auf eine grundlegende Differenz zum Rechtsextremismus verwiesen, gehe es dort doch um ein hohes Ausmaß von Unfreiheit wie von Ungleichheit. Insofern gebe es in diesem Bereich eine doppelte politische Homogenität, die eben für das als linksextremistisch geltende politische Lager so nicht vorhanden wäre. Konstitutive Gemeinsamkeiten bestünden dort nur hinsichtlich der sozialen Gleichheit, was aber für eine gemeinsame Sammelbezeichnung nicht reiche.

Die einzelnen Aussagen sind für sich zutreffend, gleichwohl ergibt sich daraus nicht zwingend die erwähnte Schlussfolgerung. Dies macht bereits der eingenommene Blick auf den Rechtsextremismus deutlich, wo es mitunter auch ein Gleichheitsideal, aber eben eingeschränkt auf die eigene ethnische Gruppe gibt. Insofern ist die Angemessenheit von „Rechtsextremismus“ als Sammelbezeichnung auch von einer abstrahierenden Sicht abhängig. Gleiches gilt für die im Bereich des Linkextremismus angesiedelten Phänomene. Denn bezüglich der als absolut gesetzten Freiheit kommt es auf den im jeweiligen Politikverständnis ausgewiesenen Zeitfaktor an. Die anarchistisch und kommunistisch etikettierten Akteure beabsichtigen, eine „herrschafts- und klassenlose Gesellschaft“ zu etablieren. Dieser Entwicklung wird bei den kommunistischen Linksextremisten eine diktatorische Zwischenstufe vorgeschaltet. Genau in dieser Frage - und damit nicht in einem grundsätzlichen Sinne - besteht der gemeinte Unterschied.

[17] Vgl. Fuhrmann, Linksextremismus – ein unzulänglicher Containerbegriff (Anm. 13), S. 51-53.

Insofern ist auch in der Forschung von den beiden „großen Ideologiefamilien“ im Linksextremismus die Rede, womit sehr wohl die gemeinte Heterogenität erkannt und für eine Sammelbezeichnung umgesetzt wird. Die aufgezeigten ideologischen Differenzen haben auch weitere Konsequenzen, etwa für die von Anarchisten und Kommunisten genutzten Organisationsformen und Strategien. Gleichwohl weisen sie hinsichtlich der sozialen Gleichheit in Kombination mit der antidemokratischen Orientierung gemeinsame Zielsetzungen auf. Die im Anarchismus präsente Bejahung individueller Freiheit darf dabei nicht zu Missverständnissen in der Rezeption führen. Denn ein kritischer Blick auf das dortige Freiheitsverständnis macht deutlich, dass es nur für die Gleichgesinnten gelten soll und ein Pluralismus nicht vorgesehen ist. Anarchisten können einfach ein Ideal postulieren, in komplexen Gesellschaften funktionierte ihr Sozialmodell nie längerfristig. Bei den realen Ansätzen war die soziale Praxis auch von repressiver Unterdrückung geprägt.

7. Einwände hinsichtlich der Folgen für die empirische Forschung

Aus den Einwänden hinsichtlich der Heterogenität im Linksextremismus werden noch andere Schlussfolgerungen gezogen, welche auf deren Folgen für die empirische Forschung verweisen. So habe man bislang linksextremistische Einstellungsmuster nicht ermitteln können, die wenigen Versuche wären gescheitert. Darauf machte der vorgenannte Maximilian Fuhrmann ebenfalls aufmerksam.[18] Er verwies insbesondere auf die von den beiden Politikwissenschaftlern Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder vorgelegten Studien, welche Auskunft über die linksextremistischen Einstellungspotentiale geben wollten.[19] Nach den Einwänden ihrer

[18] Vgl. Fuhrmann, Linksextremismus – ein unzulänglicher Containerbegriff (Anm. 13), S. 52-54.

[19] Vgl. Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder, Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt/M. 2015; Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder, Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen, Frankfurt/M. 2016.

Kritiker kämen sie zu absonderlichen Resultaten, hätten doch danach 17 Prozent der Deutschen ein linksextremistisches Weltbild. Ähnliche Auffassungen formulierten auch Nadine Jukschat und Lena Lehmann aus sozialwissenschaftlicher Sicht, wobei sie auf geäußerte Einwände hinsichtlich der Messung verwiesen. Darin sahen sie für das Konzept „Linksextremismus“ relevante Problematiken.[20]

Diesen Aussagen kann allgemein bezogen auf die empirische Forschung wie hinsichtlich der Schroeder-Studien zugestimmt werden. Zunächst sei zu dem erstgenannten Aspekt konstatiert, dass es dazu nur wenige Untersuchungen gibt. Diese Feststellung gilt auch für die letzten Jahrzehnte.[21] Dabei bestand das Grundsatzproblem bei den genutzten Items darin, dass etwa kritische Auffassungen zum Kapitalismus pauschal mit einer linksextremistischen Position identifiziert wurden. Ein Beispiel dafür wäre das Einstellungsstatement: „Die Macht der Großkonzerne, Menschen auszubeuten, muss gebrochen werden“. Eine derartige Auffassung propagieren Linksextremisten, gleichwohl muss sie nicht mit der Forderung nach einem diktatorischen Sozialismus einhergehen. Um linksextremistische Einstellungen in empirischen Studien zu erfassen, sollten eindeutig extremistische Bestandteile in die Formulierung der genutzten Items eingehen. Genau diesem Anspruch kamen die älteren Studien nicht nach.

Gleiches gilt auch für die erwähnten neueren Schroeder-Studien: Die Einstellungsstatements sind nicht wirklich eindeutig formuliert und laden zu Missverständnissen und Vieldeutigkeiten ein. Sie beruhen erkennbar auf fiktiven Annahmen und ignorieren die Motivationsvielfalt für eine Zustimmung. Bei einigen Einstellungs-statements kann sie sowohl von Linksdemokraten wie von Linksextremisten kommen, bei anderen Einstellungsstatements kann sie von Linksextremisten wie von Rechtsextremisten kommen. Darüber hinaus entsprechen einzelne Ergebnisse offenkundig nicht dem gesellschaftlichen Leben: Ist wirklich vorstellbar, dass jeder fünfte Bürger eine Revolution will, aber sie von jedem dritten

[20] Vgl. Lehmann/Juschkat, „Linksextremismus“ – ein problematisches Konzept (Anm. 14), S. 41f.
[21] Vgl. Pfahl-Traughber, Linksextremismus (Anm. 3), S. 11f.

Linksextremisten abgelehnt wird?[22] Auf derartige Defizite haben auch Extremismusforscher früh hingewiesen.[23] Diese Einwände ignorierten bewusst oder unbewusst die Kritiker des Linksextremismus-Konzepts, wodurch sie nicht zwingende Schlussfolgerungen zogen. Denn aus den Defiziten dieser Studien ergibt sich nicht, dass auch jedes Konzept von Linksextremismus verworfen werden muss.

8. Einwände hinsichtlich einer behaupteten Gleichsetzung

Ein kursierender Einwand bezieht sich auch auf eine behauptete Gleichsetzung mit dem Rechtsextremismus. Entsprechende Aussagen kursierten schon vor Jahrzehnten, wo etwa von der „falschen Gleichung“ durch die Historikerin Helga Grebing gesprochen wurde.[24] Ähnlich argumentiert der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, würden doch Faschisten und Kommunisten als Todfeinde in den gleichen Zusammenhang gestellt. Er betonte bei seinen Einwänden, dass die Gräben zwischen den gemeinten Strömungen nicht ignoriert würden. Gleichwohl relativiere man deren Bedeutung mit dem Linksextremismus-Verständnis. Denn Butterwegge selbst spricht vom „Rechtsextremismus“[25], benutzt aber nicht die andere Wortwahl. Er sprach von einer impliziten Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus.[26] Eine ähnliche Botschaft findet sich in dem von Eva Berendsen, Katharina Rhein und Tom David Uhlig

---

[22] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Einstellungsstatements zum Linksextremismus mit fehlender Trennschärfe. Eine kritische Analyse und Prüfung der Schroeder-Studie, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017/18 (II), Brühl 2018, S. 29-51.

[23] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, 20 Prozent wollen die Revolution? Eine problematische Studie zum Linksextremismus (1. April 2015), in: www.hpd.de; Armin Pfahl-Traughber, Eine nicht überzeugende Studie zu linksextremen Einstellungen (15. August 2016), in: www.hpd.de.

[24] Vgl. Helga Grebing, Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung, Stuttgart 1971.

[25] Vgl. Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Freiburg 2002. Auch andere Aufsätze und Bücher von Butterwegge nutzen den „Rechtsextremismus“-Terminus.

[26] Vgl. Butterwegge, Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken (Anm. 10), S. 35-38.

herausgegebenen Sammelband im Titel: „Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts“.[27]

Sucht man in dessen Beiträgen nach einschlägigen Belegen dafür, dass eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus vorgenommen wird, so zeigt sich der Phantomcharakter derartiger Zuordnungen. Denn die Extremismustheorie nimmt solche Gleichsetzungen für den Linksextremismus nicht vor, was aus den unterschiedlichsten Gründen auch für eine völlig unangemessene Sichtweise stehen würde. Von Gemeinsamkeiten könnte allenfalls in einem negativen Sinne gesprochen werden, da Akteure aus beiden Bereichen die Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates negieren. Einwände gegen diese Interpretationen könnten nur vorgenommen werden, wenn es bei einem als linksextremistisch geltenden Akteur derartige politische Frontstellungen nicht gibt. Insofern bestehen in der ablehnenden Einstellung formale Gemeinsamkeiten, aber nicht hinsichtlich der ideologischen Orientierung. Diese setzt in dem einen Fall auf Ethnie und Unterschiede, in dem anderen Fall auf Gleichheit und Klassenlosigkeit als jeweilige Wertprägungen.

Eine Gleichsetzung macht nicht nur bezogen auf die Ideologie keinen Sinn. Der Blick auf die Extremismen schließt noch andere Untersuchungskategorien ein: Dazu gehört die gesellschaftliche Akzeptanz sowohl bezogen auf Einstellungen wie auf Wahlen. Dazu gehört das Bedrohungspotential bezogen auf Gewalttaten oder Umsturzabsichten. Dazu gehört konkrete Mitgliedschaft bezogen auf die qualitative und quantitative Zusammensetzung. Dazu gehört der Handlungsstil im legalistischen und militanten Sinne. Dazu gehört die Organisationsform von festen Strukturen bis zu kleinen Zellen. Dazu gehört die Strategie zu gesellschaftlicher und politischer Wahrnehmung. Bei einer Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus würden all die damit verbundenen Spezifika nicht erkannt. Aus der Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, also einem Vergleich, könnten aber einschlägige Zusammenhänge deutlicher werden. Die erwähnten Einwände verwechseln indessen ein Ergebnis durch Gleichsetzung mit der Methode des Vergleichs.

[27] Vgl. Eva Berendsen/Katharina Rhein/Tom David Uhlig (Hrsg.), Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts, Berlin 2019.

9. Einwände hinsichtlich einer Kapitalismuskritik als Merkmal

Außerdem wird immer wieder gegenüber dem Linksextremismus-Verständnis unterstellt, es sehe in der Kapitalismuskritik ein grundlegendes Merkmal. Auch wenn dazu bereits Ausführungen bei der Definition von Linksextremismus vorgenommen wurden, sollen derartige Einwände hier noch einmal Thema sein. Dies erklärt sich durch deren kontinuierliche Präsenz in einschlägigen Veröffentlichungen. Dafür mag zunächst erneut der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge als Fallbeispiel stehen, der pauschal von einer Diskreditierung der Linken sprach. Es gehe um die politische Herabwürdigung von Kritikern des kapitalistischen Wirtschaftssystems.[28] Auch die Publizistin Jennifer Stange meint, Antikapitalismus gelte für den Linksextremismus als übergreifendes Merkmal. Indessen enthalte die freiheitliche demokratische Grundordnung über die ökonomische Ordnung keine Vorgaben. Daher sei diese Aussage auch verfassungsrechtlich nicht haltbar.[29] Diese Aussage ist zutreffend, bezieht sich aber nicht auf die vorherige Bemerkung.

Es werden Auffassungen zu extremistischen Einstellungen mit solchen über politische Handlungsfelder verwechselt. Angemessen ist die Einschätzung zum Linksextremismus, dass dort der Antikapitalismus ein bedeutsames politisches Thema ist. Sowohl Einschätzungen zur Gesellschaft wie Forderungen nach Veränderungen gehen damit einher. Der Antikapitalismus eint als Grundposition auch die unterschiedlichen Ideologiefamilien, also die Anarchisten wie die Kommunisten. Indessen steht die Ablehnung des Kapitalismus nicht per se für Linksextremismus, was auch in der Extremismusforschung gar nicht Konsens oder nur ein Thema ist. Hier wird eine Behauptung aufgestellt, welche in dieser Form gar nicht vertreten wird. Umso einfacher kann sie im öffentlichen Diskurs eine Kritik oder Widerlegung erfahren. Inwieweit es sich hier um die Anwendung einer Manipulationstechnik

---

[28] Vgl. Butterwegge, Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken (Anm. 10), S. 37f. und 58f.

[29] Vgl. Jennifer Stange, Zur Karriere eines Begriffs, in: Feustel/Stange/ Strohschneider (Hrsg.), Verfassungsfeinde? (Anm. 15), S. 10-22, hier S. 16. Einen Beleg nennt die Verfasserin dafür nicht.

oder ein Missverständnis von Veröffentlichungen handelt, lässt sich bezüglich einer Bewertung der gemeinten Einwände in einem pauschalen Sinne nicht sagen.

Indessen sei zu der angesprochenen Frage noch einmal eine Grundsatzposition formuliert: Auffassungen zu einer bestimmten wirtschaftspolitischen Ausrichtung gehören nicht zu den Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates. Daher haben auch Einwände gegen den Kapitalismus grundsätzlich erst einmal nichts mit Linksextremismus zu tun. Es gibt indessen hinsichtlich des Besitzrechts einen inhaltlichen Bezug, denn ein Eigentumsrecht gehört mit zu den Menschenrechten. Demnach würden etwa entschädigungslose Enteignungen gegen eine Norm des demokratischen Verfassungsstaates verstoßen. Gleiches gilt für die Etablierung eines diktatorischen Sozialismus als Systemalternative. Dabei ist aber die Diktatur der entscheidende Gesichtspunkt, nicht die Kapitalismusüberwindung. Ansonsten sei noch auf das Basis-Überbau-Modell im marxistischen Sinne verwiesen: Demnach bedeutet die grundlegende Änderung der ökonomischen Basis auch eine des politischen Überbaus. Hiermit kann also eine antidemokratische Konsequenz einhergehen.

10. Einwände hinsichtlich angeblich vager Unterscheidungskriterien

Dann sollen noch Einwände hinsichtlich angeblich unzulänglicher und vager Unterscheidungskriterien thematisiert werden. Dabei beziehen sich die Ausführungen dazu entweder allgemein auf das Extremismus- oder dann besonders auf das Linksextremismus-Verständnis. Für die erstgenannte Ausrichtung sei erneut auf den Politikwissenschaftler Maximilian Fuhrmann verwiesen. Er hält etwa Gewaltenteilung, Menschenrechte und Pluralismus für vage Unterscheidungskriterien. Außerdem vermisst er die Benennung eines Schwellenwertes, wonach man eine noch demokratische von einer schon extremistischen Ausrichtung unterscheiden könne.[30] Die Herausgeber eines Sammelbandes, hier Susanne Feustel, Jennifer Stange und Tom Strohschneider, meinen dann zum eigentlichen Thema: Die

[30] Vgl. Fuhrmann, Extremismuskonzept: Funktion und Unzulänglichkeiten (Anm. 12), S. 83-89.

Bezeichnung „Linksextremismus“ erlaube es, abweichende Denkweisen und inopportune Haltungen zu delegitimieren, zu diffamieren und zu kriminalisieren. Es gehe um die Auseinandersetzung mit oppositionellen Ideen, Organisationen und Praxen.[31]

Die letztgenannten Deutungen sind bezogen auf die Extremismusforschung mit diesen Formulierungen schlicht falsch. Nicht jede oppositionelle Auffassung von links gilt auch als linksextremistisch. Dies ist erklärtermaßen erst dann der Fall, wenn die erwähnten Grundlagen als Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates negiert werden. Davon kann bei dem globalisierungskritischen „Attac“-Netzwerk nicht, aber bei den gewaltorientierten Autonomen sehr wohl gesprochen werden. Die genannten Autoren blenden die diesbezüglichen Differenzierungen schlicht aus, um ein unangemessenes Pauschalbild zu zeichnen. Die erstgenannten Ausführungen von Fuhrmann würden demgegenüber umfangreiche Reflexionen nötig machen. Hier sei zunächst nur hinsichtlich des eingeforderten Schwellenwertes darauf verwiesen, dass es einen solchen etwa als eine Art mathematische Größe in diesem Kontext schlicht nicht geben kann. Es bedarf der genauen Erläuterung anhand des jeweiligen Falls und gemeinten Kriteriums.

Dies soll hier anhand eines Beispiels zu der Gruppierung „marx21“ und dem Merkmal der Volkssouveränität veranschaulicht werden. In deren Gründungserklärung ist die Rede von einem „Sozialismus von unten“, womit eine Distanz gegenüber dem diktatorischen „real existierenden Sozialismus“ einhergeht. Es wird auch von einer „demokratischen Kontrolle“ gesprochen. Indessen ergibt sich aus diesen Auffassungen nicht, was genau damit im Selbstverständnis gemeint sein soll.[32] Dann findet sich noch folgende Erklärung: „Der Kapitalismus kann nicht durch Parlamentsabstimmungen überwunden werden. Das Parlament

[31] Vgl. Susanne Feustel/Jennifer Stange/Tom Strohschneider, Vorwort in: Feustel/Stange/Strohschneider (Hrsg.), Verfassungsfeinde? (Anm. 15), S.7-9, hier S. 8.

[32] Da es sich um eine trotzkistische Gruppierung handelt, ist von einer Auffassung von Demokratie eben im Sinne von Trotzki auszugehen. Bekanntlich etablierte er die bolschewistische Diktatur zusammen mit Lenin im angeblichen Namen der Sowjets.

täuscht über die realen Machtverhältnisse hinweg.“[33] Der Bundestag, der hier wohl als Parlament gemeint ist, setzt sich aber entsprechend des Wahlverhaltens zusammen. Darin artikuliert sich auch die Auffassung des Volkes. Die Gruppierung „marx 21“ will aber erklärtermaßen an ihm vorbei zum Sozialismus kommen, was dann für Linksextremismus aufgrund der Negierung des Prinzips der Volkssouveränität steht.

11. Einwände hinsichtlich des geringen Nutzens für die Präventionsarbeit

Und schließlich geht es noch um Einwände hinsichtlich des behaupteten geringen Nutzens für die Präventionsarbeit. Dabei beziehen sich die Ausführungen auf die erwähnten Interviews, die von Nadine Jukschat und Lena Lehmann mit drei Mitarbeitern von Präventionsprojekten durchgeführt wurden. Dabei verweisen die Autorinnen darauf, dass mit dem Begriff häufig die Diskreditierung von Gesellschafts- oder Staatskritik verbunden werde, was dann eben zu Abwehrhaltungen gegenüber dem Linksextremismus-Konzept führe. Darüber hinaus verweisen Jukschat und Lehmann darauf, dass die Gesprächspartner mit „Linksextremismus“ eine pauschale Vorstellung verbinden würden. Die Bezeichnung werde der Diversität bei Einordnung der gemeinten Gruppen nicht gerecht. So erfolge auch keine klare Erfassung von deren Mitteln und Zielen. Eine erfolgreiche Präventionsarbeit, so die Auffassungen der interviewten Experten, solle darüber hinaus eine positive Orientierung aufweisen, also etwa zugunsten von Empowerment und Toleranz.[34]

Grundsätzlich lehnen die Autorinnen nicht das Konzept „Linksextremismus“ für die Sicherheitsbehörden ab, habe es dort doch etwa hinsichtlich der strafrechtlichen Dimension seinen nachvollziehbaren Sinn. Die Auffassungen aus der Extremismusforschung werden demgegenüber mit affirmativem Hinweis auf einschlägige Kritiker nicht näher thematisiert. Denn die

[33] marx21, Politische Leitsätze (20. Februar 2020), in: www.marx21.de (gelesen am 1. Februar 2022), Ausdruck, S. 3, linke Spalte.

[34] Vgl. Lehmann/Jukschat, „Linksextremismus“ – ein problematisches Konzept (Anm. 14), S. 42f., 45 und 50.

nachfolgenden Aussagen, etwa hinsichtlich der geringen Differenzierung von unterschiedlichen Gruppen, sind angesichts der vorhandenen Fachliteratur so nicht nachvollziehbar. Bei der Auswertung der Interviews mit den Präventionspraktikern wird kontinuierlich ein Unbehagen deutlich. Dies kann als Abwehrhaltung schon nachvollziehbar sein, denn die in die Projekte eingebundenen Teilnehmer dürften hier einen Widerwillen empfinden. Denn wenn sie eine grundsätzliche Abwehrhaltung gegenüber der Institution des Staates einnehmen, dann besteht diese auch hinsichtlich des Linksextremismus-Konzepts im jeweiligen Selbstverständnis. Allenfalls könnte dann Gewaltprävention gelingen.

In der bilanzierenden Gesamtschau bleiben die Informationen zu den genannten Vorbehalten aber überaus diffus. Die Aussage, dass das Konzept hier nicht wirke, ist indessen nachvollziehbar. Denn bei dem genutzten Ansatz wird die politische Grundhaltung der Projektteilnehmer nicht hinterfragt. Man sieht es bereits als einen Gewinn an, wenn sich der Extremismus nicht mehr in Gewalt entlädt. Indessen stellt sich schon die Frage für die Präventionsarbeit, ob nicht mehr bestimmte Auffassungen und Handlungsweisen hinterfragt werden könnten. Dies müsste auch bei der Auseinandersetzung um den Gewaltaspekt geschehen, wo etwa eine doch sehr egoistische Legitimation über eine Selbstermächtigung wahrnehmbar ist. Diesbezügliche Fragen würden hier indessen den inhaltlichen Rahmen sprengen. Grundsätzlich mag auch die Aussage, wonach das Linksextremismus-Konzept bei der Prävention nicht trägt, hinsichtlich der Wirkung zutreffend sein.[35] Für seine demokratietheoretische Begründung ist dies aber nicht relevant.

12. Alternativbezeichnung in der Kritik: „Linksaffin“

Die erwähnten Einwände gegen das Linksextremismus-Verständnis bedingten, dass gelegentlich Alternativbezeichnungen vorgeschlagen wurden. Dazu stellen sich folgende Fragen: Handelt es sich dabei um klarere Begriffe? Und ist es um deren Angemessenheit und Trennschärfe besser bestellt? Am Beginn steht die Formulierung

[35] Gleiches würde für das Rechtsextremismus-Konzept gelten, was aber ebenfalls nicht ein Argument für dessen allgemeinen Verzicht wäre.

„linksaffin“, die von der Bedeutung her eine „links“ nahestehende und damit noch nicht einmal selbst „linke“ Position meinen müsste. Die Begriffsnutzer von „linksaffin“, wozu sozialwissenschaftliche Autoren um Katrin Hillebrand[36] oder um Ingo Matuschek[37] gehören, verweisen darauf, dass von einer homogenen linken Identität nicht gesprochen werden könne. Es existierten unterschiedliche Gruppen und Positionen. Dieser Diversität solle durch „linksaffin“ eben Rechnung getragen werden. Gemeinsam sei den Akteuren eine an sozialer Gerechtigkeit und emanzipatorischer Herrschaftskritik orientierte politische Prägung. Es handele sich insofern um einen durch Offenheit wie durch Selbsteinschätzung geprägten Terminus.

Damit werden von den Anwendern der Kategorie „linksaffin“ schon selbst diverse Schwächen eingestanden. Diese beginnen bei der allgemeinen Definition von „links“, wobei etwa von humanistischen Absichten oder solidarischen Gesellschaftsbildern die Rede ist. Darüber hinaus nennen die Autoren keine genaueren Merkmale, noch nicht einmal Kapitalismuskritik wird als ein solches benannt. Insofern bleibt die Begriffsbestimmung diffus, denn wer würde denn Humanismus und Solidarität offensiv negieren wollen. Man räumt auch mangelnde Operationalisierbarkeit und Trennschärfe ein, ohne daraus aber Konsequenzen für das eigene Verständnis zu ziehen. Darüber hinaus gilt als bedeutsames Kriterium die Selbsteinschätzung der Untersuchten. So bekunden diese etwa „humanistische Absichten“, die dann aber nicht hinterfragt werden. Für eine kritische Distanz gegenüber dem jeweiligen Forschungsobjekt spricht dies nicht. Und in anderen Fällen würde eine solche Sichtweise berechtigterweise heftig kritisiert: Man stelle sich eine solche Praxis gegenüber „Rechtsaffinen“ vor.

Eine Definition im wissenschaftlichen Sinne muss mit solchen Verallgemeinerungen verbunden sein, denn wenn aus unterschiedlichen Perspektiven auf formal ähnliche Phänomene geblickt wird, sind inhaltliche Schlagseiten unverkennbar. Darüber hinaus weist die Begriffsbestimmung noch weitere grundlegende

[36] Vgl. Katrin Hillebrand u.a. Politisches Engagement und Selbstverständnis linksaffiner Jugendlicher, Wiesbaden 2015, S. 41-43

[37] Vgl. Ingo Matuschek u.a., Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus, Wiesbaden 2011, S. 11f.

Defizite auf: Es wird noch nicht einmal allgemein erläutert, was mit „links“ gemeint sein soll. Der Ansatz, die Einstellung zur Gleichheit zum Maßstab zu machen, findet kursorische Erwähnung, eine systematische Integration in ein „links“-Verständnis erfolgt indessen nicht. Damit bleibt das Gemeinte überaus diffus, als „links“ gilt dann schon allgemein „Solidarität“. Aber auch diese Affinität findet keine genauere Erläuterung, würde dann doch jede Bejahung von Chancengleichheit als „links“ oder „linksaffin“ gelten. Die gemeinten Begriffsnutzer sehen durchaus die Notwendigkeit zu Operationalisierung und Präzisierung ein, sie ziehen daraus aber für ihre Arbeitsbegriffe und Definitionen keine näheren Konsequenzen.

13. Alternativbezeichnung in der Kritik: „linke Militanz“

Eine weitere kursierende Alternativbezeichnung für „Linksextremismus“ lautet „linke Militanz“, wofür etwa Jens Gmeiner und Matthias Micus[38] sowie Anne-Kathrin Meinhardt und Birgit Redlich[39] aus sozialwissenschaftlicher Sicht votieren. Die Begriffsbestimmung des Gemeinten setzt wiederum voraus, dass es eine Definition von „Linksradikalismus“ gibt. Damit sollen politische Akteure gemeint sein, welche sich auf den Anarchismus, Antifaschismus oder Marxismus-Leninismus, oft vermischt mit globalisierungskritischen, postkolonialistischen oder ökologischen Motiven berufen. „Linke Militanz“ wäre demnach ein „linksradikaler Habitus“, der über drei Kriterien erfasst werden könne: das Bekenntnis zu einer „kämpferischen Haltung“ in nicht notwendigerweise gewalttätiger Variante, über ein Gedankengebäude hinausgehende Handlungen im öffentlichen Raum und eine Einstellung gegen das Unentschlossene. Akteure „linksradikaler Bündnisse“ lehnten Gewalt

[38] Vgl. Jens Gmeiner/Matthias Micus, Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-) Autonomie, in: Demokratie-Dialog, Nr.2/2018, S.20-35, hier S. 32-34.

[39] Vgl. Anne-Kathrin Meinhardt/Birgit Redlich, Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention – eine Einleitung, in: Anne-Kathrin Meinhardt/Birgit Redlich (Hrsg.), Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt/M. 2020, S. 13-21, hier S. 16f.

überwiegend ab, befürworteten sie aber als reagierende Gegengewalt gegen polizeiliche Praxis.

Auch diese Definition ist von Diffusität und Unklarheit geprägt. Das belegen bereits die Ausführungen zu „Linksradikalismus“, wo Ideologiefamilien (Anarchismus, Marxismus-Leninismus) und Praxisfelder (Antifaschismus) miteinander vermischt werden. Als Ergänzung benannte Gesichtspunkte (z.B. ökologische Motive) können, müssen aber nicht in solchen Zusammenhängen präsent sein. Darüber hinaus bleibt bei diesem Definitionsversuch unklar, worin die inhaltliche Klammer für die gemeinte Sammelbezeichnung bestehen soll. Eine Erläuterung dazu, was „Linksradikalismus“ als solche meint, findet sich hier nicht. Ähnlich verhält es sich bei „Linke Militanz“, die nicht nur gewaltorientiert, aber kämpferisch sein soll. Worin artikuliert sich aber nun das „Kämpferische“? Und wenn man „nicht nur Gewalthandlungen“ meint, warum sollen dann „linksradikale Bündnisse“ die Gewalt überwiegend ablehnen? Indessen greifen Autonome durchaus Polizisten aktiv und geplant an, es handelt sich nicht nur um ein bloßes Wehren oder Verteidigen.

Besonders bedenklich ist darüber hinaus, dass Selbstbezeichnungen der Szene als eigene Untersuchungskriterien genutzt werden. Die Autonomen definieren sich als „Linksradikale“ und sie sprechen für sich von „Militanz“. Bereits bei den Arbeitsbegriffen wird eine fehlende Distanz zum Untersuchungsobjekt deutlich, zumal sogar dessen Deutungen übernommen werden. Denn Gewalt ist sehr wohl dort ein aktiver Handlungsstil und nicht nur eine Reaktion. Dies wird auch innerhalb der Autonomen-Szene eingeräumt, was die erwähnte Konzeption von „linke Militanz“ verkennt. Ganz allgemein kann sich die sozialwissenschaftliche Forschung auch auf das jeweilige Selbstverständnis eines Untersuchungsobjektes beziehen. Dann müsste dies aber konsequent bezogen auf ähnliche Fälle geschehen. Würden aber die gemeinten Forscher auch von einer „rechten Militanz“ oder „nationalen Opposition“ sprechen, wenn Ausführungen über gewalt-orientierte Neonazis das Thema wären? Diese Frage macht die Problematik des Vorgehens deutlich.

14. Alternativbezeichnungen und Linksextremismus-Verständnis

Bilanzierend betrachtet können die Alternativbezeichnungen „Linksaffin“ und „linke Militanz“ nicht überzeugen, da sie ihre zentralen Bestandteile selbst nicht genauer definieren, die gemeinten Ebenen durcheinander werfen und eine mangelnde Trennschärfe für das Verständnis besteht. Noch nicht einmal eine mit „links“ gekennzeichnete Auffassung wird näher beschrieben, wozu etwa die Einstellung zu sozialer Gleichheit wichtig wäre. Die Bezeichnung „linksaffin“ weitet darüber hinaus das Verständnis unzulässig aus. Denn wenn etwa eine mentale Nähe zu „Solidarität“ schon dafür stehen soll, dann könnten alle nur möglichen politischen Akteure als „linksaffin“ gelten. Dass es sich hier um kein trennscharfes Analysekriterium handelt, räumen die Begriffsnutzer auch freimütig ein, ziehen daraus aber keine Konsequenzen. Bei der Bezeichnung „linke Militanz“ verhält es sich ähnlich, wobei noch diffusere Herleitungen und unsystematischere Kategorisierungen auszumachen sind. Als „kämpferische Haltung“ könnte so auch engagierter Umweltaktivismus gelten.

Beide Alternativbezeichnungen zu „Linksextremismus“ entstanden, weil man mit dem abgelehnten Begriff eine Diskreditierung von legitimer Gesellschaftskritik verband. Indessen handelt es sich um eine grundlegende Fehlwahrnehmung, geht es bei den angesprochenen Auffassungen doch um die Befürwortung sozialistischer Diktaturen oder die Negierung einer staatlichen Ordnung. Kapitalismuskritik für sich allein steht ebenso wenig für Linksextremismus wie Staatskritik für sich allein.[40] Die beiden Alternativbezeichnungen weiten indessen das gemeinte Spektrum aus. Davon wären alle nur möglichen Akteure eines zivilgesellschaftlichen Protests betroffen. Auch wenn die Begriffsnutzer dies nicht beabsichtigen, läuft es objektiv auf solche Konsequenzen hinaus. Außerdem spielen für ihre Ansätze die Einstellungen, die ein politischer Akteur zu Demokratie, Menschenrechten, Pluralismus und Rechtsstaat hat, keine Rolle. Eine solche Auffassung macht dann letztendlich auch zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Linken keinen Unterschied.

[40] Vgl. Pfahl-Traughber, Linksextremismus (Anm. 3), S. 22-28.

Noch bedenklicher sind die vorgenannten Alternativbezeichnungen, wenn sie mit für Entscheidungen zu öffentlich finanzierter Forschung zur Prävention verbunden werden sollen. Dies ist bei den erwähnten Autoren durchaus der Fall, verbinden sie doch ihre Begriffswahl mit solchen Praktiken. Diese liefen in der Konsequenz eben bei einer Präventionsarbeit darauf hinaus, dass auch nicht-extremistische „Links-Affine“ von solchen Maßnahmen betroffen sein könnten. Da aber eine demokratisch-linke Auffassung auch mit radikalen Forderungen zu einer offenen und pluralistischen Gesellschaft dazu gehört, würde ein solches Agieren eben zu einer Aufhebung solcher Einstellungen bei den gemeinten Personen führen. Angemessen wäre dies nur bei einer Frontstellung gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates, wofür bezüglich der Auffassungen eine Bejahung sozialistischer Diktaturen oder hinsichtlich der Handlungen eine gewaltorientierte Vorgehensweise zählen würden. Die erwähnten Auffassungen des Linksextremismus-Verständnisses machen deutlich, wo die demokratietheoretischen Grenzziehungen erfolgen sollten. Die Alternativbezeichnungen weisen solche Differenzierungen nicht auf.[41]

15. Anfragen an die Gegner des Linksextremismus-Verständnisses

Abschließend sollen einige Anfragen an die Gegner des Linksextremismus-Verständnisses formuliert werden, um das konkret Gemeinte auch hinsichtlich der jeweiligen Konsequenzen zu veranschaulichen. Eine erste Frage lautet: Soll für die Analyse eines politischen Exponenten von einer Gruppe bis zu einer Partei keine Rolle spielen, wie er zu Demokratie, Menschenrechten oder Rechtstaatlichkeit steht? Es gibt durchaus epistemologische Gründe für eine solche Praxis, etwa wenn die Bedingungsfaktoren für die Entwicklung eines politischen Projekts untersucht werden sollen. Dafür mag dann dessen Einstellung zu den genannten Normen und Regeln

[41] Vgl. Albert Scherr, Legitime Gesellschaftskritik oder Extremismus? Fallstricke, Herausforderungen und Perspektiven der Diskurse über Linksextremismus und linke Militanz, in: Meinhardt/Redlich (Hrsg.), Linke Militanz (Anm. 39), S. 78-90. Die erwähnten Alternativdefinitionen erfahren ebendort auch eine inhaltliche Kritik.

irrelevant sein. Wenn diese Annahme aber von einem Forscher geteilt wird, dann müsste sie in Konsequenz auf alle Untersuchungsobjekte übertragen werden. Dies bedeutet dann auch eine bewusste Indifferenz gegenüber rechtsextremistischen Phänomenen. Sie haben dann in dieser Blickrichtung den gleichen Status, der demokratischen Akteure in der Politik eigen ist.

Eine zweite Frage hängt mit dieser Problematik eng zusammen: Ist die Differenzierung einer demokratischen und nicht-demokratischen Linken für das jeweilige politische wie wissenschaftliche Verständnis unerheblich? Dann würde man Anhänger eines demokratischen Reformsozialismus mit Protagonisten totalitärer Systeme in den gleichen Zusammenhang stellen. Dabei stellt sich auch die Frage nach den politischen Prioritäten: Ist eine gemeinsame Ausrichtung an einer linken Einstellung oder das Bekenntnis zu einer demokratischen Position für das gemeinte Selbstverständnis wichtig? Eine Auffassung im erstgenannten Sinne führt objektiv dazu, dass eben Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit als universelle Werte nicht so relevant sind. So erklärte und erklärt sich auch bei linken Demokraten, dass sie zu linken Diktaturen schwiegen oder deren repressive Praktiken relativierten. Mit derartigen Auffassungen gehen ein Demokratie- und Menschenrechtsrelativismus einher, womit ein Bekenntnis zu beiden dadurch erodierenden Normen nicht mehr zu überzeugen vermag.

Und drittens stellt sich die Frage, ob nicht eine grundsätzliche Ablehnung von politisch motivierter Gewalt in einem demokratischen Verfassungsstaat angemessen ist? Diese Auffassung bezieht sich auch darauf, die Autonomengewalt bei Demonstrationen ebenso wie die Sprengstoffanschläge von Terroristen klar zu verurteilen. Eine solche Aussage verkennt nicht die unterschiedlichen Dimensionen der Gewaltintensität, sie will aber auf eine Grundsatzposition zur Verurteilung von gewalttätigem Vorgehen hinaus. Während es dazu einen breiten Konsens bei rechtsextremistische motivierten Taten gibt, mangelt es an einem solchen mitunter bei linksextremistisch motivierten Taten. Diese Einschätzung verkennt auch hier nicht die unterschiedliche Gewaltintensität und Zielsetzung. Ihr geht es um ein klares und ungeteiltes Bekenntnis zur Gewaltfreiheit in einer politischen Ordnung, die durchaus legale Handlungsoptionen für

politische Veränderungen gestattet. Auch diese Auffassung gehört zum skizzierten Linksextremismus-Verständnis dazu.

16. Schlusswort und Zusammenfassung

Abschließend sollen noch die wichtigsten Aussagen der vorstehenden Erörterung zusammengefasst werden: Das Linksextremismus-Verständnis geht von einer normativen Vorentscheidung aus, wonach politische Akteure anhand ihrer Einstellung zu Gewaltenteilung, Individualität, Menschenrechten, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität untersucht werden sollen. Da die angesprochenen Exponenten ihre politischen Handlungen gegen eines oder mehrere der gemeinten Prinzipien richten, werden sie auch bei interner Differenzierung unter einem gemeinsamen Sammelbegriff erfasst. Denn unter der Berufung auf mehr soziale Gleichheit soll es entweder darum gehen, eine sozialistische Diktatur zu errichten, oder darum gehen, die Institution des Staates generell zu zerschlagen. Es kann forschungsstrategische Gründe dafür geben, die demokratietheoretische Aspekte bei der analytischen Betrachtung von politischen Gruppierungen auszublenden, was aber konsequent gegenüber allen politischen Organisationen erfolgen müsste.

Gegenüber damit einhergehenden nachvollziehbaren Einwänden stehen immer wieder artikulierte Unterstellungen. Eine solche Aussage legt etwa eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus nahe. Zwar wird in der Extremismustheorie auf eine Gemeinsamkeit hinsichtlich der Negierung der Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates verwiesen. Darüber hinaus erfolgt aber weder eine Gleichsetzung hinsichtlich der Ideologie noch der Zielsetzung. Eine solche Aussage wäre angesichts der erkennbaren Differenzen mehr als nur absurd und stellt demgemäß eine bewusste oder unbewusste Verzerrung dar. Ähnliches gilt für die Auffassungen, wonach Gesellschafts- und Kapitalismuskritik mit dem Linksextremismus-Verständnis diskreditiert werden sollten. Demokratietheoretische Einwände werden im gemeinten Sinne aber nur erhoben, wenn es eben auch eine Frontstellung gegen demokratietheoretische Minimalbedingungen gibt. Diese steht bei den Einordnungen im Mittelpunkt, nicht aber die Formulierung von Protest.

Der Blick auf die vorgetragene Kritik am Linksextremismus-Verständnis macht deutlich, dass sie häufig mit bewussten oder unbewussten Missverständnissen einhergeht. Auffällig ist dabei, dass eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Klarstellungen in der Literatur nicht erfolgt. Die entsprechenden Abhandlungen nimmt man häufig gar nicht zur Kenntnis. Gleichwohl ist die kontinuierliche Auseinandersetzung mit den Gegenpositionen wichtig, um das inhaltliche Profil des gemeinten Verständnisses zu schärfen. Einzelne Einwände machen auch kritische Reflexionen nötig. So gibt es zwischen Anarchisten und Kommunisten hinsichtlich des Staatsverständnisses grundlegende Unterschiede. Bereits früh haben Anarchisten berechtigt von einem „autoritären Kommunismus“ für den Marxismus gesprochen. Gleichwohl kooperierten die beiden Akteure eben unter Berufung auf die Gleichheit gegen die Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates. Die Extremismusforschung nimmt diese Unterschiede aber auch sehr wohl wahr.

Von der Radikalisierung in die Gewalt zur Radikalisierung in der Gewalt

Eine prognostische Analyse zu Gefahrenpotentialen in der Autonomen-Szene

Udo Baron

1. Einleitung und Fragestellung

Es ist der 6. Juli 2017, ein Tag vor Beginn des G20-Gipfeltreffens in Hamburg. Mit der „Welcome to Hell"–Demonstration wird die „heiße" Phase der Gipfelproteste eingeläutet. Das selbsterklärende Motto dieser Demonstration gibt auch zugleich deren Stoßrichtung vor: Unverkennbar geht es Teilen der etwa 12.000 Protestierenden vor allem um die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei als Repräsentant des verhassten Systems. Bereits nach der Auftaktkundgebung eskaliert die Lage. Versuche der Polizei, dieses zu unterbinden, münden in die ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen der Gipfelproteste. Polizisten werden mit Holzlatten, Eisenstangen, Steinen und Flaschen attackiert. Im Anschluss an die Demonstration ziehen die Protestierende in Kleingruppen marodierend durch St. Pauli und Altona. Sie errichten Barrikaden, plündern Geschäfte und stecken Autos in Brand.[1] Am nächsten Tag kommt es im gesamten Innenstadtbereich zu Angriffen auf Polizeibeamte und die Infrastruktur der Stadt. So wird das Revier der Bundespolizei in Altona und das dortige Rathaus von Autonomen mit Steinen und Molotowcocktails angegriffen. Zugleich nutzen Autonome die Situation, um in Altona mehr als 30 Autos in Brand zu setzen. Am Abend bricht schließlich eine Welle der Zerstörung über das Schanzenviertel herein, in dessen Zuge Geschäfte geplündert, Autos angezündet und Anwohner durch Marodeure bedroht werden. Als die Polizei anrückt, stehen auf den

[1] Vgl. Udo Baron, Autonome Militanz und G20-Gipfel, in: Martin H. W. Möllers Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2018/2019, Baden-Baden 2019, S. 149–158, hier S. 155.

Dächern Autonome, um sie mit Molotowcocktails, Metallkugeln, Eisenstangen und Gehwegplatten zu attackieren.[2]

Ein Jahr später beginnt die bis 2020 andauernde Serie von Überfällen der „Hammer-Bande“ auf insgesamt 13 Rechtsextremisten in Sachsen und Thüringen. Mit Hämmern, die sie aus Baumärkten gestohlen haben, soll diese linksextremistische Gruppe Rechtsextremisten aufgelauert und ihnen teilweise lebensgefährliche Verletzungen zugefügt haben, darunter Gesichtsfrakturen und Platzwunden am Kopf.[3] So griffen im Oktober 2018 fünf Vermummte dieser Gruppe einen 23-jährigen Rechtsextremisten in Wurzen mit Fäusten und Teleskopschlagstöcken an und würgten ihn. Im Oktober 2019 überfielen sie die von Rechtsextremisten in Eisenach betriebene Gaststätte „Bull`s Eye“ und schlugen mit Schlagstöcken auf den Gastwirt und seine Gäste ein. Zwei Monate später lauerten sie dem Gastwirt erneut auf, folgten ihm bis zu seiner Wohnung und prügelten dort mit einem Hammer, Stangen und einem Radschlüssel auf ihn und seine Begleiter ein.[4]

Die geschilderten Ereignisse lassen ebenso wie der Angriff auf eine Leipziger Immobilienmaklerin vom November 2019[5] oder auf einen zur rechten Klein-Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ gehörenden Betriebsrat von Daimler-Benz, der im Mai 2020 auf den Cannstatter

---

[2] Vgl. Frank Pergande, Die bittere Erfahrung des Schanzenviertels, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Juli 2017, S. 3. Man muss schon bis in die 1980er Jahre zurückgehen, um eine vergleichbare Dimension linksextremistischer Gewalt zu entdecken. Am 6. Mai 1980 fand im Bremer Weserstadion das erste öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr seit ihrem Bestehen statt. Aus den Protesten vor allem der Autonomen-Szene entwickelten sich gewaltsame Ausschreitungen, die in die bis dahin größten Straßeneschlacht der Bremer Stadtgeschichte gipfelten.

[3] Vgl. Fatina Keilani, Gewalttätige Linksextreme aus der sächsischen Szene angeklagt, in: Neue Züricher Zeitung vom 9. September 2021, S. 7.

[4] Vgl. Ohne Autor, Gewaltige Vorwürfe, in: taz – die tageszeitung vom 31. Mai 2021, S. 3.

[5] Vgl. Ohne Autor, Mitarbeiterin einer Immobilienfirma in Leipzig niedergeschlagen vom 4. November 2019, in: www.spiegel.de (gelesen am 27. April 2022).

Wasen ins Koma geprügelt wurde[6], vermuten, dass sich zumindest Teile der linksextremistischen Szene zunehmend radikalisieren. Sie zeugen von einer hohen Gewaltbereitbereitschaft und zunehmenden Brutalität ihrer Protagonisten, die vor der Anwendung von Gewalt auch gegen Menschen immer weniger zurückzuschrecken scheinen, erst recht nicht, wenn es sich um angebliche oder tatsächliche Rechtsextremisten oder um Polizisten handelt.

Ausgehend von der These, dass sich Teile der Autonomen-Szene mittlerweile auf den Weg von der Radikalisierung in die Gewalt zur Radikalisierung in der Gewalt befinden, möchte der vorliegende Beitrag folgenden Fragestellungen nachgehen: Welche Bedeutung und Funktion hat die Gewalt für Autonome? Welchen Gewaltbegriff haben Autonome? Was versteht man unter Radikalisierung? Welche Faktoren, Formen und Stufen der Radikalisierung gibt es? Lassen sie sich auch auf den Linksextremismus anwenden? Welche auslösenden Momente können zu einer weiteren Radikalisierung im Linksextremismus und dadurch zu einer zunehmenden Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene führen? Aufgrund der Komplexität der Problematik kann es sich nur um den Versuch einer Annäherung an das Thema handeln.

2. Die Rolle der Gewalt in der Autonomen-Szene

Der Verzicht auf Gewalt als Mittel der Spannungsabfuhr gehört zu den kulturellen Leistungen moderner Zivilisationen. Liberale Demokratien kennzeichnet, dass sie ihre Konflikte weitgehend gewaltfrei lösen. Sie verlagern im eigenen Lande die Konflikte von der Straße in die Parlamente und setzen in der zwischenstaatlichen Konfliktbewältigung weitgehend auf Dialog statt auf gewalttätige Konfrontation.

Nicht wenige Extremisten aller Couleur - vor allem Terroristen - setzen dagegen auch auf die gewaltsame Lösung von Konflikten. Gewalt, verstanden als Mittel zum Zweck, wird von ihnen daher als eine Möglichkeit der Konfliktlösung propagiert und praktiziert. Im Bereich des Linksextremismus lassen vor allem die Autonomen ein hohes Maß

[6] Vgl. Ohne Autor, Mob prügelt Betriebsrat ins Koma: Zweiter Tatverdächtiger geschnappt! (9. November 2020), in: www.tag24.de (gelesen am 27. April 2022).

an Gewaltbereitschaft erkennen, gilt ihnen Gewalt doch als ein allgemein akzeptierter Handlungsstil. Auch wenn nicht alle von ihnen persönlich Gewalt ausüben, so befürworten sie dennoch in der Regel den Einsatz von Gewalt zur Lösung politisch-gesellschaftlicher Konflikte. Als Militanter gilt daher nicht nur der aktiv Handelnde, sondern auch derjenige, der zur Erreichung seiner Ziele Gewalt in Kauf nimmt bzw. mit gewaltsamen Aktionen sympathisiert. Gewalt wird zudem als „Selbstbefreiung" von verinnerlichten Herrschafts- und Gewaltverhältnissen aufgefasst und gehört aus diesem Grunde zu den Grundpfeilern des autonomen Selbstverständnisses. So heißt es in einen ihrer Statements: „Die Anwendung von Gewalt/revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar. Wir werden uns nicht an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten. Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen-, und beherrschbar. … Also – eine Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben – nicht heute und auch nicht in Zukunft!!!!!"[7]

Die Gewaltbereitschaft der Autonomen ist auch politisch zu verstehen, denn sie basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und seine Repräsentanten sowie Rechtsextremisten bzw. diejenigen, die Linksextremisten dafür halten, ebenso gehören wie mittlerweile auch der linksextremistischen Szene kritisch bis ablehnend gegenüberstehende Wissenschaftler. Politisch motivierte Gewalt dient Autonomen als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft", denn um die angestrebte herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten, muss zuvor der demokratische Rechtsstaat als Garant der bisherigen Ordnung beseitigt werden.[8] Gewalt hat dabei für Autonome eine Außen- und eine Binnenwirkung. Nach außen dient sie u.a. dazu, öffentliche, insbesondere mediale, Aufmerksamkeit zu generieren und die eigenen Interessen durchzusetzen. Darüber hinaus hat sie zum Ziel, die Kosten

[7] Ohne Autor, „Legal, Illegal, Scheißegal!!! Aber lieber wie ein Fisch im Wasser als einsam und vertrocknet am Flußrand", in: Interim vom August 1995, S. 12 (Hervorhebung im Original).

[8] Vgl. Udo Baron, „Macht kaputt, was Euch kaputt macht". Der G20-Gipfel von Hamburg und der Linksextremismus, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017/18 (II), Brühl/Rheinland 2018, S. 5-28, hier S. 16.

für bestimmte politische Entscheidungen so in die Höhe zu treiben, dass diese, zumindest langfristig, politisch nicht mehr durchsetzbar sind. Zugleich wirkt die Gewalt nach innen integrations- und identitätsstiftend für die jeweiligen Bezugsgruppen, denn sie gibt ihren Akteuren ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer „Schicksalsgemeinschaft“ gegen den demokratischen Rechtsstaat. Die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei dient dabei als eine Art „Ritterschlag“ für den einzelnen Autonomen, denn sie fördert seine Glaubwürdigkeit, entschlossen und aktiv für die Ziele der Autonomen-Szene einzustehen. Durch ein solches Verhalten kann der einzelne Autonome seinen Aufstieg in den eigentlich nicht existenten Hierarchien innerhalb seiner Bezugsgruppe beschleunigen. Vor allem männlichen Autonomen dient der Einsatz von Gewalt zudem dazu, sich gegenüber dem anderen Geschlecht zu profilieren. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Gewalt – wie auch im Rechtsextremismus und Islamismus – ästhetisiert und heroisiert wird. So stilisieren sich Autonome gerne in Videos, auf Fotos und Plakaten maskiert als „lonesome cowboy“ oder „lonesome streetfighter“ vor brennenden Barrikaden oder Autos und aufgerüsteten Polizeiketten. Dadurch unterstreichen sie zugleich die Faszination, die Gewalt auf sie ausübt. Autonome huldigen förmlich der Gewalt als Mittel von Macht und Stärke.[9] Gewalt wird somit zu einem unverzichtbaren Lebensgefühl und zu einem Symbol für die Befreiung von allen gesellschaftlichen Zwängen. In manchen Situationen herrscht daher eine regelrechte Gewaltbegeisterung, denn „es macht einfach Spaß, den Bullen eins in die Fresse zu hauen…“[10], wie es in einem ihrer Selbstzeugnisse heißt.

Ihren Ausdruck findet die Gewalt der Autonomen in erster Linie in Massenmilitanz und klandestinen Aktionen. Massenmilitanz tritt dabei vornehmlich am Rande von Demonstrationen in Erscheinung.

---

[9] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung. Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Die Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur, in: ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II) Brühl/Rheinland 2014, S. 28-57, hier S. 44.

[10] A.G. Grauwacke, Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, 3. Auflage, Berlin/Hamburg/Göttingen 2003, S. 148.

Konspirativ agierende Kleingruppen führen Brand- und Sprengstoffanschläge vor allem gegen Luxus- und Firmenfahrzeuge, aber auch gegen öffentliche Einrichtungen wie Jobcenter, Polizeistationen und Behörden durch.

Im Gegensatz zu den „klassischen" Autonomen ist das Verhältnis postautonomer Gruppierungen wie der „Interventionistischen Linken" (IL) und dem Bündnis „…umsGanze!" (uG) zur Gewalt widersprüchlicher. Einerseits vermeiden sie die Anwendung von Gewalt, andererseits betonen sie: „Unsere Mittel und Aktionsformen, defensive wie offensive, bestimmen wir also strategisch und taktisch in den jeweiligen Situationen, so wie wir sie verantworten können … Es geht uns darum, die kollektive Fähigkeit herzustellen, die Wahl der Mittel nach unseren Zielen selbst zu bestimmen" wie die IL in ihrem Zwischenstandspapier festhält.[11] Die Absicht, das demokratische Spektrum als potentiellen Bündnispartner nicht zu verlieren, dürfte für diese zweideutige Haltung ursächlich sein. Ihr Verhältnis zur Gewalt kann daher nur als taktisch bezeichnet werden, zumal sich die IL in ihren Papieren bislang nie eindeutig von der Gewalt als Lösungsmittel für politische Probleme distanziert hat.[12]

3. Der linksextremistische Gewaltbegriff

Um die von Autonomen ausgehende Gewalt richtig einordnen und ihre Bedeutung für deren Radikalisierung verstehen zu können, muss man sich den für sie und die Postautonomen geltenden Gewaltbegriff vergegenwärtigen. In Anlehnung an den norwegischen Friedensforscher Johann Galtung liegt die Ursache für Gewalt für sie in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen". Sie üben eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werte, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt" auf ihre Bürger

[11] Interventionistische Linke (IL), IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier, in: www.interventionistische-linke.org (gelesen am 11. April 2022).

[12] Vgl. Frank Johannsen, Bündnispolitik von Postautonomen in sozialen Protestbewegungen. Eine Fallstudie zur „Interventionistischen Linken" (IL) in Heiligendamm und Hamburg im Vergleich, in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (I), Brühl/Rheinland 2021, S. 322-354, hier S. 332 und 344.

aus. Diese Gewalt ist systemimmanent, drückt sich durch Ungleichheit unterschwellig aus und hindert den Einzelnen daran, sich seinen Anlagen, Möglichkeiten und Wünschen entsprechend frei zu entfalten und verwirklichen zu können. Seine Selbstverwirklichung bleibt somit hinter der in einer Gesellschaft möglichen zurück.[13] Mit dieser Interpretation wird zugleich das Täter-Opfer-Narrativ unmissverständlich definiert. Der Staat ist immer der Täter und der Autonome immer das Opfer. Da diese „Diktatur der Gewalt" nach links-extremistischer Auffassung den kapitalistischen Systemen inhärent ist, leiten nicht nur Autonome bzw. Postautonome, sondern Links-extremisten im Allgemeinen daraus unter Berufung auf den Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse ein Naturrecht von „unterdrückten" Minderheiten auf Widerstand ab. Marcuse prägte dafür das Prinzip „Gegengewalt". Es versteht sich ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems" und somit als ein reaktives und dadurch aus autonomer Sichtweise legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.[14] Vor dem Hintergrund dieses manichäischen Weltbildes sehen sich Autonome auf der Seite der „Guten" und leiten davon den avantgardistischen Anspruch ab, zu entscheiden, wer „böse" ist und wie gegen diesen vorzugehen sei. Daher lehnen Autonome das staatliche Gewaltmonopol ab, denn sie wollen selbst entscheiden, gegen wen sie wann, wie und wo Gewalt anwenden.[15]

Schon seit Jahrzehnten ist vor diesem Hintergrund in der Autonomen-Szene eine „Militanzdebatte" virulent. In ihrem Kern dreht sie sich um die Anwendung von Gewalt nicht nur gegen Sachen - sie stößt allgemein auf breite Zustimmung - sondern auch gegen Menschen. Zwar ist die gezielte Tötung von Menschen seit der Ermordung zweier Polizisten durch den Autonomen Andreas Eichler am 2. November 1987 aus einer Demonstration gegen die Erweiterung des Frankfurter

[13] Vgl. Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1982.

[14] Vgl. Herbert Marcuse, Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff/Barrington Moore/Herbert Marcuse: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt 1966, S. 95-137, hier S.127.

[15] Vgl. Tom Mannewitz/Tom Thieme, Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland, Bonn 2020, S. 69.

Rhein-Main-Flughafens um die Startbahn West heraus bislang innerhalb der linksextremistischen Szene nicht mehr vermittelbar. Dennoch versuchen immer wieder radikale Kreise innerhalb des autonomen Spektrums diesen Konsens in Frage zu stellen bzw. zu kippen.[16]

4. Definition und Besonderheiten des Radikalisierungsbegriffs

Betrachtet man die Rolle der Gewalt in einer extremistischen Szene – und somit auch in der linksextremistischen – so stellt sich unmittelbar die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Radikalisierung und Gewalt bzw. eine mögliche Wechselwirkung zwischen beiden.

Um sich dieser Frage anzunähern, gilt es, zunächst den Begriff „Radikalisierung" näher zu bestimmen. Wurden im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhundert vor allem Anhänger des politischen Liberalismus und der Demokratie als Radikale bezeichnet, so wird der Begriff heutzutage weitgehend synonym für die Hinwendung zur politischen Gewalt bzw. zum Terrorismus verwendet. Als „radikal" gilt derjenige, der politische Probleme an der „Wurzel" packen möchte.[17] Vor diesem Hintergrund definiert das Bundeskriminalamt Radikalisierung als „die zunehmende Hinwendung von Personen oder Gruppen zu einer extremistischen Denk- und Handlungsweise und die wachsende Bereitschaft, zur Durchsetzung ihrer Ziele illegitime Mittel, bis hin zur Anwendung von Gewalt, zu befürworten, zu unterstützen und/oder einzusetzen."[18] Das Demokratie-Zentrum Baden-Württemberg wiederum sieht in der Radikalisierung „die Entwicklung eines Menschen von unproblematischen hin zu problematischen Verhaltens- und Einstellungsmustern auf Grundlage eines politisch-

---

16 Vgl. Frank Bachner, Die Toten von der Startbahn West (2. November 2017), in: www.tagesspiegel.de (gelesen am 9. April 2022).

17 Vgl. Julian Junk/Christopher Daase/Nicole Deitelhoff, Einleitung, in: Christopher Daase/Nicole Deitelhoff/Julian Jung (Hrsg.), Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen, Frankfurt a. M. 2019, S. 7-14, hier S. 17.

18 Bundeskriminalamt, Radikalisierung, in: www.bka.de (gelesen am 2. April 2022).

religiös-ideologischen Wertesystems.“[19] Die Kampagne „Zivile Helden“ der Polizei definiert Radikalisierung als einen „Prozess, in dem ein Einzelner oder eine ganze Gruppe extrem religiöse, soziale oder politische Einstellungen und Überzeugungen entwickelt oder übernimmt und gegebenenfalls eine dementsprechende Ideologie verinnerlicht.“[20] Der französische Soziologe Farhad Khosrokhavar beschreibt Radikalisierung, bezogen auf den Islamismus, als einen Prozess, der dazu führt, dass „ein Individuum oder eine Gruppe zu einer Form der Gewaltausübung greift, die unmittelbar an eine sozial, politisch oder religiös motivierte Ideologie geknüpft ist, von der die herrschende politische, soziale oder kulturelle Ordnung abgelehnt wird.“[21] Nach Khosrokhavar kann dann von Radikalisierung gesprochen werden, wenn extremistische Ideologie und organisierte Gewalt miteinander verbunden werden.[22] Das Peace Research Institute Frankfurt am Main und das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung sehen in einer gemeinsamen Studie durch eine Radikalisierung „die zunehmende Infragestellung der Legitimation einer normativen Ordnung und/oder die zunehmende Bereitschaft, die institutionellen Strukturen dieser Ordnung zu bekämpfen“[23] und plädieren deshalb für einen weiten Radikalisierungsbegriff.

Die vorgestellten und sich weitgehend auf den Rechtsextremismus und Islamismus beziehenden Erklärungen verdeutlichen, dass es keine allgemein anerkannte und gültige Bestimmung des Begriffs „Radikalisierung“ gibt, geschweige denn eine spezifische Definition für den Prozess der Radikalisierung im Linksextremismus. So stimmen

---

[19] Jens Ostwaldt/Mathieu Coquelin, Radikalisierung. Theoriemodelle für die pädagogische Praxis, hrsg. v. Demokratie-Zentrum Baden-Württemberg (Juni 2018), in: www.demokratiezentrum-bw.de (gelesen am 10. März 2022).

[20] Zivile Helden für mehr Zivilcourage, Was versteht man unter Radikalisierung?, in: www.zivile-helden.de (gelesen am 30. März 2022).

[21] Farhad Khosrokhavar, Radikalisierung, Hamburg 2016, S. 29.

[22] Vgl. ebenda, S. 43.

[23] Hande Abay Gaspar/Christopher Daase/Nicole Deitelhoff/Julian Junk/Manjana Sold, Was ist Radikalisierung? Präzisierungen eines umstrittenen Begriffs, in: Peace Research Institute Frankfurt/Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), PRIF Report 5/2018, vorangestellte Zusammenfassung ohne Seitenangabe.

weder Wissenschaftler noch Institutionen wie die Polizei darin überein, was mit dem Begriff „Radikalisierung“ genau umschrieben wird. Dennoch besteht weitgehende Einigkeit, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Radikalisierungsprozessen und der Gewalt geben muss. Kennzeichnend für eine Radikalisierung ist demnach die Verknüpfung einer radikalen Ideologie mit der Entschlossenheit, sie auch in die Tat umzusetzen. Die Wissenschaft unterscheidet deshalb bei dem Phänomen der Radikalisierung allgemein zwischen einer Radikalisierung von Einstellungen und einer Radikalisierung von Handlungen.[24] Mit „Radikalisierung“ wird somit ein Entwicklungsprozess beschrieben, der von demokratischen Werten wegführt, in politischen oder religiösen Extremismus mündet und sich auf die Einstellungs- und Verhaltensebene auswirkt. Ein Individuum oder eine Gruppe entwickelt oder übernimmt dabei radikale politische, soziale oder religiöse Einstellungen und Überzeugungen und macht sich gegebenenfalls eine dementsprechende Ideologie zu eigen. Der Eintritt in eine politische Gruppierung folgt dabei nicht so sehr politischen Überzeugungen als vielmehr weitgehend zweckmäßigen Absichten wie den Wunsch nach sozialem Anschluss und Gemeinschaft.[25] Radikalisierung ist im hier gemeinten Sinne somit ein dynamischer, individueller und multifaktorieller Prozess, der die zunehmende Annäherung einer Person an extremistische bzw. terroristische Einstellungen und Handlungen darstellt. Zusammenfassend könnte man den Begriff „Radikalisierung“ auf folgende Formel bringen: Radikalisierung beschreibt meist einen Prozess, in dem sich ein nichtextremistischer Bürger zunächst zu einem gewaltfreien Extremisten, dann zu einem gewalttätigen Extremisten und schließlich zu einem Terroristen entwickelt. Die Reihenfolge ist dabei nicht

[24] Vgl. Brahim Ben Slama, Die psychologische Dimension von Radikalität, Extremismus und Terrorismus, in: Brahim Ben Slama/Uwe Kemmesies (Hrsg.), Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden 2020, S. 313 – 347, hier S. 323.

[25] Vgl. ebenda, S. 330.

statisch, einzelne Schritte können durchaus ausgelassen und übersprungen werden.[26]

5. Faktoren und Formen der Radikalisierung

Einen typischen Radikalisierungsverlauf für den Rechtsextremismus, den Islamismus und den Linksextremismus gibt es nicht. Radikalisierung findet vielmehr auf verschiedenen Ebenen statt und unterliegt dynamischen Entwicklungsprozessen. Individuen, Gruppen und auch Gesellschaften können sich radikalisieren.[27] Während die Radikalisierung im Rechtsextremismus und Islamismus bereits recht gut erforscht ist, gibt es ähnliches für den Linksextremismus noch nicht. Dennoch lassen sich verschiedene Kriterien aus der Radikalisierungsforschung zum Rechtsextremismus und zum Islamismus in etwa auch auf den Linksextremismus übertragen.

Dass Menschen sich radikalisieren, ist insbesondere in ihrer Persönlichkeit und deren Resilienz gegenüber extremistischen Einflüssen begründet. So scheinen vor allem Jugendliche im Übergang zum Erwachsenenalter und junge Erwachsene anfällig für extremistische Weltbilder zu sein. Sie sind auf der Suche nach Identität, Akzeptanz, Anerkennung und Wertschätzung und deshalb oftmals bereit, den Netzwerken und Peergroups zu folgen, die ihnen in dieser Hinsicht ein „interessantes“ Angebot unterbreiten.[28]

Befindet sich eine Person in einem dynamischen Radikalisierungsprozess, so nimmt sie nach und nach eine radikale

---

[26] Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx), Radikalisierung und Deradikalisierung, in: www.bag-relex.de (gelesen am 30. März 2022).

[27] Da in unmittelbarer Zukunft nicht von einer Radikalisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft im linksextremistischen Sinne ausgegangen werden kann, verzichtet dieser Aufsatz auf eine nähere Erläuterung der gesellschaftlichen Radikalisierung mit Blick auf den Linksextremismus.

[28] Vgl. Udo Baron, Die Rolle der Gewalt bei der Radikalisierung und Rekrutierung von Linksextremisten, in: Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Linksextremismus: Neue Entwicklungen jenseits von Marx, Engels und Lenin. Tagungsband zur Fachtagung vom 23. September 2020, Magdeburg 2021, S, 48-52, hier S. 50.

Haltung ein, d. h. sie bezieht sich auf Werte und Ansichten, die zunehmend von der gesellschaftlichen Norm abweichen. Der Psychologe Brahim Ben Slama nennt drei Motivlagen, die zum Anschluss an extremistische bzw. terroristische Gruppierungen führen können: „(1) … eine individuell oder kollektiv wahrgenommene Ungerechtigkeit, (2) ein Bedürfnis nach sozialen Bindungen, Gemeinschaft, Akzeptanz sowie (3) … die Suche nach Sinn und Identität.“[29] Vor allem eine Verletzung des grundsätzlichen menschlichen Bedürfnisses nach Identität, Bedeutung, Anerkennung, Ansehen, Respekt und Wertschätzung scheint eine entscheidende Triebfeder für eine Radikalisierung bis in die Gewalt zu sein. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama nennt dieses Streben nach Würde und Identität „Thymos“. Er versteht darunter einen „universelle(n) Aspekt der menschlichen Persönlichkeit, der sich nach Anerkennung sehnt“ und diese auch mitunter gewaltsam einfordert.[30]

Der Vielfalt individueller Motive und Entwicklungswege zum Trotz lassen sich gewisse wiederkehrende Muster identifizieren, die eine Radikalisierung von Individuen und Gruppen erklärbar machen. So können individuelle und gesellschaftliche Risikofaktoren entscheidend dazu beitragen, ob Menschen anfällig für extremistische Ideologien, Organisationen und Taten sind bzw. werden. Ein ausgeprägtes Ungerechtigkeitsempfinden, erlebte Diskriminierung, erfahrene Abwertung und Ausgrenzung, schulische und berufliche Misserfolge und daraus resultierende Perspektivlosigkeit sowie deren mögliche Folgen wie prekäre soziale Lebensumstände, bedingt beispielsweise durch Arbeitslosigkeit und Armut, können ebenso dazu beitragen, dass sich Menschen radikalisieren wie fehlende Wertschätzung und Anerkennung. Individuelle Faktoren wie die Motivation, sich von gesellschaftlichen Normen und Werten zu distanzieren gelten genauso als Risikofaktoren für eine Radikalisierung wie eine dissoziale, autoritär orientierte oder narzisstische Persönlichkeitsstruktur. Letztere zeichnet sich dabei durch mangelnde Empathie, Allmachtsfantasien, leichte Kränkbarkeit, eine gering ausgeprägte Frustrationstoleranz und ein übersteigertes Selbstbewusstsein aus. Auch persönliche

[29] Slama (Anm. 24), S. 328.

[30] Francis Fukuyama, Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet, Hamburg 2020, S. 56.

Erfahrungen und Erlebnisse, insbesondere wenn sie mit erlittener oder selbst angewendeter Gewalt verbunden sind, fallen darunter.[31]

An vorderster Stelle sind in diesem Zusammenhang inner- und außerfamiliäre Gewalt- und Missbrauchserfahrungen in der Kindheit und Jugend zu erwähnen, erlitten in erster Linie durch das soziale Umfeld wie Eltern, Geschwister, Verwandte und Bekannte. Die damit einhergehenden Erfahrungen von Ohnmacht gegenüber der Gewalt von Erwachsenen könnten Gewaltphantasien und Gewalttaten in der Jugendphase nach sich ziehen.[32] Ein krimineller Vorlauf, eine Neigung zur Akzeptanz und Ausübung von Gewalt, persönliche Bekanntschaften mit Extremisten bzw. mit extremistischen Peergruppen oder mit Personen aus deren Umfeld und eine minder ausgeprägte Wertevermittlung könnten ferner zu einer Hinwendung in diese Milieus führen.[33] Hinzu kommen mit fortgeschrittenem Lebensalter vor allem ein Gefühl einer unerträglichen Ungerechtigkeit auf dieser Welt und der innere Drang, dagegen aktiv werden zu müssen sowie Gewalterfahrungen in Zusammenhang mit dem Staat, seinen Institutionen und Repräsentanten. Vor allem die Konfrontation mit der Polizei als Repräsentant des Staates und Inhaber des staatlichen Gewaltmonopols sowie mit dem politischen Gegner kann bei Menschen mit Affinitäten ins extremistische Milieu dabei zu einem Vertrauensverlust in Staat und Gesellschaft und deren Ansätze zur Problembewältigung führen. Gewaltverherrlichende Bilder, Filme und Games wie sie in der digitalen Welt jederzeit und an jedem Ort abrufbar sind, können durch ihre aufputschende Wirkung und zumeist eindimensionale Problemlösung die Radikalisierung in die Gewalt beschleunigen, dienen sie doch der Bestätigung eigener Positionen und fungieren somit als Echokammern einer Radikalisierung in die Gewalt.

---

[31] Vgl. Roland Eckert, Radikalisierung in konflikttheoretischer Perspektive, in: Slama/Kemmesies (Anm. 24), S. 213-267, hier S. 237; Andreas Zick/Fabian Srowig, Viktoria Roth/Daniela Pisoiu/Katharina Seewald, Individuelle Faktoren der Radikalisierung zu Extremismus, Gewalt und Terror: Zur Forschungslage, in: Daase/Deitelhoff/Jung (Anm. 17), S. 52f.

[32] Vgl. ebenda.

[33] Vgl. Slama (Anm. 24), S. 327.

All diese Faktoren können, müssen aber nicht zwangsläufig in eine Radikalisierung münden - und das gilt für alle Phänomenbereiche.[34]

Politische Identitäten und Sozialisationen sowie emotionale Bindungen und somit die Wechselwirkung zwischen Ideologie und Emotionen sind entscheidende Faktoren für den Beitritt einer Person zu einer extremistischen Gruppe, egal welcher Provenienz diese auch ist.[35] Der Psychologe John G. Horgan skizziert die Formen der Radikalisierung von Gruppen mit Hilfe eines siebenstufiges Prozessmodells der Radikalisierung von Organisationsstrukturen.[36] Vor jeder Radikalisierung sieht er eine Phase der Vor-Radikalisierung als Ausgangspunkt. Mit einer zunehmenden Identifikation mit den Weltbildern der Gruppierung kommt es zu einer Verfestigung extremistischer Ansichten und somit zur Einleitung des eigentlichen Radikalisierungsprozesses. Es folgt das Vor-Engagement, eine Phase, in der die Person noch nach ihrem Platz im Gruppengefüge sucht. Vor der Ausübung konkreter Gewalt kommt es zur verbal gewalttätigen Radikalisierung, bei der eine stärkere Loyalität und Bindung an die Gruppe stattfindet. Daraus resultiert in einer fünften Stufe ein dauerhaftes Engagement in der Gruppe und eine Verpflichtung ihr gegenüber. Die Radikalisierung erreicht so ihren Höhepunkt. Im Laufe der Mitgliedschaft in einer Gruppe können sich jedoch Motive und Befindlichkeiten und daraus resultierend auch die Beziehung zu anderen Individuen ändern. Nach Horgan führt das dazu, dass sich betroffende Personen aus diesen Gründen irgendwann vom Extremismus bzw. Terrorismus abwenden. Es kommt somit zu einem Disengagement. Der Einzelne verändert sein Verhalten, übernimmt eine strafrechtlich nicht relevante Rolle in seiner Gruppe oder kehrt der Gruppe gleich ganz den Rücken. Darauf folgt schließlich die Phase der Deradikalisierung. Während das Individuum im Disengagement sein Verhalten ändert, verändert es nun seine Einstellungen und lässt seine bisherigen Weltbilder hinter sich. Dieser Prozess verläuft aber nicht

---

34 Vgl. ebenda.

35 Vgl. Zick/Srowig/Roth/Pisoiu/Seewald (Anm. 31), S. 61.

36 Vgl. John G. Horgan, Walking Away from Terrorism: Accounts of Disengagement from Radical and Extremist Movements (Political Violence), Oxon 2009, zitiert nach: Slama (Anm. 24), S. 332f.

zwangsläufig linear, so dass die aufgezeigten Entwicklungsschritte nicht zwingend durchschritten werden müssen.[37]

6. Stufen der Radikalisierung

Die Radikalisierungsforschung unterscheidet zwischen drei Stufen der Radikalisierung: die Radikalisierung ohne Gewalt, die Radikalisierung in die Gewalt und die Radikalisierung in der Gewalt.[38]

Unter Radikalisierung ohne Gewalt fallen alle Individuen und Kollektive, die auf verbalen und/oder schriftlichem Weg versuchen, gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen. Sie präsentieren sich zwar in ihren Worten und Schriften radikal, verzichten aber auf die Anwendung physischer Gewalt zur Durchsetzung ihrer Interessen. Ihnen geht es darum, im Rahmen des gültigen Rechtssystems ihre Ziele zu erreichen. Im Gegensatz zur Radikalisierung in die Gewalt und in der Gewalt findet ihre Radikalisierung auf der kognitiven statt auf der verhaltensbezogenen Ebene statt. Aus diesem Grunde finden dieser Ansatz im medialen, wissenschaftlichen und politischen Raum weniger Aufmerksamkeit als die gewaltsame Radikalisierung.[39] Sie gilt auch aus Sicht der Sicherheitsbehörden als weitgehend legitimer Protest mit der Folge, dass er bislang kaum eigenständig empirisch untersucht wurde.[40]

Die Radikalisierung in die Gewalt und in der Gewalt bildet das „klassische“ Verständnis von Radikalisierung. Ein Einzelner oder eine Gruppierung verlassen den Boden der Verfassung, denn sie sind zur Durchsetzung ihrer Ziele und Ideen bereit, auch physische Gewalt

---

[37] Vgl. ebenda.

[38] Vgl. Hande Abay Gaspar/Christopher Daase/Nicole Deitelhoff/Julian Jung/ Manjana Sold, Vom Extremismus zur Radikalisierung: Zur wissenschaftlichen Konzeptualisierung illiberaler Einstellungen, in: Daase/ Deitelhoff/Jung (Anm. 17), S. 23ff.

[39] Vgl. ebenda, S. 29.

[40] So liegt der Fokus bei dem Bundesamt und den Landesämtern für Verfassungsschutz schon seit Jahren auf dem gewaltsamen politischen Protest, da der gewaltlose aus sicherheitspolitischer Perspektive als wesentlich weniger bedeutsam gilt. Dass der Gedanke und das Wort vor der Tat kommen und die gewaltsame Aktion auf gewalttätigen Gedanken basiert, wird dabei leicht ausgeblendet.

anzuwenden. Bei der Radikalisierung in der Gewalt handelt es sich schließlich um Individuen und Gruppen, die bereits Gewalt anwenden und sich nunmehr weiter radikalisieren bis hin zur extremsten Form der physischen Gewalt, dem Terrorismus. Die Radikalisierung in die Gewalt und in der Gewalt erfolgt dabei auf zwei unterschiedlichen Ebenen: Zum einen findet die Indoktrination durch eine Gruppe bzw. Organisation statt und unterliegt somit gruppendynamischen Prozessen, zum anderen kann es, losgelöst von Gruppenstrukturen, auch zu einer Selbstradikalisierung kommen. Für Gruppen gilt: die Isolation und das Bedrohungsgefühl innerhalb einer Bezugsgruppe können zu starken Interdependenzen führen. Die Gruppe schließt sich nach außen ab und homogenisiert sich nach innen.[41] Zudem entwickelt sie Narrative. Diese Gruppenerzählungen und -diskurse wie z.B. das Täter-Opfer-Narrativ oder das vom (legitimen) Widerstand können dann identitätsstiftend und integrationsfördernd für die Bezugsgruppe wirken. Dem Einzelnen bietet sich dabei die Chance, sich durch die Anwendung von Gewalt als starker Arm der Gruppe zu präsentieren, als derjenige, der der Gruppe Schutz und Sicherheit gibt. Durch diese Rolle kann die eigene Bedeutung gesteigert und eine emotionale Befriedigung erreicht werden.

Für den radikalisierten Einzeltäter gilt ähnliches. Auch er kapselt sich nach außen ab und kann für sich Täter-Opfer-Narrative entwickeln. Manchmal betrachtet er sich als Auserwählten für eine Mission wie es bei dem norwegischen Rechtsextremisten Anders Breivik der Fall war. Statt über die Gruppe vollzieht sich seine Radikalisierung vor allem über die digitale Welt mit ihren sozialen Netzwerken, Messengerdiensten und Internetangeboten. Politische Ereignisse oder Entwicklungen, die als Zumutung und/oder Bedrohung empfunden werden, können schließlich das auslösende Moment sowohl für die Gruppe als auch für den Einzelnen für ihren Weg in den Extremismus bzw. in den Terrorismus und somit für eine Radikalisierung in die Gewalt bzw. in der Gewalt sein.[42]

[41] Vgl. Gaspar/Daase/Deitelhoff/Junk/Sold (Anm. 23).
[42] Vgl. ebenda.

7. Instrumente der Radikalisierung

Radikalisierung benötigt Instrumente, über die sie transportiert und mit deren Hilfe sie umgesetzt werden kann. Vor allem die Einführung neuer Technologien hat die Radikalisierung in eine neue Dimension der Gewalt gehoben. Mit der Erfindung des Dynamits, der Fotografie, des Films und in der jüngsten Zeit des Internets konnten Taten so mit hohen Opferzahlen und Sachschäden überhaupt erst im erforderlichen Maße geplant, kommuniziert und durchgeführt werden. Durch die Digitalisierung finden sie heutzutage in Sekundenschnelle weltweite Verbreitung wie beispielsweise die Anschläge vom 11. September 2001 auf New York und Washington gezeigt haben.

Auch wenn die Autonomen eher technikkritisch eingestellt sind, erfolgt auch dort die Radikalisierung über Kommunikation. Diese wiederum findet in jüngster Zeit weitgehend über die digitalen Medien als Instrument statt. Das Internet mit seinen einschlägigen Websites und sozialen Netzwerken wie Facebook, Instagram und Twitter sowie Messangerdiensten wie WhatsApp, Signal und Telegram bietet dabei zahlreiche offene und verdeckte Kommunikations-, Organisations- und Trainingsmöglichkeiten. Es dient der globalen Vernetzung, Organisierung und Durchführung von Aktionen und zugleich der Propaganda für gewaltlegitimierende Ideologien.[43] Zugleich lässt sich mit Hilfe von Computerspielen wie beispielsweise den Egoshooter-spielen der Einsatz von Waffen zunehmend auch online trainieren. Das World Wide Web und somit die Online-Kommunikation bildet heutzutage die „Infrastruktur des sog. Widerstandes".[44] Lässt sich doch mit Hilfe des Internets ein um ein vielfaches höherer und schnellerer Verbreitungsgrad von extremistischer Propaganda erreichen als es vor dem digitalen Zeitalter jemals der Fall gewesen war.

Vor allem dem im August 2008 gegründeten Online-Portal „linksunten.indymedia.de" kam dabei bis zu seinem Verbot durch den Bundesminister des Innern am 25. August 2017 eine zentrale

[43] Vgl. Dirk Baier/Laura Treskow, Wissenschaftliche Analyse zum Phänomen des Linksextremismus in Niedersachsen, seiner sozialwissenschaftlichen Erfassung sowie seiner generellen und spezifischen Prävention, Hannover/Zürich 2020, S. 42.

[44] Stefan Goertz/Martina Goertz-Neumann, Politisch motivierte Kriminalität. Radikalisierung und Extremismus, 2. Auflage Heidelberg 2021, S. 179.

Bedeutung zu. Bei diesem Portal handelte es sich um eine Unterseite des weltweiten Netzwerkes „Independent Media Center“ (IMC oder „indymedia“ abgekürzt). „indymedia“ wiederum wurde im November 1999 anlässlich des Treffens der „World Trade Organization“ (WTO) in Seattle zur unabhängigen Dokumentation der Ereignisse und zur Organisierung der Proteste gegründet. Aktivisten und Journalisten wollten damit eine alternative Plattform im Sinne einer Gegenöffentlichkeit zu den etablierten Medien schaffen, auf der sie selbst über ihre Proteste gegen das WTO-Treffen berichten konnten. Vor diesem Hintergrund entstand ein partizipatives digitales Netzwerk aus global und autark agierenden „indymedia“-Kollektiven.[45]

Nach dem Open-Posting-Prinzip, also ohne vorherige Filterungen, konnte jeder in Echtzeit und anonymisiert beispielsweise Anleitungen für die Begehung von Straftaten wie den Bau von Sprengsätzen verbreiten, die Ergebnisse von Outing-Aktionen gegen den politischen Gegner posten oder Selbstbezichtigungsschreiben für Anschläge einstellen. Auf „linksunten.indymedia.de“ führte die Autonome-Szene anonymisiert Diskussionen und gab politische Statements beispielsweise zur Theorie der linksextremistischen Szene oder zur seit Jahrzehnten virulenten Militanzdebatte über das Für und Wider von Gewalt gegen Menschen ab. Ständig wechselnde Administratoren verwalteten lediglich die Informationsströme und griffen in der Regel nur ein, wenn Veröffentlichungen mit rechtsextremistischen Inhalt vorgenommen wurden. Seit dem Verbot von „linksunten.indymedia.de“ hat ihre deutsche Ausgabe „de.indymedia.org.“ diese Funktion, die sie bis zur Einrichtung von „linksunten.indymedia.de“ bereits innehatte, wieder weitgehend übernommen.[46]

Die Medien der analogen Welt, etwa Publikationen wie die Szenemagazine „radikal“ oder „Interim“ haben dagegen in den letzten Jahrzehnten im Zuge der globalen Digitalisierung immer mehr an Bedeutung für die linksextremistische Szene verloren. Sie liefern zwar, sofern sie überhaupt noch erscheinen, u. a. auch Anleitungen zur praktischen Umsetzung von Gewalttaten, weshalb sie nahezu

[45] Vgl. Ohne Autor, Was ist eigentlich Linksunten.indymedia? (29. Januar 2020), in: www.spiegel.de (gelesen am 17. März 2022).
[46] Vgl. ebenda.

regelmäßig von den zuständigen Gerichten beschlagnahmt werden. Im Gegensatz zu den digitalen Medien sind sie heute aber nur noch von geringer Bedeutung für die linksextremistische Szene, insbesondere für jüngere Menschen.

8. Typologien von Radikalisierungsgefahren

Die Radikalisierung im Linksextremismus befindet sich in der Bundesrepublik, wenn auch regional in unterschiedlicher Ausprägung, auf einem hohen Niveau. Während das Aggressionsniveau steigt, sinkt die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt vor allem in der Autonomen-Szene. So verzeichneten beispielsweise die linksextremistisch motivierten Gewalttaten bundesweit im Jahr 2020 neue Höchststände. Die Fallzahlen bei den Gewalttaten stiegen um 45,06 Prozent von 1.052 im Jahr 2019 auf 1.526 im Jahre 2020.[47] Neben der Quantität hat aber vor allem in den letzten Jahren die Intensität und Professionalität und somit die Qualität der begangenen Taten zugenommen wie die eingangs geschilderten Gewalttaten exemplarisch verdeutlichen. Insbesondere klandestin agierende Kleingruppen legen anscheinend kaum mehr Wert auf die Vermittelbarkeit ihrer Taten. Vielmehr schotten sie sich von der übrigen linksextremistischen Szene zunehmend ab und greifen gezielt ihre politischen Gegner an. Dabei nehmen sie auch den Tod ihrer Opfer billigend in Kauf. Jüngstes Beispiel für diese Tendenz könnte der Überfall mehrerer vermummter Täter auf einen Laden der in rechtsextremistischen Kreisen beliebten „Thor-Steinar“-Kette in Erfurt sein, bei der eine Verkäuferin mit Schlägen traktiert und schwer verletzt wurde.[48]

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gibt es verschiedene auslösende Momente, die zu einer weiteren Radikalisierung im Linksextremismus und dadurch zu einer zunehmenden Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene führen dürften. Eine

[47] Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat/Bundeskriminalamt, Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen (4. Mai 2020), in: www.bmi.bund.de (gelesen am 2. April 2021).

[48] Vgl. Ohne Autor, Nach Überfall auf Geschäft in Erfurt – Polizei sucht mit Fahndungsfotos nach Tätern (25. April 2022), in: www.thueringer-allgemeine.de (gelesen am 29. April 2022).

reale oder auch nur empfundene Zuspitzung der politischen, sozialen und ökonomischen Widersprüche in den demokratischen Rechtsstaaten wäre eine solche Möglichkeit. Sollte beispielsweise die Kluft zwischen Arm und Reich vor allem im Zuge der Coronapandemie und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine weiter zunehmen, subjektive Unsicherheitsgefühle, Verlustängste und mangelnde Zukunftsperspektiven mit Blick auf die nationalen und globalen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen dominieren, so könnte das extremistische Einstellungen bis hin zur Gewalt befeuern und zu einer weiteren Radikalisierung in allen Phänomenbereichen und somit auch im Linksextremismus beitragen. Szenerelevante Großereignisse, sofern sie im Sinne des linksextremistischen Spektrums verlaufen wie z. B. der G20-Gipfel von Hamburg oder die Proteste gegen die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main vom März 2015, könnten eine euphorisierende Wirkung ausüben. Ein stark ausgeprägtes avantgardistisches Denken in Teilen der linksextremistischen Szene dürfte wiederum die Annahme verstärken, man sei im Besitz der Wahrheit und leite daraus das Recht ab, zu entscheiden, wer oder was gut oder böse ist und mit welchen Mitteln es bekämpft werden darf.

Besondere Gefahr mit Blick auf eine weitere Radikalisierung im Linksextremismus birgt eine tödlich verlaufende Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner oder der Polizei in sich. In einer entsprechenden Situation käme dann möglicherweise der „Märtyrereffekt“ zum Tragen. Ähnlich wie es nach der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg durch den Polizisten und Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit Karl-Heinz Kurras nach dem 2. Juni 1967 der Fall war, dürfte ein vergleichbares Ereignis auch heute mobilisierend und radikalisierend auf die linksextremistische Szene wirken. Umgekehrt bestünde die Gefahr, dass der Tod eines Rechtsextremisten, hervorgerufen durch linksextremistische Gewalt, eine weitere Radikalisierung der rechtsextremistischen Szene zur Folge haben könnte. Die in dieser Arbeit beschriebenen Überfälle von Linksextremisten auf Rechtsextremisten haben gegenwärtig das Potenzial, einer entsprechenden Entwicklung den Weg zu bereiten. Verleihen ihre Taten doch den betroffenen Rechtsextremisten einen Opferstatus und machen sie so zu modernen Märtyrern der

rechtsextremistischen Szenen. Dadurch hervorgerufene Gegenaktionen von Rechtsextremisten könnten wiederum eine Spirale der Vergeltung mit unabsehbaren Folgen der Radikalisierung sowohl im Rechts- als auch im Linksextremismus in Gang setzen. Die im „Spiegel“ zitierte Äußerung eines Rechtsextremisten, „Wenn der Erste von uns tot auf der Straße liegen bleibt … dann Gnade euch Gott“, lässt Schlimmes in dieser Hinsicht befürchten.[49]

Die individuelle Radikalisierung, d.h. die Radikalisierung einer einzelnen Person abseits von Gruppenstrukturen, könnte zur wohl größten Bedrohung für den demokratischen Rechtsstaat und eine offene Gesellschaft werden – und das phänomenübergreifend. Die Sicherheitsbehörden haben es dabei in der Regel mit einem autoradikalisierten Einzeltäter zu tun. Dieser orientiert sich zwar an der Ideologie, Programmatik, Propaganda und Zielsetzung eines extremistischen Phänomenbereichs, plant und handelt aber ohne den Rückhalt einer Gruppierung weitgehend autonom.[50] Er bricht in der Regel irgendwann alle Beziehungen zu seinem sozialen Umfeld ab und isoliert sich von seiner Umwelt. Seine rationale und emotionale Selbstradikalisierung erfolgt dabei auf digitalen und analogen Weg und zumeist unbemerkt von der Außenwelt vor allem über die sozialen Netzwerke und Messengerdienste. Dabei saugt er sich dort förmlich voll mit extremistischen Texten, Bildern, Filmen und Spielen. Befreien will er niemanden aus seiner sozialen Lage, kollektive Ziele verfolgt er daher kaum. Sein Handeln wird vielmehr von persönlichen Rache- und Gewaltfantasien bzw. dem Wunsch, andere zu rächen, geleitet. Eine Anbindung an eine politische Szene gibt es in der Regel nicht. Aus diesem Grunde fehlt dem Einzeltäter zumeist auch eine umfassende Ausbildung beispielsweise an der Waffe und im Bau von Sprengsätzen.[51]

Im Gegensatz zum islamistischen und rechtsextremistischem Terrorismus ist der radikalisierte Einzeltäter im Linksextremismus bislang (noch?) nicht gängig. Ende des 19. Jahrhunderts gab es zwar in vielen Ländern anarchistische Einzeltäter, die Politiker und

[49] Vgl. Roland Wittek, Gewalttätige Rächer, in: Der Spiegel, Nr. 36/4. September 2021, S. 62-63, hier S. 62.
[50] Vgl. Slama (Anm. 24), S. 334.
[51] Vgl. ebenda, S. 337.

„Kapitalisten“ umbrachten. Seit den 1920er Jahren trat dieser Typus eines linksextremistisch motivierten Einzeltäters kaum mehr in Erscheinung. Die letzte linksextremistisch motivierte Tat eines Einzeltäters im deutschsprachigen Raum liegt mittlerweile mehr als 120 Jahre zurück. Der italienische Gelegenheitsarbeiter und Anarchist Luigi Lucheni tötete am 10. September 1898 die österreichisch-ungarische Kaiserin Elisabeth („Sissi“) durch einen Stich mit einer spitzen Feile ins Herz. Er wollte einen Vertreter der „herrschenden Klasse“ töten. Mit dem Satz „Ich glaube an die Propaganda durch die Tat“ stilisierte er sich zum Anarchisten im Sinne Bakunins und Kropotkins. Beide bejahten zeitweise Attentate als probates Mittel zur Lösung politisch-gesellschaftlicher Probleme, da dadurch die Menschheit befreit und der ihnen verhasste Staat zerstört werden könnte.[52]

Auch wenn es sich bei der Ermordung der Kaiserin Elisabeth von Österreich um einen lang zurückliegenden Einzelfall handelt, so sollten auch im Linksextremismus entsprechende Taten künftig nicht pauschal ausgeschlossen werden. Zwar gilt im Linksextremismus nach wie vor die Devise, dass das eigene Handeln auch vermittelbar sein muss. Das schließt aber nicht aus, dass sich dennoch irgendwann eine Person bemüßigt fühlen könnte, das Heft des Handelns in die eigene Hand zu nehmen, um den Worten Taten folgen zu lassen.

Dass der radikalisierte Einzeltäter auch im Linksextremismus gegenwärtig nicht nur Fiktion ist, verdeutlicht der linksextremistisch motivierte Anschlag vom 14. Juni 2017 in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der fanatische Trump-Gegner und politische Linksaktivist James T. Hodgkinson griff vor dem alljährlichen Benefiz-Baseballspiel zwischen Mannschaften demokratischer und republikanischer Kongressabgeordneter, im sogenannten Kongress-Baseball-Attentat, eine Gruppe von republikanischen Abgeordneten und Angestellten des US-Kongresses während ihres Baseballtrainings an und brachte vier Personen teilweise schwere Schussverletzungen bei. Schließlich kam er selbst nach einem Schusswechsel mit der Polizei ums Leben.[53]

---

[52] Vgl. Katja Iken, Eine Kaiserin wird ermordet und läuft einfach weiter (10. September 2018), in: www.spiegel.de (gelesen am 7. April 2022).

[53] Vgl. Beate Wild, Nach Attentat: Republikaner schwebt in Lebensgefahr (15. Juni 20217), in: www.sueddeutsche.de (gelesen am 5. März 2022).

Die Beispiele zeigen auf, dass die Radikalisierung zumeist ein schleichender Prozess ist. Aufgrund eines auslösenden Moments kann sie plötzlich und unmittelbar an Dynamik gewinnen und in mitunter exzessive Gewalt münden. Radikalisierung und Gewalt verhalten sich dabei wie zwei Seiten einer Medaille, die sich gegenseitig bedingen.

8. Schlusswort und Zusammenfassung

Gewalt spielt eine zentrale Rolle im bundesrepublikanischen Linksextremismus, vor allem in der Autonomen-Szene. Dort betrachtet man sie als ein legitimes Mittel zur Lösung politisch-gesellschaftlicher Konflikte. Die eingangs geschilderten Gewalttaten zeigen, dass die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt auch gegen Menschen in Teilen des linksextremistischen Spektrums in den letzten Jahren zunehmend gesunken und die Radikalisierung entsprechend gestiegen ist.

Da es noch keine Radikalisierungsdefinition speziell für den Linksextremismus gibt, sind vor allem die Sicherheitsbehörden auf die Forschungen zum Thema aus dem Bereich des Rechtsextremismus und Islamismus angewiesen. Überträgt man die dort erarbeiteten Faktoren, Formen und Stufen für eine Radikalisierung auf den Linksextremismus, so lassen sich auch bei Linksextremisten ähnlich gelagerte Anhaltspunkte für eine Radikalisierung sowie entsprechende Formen und Stufen der Radikalisierung über die jeweiligen Bezugsgruppen mit Hilfe der heutigen Technik erkennen. Radikalisierung und Gewalt scheinen dabei nicht nur in den anderen Extremismusbereichen, sondern auch im Linksextremismus zwei Seiten einer Medaille zu sein. Nimmt die Radikalisierung zu, so steigt anscheinend auch die Gewaltbereitschaft, während wiederum eine erhöhte Gewaltbereitschaft Ausdruck einer zunehmenden Radikalisierung ist. Dabei erscheinen die Übergänge von einer Radikalisierung in die Gewalt zu einer Radikalisierung in der Gewalt auch im Linksextremismus zunehmend als fließend.[54]

[54] Zur Verifizierung dieser Behauptung bedarf es aber noch entsprechender wissenschaftlicher Untersuchungen, die diese Arbeit nicht leisten konnte.

Obwohl auch der Linksextremismus durch eine Radikalisierung seiner Akteure auf sich aufmerksam macht, sind empirische Forschungsarbeiten zum Gesamtkomplex Linksextremismus im Allgemeinen und zur Radikalisierung von Linksextremisten immer noch dünn gesät.[55] Im Gegensatz zum bereits gut erforschten Rechtsextremismus fehlen zum Linksextremismus weitgehend vertiefte (sozial-)wissenschaftliche Studien, die der Auseinandersetzung mit diesem Phänomenbereich ein ausreichendes empirisches Fundament geben könnten. Wenn vorhanden, so erfüllen sie kaum die wissenschaftlichen Ansprüche an eine solche Arbeit wie beispielsweise die Studie von Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder zum Linksextremismus zeigt.[56] Ihre „offenkundigen Fehler und Mängel laden zu übertriebenen Polemiken und Verrissen ein“ und beschädigen dadurch vielmehr „die vergleichende Extremismusforschung an sich“ wie der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber festhält.[57] Aus diesem Grunde bedarf es dringend entsprechender Studien, die auch für den Linksextremismus sozialwissenschaftlichen Fragenstellungen wie denen nach der Sozialstruktur von Linksextremisten und ihrem Umfeld, den Motiven für ihr politisches Engagement und den Ursachen für ihre Radikalisierung in die bzw. in der Gewalt nachgehen, damit die Sicherheitsbehörden und die Präventionsarbeit nicht mehr nur weitgehend auf ihr Erfahrungswissen angewiesen bleiben.

---

[55] Eine der wenigen Ausnahmen auf diesem Gebiet stellt die Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens (KFN) und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) dar (Baier/Treskow (Anm. 42). Auch die qualitative Studie von Astrid Benda, Linksextremismus in Deutschland, Hamburg 2021 gehört zu diesen Raritäten.

[56] Vgl. Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder, Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Frankfurt am Main 2015. Diese Studie erhebt zwar den Anspruch, empirisch vorzugehen. Allerdings ist der empirische Gehalt ihrer Arbeit sehr überschaubar und bietet kaum Raum für eine substantielle Vertiefung der Materie. Zudem fehlt es ihren Analysekriterien an der nötigen Trennschärfe.

[57] Armin Pfahl-Traughber, Einstellungsstatements zum Linksextremismus mit fehlender Trennschärfe. Eine kritische Analyse und Prüfung der Schroeder-Studie, in: ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus und Terrorismusforschung, Brühl/Rheinland 2017/2018, S. 29-51, hier S. 51.

Möglicherweise könnte neben der „Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus“ (FTE) des Bundeskriminalamtes auch das beim Bundesamt für Verfassungsschutz im Aufbau befindliche „Zentrum für Analyse und Forschung“ (ZAF) langfristig dazu beitragen, an dieser Stelle Abhilfe zu schaffen. Schließlich soll es zu seinen Aufgaben gehören, gemeinsam mit Universitäten und anderen (außeruniversitären) Forschungseinrichtungen die „Analyse-kompetenzen des Verfassungsschutzes zu stärken.“[58] Generell gilt es, den Status quo auf diesem Gebiet zu verändern und Gelder und Personal auch für die wissenschaftliche Erforschung des Linksextremismus zur Verfügung zu stellen. Nur so besteht die Chance, die Radikalisierung im Links-extremismus frühzeitig zu erkennen, sie richtig einzuordnen und präventiv ebenso wie repressiv auf sie zeitnah reagieren zu können. Nur so haben die Sicherheitsbehörden und die Präventionsarbeit künftig eine Chance, gemeinsam einer möglichen Eskalationsspirale rechtzeitig Einhalt zu gebieten.

Um einer weiteren Radikalisierung, verstanden als Entwicklung eines nichtextremistischen Bürgers über einen gewaltfreien Extremisten zu einem gewalttätigen und schließlich zu einem Terroristen vorzubeugen, bedarf es konzeptioneller Überlegungen für eine effiziente Deradikalisierung. An dieser Stelle ist die Präventionsarbeit gefordert. Sie muss auch für den Linksextremismus nach Wegen suchen, um der Radikalisierungsspirale möglichst frühzeitig Einhalt zu gebieten. Mit Konzepten beispielsweise zur Demokratieförderung und gewaltfreien Konfliktlösung kann sie zur Identifizierung mit der Demokratie und somit zur gewaltfreien Problemlösung beitragen und so die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine Radikalisierung in alle Formen der Gewalt möglichst frühzeitig aufgehalten und in ihr Gegenteil verkehrt werden kann. Vor allem manchem jungen Menschen könnte so der Weg in die Gewaltspirale mit unabsehbaren Folgen für seine weitere private und berufliche Entwicklung erspart bleiben.

[58] Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Zentrum für Analyse und Forschung (ZAF), in: www.verfassungsschutz.de (gelesen am 8. März 2022).

Die Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus 2.0

Eine Analyse zur Veränderung linksextremistischer Beeinflussungsversuche

Udo Baron

1. Einleitung und Fragestellung

Es ist Gründonnerstag, der 6. April 2023. Mitten im beginnenden Osterverkehr tauchen plötzlich vor dem Südportal des Hamburger Elbtunnels und auf der Nordseite der Elbbrücken Personen auf und kleben sich auf den Fahrbahnen fest. Mit ihrer Aktion protestieren sie gegen die aus ihrer Sicht untätige Politik bei dem Versuch, den Klimawandel noch aufzuhalten. Die Klebeaktion löst ein Verkehrschaos in Hamburg und Umgebung aus, denn der Elbtunnel und die Elbbrücken sind die einzigen Möglichkeiten, die Elbmetropole vom Süden her zu erreichen. Erst nach etwa drei Stunden rollt der Autoverkehr wieder über die Elbbrücken, den Elbtunnel gibt die Polizei nach fünf Stunden wieder frei. So oder so ähnliche Aktionen finden seit Monaten nahezu täglich bundesweit statt. Klimaaktivisten blockieren Autobahnen, Straßenkreuzungen, Häfen und Flughäfen oder führen Farbattacken auf Gebäude und Gemälde in Museen und Galerien durch. Mit ihren Aktionen versuchen sie die Infrastruktur der jeweiligen Städte lahmzulegen und maximale Aufmerksamkeit zu generieren, um dadurch die Bundesregierung zum Handeln mit Blick auf den Klimawandel zu zwingen. Eine Gruppierung der Klimaschutzbewegung ragt dabei mit weitem Abstand vor allen anderen Klimaschutzgruppierungen heraus: die „Letzte Generation“ (LG).[1]

Der Klimaschutz ist ein Thema, das die Menschen weltweit bis in die Mitte der Gesellschaft bewegt. Um der globalen Erderwärmung und ihren Folgen entgegenzuwirken, hat sich deshalb in den letzten Jahren eine international agierende Klimaschutzbewegung formiert. Sie will den Druck auf die nationalen Regierungen erhöhen, damit diese bis

[1] Vgl. Ohne Autor, Autoverkehr in Hamburg lahmgelegt, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 8. April 2023, S. 7.

2030 aus der Nutzung fossiler Energieträger aussteigen. Die klimaschädlichen Treibhausgase sollen zudem bis zum Jahre 2035 auf null reduziert und die Energiegewinnung auf eine regenerative umgestellt werden.[2] Mit zahlreichen Protestaktionen versucht in jüngster Zeit vor allem die LG den umgehenden Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energien zu erzwingen, um so die globale Erderwärmung auf deutlich unter Zwei-Grad zu begrenzen.

Die Klimaproteste in Deutschland machen aber auch deutlich, dass nicht nur Demokraten, sondern auch Linksextremisten längst schon den Klimaschutz für sich entdeckt haben und versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Interessen zu vereinnahmen. So rufen neben demokratischen immer wieder auch linksextremistische Parteien, Vereine, Gruppierungen oder Organisationen zur Teilnahme an den Klimaprotesten auf und bieten ihre Unterstützung an. Im letzten „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ bin ich diesen linksextremistischen Einflussversuchen auf die zum damaligen Zeitpunkt noch recht junge Klimaschutzbewegung nachgegangen.[3] Mittlerweile sind mehr als zwei Jahre vergangen. Vor dem Hintergrund der zwischen 2020 und 2022 das Weltgeschehen bestimmenden Corona-Pandemie und des seit dem 24. Februar 2022 andauernden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hat das Thema Klimaschutz an Aufmerksamkeit verloren. Zwangsläufig ist dadurch auch die Klimaschutzbewegung ein stückweit aus dem Blickwinkel der öffentlichen und veröffentlichten Wahrnehmung gerutscht. Neue Gruppierungen sind in der Zwischenzeit entstanden, bereits bestehende haben sich verändert, manche haben an Bedeutung gewonnen, andere an Bedeutung verloren. Doch veränderten sich auch die Einflussversuche von Linksextremisten auf die Klimaschutzbewegung? Wer sind im Jahre 2023 die Akteure, wer sind die Objekte der linksextremistischen Einflussnahme? Welche Auswirkungen haben

[2] Vgl. Ohne Autor, Klimaaktivisten legen Forderungen an deutsche Politik vor (8. April 2019), in: www.zeit.de/ (gelesen am 3. Februar 2021).

[3] Vgl. Udo Baron, Die Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus. Eine Analyse zu Akteuren und Objekten linksextremistischer Beeinflussungsversuche, in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (I), Brühl / Rheinland 2021, S. 300 – 321.

diese Einflussversuche? Welche Rolle spielen vor allem „Ende Gelände“ (EG) und die LG innerhalb der Klimaschutzbewegung? Ist eine Radikalisierung innerhalb der Klimaschutzbewegung auch ohne linksextremistischen Einfluss möglich? Diesen Fragen möchte die vorliegende Abhandlung im Sinne einer Fortschreibung meines Aufsatzes aus dem letzten „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ nachgehen und die entsprechenden Entwicklungen und Veränderungen nachzeichnen und kritisch analysieren. Zugleich soll ein Ausblick auf die weitere Entwicklung der Klimaschutzbewegung unternommen werden.

2. Veränderungen der linksextremistischen Einflussversuche auf die Klimaschutzbewegung

Konnte die Klimaschutzbewegung bis zur Corona-Pandemie zigtausende Menschen, vor allem Schüler und Studenten, für ihre Aktionen mobilisieren, so wurde diese Bewegung aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen einiger Grundrechte wie dem Demonstrationsrecht nahezu vollständig von der Straße verdrängt. Vor allem „Friday´s for Future“ (FFF) als zentraler Organisator der Klimaproteste verlor seit Ausbruch der Pandemie deutlich an öffentlichem Zulauf und öffentlicher Aufmerksamkeit, selbst wenn FFF immer noch die meisten Menschen auf die Straße bringt.[4] Aus diesem Grunde hat auch das Interesse von Linksextremisten an der Klimaschutzbewegung im Allgemeinen und an FFF im Besonderen nachgelassen. Für die geschulten Marxisten-Leninisten der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) war der Klima- und Umweltschutz im Gegensatz zum marxistischen Hauptwiderspruch, der Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten, stets nur ein Nebenwiderspruch. Manches DKP-Mitglied betrachtete die Klimaschutzbewegung von Beginn an als „bürgerlich unterwandert“ und für Marxisten-Leninisten zu „stark an den Grünen orientiert“.[5] Im Gegensatz zur DKP war und

[4] Vgl. Jan Heidtmann, Klebst du schon oder protestierst du noch?, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. April 2023, S. 2.

[5] Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Kommunistische Diskussionsbeiträge zu #FridaysForFuture (18. August 2019), in: www.dkp-mv.de (gelesen am 17. April 2022).

ist die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) interessierter an der Klimaschutzbewegung. Nach ihr wurde die „Umweltfrage … zur Systemfrage, zu einer zentralen Frage des Klassenkampfs und der Vorbereitung und Durchführung der internationalen sozialistischen Revolution.“[6] Dennoch ist sie aufgrund ihres Dogmatismus in der Klimaschutzbewegung äußerst unbeliebt und musste z. B. in NRW nur auf dem Klageweg ihre Teilnahme an den Klimaprotesten mit ihren Parteisymbolen erstreiten.[7] Auch die ihr nahestehende „Umweltgewerkschaft“ hat bislang keinerlei wahrnehmbaren Einfluss auf die Klimaschutzbewegung entfalten können. Zwar gründeten im März 2019 die der MLPD nahestehende Jugendorganisation „Rebell“ und die der trotzkistischen Gruppe „ArbeiterInnenmacht“ (GAM) nahestehende gewaltorientierte Jugendorganisation „Revolution“ (REVO) innerhalb von FFF eine „antikapitalistische Plattform“ namens „Change for Future“ (CFF), um „der Kapitalismuskritik mehr Gehör zu verschaffen“ und die „Antikapitalisten“ innerhalb von FFF zu vernetzen und die „Arbeiterbewegung und FFF“ zusammenzubringen.[8] Doch war dieser Plattform von Beginn an wenig Erfolg beschieden. Mittlerweile ist sie nahezu in der Bedeutungslosigkeit versunken und spielt innerhalb von FFF keine Rolle mehr. So ist beispielsweise auf ihrem Twitter-Account seit Ende 2020 keine Bewegung mehr erkennbar.[9] Auch ihre Website scheint inaktiv zu sein.[10]

Unter dem Motto „Kohle gegen Kohle!“ hat die „Rote Hilfe e. V.“ (RH) praktisch mit dem Aufkommen der Klimaschutzbewegung eine immer noch andauernde Solidaritätskampagne zu deren Unterstützung am Laufen.[11] Neben Aufrufen für Spenden an die RH zu Gunsten der

---

6 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Parteiprogramm der MLPD, 1. Auflage, Dezember 2016, in: www.mlpd.de (gelesen am 18. Februar 2022).

7 Vgl. OVG Lüneburg, Beschluss vom 29.11.2019 – 11 ME 385/19 -, juris.

8 Rebell, Change for Future – die antikapitalistische Plattform in FFF (19. Juni 2020), in: www.rebell.info (gelesen am 27. April 2023).

9 Vgl. Twitter-Account von „Change for Future“ in: twitter.com/CFF_Antikap (gelesen am 18. April 2023).

10 Unter der Domain www.changeforfuture.de/ erscheint nur noch ein weißer Bildschirm.

11 Vgl. Rote Hilfe, Solidarität mit der Klimabewegung! (14. August 2015), in: www.rote-hilfe.de (gelesen am 19. April 2023).

Klimaschutzbewegung solidarisiert sie sich mit inhaftierten Klimaaktivisten, bietet ihnen Rechtshilfe an und steht ihnen bei Kampagnen und Demonstrationen im Rahmen der sie begleitenden Ermittlungsausschüsse zur Verfügung.[12]

War der Einfluss von DKP und MLPD und somit des legalistischen und parlamentsorientierten Linksextremismus auf die Klimaschutzbewegung von Beginn an eher gering, so übte die Autonome Szene, insbesondere die Postautonomen in Gestalt der „Interventionistischen Linke“ (IL), durchaus spürbaren Einfluss vor allem auf FFF aus. So hat die IL z. B. auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Hannover mit Vertretern nichtextremistischer Organisationen wie FFF Hannover zur Teilnahme an den Klima-Protestaktionen aufgerufen.[13] An der Hannoveraner Demonstration nahmen Akteure der IL dann mit einem Transparent unter dem Motto „Systemwandel statt Klimawandel!“ teil und machten damit deutlich, dass für sie konsequenter Klimaschutz nur möglich ist, wenn der Kapitalismus und der ihn schützende demokratische Rechtsstaat überwunden sind.[14]

Mittlerweile befindet sich die IL aber in einer Krise. Ihr sogenanntes Zwischenstandspapier aus dem Jahre 2014 - ihr programmatisches Grundsatzpapier - ist bis heute noch nicht erkennbar weiterentwickelt worden. Stieg bislang die Anzahl ihrer Ortsgruppen über die Jahre kontinuierlich bis auf 31 (einschließlich Graz/Österreich) an, so muss die IL mit dem Ausscheiden der Ortsgruppen Freiburg, Heilbronn, Kassel, München und Münster heftige Kritik einstecken und einen nicht unerheblichen personellen und organisatorischen Aderlass verkraften.[15] In ihrer Austrittserklärung übt z. B. die IL-Ortsgruppe Münster massive

---

[12] Vgl. Rote Hilfe, Haftantritt Jo: Grußwort an Kundgebung vor JVA Ravensburg (22. August 2022), in: www.rote-hilfe.de (gelesen am 19. April 2023). Dies., Heilbronn: Haftstrafen für Klimaktivisten (7. März 2023), in: www.rote-hilfe.de (gelesen am 19. April 2023).

[13] Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2019, Hannover 2020, S. 158.

[14] Das Motto „Systemwandel statt Klimawandel“ bzw. seine englischsprachige Variante „System Change not Climate Change!“ ist mittlerweile zu einem geflügelten Wort innerhalb der Klimaschutzbewegung geworden und dadurch kein Ausweis mehr für eine explizit extremistische Gesinnung.

[15] Interventionistische Linke, IL vor Ort (ohne Datum), in: www.intervention istische-linke.org/ (gelesen am 11. April 2023).

Kritik an der IL. Ihr wirft sie vor, sie habe „… versucht, die eigene Ratlosigkeit und den Ideenverlust durch eine große, vermeintlich schlagkräftige, nach innen funktionstüchtige Organisation zu ersetzen …“, um dann zu dem vernichtenden Fazit zu gelangen: „Wir wollten eine Organisierung neuen Typs und haben eine Organisation bekommen, die ihre Politik eher als Verwaltung denn als Suche nach radikalen Antworten versteht.“[16] Es bleibt abzuwarten, wie die IL mit dieser Entwicklung umgeht, insbesondere, ob und wie sie politisch auf die an ihr geäußerte Kritik reagiert.

3. „Ende Gelände“

3.1. Entstehung und Entwicklung

Die Klimaschutzbewegung in Deutschland ist kein monolithischer Block. Sie besteht vielmehr aus zahlreichen Gruppierungen und Organisationen, deren gemeinsames Ziel es ist, aus der Nutzung fossiler Energieträger wie Öl, Gas und Kohle auszusteigen. Die mittlerweile älteste von ihnen ist das Klimaschutzbündnis „Ende Gelände“ (EG). Erstmals trat EG 2014 mit der Organisierung von Protesten gegen den Braunkohleabbau in Erscheinung. Unter dem Motto „System Change not Climate Change“ wendet sich EG gegen die weitere Nutzung der Braun- und Steinkohle und fordert eine „Abkehr vom fossilen Kapitalismus.“ EG will die Infrastruktur der Kohleindustrie möglichst öffentlichkeitswirksam lahmlegen, um so den verantwortlichen Betreiberkonzernen einen möglichst hohen finanziellen Schaden zuzufügen. Seit 2015 führt EG Großaktionen in Form von Blockaden, Aktionen und Besetzungsversuchen in deutschen Braunkohlerevieren durch, so z.B. Ende 2019 eine „Massenaktion zivilen Ungehorsams“ [17] im Lausitzer Braunkohlerevier.

Lange Zeit standen für EG die Proteste gegen den Kohleabbau im nordrhein-westfälischen Garzweiler und in der sächsischen Lausitz sowie der Kampf um den Erhalt des vom Braunkohleabbau bedrohten

[16] Interventionistische Linke Münster, Nichts bleibt, wie es war – 10 Jahre sind genug (November 2021), in: www.ms-alternativ.de (gelesen am 31. März 2023).

[17] Ende Gelände, Kohle stoppen. Klima schützen. Pressemitteilung (23. September 2019), in: www.ende-gelaende.org (gelesen am 4. April 2022).

Hambacher Forstes, eines wenige hundert Hektar großen Waldes in Nordrhein-Westfalen (NRW), und des Erkelenzer Ortsteil Lützerath im Rheinischen Revier im Vordergrund ihrer Aktivitäten. Nunmehr legt das Bündnis seinen Fokus vor allem auf den Widerstand gegen den Bau und die Inbetriebnahme von „Liquefied Natural Gas"–Anlagen, sogenannten LNG-Terminals. Dabei handelt es sich um Anlagen zum Be- und Entladen von mit Flüssigerdgas gefüllten Tankern, die an den Standorten Brunsbüttel, Lubmin, Stade und dem mittlerweile fertiggestellten Terminal in Wilhelmshaven errichtet werden sollen. Vor allen das von EG federführend vom 9. bis zum 15. August 2022 in Hamburg organisierte „System Change Camp" mit Workshops, Vorträgen und Demonstrationen zu „Klimapolitik, Postkolonialismus und Antikapitalismus" und die von dort ausgehenden Proteste gegen die LNG-Terminals haben im Jahr 2022 zur weiteren öffentlichen und medialen Wahrnehmung von EG beigetragen.[18]

3.2. „Ende Gelände" und Linksextremismus

Die linksextremistische IL ist nach eigenen Angaben bereits von Anfang an bei EG engagiert. Formell ist die IL wie das Bündnis uG nur eine Unterstützergruppe von vielen, sie war und ist aber maßgeblich an der Gründung von EG-Ortsgruppen beteiligt und dort ein steuernder Faktor. Auf ihrer Website beansprucht die IL sogar die Gründungsinitiative von EG für sich, wenn sie schreibt: „Mit Ende Gelände haben wir ein unglaublich großes Ding geschaffen."[19] Dass für die IL der Klimaschutz nur Mittel zum Zweck ist, macht sie in einem ihrer Positionspapiere deutlich. Dort heißt es: „Die Macht des fossil-industriell-militärischen Komplex und die Binnen-`Logik´ des Kapitals sind nicht voneinander zu trennen. Ziel massenhaften Ungehorsams ist nicht `nur´ Be- bzw. Verhinderung konkreter Zerstörungen, sondern selbstverständlich auch Vertiefung und Intensivierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über die herrschenden Zustände insgesamt. Eine Klimabewegung wird bei aller Dringlichkeit ihres

[18] Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Klimacamp unter Beteiligung von Linksextremisten, in: Informationen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes Juli/August 2022, S. 11-13, hier: S. 11f.

[19] Interventionistische Linke (IL), Ende Gelände 2016 (16. Juli 2016), in: www.interventionistische-linke.org (gelesen am 25. April 2023).

Anliegens nicht als Ein-Punkt-Bewegung erfolgreich sein können. Sie muss sich vielmehr in Beziehung setzen und verbinden mit weiteren Kämpfen u.a. für Solidarität mit Geflüchteten, Care-Revolution, Recht auf Stadt, gegen Austerität, das herrschende Arbeits- bzw. Prekaritätsregime, Militarismus sowie jegliche weitere Herrschaftsformen."[20] Für die IL ist EG aufgrund ihres Bekanntheitsgrades und der vermeintlichen Verortung im zivilgesellschaftlichen Spektrum von großer Bedeutung für ihre Einflussversuche. Der bayerische Verfassungsschutz sieht daher in EG ebenso wie das Bundesamt für Verfassungsschutz schon seit längerem eine „linksextremistisch beeinflusste Bewegung."[21]

EG sucht wie die IL den Kontakt zu den nichtextremistischen Kreisen der Klimaschutzbewegung. Vor allem FFF und EG wirken schon seit längerem zusammen. Bereits in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage heißt es hierzu: „Vertreter der `Fridays for Future´ - Bewegung haben sich zu verschiedenen Anlässen öffentlich mit den Aktionsformen von `Ende Gelände´, insbesondere mit Besetzungen und Blockaden im Rahmen des Konzepts des `zivilen Ungehorsams´, solidarisiert".[22] Diese bereits 2020 konstatierte Annäherung zwischen FFF und EG hatte aber bislang nicht zur Folge, dass sich EG dadurch zu einer demokratischen Organisation entwickelt hätte. Im Gegenteil, die linksextremistische Einstellung von EG und sein Zusammenwirken mit Linksextremisten treten 2023 deutlicher zutage als zuvor. So hat EG beispielsweise auf seinem Twitter-Account an das postautonome Bündnis uG im Februar 2023 gepostet: „Zwei Dinge sind

[20] Interventionistische Linke (IL), Globale Solidarität statt systemischer Wahnsinn (16. Juli 2015), in: www.interventionistische-linke.org/ (gelesen am 24. April 2023).

[21] Bayerisches Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Bayern 2019, München 2020, S. 278; Bundesamt für Verfassungsschutz, Linksextremisten instrumentalisieren „Klimaschutz" - Proteste" (ohne Datum), in: www.verfassungsschutz.de (gelesen am 28. April 2023).

[22] Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD, Drucksache 19/21390 vom 13. August 2020, S. 4.

unverbrüchlich. Unsere Solidarität mit Euch und unsere Liebe für Euch“.[23]

Neben der organisatorischen ist es auch verstärkt zu einer weiteren inhaltlichen Annäherung von EG an den Linksextremismus gekommen. Diese Entwicklung spiegelt sich vor allem in zwei ihrer Publikationen wider: zum einen in dem 2022 in der Edition Nautilus erschienenen Buch „We shut shit down“[24] und zum anderen in ihrem im Internet verfügbaren Traktat „Überall Polizei, nirgendwo Sicherheit.“[25] Darin äußert sich EG vor allem in den Kapiteln „Kapitalismus: `System change not climate change´“ und „Staat: Ende Gelände mit dem Staat?“ unmissverständlich zum Staat, seinen Institutionen und Repräsentanten. So heißt es etwa im erstgenannten Kapitel: „Verbunden mit unserer Forderung nach dem Ende der Kohlenutzung war immer auch die Forderung nach der Überwindung eines Systems, das weltweite Ungleichheit und Zerstörung hervorruft und Haupttreiber der Klimakrise ist: des Kapitalismus.“[26] Dass es EG mit seinen Forderungen nicht nur um eine Veränderung der bestehenden Wirtschaftsordnung geht, die bekanntlich grundgesetzlich nicht festgelegt ist, sondern zugleich auch um eine Überwindung des demokratischen Rechtsstaats macht EG im weiteren Verlauf des Beitrages deutlich, wenn es betont: „Für uns ist Kapitalismus nicht nur eine Wirtschaftsordnung, sondern eine Gesellschaftsordnung“[27], die es zu zerschlagen gilt. Der „Kampf für eine klimagerechte Gesellschaft“ kann daher nur dann erfolgreich sein, wenn zugleich auch der „Kampf für einen Systemwandel“ geführt wird.[28] EGs „antikapitalistische Arbeit“ zielt - ganz im marxistischen Duktus - auf „die Auflösung der Klassenverhältnisse sowie die Änderung der Eigentumsverhältnisse.“[29]

---

[23] Twitter-Account von „Ende Gelände“ (14. Februar 2023), in: www.twitter.com/Ende_Gelaende/, (gelesen am 18. April 2023).

[24] Vgl. Ende Gelände, We shut shit down“, Hamburg 2022.

[25] Vgl. Ende Gelände, Überall Polizei, nirgendwo Sicherheit. Kritik der Polizei – Ende Gelände 2022 (ohne Datum), in: www.ende-gelaende.org/polizeikritik/ (gelesen am 28. November 2022).

[26] Ende Gelände (Anm. 24), S. 139. Alle Fehler in diesem und allen weiteren Zitaten wurden aus dem Original übernommen.

[27] Ebenda, S. 142.

[28] Ebenda, S. 140.

[29] Ebenda, S. 143.

Überhaupt greift EG neben eindeutig linksextremistischen Positionen auch marxistische Ideologieelemente auf, wenn es z. B. die „ökonomischen Herrschaftsverhältnisse“ u. a. mit der Mehrwerttheorie von Karl Marx erklärt[30] oder wenn es die Rolle der Frau im Kapitalismus auf die „Reproduktionsarbeit“, d.h. auf die Geburt und Erziehung von Kindern reduziert.[31] Im Ergebnis sollen die erhobenen Forderungen zu einer „Vergesellschaftung und Demokratisierung des Energiesektors“ führen, d.h. in eine Enteignung der Energiekonzerne und deren Verstaatlichung münden.[32] Um diese Vorhaben umsetzen zu können, wartet EG darauf, dass durch „die sich verschärfende Klimakrise … Risse in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ entstehen, auf die „wir als Bewegung reagieren können und müssen. Sie bieten Gelegenheiten, um zu einer ökologischen, solidarischen, gerechten Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu kommen.“[33]

Auch in ihrem im Internet veröffentlichten Traktat „Überall Polizei, nirgendwo Sicherheit“ macht EG deutlich, dass es den demokratischen Rechtsstaat, seine Institutionen und Repräsentanten ablehnt.[34] Für EG ist die Polizei eine „herrschaftssichernde Institution“. Sie sei „zum Schutz von Eigentumsverhältnissen und staatlichen Machterhalt“ entstanden und steht „für Recht und Ordnung im Interesse des Kapitals“. Als „Quelle von Repression, Gewalt und Trauma“ gilt die Polizei als der „ausführende Arm von homo-, trans- und queerfeindlicher Gesetzgebung“. Sie schafft keine Sicherheit, sondern „nutzt ihre Machtposition um sich selbst und die ausbeuterischen, rassistischen und diskriminierenden Strukturen zu manifestieren und zu verteidigen.“ Die Polizei steht daher aus Sicht von EG einer „progressiven Zukunft im Wege …, sie steht der Demokratie im Wege und ist damit eine Gefahr für uns alle.“ Zusammengefasst ist die Polizei für EG ein staatliches „Repressionsorgan“, das „dem Guten Leben für alle aktiv im Weg“ steht. Aus diesen Gründen bedarf es einer „Überwindung der Polizei“, d. h. die „Polizei muss abgeschafft werden“. Als „Alternative zu einer brutalen Gruppe (benannt als

[30] Ebenda, S. 142.
[31] Ebenda, S. 144.
[32] Ebenda
[33] Ebenda, S. 149.
[34] Vgl. Ende Gelände (Anm. 25).

Polizei) die mit `staatlich legimitierter´ Gewalt die Aufrechterhaltung eines gewaltvollen Systems ermöglicht, gibt es die Möglichkeit kollektiv Verantwortung zu übernehmen und gewaltausübende Personen so zu verpflichten ihr Verhalten zu reflektieren, zu ändern und ihrerseits Verantwortung zu übernehmen für den Schaden den sie verursacht haben". Wie dogmatisch und für alle bei EG Mitwirkenden verbindlich die Einstellung zur Polizei zu verstehen ist, macht EG am Ende des Papiers deutlich, wo es heißt: „verschiedene Akteure bei Ende Gelände können ein unterschiedliches strategisches Verhältnis zur Polizei entwickeln wobei im Gesamten unsere Grundposition unverrückbar bleibt: Die Polizei ist keine Sicherheit und muss abgeschafft werden."[35]

Die Kritik von EG zielt über die Polizei hinaus auch immer auf den als „kapitalistische Gesellschaftsordnung" delegitimierten demokratischen Rechtsstaat. Ihn gilt es zu überwinden, denn erst dann werden auch seine Institutionen wie die Polizei als „Beschützer des Kapitalismus" überwunden. Deshalb betont EG: „Unsere Polizeikritik ist ein Teil unserer Staatskritik" und stellt klar, dass die „Überwindung dieses ausbeuterischen und diskriminierenden Systems … genauso wie die Überwindung der Polizei alternativlos für eine befreite Gesellschaft [sind]."[36]

EG spricht selber von drei Strömungen innerhalb ihres Bündnisses mit unterschiedlichen Einstellungen zum Staat. Die erste Strömung hat eine „positive bis pragmatische Haltung zum Staat.[37] Sie will den bürgerlichen Staat nicht überwinden, sondern ihn grundlegend reformieren. Die zweite Strömung steht dem Staat ablehnend gegenüber. Sie versteht ihn als eine „mit emanzipatorischen Zwecken und Ideen unvereinbare Herrschaftsstruktur" zur „Durchsetzung von Kapitalinteressen."[38] Aus diesem Grunde lehnt sie die Zusammenarbeit „mit staatlichen und staatsnahen Akteuren ab, aus Sorge davor, sonst die herrschenden Verhältnisse zu stärken und abzusichern."[39] Die dritte Strömung setzt sich „in ein gleichzeitig pragmatisches und

[35] Ebenda.
[36] Ebenda.
[37] Ende Gelände (Anm. 24), S. 173.
[38] Ebenda, S. 174.
[39] Ebenda

gegnerisches Verhältnis zum Staat, indem sie versucht, staatliche Spielräume Stück für Stück für sich zu nutzen und auszuweiten.“ Ihr geht es dabei „vor allem um den Aufbau von gesellschaftlicher Gegenmacht.“[40]

In der Praxis bedeutet diese Einstellung zum Staat, seinen Institutionen und Repräsentanten, dass EG sich nicht nur für den Klimaschutz engagiert, sondern – und somit im Gegensatz zu den weit überwiegenden Organisationen innerhalb der Klimaschutzbewegung - auch keine Berührungsängste mit klassischen Themenfeldern der Autonomen-Szene wie Antifaschismus oder Antirepression erkennen lässt. So rief beispielsweise EG Hannover zur „Solidarität mit den Angeklagten im Antifa-Ost-Verfahren“ auf und mobilisierte zu Protesten am Tag der Urteilsverkündung in Hannover und am Samstag danach, dem sogenannten Tag X, in Leipzig.[41] EG Rheinland wiederum solidarisierte sich mit der autonomen Antifa. Dabei betonte EG Rheinland, „Klimagerechtigkeit heißt #Antifa“ und hob die Verbundenheit zwischen EG und der Antifaschistischen Aktion unter dem Motto „Kämpfe verbinden“ hervor.[42]

4. „Letzte Generation“

4.1. Entstehung und Entwicklung

Die LG ist die jüngste der maßgeblichen Klimaschutzgruppierungen. Sie ging als neues Bündnis in Deutschland und Österreich im August 2021 aus Extinction Rebellion (XR) - dem „Aufstand gegen das Aussterben“ - hervor. Aufgrund des fortschreitenden Klimawandels

---

[40] Ebenda, S. 175.

[41] Vgl. Twitter-Account von EG Hannover, in: twitter.com/EG_Hannover/ (gelesen am 12. April 2023). Am 31. Mai 2023 verurteilte das Oberlandesgericht Dresden die Studentin Lina E. und drei weitere Personen im sogenannten Antifa-Ost-Verfahren zu mehrjährigen Haftstrafen wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung. In Sachsen und Thüringen sollen sie zwischen Oktober 2018 und Februar 2020 bei acht Überfällen insgesamt 13 Rechtsextremisten angegriffen und ihnen dabei teilweise lebensbedrohliche Verletzungen zugefügt haben.

[42] Twitter Account von Ende Gelände #ZADRheinland (21. Januar 2022), in: www.twitter.com/Ende__Gelaende/ (gelesen am 12. April 2023).

befürchten ihre Akteure das Aussterben der Menschheit. Mit ihrer Selbstbezeichnung wollen sie zum Ausdruck bringen, dass sie die letzte Generation vor dem Auslöschen der Menschheit wären, die einen Klimakollaps noch aufhalten könne. Das erklärte Ziel der LG ist es, mittels zivilen Ungehorsams Maßnahmen der deutschen und der österreichischen Bundesregierung gegen die Klimakrise zu erzwingen und die Klimapolitik in eine nachhaltigere Ausrichtung zu lenken.

Mit mehreren Kampagnen versuchte sie die Politik zu Zugeständnissen regelrecht zu erpressen. So startete die LG vor den Bundestagswahlen vom September 2021 die Aktion „Hungerstreik 2021“, damals noch unter der Bezeichnung „Hungerstreik der letzten Generation“. Damit versuchte die LG einen Gesprächstermin mit den Spitzenkandidaten der zur Wahl stehenden demokratischen Parteien zu bekommen. Es folgte die Kampagne „Unser Essen retten; Unser Leben retten“ mit der sie der Bundesregierung ein „Essen-Retten-Gesetz“ nach französischem Vorbild abzutrotzen und eine Agrarwende hin zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft einzuleiten versuchte.[43] Ihr zentrales Anliegen ist wie bei FFF, XR und EG der bundesweite Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe. Auf dem Weg dahin fordert die LG zurzeit die Einführung eines dauerhaften 9-Euro-Tickets, ein Tempolimit von 100 km/h auf deutschen Autobahnen und die Einrichtung von mit 300 bis 400 Personen besetzten Gesellschaftsräten zur Bekämpfung des Klimawandels. Die Mitglieder dieser Räte sollen per Losverfahren bundesweit ausgewählt werden und dann - frei von Lobbyeinflüssen - konkrete Maßnahmen erarbeiten, wie die Nutzung fossiler Brennstoffe bis 2030 sozial gerecht beendet werden kann. Die Regierung soll wiederum öffentlich zusagen, die „mit den erarbeiteten Maßnahmen verbundenen Gesetzesvorhaben in das Parlament einzubringen.“[44] Während sich die weit überwiegende Mehrheit der Kommunalpolitiker durch die ultimativen Forderungen der Klimaaktivisten erpresst fühlt und deren Forderungen ablehnt, haben die Bürgermeister u. a. von Hannover, Lüneburg, Marburg und Tübingen Gespräche mit der LG geführt und deren drei Forderungen mit der Folge übernommen, dass

---

[43] Vgl. Letzte Generation, Essen retten – Leben retten (ohne Datum), in: www.letztegeneration.de (gelesen am 21. April 2023).

[44] Vgl. Letzte Generation, Forderungen (ohne Datum), in: www.letzte generation.de (gelesen am 21. April 2023).

bis auf weiteres keine Aktionen der LG mehr in ihren Städten durchgeführt wurden.[45]

Um Aufmerksamkeit zu generieren und um die eigenen Interessen erfolgreich durchsetzen zu können, betreibt die LG wohl kalkulierten Alarmismus. Sie bedient sich dabei Weltuntergangsszenarien wenn sie beispielsweise behauptet, „gemeinsam sind wir die letzte [Generation], die noch etwas ändern kann".[46] Mit solchen und ähnlichen Äußerungen spricht die LG die Menschen nicht rational, sondern vielmehr emotional an. Sie will mit dieser Vorgehensweise deren vermeintliche Verblendung durchbrechen. Dabei bedient sich die LG gezielt weitverbreiteter, apokalyptische Züge annehmender Ängste vieler Menschen vor den Folgen des Klimawandels.[47] Mit Hilfe verschiedener Aktionsformen des zivilen Ungehorsams versucht sie maximale mediale Aufmerksamkeit zu erzielen, um dadurch den Druck auf die Politik zu erhöhen.[48] So blockiert die LG quasi in einer Dauerschleife bundesweit Autobahnen und Verkehrsknotenpunkte in allen größeren Städten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main oder München. Zugleich setzt sie auf personelles Wachstum der Gruppierung, um so einen sozialen Kipppunkt zu erreichen, der dann einen internationalen Dominoeffekt auslösen könnte.[49]

Seit einiger Zeit hat die LG seine Blockadeversuche auch auf Häfen und Flughäfen wie den Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt" (BER) ausgedehnt. Begleitet werden diese Aktionen von

---

[45] Vgl. Nadine Conti/Kaija Kutter, Mit harter Hand gegen Klimakleber (9. März 2023), in: www.taz.de (gelesen am 11. April 2023).

[46] Marcus Wadsak, Paula Dorten, Letzte Generation. Das Klimamanifest, Wien 2022, S. 7.

[47] Vgl. ebenda. Wadsak als Experte und Dorten als Aktivistin haben es sich laut eigener Aussage mit diesem Buch zur Aufgabe gemacht, den „Menschen die Gefahr der Klimakrise bewusst zu machen und die Politik zum Handeln zu bewegen", S.7. In zehn Thesen versuchen sie - hochemotionalisiert - dem Leser die Gefahren des Klimawandels vor Augen zu führen und ihn zum Handeln zu motivieren.

[48] Vgl. Mischa Kreiskott, Undercover bei der „Letzten Generation". Interview mit Maria-Christina Nimmerfroh (15. März 2023), in: www.ndr.de (gelesen am 11. April 2023).

[49] Vgl. Tom Burggraf, Letzte Generation packt aus, in: die tageszeitung vom 27. März 2023, S. 9.

Farbanschlägen auf Symbole der Demokratie oder auf wertvolle Gemälde in Museen und Kunstgalerien wie beispielsweise auf das Gemälde „Tod und Leben“ des Jugendstilmalers Gustav Klimt im Wiener Leopold-Museum am 15. November 2022.[50] Auch zu Manipulationen an der Öl- und Gasinfrastruktur ist es schon mehrfach gekommen, z. B. in dem Gasleitungen zugedreht wurden, um den Treibstoffffluss zu unterbrechen. Unter dem Schlagwort „Stadtstillstand“ führte die LG zudem in der zweiten Aprilhälfte 2023 eine Ausweitung seiner Blockadaktionen in Berlin durch, wofür im Vorfeld bundesweit rund 800 Aktivisten zusammengezogen wurden.[51] Allein am 24. April 2023 blockierten sie den Berliner Stadtverkehr an über 30 neuralgischen Punkten.[52] Unzählige Strafverfahren, u. a. wegen Nötigung, Hausfriedensbruchs oder Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, sind deshalb gegen ihre Aktivisten anhängig.

So spontan und selbstlos wie das Agieren der LG auf den ersten Blick erscheinen mag, ist es in Wahrheit nicht. Bei ihrer Vorgehensweise überlässt sie nichts dem Zufall. Alle Aktionen werden minutiös vorbereitet und sind mit Ultimaten an die Bundesregierung verbunden. Basis aller Maßnahmen der LG ist ein „Protestkonsens“, der sich im Sinne eines Gewaltverzichts gegenüber Menschen als „absolut gewaltfrei – sowohl in unseren Handlungen als auch in unserer Sprache (auch keine Beleidigungen)“ versteht.[53] Strukturell ist die LG straff organisiert. Dutzende Arbeitsgemeinschaften beschäftigen sich mit Fragen des Aufbaus einer funktionsfähigen Infrastruktur, angefangen von der Eröffnung von Bankkonten über die Einrichtung von Abrechnungsstrukturen und Websites bis hin zur Protestplanung. Schulungen beispielsweise für den Umgang mit den Medien und zur Behandlung rechtlicher Fragen sollen zur weiteren Professionalisierung

[50] Ohne Autor, Klimaaktivisten schütten Öl auf Klimt-Bild in Wien (15. November 2022), in: www.faz.net (gelesen am 13. April 2023).

[51] Vgl. Jan Sternberg / Felix Huesmann, Klimaschützer kündigen Offensive an, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 17. April 2023, S. 2.

[52] Vgl. Paul Zinken, Klimakleber: Mehr als 30 Blockaden in Berlin, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 25. April 2023, S. 4.

[53] Letzte Generation, Unser Protestkonsens (ohne Datum), in: www.letzte generation.de (gelesen am 25. April 2023).

der Protestaktionen beitragen.[54] Damit die Aktivisten es sich finanziell erlauben können, ihr Studium bzw. ihre Arbeit für die Proteste zu unterbrechen bzw. aufzugeben, können sie monatliche Gehälter bis zu € 1.300 erhalten, - offiziell nicht für Blockadeaktionen, sondern für Bildungsarbeiten zur Klimakrise. Die Finanzierung erfolgt dabei über verschlungene Wege. Die in den USA ansässige Nichtregierungsorganisation „Climate Emergency Fund“ (CEF) erhält u. a. Gelder von der Enkelin des US-amerikanischen Erdöl-Tycoon Jean Paul Getty, der Tochter des ermordeten US-Präsidentschaftskandidaten Robert Kennedy und von dem Filmregisseur Adam McKay. Diese Gelder gibt der Fund an das in Berlin ansässige Wandelbündnis weiter, welches 2015 in Riesa unter der Bezeichnung „Freie Kommunikation & Nachhaltiger Lebensstil e.V.“ gegründet wurde. Das Wandelbündnis schließlich verwaltet die entsprechenden Gelder und verteilt sie an die LG. 2022 sollen laut dem eigenen Finanzbericht etwa 900.000,- Euro an Geldern an sie geflossen sein - neben Zuwendungen des CEF Gelder aus Direktüberweisungen, Sammelspenden und Crowdfunding Webseiten.[55]

Zwecks weiterer Professionalisierung gründete die LG kürzlich in Hamburg eine gemeinnützige Gesellschaft mit dem Titel „Klima- und Umweltaufklärung für den Erhalt der lebenssichernden Ökosysteme gemeinnützige GmbH“. Ferner versucht sie sich international zu vernetzen. So fand Anfang 2023 ein virtuelles Vernetzungstreffen namens „International Mobilisation – Finance 101“ zwischen der LG und Vertretern von „Just stop oil“ aus Großbritannien, „Ultima Generazione“ aus Italien und „Derniere Renovation“ aus Frankreich statt. Gegenwärtig gibt es laut Medienberichten offenbar auch Überlegungen, eine eigene Partei ins Leben zu rufen, um so die politische Arbeit besser zu schützen und noch effektiver Spendeneinnahmen generieren und verwalten zu können.[56]

---

[54] Vgl. Alexander Dinger/Lennart Pfahler „Letzte Generation“ plant offenbar Gründung einer Partei (21. März 2023), in: www.welt.de (gelesen am 11. April 2023).

[55] Vgl. Lennart Pfahler „Letzte Generation“ – Das ist der Verein, der Klimaaktivisten Gehälter überweist“, (18. Januar 2023), in: www.welt.de (gelesen am 11. April 2023).

[56] Vgl. Dinger/Pfahler (Anm. 54).

4.2. „Letzte Generation“ und Linksextremismus

Linksextremisten sind immer daran interessiert, Einfluss auf nichtextremistische Organisationen und Gruppierungen zu nehmen. Für eine intensive linksextremistische Beeinflussung der LG gibt es gegenwärtig aber keine Anzeichen. Zwar solidarisieren sich Linksextremisten wie beispielsweise das postautonome Bündnisse uG mit ihnen. So geschehen beispielsweise nach dem Tod einer Radfahrerin in Berlin am 31. Oktober 2022 für den zeitweise Aktivisten der LG verantwortlich gemacht wurden.[57] Deren Straßenblockade habe – so der Vorwurf - dazu geführt, dass notwendige Hilfe möglicherweise nicht mehr rechtzeitig am Unfallort eintreffen konnte. Mittlerweile haben die Ermittlungen ergeben, dass das Leben der Radfahrerin auch ohne die Blockadeaktionen der LG nicht mehr hätte gerettet werden können. Die Berliner Staatanwaltschaft hat daraufhin die diesbezüglichen Ermittlungen eingestellt und auf eine Anklageerhebung verzichtet.[58] Die IL hat nicht nur diesen Aufruf unterschrieben, sondern darüber hinaus unter dem Motto „Klima Schützen ist kein Verbrechen“ eine eigenständige Solidaritätsbekundung für sie abgegeben. Darin versichert sie ihr: „Wir stehen an der Seite der Letzten Generation“.[59] Für eine daraus zu schließende Zusammenarbeit gibt es jedoch keine ausreichenden Hinweise. Höchstwahrscheinlich ist die LG den weitgehend multithematisch aufgestellten, von ihrem Selbstverständnis her struktur- und hierarchiefeindlichen sowie klandestin agierenden Linksextremisten zu monothematisch ausgerichtet, zu straff und hierarchisch organisiert und zugleich zu offen gegenüber neuen Mitgliedern, als dass die LG für sie politisch von ernsthaftem Interesse wäre. Umgekehrt sind ihr die Autonomen bzw. Postautonomen u. a. zu

---

[57] Aufruf „Klima schützen ist kein Verbrechen – Solidarität mit der Letzten Generation“ (ohne Datum), in: www.letztegeneration.de/ (gelesen am 12. April 2023). Neben der IL und EG gehört auch uG zu den Unterzeichnern des Solidarisierungsaufrufs.

[58] Vgl. Ohne Autor, Aktivisten beschmieren FDP-Zentrale, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. April 2023, S. 4.

[59] Vgl. Interventionistische Linke, Klima schützen ist kein Verbrechen. Solidarität mit der Letzten Generation, in: www.interventionistische-linke.org/ (gelesen am 20. April 2023). Ob oder wie der AdLG auf die Solidaritätsbekundungen reagierte, ist nicht bekannt.

unorganisiert und zu gewaltorientiert, als dass sie ernsthafte Ambitionen auf ein Zusammenwirken hätten.

Diese Zustandsbeschreibung sagt aber nichts darüber aus, ob die LG nicht doch extremistische Züge aufweist. Betrachtet man sie unter extremismustheoretischen Aspekten, so zeigt sich, dass ihre Aktivisten mit ihrer Vorgehensweise beispielsweise gegen das Demokratieprinzip verstoßen. So lehnen sie Mehrheitsentscheidungen ab, außer sie entsprechen den eigenen Vorstellungen. Auch gegenüber Parlamenten haben sie eine kritische bis ablehnende Haltung. Parlamentarische Meinungsbildungsprozesse sind ihnen zu sehr auf Kompromisse ausgerichtet und daher zu langwierig und nicht radikal genug. Stattdessen fordern sie Gesellschaftsräte, deren Vorschläge für die Bundesregierung einen verbindlichen Charakter haben sollen. De facto nehmen sie dadurch in Kauf, dass demokratisch gewählte Parlamente durch demokratisch nicht legitimierte Räte ausgehebelt werden.[60]

Wie wenig Respekt die LG vor der parlamentarischen Demokratie hat, zeigt beispielsweise ihr Verhalten in Hannover. Dort störten sie die parlamentarischen Abläufe der Regionsversammlung, in dem sie am 21. Februar 2023 dessen Sitzung unterbrachen und die Wände und Teile des Mobiliars mit Farbe besprühten.[61] Zudem stellt die LG das Rechtsstaatsprinzip und somit die Bindung an Recht und Gesetz durch ihre Aktionen in Frage. So ist in den letzten Monaten eine zunehmende Radikalisierung der Aktionsformen, verbunden mit weiteren Verstößen gegen die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland, nicht zu übersehen. Wurden zunächst nur Autobahnen in Berlin und dann bundesweit blockiert, stehen nunmehr auch Häfen und Flughäfen im Fokus. Darüber hinaus kommt es verstärkt zu Attacken auf Kunstgegenstände wie Gemälde in öffentlich zugänglichen Museen und auf Symbole der Demokratie wie am 3. März 2023 auf das gläserne Grundgesetzdenkmal „Grundgesetz 49“ vor dem Berliner Reichstag.[62]

---

[60] Vgl. Letzte Generation (Anm. 44).

[61] Vgl. Manuel Behrens/Mathias Klein, Neuer Tag – neuer Klimaprotest, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 22. Februar 2023, S. 15.

[62] Vgl. Ohne Autor, Klimaschützer beschmieren Grundgesetz-Denkmal - und ernten Kritik (4. März 2023), in: www.sueddeutsche.de (gelesen am 20. April 2023).

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Betrachtet man die Entwicklung der Klimaschutzbewegung unter extremismustheoretischen Gesichtspunkten, so lässt sich erkennen, dass der linksextremistische Einfluss vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie in den letzten Jahren eher stagniert, wenn nicht sogar rückläufig ist. Verantwortlich dafür dürfte zum einen der Rückgang der Teilnehmerzahlen an den Aktionen der Klimaschutzbewegung sein. Haben beispielsweise noch im September 2019 etwa 1,4 Millionen Menschen an dem Klimastreiktag teilgenommen, so waren es nach dem Ende der Corona-Beschränkungen Anfang März 2023 nur noch rund 220.000.[63] Aus diesem Grunde scheint vor allem FFF nicht mehr so attraktiv und interessant für Linksextremisten zu sein, wie es vor 2020 noch der Fall war. Zum anderen dürfte, neben dem andauernden Bedeutungsverlust des parteipolitischen Linksextremismus wie ihn die DKP und die MLPD verkörpern, die Krise der Postautonomen, insbesondere der IL, zum Rückgang der Einflussversuche beigetragen haben. Möglicherweise stößt das postautonome Projekt - zumindest was die IL betrifft – mittlerweile an seine Grenzen. Für die IL geht es daher gegenwärtig darum zu zeigen, dass sie neben der organisatorischen auch wieder die inhaltliche Schiene bedienen kann und mehr ist als nur ein „Kaffeefahrtenanbieter mit Wohlfühlpaket“ für Linksextremisten.

Gehörte EG in meinem Aufsatz zur Klimaschutzbewegung aus dem Jahre 2021 noch zu den Objekten der linksextremistischen Einflussnahme, so hat es sich mittlerweile zu einem Akteur entwickelt. Ließ sich zum damaligen Zeitpunkt der Linksextremismus bei EG in erster Linie über die Verbindungen zur IL herleiten, so scheint EG in der letzten Zeit zunehmend aus sich heraus linksextremistische Termini und linksextremistische Ideologiefragmente zu verwenden wie ein Blick in ihre jüngsten Publikationen zeigt. Daraus geht hervor, dass EG mehrheitlich den demokratischen Rechtsstaat, seine Institutionen und Repräsentanten ablehnt. Demokratische Einrichtungen wie Parlamente und Parteien sind, wenn überhaupt, für EG nur Mittel zum Zweck auf dem Weg zur Überwindung der bestehenden Ordnung. Ihr Motto

[63] Vgl. Valentin Dreher/Johanna Schwanitz, Von Spaltung ist keine Rede mehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. April 2023, S. 3.

„System change not climate change“ muss daher auch als eine Aufforderung nicht nur zur Überwindung der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Ordnung gelesen werden.

Anhaltspunkte für eine linksextremistische Einflussnahme sind bei der LG bislang nicht erkennbar. Weder eindeutige linksextremistische Äußerungen noch entsprechende Positionierungen liegen gegenwärtig vor. Vielmehr lässt die LG – übrigens ebenso wie XR - Züge einer Endzeit-Sekte erkennen. In ihren „Äußerungen finden sich Erweckungserlebnisse, Endzeiterwartungen und Erlösungshoffnungen“, so der Bewegungsforscher Dieter Rucht.[64] Ihre Akteure verstehen sich als Wissende und wähnen sich daher im exklusiven Besitz der Wahrheit. Daraus erwächst ein Verkündigungsinteresse, dem die Klimaaktivsten der LG mit missionarischem Eifer und unter Verstoß gegen Recht und Ordnung nachgehen, um so die Welt ihrer Meinung nach vor dem Untergang zu bewahren.[65]

Auch wenn bislang keine nennenswerten linksextremistischen Ansätze bei der LG erkennbar sind, so kann man dennoch extremistische Anknüpfungspunkte bei ihr übersehen. Um das Phänomen LG in seiner Gänze greifbar zu machen, helfen die bisherigen Kategorisierungen wie sie die Verfassungsschutzbehörden verwenden aber kaum weiter. Möglicherweise entwickelt sich die LG in Richtung eines „Ökoextremismus“, womit eine neue Form des Extremismus gemeint wäre, für die erst noch ein neuer Begriff und eine gängige Definition gesucht und gefunden werden muss.

Zwar ist weiterhin eine Entgrenzung von Linksextremisten in die Klimaschutzbewegung bei gleichzeitiger Erosion der Abgrenzung der Klimaschutzbewegung gegenüber Linksextremisten nicht zu übersehen. Losgelöst von linksextremistischen Einflussversuchen scheint in jüngster Zeit aber eine Diskussion innerhalb der Klimaschutzbewegung entlang der Frage Fahrt aufzunehmen, welche

---

[64] Hannes Koch, „Es mangelt an strategischer Überlegung“. Interview mit Dieter Rucht, in: die tageszeitung vom 20. April 2023, S. 9.

[65] Vgl. Benno Schirrmeister, „Apokalyptische Rede stellt eine Chiffre der Dringlichkeit dar“. Interview mit dem Religionswissenschaftler Alexander-Kenneth Nagel, in: die tageszeitung vom 6. Februar 2023, S. 23.

Methoden zur Umsetzung der eigenen Forderungen zielorientiert und welche kontraproduktiv sind. Vor allem die LG und ihre Aktionen stehen dabei im Mittelpunkt der Kritik. Ihren Akteuren wird vorgeworfen, dass ihnen das „Erregen von Aufsehen“ und nicht mehr die „Überzeugungsprozesse“ zum Hauptzweck geworden seien.[66] FFF und Bündnis 90/Die Grünen warfen der LG im Vorfeld der Protestaktionen von Mitte April 2023 sogar vor, mit ihren Aktionen die Gesellschaft zu spalten und damit das Gegenteil von dem zu bewirken, was die Klimaschutzbewegung eigentlich erreichen will.[67] Ihr moralisierender Überlegenheitsgestus scheint zunehmend die bundesrepublikanische Bevölkerung eher zu verärgern, als das er ihren Akteuren von Nutzen wäre. „Fremde Leute Moralansprüche also überlagern die eigene Meinungsfreiheit. Das ist es, was provoziert“.[68]

Auch wenn man den Aspekt der linksextremistischen Einflussnahme auf die Klimaschutzbewegung und deren Versuche, die Bewegung zu radikalisieren, außen vor lässt, bleibt es abzuwarten, in welche Richtung sich die Klimaschutzbewegung künftig entwickeln wird. Wird sie sich letztlich um konsensuale Lösungen im demokratischen Rahmen bemühen oder werden sich Teile der Bewegung weiter radikalisieren und die Proteste eskalieren lassen? Die Antwort auf diese Fragen wird nicht nur über das künftige Verhältnis der Klimaschutzbewegung und ihrer einzelnen Gruppierungen und Organisationen zum Linksextremismus entscheiden, sondern über die Zukunft der Klimaschutzbewegung im Allgemeinen.

[66] Vgl. Koch (Anm. 64).
[67] Vgl. Jannik Grimmbacher/Erik Peter, Fridays gegen Kleber, in: die tageszeitung vom 13. April 2023, S. 8.
[68] Imre Grimm, Das Klima wird rauer, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 19. April 2023, S. 3.

Islamismus

Das europäische Netzwerk der „Muslimbruderschaft“

Eine quantitative Analyse der MB-Multifunktionäre

Aaron Kunze

1. Einleitung und Fragestellung

Anhänger der „Muslimbruderschaft“ (MB) haben in Europa ein weites Netzwerk von Moscheen, Vereinen, Instituten und Organisationen aufgebaut, die untereinander personelle, organisatorische und ideologische Verflechtungen aufweisen. Gegenüber der Öffentlichkeit werden Verbindungen zueinander jedoch häufig und Bezüge zur ägyptischen „Mutterorganisation“ der MB fast ausnahmslos bestritten.

In den letzten Jahren haben sich zunehmend Fachpublikationen und Monitoring-Websites mit dem Netzwerk der europäischen MB und den nationalen MB-Szenen beschäftigt. Hier vorrangig zu nennen sind u.a. die Arbeiten von Lorenzo Vidino[1], Roel Meijer und Edwin Bakker[2], Damon Perry[3], Sameh Egyptson[4], Brigitte Maréchal[5], sowie das Monitoring des „The Global Muslim Brotherhood Research Center“[6]

---

[1] Vgl. Lorenzo Vidino, Aims and Methods of Europe’s Muslim Brotherhood (2006), in: www.hudson.org (gelesen am 3. August 2022); Lorenzo Vidino, The New Muslim Brotherhood in the West, New York 2010; Lorenzo Vidino, The Muslim Brotherhood in the United Kingdom (2015), in: www.extremism.gwu.edu (gelesen am 2. August 2022); Lorenzo Vidino, The Closed Circle: Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West, New York 2020; Lorenzo Vidino & Sergio Altuna, The Muslim Brotherhood‘s Pan-European Structure (2021), in: www.dokumentationsstelle.at (gelesen am 3. August 2022).

[2] Vgl. Roel Meijer/Edwin Bakker, The Muslim Brotherhood in Europe, London 2011.

[3] Vgl. Damon Perry, The Global Muslim Brotherhood in Britain: Non-Violent Islamist Extremism and the Battle of Ideas, London 2020.

[4] Vgl. Sameh Egyptson, Holy White Lies: Muslim Brotherhood in the West - Case Sweden, o. O. 2018.

[5] Vgl. Brigitte Maréchal, The Muslim Brothers in Europe: Roots and Discourse, Leiden 2008.

[6] Vgl. The Global Muslim Brotherhood Research Center, in: www.globalmbresearch.com (gelesen am 3. August 2022).

und des „Global Muslim Brotherhood Daily Watch“[7] oder des Blogs „Vorwärts und nicht vergessen“[8] von Sigrid Hermann-Marschall.

Dabei handelt es sich um qualitative Arbeiten und Meldungen zur Entstehungsgeschichte und zur strukturellen Vernetzung der vielfältigen MB-nahen Organisationen, zu deren gesellschaftlichen und politischen Einflussbestrebungen, sowie zu den internen Rekrutierungs- und Entscheidungsprozessen. In diesem Rahmen wurden auch zahlreiche Personen genannt, die eine oder mehrere Funktionen bei MB-nahen Organisationen ausüben.

In der Gesamtschau der relevanten Literatur erscheinen das europäische MB-Netzwerk und die jeweiligen nationalen MB-Szenen durchzogen von etlichen Multifunktionären, die in den unterschiedlichsten Vorstandsgremien nebeneinandersitzen und sich möglicherweise strategisch abstimmen. Eine quantitative Betrachtung, welche die verstreut angegebenen Funktionen abgleicht, zusammenführt und systematisch analysiert, blieb bislang jedoch aus.

Die vorliegende Studie möchte diese analytische Lücke füllen und versteht sich als einen ersten, auf offen zugänglichen Quellen basierenden, quantitativen Ansatz, um das um Verdunkelung bemühte Geflecht der europäischen MB weiter zu erhellen. Die hier bearbeitete Frage lautet also: *Wie ist das europaweite Netzwerk von MB-Multifunktionären personell, strukturell und organisatorisch aufgebaut?* (Wie viele Personen sind es? Welchen Organisationen gehören sie an? Wie ausgeprägt ist die Vernetzung untereinander?) Hierfür wurden die öffentlich recherchierbaren personellen Rohdaten mehrerer nationaler MB-Szenen erfasst, daraufhin deskriptiv statistisch und anhand einer sozialen Netzwerkanalyse ausgewertet und schließlich miteinander verglichen.

Fundierte Erkenntnisse über das Ausmaß und die Beschaffenheit des europäischen Netzwerkes von MB-Multifunktionären sind hierbei auch relevant für die sicherheitsbehördliche Bearbeitung der MB. Aufgrund der vergleichenden Betrachtung der Studie können über das

---

[7] Vgl. The Global Muslim Brotherhood Daily Watch, in: www.globalmbwatch.com (gelesen am 3. August 2022).

[8] Vgl. Sigrid Herrmann-Marschall, Vorwärts und nicht vergessen, in: https://vunv1863.wordpress.com (gelesen am 3. August 2022).

europäische Netzwerk hinaus auch Erkenntnisse zu einzelnen nationalen Szenen und konkret zur MB in Deutschland abgeleitet werden.

2. Fallauswahl

Betrachtungsgegenstand dieser akteursorientierten Analyse sind Multifunktionäre der europäischen MB. Hierbei wird der Begriff Funktionär relativ weit verstanden und umfasst nicht nur Personen, die ein offiziell eingetragenes Amt in einer Organisation ausüben, wie z.B. als Vorstandsmitglied, Generalsekretär, Vereinsvorsitzender oder Schatzmeister, sondern auch informellere Funktionen wie z.B. als regionale oder thematische Bereichsleitung, kontinuierlicher Imam, als Mitglied in einem kleinen Gremium mit spezifischer Funktion oder als sonstige Führungsperson. Auch einfache Mitglieder ohne formale festgeschriebene Funktion werden, sofern sie durch ihre Tätigkeit für die Organisation medial oder in der Fachliteratur bekannt wurden, als für die Organisation relevante Person begriffen. MB-Multifunktionäre sind demnach Personen, die derlei Funktionen in mindestens zwei MB-nahen Organisationen in Europa ausüben.

Nicht darunter begriffen werden hingegen Personen, die als einfache Funktionäre nur eine Funktion in einer einzigen MB-nahen Organisation ausüben, unabhängig von der eigentlichen Relevanz der Funktion. Auch wenn Personen mit nur zwei Funktionen strenggenommen als „Bi-Funktionäre“ bezeichnet werden können, werden sie hier aufgrund ihrer mehrfachen Funktion und Bedeutung für die Vernetzung der europäischen MB jedoch ebenso als Multifunktionäre betrachtet.

Ausgangspunkt für die Datensammlung waren personelle Erwähnungen in diversen Online-Artikeln und in der Fachliteratur zur MB in Europa, Eigenauskünfte auf Websites von MB-nahen Organisationen und – soweit online einsehbar – gezielte Vereins- und Handelsregisterauszüge etc. zur Führungsebene von MB-nahen Organisationen.

Verglichen wurden hierbei Multifunktionäre aus sechs europäischen Ländern, wovon zwei Länder aufgrund der engen organisatorischen Verflechtung und damit unklarer Trennschärfe als ein Fall

zusammengefasst wurden: Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien, Schweden. Zum einen zählen diese Länder zu den größten MB-Szenen in Europa, zum anderen begünstigt der ausgeprägte Forschungsstand zu diesen MB-Szenen eine solide Recherche und Datensammlung zu MB-Multifunktionären. Bei der Personenauswahl wurden nur Funktionäre berücksichtigt, die eindeutig einer dieser nationalen Szenen zugerechnet werden können, unabhängig davon, ob sie z.B. in mehrere Gremien auf europäischer Ebene aktiv sind, aber zugleich einem anderen Land zuzuordnen sind.

Die Auswahl der Organisationen richtete sich danach, eine Vergleichbarkeit der unterschiedlichen MB-Strukturen herzustellen und gleichzeitig so umfassend wie möglich zu sein. Bei den ausgewählten 43 Organisationen handelt es sich einerseits um nationale Mitgliedsorganisationen der beiden großen und in Brüssel ansässigen MB-nahen Dachorganisationen „Council of European Muslims“ (CEM) (ehemals „Federation of Islamic Organisations in Europe“, FIOE) und „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO).

Als nationale Frontorganisationen sind dies für Deutschland die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) (ehemals „Islamische Gemeinschaft in Deutschland“ (IGD)), für Frankreich die „Musulmans de France“ (MF) (ehemals „Union des Organisations Islamique de France“ (UOIF)), für Großbritannien und Irland die „Muslim Association of Britian“ (MAB), die „Islamic Foundation“ (IF), die „Islamic Society of Britiain“ (ISB), das „Muslim Welfare House“ (MWH), das „Islamic Cultural Center of Ireland“ (ICCI) und die „Muslim Association of Ireland“ (MAI), für Italien die „Unione delle Communitá e Organizzazioni Islamiche in Italia“ (UCOII) und für Schweden der „Sveriges muslimska råd“ (SMR) und die „Islamiska förbundet i Sverige“ (IFiS).

MB-nahe Jugend- und Studentenorganisation sind für Deutschland die „Muslimische Jugend Deutschland“ (MJD) und die „Muslim Studenten Vereinigung“ (MSV), für Frankreich die „Étudiants Musulmans de France“ (EMF) und die „Jeunes Musulmans de France“ (JMF), für Großbritannien und Irland die „Federation of Student Islamic Societies“ (FOSIS), die „Muslim Student Society UK“ (MSSUK), die „Young Muslims UK“ (YMUK) und die „Muslim Youth Ireland“ (MYI), für

Italien die „Giovani Musulmani d'Italia" (GMI) und für Schweden die „Sveriges Unga Muslimer" (SUM).

Darüber hinaus wurden „specialized institutions" der europäischen MB berücksichtigt, wie „Europe Trust" (ET) in Markfield, der „European Council for Fatwa and Research" (ECFR) in Dublin, der „European Council of Imams" (ECI) in Stockholm, das „European Forum Of Muslim Women" (EFOMW) in Brüssel, das „European Muslim Network" (EMN) in Brüssel sowie das „Institut Européen des Sciences Humaines" (IESH) in Paris und Chateau-Chinon sowie seine analogen Strukturen in Deutschland mit dem „Europäischen Institut für Humanwissenschaften" (EIHW) in Frankfurt am Main und in Großbritannien mit dem „European Institute Of Human Sciences" (EIHS) in Birmingham und London.

Zudem wurden Funktionäre der MB-nahen Spendenorganisation „Islamic Relief Worldwide" (IRW) und deren nationale Zweigstellen „Islamic Relief Deutschland" (IRD), „Islamic Relief France" (IRFR), „Islamic Relief UK" (IRUK), „Islamic Relief Ireland" (IRIR), „Islamic Relief Italy" (IRIT) und „Islamic Relief Sweden" (IRSW) miteinbezogen.

Und schließlich wurden auch Funktionen von europäischen MB-Multifunktionären in MB-nahen internationalen Organisationen berücksichtigt, wie die „International Union of Muslim Scholars" (IUMS) in Doha, die „International Islamic Federation of Student Organizations" (IIFSO) gegründet in Aachen, die „Muslim World League" (MWL) gegründet in Mekka, die „World Assembly of Muslim Youth" (WAMY) in Riad und das „International Institute of Islamic Thought" (IIIT) in Herndon.

3. Analysemethoden und Limitationen

Diese Analyse nutzte zwei analytische Ansätze in Ergänzung zueinander und unabhängig voneinander: die deskriptive statistische Analyse und die soziale Netzwerkanalyse.

Zuerst erfolgte eine deskriptive statistische Analyse, um zunächst einen Überblick zur Anzahl und nationalen Verortung der MB-Multifunktionäre zu geben und diese bzgl. ihrer jeweiligen Funktionen

und Organisationszugehörigkeiten zu betrachten. Hierbei wurden statistische Durchschnittswerte im europäischen Netzwerk vom MB-Multifunktionären mit den Werten der jeweiligen nationalen Teilnetzwerke vergleichend dargestellt. Um eine direkte Vergleichbarkeit zwischen den nationalen Fällen herzustellen, wurden für die statistische Auswertung funktional ähnliche Organisationen – wie die teils mehrfachen Frontorganisationen eines Landes, das „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH) mit seinen analogen Partnerstrukturen und „Islamic Relief“ (IR) mit seinen nationalen Zweigstellen – jeweils als Sammelkategorien zusammengefasst. Funktionen in beispielsweise mehreren nationalen Frontorganisationen zählen in der deskriptiven statistischen Analyse somit nicht mehrfach, sondern nur als ein Wert der Sammelkategorie Frontorganisation.

Um anschließend die Beschaffenheit des europäischen Netzwerkes von MB-Multifunktionären sowie ihrer nationalen Teilnetzwerke eingehender untersuchen und miteinander vergleichen zu können, wurde eine soziale Netzwerkanalyse durchgeführt.[9] Hierfür diente die Software SocNetV.[10] Die Gesamtheit der europäischen MB-Multi-funktionäre mit ihren Führungsfunktionen in MB-nahen Organisationen bildet ein interorganisationales Netzwerk. Die personellen Beziehungen, die durch eine gemeinsame Zugehörigkeit zu einer organisatorischen Führungsebene entstehen, veranschaulichen nach den sozialwissenschaftlichen Sozialen Netzwerktheorien zugleich die strukturellen Beziehungen zwischen unterschiedlichen Organisationen. Je stärker die jeweiligen Funktionäre also miteinander

[9] Zur Methodik der sozialen Netzwerkanalyse, vgl. Uwe Serdült, Soziale Netzwerkanalyse: eine Methode zur Untersuchung von Beziehungen zwischen sozialen Akteuren, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31. Jg., Nr. 2/ 2002, S. 127-141; Boris Holzer, Netzwerkanalyse, in: Stefan Kühl, Petra Strodtholz, Andreas Taffertshofer (Hrsg.), Handbuch Methoden der Organisationsforschung: Quantitative und Qualitative Methoden, Wiesbaden 2009, S. 668-695; Uwe Serdült (Hrsg.), Anwendungen sozialer Netzwerkanalyse, Zürich 2005; Sabine Adler, Sabine Grümayer & Melanie Schmidt, Konzepte der Netzwerkanalyse. Herkunft, Bedeutung und Basiskonzepte der sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse. Report, Wien 2010.

[10] Vgl. SocNetV - Social Network Analysis and Visualization Software, in: https://socnetv.org/ (gelesen am 3. August 2022).

vernetzt sind, desto höher ist auch der Vernetzungsgrad der Organisationen. Je stärker die Vernetzung eines nationalen MB-Netzwerkes innerhalb des europäischen Netzwerkes ist, desto mehr Einfluss kann dieses auf die anderen Teilnetzwerke ausüben. Nach Erläuterungen zur Datenaufbereitung und der graphischen Strukturierung nach dem Zentralitätswert, wurden zentrale MB-Multifunktionäre identifiziert und der Einflussgrad nationaler Teilnetzwerke sowie deren jeweilige Netzwerkdichte ermittelt.

Schließlich ging es darum, die Ergebnisse zu den nationalen Teilnetzwerken miteinander zu vergleichen und Gemeinsamkeiten und spezifische nationale Unterschiede zusammenzufassen.

Trotz umfangreicher Recherche zu MB-Multifunktionären in Europa erhebt diese Analyse keinen Anspruch auf Vollständigkeit und eine personelle Untererfassung ist durchaus möglich. Die Einbeziehung weiterer möglicher Personen könnte sich zwar auf die jeweiligen Ergebnisse auswirken, es wird jedoch nicht davon ausgegangen, dass es sich dabei um zahlenmäßig derart viele unberücksichtigte MB-Multifunktionäre handeln kann, um die Gesamtergebnisse dieser Analyse relevant zu beeinflussen. Der analytische Fokus auf MB-Multifunktionäre im Vergleich zu einfachen Funktionären verkleinert außerdem das unberücksichtigte Dunkelfeld, da Multifunktionäre häufiger in unterschiedlichen Kontexten erwähnt werden.

Die statistische Betrachtung von über 100 MB-Multifunktionären beschreibt lediglich eine spezifische Teilmenge der nationalen MB-Szenen, die Anzahl der MB-Multifunktionäre, und erlaubt daher keine Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit der nationalen MB-Szenen. Die hier gewonnen Ergebnisse beanspruchen also keine Repräsentativität für die MB-Szenen an sich.

Aufgrund der notwendigen Vergleichbarkeit sind jeweils lokale MB-nahe Organisationen wie das „Islamische Zentrum München“ (IZM) oder das „Islamische Zentrum Aachen“ (IZA), sowie weitere national ausgerichtete MB-nahe Organisationen mit teilweise unklaren analogen MB-Struktur in den anderen europäischen MB-Szenen, wie der „Fatwa Ausschuss Deutschland e.V.“ (FAD) oder der „Rat der Imame und Gelehrte in Deutschland e.V.“ (RIGD), von der Analyse explizit ausgenommen. Die Berücksichtigung der verschieden lokalen MB-

Strukturen auch in Frankreich, Großbritannien/Irland, Italien und Schweden bedarf einer größer angelegten Studie.

Da bei der Angabe der jeweiligen Funktionen der Zeitaspekt nicht berücksichtigt wurde, also in welchem Zeitraum eine Person beispielsweise Vorstandsvorsitzender war und ab wann er danach eine Tätigkeit für eine andere MB-nahe Organisation aufgenommen hat, besteht hier eine gewisse analytische Unschärfe. Da Personen zu ganz unterschiedlichen Zeiträumen im jeweiligen Vereinsvorstand etc. fungiert haben können, lässt sich mit Blick auf die soziale Netzwerkanalyse deshalb nicht immer mit Sicherheit sagen, dass hinter den Netzwerkverbindungen auch tatsächliche persönliche Kennverhältnisse bestehen. Allergings ist davon auszugehen, dass ein einmal aufgebauter Einfluss in einem Vereinsvorstand und das zur Verfügung gestellte soziale Kapital in Form von weitergebenen relevanten Kontakten längerfristig vorhanden sind.

Zudem werden bei der sozialen Netzwerkanalyse die Verbindungen zwischen den Akteuren bzw. den dahinterstehenden Organisationen ohne qualitative Wertung dargestellt. Zwar wird bei mehrfachen Kontakten die Verbindung mit einer Gewichtung versehen, allerdings spielt es bei der Netzwerkanalyse keine Rolle, ob die Organisation selbst eine besondere Funktion für das MB-Netzwerk erfüllt oder nicht. Die Relevanz ergibt sich vielmehr durch eine zentrale Position im Netzwerk.

Des Weiteren lassen sich die Ergebnisse dieser Analyse nur bedingt auf die jeweiligen MB-Szenen als Gesamtes übertragen, da es hier explizit um das europaweite Netzwerk von MB-Multifunktionären ging. Wie das jeweilige nationale Verhältnis von einerseits Sympathisanten, Anhängern, einfachen Funktionären und andererseits den hier betrachteten Multifunktionären der MB aussieht, kann diese Analyse daher nicht beantworten. Da es sich bei den MB-Multifunktionären, insbesondere bei denjenigen mit vielfältigen Funktionen, jedoch größtenteils um die Führungsriege der jeweiligen nationalen MB-Szene handelt, ist davon auszugehen, dass die Ergebnisse zum großen Teil die Entscheidungsebene und deren Vernetzungs- und Einflussgrad widerspiegeln.

Und schließlich beschäftigt sich diese Analyse nur mit den formal und offen zugänglichen Netzwerkstrukturen der MB. Über die verdeckte Struktur der „usra“-Zellen[11] und deren Funktionäre, die nicht zwangsläufig deckungsgleich mit den offiziellen Funktionsträgern sein müssen, können hier keine Aussagen getroffen werden.

4. Deskriptive Statistische Analyse

4.1 Nationale Verortung

Bei den untersuchten nationalen MB-Szenen in Europa konnten insgesamt 102 Multifunktionäre festgestellt werden.[12] Hierbei bestehen zunächst deutliche Unterschiede bei der Netzwerkgröße: Die meisten Multifunktionäre finden sich in Großbritannien/Irland (33). Schweden (26) und Frankreich (21) liegen im Mittelfeld. Deutschland (12) und Italien (10) weisen die wenigsten Multifunktionäre auf (siehe Abb. 1). Um die nationalen Netzwerke der MB-Multifunktionäre im europäischen Vergleich darzustellen, sind folgend vorwiegend prozentuale Relationen dargestellt.

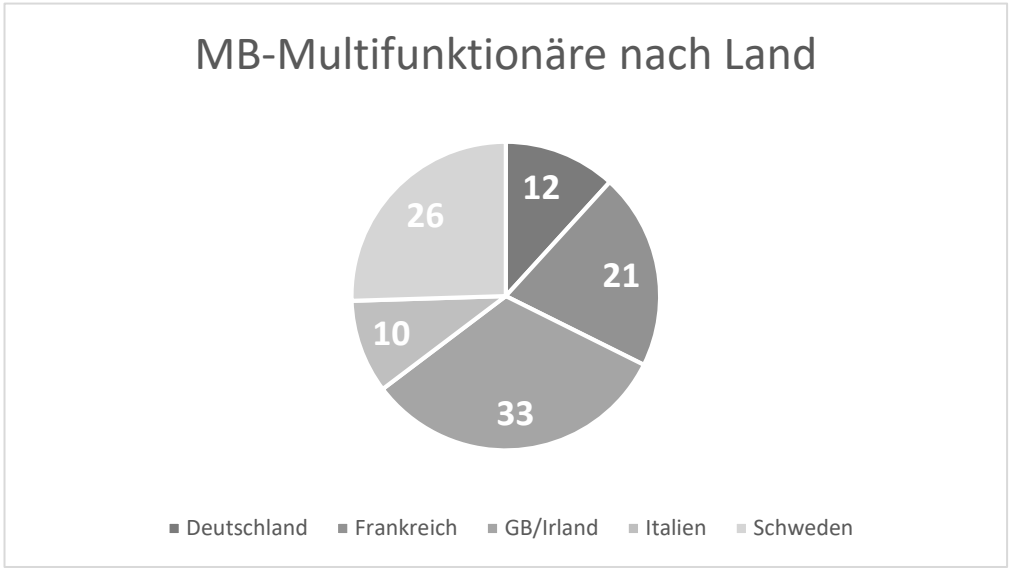

Abb. 1

[11] Vgl. Landesministerium des Innern Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2021, Stuttgart 2022, S. 125.

[12] Zu weiterführenden Recherchezwecken kann ein Personenverzeichnis der 102 Multifunktionäre mit entsprechenden Belegstellen beim Autor angefragt werden.

4.2 Anzahl Funktionen

Bei der Betrachtung dieser 102 Multifunktionäre nach der Anzahl ihrer Funktionen in den berücksichtigten MB-nahen Organisationen zeigt sich ein klares Gefälle (siehe Abb. 2): Mit 62 Prozent (63 Personen) haben rund zwei Drittel nur zwei Funktionen in unterschiedlichen Organisationen. Mit 38 Prozent (39 Personen) haben rund ein Drittel der Personen drei oder mehr Funktionen, darunter 21 Prozent (21 Personen) mit drei Funktionen, 11 Prozent (11 Personen) mit vier Funktionen und 7 Prozent (7 Personen) mit fünf und mehr Funktionen. Durch die große Anzahl an einflussreichen Funktionen und der damit verbundenen hohen individuellen Machtkonzentration können Multifunktionäre spätestens ab vier Funktionen als kleiner und absoluter Führungskern der europäischen MB angesehen werden. Die Zahl von vier Funktionen ist hierbei allerdings nicht als notwendige Bedingung, sondern als hinreichender Indikator für eine Führungsrolle zu verstehen.

Der Begriff Machtkonzentration soll hierbei im Sinne eines relationalen Machtbegriffs von sozialer Macht verstanden werden: Einfluss ist nicht eine inhärente Eigenschaft der entsprechenden Akteure, sondern vielmehr ein Aspekt der manifesten oder potentiellen Interaktion zwischen Akteuren.[13] Je mehr potenzielle Interaktionen zwischen Akteuren bestehen, desto höher ist der potenzielle Einfluss bzw. die individuelle Machtkonzentration.

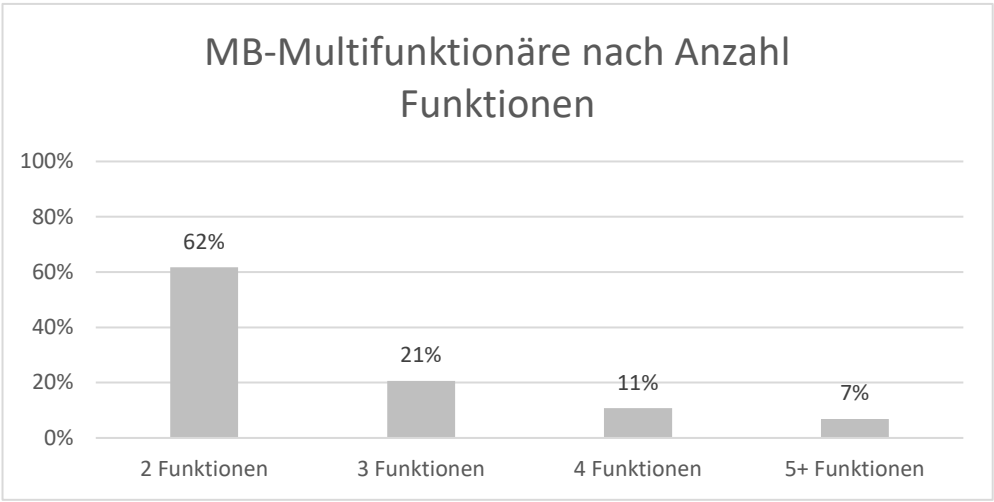

Abb. 2

[13] Vgl. David Knoke, Political Networks. The Structural Perspective, Cambridge 1990, S. 1; Dorothea Jansen, Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Opladen 1999, S. 157.

Das Muster der abrupt abnehmenden Funktionenanzahl zeigt sich auch bei gesonderter Betrachtung der nationalen Netzwerke (siehe Abb. 3). Dabei verhält sich der Anteil der Multifunktionäre mit zwei Funktionen mit einer Ausnahme weitgehend einheitlich: Deutschland 67 Prozent (8 Personen), Frankreich 43 Prozent (9 Personen), Großbritannien/Irland 67 Prozent (22 Personen), Italien 70 Prozent (7 Personen) und Schweden 65 Prozent (17 Personen). Eine stärkere Ausdifferenzierung zeichnet sich bereits mit drei Funktionen ab und wird besonders deutlich ab vier und mehr Funktionen. Dabei ist eine höhere Machtkonzentration in den Netzwerken von Deutschland, Frankreich und Großbritannien/Irland erkennbar, sowohl im Verhältnis zur jeweiligen Netzwerkgröße als auch in absoluten Zahlen. So haben in Deutschland 33 Prozent (4 Personen), in Frankreich 24 Prozent (5 Personen) und in Großbritannien/Irland 15 Prozent (5 Personen) der Akteure vier und mehr Funktionen. Zudem finden sich nur in diesen drei Netzwerken Personen mit fünf und mehr Funktionen, also die absolut oberste Führungsriege im Sinne der Vernetzung. Auffallend ist dabei besonders das deutsche Netzwerk, das zahlenmäßig verhältnismäßig klein ist, zugleich jedoch über einige einflussreich vernetzte Multifunktionäre verfügt. Das schwedische Netzwerk erscheint hingegen als zahlenmäßig groß und mit geringer Machtkonzentration, hauptsächlich bestehend aus Multifunktionären mit nur zwei oder drei Funktionen, sowie nur 8 Prozent (2 Personen) mit vier Funktionen. Das relativ kleine italienische Netzwerk reiht sich hier im Mittelfeld ein, mit 20 Prozent (2 Personen) mit vier Funktionen.

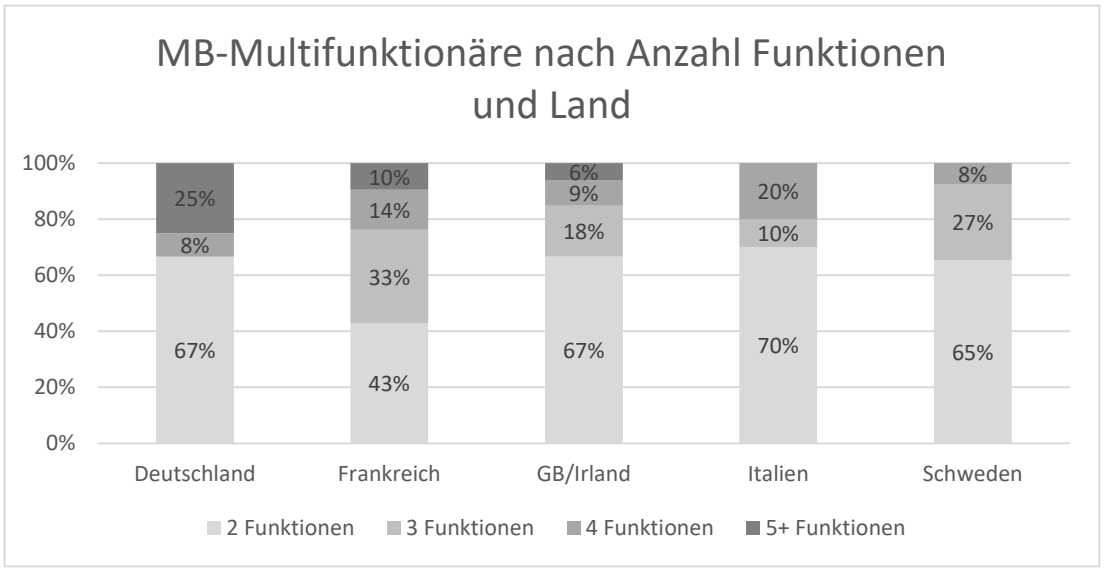

Abb. 3

4.3 Organisationsbezüge

Betrachtet man die jeweilige Organisationszugehörigkeit eines jeden Multifunktionärs anhand seiner Funktionen (Person ist Vorstandsmitglied in Organisation A, B und C) und addiert diese pro Organisation (n Personen sind Vorstandsmitglieder der Organisation A) zusammen, so lassen sich daraus diejenigen MB-Organisationen ablesen, die für die Vernetzung der europäischen MB-Führungsriege rein numerisch als bedeutsam gelten (siehe Abb. 4). Mehrfachnennungen sind hier immanent, da es sich um Personen mit mindestens zwei Funktionen handelt. Um ein einheitliches und vergleichbares Bild zu erhalten, wurden die unter 2 genannten 43 Organisationen teilweise in gesonderten Organisationskategorien wie folgt zusammengefasst:

Der Anteil an Funktionen in einer MB-nahen Organisation reicht von 2 Prozent (2 Personen) bei der IIFSO bis zu 76 Prozent (78 Personen) bei nationalen Frontorganisationen (FO). Um für das europäische Netzwerk besonders relevante Organisationen einzugrenzen, werden folgend nur diejenigen Organisationen näher betrachtet, bei welchen mindestens 10 Prozent der Multifunktionäre eine Funktion ausüben. Die Grenzziehung bei 10 Prozent unterliegt dabei keiner strikten inhaltlichen Begründung, sondern wurde aufgrund des begrenzten Darstellungsumfangs dieser Studie festgelegt. Dies sind die nationalen Frontorganisationen mit 76 Prozent (78 Personen), die nationalen Jugend- und Studentenorganisationen (JSO) mit 41 Prozent (42 Personen), „Islamic Relief“ (IR) und seine nationalen Zweigstellen mit 29 Prozent (30 Personen), das „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH) und seine nationalen Institute mit 24 Prozent (24 Personen), der „Council of European Muslims“ (CEM) mit 19 Prozent (19 Personen), die „Federation of Muslim Youth and Student Organisations“ (FEMYSO) mit 15 Prozent (15 Personen), der „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR) mit 14 Prozent (14 Personen), der „Europe Trust“ (ET) mit 12 Prozent (12 Personen) und der „European Council of Imams“ (ECI) mit 10 Prozent (10 Personen).

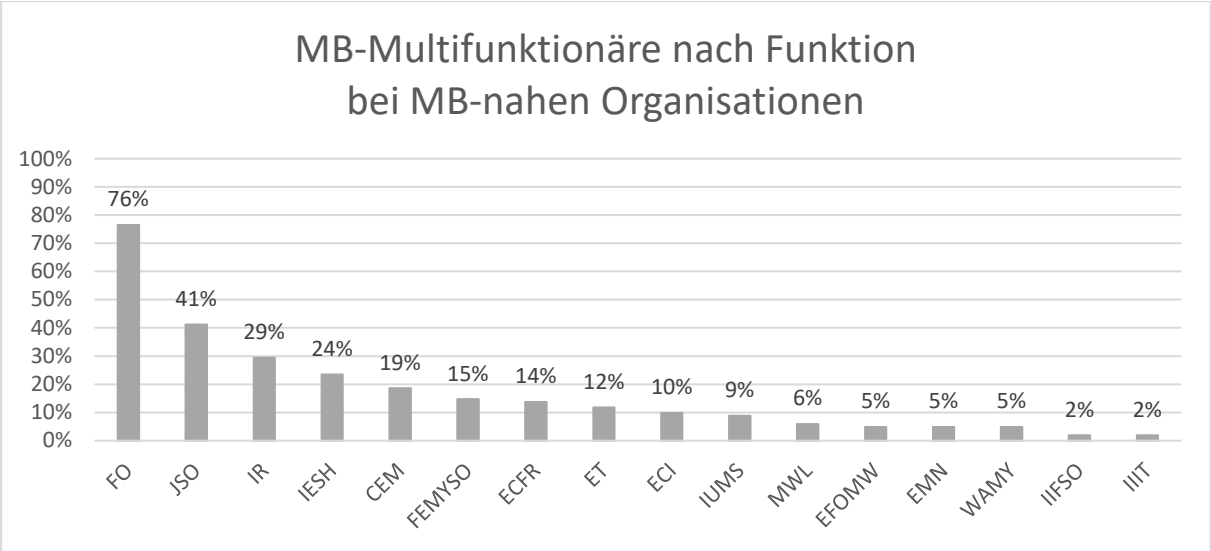

Abb. 4

Die Zusammensetzung, wie viele Multifunktionäre sich je Land in welcher Organisation finden, variiert jedoch stark, sodass es einer genaueren Betrachtung bedarf. Im Folgenden wird daher der Anteil an Multifunktionären mit Funktionen in den genannten neun Organisationen jeweils in den europäischen Vergleich gestellt (siehe Abb. 5 bis 13).

Eine Mehrheit von 76 Prozent der Multifunktionäre hat mindestens eine Funktion in einer nationalen Frontorganisation (siehe Abb. 5). Umgekehrt bedeutet dies auch, dass 24 Prozent außerhalb einer nationalen Frontorganisation, oder zumindest ohne dortige Führungsfunktion, an die MB angebunden sind und es demnach auch jenseits dieser Frontorganisationen ein relevantes Netzwerk mit führenden MB-Akteuren gibt. Frankreich mit 86 Prozent (18 Personen), Schweden mit 81 Prozent (21 Personen), Italien mit 80 Prozent (8 Personen), und Großbritannien/Irland mit 73 Prozent (24 Personen) sind hierbei verhältnismäßig vergleichbar. Deutschland mit 58 Prozent (7 Personen) zeigt eine deutlich unterdurchschnittliche Einbindung der MB-Multifunktionäre in offizielle Führungsämter der nationalen Frontorganisation, und damit eine fast ebenso hohe Verortung der Akteure außerhalb der Frontorganisation. Der organisatorische Anschluss an die MB erscheint in Deutschland demnach verhältnismäßig diversifizierter.

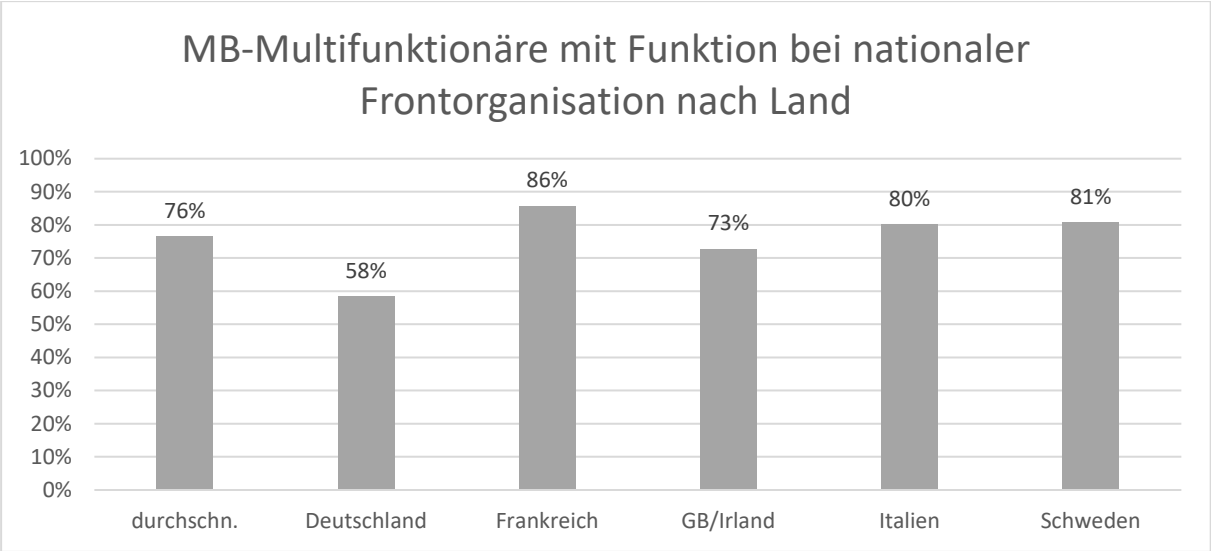

Abb. 5

Insgesamt sind 41 Prozent der Multifunktionäre in nationale Jugend- und Studentenorganisationen eingebunden (siehe Abb. 6). In Schweden ist mit 62 Prozent (16 Personen) knapp zwei Drittel der Multifunktionäre bei einer Jugend- und Studentenorganisation, sodass die schwedische MB-Szene fast nicht von diesen zu trennen ist. Deutschland mit 42 Prozent (5 Personen), Großbritannien/Irland mit 36 Prozent (12 Personen) und Frankreich mit 33 Prozent (7 Personen) befinden sich im Mittelfeld. In Italien sind mit 20 Prozent (2 Personen) verhältnismäßig unterdurchschnittlich wenig Multifunktionäre in Jugend- und Studentenorganisationen aktiv.

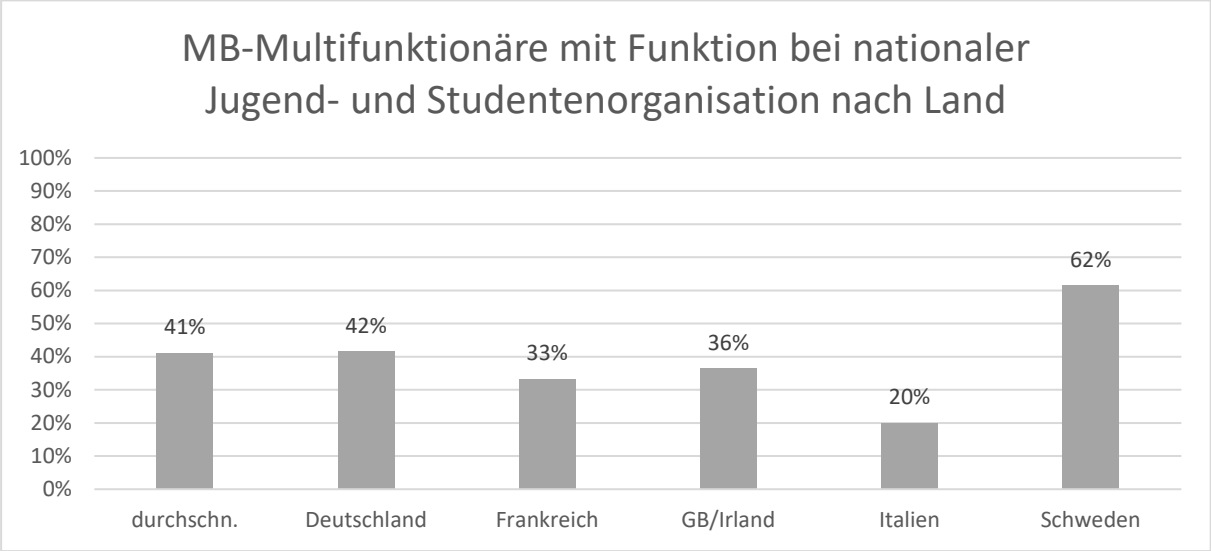

Abb. 6

Bei „Islamic Relief“ (IR) und seinen nationalen Ablegern können durchschnittlich 29 Prozent der Multifunktionäre als Führungspersonen gelten (siehe Abb. 7). Auffällig sind eine Mehrheit in Schweden von 62 Prozent (16 Personen) und ein verhältnismäßig hoher Anteil in dem zahlenmäßig kleineren Netzwerk in Deutschland mit 33 Prozent (je 4 Personen). Das kleine Netzwerk in Deutschland ist mit 20 Prozent (2 Personen) vergleichbar mit dem großen Netzwerk in Großbritannien/Irland mit 18 Prozent (6 Personen). In Frankreich ist hingegen mit nur 10 Prozent (2 Personen) ein geringerer Anteil an Multifunktionären bei IR tätig. Eine Funktion bei Islamic Relief zeigt sich daher am relevantesten für MB-Multifunktionäre in Schweden und Deutschland.

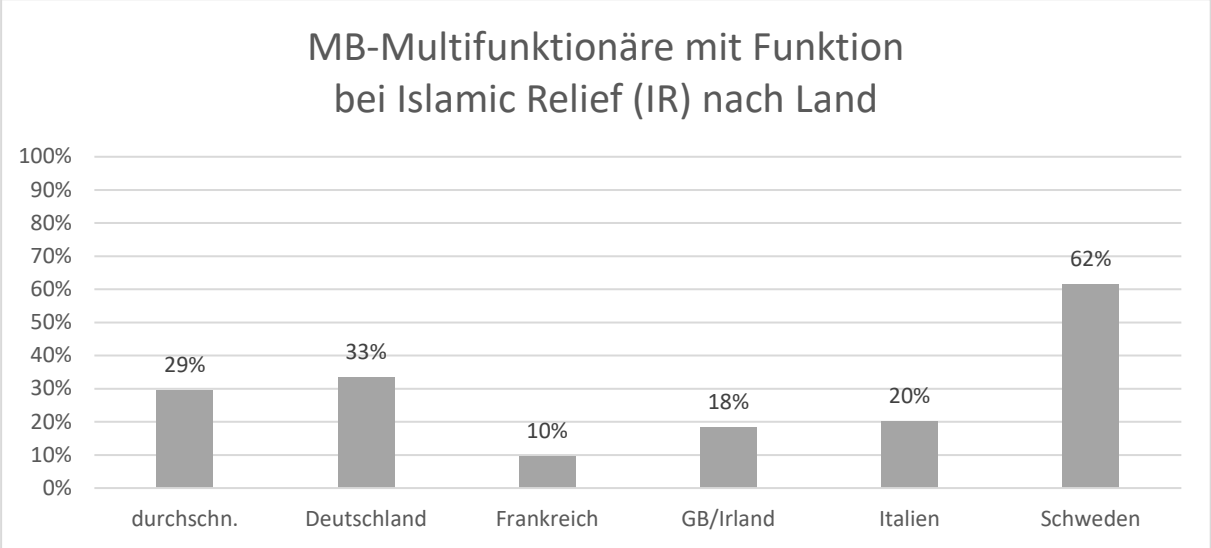

Abb. 7

Im europäischen Durchschnitt sind 24 Prozent der Multifunktionäre bei der MB-Kaderschmiede „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH) und seinen nationalen Zweigstellen tätig (siehe Abb. 8). Es bestehen hier jedoch starke nationale Unterschiede, da nicht überall die gleichen Strukturen vorhanden sind.

Da es sowohl in Schweden mit 0 Prozent als auch in Italien mit 10 Prozent (1 Person) kein eigenes Institut gibt, weisen die dortigen Multifunktionäre entweder gar keine oder wie im Fall von Italien nur im Einzelfall Bezüge zu einem solchen Institut auf. In Frankreich mit

52 Prozent (11 Personen), wo das erste „Institut Européen des Sciences Humaines“ in Chateaux-Chinon gegründet wurde, und in Deutschland mit 50 Prozent (6 Personen) sind jeweils rund die Hälfte der Multifunktionäre in ein Institut eingebunden. In Großbritannien/Irland gibt es zwar eigene nationale Institute in Birmingham und Llanybydder, jedoch ist mit 18 Prozent (6 Personen) nur rund jeder fünfte Multifunktionär dort tätig. Mit dem „Europäischen Institut für Humanwissenschaften“ in Frankfurt am Main scheint das kleinere deutsche MB-Netzwerk damit maßgeblich bei der Aktivität des IESH in Europa, also der gezielten ideologischen Indoktrinierung potenzieller MB-Funktionäre, eingebunden zu sein.

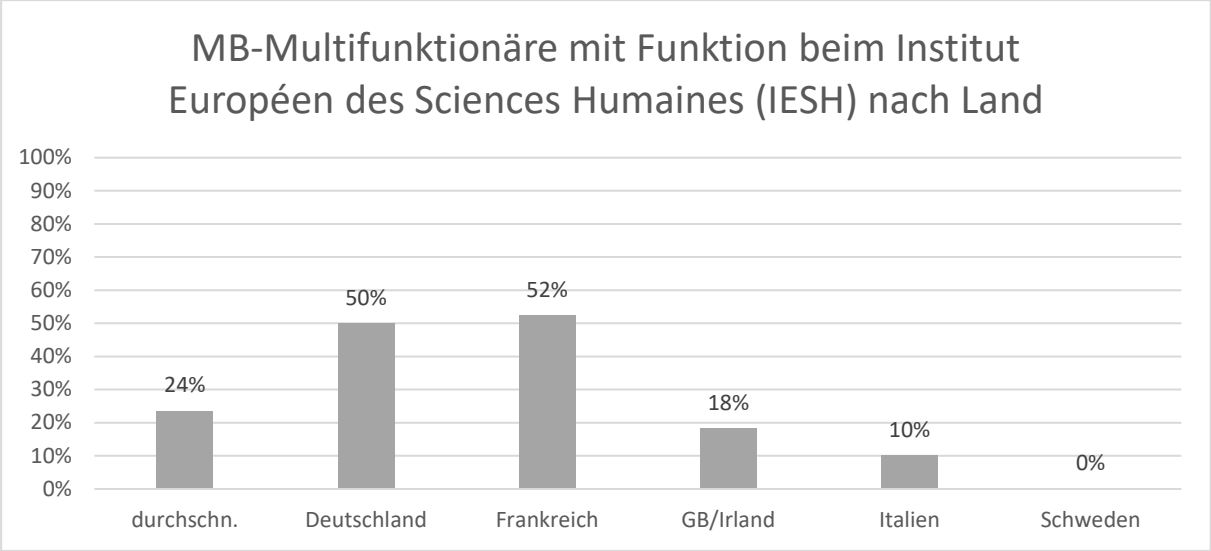

Abb. 8

Der Anteil an Multifunktionären mit Funktionen bei der europäischen MB-Dachorganisation „Council of European Muslims“ (CEM) liegt im europäischen Durchschnitt bei 19 Prozent (siehe Abb. 9). Verhältnismäßig liegen hier Deutschland mit 25 Prozent (3 Personen), Frankreich mit 24 Prozent (5 Personen), Italien mit 20 Prozent (2 Personen) und Großbritannien/Irland mit 18 Prozent (6 Personen) ungefähr gleich auf, sind gemessen an der Größe ihrer MB-Netzwerke also ähnlich bei der MB-Dachorganisation eingebunden. In absoluten Zahlen zeigt sich hier jedoch eine klare Führungsposition von Multifunktionären aus Großbritannien/Irland und Frankreich. Eher

unterrepräsentiert ist hingegen das große Netzwerk in Schweden mit 12 Prozent (3 Personen).

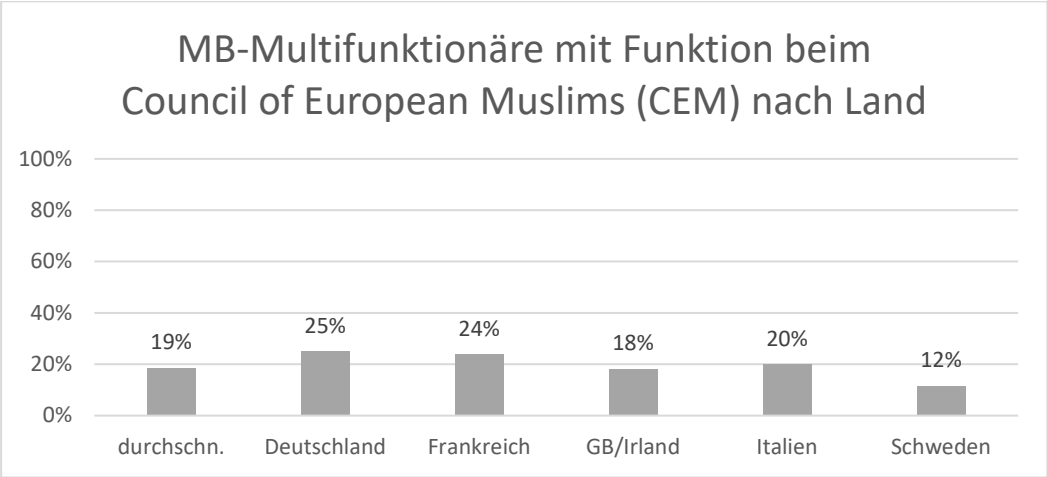

Abb. 9

Bei der europäischen Dachorganisation für MB-nahe Jugend- und Studentenorganisationen „Federation of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO) sind 15 Prozent der europäischen Multifunktionäre aktiv (siehe Abb.10). Hier sind Italien mit 20 Prozent (2 Personen), Schweden mit 19 Prozent (5 Personen) und Deutschland mit 17 Prozent (2 Personen) verhältnismäßig ähnlich eingebunden. MB-Multifunktionäre aus Großbritannien mit 12 Prozent (4 Personen) und Frankreich mit 10 Prozent (2 Personen) sind gemessen an ihrer Netzwerkgröße etwas weniger in der FEMYSO vertreten.

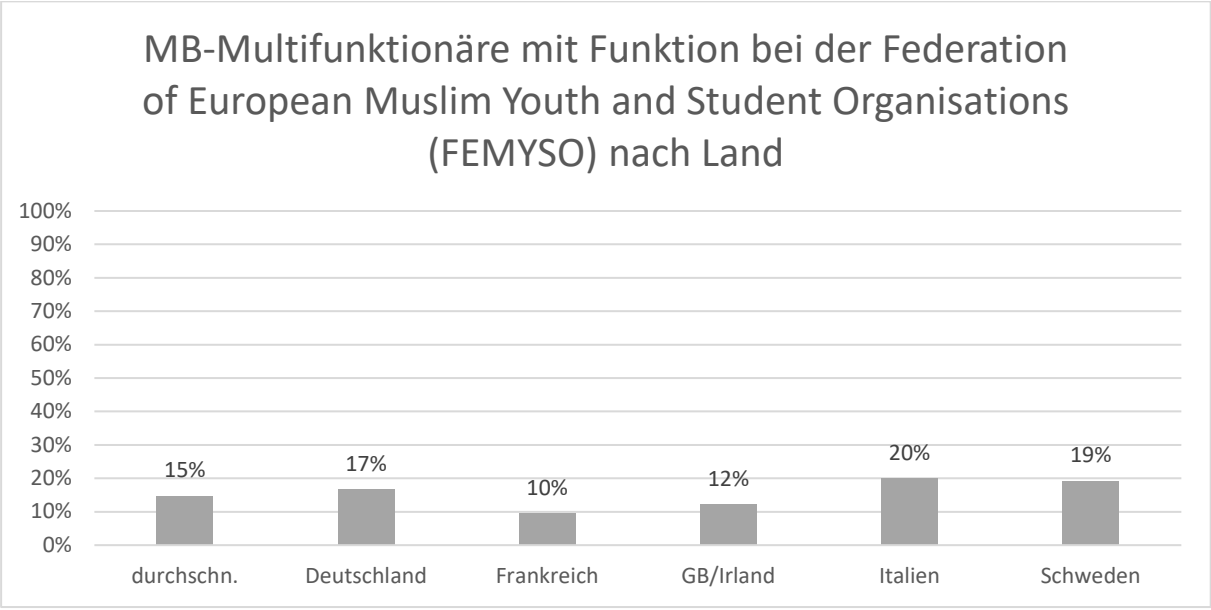

Abb. 10

Die durchschnittlichen 14 Prozent Einbindung im „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR) geht wesentlich auf die starke personelle Vertretung von französischen Multifunktionären mit 29 Prozent (6 Personen) zurück, gefolgt von Deutschland mit 17 Prozent (2 Personen) und Großbritannien/Irland mit 15 Prozent (5 Personen) (siehe Abb. 11). Die Beteiligung Italiens mit 10 Prozent (1 Person) stellt wie oben beim IESH ein personeller Einzelfall dar. Schwedische Multifunktionäre sind hingegen überhaupt nicht beim ECFR vertreten.

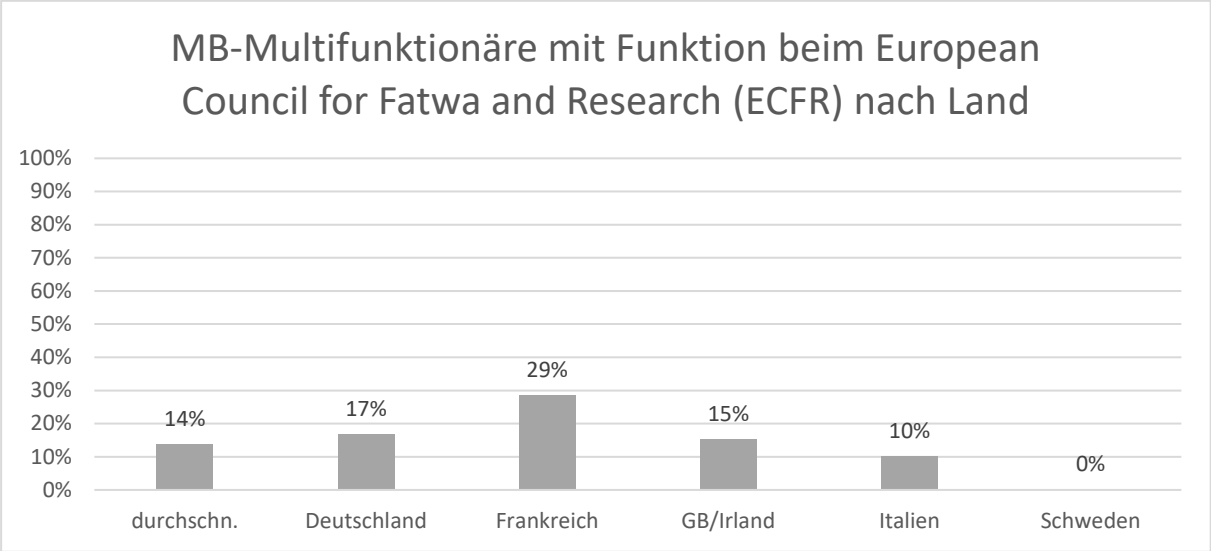

Abb. 11

Ähnlich geht die durchschnittliche Einbindung bei der MB-nahen Wohltätigkeitsorganisation „Europe Trust“ (ET) von 12 Prozent maßgeblich auf die Vernetzung von Multifunktionären aus Großbritannien/Irland mit 21 Prozent (7 Personen) zurück (siehe Abb. 12). Gemessen an der Netzwerkgröße folgt Italien mit 20 Prozent (2 Personen), Frankreich mit 10 Prozent (2 Personen) und Deutschland 8 Prozent (1 Person), wobei alle drei Netzwerke im Verhältnis zu Großbritannien/Irland nur wenig bei ET vertreten sind. Eine Einbindung schwedischer Multifunktionäre fehlt gänzlich.

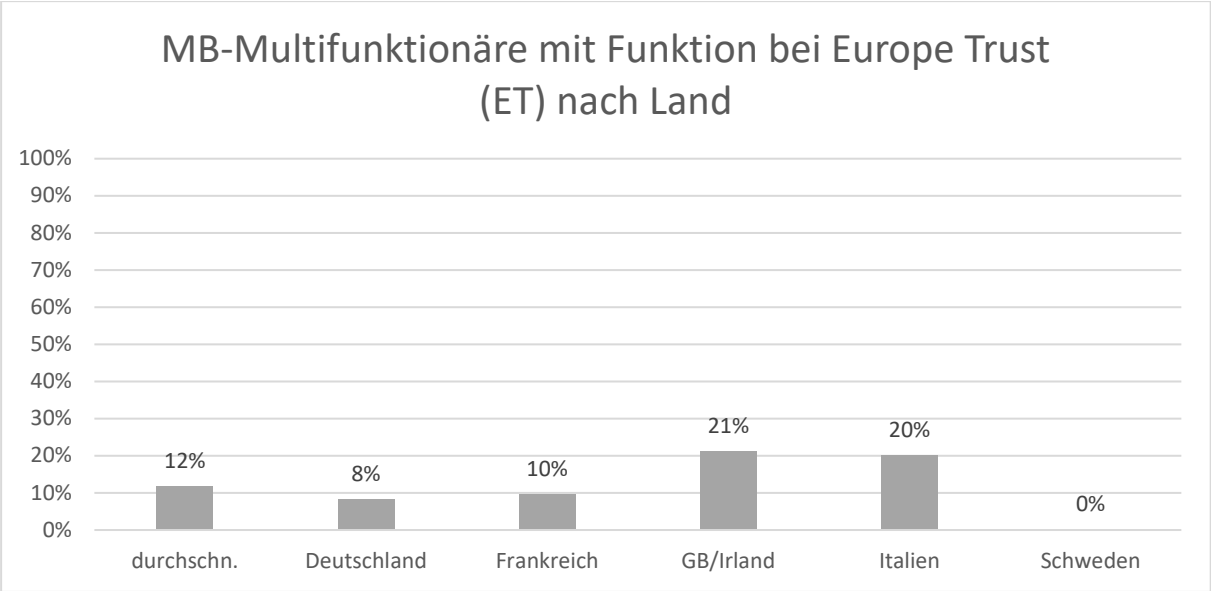

Abb. 12

Schließlich sind 10 Prozent der Multifunktionäre beim „European Council of Imams“ (ECI) aktiv (siehe Abb. 13). Dabei handelt es sich um 33 Prozent (4 Personen) der deutschen Multifunktionäre, womit dem kleineren deutschen MB-Netzwerk aus Multifunktionären eine im europäischen Vergleich bedeutende Rolle bei der organisatorischen Vertretung MB-naher Imame zukommt. Darauf folgen Italien mit 20 Prozent (2 Personen) und Großbritannien/Irland mit 12 Prozent (4 Personen). Multifunktionäre aus Frankreich und Schweden sind beim ECI hingegen nicht vertreten.

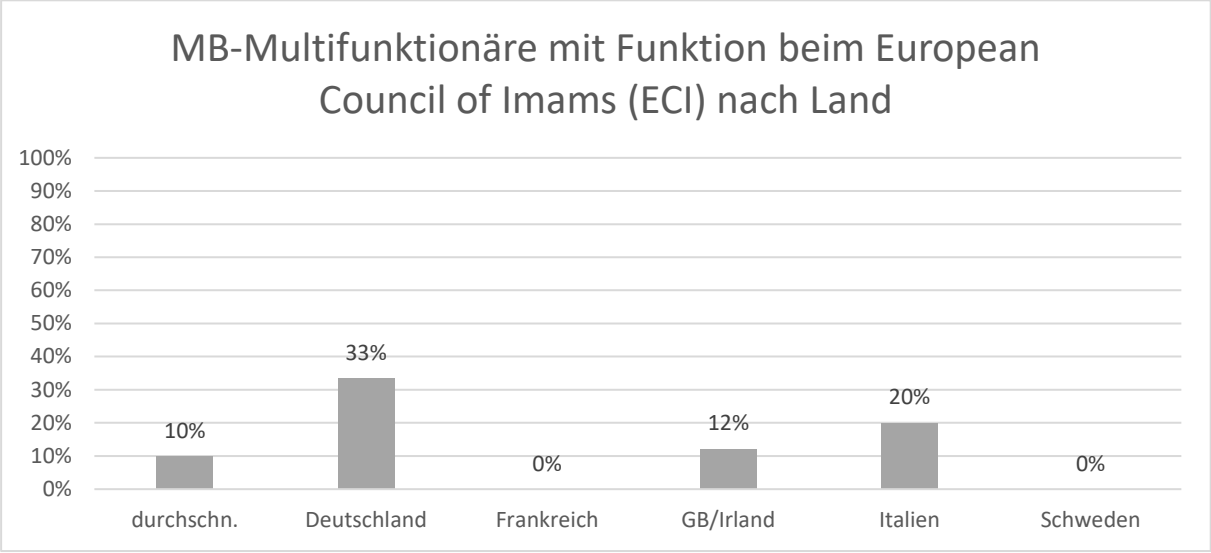

Abb. 13

5. Soziale Netzwerkanalyse

5.1 Datenaufbereitung

Im zugrundeliegenden Datenbestand wurden zunächst alle direkten Beziehungen zwischen den 102 MB-Multifunktionären und den unter 2 genannten 43 Organisationen tabellarisch erfasst (*Akteur x Organisation*). Hierbei ergaben sich im Gegensatz zur deskriptiven statistischen Analyse keine zusammenfassenden Organisationskategorien wie nationale Frontorganisationen, nationale Jugend- und Studentenorganisationen, „Islamic Relief“ (IR) oder das „Institut Européen des Sciences Humaines" (IESH) verwendet, da dies bei der Netzwerkanalyse sonst zu Verzerrungen führen würde. Vielmehr wurde jeder Akteur mit seinen Beziehungen durch die jeweilige nationale Zweigstelle bzw. den nationalen Ableger betrachtet.

Mit der unmittelbaren Analyse einer solchen Datenstruktur lassen sich jedoch keine Aussagen über die jeweilige Vernetzung von Akteuren bzw. Organisationen untereinander treffen. Daher wurde der Datenbestand in eine akteursorientierte Soziomatrix (*Akteur x Akteur*) übersetzt. Die akteursorientierte Datendarstellung ermöglicht die Zuordnung der Akteure zu nationalen Netzwerken und dient damit der Vergleichbarkeit. Auf eine zusätzliche organisationsorientierte Soziomatrix (*Organisation x Organisation*) wurde daher verzichtet.

Die in der Soziomatrix zusammengefasste Anzahl von Beziehungen unter den Akteuren (*Person A verfügt mittels organisationeller Beziehungen über n Verbindungen zu Person B*) repräsentiert die Gewichtung der jeweiligen Beziehung: je mehr Verbindungen zwischen zwei Akteuren, desto stärker die Beziehung.

Für die graphentheoretische Repräsentation des sozialen Netzwerks wurde das ursprüngliche bimodale (*Akteur x Organisation*, auch *two-mode*) Netzwerk also in ein gewichtetes monomodales (*Akteur x Akteur*, auch *one-mode*) Netzwerk übertragen.[14] Im Graphen dieses Netzwerkes bilden die Akteure die jeweiligen Knoten, die Bedeutung der Beziehungen untereinander sind als Kanten mit unterschiedlicher Breite (Gewichtung) dargestellt (siehe Abb. 14). Die Zugehörigkeit der Akteure zu einem nationalen Netzwerk ist durch geometrische Figuren

[14] Vgl. Ronald Breiger, The Duality of Persons and Groups, in: Social Forces, 53. Jg., Nr. 2/ 1974, S. 181-190.

dargestellt: Quadrate (■) für Deutschland, Dreiecke (▲) für Frankreich, Kreise (●) für Großbritannien/Irland, Rauten (◆) für Italien, Sterne (★) für Schweden.

Da mögliche hierarchische Unterschiede bei den MB-nahen Organisationen sowie der zeitliche Verlauf nicht berücksichtigt wurden, handelt es sich um eine statische Analyse eines ungerichteten sozialen Netzwerks.

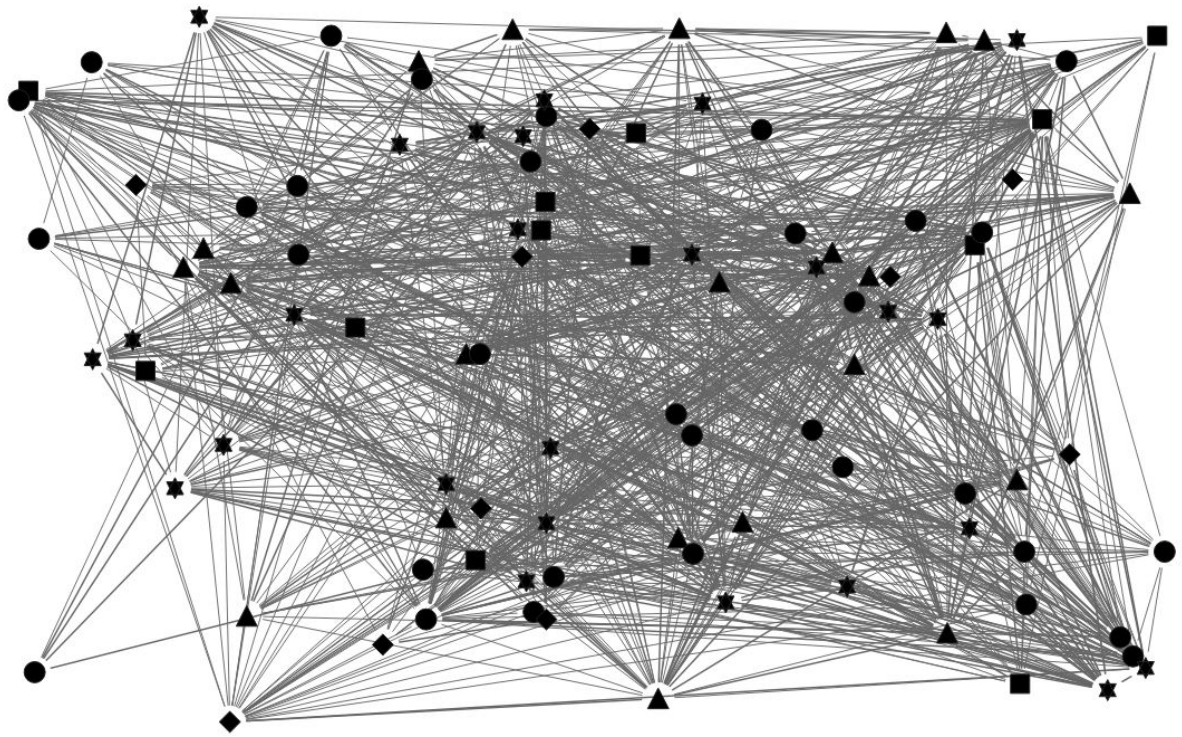

Abb. 14

5.2 Strukturierung nach Zentralität

Um diesen visuell unstrukturierten Netzwerk-Graphen systematisch analysieren zu können, wurde das Verfahren zur „degree-basierten“ Zentralitätsberechnung (*degree centrality*) angewandt (hier kurz: Zentralität). Die Zentralität misst die Anzahl der direkten Verbindungen zu anderen Punkten und gilt als Maß für die mögliche Kommunikationsaktivität von Personen/Knoten. Je mehr Außenbeziehungen ein Akteur unterhält, desto zentraler ist die Position und desto größer ist seine soziale Macht im Netzwerk. Das nach den Zentralitätswerten ausgerichtete Netzwerk ist kreisförmig (im

Mittelpunkt die zentralsten Akteure) graphisch dargestellt (siehe Abb. 15). Die jeweiligen nationalen Netzwerke und ihre Abgrenzungen voneinander sowie die zentrale Position von einzelnen MB-Multifunktionären werden hierdurch visuell erkennbar.

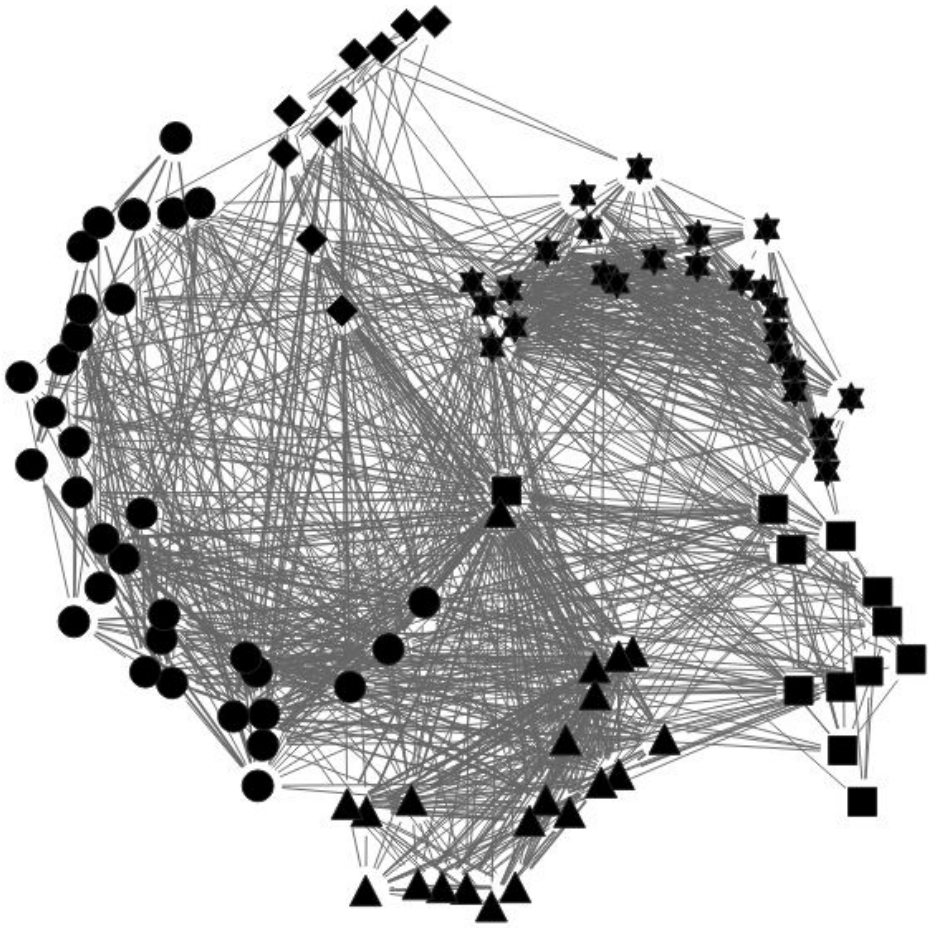

Abb. 15

5.3 Einflussgrad nationaler Teilnetzwerke

Der Zentralitätswert der einzelnen Akteure lässt sich gesondert für die jeweiligen nationalen Netzwerke hochrechnen. Damit wird eine Vergleichbarkeit der Zentralität dieser Teilnetzwerke auf das europäische Gesamtnetzwerk ermöglicht. Der prozentuale Zentralitätswert bzw. Einflussgrad ergibt sich aus der Anzahl der Beziehungen aller Akteure eines jeweiligen Teilnetzwerkes im Verhältnis zur Gesamtzahl aller vorhandenen Beziehungen im Gesamtnetzwerk. Allerdings beinhaltet dieser nationale

Zentralitätswert auch alle Beziehungen innerhalb eines Netzwerkes. Der Wert beschreibt zwar, wie zentral ein Teilnetzwerk für das Gesamtnetzwerk insgesamt ist, unterscheidet jedoch nicht danach, wie einflussreich ein Teilnetzwerk auf andere Teilnetzwerke innerhalb des europäischen Gesamtnetzwerkes ist. Um eine Verzerrung des tatsächlichen Einflussgrads zu verhindern, ist daher zunächst eine Aufschlüsselung in interne und externe Beziehungen der nationalen Netzwerke notwendig (siehe Abb. 16).

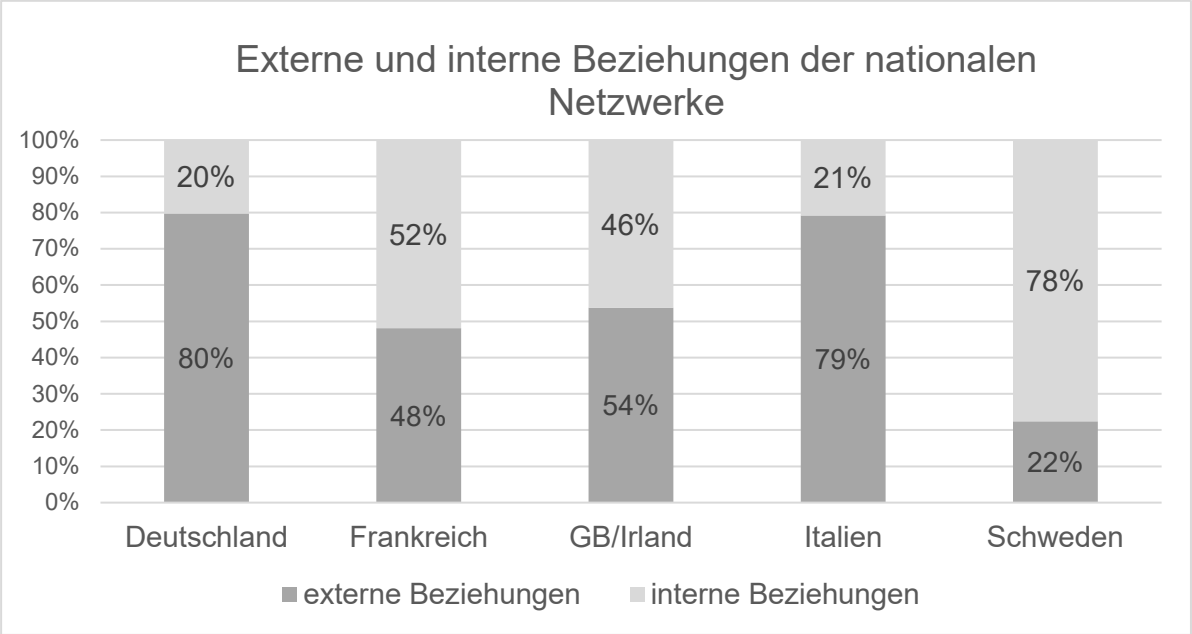

Abb. 16

Deutschland mit 80 Prozent und Italien mit 79 Prozent externen Netzwerkbeziehungen zeigen sich verhältnismäßig am stärksten außerhalb ihrer eigenen nationalen Netzwerke verbunden. Großbritannien/Irland mit 54 Prozent und Frankeich mit 48 Prozent sind mit rund der Hälfte externe Beziehungen vergleichbar ausgerichtet. Das große Netzwerk in Schweden, ist hingegen mit nur 22 Prozent externen Beziehungen hauptsächlich innerhalb des eigenen Netzwerks vernetzt.

Um einen bereinigten Zentralitätswert für jedes nationale Netzwerk zu erhalten, sind alle internen Vernetzungen herauszurechnen. Ein Netzwerk, das sodann nur die externen Beziehungen der MB-Multifunktionäre darstellt ist auch etwas anders strukturiert (siehe Abb. 17).

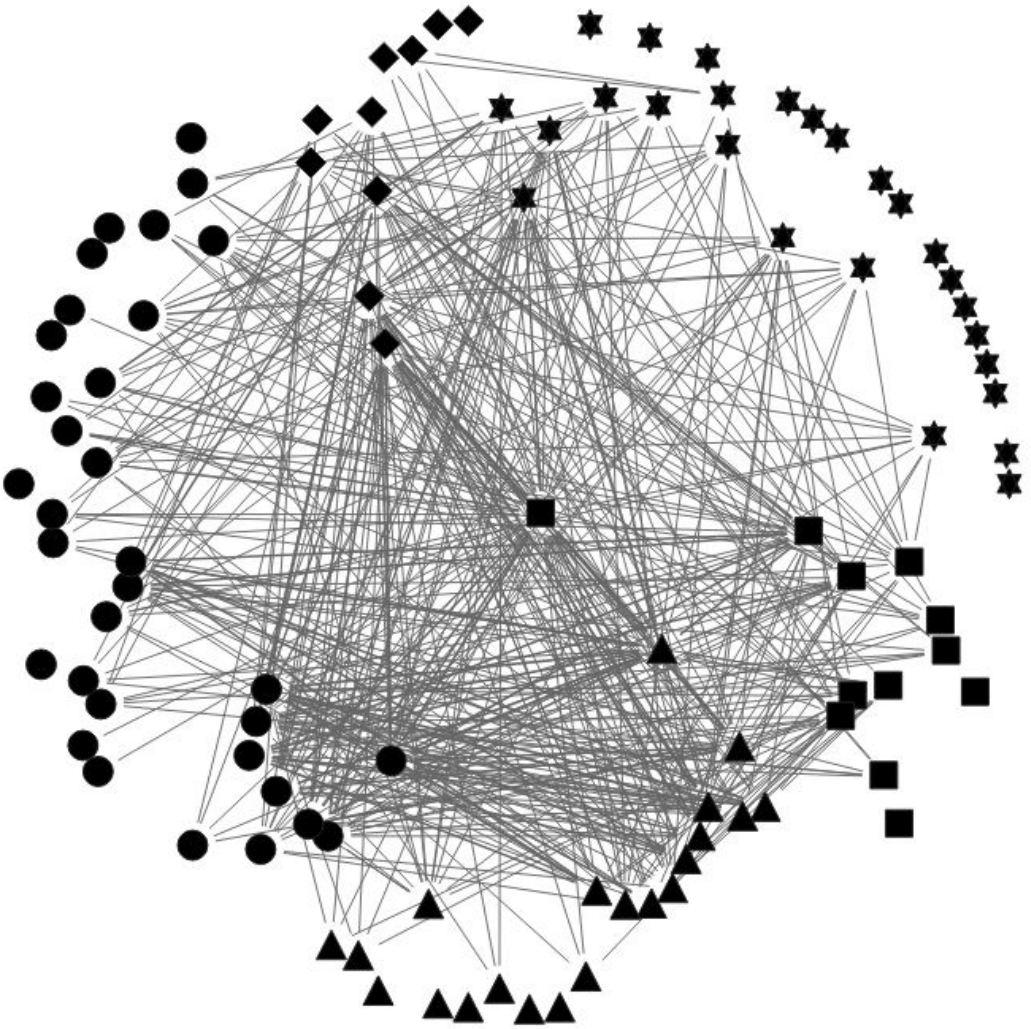

Abb. 17

Der bereinigte Zentralitätswert, also nur der Einflussgrad auf andere nationale Teilnetzwerke, ergibt sich dann aus der absoluten Anzahl der externen Beziehungen aller Akteure eines jeweiligen Teilnetzwerkes im Verhältnis zur Gesamtzahl aller vorhandenen externen Beziehungen im Gesamtnetzwerk. Hierbei weisen schließlich Großbritannien/Irland mit 30 Prozent und Frankreich mit 25 Prozent den größten Einflussgrad auf. Das kleine MB-Netzwerk in Deutschland hat mit 20 Prozent einen mittleren Einflussgrad im Vergleich zu den anderen nationalen Teilnetzwerken. Das kleine italienische Netzwerk und das große schwedische Netzwerk weisen mit 13 Prozent und 12 Prozent schließlich den geringsten Einflussgrad auf (siehe Abb. 18).

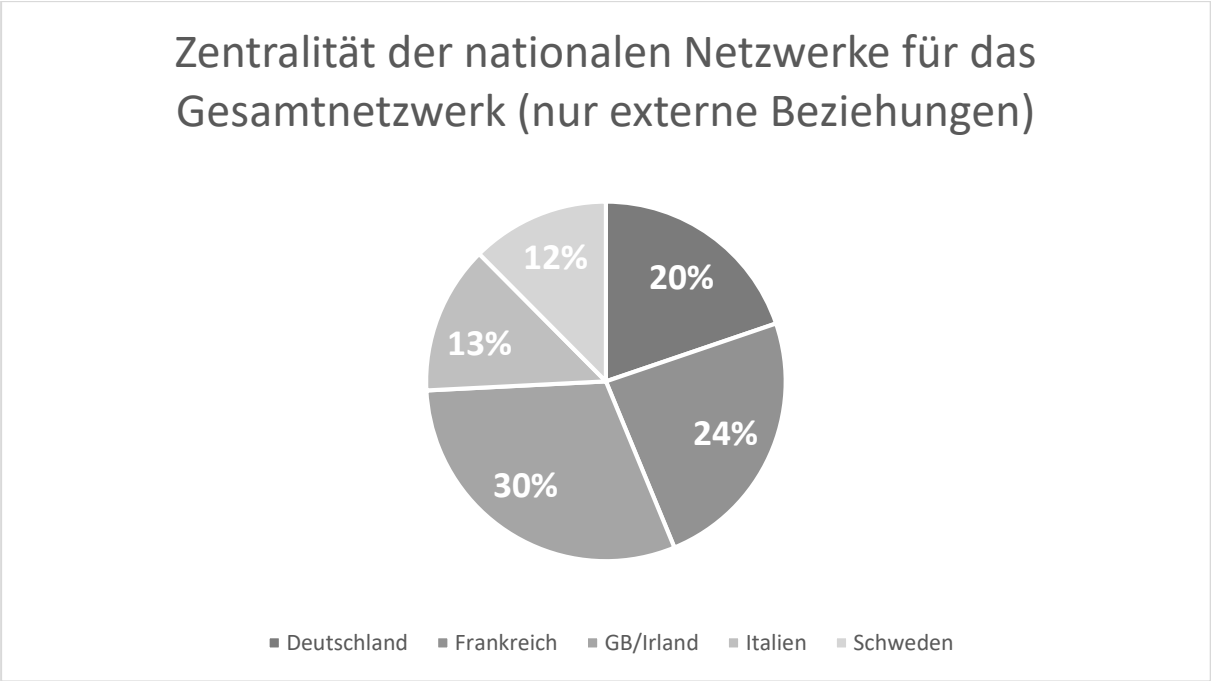

Abb. 18

5.4 Netzwerkdichte

Eine weitere Messgröße zur Beurteilung der Funktionalität von sozialen Netzwerkstrukturen ist die Netzwerkdichte. Dichte ist definiert als das Verhältnis der vorhandenen Beziehungen zur Anzahl maximal möglicher Beziehungen innerhalb eines Netzwerkes (ohne Doppelnennungen).

Der Sozialwissenschaftler Robert Pearson führt hierzu aus: „Dichte ist ein Indikator dafür, wie eng und zentriert ein System ist. Sehr dichte Systeme (z.B. Systeme, in denen fast alle Mitglieder sich kennen und miteinander interagieren) sind typischerweise durch gut verfügbare Kommunikationskanäle, gemeinsam geteilte Informationen und gleichartige Perspektiven charakterisiert.“[15]

Die Dichte kann sowohl für das Gesamtnetzwerk als auch für einzelne Teile eines Netzwerkes berechnet werden und kann einen prozentualen Wert zwischen 0 Prozent (kein Akteur ist mit einem anderen verbunden) und 100 Prozent (jeder Akteur ist mit jedem anderen

[15] Richard Pearson, Beratung und soziale Netzwerke: Eine Lern- und Praxisanleitung zur Förderung sozialer Unterstützung, Weinheim 1997, S. 96f.

verbunden) annehmen. Eine Netzwerkdichte von mehr als 50 Prozent wird als relativ hoch bezeichnet.[16]

Das Gesamtnetzwerk der MB-Multifunktionäre weist mit 22 Prozent eine relativ geringe Netzwerkdichte auf (siehe Abb. 19). Die nationalen Teilnetzwerke zeigen hingegen alle eine höhere und teilweise sehr hohe Dichte auf, was auf einen dezentralen Charakter des europäischen Netzwerkes deutet. Schweden und Frankreich weisen mit 87 Prozent und 86 Prozent die höchste Dichte auf, die schwedischen und französischen MB-Multifunktionäre sind demnach in großer Mehrheit durch ihre organisatorischen Zugehörigkeiten miteinander vernetzt. Italien mit 69 Prozent und etwas dahinter Deutschland mit 59 Prozent sind ähnlich dichte Netzwerke. Großbritannien/Irland zeigt sich mit 34 Prozent hingegen als relativ loses Netzwerk, in dem die Mehrheit der Akteure nicht miteinander vernetzt ist. Dies lässt sich möglicherweise einerseits durch die analytische Zusammenlegung von MB-Akteuren aus Großbritannien und Irland erklären, andererseits durch die Vielfalt an dortigen MB-nahen Front- sowie Jugend- und Studentenorganisationen selbst.

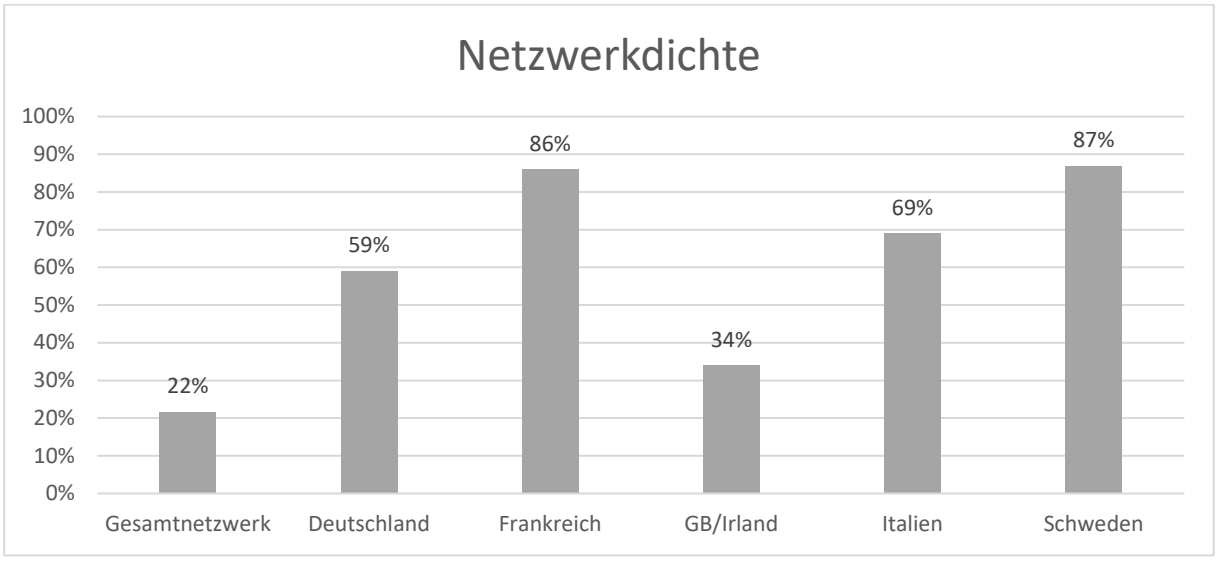

Abb. 19

[16] Vgl. Peter Pantucek, Soziale Diagnostik. Verfahren für die Praxis Sozialer Arbeit. Netzwerkkarte (2009), S. 235, in: www.pantucek.com (gelesen am 3. August 2022).

6. Das europäische Gesamtnetzwerk und seine nationalen Teilnetzwerke

6.1 Das europäische Gesamtnetzwerk

Bei der Gesamtbetrachtung des europäischen Netzwerks der 102 einbezogenen MB-Multifunktionäre zeigt sich hinsichtlich dessen personellen, strukturellen und organisatorischen Aufbaus ein zumeist heterogenes Bild. Gemessen an der Anzahl der Multifunktionäre sind die Netzwerke in Deutschland, Großbritannien/Irland, Frankreich, Italien und Schweden unterschiedlich groß und auch die Machtkonzentration der Multifunktionäre, also deren Anzahl an ausgeübten Funktionen, sowie deren organisatorische Verortung unterscheiden sich stark.

Gemeinsam ist allen nationalen Netzwerken jedoch die Einbindung in bestimmte MB-nahe Organisationen. Für alle Netzwerke relevant sind hierbei die unterschiedlichen nationalen Frontorganisationen (76 Prozent), die nationalen Jugend- und Studentenorganisationen (41 Prozent), die jeweiligen Zweigstellen von „Islamic Relief“ (IR) (29 Prozent), die europäische Dachorganisation der nationalen Frontorganisationen „Council of European Muslims“ (CEM) (19 Prozent) und die europäische Dachorganisation der nationalen Jugend- und Studentenorganisationen „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO) (15 Prozent).

Die anderen Organisationen, die aufgrund ihres Aufgabengebiets als „specialized Institutions“ bezeichnet werden können – das „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH) (24 Prozent), der „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR) (14 Prozent), der „Europe Trust“ (ET) (12 Prozent) und „European Council of Imams“ (ECI) (10 Prozent) – sind sehr unterschiedlich mit den jeweiligen nationalen Netzwerken verflochten und haben ihren Schwerpunkt zumeist in Deutschland, Großbritannien/Irland oder Frankreich.

Mittels der sozialen Netzwerkanalyse konnten sowohl ein unterschiedlicher Einflussgrad der nationalen Netzwerke untereinander als auch verschiedene Netzwerkdichten, also wie stark ein Netzwerk intern zusammenhält, ermittelt werden. Das europäische Gesamtnetzwerk weist eine relativ geringe Dichte gegenüber den nationalen Teilnetzwerken mit hoher Dichte auf, was auf einen

dezentralen Charakter des europäischen Netzwerks schließen lässt. Im Folgenden werden die Analyseergebnisse der unterschiedlichen nationalen Teilnetzwerke jeweils zusammengefasst und im Gesamtverhältnis beschrieben.

6.2 Das Netzwerk in Deutschland

Das deutsche Netzwerk der MB-Multifunktionäre ist mit 12 Personen zwar ein relativ kleines Netzwerk, verfügt jedoch über auffällig viele stark verbundene Akteure mit vier und mehr Funktionen, bildet also mit den Netzwerken in Frankreich und Großbritannien/Irland die Führungsriege der europäischen MB.

Der Anteil der Multifunktionäre in der nationalen Frontorganisation „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) (58 Prozent) ist im europäischen Vergleich etwas unterdurchschnittlich. Demnach ist der organisatorische Anschluss an die MB in Deutschland häufig außerhalb der Frontorganisation zu finden und damit verhältnismäßig diversifizierter. So weist das deutsche Netzwerk u.a. den zweithöchsten Wert der Einbindung in Jugend- und Studentenorganisationen (42 Prozent) auf, hier v.a. bei der „Muslimischen Jugend Deutschland“ (MJD). In dem zahlenmäßig kleineren deutschen Netzwerk sind auch die Verflechtungen mit „Islamic Relief“ (IR) (33 Prozent) verhältnismäßig hoch. Eine besondere Bedeutung kommt der deutschen Struktur des „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH) zu, dem in Frankfurt am Main ansässigen „Europäischen Institut für Humanwissenschaften“ (EIHW) (50 Prozent). Dort sind die Hälfte der deutschen MB-Multifunktionäre eingebunden, sodass das EIHW maßgeblich an der ideologischen Indoktrinierung potenzieller MB-Funktionäre in Europa beteiligt zu sein scheint. Deutsche MB-Multifunktionäre sind in den „Council of European Muslims“ (CEM) (25 Prozent) ähnlich stark eingebunden wie Akteure in Frankreich, und beim „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO) (17 Prozent) sogar verhältnismäßig stärker, wenn auch in absoluten Zahlen gleichauf. Auch beim „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR) (17 Prozent) spielen deutsche MB-Multifunktionäre eine Rolle. Mit einer personellen Ausnahme scheint eine deutsche Einbindung der MB-Multifunktionäre bei „Europe Trust“

(ET) (8 Prozent) jedoch irrelevant. Eine Führungsrolle deutscher MB-Multifunktionäre ist zudem beim „European Council of Imams“ (ECI) (33 Prozent) erkennbar. Damit kommt dem relativ kleinen deutschen Netzwerk eine bedeutende Rolle bei der organisatorischen Vertretung MB-naher Imame in Europa zu.

Das deutsche Teilnetzwerk ist zu 80 Prozent außerhalb des eigenen Netzwerks vernetzt und nur zu 20 Prozent innerhalb, also insgesamt stark nach Außen gerichtet. Daher verfügt es als kleines Netzwerk dennoch über mittleren Einflussgrad (20 Prozent) auf andere nationale Netzwerke und hat eine Dichte im hohen mittleren Bereich (59 Prozent).

6.3 Das Netzwerk in Frankreich

Das französische Netzwerk der 21 MB-Multifunktionäre ist ein verhältnismäßig mittelgroßes Netzwerk und verfügt über viele Akteure mit vier und mehr Funktionen.

Die Anbindung an die nationale Frontorganisation, hier die „Musulmans de France“ (MF) (86 Prozent), ist innerhalb des europäischen Netzwerks am stärksten ausgeprägt. Diejenige an Jugend- und Studentenorganisationen (33 Prozent), hier u.a. die „Étudiants Musulman de France“ (EMF), eher im Mittelfeld. Als mittelgroßes Netzwerk fällt die Einbindung in „Islamic Relief“ (IR) (10 Prozent) allerdings ziemlich gering aus. Beim „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH) (52 Prozent) ist hingegen rund jeder zweite französische MB-Multifunktionär tätig, weshalb dem IESH hier, noch stärker als beim EIHW in Deutschland, eine besondere Bedeutung zu kommt. Auf der Ebene europäischer Dachorganisationen sind französische Akteure mit deutschen Akteuren am häufigsten beim „Council of European Muslims“ (CEM) (24 Prozent) repräsentiert, jedoch deutlich unterdurchschnittlich beim „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO) (10 Prozent). Beim „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR) (29 Prozent) sind französische MB-Multifunktionäre mit Abstand am stärksten eingebunden, bei „Europe Trust“ (10 Prozent) und dem „European Council of Imams“ (5 Prozent) jedoch schwach bzw. gar nicht vertreten.

Das französische Teilnetzwerk ist ungefähr zur Hälfte extern (48 Prozent) und intern (52 Prozent) vernetzt. Es weist insgesamt einen hohen Einflussgrad (24 Prozent) auf andere nationale Netzwerke sowie eine hohe eigene Dichte (86 Prozent) auf.

6.4 Das Netzwerk in Großbritannien/Irland

Das Netzwerk der MB-Multifunktionäre in Großbritannien/Irland ist mit 33 Akteuren das größte nationale Teilnetzwerk. Wie in Deutschland und Frankreich verfügen auch hier viele Akteure über vier und mehr Funktionen.

Bei den vielen nationalen Frontorganisationen (73 Prozent), u.a. die „Muslim Association of Britian“ (MAB), und den Jugend- und Studentenorganisationen (36 Prozent), u.a. die „Federation of Student Islamic Societies“ (FOSIS), ist das Netzwerk eher durchschnittlich einzuordnen. Bei „Islamic Relief“ (IR) (18 Prozent) hat das große Netzwerk einen relativ geringen Anteil, der in absoluten Zahlen gesehen jedoch recht groß ist. In Großbritannien/Irland gibt es mit dem „European Institute Of Human Sciences“ (EIHS) (18 Prozent) zwar eigene nationale Institute des „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH) in Birmingham und London, dort ist jedoch nur knapp jeder fünfte MB-Multifunktionäre des Netzwerks tätig. Beim „Council of European Muslims“ (CEM) (18 Prozent) ist Großbritannien/Irland durchschnittlich vertreten, wobei in absoluten Zahlen gesehen Groß-britannien/Irland die Dachorganisation dominiert. Beim „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO) (12 Prozent) ist Großbritannien/Irland im Mittelfeld repräsentiert. Die relative Vertretung beim „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR) (15 Prozent) muss als deutlich geringer als in Frankreich und etwas geringer als in Deutschland eingeschätzt werden, wobei Großbritannien/Irland hier zahlenmäßig stärker vertreten ist als Deutschland. Großbritannien/Irland nimmt beim in Markfield ansässigen „Europe Trust“ (ET) (21 Prozent) die Führungsposition ein, ist beim „European Council of Imams“ (ECI) (13 Prozent) jedoch nur durchschnittlich, in absoluten Zahlen jedoch gleichauf wie Deutschland beteiligt.

Wie in Frankreich kann das MB-Netzwerk in Großbritannien/Irland ungefähr zur Hälfte extern (54 Prozent) und intern (46 Prozent) als vernetzt gelten und verfügt insgesamt über den höchsten Einflussgrad (30 Prozent) auf andere Netzwerke, weist allerdings eine geringe Dichte auf (34 Prozent). Die relativ lose Verflechtung ist möglicherweise auf die analytische Betrachtung von Großbritannien und Irland als ein nationales Netzwerk zurückzuführen. Insbesondere über die „Federation of Student Islamic Societies“ (FOSIS) bestehen starke Verflechtungen zwischen Großbritannien und Irland, gleichzeitig gibt es für beide regionalen Bereiche eigene Frontorganisationen. Die teilweise relativ geringe Einbindung des großen Netzwerks bei MB-nahen Organisationen sollte bei der Betrachtung jedoch nicht über die oben erwähnten faktischen absoluten Zahlen hinwegtäuschen.

6.5 Das Netzwerk in Italien

Das italienische Netzwerk ist mit 10 MB-Multifunktionären das relativ kleinste europäische Teilnetzwerk. Es verfügt zwar über Personen mit vier Funktionen jedoch hat kein italienischer MB-Multifunktionäre fünf und mehr Funktionen inne, wie beispielsweise in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien/Irland.

Bei der nationalen Frontorganisation „Unione delle Communitá e Organizzazioni Islamiche in Italia“ (UCOII) (80 Prozent) sind italienische MB-Multifunktionäre durchschnittlich vertreten, bei der Jugend- und Studentenorganisation „Giovani Musulmani d’Italia“ (GMI) (20 Prozent) ist die Einbindung jedoch relativ gering. Bei Islamic Relief (IR) (20 Prozent) befindet sich das italienische Netzwerk eher im Mittelfeld. Bei der personellen Einbindung am „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH) (10 Prozent) handelt es sich lediglich um einen Einzelfall. Bei der europäischen Dachorganisation „Council of European Muslims“ (CEM) (20 Prozent) sind italienische MB-Multifunktionäre relativ unterdurchschnittlich und beim „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO) (20 Prozent) überdurchschnittlich und rein verhältnismäßig sogar am stärksten vertreten. Ähnlich wie beim IESH ist auch die personelle Einbindung beim „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR) (10 Prozent) ein Einzelfall. Bei „Europe Trust“ (ET) (20 Prozent) und

beim „European Council of Imams“ (ECI) (17 Prozent) sind italienische MB-Multifunktionäre überdurchschnittlich eingebunden. Grundsätzlich müssen hier jedoch die geringen absoluten Zahlen im Blick behalten werden.

Das italienische Teilnetzwerk ist wie das deutsche hauptsächlich extern (79 Prozent) vernetzt und verfügt über deutlich weniger interne (21 Prozent) Beziehungen. Insgesamt hat das italienische Teilnetzwerk nur einen geringen Einflussgrad (13 Prozent) auf andere Netzwerke bei gleichzeitig hoher Dichte (69 Prozent).

6.6 Das Netzwerk in Schweden

Das schwedische Netzwerk nimmt mit seinen 26 MB-Multifunktionären im europäischen Vergleich eine gewisse Sonderrolle ein. Es ist zwar zahlenmäßig groß, weist jedoch eine deutlich geringere Machtkonzentration als die anderen Netzwerke auf, da es hauptsächlich aus Akteuren mit nur zwei oder drei Funktionen besteht.

Schwedische MB-Multifunktionäre sind bei den nationalen Frontorganisationen (81 Prozent), u.a. der „Islamiska förbundet i Sverige“ (IFiS), durchschnittlich aber an zweiter Stelle nach Frankreich vertreten. Eine deutlich hervorgehobenere Vertretung der Multifunktionäre findet sich bei der Jugend- und Studentenorganisation „Sveriges Unga Muslimer“ (SUM) (62 Prozent). Knapp zwei Drittel der schwedischen Multifunktionäre haben dort eine Funktion, und damit mehr als in den anderen europäischen Teilnetzwerken. Eine ebenso hohe Beteiligung findet sich bei „Islamic Relief“ (IR) (62 Prozent), und auch hier wiederum im europäischen Vergleich mit Abstand führend. Beim „Council of European Muslims“ (CEM) (12 Prozent) ist das schwedische Netzwerk zwar relativ unterrepräsentiert, beim „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO) (22 Prozent) sind schwedische MB-Multifunktionäre jedoch relativ stark eingebunden und in absoluten Zahlen sogar führend. Eine Beteiligung von schwedischen MB-Multifunktionären am „Institut Européen des Sciences Humaines“ (IESH), am „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR), bei „Europe Trust“ (ET) und dem „Council of European Imams“ (ECI) ist hingegen überhaupt nicht vorhanden.

Das große schwedische Teilnetzwerk ist hinsichtlich der Beziehungsstruktur gegensätzlich zum deutschen und italienischen Netzwerk aufgebaut: Es verfügt über die geringsten externen (22 Prozent) und die höchsten internen (78 Prozent) Beziehungen und weist damit auch nur einen geringen Einflussgrad (12 Prozent) auf andere europäische Teilnetzwerke auf und hat zugleich die höchste Dichte (87 Prozent).

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Die nationalen Netzwerke der MB sind auf vielfältige Weise miteinander verflochten und bilden ein größeres europäisches Gesamtnetzwerk. Die in der Literatur dargelegten Verflechtungen konnten mit dieser Studie nun auch quantitativ zusammengeführt und illustriert werden. Dies zeigt, dass die Betrachtung von einzelnen MB-nahen Organisationen oder Personen deshalb nie ausschließlich auf den regionalen oder nationalen Kontext beschränkt werden sollte.

Zugleich ist das europäische Gesamtnetzwerk dezentral organisiert, mit unterschiedlichen strukturellen Einflussmöglichkeiten der nationalen Netzwerke auf- und untereinander. Die nationalen Netzwerke unterscheiden sich dabei hinsichtlich ihres internen und externen Vernetzungsgrades.

Trotz vorhandener Unterschiede gibt es eine Reihe von MB-nahen Organisationen, die für alle nationalen MB-Netzwerke von Relevanz sind. Dies sind v.a. die jeweiligen Frontorganisationen, die Jugend- und Studentenorganisationen sowie die nationalen Ableger von „Islamic Relief“ (IR). Besagte Organisationen sollten daher in der Gesamtschau stets mitbedacht werden. Im deutschen Kontext sind dies v.a. die „Muslimische Jugend Deutschland“ (MJD) und „Islamic Relief Deutschland“ (IRD).

Das Netzwerk deutscher MB-Multifunktionäre erscheint als vergleichsweise kleines, aber elitäres Netzwerk mit einer hohen Machtkonzentration in den Händen weniger Akteure.

Die Analyse gab einen ersten quantitativen Einblick in das europäische Netzwerk der MB-Multifunktionäre. Es bleiben jedoch interessante

Aspekte offen, die durch ein erweitertes Forschungsdesign und vertiefte Recherche untersucht werden könnten:

Eine Berücksichtigung auch der vielen einfachen Funktionäre könnte das jeweilige Verhältnis zwischen Multifunktionären und einfachen Funktionären beleuchten und die Analyse damit zugleich auf eine solidere Datenbasis stellen und zu robusteren Ergebnissen führen.

Eine dynamische Betrachtung der sozialen Netzwerkanalyse im Zeitverlauf könnte einerseits die personelle Zusammensetzung und Entstehung des europäischen Netzwerks nachzeichnen und andererseits mögliche Muster in den Karriereverläufen von Multifunktionären erkennen.

Außerdem wäre eine Erweiterung der untersuchten Organisationen (hier nationale Ableger von CEM und FEMYSO, europäische „specialized institutions“ sowie internationale MB-nahe Organisationen) um nationale Ableger der „specialized institutions“ selbst, wie z.B. der „Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland“ (RIGD) als Zweigstelle des ECI, oder sogar um lokale, und damit sehr heterogene, MB-nahe Organisationen interessant.

Schließlich könnten die in der Fachliteratur vielfach erwähnten familiären Verbindungen zwischen führenden MB-Akteuren in ganz Europa berücksichtigt werden. Interessant wäre hier, inwieweit sich die Besetzung von führenden Posten mit Familienmitgliedern strukturell auf das europäische Netzwerk auswirkt.

Die „Muslimbruderschaft“ in Deutschland als soziale Bewegung

Analyse zur Einschätzung einer Organisationsform

Christian Stupp

1. Einleitung und Fragestellung

Die „Muslimbruderschaft“ (MB) gilt als Mutterorganisation des Islamismus und ist international aktiv. Doch wie sollte sie organisatorisch eingeschätzt werden? In der wissenschaftlichen Perzeption der MB in Deutschland werden oftmals Schwerpunkte auf einzelne Aspekte gesetzt, um das diffuse Phänomen anschaulich beschreiben zu können. So greift beispielsweise der Islamwissenschaftler Guido Steinberg vor allem die Moscheeverbände und Interessen-vertretungen der Muslimbrüder sowie die führenden Individuen auf und analysiert die Gruppe anhand dessen.[1] Der Politikwissenschaftler Lorenzo Vidino hingegen versteht sie primär als islamistische Bewegung, die jedoch ebenfalls im Wesentlichen durch Organisationen repräsentiert wird.[2] Ein solches Verständnis als islamistische Bewegung, religiöse Interessenvertretung oder sogar als arabische Kulturorganisation greift jeweils zu kurz, um die MB in Deutschland mit ihren politischen, kulturellen und strukturellen Facetten in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen. Dabei ist deren umfassendes Verständnis als eine der einflussreichsten Gruppen des legalistischen Islamismus in Deutschland von besonderem Interesse.

Die Schwierigkeit besteht hierbei darin, dass es kaum eine Organisation mit einem direkten Bekenntnis zur MB gibt. Stattdessen besteht ein Netzwerk aus Gruppen und Individuen, deren Angehörige ihrer Ideologie und ihren Zielen verpflichtet sind. An der Frage nach der Deutung dieser undurchsichtigen Strukturen setzt diese Arbeit an und

[1] Vgl. Guido Steinberg, The Muslim Brotherhood in Germany, in: Barry M. Rubin (Hrsg.), The Muslim Brotherhood. The Organization and Policies of a Global Islamist Movement, New York/Basingstoke 2010, S. 149-160, hier S. 149.

[2] Vgl. Lorenzo Vidino, What is the Muslim Brotherhood in the West? Towards a commonly accepted Framework, in: www.kas.de (gelesen am 28. Mai 2022), S. 2.

eröffnet eine neue Perspektive, indem untersucht wird, inwiefern die MB in Deutschland als soziale Bewegung verstanden werden kann.

Wie in späteren Kapiteln genauer erläutert wird, umfasst die MB in Deutschland ein undurchsichtiges Spektrum aus Organisationen, Mitgliedern und Anhängern, die mehr oder weniger eng miteinander verknüpft sind. Daran wird deutlich, dass sich eine ambivalente und vielschichtige Gruppe wie die MB nicht mit einem eindimensionalen Begriff umfassend beschreiben lässt. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund, dass die meisten bestehenden Analyserahmen ihren Fokus auf zentrale Institutionen wie etwa Moscheeverbände, Islamische Zentren oder auch Interessenverbände legen. Dadurch werden jedoch die Anhänger und Mitglieder nicht oder nur implizit einbezogen, statt als islamistische Aktivisten, die auch außerhalb formaler Organisationen agieren, verstanden zu werden. Insofern finden viele Gesichtspunkte der Muslimbrüder und explizit das informelle Spektrum nur eingeschränkte Aufmerksamkeit in den vorherrschenden Analyseschemata. Diese Arbeit hingegen zielt darauf ab, Akteure der MB jenseits formeller Strukturen einzubeziehen, um so ihr vollständiges Profil, nicht nur als Organisation, sondern als Gruppe von gesellschaftlichen Akteuren sichtbar zu machen. Deshalb soll die MB als soziale Bewegung betrachtet werden, denn die damit verbundene Theorie bietet die Möglichkeit, ihre zentralen Aspekte in einem Analyseschema zusammen zu führen. Dadurch stehen nicht nur ihre heterogenen Organisationsformen im Mittelpunkt, wobei insbesondere die informellen Strukturen Aufmerksamkeit erhalten, sondern auch ihr Selbstverständnis als gesellschaftliche Kraft, die ihre Ziele durch einen bottom-up Ansatz umzusetzen sucht.[3]

Die französische Soziologin Brigitte Maréchal widmete sich in einzelnen Aspekten bereits der Frage nach einem Bewegungscharakter, beschränkt aber auf öffentlichkeitswirksame Publikationen der mit der MB assoziierten europäischen Organisationen, weshalb eine empirisch orientierte Untersuchung dennoch geboten ist.[4]

---

[3] Vgl. Brigitte Maréchal, The European Muslim Brothers' Quest to Become a Social (Cultural) Movement, in: Edwin Bakker/Roel Meijer (Hrsg.), The Muslim Brotherhood in Europe, New York 2014, S. 89-110, hier S. 102.

[4] Vgl. ebd.

Für die vorliegende Analyse wird daher zu Beginn auf eine Definition und Operationalisierung des Konzepts sozialer Bewegungen eingegangen. Anschließend erfolgt als Grundlage dieser Arbeit eine Einführung in die MB als ägyptische Organisation und als globale ideologische Bewegung. Darauffolgend werden die Strukturen und Geschichte der Muslimbrüder in Deutschland dargestellt. In der Analyse schließlich wird sie anhand von vier Analysekategorien auf ihren Bewegungscharakter hin untersucht. Während zu Beginn ein Netzwerkcharakter der Bruderschaft im Fokus steht, folgen anschließend eine Herleitung der kollektiven Identität und die Analyse der Einstellung der MB zu sozialem Wandel. Zuletzt wird auf ihr Handlungsspektrum eingegangen und gefragt, inwiefern die Muslimbrüder öffentlichen und kollektiven Protest zur Durchsetzung ihrer Ziele nutzen.

2. Definition und Kriterien sozialer Bewegungen

Soziale Bewegungen entstanden als Phänomen erst mit der zunehmenden politischen Partizipation und der ermöglichten gesellschaftlichen Mobilisierung der Moderne.[5] Ihren Aufstieg sah die Bewegungsforschung als eigenständiges Feld aber erst in den 1960er Jahren, als medial begleitete, mehr oder weniger organisierte Massenbewegungen die Politik beeinflussten. Seitdem gab es eine Reihe von Veränderungen im Verständnis sozialer Bewegungen. So standen zu Beginn im Zentrum der Analyse fast ausschließlich Bewegungen, die als politisch progressiv eingeschätzt wurden. Beispiele sind die Friedens- oder die Anti-Atomkraft-Bewegung. Erst später wurde das Konzept auf alle Bewegungen ausgeweitet, die gezielt einen gesellschaftlichen Wandel anstreben oder auch verhindern ollen.[6]

[5] Vgl. Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt/M./New York 1985, S. 22.

[6] Vgl. Sebastian Haunss, Geschichte und Perspektiven sozialer Bewegungen, in: Bernd Hüttner/Gottfried Oy/Norbert Schepers (Hrsg.), Vorwärts und viel vergessen: Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen, Neu-Ulm 2005, S. 27-42, hier S. 32.

So lassen sich etwa auch rechtsextremistische Gruppen als soziale Bewegung einordnen.[7]

2.1 Eine Definition sozialer Bewegungen

Die Schwierigkeiten, ein empirisch so vielfältig auftretendes Phänomen zu definieren, liegen auf der Hand. Dennoch hat sich seit den 1990er Jahren eine Konvergenz unter den Definitionsansätzen entwickelt. Sie lässt sich anhand der Definition des Soziologen Dieter Rucht nachvollziehen. Er stellt die These auf, dass soziale Bewegungen als „ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen, das, gestützt auf eine kollektive Identität, sozialen Wandel primär mit Mitteln des kollektiven Protests durchzusetzen oder zu verhindern versucht“[8], verstanden werden können. Rucht spezifiziert damit das Handlungsrepertoire durch den Protestbegriff und nimmt den Netzwerkaspekt, die Solidarität unter den Bewegungsanhängern sowie einen beabsichtigten und gezielten sozialen Wandel in seine Definition auf. Diese drei Aspekte lassen sich so oder in anderen Formulierungen ebenfalls in anderen Definitionen finden, wie etwa in denen des Soziologen Mario Diani[9] oder des Politikwissenschaftlers Joachim Raschke[10]. Im Gegensatz zu diesen Ansätzen ermöglicht Ruchts Protestbegriff die Abgrenzung von Konsensbewegungen und eröffnet gleichzeitig über den Protestbegriff die Möglichkeit, das Phänomen auch über die Handlungspraxis zu charakterisieren.

2.2 Operationalisierung sozialer Bewegungen

Für die Analyse der MB in Deutschland wird Ruchts Konzept sozialer Bewegungen durch vier Analysekategorien operationalisiert:

---

[7] Vgl. Jan Schedler, Die extreme Rechte als soziale Bewegung. Theoretische Verortung, methodologische Anmerkungen und empirische Erkenntnisse, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 285-324.

[8] Dieter Rucht, Rechtspopulismus als soziale Bewegung, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 30 (2017) 2, S. 34-50, hier S. 38.

[9] Vgl. Mario Diani, The Concept of Social Movement, in: The Sociological Review 40 (1992) 1, S. 1-25, hier S. 13.

[10] Vgl. Raschke (Anm. 5), S. 77.

Netzwerkcharakter, kollektive Identität, Verhältnis zu sozialem Wandel und kollektiver Protest als Mittel.

Soziale Bewegungen sind im Wesentlichen durch ein Netzwerk von Gruppen und Organisationen geprägt, wodurch sie auf einer Mesoebene angesiedelt werden können.[11] Damit zeigt sich, dass die Bewegungen einerseits aus homogenen Kleingruppen und andererseits aus formalen Organisationen bestehen.[12] Das Verhältnis der beiden Komponenten variiert zwischen beiden Polen von Kleingruppen und Organisationen. Die Verbindungen zwischen einzelnen Elementen der Bewegung sind dabei überwiegend informell. Zudem gibt es innerhalb einer solchen heterogenen Bewegung kaum eine explizite Verteilung der Aufgaben, Kompetenzzuweisungen, Mitgliedschaften oder übergeordnete Steuerungselemente. Für die Anhänger bedeutet dies, dass kaum festgeschriebene Rollen bestehen und somit vielfältige und wechselnde Partizipationsformen möglich sind.[13] Der Netzwerkcharakter betont ebenso die fehlende hierarchische Struktur innerhalb der Bewegung. Viele der für die Bewegung notwendigen Aufgaben werden stattdessen durch die an ihr beteiligten Bewegungsorganisationen erfüllt. Diese nehmen eine zentrale Rolle ein, da sie häufig als sichtbare und dauerhafte Akteure auftreten. So sind sie in der Lage, Ressourcen zu sammeln und zu verwalten, Mitglieder zu mobilisieren und auszubilden sowie Unterstützung zu generieren.[14] Obwohl Organisationen oftmals Teile einer Bewegung ausmachen, bilden sie nur selten ihr hegemoniales Zentrum. Demnach ist eine Bewegung nur selten um eine einzige Organisation herum strukturiert. Jedoch sind auch solche Fälle möglich.[15]

Kollektive Identität wird durch Rucht definiert als „Syndrom von Bewusstseins- und Ausdrucksformen von mindestens zwei Personen, welche um ihre Zusammengehörigkeit (als Paar, Gruppe, Klasse, Ethnie, Nation usw.) wissen, diese – im Regelfall – handlungspraktisch

---

[11] Vgl. Dieter Rucht, Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt/M. 2020, S. 81.
[12] Vgl. ebd., S. 87.
[13] Vgl. Raschke (Anm. 5), S. 78.
[14] Vgl. Donatella Della Porta/Mario Diani, Social movements. An Introduction, Malden, Massachusetts 2006, S. 137.
[15] Vgl. Rucht (Anm. 11), S. 87.

demonstrieren und insofern auch von ihrer Umwelt als zusammengehörig wahrgenommen werden“[16]. Insofern gibt es zwei Komponenten kollektiver Identität, nämlich die Gruppenzugehörigkeit und die daraus erwachsende Handlungsfähigkeit. Die Gruppenzugehörigkeit sichert die Solidarität unter den Bewegungsanhängern und stellt eine emotionale Verknüpfung sowie ein Wir-Gefühl innerhalb der Gruppe her, besonders wenn dadurch ein Feindbild der Outgroup konstruiert wird.[17] Aus dieser internen Solidarität und externen Abgrenzung erwächst bei sozialen Bewegungen eine Handlungspraxis.[18] Geteilte Perspektiven und Ziele führen zu einer gemeinsamen Handlungsmotivation im wahrgenommenen Konflikt, die sich in kollektivem Aktivismus niederschlägt. Durch diesen kann die Bewegungsidentität schließlich auch von außen wahrgenommen werden. Beide Komponenten sind Ergebnisse von Aushandlungsprozessen und prägen sowohl das Handeln von Individuen als auch von Gruppen.[19] Der Grad der Exklusivität und Verbindlichkeit einer kollektiven Identität kann variieren. Vor allem präfigurative[20] Bewegungen haben besonders weitreichende und exklusive kollektive Identitäten.[21] Auf diese Art und Weise können sie ihre Authentizität und somit ihr Mobilisierungspotenzial sichern.

Soziale Bewegungen als Akteure sozialen Wandels zielen darauf ab, mindestens einen Aspekt der gesellschaftlichen oder politischen Strukturen grundsätzlich zu verändern oder einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Gleichzeitig sind soziale Bewegungen immer sowohl Produzenten als auch Produkte der Moderne.[22] Rucht schlägt

---

[16] Dieter Rucht, Kollektive Identität. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung, in: Neue Soziale Bewegungen: Forschungsjournal 8 (1995) 1, S. 9-23, hier S. 10.

[17] Vgl. ebd., S. 15.

[18] Vgl. ebd., S. 9.

[19] Vgl. ebd., S. 11.

[20] Gemeint sind Bewegungen, in denen die angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen bereits im alltäglichen Handeln der Aktivisten umgesetzt werden sollen.

[21] Vgl. Sebastian Haunss, Kollektive Identität, soziale Bewegungen und Szenen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 24 (2011) 4, S. 41-53, hier S. 43.

[22] Vgl. Rucht (Anm. 11), S. 96.

daher vor, dass sie anhand ihrer Haltung zur Moderne strukturiert werden.[23] Für die Einordnung wurden drei Kategorien geschaffen: Soziale Bewegungen können erstens promodern sein, also gesellschaftlichen Wandel im Sinne einer Modernisierung fördern oder antimoderne Entwicklungen verhindern wollen.[24] Sie können zweitens antimodern sein und einen Wandel verfolgen, der gegen die bereits etablierten Prinzipien der Moderne gerichtet ist, oder eine Gegenbewegung gegen progressive Entwicklungen konstituieren. Eine dritte Kategorie bezieht sich auf Bewegungen, die in ihren Zielen der Moderne ambivalent gegenüberstehen.

Um Wandel auszulösen, zu bremsen oder zu beschleunigen, bedienen sich soziale Bewegungen primär des kollektiven Protests. Dieser kann in verschiedenen Formen und in variierender Intensität praktiziert werden. Das Verständnis von Protesten ist nach Rucht weit gefasst, sodass alle „öffentlichen, kollektiven Handlungen, nicht staatlicher Träger, die Widerspruch oder Kritik zum Ausdruck bringen und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen bzw. politischen Anliegens verbunden sind“[25], darunter verstanden werden können. Welches Handlungsrepertoire eine Bewegung ausbildet, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Darunter fallen ihre Ideologie, Ressourcen, kulturelle Faktoren und auch die Umwelteinflüsse. Während einerseits klassische Protestformen genutzt werden können, wie etwa Demonstrationen, Petitionen oder ziviler Ungehorsam, fallen darunter andererseits auch Mittel eines defensiven Protests, wie Vorträge, Bildungsangebote oder der Rückzug aus der Gesellschaft als symbolischer Akt.[26] Auch die Strategie einer Bewegung, also ihr langfristiges Handlungskonzept zur Zielerreichung ist darum das Ergebnis von Aushandlungsprozessen.[27] So bildet sich am Ende

---

[23] Vgl. ebd., S. 82.

[24] Vgl. ebd., S. 96.

[25] Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht, Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen, in: Hans Joas/Steffen Mau (Hrsg.), Lehrbuch der Soziologie. 4. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt/M. 2020, S. 831-864, hier S. 835.

[26] Vgl. Roland Roth/Dieter Rucht, Einleitung, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/M. 2008, S. 9-38, hier S. 17.

[27] Vgl. Rucht (Anm. 11), S. 88.

oftmals ein festes Repertoire von Protestformen heraus, das aktiv genutzt wird.

3. Geschichte und Strukturen der Muslimbruderschaft

3.1 Die Muslimbruderschaft als ägyptische Organisation

Dieser kurzen Einführung in die sozialen Bewegungen folgt eine Analyse der MB in Deutschland. Zuvor wird jedoch eine Darstellung über deren globale und in Deutschland bestehende Strukturen vorgenommen.

Spricht man von „der Muslimbruderschaft", so kann es Unklarheiten darüber geben, welcher konkrete Akteur gemeint ist. Mit dem Begriff lassen sich verschiedene Entitäten beschreiben, die zwar miteinander verknüpft sind, jedoch verschiedene Phänomene darstellen.[28] Die wohl prominenteste Bedeutung des Begriffs ist der Name einer politischen Gruppierung in Ägypten. Eine zweite Bedeutung verweist auf eine globale ideologische Bewegung, deren Anhänger sich sowohl in den Staaten Nordafrikas über den Sudan bis in den Irak finden lassen als auch in den meisten westlichen Staaten. Für diese Gruppen hat sich die Bezeichnung „Ableger" eingebürgert, wohingegen die MB in Ägypten als „Mutterorganisation" benannt wird. Wichtig ist jedoch, dass zwischen „Ablegern" und „Mutterorganisation" keine formalen Hierarchien bestehen.

Die ägyptische Muslimbruderschaft (*Jam'iyyat al-Ikhwan al-Muslimin*) wurde 1928 durch Hassan al-Banna (1906-1949) gegründet und kann als Wurzel der meisten arabisch-islamistischen Gruppen bezeichnet werden.[29] Entstanden ist die Organisation im Kontext der anhaltenden britischen Besatzungspolitik in Ägypten und unter dem Einfluss des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches. Neben dem darin gründenden Anti-Kolonialismus war es das Kernanliegen der Muslimbrüder, der behaupteten „Verwestlichung" Ägyptens eine islamische öffentliche Ordnung entgegenzustellen und diese politisch

[28] Vgl. Lorenzo Vidino, The Muslim Brotherhood in Europe, in: Barry M. Rubin (Hrsg.), The Muslim Brotherhood. The Organization and Policies of a Global Islamist Movement, New York/Basingstoke 2010, S. 105-116, hier S. 111.

[29] Vgl. Gudrun Krämer, Der Architekt des Islamismus, Hasan al-Banna und die Muslimbrüder. Eine Biographie, München 2022, S. 128-131.

sowie gesellschaftlich zu etablieren.[30] Al-Banna griff eine Vielzahl bereits existierender Modelle islamischer Reformierung auf und erschuf daraus einen neuen Ansatz, indem er den Islam als allumfassende Ideologie verstand.[31] Durch diese Perspektive gelang es Al-Banna, die ägyptische Mittelschicht anzusprechen, indem wirtschaftliche, karitative, edukative und kulturelle Angebote mit religiösen Lehren verknüpft wurden, da nach al-Banna diese Bereiche nicht vom Islam trennbar seien.[32] Ideologisch orientierte sich die Gruppe dabei an einer wörtlichen Auslegung des Koran und der Sunna, mit dem Fernziel, einen islamischen Staat in Ägypten zu errichten.[33] Al-Banna sah den besten Weg zum islamischen Staat darin, die Gesellschaft von innen heraus umzugestalten.[34] Diesen Ansatz hat die MB im Wesentlichen bis heute beibehalten. Dadurch wird auch ihr Verhältnis zu Gewalt als politischem Mittel bestimmt. Während in der Anfangszeit gelegentlich darauf zurückgegriffen wurde, entschieden sich deren Anhänger aus strategischen Erwägungen, später gegen die Nutzung von Gewalt.[35]

Bereits in den ersten Jahrzehnten hatte die Bruderschaft ein ambivalentes Verhältnis zum ägyptischen Staat. Sie entwickelte sich zu einem Machtfaktor in der Gesellschaft und war in dieser Zeit auch in geringem Umfang terroristisch aktiv.[36] Die Wende kam 1952 mit der durch die Muslimbrüder unterstützten Machtergreifung von Gamal Abdel Nasser als Regierungschef und Staatsoberhaupt. Ein

---

30 Vgl. Niklas Hünseler, Demokratie und Scharia. Vorstellungen politischer Herrschaft der Daʿwa Salafiyya, Ägyptischen Muslimbruderschaft und Wasaṭ-Partei, Baden-Baden 2020 S. 165.

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. Krämer (Anm. 29), S. 143.

33 Vgl. Johannes Grundmann, Islamische Internationalisten. Strukturen und Aktivitäten der Muslimbruderschaft und der islamischen Weltliga, Wiesbaden 2005, S. 16f.

34 Vgl. Carrie Rosefsky Wickham, The Muslim Brotherhood. Evolution of an Islamist Movement, Princeton 2015, S. 24.

35 Vgl. Grundmann (Anm. 33), S. 27.

36 Vgl. Ana Belén Soage/Jorge Fuentelsaz Franganillo, The Muslim Brothers in Egypt, in: Barry M. Rubin (Hrsg.), The Muslim Brotherhood, The Organization and Policies of a Global Islamist Movement, New York/Basingstoke 2010, S. 39-56, hier S. 41.

fehlgeschlagenes Attentat auf ihn bot dem Staat den benötigten Anlass, um die inzwischen gesellschaftlich einflussreiche Organisation zu verfolgen, wodurch zentrale Aktivisten verhaftet wurden.[37] Die verbliebene Organisation ging in den Untergrund und zahlreiche Muslimbrüder flohen ins Exil.[38]

In den nächsten Jahren wechselten sich Phasen der Verfolgung und Duldung unter mehreren Präsidenten ab.[39] Seit den 1980er Jahren trat die Bruderschaft, obgleich immer noch verboten, über Wahlbündnisse zu den Parlamentswahlen in Ägypten an und konnte erste Erfolge erzielen.[40] Nach dem Arabischen Frühling 2011 erreichte die MB den Höhepunkt ihres Einflusses, als sie für knapp 13 Monate den Präsidenten stellte, bevor das Militär diesen in einem Putsch absetzte und die MB in Ägypten als „Terrororganisation" einstufte.[41] Infolgedessen ließ die an die Macht gekommene Militärregierung einen Großteil der Führungsriege verhafteten.[42] Während die Organisation noch immer besteht, hat sie jedoch einen wesentlichen Teil ihres gesellschaftlichen Einflusses eingebüßt.

3.2 Die Muslimbruderschaft als transnationale Bewegung

Auf einer anderen Ebene bezeichnet die MB eine globale ideologische Bewegung. Bereits wenige Jahre nach der Gründung der ägyptischen MB gingen Anhänger in Nachbarländer und bauten dort eigene Strukturen auf.[43] Viele dieser nationalen Bruderschaften sind heute noch wichtige gesellschaftliche Akteure in ihren jeweiligen Staaten. Starke Präsenz haben die Ableger der Bruderschaft beispielsweise in

[37] Vgl. Martyn Frampton, The Muslim Brotherhood and the West. A History of Enmity and Engagement, Cambridge/London 2018, S. 262.
[38] Vgl. Soage/Franganillo (Anm. 36), S. 41f.
[39] Vgl. Wickham (Anm. 34), S. 30f.
[40] Vgl. ebd., S. 47.
[41] Vgl. Erin Cunningham, Egypt's military-backed government declares Muslim Brotherhood a terrorist organization (25. Dezember 2013), in: www.washingtonpost.com (gelesen am 12. August 2022).
[42] Vgl. Frampton (Anm. 37), S. 263.
[43] Vgl. ebd., S. 264f.

Katar[44] und auch die palästinensische Hamas entwickelte sich aus der dortigen Bruderschaft heraus.[45] Obwohl diese nationalen Bruderschaften eigenständig operieren, sind sie untereinander durch informelle Kontakte eng verknüpft.

Ab den 1950er Jahren rückten die Muslimbrüder in Ägypten und anderen Ländern zunehmend ins Auge der dortigen Machthaber und so gingen viele ihrer Anhänger ins Exil, auch nach Europa. Was zuerst nur als Rückzugsraum für Aktivisten vor der Verfolgung gesehen wurde, entwickelte sich innerhalb weniger Jahre zu einem eigenständigen Operationsraum.[46]

3.3 Die Entwicklung der Muslimbrüder in Deutschland

Durch den Verfolgungsdruck in Ägypten gelangten einige Veteranen der Muslimbrüder ab etwa 1952 nach Deutschland und bauten dort eigene Organisationsstrukturen auf. Sie rekrutierten dafür vornehmlich junge muslimische Studenten, welche die MB aus ihren Herkunftsländern kannten.[47] Die zentrale Figur der Muslimbrüder in der deutschen Diaspora war zu Beginn Said Ramadan, der Schwiegersohn und Privatsekretär al-Bannas.[48] Mit der Unterstützung der bereits entstandenen rudimentären Strukturen in Deutschland gelang es Ramadan 1960 eine Münchener Moscheebau-Kommission zu übernehmen. Die mit Hilfe von Spenden aus islamischen Staaten errichtete Freimann-Moschee mit dem angeschlossenen „Islamischen Zentrum München“ (IZM) bildete die Basis der MB in Deutschland.

---

[44] Vgl. Henny Jordemann, Die katarische Muslimbruderschaft. Eine Analyse ihres legalistischen Einflusspotenzials in Europa, in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/2020 (II), Brühl 2021, S. 36-59.

[45] Vgl. Hillel Frisch, Hamas: The Palestinian Muslim Brotherhood, in: Barry M. Rubin (Hrsg.), The Muslim Brotherhood. The Organization and Policies of a Global Islamist Movement, New York/Basingstoke 2010, S. 89-104, hier S. 89f.

[46] Vgl. Vidino (Anm. 28), S. 105.

[47] Vgl. Lorenzo Vidino, The Closed Circle. Joining and leaving the Muslim Brotherhood in the West, New York 2020, S. 4.

[48] Vgl. Ian Johnson, Die vierte Moschee. Nazis, CIA und der islamische Fundamentalismus, Stuttgart 2011, S. 133.

Von dort aus wurde 1963 der Moschee-Verband gegründet, der nach mehreren Umstrukturierungen bis 2018 „Islamische Gemeinschaft Deutschland“ (IGD) hieß und seitdem unter dem Namen „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“[49] (DMG) auftritt.[50] Im Rahmen dieses Verbandes gelang es der MB in den folgenden Jahren, weitere Islamische Zentren in ganz Deutschland zu gründen.[51] Die DMG ist mit über hundert Gemeinden wohl die bis heute größte und bedeutendste Organisation, der MB in Deutschland.[52] Sie weist zudem enge personelle und organisatorische Verbindungen zu weiteren Gruppen auf, wie der „Muslimischen Studenten Vereinigung in Deutschland e.V.“ und zahlreichen anderen Vereinen.[53]

Diente Europa zu Beginn nur als notwendiges Exil, wandelte sich ab den 1970er Jahren das Verständnis der Islamisten von Europa als Rückzugsort zu einem eigenständigen Operationsraum. Dies wurde vor allem durch die verstärkten Einwanderungsbewegungen aus muslimischen Ländern und die stark wachsende muslimische Diaspora in Deutschland begünstigt.[54] Auf die Arbeit in und mit dieser muslimischen Gemeinschaft fokussierte sich die MB in Deutschland.[55] Gegenüber dem Staat wird eine Repräsentationsrolle der muslimischen Gemeinschaft angestrebt, womit sich ein Anspruch auf die

[49] Um Irritationen zu vermeiden, wird im weiteren Verlauf der Arbeit durchgehend der Name „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“, bzw. DMG gebraucht, auch wenn die beschriebenen Entwicklungen vor 2018 zu verorten sind.

[50] Vgl. Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, Netzwerke und ideologische Wurzeln der arabischen Fundamentalisten in Deutschland. Das Beispiel der Muslimbruderschaft und der Hizb-ut-Tahrir, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.), Die Araber im 21. Jahrhundert. Politik, Gesellschaft, Kultur, Wiesbaden 2013, S. 413-438, hier S. 418.

[51] Vgl. Thomas Lemmen, Islamische Organisationen in Deutschland, Bonn 2000, S. 59.

[52] Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2020, Berlin 2021, S. 247.

[53] Vgl. Wöhler-Khalfallah (Anm. 50), S. 426.

[54] Vgl. Vidino (Anm. 2), S. 4.

[55] Vgl. Steinberg (Anm. 1), S. 153.

eigenständige Gestaltung von Kultur- und Religionspolitik verbindet.[56] Die MB möchte als islamische Stimme in gesellschaftlichen Debatten beachtet werden und strebt deshalb an, für die Organisation des muslimischen Lebens in Deutschland verantwortlich zu sein.[57] Bei diesen selbst formulierten Ansprüchen darf die zugrunde liegende Ideologie nicht außer Acht gelassen werden. Nach wie vor streben die Muslimbrüder auch in Deutschland als Fernziel die Errichtung eines fundamentalistischen islamischen gesellschaftlichen Systems an.[58]

Um dieses Ziele zu erreichen, bedienen sie sich der Methoden, die al-Banna etabliert hat, wobei der Aufbau eines weiten Netzes etwa aus Frauen- und Jugendorganisationen, Zeitschriften, Moscheen, Schulen oder eigenen Geldinstituten im Mittelpunkt steht.[59] Die geringe Anzahl an Mitgliedern darf dabei nicht über das beachtliche Mobilisierungspotenzial hinwegtäuschen. Der Verfassungsschutz rechnet der MB etwa 1450 Personen[60] bundesweit zu, dazu kommt noch ein informeller Unterstützerkreis, der beträchtlich größer sein dürfte.[61]

Die Strukturen der MB in Deutschland sind undurchsichtig und mit Open-Source Quellen kaum zu durchdringen. Im Zentrum steht eine nicht-öffentliche Struktur, die eine Reihe von öffentlichen Organisationen und Institutionen gegründet hat, um die Ziele der Muslimbrüder umzusetzen.[62] Dazu kommen noch weitere Strukturen, die ebenfalls lockere Verbindungen zu der Organisation aufweisen oder durch Unterstützer gegründet und geführt werden. Gemein haben jedoch alle mit der MB assoziierten Individuen, Gruppen und Organisationen, dass sie jegliche Verbindung mit ihr öffentlich vehement abstreiten.[63]

---

[56] Vgl. Lorenzo Vidino, The European Organisation of the Muslim Brotherhood: Myth or Reality?, in: Edwin Bakker/Roel Meijer (Hrsg.), The Muslim Brotherhood in Europe, New York 2014, S. 51-70, hier S. 66.
[57] Vgl. ebd.
[58] Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Anm. 52), S. 246.
[59] Vgl. Steinberg (Anm. 1), S. 150ff.
[60] Davon entfallen ca. 450 Personen auf eine Mitgliedschaft in der DMG
[61] Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Anm. 52), S. 245.
[62] Vgl. Vidino (Anm. 28), S. 7.
[63] Vgl. ebd.

Im Folgenden wird nun kurz auf die wichtigsten Gruppen und Organisationen im Spektrum der deutschen MB eingegangen. Die mit Abstand größte und auch präsenteste Organisation im Umfeld der MB ist eine Schirmorganisation von Moscheevereinen, die DMG.[64] Neben rein religiösen Aktivitäten werden durch sie oder nachgeordnete Vereine auch andere Dienste angeboten. Die Eröffnung von islamischen Schulen oder Kindergärten am IZM und an anderen Standorten sowie Häftlings- und Asylberatung erweitern das Aufgabenfeld.[65] Viele der zugehörigen Moscheen und islamischen Zentren verfügen über eigene Jugendgruppen, welche einen wesentlichen Pfeiler der Aktivitäten darstellen. Neben diesen Tätigkeiten übte die DMG politischen Einfluss aus, als sie ihre Vertreter in verschiedene institutionalisierte Foren schicken konnte. Die DMG war etwa unter ihrem vorherigen Namen Mitbegründerin des „Zentralrats der Muslime“ (ZDM), der sich selbst als Vertreter aller Muslime in Deutschland versteht und eine ähnlich sichtbare Position anstrebt wie der „Zentralrat der Juden in Deutschland“.[66] Über den ZMD, in dem die DMG vertreten war, nahm sie auch an der deutschen Islamkonferenz teil, einem Dialogformat der Bundesregierung.[67] Im Januar 2022 wurde die DMG aber formal aus dem ZMD ausgeschlossen.[68] Dadurch verringerte sich der Einfluss der MB im ZMD zwar, jedoch befinden sich nach derzeitigem Wissensstand weitere Organisationen, die der MB in Deutschland zugerechnet werden können wie die Islamischen Zentren in Aachen und München noch immer im ZMD.[69]

---

64 Vgl. Lorenzo Vidino/Sergio Altuna, The Muslim Brotherhood's Pan-European Structure, Wien 2021, S. 146.

65 Vgl. Wöhler-Khalfallah (Anm. 50), S. 419.

66 Vgl. Ronald Pokoyski, Koordinierungsinstanzen und politische Ansprechpartner: Islamrat, Zentralrat der Muslime, Schura Niedersachsen, Schura Hamburg, in: Ina Wunn (Hrsg.), Muslimische Gruppierungen in Deutschland, Ein Handbuch, Stuttgart 2007, S. 211-225, hier S. 217.

67 Vgl. Steinberg (Anm. 1), S. 152

68 Vgl. Frederik Schindler, „Anbiederung ist kein gutes Rezept im Umgang mit Extremismus“ (2. März 2020), in: www.welt.de (gelesen am 15. Mai 2022).

69 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/21264. Identität der Mitgliedsvereine im Verband Zentralrat der Muslime, S. 3.

Auch international ist die MB in Deutschland gut vernetzt, vor allem im europäischen Raum. Über die DMG war sie 1987 Gründungsmitglied des „Council of European Muslims“[70] (CEM), der durch die Sicherheitsbehörden als Dachverband der europäischen Ableger der MB betrachtet wird.[71] Eine ideologische Orientierung bietet ihnen der „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR). Diese in Irland sitzende Organisation sieht sich dafür zuständig, Fatwa genannte Rechtsgutachten (beispielsweise Verhaltensrichtlinien) für in Europa lebende Muslime zu erarbeiten.[72] Untrennbar verbunden ist der Rat mit dem islamischen Gelehrten Yusuf Al-Qaradawi (1926-2022), der ihm bis 2018 vorstand. Qaradawi wurde als führender Ideologe der MB angesehen und nahm eine zentrale Rolle in der Ausarbeitung und Weiterentwicklung der Muslimbruderideologie in Europa ein.[73] Eben dieses undurchsichtige Netz aus Organisationen, Individuen und Gruppen ist ein wesentliches Merkmal sozialer Bewegungen, wie im folgenden Abschnitt weiter ausgeführt wird.

4. Bewegungsmerkmale der Muslimbruderschaft

4.1 Strukturelle Einordnung der Muslimbrüder

Soziale Bewegungen sind netzwerkförmig organisiert. Um jedoch in dem zuvor bereits beschriebenen Geflecht der MB zwischen verschiedenen Ebenen differenzieren zu können, wird eine Kategorisierung für das oftmals diffuse und undurchsichtige Netzwerk der MB eingeführt.

Lorenzo Vidino unterteilt die Strukturen der jeweiligen nationalen Bruderschaften in Europa anhand von drei Kategorien: die *pure*

[70] Bis 2020 existierte der CEM unter dem Namen „Federation of Islamic Organisations in Europe“ (FIOE).

[71] Vgl. Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, Islamischer Fundamentalismus. Von der Urgemeinde bis zur Deutschen Islamkonferenz, Berlin 2009, S. 202.

[72] Vgl. Ana Belén Soage, Yusuf al-Qaradawi: The Muslim Brothers’ Favorite Ideological Guide, in: Barry M. Rubin (Hrsg.), The Muslim Brotherhood. The Organization and Policies of a Global Islamist Movement, New York/Basingstoke 2010, S. 19-38, hier S. 20.

[73] Vgl. Wöhler-Khalfallah (Anm. 71), S. 209.

brothers, die *brotherhood spawns* und die durch die MB beeinflussten Organisationen.[74]

Den Kern der MB in Deutschland bilden demnach, in Gestalt einer nicht-öffentlichen Organisation, die *pure brothers*.[75] Bei ihnen handelt es sich um die eigentlichen organisierten Muslimbrüder. Sie orientieren sich stark am Vorbild der ägyptischen MB, obwohl sie autonom operieren.[76] So bildet auch in Europa innerhalb der *pure brothers* die *Usra* die Basis des Netzwerkes. Als *Usra* (Familie) werden dauerhafte Klein-Gruppen von Aktivisten beschrieben, die sich regelmäßig treffen. Angehörige dieses inneren Zirkels unterliegen der ständigen Kontrolle durch ihre Brüder und sind der Ideologie der Muslimbrüder tief verbunden.[77] Darauf aufbauend bestehen hierarchische pyramidenartige Strukturen für die Organisation und Leitung der lokalen Bruderschaft. Diese Netzwerke sind geheim und ihre Existenz sowie mögliche Verbindungen zu ihnen werden durch alle Beteiligten öffentlich abgestritten.[78] Mitglieder dieser Gruppe leiten wiederum in ganz Deutschland Organisationen, welche die Interessen der Muslimbrüder wahrzunehmen versuchen, die *brotherhood spawns*. Die Umsetzung soll erreicht werden, indem sie als Lobbyorganisation auftreten oder durch die Verbreitung und Festigung der Ideologie im Rahmen religiöser Praktiken. Oftmals bestehen bei diesen Organisationen historische Verknüpfungen zur Bruderschaft, sie weisen aber jeden Vorwurf einer Verbindung öffentlich zurück. Ein klassisches Beispiel ist das IZM, das durch prominente Anhänger der MB wie Ramadan oder später Ghalib Himmat aufgebaut und geleitet wurde.[79]

Es lässt sich ein ganzes Netz an Organisationen aufdecken, die jeweils unterschiedliche Funktionen für die Bewegung erfüllen. Beispielsweise nehmen der dem ECFR zugeordnete „Fatwa-Ausschuss Deutschland“ und der „Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland“ (RIGD) eine ideologisch-religiöse Schlichtungsfunktion wahr und entwickeln so das

[74] Vgl. Vidino (Anm. 2), S. 6.
[75] Vgl. ebd.
[76] Vgl. ebd., S. 6f.
[77] Vgl. Grundmann (Anm. 33), S. 18.
[78] Vgl. Vidino/Altuna (Anm. 64), S. 6.
[79] Vgl. Johnson (Anm. 48), S. 183.

Gedankengut der MB weiter.[80] Organisationen wie das „Europäische Institut für Humanwissenschaften“ (EIfH) bieten hingegen ein Studium der Islamwissenschaften an, das auf Deutsch oder Arabisch absolviert werden kann und eröffnen so die Möglichkeit, eigene Imame auszubilden.[81] Die Identifizierung der *spawns* ist erschwert, da auch sie jede Verknüpfung zu verschleiern versuchen. Hinweise können aber führende Personen in der jeweiligen Organisation, finanzielle Verbindungen, ideologische Parallelen oder ein Blick auf ihre Entstehungsgeschichte bieten. Von diesen *brotherhood spawns* abzugrenzen sind die beeinflussten Organisationen.[82] Diese Gruppen oder Organisationen weisen ähnliche strukturelle Merkmale auf und teilen die islamistische Ideologie, sie besitzen jedoch anders als die *brotherhood spawns* keine operativen Kontakte zu den *pure brothers* der MB.

Die genannten Organisationen sind die Basis jeder Darstellung der Muslimbrüder, sie bilden jedoch nur einen Teilbereich ab. An den Beispielen des DMG oder des „Deutsch-Islamischen Vereinsverband Rhein-Main“ (DIV) wird deutlich, dass es sich dabei vor allem um Makrostrukturen handelt. Für den DIV ist für 2016 die Zahl von 46 Mitgliedsvereinen bekannt, von denen laut des hessischen Verfassungsschutzes fast ein Drittel als extremistisch oder extremistisch beeinflusst angesehen werden.[83] Dabei bestünden primär Bezüge zur MB. Die Zahl der Mitgliedsvereine der DMG ist nicht öffentlich, liegt jedoch nach eigenen Angaben, die auch so im Verfassungsschutzbericht genannt sind, bei über hundert Vereinen.[84] Da es sich bei den meisten dieser Mitglieder um Moscheevereine oder religiöse Organisationen handelt, die durch soziale und religiöse Angebote eine breite Masse an Menschen ansprechen können, ergibt sich gleichzeitig ein Mobilisierungspotenzial. Auf der einen Seite besteht also ein Netzwerk aus teilweise verbundenen formalen Organisationen, die wesentliche Funktionen wie Ressourcen-

[80] Vgl. Vidino/Altuna (Anm. 64), S. 148.
[81] Vgl. ebd.
[82] Vgl. Vidino (Anm. 2), S. 7f.
[83] Vgl. Hanning Voigts, Islamverband unter Beobachtung (25. August 2016), in: www.fr.de (gelesen am 1. Juli 2022).
[84] Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Anm. 52), S. 247.

verwaltung, Ausbildung oder Koordinierung für eine Bewegung wahrnehmen. Auf der anderen Seite wird das Bild der MB als Bewegung durch eine nicht klar umreißbare Menge an Personen komplementiert, welche die Ideologie und wesentliche Ziele der Muslimbrüder zumindest ansatzweise teilen oder unterstützen, ohne formale Mitglieder zu sein.[85] Diese diffuse Gruppe ist, wie die ganze Bewegung, ebenfalls durch geringe Rollen-spezifikation, fehlende formale Mitgliedschaft und die Abwesenheit übergeordneter Steuerungselemente geprägt.

Ohne formale Mitgliedschaften erfolgt die Stärkung der Kohäsion innerhalb der Bewegung durch eine kollektive Identität, was im folgenden Kapitel herausgearbeitet werden soll.

4.2 Die Kohäsion innerhalb der Muslimbruderschaft

Kollektive Identitäten bestehen nach Ruchts Definition aus zwei Komponenten: einer Gruppenzugehörigkeit sowie der daraus erwachsenden Handlungspraxis. Der Angehörigkeitsgedanke der Muslimbrüder in Deutschland lässt sich über zwei Ebenen beschreiben: Sie verstehen sich als Teil einer transnationalen *Umma*, während sie gleichzeitig innerhalb dieser Gruppe durch ihr europäisches Operationsgebiet besonderen Bedingungen unterworfen sind. Die *Umma* strukturiert als zentrale Identifikationskategorie das manichäische islamistische Denken: Die (vermeintlich) rechtgläubigen Muslime der *Umma* können vom Rest der Welt, den Nichtgläubigen, abgegrenzt werden.[86] Im Koran beschreibt das Konzept der *Umma* lediglich jene, denen Gott den Propheten geschickt hat.[87] Dieser vagen Unterscheidung setzen Islamisten eine andere Interpretation entgegen: Die *Umma* wird bei ihnen nicht mehr nur ausschließlich als religiöse, sondern auch als politische Einheit gesehen. Die weltweite

[85] Vgl. Vidino (Anm. 2), S. 7.

[86] Vgl. Olaf Farschid/Rudolph Ekkehard, Zeitgenössische Akteure der Muslimbruderschaft. Eine extremismustheoretische Analyse des legalistischen Islamismus, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 403-463, hier S. 461f.

[87] Vgl. Brigitte Maréchal, The Muslim Brothers in Europe. Roots and Discourse, Leiden/Boston 2008, S. 211.

transnationale Gemeinschaft der gläubigen Muslime wirkt hier insbesondere als Antithese zum souveränen Nationalstaat.[88]

Innerhalb dieser Dichotomie sehen sich die Muslimbrüder in Deutschland und in anderen europäischen Ländern dadurch, dass sie als religiöse Minderheit in einer modernen westlichen Gesellschaft operieren, besonderen Umständen ausgesetzt. Deutlich wird dies durch die Differenzierung im islamistischen Denken, nach welcher ein Land einer von zwei Kategorien angehören muss: entweder ist es *Dar al-harb* (Haus des Krieges) oder *Dar al-islam* (Haus des Islams).[89] Als entscheidendes und einziges Kriterium gilt, ob in dem jeweiligen Land ein islamisches System herrscht und somit ein Leben nach islamischem Recht möglich ist. Durch die Migrationsbewegungen ab den 1950er Jahren lebten immer mehr Muslime in Europa, die ihre Religion frei ausüben konnten, wodurch die klassische Differenzierung zwischen *Dar al-harb* und *Dar al-islam* die neue Realität nicht mehr abbildete. Gelöst wurde diese Ambivalenz durch die Einführung einer neuen Kategorie, indem jedes nicht-islamische Land, in dem der Glaube individuell ausgelebt werden konnte, als *Dar al-Da'wa* (Haus der Missionierung) galt.[90] Legitimiert wurde der Schritt damit, dass der Koran universell gelten würde, also auch in nicht-muslimischen Gesellschaften und für alle Menschen.[91] Gleichzeitig verdeutlicht diese Umdeutung den Konflikt, den die MB im Umgang mit einer modernen Gesellschaft sieht. Bereits aus der Bezeichnung *Dar al-Da'wa* lässt sich die Pflicht ableiten, den Islam in der Zielgesellschaft zu verbreiten. *Da'wa* beschreibt dabei alle Anstrengungen, die darauf abzielen, den Islam zu verbreiten oder eine innere Stärkung der islamischen Gemeinschaft herbeizuführen.[92]

Als Konzept ist die *Da'wa* ein wesentliches Element der kollektiven Identität der MB und lässt sich bereits bei ihrem Gründer Hassan al-

---

[88] Vgl. ebd.
[89] Vgl. Vidino (Anm. 28), S. 107.
[90] Vgl. ebd., 106f.
[91] Vgl. Alexandre Caeiro/Mahmoud al-Saify, Qaradawi in Europe. Europe in Qaradawi?, in: Bettina Gräf/Jakob Skovgaard-Petersen (Hrsg.), Global Mufti: The phenomenon of Yusuf al-Qaradawi, New York 2009, S. 109-149, hier S. 116.
[92] Vgl. Grundmann (Anm. 33), S. 15.

Banna nachweisen. Als Handlungspraxis stellt die *Da'wa* ein konstitutives Element für einen islamischen Habitus dar, den al-Banna für die Aktivisten der Muslimbrüder skizziert hat, denn jeder Aktivist soll im Alltäglichen daran arbeiten, den Islam zu verbreiten und zu festigen. Im Wesentlichen ist dieser Habitus durch drei Aspekte geprägt: Es wird erwartet, dass erstens Muslime, die nicht der Auslegung der MB folgen, auf den „richtigen" Weg geleitet und zweitens Nicht-Muslime mit dem Ziel der Konvertierung an den Islam herangeführt werden. Voraussetzung für die erfolgreiche Verbreitung des Islams durch jeden Aktivisten ist aber drittens das Befolgen der strikten Vorgaben des Islams (nach Interpretation der Muslimbrüder) im eigenen Leben.[93] Hier wird auch die präfigurative Natur der MB deutlich, weil bereits im Alltäglichen die Anwendung der angestrebten gesellschaftlichen und politischen Ziele durch die Aktivisten stattzufinden hat.

Die Aussicht dieser Handlungspraxis soll es sein, die Gesellschaft von *Dar al-Da'wa* zu *Dar al-Islam* zu transformieren. Gemäß dem Selbstverständnis der Muslimbrüder geschieht dies nicht durch eine Revolution, sondern als schrittweiser Umbau der Gesellschaft von innen.

4.3 Gesellschaftliche Ziele der Muslimbrüder

Gesellschaftlicher Wandel als Ziel sozialer Bewegungen kann sowohl progressiv als auch rückwärtsgewandt oder verharrend sein. Um zu untersuchen, ob die MB einen solchen Wandel beabsichtigt und wie ein solcher einzuordnen ist, soll im Folgenden ihre Einstellung zur Moderne als Status quo der gesellschaftlichen Zustände beleuchtet werden.

Rucht schlägt wie bereits erwähnt als Kriterium einer näheren Bestimmung sozialer Bewegungen ihr Verhältnis zur Moderne vor. Soziale Bewegungen können promodern oder antimodern sein oder der Moderne ambivalent gegenüberstehen. Die Moderne ist dabei als ein komplexer, kontinuierlich ablaufender Prozess zu verstehen, der Gesellschaften fundamental transformiert. Zugleich ist sie Grundlage

[93] Vgl. Maréchal (Anm. 87), S. 194.

der gesellschaftlichen und politischen Strukturen der westlichen Demokratien. Als wesentliche Aspekte moderner Gesellschaften gelten dabei Rationalismus, eine funktionale Ausdifferenzierung und Pluralismus.[94]

Allgemein lässt sich Rationalismus als Auffassung verstehen, in der durch kritisches Denken sowohl bereits erworbenes Wissen wie neue Erkenntnisse kontinuierlich hinterfragt werden sollen. Die MB steht diesem Prinzip jedoch unversöhnlich gegenüber, da nach ihrer Ideologie wahre Erkenntnis allein durch die Worte Gottes erlangt werden kann. Die Grundlage ihres Weltbildes entsteht somit nicht durch einen stetigen Prozess des Hinterfragens von Erkenntnissen und Ideen, sondern aus den religiösen Überlieferungen des Korans und der Sunna. Da es sich bei diesen Auslegungen um wörtliche Überlieferungen Gottes handele, der unfehlbar sei, gelten auch die Texte als unfehlbar.[95] Durch die Absolutsetzung dieser Annahmen entzieht sich die MB jedem Diskurs moderner Gesellschaften, der ihre ideologischen Grundlagen infrage stellen könnte.[96] Im Kontrast dazu soll der Erkenntnisgewinn in modernen Gesellschaften kritisch sein und zwar in dem Sinne, dass auch bereits erworbenes Wissen kontinuierlich zu hinterfragen ist. Insofern besteht eine unversöhnliche Haltung der MB zum Rationalismus.

Im Zuge der Modernisierung findet eine funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft statt. Sie teilt sich in Sub-Systeme auf, die jeweils einen Teilbereich strukturieren und ordnen, dabei jedoch miteinander interagieren.[97] Die Ideologie der MB negiert diese Differenzierung, da der Islam alle Lebensbereiche umfasse.[98] Die

---

[94] Vgl. Sebastian Lange, Religiöser Fundamentalismus, in: Michael G. Festl (Hrsg.), Handbuch Liberalismus, Berlin 2021, S. 329-335, hier S. 329.

[95] Vgl. Judith Faessler, Was will die (deutsche) Muslimbruderschaft? Eine extremismustheoretische Fallstudie über einen deutschen Verein und eine Auseinandersetzung mit seinen Argumenten für einen islamischen Staat, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014, Brühl 2014, S. 112-142, hier S. 115.

[96] Vgl. ebd.

[97] Vgl. William Rasch, Soziale Systeme (1. Kapitel), in: Detlef Horster (Hrsg.), Niklas Luhmann: Soziale Systeme, Berlin 2013, S. 9-89, hier S. 12.

[98] Vgl. Khalīl Al-Anānī, Inside the Muslim Brotherhood, Religion, identity, and politics, New York 2016, S. 56.

wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und auch sozialen Grundlagen der Gesellschaft, also die gesamte Lebensrealität, könne nur unter dem Paradigma des Religiösen stattfinden.[99] In der Praxis würde das beispielsweise bedeuten, dass Banken nur nach islamischen Grundsätzen arbeiten könnten und keine Zinsen verlangen dürften. Es hätte auch zur Folge, dass die Volkssouveränität nur so weit reicht wie es die religiösen Grundsätze zulassen oder dass Recht und Unrecht nicht nach demokratisch verfassten Gesetzen, sondern nach religiösen Kriterien unterschieden werden. In Verbindung mit der Ideologie der Muslimbrüder entsteht somit ein absolut gesetztes Verständnis eines fundamentalistischen Islams als alles dominierendes Konzept jenseits der menschlichen Kritik.

Der dritte Aspekt der Moderne ist der Pluralismus. Es wird eine Vielfalt der Meinungen und Perspektiven innerhalb der Gesellschaft gefördert, in der es jeder Person freigestellt ist, nach welchen Gesichtspunkten sie ihr Leben gestaltet. Die MB hingegen sieht den Islam als die einzig gültige Weltanschauung an und akzeptiert keine anderen Gruppen neben sich. Denn wie Qaradawi behauptet, haben Islam und Sharia für die gesamte Menschheit absolute Gültigkeit.[100] Die Auswirkungen dieses Anspruchs lassen sich sowohl auf einer mikro- als auch auf einer makrosoziologischen Ebene beschreiben. Auf der Individualebene betrifft die Ideologie der Muslimbrüder unter anderem die Lebensvorstellungen des einzelnen Menschen und ob diese mit den Vorstellungen der Islamisten übereinstimmen. Auf der makrosoziologischen Ebene wird der Konflikt noch deutlicher: Durch die Umsetzung des angestrebten sozialen Wandels fände beispielsweise keine Trennung mehr von Moral und Recht statt, mit dem Ergebnis, dass der Staat eine gewissermaßen verpflichtende Moral festlegt.[101] Dies hätte zudem weitreichende Implikationen für die Souveränität des Volkes in einer Demokratie, das dann stets nur unter „göttlichem Vorbehalt“ politische Entscheidungen treffen dürfte.[102] Insofern wird

[99] Vgl. ebd.

[100] Vgl. Mohamed Ismail, Al Qaradawi: East-West Integration. A Fact Highlighted by Islam, in: www.ikhwanweb.com (gelesen am 8. Juni 2022).

[101] Vgl. Faessler (Anm. 95), S. 130.

[102] Vgl. Ebd., S. 121.

auch anhand des Pluralismus die Weite und Richtung des durch die Muslimbrüder angestrebten sozialen Wandels deutlich.

Anhand dieser drei Merkmale kristallisiert sich heraus, dass die MB darauf abzielt, einen sozialen Wandel im Sinne einer Abweichung vom Status quo zu fördern. Dieser Wandel ist als antimodern einzuordnen. Die Strategie der Muslimbrüder sieht vor, die Grundpfeiler der Moderne zu unterminieren, um das gesamte Leben und die Gesellschaft einer Religiosität nach ihrer Lesart unterordnen zu können.

4.4 Die kollektive Handlungspraxis der Muslimbrüder

Für die Umsetzung ihrer Ziele greifen soziale Bewegungen auf Mittel des kollektiven Protests zurück. Auch die Muslimbrüder haben ein breites Handlungsrepertoire entwickelt, um ihre Ideologie langfristig durchsetzen zu können. Während sie an ihren Anfängen in Deutschland vor allem religiöse Aktivitäten anboten, erweiterten sie ihr Repertoire in die Kinder- und Jugendarbeit. Basierend auf Jugendgruppen, Korankursen, vielfältigen Publikationen, Bildungseinrichtungen, Konferenzen, öffentlichen politischen Foren und auch Lobbyismus auf nationaler und europäischer Ebene hat sich ein breites Aktionspotenzial entwickelt.[103]

Bei diesen kollektiven Handlungen durch die Muslimbrüder wird Widerspruch und Kritik deutlich gemacht. Dies kann sowohl in Publikationen geschehen als auch im Rahmen religiöser Veranstaltungen oder in der religiösen Bildung. Religiös-politische Interpretationen werden, wie bereits ausgeführt, geltenden politischen und kulturellen Strukturen gegenübergestellt, wodurch letztere delegitimiert werden sollen.

Der zu diskutierende Aspekt ist hier die Öffentlichkeit des Protests. Soziale Bewegungen sind auf die Öffentlichkeit angewiesen, um ihre Ziele zu kommunizieren und schlussendlich den zur Umsetzung ihrer Ziele notwendigen Druck aufbauen zu können. An dieser Stelle zeigt sich das ambivalente Verhalten der Muslimbrüder: Auf der einen Seite werden die eigentlichen Ziele, Strategien und Überzeugungen in bestimmten Rahmen kommuniziert, wie zum Beispiel bei Konferenzen,

[103] Vgl. Maréchal (Anm. 3), S. 91.

Predigten oder in Bildungseinrichtungen. Auf der anderen Seite treten die Muslimbrüder in der Öffentlichkeit anders auf als im nicht-öffentlichen Raum. Dort geben sich Akteure, die den Muslimbrüdern zugerechnet werden, integrativ sowie kooperativ und weisen jede Andeutung ihrer extremistischen Ideologie zurück. In Einzelfällen zeigen Akteure der Muslimbrüder in der Öffentlichkeit sichtbares Protestverhalten (Beispiele bieten hier Proteste gegen den Militärputsch in Ägypten nach 2013[104] und Teilnahmen an Demonstrationen im Rahmen des Israel-Palästina-Konflikts[105]). Diese Protestaktivitäten sind allerdings nicht systematisch oder langfristig und somit nicht unmittelbar im Kontext einer öffentlichkeitswirksamen Strategie zu sehen. Ein wesentlicher Aspekt sozialer Bewegungen ist jedoch die klare Kommunikation ihrer Ziele, da nur so gesellschaftliche Massen mobilisiert werden können. Die Muslimbrüder hingegen vermeiden diese öffentlichen Protestformen absichtlich, da diese nach ihrem Kalkül in der gegenwärtigen Situation der Gruppe mehr Schaden zufügen können als Nutzen daraus zu ziehen ist - sowohl im Verhältnis zur Gesellschaft als auch dem Staat gegenüber.

Insofern lässt sich zusammenfassend sagen, dass die MB zwar systematisch Formen des kollektiven Protests zur Umsetzung ihrer Ziele nutzt, diese Aktivitäten jedoch überwiegend nicht-öffentlich sind.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Wenngleich die eingangs gestellte Frage verneint werden muss, wurde doch auch deutlich, dass die MB durchaus Merkmale einer Bewegung aufweist. Auf der einen Seite ist die MB in Deutschland zwar als Netzwerk von Gruppen und Organisationen zu verstehen. Zudem ist eine kollektive Identität feststellbar, die auf dem Verständnis als Muslime in Europa basiert und aus der eine Handlungspraxis der

[104] Vgl. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (Hrsg.), Verfassungsschutz in Hessen, Bericht 2017, Wiesbaden 2018, S. 128.

[105] Vgl. Frank Jansen, Israelfeindliche Hasskampagne: Von der Hamas bis zu Linksextremisten und Neonazis (24. November 2021), in: www.tagesspiegel.de (gelesen am 3. Juni 2022); Vgl. Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (Hrsg.), Hass und Gewalt auf pro-palästinensischen Demonstrationen in Berlin, in: www.jfda.de (gelesen am 2. Juni 2022).

Missionierung resultiert. Darüber hinaus zielen die Muslimbrüder darauf ab, grundlegenden sozialen Wandel zu verursachen. Auf der anderen Seite hingegen greifen sie dafür jedoch nicht primär auf Mittel des öffentlichen Protests zurück. Vielmehr ist der praktizierte Protest zwar kollektiv, jedoch zu diesem Zeitpunkt gezielt nicht-öffentlich. Insofern handelt es sich nach den zugrunde gelegten Definitionen nur eingeschränkt um eine soziale Bewegung.

Es lassen sich darüber hinaus jedoch zwei Schlussfolgerungen aus der Analyse ziehen. Erstens wird deutlich, dass es in der bisherigen wissenschaftlichen Bearbeitung des Phänomens der Muslimbrüder dem Organisationsumfeld und den Unterstützern kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Während führende Individuen und ein innerer Kern, durch Analysekategorien wie die von Vidino aufgenommen werden, gilt dies nicht für die Basis der Gruppe und ihre Anhänger. Schließlich sind die Muslimbrüder in Deutschland dabei erfolgreich, über religiöse, soziale und kulturelle Angebote Unterstützer zu generieren und Anhänger zu sammeln. Es ist anzunehmen, dass ein wesentlicher Teil dieses Umfelds mindestens Versatzstücke der Ideologie aufweist, und sie deshalb als eigenständige Aktivisten betrachtet werden können. Insofern sollte für zukünftige Forschungs-ansätze gerade dem informellen Spektrum ein adäquater Stellenwert eingeräumt werden.

Zweitens kann, obwohl die MB in Deutschland nur eingeschränkt als Bewegung zu betrachten ist, ein Mehrwert aus der Analyse gezogen werden. Wie deutlich wurde, gibt es erhebliche Überschneidungen zwischen Ideologie sowie Strategie der Muslimbrüder und dem Konzept sozialer Bewegungen. Beide zielen darauf ab, weitreichende politische und gesellschaftliche Ziele durch einen bottom-up Ansatz aus der Gesellschaft heraus umzusetzen. In Europa stehen die Muslimbrüder damit zwar aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Strukturen vor unüberwindbaren Hürden, doch dies ändert nichts an ihrer Entschlossenheit, ihre Ideologie durch eine Transformation der Gesellschaft fördern zu wollen. Aufgrund dieser Überschneidung von Strategie und Analyserahmen sollte die Bewegungsforschung auch in der weiteren wissenschaftlichen Rezeption der Muslimbrüder eine Rolle spielen. Zudem stellt auch diese Untersuchung nur eine Momentaufnahme dar. Die MB hat ihre

Flexibilität bereits oft demonstriert, so dass in Zukunft auch eine Anpassung der Handlungspraxis möglich scheint.

Die zu Beginn aufgeworfene Problemstellung der unzureichenden Bezeichnung für die MB in Deutschland kann durch diese Analyse nicht abschließend geklärt werden. Doch wurden weitere Merkmale aufgezeigt, anhand derer sich das Phänomen beschreiben lässt. Wenngleich bei der MB in Deutschland nicht zweifelsfrei von einer sozialen Bewegung zu sprechen ist, so eröffnen sich durch den Ansatz doch für die Forschung neue Perspektiven.

Antisemitismus unter Muslimen als potentielles Mobilisierungsmittel für islamistische Gruppen

Eine Auswertung von Umfragen zu muslimischem Antisemitismus in westlichen Ländern[1]

Günther Jikeli

1. Einleitung und Fragestellung

Islamistische Weltbilder sind von antisemitischen Verschwörungsphantasien geprägt. Das Judentum wolle den Islam vernichten und sei für den Niedergang der islamischen Herrschaft verantwortlich. Eine ewige jüdisch-muslimische Feindschaft sei bereits im Koran bezeugt und zeige sich auch heute. Der Kampf nicht nur gegen die westliche Welt, sondern vor allem gegen alles Jüdische ist zentral für die islamistische Ideologie und findet seinen Niederschlag in den Schriften zahlreicher islamistischer Vordenker und Führer wie Abu l-A'la Maududi, Hassan al-Banna, Said Qutb, Amin al-Husseini, Necip Fazıl Kısakürek, Ruhollah Khomeini, Osama Bin Laden und Yusuf al-Qaradawi.[2] „Die „Juden", so wird von diesen und anderen Extremisten behauptet, stünden der Errichtung eines Kalifats unter der Herrschaft der Scharia im Wege und versuchten, die Muslimen vom rechten Glauben abzubringen. Eine besondere Rolle in der islamistischen Ideologie spielt seit Mitte des 20. Jahrhunderts der Staat Israel, dessen Konflikt mit palästinensischen Organisationen als

[1] Teile des Artikels wurden bereits auf Englisch veröffentlicht, vgl. Gunther Jikeli, How Do Muslims and Jews in Christian Countries See Each Other Today? A Survey Review, in: Religions, 14. Jg., Nr. 3/März 2023 (online: www.mdpi.com). Dort sind auch die meisten der hier vorgestellten Umfrageergebnisse im Detail in Tabellenform einsehbar.

[2] Vgl. Navras J. Aafreedi, Antisemitism in the Muslim Intellectual Discourse in South Asia, in: Religions, 10. Jg., Nr. 7/Juli 2019 (online: www.mdpi.com); Bassam Tibi, Islamism and Islam, New Haven, CT 2012; Matthias Küntzel, Nazis und der Nahe Osten. Wie der islamische Antisemitismus entstand, Leipzig 2019; Daniel Rickenbacher, The Centrality of Antisemitism in the Islamic State's Ideology and Its Connection to Anti-Shiism, in: Gunther Jikeli (Hrsg.), The Return of Religious Antisemitism?, Basel 2021, S. 93–102; Nesya Rubinstein-Shemer, Sheikh Yusuf Qaraḍawi: Anti-Zionist or Anti-Semite?, in: Israel Affairs, 23. Jg., Nr. 5/September 2017, S. 794–807.

Angriff auf „die Muslime“ und Kampf zwischen „den Juden“ und „den Muslimen“ umgedeutet und zur weltweiten Mobilisierung genutzt wird.

Das islamistische Weltbild steht demokratischen Vorstellungen entgegen, da es eine Herrschaft nach vermeintlich gottgegebenen Regeln anstrebt. Terroristische Formen des Islamismus (Jihadismus) sind eine Gefahr für Muslimen, die entsprechende Interpretationen des Islam nicht teilen, aber auch für alle anderen, die als „Ungläubige“ betrachtet werden. Ein Schwerpunkt islamistischer Terrorakte sind jüdische Einrichtungen, die in den letzten Jahren auch in Deutschland gezwungen waren, ihre Sicherheitsmaßnahmen nicht nur gegen neonazistische, sondern auch gegen islamistische Gewalt zu verstärken.

Der islamistische Antisemitismus und Antisemitismus unter Muslimen im Allgemeinen, um den es im Weiteren gehen soll, ist nur ein Teil des aktuellen Problems des wiedererstarkenden Anti-semitismus.[3] Doch seit Beginn des 21. Jahrhunderts konnte beobachtet werden, dass eine wachsende Zahl antisemitischer Vorfälle und Angriffe von Muslimen ausging.[4] Jihadisten ermordeten Juden explizit unter Berufung auf den Islam, wie sich wiederholt in Frankreich zeigte. Allerdings sind weder jihadistische Attentäter, die gemäß ihrer islamistisch-verschwörungstheoretischen Ideologie insbesondere Juden ins Visier nehmen, noch muslimische Teilnehmer an anti-israelischen Demonstrationen, die durch extreme Hetze gegen Israel und Juden auffallen, repräsentativ für Muslime. Dies sind Extremfälle eines Ausagierens von Judenhass und die allermeisten Muslimen in Deutschland würden solch offenen Antisemitismus verurteilen. Doch dieser Judenhass findet nicht im luftleeren Raum statt. Antisemitismus ist in Deutschland in der gesamten Gesellschaft verbreitet, auch und, wie sich zeigt, sogar besonders unter Muslimen. Dies ist in zweifacher Hinsicht problematisch. Zum einen erhöht sich die Gefahr für Juden, Opfer

[3] Vgl. Cemal Öztürk/Gert Pickel, Der Antisemitismus der Anderen: Für eine differenzierte Betrachtung antisemitischer Einstellungen unter Muslim:innen in Deutschland, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 6. Jg., Nr. 1/September 2021, S. 189–231.

[4] Das Bundesamt für Verfassungsschutz berichtet von mehr als 1.100 antisemitischen Einzelvorkommnissen mit vermutetem islamistischem Hintergrund im Zeitraum Februar 2012 bis Oktober 2021. Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Lagebild Antisemitismus 2020/21, Köln 2022, S. 79–83.

antisemitischer Angriffe zu werden, und zum anderen kann ein antisemitisches Weltbil den Nährboden für islamistisches Gedankengut bereiten. Wenn ein antisemitisches Weltbild vorherrscht, in dem Juden für die negativen Seiten der Moderne oder der „westlichen Welt“ verantwortlich gemacht werden, kann ein islamistisches Weltbild attraktiv werden, weil es den Antisemitismus mit einer Stärkung der islamischen Identität verbindet und politisch auflädt. Falls Antisemitismus unter Muslimen besonders verbreitet ist, gibt es also mindestens zwei gute Gründe, diesen nicht zu ignorieren, sondern genauer hinzuschauen. Es stellt sich daher die Frage, wie hoch das antisemitische Einstellungspotenzial unter Muslimen ist, welches von Islamisten mobilisiert werden kann.

Dieser Artikel fasst die zentralen Ergebnisse der bis zum Frühjahr 2023 verfügbaren (und mir bekannten) Umfragen zusammen, in denen Muslime in europäischen Ländern und den USA zu ihren Ansichten über Juden befragt wurden. Insgesamt sind dies 33 Umfragen aus 16 Ländern mit mehr als 35.000 befragten Muslimen. Vorab muss jedoch betont werden, dass Umfragen nur eine begrenzte Aussagekraft über die Ansichten einer Bevölkerungsgruppe über eine andere haben. Umfragen können nicht alle Nuancen erfassen und auch nicht die Frage beantworten, warum oder wie bestimmte Meinungen entstehen. Hierfür sind qualitative Studien besser geeignet. Umfragen können nur einen gewissen Hinweis auf Tendenzen in größeren Teilen der Bevölkerung geben. Viele Muslime werden Ansichten haben, die den hier dargestellten Trends diametral entgegengesetzt sind.

2. Muslimisch-jüdische Beziehungen im historischen Kontext

Eine historische Kontextualisierung und eine Beschreibung der sozioökonomischen Situation der verschiedenen muslimischen Gemeinschaften, die von Land zu Land unterschiedlich ist, würde sicherlich zu einem besseren Verständnis beitragen. Auch theologische Überlegungen und eine sozialpsychologische Analyse von Gruppen-dynamiken und kollektiven Identitäten wären hilfreich. Da dies jedoch

den Rahmen dieses Artikels bei weitem sprengen würde, soll hier nur ein kurzer Überblick gegeben werden.[5]

Die Wahrnehmung von Juden durch Muslime hat sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt und in Kultur und Sprache niedergeschlagen. Bis zum Ende des Osmanischen Reiches wurde diese Wahrnehmung maßgeblich von den Machtverhältnissen zwischen muslimischen Herrschern, muslimischen Mehrheiten und winzigen jüdischen Gemeinden geprägt. Seit den Anfängen des Islam existierten enge Beziehungen zwischen Muslimen und Juden. Jahrhundertelang lebten Juden vielerorts unter islamischer Herrschaft und hatten dort, ähnlich wie Christen, als „Volk des Buches" einen besonderen Minderheitenstatus. Die Beziehungen zwischen Muslimen und Juden variierten im Laufe der Geschichte, waren regional unterschiedlich und hingen oft vom jeweiligen Herrscher ab. Jüdische Minderheiten hatten nach islamischem Recht einen Dhimmi-Status und waren geschützt, wenn sie Tribut zahlten und „Respekt" oder Unterwerfung zeigten. Auch unter islamischer Herrschaft kam es zu Pogromen, doch war solch extreme Gewalt dann deutlich seltener als unter christlichen Herrschern. Vor der Verfolgung durch Christen flohen Juden oft in muslimische Länder. Das bekannteste Beispiel ist die Aufnahme von Juden im Osmanischen Reich während der spanischen Reconquista.

Die heiligen islamischen Texte, der Koran und die Hadithe, in denen Juden ausdrücklich erwähnt werden, haben ebenfalls zu den Ansichten über Juden beigetragen. Wie bei anderen Aspekten der jüdisch-muslimischen Beziehungen zeichnen diese Texte ein komplexes Bild. Einerseits gibt es positive Aussagen über Juden, andererseits aber auch negative Passagen. Eine der problematischen Geschichten in den

[5] Die folgende Ausführungen stützen sich auf: Georges Bensoussan, Jews in Arab Countries: The Great Uprooting, übers. v. Andrew Halper, Bloomington, Indiana 2019; Josef W. Meri (Hrsg.), The Routledge Handbook of Muslim-Jewish Relations, New York 2016; Abdelwahab Meddeb/Benjamin Stora (Hrsg.), A History of Jewish-Muslim Relations: From the Origins to the Present Day, Princeton 2013; Andrew G. Bostom (Hrsg.), The Legacy of Islamic Antisemitism: From Sacred Texts to Solemn History, New York 2008; Matthias Küntzel, Djihad und Judenhass: über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg im Breisgau 2003; Jeffrey Herf, Nazi Propaganda for the Arab World, New Haven, Conn. 2010.

heiligen Texten ist die des Massakers am jüdischen Stamm in Khyber, die heute oft zur Aufstachelung zur Gewalt gegen Juden verwendet wird.

Im 19. Jahrhundert wurden unter französischem und britischem Einfluss einige europäische antisemitische Vorstellungen wie die Ritualmordlegende in der muslimischen Bevölkerung verbreitet.[6] In den 1930er und 40er Jahren verbreiteten die Nationalsozialisten antisemitische Propaganda, um Großbritannien und Frankreich zu schwächen und Verbündete für ihren globalen Krieg gegen die Juden zu finden. Die Vorstellung von Juden und Muslimen als ewige Feinde, die sich im permanenten Kampf miteinander befinden, entwickelte sich erst ab den 1930er Jahren mit der Ideologie der Muslimbrüder und anderer islamistischer Vereinigungen.

Im 19. und 20. Jahrhundert veränderten sich die Machtverhältnisse im Nahen Osten und in Nordafrika. Die islamische Herrschaft zerfiel und Juden erhielten durch die Kolonialmächte einen gewissen Schutz. Nationalstaaten entstanden und führten zur Emanzipation der Juden, das heißt in vielen Fällen zur Erlangung gleicher Rechte als Bürger, was jedoch nicht lange andauerte. Die meisten Juden, deren Familien jahrhundertelang in muslimischen Ländern gelebt hatten, verließen diese in den 1950er und 1960er Jahren, oft aufgrund der zunehmenden Diskriminierung in den neuen arabischen Nationalstaaten, der Türkei und dem Iran. Viele emigrierten nach Israel. Andere zogen in (ehemalige) Kolonialländer wie Frankreich, wo die Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven besser erschienen. Die jüdischen Gemeinden in den arabischen Ländern wurden drastisch dezimiert.

Im Gegensatz dazu ist der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Israel mit rund 1,7 Millionen (18 Prozent der Gesamtbevölkerung) groß.[7] Etwa drei Millionen Palästinenser leben im Westjordanland, das je nach Gebiet unter unterschiedlich starker israelischer Kontrolle steht,

---

[6] Vgl. Jonathan Frankel, The Damascus affair. „Ritual murder", politics, and the Jews in 1840, Cambridge/New York, NY 1997.

[7] Nach Angaben des israelischen Statistischen Informationszentrums, vgl. State of Israel, The Moslem Population in Israel: Data on the Occasion of Eid al-Adha (The Feast of the Sacrifice) (15. Juli 2020), in: www.cbs.gov.il (gelesen am 20. April 2023).

einschließlich der von der Palästinensischen Autonomiebehörde verwalteten Gebiete. Im Gazastreifen leben 730.000 Menschen (2021). Der Gazastreifen war von 1967 bis 2005 unter israelischer Besatzung. Gemeinsam mit Ägypten kontrolliert Israel weiterhin den Zugang. Auf politischer Ebene hat der Konflikt zwischen Israel und palästinensischen Gruppierungen in den arabischen Ländern, der Türkei und dem Iran zu Polemik und staatlich geförderter Propaganda geführt, die häufig in einer Dämonisierung des jüdischen Volkes mündet.

Seit den 1960er Jahren sind viele Muslime in westliche Länder ausgewandert, meist um dort zu arbeiten, zu studieren oder um vor politischer, ethnischer, religiöser oder anderer Verfolgung und Diskriminierung zu fliehen. Als religiöse Minderheiten in christlich geprägten westlichen Ländern haben muslimische und jüdische Communities einige gemeinsame Interessen. Sie teilen ähnliche religiöse Praktiken, die in einigen dieser Länder unter Druck geraten sind, wie das rituelle Schlachten, die Beschneidung und das Tragen religiöser Symbole wie der Kippa oder des Kopftuchs in der Öffentlichkeit. Die jüdischen und muslimischen Gemeinschaften in diesen Ländern sind ethnisch, kulturell, religiös und wirtschaftlich sehr unterschiedlich.

Einem Bericht des Pew Research Center (PEW) zufolge gab es im Jahr 2016 etwa 25,8 Millionen Muslime in Europa, was etwa 4,9 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Allerdings divergieren die Schätzungen, was zum Teil auf unterschiedliche Methoden und Definitionen zurückzuführen ist.[8] Die größten muslimischen Gemeinschaften in Europa befinden sich in Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Während die Mehrheit der Muslime in Frankreich einen Migrationshintergrund aus Nordafrika hat, stammen die meisten britischen Muslime aus Südasien, d.h. Pakistan, Bangladesch und Indien. Die Mehrheit der Muslime in Deutschland ist türkischer Herkunft, und in jüngster Zeit sind viele aus Syrien hinzugekommen, auf der Flucht vor dem dortigen Bürgerkrieg seit 2011. Laut PEW machen Muslime in Frankreich etwa 8,8 Prozent der Bevölkerung aus,

[8] Vgl. Katrin Pfündel/Anja Stichs/Kerstin Tanis, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), Muslimisches Leben in Deutschland 2020. Studie im Auftrag der Deutschen Islam-Konferenz, Nürnberg 2021.

während es in Deutschland 6,1 Prozent und im Vereinigten Königreich 5,4 Prozent sind. Für das Jahr 2019 geht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von 5,3 bis 5,6 Millionen Muslimen in Deutschland aus. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 6,4 bis 6,7 Prozent. Weitere Länder mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil sind die Niederlande, Belgien, Schweden, Spanien, Italien und Norwegen. In den mittel- und osteuropäischen Ländern liegt der Anteil der muslimischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung unter 0,5 Prozent.[9] In den USA leben nach einer Schätzung von PEW etwa 3,85 Millionen Muslime, was etwa 1,1 Prozent der Bevölkerung entspricht.[10] Die häufigste Herkunftsregion amerikanischer Muslime ist Südasien, gefolgt von Ländern des Nahen Ostens und Nordafrika.

Auch wenn die Religion für eine Mehrheit der Menschen, die sich als Muslime verstehen, eine wichtige Bedeutung hat,[11] so ist dies doch nur ein Teil der Identität der jeweiligen Individuen.

Muslime in Europa und den USA sind mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert, darunter Diskriminierung, Hassverbrechen, Marginalisierung und Radikalisierung von Randgruppen.[12] Sie verfügen jedoch über ein breites Spektrum an Vereinen, Moscheen, Gemeindezentren und anderen Einrichtungen, und es gibt zahlreiche positive Beispiele von in vielerlei Hinsicht erfolgreichen Muslimen in Europa und den USA.

Diese kurze Einführung zeigt jedoch nur, dass die muslimisch-jüdischen Beziehungen komplex sind und es weder „die Muslime“ noch „die Juden“ als einheitlich agierende Gruppen gibt. Auch die

---

[9] Vgl. Pew Research Center, Europe’s Growing Muslim Population (29. November 2017), in: www.pewresearch.org (gelesen am 20. April 2023).

[10] Vgl. Besheer Mohamed, Muslims Are a Growing Presence in U.S., but Still Face Negative Views from the Public (1. September 2021), in: www.pewresearch.org (gelesen am 18. April 2023).

[11] Vgl. Dirk Halm/Martina Sauer, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Muslime in Europa. Integriert, aber nicht akzeptiert?, Gütersloh 2017.

[12] Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights, Second European Union Minorities and Discrimination Survey. Muslims: Selected Findings, Luxembourg 2017; vgl. Dalia Mogahed/Erum Ikramullah, Institute for Social Policy and Understanding (Hrsg.), American Muslim Poll 2022: Full Report (23. August 2022), in: www.ispu.org (gelesen am 17. Februar 2023).

Vorstellung, dass Juden und Muslime ewige Feinde seien, ist historisch falsch und ein essentialisierendes Vorurteil gegenüber Muslimen und Juden gleichermaßen. Doch wo stehen wir heute? Was denken Muslime über Juden? Wie weit verbreitet sind antisemitische Vorstellungen? Und was können uns Umfragen darüber sagen?

3. Methoden

Eine große Herausforderung bei Umfragen über Religionsgemeinschaften besteht in der Stichprobenauswahl, da Muslime in westlichen Ländern nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ausmachen und Volkszählungsdaten oft keine Informationen zur Religionszugehörigkeit enthalten. Daher ist es nicht möglich, die Umfrageergebnisse anhand demografischer Merkmale aus Volkszählungen zu gewichten. Dies wäre eine Möglichkeit, stichprobenbedingte Verzerrungen zu reduzieren. Um aussagekräftige Stichproben zu erhalten, verwenden die Erhebungen verschiedene Strategien, wie zum Beispiel „Schneeballverfahren“, die Nutzung von Kontakten und/oder Daten aus großen repräsentativen Erhebungen, die Fragen zur Religionszugehörigkeit enthalten, um die Stichproben trotz fehlender Zensusdaten gewichten zu können. Einige Umfragen konzentrieren sich auf Teilgruppen, z. B. Schüler an öffentlichen Schulen in einer Stadt mit einem ausreichend hohen Anteil an Muslimen.

Zusätzlich zu den Herausforderungen der Stichprobenziehung kann es auch zu Verzerrungen durch Nichtbeantwortung von Fragen kommen. Einige Gruppen von Muslimen antworten möglicherweise eher auf Umfragen als andere oder äußern sich nicht zu kontroversen Themen. Eine weitere Herausforderung bei der Durchführung von Umfragen in religiösen Communities besteht darin, einen Fragebogen zu entwerfen, der auf die kulturellen und religiösen Normen der Gemeinschaft abgestimmt ist und eine Sprache verwendet, die akzeptabel für alle Mitglieder der Community ist und mögliche Voreingenommenheit oder Vorurteile vermeidet.

Die Erhebungsmethoden und Fragebogendesigns der behandelten Erhebungen können hier nicht im Einzelnen bewertet werden. Es werden jedoch die Stichprobenumfänge und, soweit vorhanden, die

Fehlertoleranzen (bei einem Konfidenzintervall von 95 Prozent) angegeben. Die Quantifizierung antisemitischer Einstellungen und der Vergleich der Ergebnisse verschiedener Erhebungen ist grundsätzlich mit Schwierigkeiten verbunden. Sowohl die Fragestellungen als auch die Antwortmöglichkeiten unterscheiden sich oft erheblich. Unterschiedliche Ergebnisse ergeben sich, wenn die Befragten einer Aussage nur zustimmen oder sie ablehnen oder wenn sie den Grad der Zustimmung oder Ablehnung auf einer Skala angeben können. Für eine bessere Einordnung der Umfrageergebnisse muslimischer Teilnehmer ist ein Vergleich mit der Gesamtgesellschaft hilfreich, weshalb die meisten Umfragen mit einer muslimischen Stichprobe eine Vergleichsstichprobe aus der Gesamtbevölkerung umfassen. Aus diesem Grund werden die Umfrageergebnisse beider Gruppen zueinander in Beziehung gesetzt.

Wie bei allen Umfragen ist zu bedenken, dass eine Umfrage bestenfalls Tendenzen in den Einstellungen einer Bevölkerungsgruppe zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten räumlichen Kontext widerspiegelt. Die Gültigkeit der festgestellten Trends ist jedoch wesentlich größer, wenn Umfragen aus verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeitpunkten zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Einzelne Erhebungen können als Datenpunkte betrachtet werden, die zusammengenommen Trends aufzeigen.

4. Internationale Umfragen zu antisemitischen Stereotypen unter Muslimen

Alle internationalen Umfragen zeigen, dass Muslimen antisemitischen Aussagen häufiger zustimmen als die Gesamtbevölkerung in den jeweiligen Ländern. Allerdings ist die Zahl der muslimischen Befragten in vielen einzelnen Umfragen zu gering, um repräsentative Ergebnisse zu erzielen.

Im September 2018 führte Savanta im Auftrag von CNN eine Studie in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Polen, Schweden und Ungarn durch. 7092 Personen (1006-1020 pro Land) wurden befragt, darunter 165 Muslime. Insgesamt hatten zehn Prozent der Gesamtbevölkerung eine ablehnende Haltung gegenüber Juden, 22 Prozent der Muslime. Dies spiegelt sich in der Zustimmung zu neun

antisemitischen Stereotypen wider. Muslime stimmen diesen etwa doppelt so häufig (1,9-fach) zu wie die Bevölkerung insgesamt. Auch die Einstellung zu Israel ist unter Muslimen negativer als in der Allgemeinbevölkerung. Im Durchschnitt haben 36 Prozent der Allgemeinbevölkerung der sieben Länder eine negative Einstellung zu Israel,[13] während 62 Prozent der muslimischen Befragten eine solche Meinung haben. 9 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, Israel habe kein Recht, als jüdischer Staat zu existieren. Unter den muslimischen Befragten sind es 30 Prozent.

Die Anti-Defamation League (ADL) hat 2019 und 2015 zwei Umfragen in Auftrag gegeben. Die Umfragen wurden vom 15. April bis zum 3. Juni 2019 bzw. vom 5. März bis zum 8. April 2015 durchgeführt. An der Umfrage von 2019 nahmen 3.518 Personen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Russland und Spanien teil, darunter 190 Muslime.[14] Ähnlich wie bei der CNN-Umfrage war die Stichprobengröße der Muslime klein und kann nur Anhaltspunkte, aber keine zuverlässigen Zahlen liefern. Die Unterschiede sind für alle elf antisemitischen Aussagen signifikant und reichen von einem Faktor von 1,15 bis 4,62 mit einem Durchschnitt von 2,29. Das bedeutet, dass Muslime ähnlich wie bei der CNN-Studie etwa doppelt so häufig einer antisemitischen Aussage zustimmen wie die Gesamtbevölkerung. Auch die Wahrscheinlichkeit, sechs oder mehr antisemitischen Aussagen zuzustimmen, ist bei Muslimen mit 50 Prozent mehr als doppelt so hoch wie im Gesamtdurchschnitt (21 Prozent).[15]

Die ADL-Umfrage von 2015, die eine muslimische Stichprobe in Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien mit jeweils 100 Befragten umfasste, kam zu ähnlichen Ergebnissen. 21 Prozent aller 3.000 Befragten aus der Gesamtbevölkerung in den sechs

---

[13] Die Umfrage unterscheidet zwischen negativen Einstellungen zu Israel „als Land“ und Israel „als Staat.“ Die Zahlen beziehen sich hier auf ersteres.

[14] Die Zahl der muslimischen Teilnehmenden basiert auf eigenen Berechnungen aus dem prozentualen Anteil der Muslime in jeder der sieben Stichproben. Die ADL macht keine Angaben zur Gesamtzahl der Muslime. Es können Rundungsfehler auftreten.

[15] Vgl. Anti-Defamation League, ADL GLOBAL 100. 2019 Update in 18 Countries (2019), in: www.global100.adl.org (gelesen am 20. März 2023).

genannten Ländern und 59 Prozent der 600 muslimischen Befragten stimmten sechs oder mehr antisemitischen Stereotypen zu. Tabelle 1 zeigt die Zustimmungen nach Item und Land. Die Fehlermarge für Muslime in den einzelnen Ländern beträgt 9,8 Prozent. Für den kombinierten Durchschnitt der westeuropäischen muslimischen Stichprobe, die alle sechs Länder umfasst (n = 600), liegt die Fehlermarge bei 4,0 Prozent.[16] Auch unter Berücksichtigung der hohen Fehlermargen in den einzelnen Ländern ist der Unterschied signifikant.

Im Ländervergleich sind die Unterschiede bei Muslimen im Gegensatz zu den Unterschieden bei den Gesamtbevölkerungen gering und liegen meist innerhalb der Fehlermarge.

Tabelle 1. Akzeptanz von antisemitischen Stereotypen in Belgien (B), Frankreich (F), Deutschland (D), Italien (IT), Großbritannien (UK) und Spanien (SP), nach Ländern, alle Befragten und muslimische Befragte, 2015.

Zustimmung [in %], einzelne Länder, 2015	B	B-M	D	D-M	F	F-M	IT	IT-M	SP	SP-M	UK	UK-M	Ø Muslime in allen 6 Ländern
„Juden haben zu viel Macht…													
…in der Geschäftswelt.“	36	82	28	67	33	63	44	63	45	70	21	70	67
…auf den intern. Finanzmärkten.“	37	78	29	74	26	64	44	69	49	73	22	69	70
„Juden haben zu viel Kontrolle…													
… über die globalen Medien.“	20	65	20	58	21	61	21	53	32	59	12	63	59
… über die Regierung der USA.“	29	75	25	62	21	53	35	66	35	67	18	64	61
… über das Weltgeschehen.“	23	69	21	57	22	54	38	66	31	63	15	59	59
„Juden sind für die meisten Kriege in der Welt verantwortlich.“	6	35	9	33	6	24	12	32	11	38	6	34	31
„Juden sind Israel gegenüber loyaler als [diesem Land].“	46	63	49	58	33	60	53	48	59	61	41	55	58
„Juden ist es egal, was mit den anderen passiert, außer mit ihren eigenen Leuten.“	26	45	17	45	26	46	33	44	26	48	16	32	44

[16] Vgl. Anti-Defamation League, ADL GLOBAL 100. 2015 Update in 19 Countries. Executive Summary (2015). Die Ergebnisse sind auch einsehbar unter www.global100.adl.org.

„Juden halten sich für etwas Besseres als andere Menschen.“	25	43		16	40		17	35		26	44		23	48		15	35		40					
„Die Menschen hassen Juden aufgrund ihres Verhaltens.“	26	37		30	39		22	36		25	37		23	35		19	39		37					
„Juden reden immer noch zu viel über das, was ihnen im Holocaust widerfahren ist.“	39	56		51	59		24	60		46	60		46	52		26	46		57					
Zustimmung zu 6 oder mehr antisemitischen Aussagen	21	68		16	56		17	49		29	56		29	62		12	54		55					

Datenquelle: Anti-Defamation League, ADL GLOBAL 100. 2015 Update in 19 Countries.

Eine weitere internationale Befragung wurde 2008 vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) durchgeführt. An ihr nahmen 8.921 Personen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Schweden teil, darunter 3.344 türkischer und 2.204 marokkanischer Herkunft. Die große Mehrheit der türkischen und marokkanischen Befragten (97 Prozent) bezeichnete sich als Muslime. Der Schwerpunkt der Befragung lag auf Fragen der Integration. Die Stichprobengröße für jedes Land und für jede der drei Gruppen „Einheimische“, „Türkischstämmige“ und „Marokkanischstämmige“ lag zwischen 479 und 661 gültigen Antworten.[17] In Österreich und Schweden wurden keine Marokkaner befragt, da die marokkanischen Communities in diesen Ländern sehr klein sind.[18] Nur eine Frage, „Stimmen Sie zu oder nicht, dass man Juden nicht trauen kann?“, bezog sich direkt auf Antisemitismus. Es wird also nur ein Teilaspekt antijüdischer Einstellungen erfasst. Allerdings ist die Stichprobe der muslimischen Befragten in dieser Erhebung deutlich größer als in den anderen oben genannten internationalen Erhebungen. Ein Vergleich zwischen selbsterklärten Christen (70 Prozent der einheimischen Stichprobe) und selbsterklärten Muslimen zeigt erhebliche Unterschiede. Während die Zustimmung zu

[17] Vgl. Evelyn Ersanilli/Ruud Koopmans, The Six Country Immigrant Integration Comparative Survey (SCIICS) – Technical Report (Juli 2013), in: www.wzb.eu (gelesen am 7. März 2021).

[18] Vgl. Ruud Koopmans, Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups: A Comparison of Muslims and Christians in Western Europe, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 41. Jg., Nr. 1/Januar 2015, S. 33–57.

der Aussage „Den Juden kann man nicht trauen“ unter Christen je nach Land bei etwa 10 Prozent lag, betrug die Zustimmung unter Muslimen zwischen 28 und 64 Prozent. Die Zustimmung variierte auch nach ethnischer und religiöser Zugehörigkeit. Am höchsten war sie bei Sunniten türkischer Herkunft (52 Prozent), gefolgt von Sunniten marokkanischer Herkunft (37 Prozent) und relativ weniger ausgeprägt bei Aleviten türkischer Herkunft (29 Prozent). Interessanterweise erzielten „sehr religiöse, fundamentalistische“ Muslime die höchsten Werte (über 70 Prozent), während weniger als 30 Prozent der „sehr religiösen, nicht-fundamentalistischen“ Muslime der Aussage zustimmten.

Dies deutet darauf hin, dass eine fundamentalistische Auslegung des Islam ein noch wichtigerer Faktor ist als die Religiosität selbst. Rund 20 Prozent der „nicht sehr religiösen“ Muslime glauben, dass man „Juden nicht trauen kann.“[19] Die Studie fand keinen signifikanten Zusammenhang zwischen wahrgenommener Diskriminierung oder rechtlichen Einschränkungen bei der Ausübung des Islam und Fundamentalismus (einschließlich Antisemitismus). Der Soziologe Ruud Koopmans stellte fest, dass demografische und sozioökonomische Variablen zwar Unterschiede innerhalb der beiden religiösen Gruppen erklären können, aber den großen Unterschied zwischen Muslimen und Christen nicht verringern. Innerhalb der muslimischen Gruppe erklären sie außerdem nicht das viel geringere Maß an Fundamentalismus unter den Aleviten.[20] Die befragten Gruppen der türkisch- beziehungsweise marokkanischstämmigen Muslime sind nicht repräsentativ für alle Muslime in Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Schweden, aber sie bilden eine wichtige Gruppe in diesen Ländern und mehr als zwei Drittel der Muslime in Belgien, Deutschland und den Niederlanden.

Das PEW Global Attitudes Project führte vom 4. April bis 4. Mai 2006 eine Umfrage in europäischen Ländern durch. Dies war vor dem Libanonkrieg zwischen Israel und der Hisbollah im Sommer 2006, so dass der Krieg keinen Einfluss auf das Antwortverhalten hatte. In

[19] Ebd., S. 50.
[20] Ebd., S. 51.

Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien wurden muslimische Teilstichproben erhoben. Die Gesamtstichprobengröße lag in jedem Land zwischen 902 und 979, die Fehlertoleranzen zwischen 4 und 6 Prozent. Die Größe der muslimischen Teilstichproben lag zwischen 400 und 413 mit Fehlermargen zwischen 5 und 6 Prozent bei einer Gesamtzahl von 1.627 muslimischen Befragten in den vier Ländern. Die Studie ergab, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Muslime eine negative Einstellung gegenüber Juden haben, in Frankreich, Deutschland und Spanien doppelt so hoch ist wie bei Nicht-Muslimen; in Großbritannien war der Faktor fast sieben. Noch größer ist der Unterschied bei den „sehr negativen" Ansichten über Juden. Im Jahr 2006 war die Wahrscheinlichkeit, dass Muslime eine sehr negative Meinung über Juden hatten, in Frankreich, Deutschland und Großbritannien drei- bis zehnmal höher als bei Nicht-Muslimen. Der Faktor war in Spanien etwas niedriger, wo die negativen Ansichten über Juden unter Muslimen (60 Prozent) und der allgemeinen Bevölkerung (39 Prozent) bei weitem am höchsten waren.[21] Dies steht im Einklang mit anderen Umfragen, die ein hohes Maß an antisemitischen Einstellungen in der spanischen Allgemeinbevölkerung belegen.[22]

Neben den internationalen Umfragen wurden zahlreiche Umfragen in einzelnen Ländern durchgeführt. Ein internationaler Vergleich ist bereits bei einer Erhebung mit einheitlichem Fragebogen aufgrund der unterschiedlichen Kontexte und sprachlichen Konnotationen der Fragen schwierig. Noch schwieriger ist es jedoch, die Ergebnisse von

[21] Vgl. Pew Global Attitudes Project, Europe's Muslims More Moderate. The Great Divide: How Westerners and Muslims View Each Other. Full Dataset (Juni 2006), in: www.pewresearch.org (gelesen am 16.April 2023).

[22] Regelmäßigen Umfragen der Anti-Defamation League (ADL) von 2002 bis 2013 zufolge glauben etwa 50 bis 60 Prozent der spanischen Bevölkerung, dass es wahrscheinlich stimmt, dass „Juden zu viel Macht in der Geschäftswelt haben" und 50 bis 70 Prozent glauben, dass „Juden zu viel Macht auf den internationalen Finanzmärkten haben". Die Global 100-Umfragen der ADL aus den Jahren 2014, 2015 und 2019 zeigen, dass zwischen 28 und 29 Prozent der spanischen Bevölkerung in diesen Jahren sechs oder mehr antisemitischen Stereotypen (von insgesamt 11) zustimmten. Die Zustimmung zu „Juden haben zu viel Macht in der Geschäftswelt" fiel von 50 Prozent im Jahr 2014 auf 45 Prozent im Jahr 2019. Die Zustimmung zu „Juden haben zu viel Macht auf den internationalen Finanzmärkten" blieb mit 49-50 Prozent auf demselben Niveau.

Erhebungen zu vergleichen, die in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeitpunkten mit zum Teil unterschiedlichen Fragestellungen durchgeführt wurden. Die Erhebungen in den einzelnen Ländern werden daher nach Ländern getrennt (in alphabetischer Reihenfolge der Länder) aufgeführt.

5. Belgien

Joël Kotek und Joël Tournemenne führten von Dezember 2018 bis Mai 2019 eine Umfrage an Schulen in Brüssel durch. Von den 115 französischsprachigen Schulen in der Region Brüssel wurden 60 Schulen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Von diesen 60 Schulen waren 38 bereit, an der Studie teilzunehmen. Insgesamt nahmen 1.672 Schüler teil, darunter 451 Atheisten, 217 nicht praktizierende Katholiken, 201 praktizierende Katholiken, 122 nicht praktizierende Muslime und 527 praktizierende Muslime. Muslimische Schüler stimmten bei allen Items mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit antisemitischen Aussagen zu als deren katholische und atheistische Mitschüler, 2,4-mal häufiger im Durchschnitt aller fünf antisemitischen Aussagen.[23]

Dies ergänzt eine frühere Studie unter der Leitung des Soziologen Mark Elchardus. Befragt wurden darin Schüler aus zufällig ausgewählten Klassen von 32 der 42 Regelschulen, die flämischsprachigen Unterricht in der Sekundarstufe anbieten. 2.502 Schüler füllten zwischen Oktober 2009 und April 2010 einen Fragebogen im Rahmen der Studie JOP (Jugendforschungsplattform) 2010 Brussels Monitor aus. 1.967 Schüler machten Angaben zu ihrem religiösen Hintergrund. 25 Prozent waren christlich, 46 Prozent muslimisch (911 Schüler), 24 Prozent atheistisch und 5 Prozent gehörten einer anderen Religion an. Muslime stimmten

[23] Zur Berechnung des Faktors 2,4 wurden die Zustimmungszahlen von Atheisten, praktizierenden und nicht-praktizierende Katholiken sowie die Zustimmungszahlen von praktizierenden und nicht-praktizierend Muslimen zusammengerechnet.

den abgefragten vier antisemitischen Aussagen im Durchschnitt 4,9-mal öfter zu als Nicht-Muslime.[24]

Eine ähnliche Umfrage unter 3.805 Schülern, darunter 1.151 Muslime, wurde 2012 in Gent und Antwerpen durchgeführt und kam zu ähnlichen Ergebnissen. Im Durchschnitt stimmten die muslimischen Teilnehmenden 3,6-mal häufiger antisemitischen Stereotypen zu als nicht-muslimischen Schüler.[25]

6. Bundesrepublik Deutschland

Die bis heute fundierteste Umfrage in Deutschland zur Erfassung von Einstellungen von Muslimen zu Juden wurde vom Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des American Jewish Committee (AJC) Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute durchgeführt. 1.025 deutschsprachige Erwachsene und 561 deutschsprachige erwachsene Muslime wurden vom 22. Dezember 2021 bis 18. Januar 2022 online befragt. Die Auswahl der Stichproben beruhte auf einer zufälligen Auswahl aus Mitgliedern eines Online-Panels. Die Ergebnisse wurden für die deutschsprachige Bevölkerung auf Basis des Mikrozensus 2020 gewichtet. Eine Gewichtung der Ergebnisse für die Stichprobe der Muslime erfolgte auf Grundlage der soziodemographischen Daten der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2020."[26] Die Allensbach Umfrage bestätigte vorangegangene Umfragen. Antisemitische Einstellungen waren unter Muslimen deutlich häufiger verbreitet als in der Bevölkerung insgesamt (s. Tabelle 2), sogar etwas häufiger als unter

[24] Vgl. Mark Elchardus, Antisemitisme in de Brusselse Scholen, in: Nicole Vettenburg/Mark Elchardus/Johan Put (Hrsg.), Jong in Brussel. Bevindingen Uit de Jop-Monitor Brussel, Leuven und Den Haag 2011, S. 265–296, hier 278.

[25] Vgl. Nicole Vettenburg/Mark Elchardus/Johan Put/Stefaan Pleysier, Jong in Antwerpen en Gent. Bevindingen uit de Jop-monitor Antwerpen-Gent, Leuven und Den Haag 2013, hier S. 191. Es wurden acht Items verwendet von denen zwei positive Aussagen über Juden sind. Zur Berechnung des Faktors wurde die Ablehnung dieser Aussagen verwendet.

[26] Vgl. Pfündel/Stichs/Tanis, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), Muslimisches Leben in Deutschland 2020 (Anm. 8).

AfD Anhänger.[27] Im Durchschnitt stimmten Muslime 2,2-mal häufiger als Nicht-Muslime den neun Aussagen zu, die Rückschlüsse auf antisemitische Haltungen zulassen (invertiert bei der Frage ob Juden zu Unrecht attackiert werden).

Tabelle 2. Zustimmung zu Aussagen, die Rückschlüsse auf antisemitische Haltungen zulassen, Dezember 2021 – Januar 2022, Gesamtbevölkerung und Muslime in Deutschland.

Zustimmung zu Aussagen, die Rückschlüsse auf antisemitische Haltungen zulassen (in Prozent)	Bevölkerung insgesamt	Muslime
„Die Juden halten eng zusammen."	65	63
„Juden werden ungerechtfertigt angefeindet, wenn es Krisen gibt."	60	39
„Juden nutzen ihren Status als Opfer des Völkermords im Zweiten Weltkrieg zu ihrem eigenen Vorteil aus."	34	54
„Juden sind reicher als der Durchschnitt der Deutschen."	27	47
„Juden haben zu viel Macht in der Wirtschaft und im Finanzwesen."	23	49
„Juden haben zu viel Macht in der Politik."	18	45
„Juden haben zu viel Macht im Bereich der Medien."	18	46
„Juden sind für viele Wirtschaftskrisen verantwortlich."	11	33
Finden Juden eher unsympathisch.	6	22

Datenquelle: Allensbach Umfrage 2022 im Auftrag des AJC Berlin

Die Studie zeigt, dass ein negatives Bild von Israel mit antisemitischen Einstellungen korreliert. Diese Korrelation ist in der Gesamtbevölkerung stärker als unter Muslimen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass der Antisemitismus unter Muslimen nicht auf negative Einstellungen zu Israel zurückzuführen ist. Unter Muslimen korrelieren antisemitische Einstellungen mit der Häufigkeit des

[27] Vgl. American Jewish Committee Berlin Lawrence/Lee Ramer Institute: Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung durchgeführt von dem Institut für Demoskopie Allensbach, Berlin 2022.

Gottesdienstbesuchs in der Moschee. Während knapp ein Viertel der deutschen Bevölkerung ein schlechtes oder sehr schlechtes Bild von Israel hat, sind dies in der muslimischen Bevölkerung zwei Drittel. Schon eine Umfrage von 1997 gab Hinweise auf einen verbreiteten israelbezogenen Antisemitismus. 33,2 Prozent der befragten türkischstämmigen Jugendlichen glaubten, dass der Zionismus den Islam bedrohe.[28]

Jürgen Mansel und Viktoria Spaiser stellten eine Korrelation zwischen antisemitischen Einstellungen und religiösem Fundamentalismus unter Muslimen fest. 2010 befragten sie 2.404 Schüler unterschiedlicher Herkunft in Bielefeld, Köln, Berlin und Frankfurt, darunter 809 Muslime. Antisemitische Einstellungen in Bezug auf Israel, religiöser Antisemitismus, klassischer Antisemitismus und Gleichsetzungen zwischen Israel und den Nazis waren bei muslimischen und insbesondere arabischen Schülern um ein Vielfaches höher. Religiös begründeter Antisemitismus wurde mit zwei Items erfasst. 15,2 Prozent der Schüler mit türkischem Hintergrund, 18,2 Prozent derjenigen mit arabischem Hintergrund und 20,8 Prozent derjenigen mit kurdischem Hintergrund stimmten der Aussage „In meiner Religion wird davor gewarnt, Juden zu vertrauen“ voll und ganz zu. Nur 2,8 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund stimmten dieser Aussage voll zu. Ebenso stimmten 15,9 Prozent der Schüler mit türkischem Hintergrund, 25,7 Prozent der Schüler mit arabischem Hintergrund und 16,7 Prozent derjenigen mit kurdischem Hintergrund voll und ganz der Aussage zu: „In meiner Religion sind es die Juden, die die Welt ins Unheil treiben.“ Unter Befragten ohne Migrationshintergrund waren dies 2,5 Prozent. Der sekundäre Antisemitismus wurde anhand zweier Items erfasst. Schüler türkischer, nicht jedoch arabischer Herkunft zeigten etwas weniger antisemitische Einstellungen als Schüler ohne Migrationshintergrund bei dem Item „Ich bin es leid, immer wieder von den Verbrechen an den Juden zu hören“. Bei dem anderen Item („Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit heute ihren Vorteil zu

[28] Vgl. Wilhelm Heitmeyer/Joachim Müller/Helmut Schröder, Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland, Frankfurt am Main 1997, hier S. 181 und 271.

ziehen.“) war die Zustimmung unter türkischen und arabischen Jugendlichen jedoch deutlich höher.[29]

In der Analyse des Berlin Monitors, basierend auf einer Berlin-weiten Umfrage im Jahr 2019 mit 2.005 Teilnehmenden, darunter jedoch lediglich 63 Muslime, zeigte sich, dass die Identifizierung als Muslim der relevanteste Prädiktor für Formen des tradierter und israelbezogenen Antisemitismus ist, noch vor Faktoren wie der Unterstützung der AfD, einem niedrigen Bildungstand, einer Verschwörungsmentalität, und einem Migrationshintergrund. Für die erfassten Formen des sekundären Antisemitismus spielte er allerdings keine Rolle.[30] Die Autoren erklären die starke Korrelation zwischen der Identifizierung als Muslim und antisemitischen Einstellungen mit Effekten konservativ-autoritärer Einstellungen im Allgemeinen und wollen dies nicht religiös-muslimisch begründet sehen.[31]

Katrin Brettfeld und Peter Wetzels nahmen ein Item zum Antisemitismus in ihren Fragebogen auf, der von 2.683 Schülern, darunter 500 Muslime, in Köln, Hamburg und Augsburg in den Jahren 2005 und 2006 ausgefüllt wurde. 15,7 Prozent der Muslime mit Migrationshintergrund, 7,4 Prozent der Nicht-Muslime mit Migrationshintergrund und 5,4 Prozent der Nicht-Muslime ohne Migrationshintergrund waren der Meinung, dass „Menschen jüdischen Glaubens überheblich und geldgierig sind.“[32]

Eine weitere Studie, die ebenfalls vom deutschen Innenministerium in Auftrag gegeben wurde, konzentrierte sich auf die Radikalisierung junger Muslime (14-32 Jahre) und befragte 200 deutsche Muslime, 517

---

[29] Vgl. Jürgen Mansel/Victoria Spaiser, Abschlussbericht. Soziale Beziehungen, Konfliktpotentiale und Vorurteile im Kontext von Erfahrungen verweigerter Teilhabe und Anerkennung bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Tabellenanhang, Bielefeld 2010.

[30] Dieser wurde erfasst mit den Zustimmungsraten zu einer Aussage. „Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.“

[31] Vgl. Gert Pickel/Katrin Reimer-Gordinskaya/Oliver Decker, Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie, 2019, hier S. 62–65.

[32] Vgl. Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, Muslime in Deutschland, Berlin 2007, hier S. 274–275.

nicht-deutsche Muslime und eine repräsentative Stichprobe von 206 jungen nicht-muslimischen Deutschen in den Jahren 2009 und 2010. Der Fragebogen enthielt zwei Items zu antisemitischen Einstellungen, die sich beide auf Israel bezogen: (1) „Israel ist allein schuldig an der Entstehung und Aufrechterhaltung der Konflikte im Nahen Osten." und (2) „Es wäre besser, wenn die Juden den Nahen Osten verlassen würden." Etwa 25 Prozent der deutschen und nichtdeutschen Muslime und weniger als 5 Prozent der Nicht-Muslime stimmten beiden Punkten zu. Antisemitische Einstellungen variieren zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen.[33]

In einer Studie aus dem Jahr die 2012 befürworteten die muslimischen Teilnehmenden klassische antisemitische Äußerungen häufiger als Nicht-Muslimen. Die Zustimmung zu sekundärem Antisemitismus, der sich auf den Holocaust bezieht, war etwas schwächer. Die Studie fand primären Antisemitismus bei 12 Prozent der Gesamtbevölkerung und 17 Prozent der Muslimen, 24 Prozent sekundären Antisemitismus in der Gesamtbevölkerung und 21 Prozent unter Muslimen. An der Umfrage nahmen jedoch nur 86 Muslimen aus einer Stichprobe von 2.510 Personen teil, sodass die Differenzen innerhalb der Fehlermarge liegen und daraus keine verallgemeinerbaren Schlüsse gezogen werden können.[34]

Eine Umfrage aus Bayern unter 779 Geflüchteten (84 Prozent muslimisch) aus Syrien, Irak, Eritrea und Afghanistan im Sommer 2016 zeigt deutliche Unterschiede in der antijüdischen Einstellung zwischen muslimischen und christlichen Geflüchteten. Insgesamt stimmten 52 Prozent der syrischen und 54 Prozent der irakischen Befragten der Aussage „Juden haben zu viel Einfluss in der Welt" zu. In der deutschen Bevölkerung schwankten die Zustimmungsraten zu dieser oder ähnlichen Aussagen um das Jahr 2016 herum zwischen 15 und 25 Prozent.[35] Muslimische Geflüchtete stimmten der Aussage mit über 50

[33] Vgl. Wolfgang Frindte u.a., Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, Berlin 2011, hier S. 227–247.

[34] Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012.

[35] Vgl. Deutscher Bundestag. 18. Wahlperiode, Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Berlin 2017, hier S. 55-65.

Prozent deutlich häufiger zu als christliche Geflüchtete mit 22 Prozent.[36]

7. Dänemark

Eine dänische Studie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Aarhus aus dem Jahr 2009 umfasste Interviews mit 1.503 Einwanderern mit türkischem, pakistanischem, somalischem, palästinensischem und (ehemals) jugoslawischem Hintergrund sowie mit 300 autochthonen Dänen. Antisemitisches Gedankengut, abgefragt mit den drei Items, „Man kann nicht vorsichtig genug sein mit dänischen Juden sein.“, „Ich mag es nicht, wenn Familienmitglieder mit einem dänischen Juden verheiratet sind.“, und „Es gibt zu viele Juden in Dänemark.“, war unter Einwanderern weiter verbreitet als unter ethnischen Dänen. Die Zustimmungsraten unter Muslimen zu den ersten zwei Items waren zwischen 52 und 91 Prozent und zwischen 15 und 18 Prozent unter autochtone Dänen. Dass es zu viele Juden in Dänemark gebe, meinten 13 Prozent der Dänen und mindestens 39 Prozent aller muslimischer Gruppen, bis auf die der türkischen Muslime mit 10 Prozent von denen sich jedoch viele bei dieser Frage enthielten. Die Zustimmungsraten waren am höchsten bei pakistanischen und palästinensischen Muslimen, gefolgt von somalischen und türkischen Muslimen und Muslimen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Antisemitische Einstellungen waren relativ weniger verbreitet unter palästinensischen Christen und Christen aus dem ehemaligen Jugoslawien.[37]

8. Frankreich

Das American Jewish Committee (AJC) und die Fondation pour l'innovation politique (Fondapol) beauftragten das Institut français

---

[36] Vgl. Sonja Haug/Edda Currle/Susanne Lochner/Dominik Huber/Amelie Altenbuchner, Asylsuchende in Bayern. Eine quantitative und qualitative Studie. Abschlussbericht, München 2017, hier S. 68–69.

[37] Vgl. Peter Nannestad, Frø af ugræs? Antijødiske holdninger i fem ikke-vestlige indvandrergrupper i Danmark, in: Tonny Brems Knudsen, Jørgen Dige Pedersen und Georg Sørensen (Hrsg.), Danmark og de fremmede: om mødet med den arabisk-muslimske verden, Århus 2009, S. 43–62.

d'opinion publique (Ifop) mit der Durchführung einer Umfrage zu antisemitischen Einstellungen in der französischen Allgemeinbevölkerung und unter Muslimen, die sich auf eine für die französische Bevölkerung repräsentative Stichprobe von 1.509 Befragten und 501 muslimische Befragten stützt, die beide im Dezember 2021 befragt wurden. In Ermangelung von Volkszählungsdaten zu Muslimen basierte die muslimische Stichprobe auf Daten zur Religionszugehörigkeit aus einer nationalen repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2016 mit 15.459 Befragten. Französische Muslime stimmen antisemitischen Aussagen deutlich häufiger zu als die Gesamtbevölkerung, im Schnitt etwa doppelt so häufig, etwa bei der Frage, ob „Juden zu viel Macht in der Wirtschaft und im Finanzenwesen“ haben. 51 Prozent der Muslime und 26 Prozent aller französischen Teilnehmenden stimmten zu. 15 Prozent der Muslime und 5 Prozent der Gesamtbevölkerung gaben zu, eine Antipathie gegen Jüd:innen zu haben. Mehr als ein Drittel der befragten Muslime ist der Meinung, dass zu viel über Antisemitismus gesprochen wird (36 Prozent), gegenüber 15 Prozent in der französischen Bevölkerung insgesamt.[38] Im Durchschnitt stimmten Muslime 1,9-mal häufiger als nicht- Muslime den neun Aussagen zu, die Rückschlüsse auf antisemitische Haltungen zulassen.[39]

Dies bestätigt die Ergebnisse einer früheren Umfrage aus dem Jahr 2014. Das von Fondapol beauftragte Ifop befragte im September 2014 eine repräsentative Stichprobe von 1.005 Personen über 16 Jahren online und im Oktober 2014 eine Stichprobe von 575 Personen muslimischer Herkunft in persönlichen Gesprächen.[40] Ein direkter

[38] Vgl. François Legrand/Simone Rodan-Benzaquen/Anne-Sophie Sebban-Bécache/ Dominique Reynié, Fondapol/AJC (Hrsg.), An Analysis of Antisemitism in France (März 2022), in: www.fondapol.org (gelesen am 17. Januar 2023).

[39] Für die Berechnung des Faktors wurde das Ergebnis bezüglich der Frage ob Juden zu Unrecht attackiert werden invertiert.

[40] Das Ifop Institut ermittelte anhand der Statistiken des Insee (Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsstudien) über die Einwanderung in Frankreich und der empirischen Daten, die in seinen nationalen Umfragen über die Bevölkerung muslimischer Herkunft beobachtet wurden, indikative Quoten (Geschlecht, Alter, Beruf) nach Stratifizierung nach Region und Kategorie des Wohnorts. Bei der Feldarbeit wurden die 16- bis 17-Jährigen überrepräsentiert, um eine ausreichende Anzahl an Befragten zu erhalten, und bei der statistischen

Vergleich zwischen den beiden Stichproben stellt eine methodische Herausforderung dar, da unterschiedliche Erhebungsmethoden verwendet wurden. Die Unterschiede in den Antworten zwischen der repräsentativen Stichprobe für Frankreich und der muslimischen Bevölkerung sind jedoch erheblich. Im Durchschnitt stimmten Muslime 2,4-mal häufiger als nicht-Muslime den sechs abgefragten antisemitischen Aussagen zu. Das heißt, dass die Unterschiede trotz methodischer Unsicherheiten des Vergleichs als signifikant angesehen werden können.[41]

Eine Umfrage von Ipsos im Auftrag der Fondation du Judaïsme français befragte vom 24. Februar bis 9. März 2015 500 Muslime und im Juli 2014 eine repräsentative Stichprobe von 1.005 Personen in Frankreich. Insgesamt 36 Prozent der allgemeinen Bevölkerung und 51 Prozent der Muslime stimmen fünf bis acht antisemitischen Stereotypen zu. Im Durchschnitt meinten Muslime 1,2-mal häufiger als nicht-Muslime, dass die acht abgefragten antisemitischen Aussagen wahr seien. 2,5-mal häufiger hielten Muslime die Aussagen für „vollkommen wahr".[42] Dies schließt die Aussage „Die Juden halten untereinander stark zusammen" mit ein, der 91 Prozent in der Gesamtbevölkerung und 90 Prozent der Muslime zustimmten. Wie auch andere Umfragen durch Inkonsistenz bei dieser oder ähnlich formulierten Aussagen zeigen, ist fraglich, ob diese Aussage geeignet ist, antisemitische Einstellungen zu messen.

Die repräsentative Umfrage des Centre de recherches politiques de Sciences Po (CEVIPOF) aus dem Jahr 2005 mit 1.003 Personen afrikanischer oder türkischer Herkunft und einer Vergleichsstichprobe der französischen Bevölkerung (1.006 Teilnehmende) enthält Angaben zur Religionszugehörigkeit der Teilnehmenden. Insgesamt 59 Prozent der afrikanischen und türkischen Befragten waren Muslime, 15 Prozent

---

Auswertung der Studie wurde diese Gruppe wieder auf ihr tatsächliches Gewicht zurückgesetzt.

[41] Vgl. Dominique Reynié, Fondapol (Hrsg.), L'antisémitisme dans l'opinion publique française. Nouveaux éclairages (November 2014), in: www.fondapol.org (gelesen am 11. April 2021).

[42] Vgl. Brice Teinturier/Etienne Mercier, Perceptions et attentes de la population juive. Le rapport à l'autre et aux minorités. Préparé pour la Fondation du Judaïsme Français (31. Januar 2016), in: www.ipsos.fr (gelesen am 11. April 2023), hier S. 33.

waren Christen und fast 20 Prozent waren ohne Religionszugehörigkeit. Die Wahrscheinlichkeit, dass Personen afrikanischer und türkischer Herkunft antisemitischen Aussagen zustimmen, ist signifikant höher als in der französischen Allgemeinbevölkerung. Es werde zu viel über die Vernichtung der Juden gesprochen, meinten 50 Prozent der afrikanischen und türkischen Befragten und 39 Prozent stimmten der Aussage zu, „Die Juden haben zu viel Macht in Frankreich." In der Allgemeinbevölkerung waren dies 35 beziehungsweise 20 Prozent.[43] Die Studie macht jedoch keine Angaben zur Islamzugehörigkeit unter den Befragten.

9. Großbritannien

Das Institute for Jewish Policy Research führte zwischen dem 28. Oktober 2016 und dem 24. Februar 2017 eine Umfrage in einer Kombination aus persönlichen Interviews und einer Online-Umfrage durch. Insgesamt nahmen 4.005 Personen teil, darunter 995 Muslime. Britische Muslimen stimmen antisemitischen Aussagen 2,6-mal häufiger, beziehungsweise positiven Aussagen über Juden seltener zu als die Allgemeinbevölkerung. Unter religiösen Muslimen war der Faktor 3,4. Neun Prozent der Allgemeinbevölkerung sind stark israelfeindlich eingestellt (Zustimmung zu sieben bis neun israelfeindlichen Aussagen), gegenüber 35 Prozent der muslimischen Bevölkerung. Interessanterweise besteht ein enger Zusammenhang zwischen israelfeindlichen Einstellungen und antisemitischen Einstellungen beziehungsweise dem Fehlen solcher Einstellungen. 74 Prozent der Allgemeinbevölkerung und 87 Prozent der Muslime, die eine stark israelfeindliche Einstellung haben, zeigen auch antisemitische Einstellungen. Und nur 14 Prozent der Allgemeinbevölkerung und 18 Prozent der Muslime, die keine israelfeindlichen Einstellungen haben, zeigen antisemitische Einstellungen.[44]

---

[43] Vgl. Sylvain Brouard/Vincent Tiberj, Français comme les autres. Enquête sur les citoyens d'origine maghrébine, africaine et turque, Paris 2005, hier S. 100.

[44] Vgl. Daniel L. Staetsky, Jewish Policy Research (Hrsg.), Antisemitism in contemporary Great Britain. A study of attitudes towards Jews and Israel (September 2017), in: www.jpr.org.uk (gelesen am 2. Februar 2023), hier S. 85.

Vom 25. April bis 31. Mai 2015 führte ICM Unlimited im Auftrag von Channel 4 und Juniper Television eine Umfrage durch, an der 1.008 Personen aus der Allgemeinbevölkerung und 1.081 Muslime teilnahmen. Die Umfrage umfasste Fragen zu Diskriminierung, Zugehörigkeit, politischer Gewalt und Einstellungen gegenüber Minderheiten, einschließlich Juden. Antisemitische Einstellungen waren unter Muslimen je nach Item zwei- bis viermal und im Durchschnitt 3,1-mal so weit verbreitet wie in der Bevölkerung insgesamt.[45]

Savanta führte vom 25. November bis 5. Dezember 2019 im Auftrag der Henry Jackson Foundation eine Umfrage mit 750 muslimischen Befragten durch.[46] Drei der Fragen zu antisemitischen Einstellungen ähneln in gewisser Weise einer repräsentativen Umfrage von ICM Unlimited in der britischen Bevölkerung, die vom 6. bis 9. Dezember 2019 unter 2011 Erwachsenen durchgeführt wurde.[47] Die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen war unter den muslimischen Befragten höher (zwischen 32 und 44 Prozent) als in der Allgemeinbevölkerung (zwischen 14 und 24 Prozent). Ein direkter Vergleich der beiden Umfragen ist jedoch kaum möglich, da selbst Nuancen in den Fragen, die Reihenfolge der Fragen, die Skala und die Menge der möglichen Antworten neben anderen Faktoren das Ergebnis erheblich beeinflussen können.

Eine der zuverlässigsten Erhebungen in Bezug auf die Repräsentativität der Einstellungen britischer Muslime wurde von ICM für Policy Exchange zwischen dem 19. Mai und dem 23. Juli 2016 in persönlichen Interviews durchgeführt. Die Stichprobe ist repräsentativ für Muslime, die in Gebieten leben, in denen mindestens 20 Prozent der Einwohner Muslime sind (gemäß der Volkszählung von 2011), was auf 51,4 Prozent der muslimischen Bevölkerung in Großbritannien zutrifft. Die Daten wurden so gewichtet, dass sie für Muslime repräsentativ sind, und zwar nach Alter, Geschlecht, Arbeitsstatus, Region und ob sie in

[45] Vgl. ICM Unlimited, Survey of Muslims 2015 (April 2016), in: https://www.icmunlimited.com (gelesen am 1. März 2023).

[46] Vgl. Rakib Ehsan, The Henry Jackson Society (Hrsg.), Muslim Anti-Semitism in Contemporary Great Britain, London 2020.

[47] Vgl. ICM Unlimited, Islamophobia and Anti-Semitism Poll (Dezember 2019), in: www.icmunlimited.com (gelesen am 14. April 2023).

Großbritannien geboren sind oder nicht. Sie beruhen auf 3.040 Interviews mit einer Fehlermarge von 1,8 Prozent bei einem Konfidenzintervall von 95 Prozent. Am 24. und 25. August 2016 wurde eine „Kontrollumfrage“ in der Gesamtbevölkerung durchgeführt, die auf Interviews mit einer repräsentativen Online-Stichprobe von 2.047 britischen Erwachsenen basierte. Die Umfrage enthielt jedoch nur eine Frage, die Rückschlüsse auf die Einstellung britischer Muslime gegenüber Juden zulässt, nämlich eine verschwörerische Denkweise über 9/11, wobei ein relativ großer Prozentsatz die amerikanische Regierung oder Juden dafür verantwortlich machte und nicht die mit Al-Qaida verbundenen Terroristen, siehe Abbildung 1.

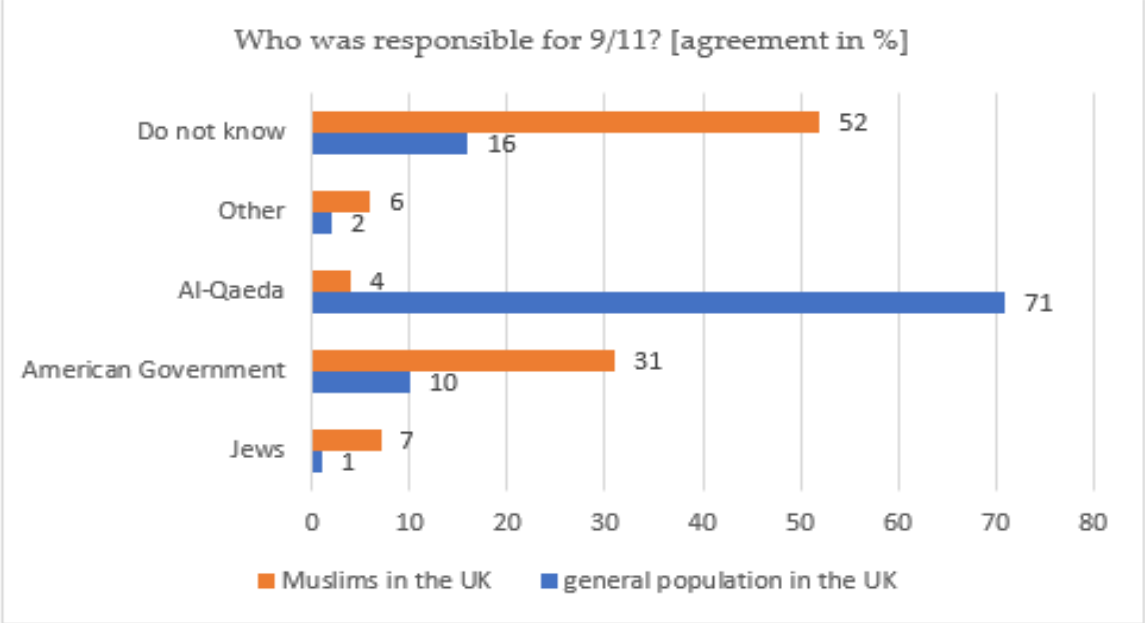

Abbildung 1. Ansichten zu den Terroranschlägen vom 11. September 2016, muslimische und allgemeine Bevölkerung im Vereinigten Königreich.[48]

10. Norwegen

Das norwegische Zentrum für Studien zum Holocaust und religiösen Minderheiten gab Ende 2017 eine Studie heraus, die eine Umfrage mit muslimischen (N=586) und jüdischen (N=162) Stichproben sowie eine Stichprobe der Gesamtbevölkerung (n=1,575) enthielt. Eine weitere

[48] Vgl. Martyn Frampton/David Goodhart/Khalid Mahmood, Unsettled Belonging: A survey of Britain’s Muslim communities, London 2016.

Umfrage mit 821 muslimischen, 134 jüdischen und 1,653 Befragten aus der Gesamtbevölkerung wurde Ende 2021 und Anfang 2022 erhoben. Die muslimische Stichprobe wurde anhand von Einwanderungsdaten aus dem norwegischen Nationalregister nach Herkunftsland, Geschlecht und Alter geschichtet. Beide Umfragen versuchten, antisemitische Einstellungen in drei Dimensionen zu erfassen: kognitive Vorurteile, soziale Distanzierung und affektive Ablehnung von Juden. Muslime stimmten 2021/22 neun antisemitischen Aussagen im Schnitt 1,9-mal (2,1 in 2017) häufiger zu, distanzierten sich 1,1-mal (1,2 in 2017) häufiger von möglichen jüdischen Freunden oder Nachbarn und gaben 1,3-mal (1,2 in 2017) häufiger eine offene Abneigung gegen Juden zu als die allgemeine Bevölkerung. Hinsichtlich der Frage, ob sie eine Abneigung gegen Juden verspürten, sahen sich 26 Prozent (36 Prozent in 2017) der muslimischen Befragten und 10 Prozent (11 Prozent in 2017) der Allgemeinbevölkerung außerstande, eine Antwort zu geben.[49]

11. Österreich

Ifes, Demox Research und Telemark führten 2018 eine Studie mit drei Stichproben durch. Die erste Stichprobe ist repräsentativ für die österreichische Bevölkerung. Sie wurde teilweise persönlich (694 Befragte) und teilweise telefonisch (1.434 Befragte) durchgeführt. Die zweite Stichprobe umfasste 302 türkischsprachige Befragte und die dritte Stichprobe umfasste 301 arabischsprachige Befragte. Die Interviews wurden per Telefon geführt. Alle Interviews fanden im November oder Dezember 2018 statt. Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, wie viele der türkisch- und arabischsprachigen Befragten Muslime waren. Obwohl es wahrscheinlich ist, dass sich die große Mehrheit als muslimisch betrachtet, ist Vorsicht bei der Interpretation dieser Ergebnisse geboten. Türkisch- und arabischsprachige Befragte stimmten 16 antisemitischen Aussagen mit größerer Wahrscheinlichkeit zu als Befragte aus der Allgemeinbevölkerung, mit einem Faktor von 2,5 bei türkischsprachigen und 2,3 bei

[49] Vgl. Vibeke Moe, Center for Holocaust and Minority Studies (Hrsg.), Attitudes Towards Jews and Muslims in Norway 2022. Population survey, minority survey and youth study, Oslo 2023.

arabischsprachigen Befragten.[50] Eine Folgestudie mit einem für Österreich repräsentativen Sample von 2000 Personen sowie 974 Personen mit türkischem oder arabischen Migrationshintergrund kam zu ähnlichen Ergebnissen. Letztere stimmten im Durchschnitt 15 antisemitischen Aussagen 2,2-mal häufiger zu als die Gesamtbevölkerung. Die Befragungen fanden im November und Dezember 2022 statt.[51]

Im Auftrag der Stadt Wien wurden Einstellungen von Jugendlichen in Jugendeinrichtungen erfasst. Die Befragung fand zwischen November 2014 und Mitte Januar 2015 in 30 Wiener Jugendeinrichtungen mit 401 Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren statt, darunter 213 Muslime. Insgesamt 7 Prozent der katholischen, 27 Prozent der christlich-orthodoxen und 47 Prozent der muslimischen Befragten gaben an, ein negatives oder sehr negatives Bild von Juden zu haben.[52]

12. Schweden

Drei große Umfragen in Schweden geben Aufschluss über die Einstellung der Muslime zu Juden. Im Rahmen eines Kooperationsprojekts zwischen dem Schwedischen Rat für Verbrechensverhütung (BRÅ) und dem Forum für lebendige Geschichte (Forum för Levende Historia) wurde im Herbst 2003 eine Umfrage zu Islamophobie, Homophobie und allgemeiner Intoleranz unter Schülern durchgeführt. Insgesamt nahmen 10.246 Schüler an der Umfrage teil, darunter 571 Muslime. Neben anderen Themen beantworteten die Schüler Fragen zu verschiedenen Ansichten über Juden, aus denen die Autoren einen Index zur Einstellung gegenüber Juden entwickelten. Nur 5,8 Prozent der Schüler insgesamt und 8,3

---

[50] Vgl. Eva Zeglovits/Paul Unterhuber/Franz Sommer, Antisemitismus in Österreich 2018 (März 2019), in: www.antisemitismus2018.at (gelesen am 27. Februar 2023).

[51] Vgl. Eva Zeglovits und Evelyn Dawid, Antisemitismus 2022. Gesamtergebnisse. Langbericht. Studie im Auftrag des österreichischen Parlaments (März 2023), in: www.parlament.gv.at (gelesen am 25. April 2023).

[52] Vgl. Irina Scheitz/Philipp Schnell/Caroline Nik Nafs/Kenan Güngör/Florian Riffer, Jugendliche in der offenen Jugendarbeit. Identitäten, Lebenslagen & abwertende Einstellungen, Wien 2016.

Prozent der muslimischen Schüler erzielte auf der Intoleranzskala dieses Index hohe Werte.[53]

Zwei Jahre später beauftragten dieselben Organisationen das Statistische Amt Schwedens (SCB) mit der Stichprobenziehung und Datenerhebung für eine Umfrage über antisemitische Einstellungen in der schwedischen Bevölkerung. Von März bis Mai 2005 wurde eine Zufallsstichprobe von Personen im Alter zwischen 16 und 75 Jahren in Schweden per Postumfrage befragt. 2.956 Antworten gingen ein, 528 von Personen zwischen 16 und 18 Jahren und 2.428 von Erwachsenen. Die Teilstichprobe der Muslime war sehr klein. Nur 24 muslimische Jugendliche und 46 muslimische Erwachsene beantworteten die Umfrage und die Fragen zu antisemitischen Einstellungen. Die muslimischen Teilnehmenden erzielten jedoch in allen Antisemitismus-Indizes höhere Werte als Christen und Atheisten, einschließlich der Indizes für antisemitische Einstellungen in Bezug auf den Holocaust, die Schuldzuweisung an Juden für Antisemitismus, Vorstellungen von Macht und Einfluss, Antisemitismus in Bezug auf Israel und eine Frage zur hypothetischen Zustimmung zu einer jüdischen Person als Schwedens Ministerpräsident.[54]

Das schwedische Forum für lebendige Geschichte führte im Schuljahr 2009/2010 eine weitere Umfrage unter 4.674 Schülern in 154 Sekundarschulen im ganzen Land durch, darunter 7 Prozent muslimische Schüler. Die Studie umfasst einen Index der Einstellungen gegenüber Juden in drei vereinfachten Kategorien: positiv, ambivalent und negativ, basierend auf der Zustimmung/Ablehnung antisemitischer Aussagen. Die Mehrheit der muslimischen Schüler (55 Prozent) hat eine negative Einstellung zu Juden, im Gegensatz zu 12 Prozent der Christen, die der schwedischen Kirche angehören, 26 Prozent der

[53] Vgl. Jonas Ring/Scarlett Morgentau, Forum för levande historia (Hrsg.), Intolerans: antisemitiska, homofobiska, islamofobiska och invandrarfientliga tendenser bland unga, Stockholm 2004, hier S. 134.

[54] Vgl. Henrik Bachner/Jonas Ring, Forum för levande historia (Hrsg.), Antisemitiska attityder och föreställningar i Sverige, Stockholm 2005.

anderen christlichen Schüler und 18 Prozent der Schüler ohne Religionszugehörigkeit.[55]

13. Vereinigte Staaten von Amerika

2017 gab die Anti-Defamation League (ADL) eine Umfrage zum Thema Antisemitismus in den USA in Auftrag. Anzalone Liszt Grove führte die Umfrage im Januar und Februar desselben Jahres mit einer repräsentativen Stichprobe von 3.600 Amerikanern und einer Stichprobe von 805 amerikanischen Muslimen durch. Die Fehlermarge für die US-amerikanische Allgemeinbevölkerung betrug 1,6 Prozent und die Fehlermarge für die muslimische Bevölkerung der USA 3 Prozent. Insgesamt stimmten 6 Prozent der US-amerikanischen Allgemeinbevölkerung und 38 Prozent der muslimischen Bevölkerung sechs oder mehr der elf antisemitischen Aussagen zu. 4 Prozent der US-Bevölkerung und 10 Prozent der befragten muslimischen Bevölkerung gaben an, dass sie ein negatives Bild von Juden haben. Die überwältigende Mehrheit, 86 Prozent der allgemeinen Bevölkerung und 80 Prozent der muslimischen Bevölkerung, gab an, eine positive Einstellung zu Juden zu haben. Im Durchschnitt stimmten jedoch Muslime 4,2-mal häufiger als Nicht-Muslime den elf abgefragten antisemitischen Aussagen zu. Der zusätzlichen Frage zur Shoah „Der Holocaust hat stattgefunden, aber die Zahl der dabei umgekommenen Juden ist von der Geschichte stark übertrieben worden," stimmten 20 Prozent der Muslime und 5 Prozent der allgemeinen Bevölkerung zu.[56]

Eine spätere Umfrage zeigt ähnliche Ergebnisse für negative Einstellungen gegenüber Juden, allerdings mit einem allgemeinen Anstieg der Ablehnung. Die Democracy Fund + UCLA Nationscape-Umfrage, die in mehreren Wellen von Mitte 2019 bis Anfang 2021

[55] Vgl. Birgitta Löwander/Anders Lange, The Living History Forum (Hrsg.), The Many Faces of Intolerance. A study of upper secondary school students' attitudes in Sweden in the 2009/2010 school year, Stockholm 2011.

[56] Die Umfrageergebnisse wurden bisher nur teilweise in einer Pressemitteilung des ADL veröffentlicht. Anti-Defamation League (ADL), In First, New ADL Poll Finds Majority of Americans Concerned About Violence Against Jews and Other Minorities, Want Administration to Act | ADL, vom 6. April 2017, in: www.adl.org (gelesen am 25. April 2023). Die Zahlen basieren auf Rohdaten der Umfrage, die der Autor erhalten hat.

durchgeführt wurde, umfasste 341.481 Befragte, von denen 4.704 Muslime waren, die auf die Frage nach Einstellungen gegenüber Juden antworteten. 11 Prozent der Gesamtbevölkerung und 26 Prozent der muslimischen Befragten hatten ein negatives Bild von Juden.[57]

Das Institute for Social Policy and Understanding führte 2022 eine Umfrage unter 807 Muslimen und 1001 Personen aus der amerikanischen Bevölkerung zu Einstellungen zur Boykott-, Disenvest- und Sanktionskampagne gegen Israel durch. 52 Prozent der muslimischen Befragten und 24 Prozent in der allgemeinen Bevölkerung hatten zuvor von der Kampagne gehört. Unter diesen unterstützten 57 Prozent der muslimischen Befragten die Kampagne im Gegensatz zu 20 Prozent in der allgemeinen Bevölkerung.[58]

14. Signifikante Faktoren für antisemitische Haltungen unter Muslimen

Einige Umfragen geben Hinweise auf Faktoren für antisemitische Einstellungen, indem sie mögliche Korrelationen mit demografischen und sozioökonomischen Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltseinkommen oder Korrelationen mit anderen Einstellungen wie der Religiosität untersuchen. Bei nicht-muslimischen Befragten korreliert in den meisten Ländern eine niedrigere Bildung, ein höheres Alter und das männliche Geschlecht positiv mit antisemitischen Einstellungen.[59] Dies ist bei muslimischen Befragten nur zum Teil der Fall.

---

[57] Die vollständigen Daten können unter www.voterstudygroup.org abgerufen werden (gelesen am 19. April 2023). Ich bin Jeffrey Cohen dankbar für die Bereitstellung der relevanten Teilmenge der Daten in: www.dataverse.harvard.edu (gelesen am 21. April 2023).

[58] Erum Ikramullah/Youssef Chouhoud, American Muslim Poll 2022. Early Release Data. The majority of Americans view laws that penalize the boycott of Israel as an infringement on constitutional right (15. Juni 2022), in: www.ispu.org (gelesen am 15. April 2023).

[59] Vgl. Zeglovits/Unterhuber/Sommer, Antisemitismus in Österreich 2018 (Anm. 50), S. 10–39; Savanta Communicate Research for CNN: Anti-Semitism in Europe Poll, 2018 (10.7.2019), in: www.comresglobal.com (gelesen am 21. April 2023); Anti-Defamation League, ADL GLOBAL 100. 2019 Update in 18 Countries (Anm. 15).

Der größte Korrelationsfaktor für antisemitische Einstellungen in allen Erhebungen mit muslimischen und nicht-muslimischen Stichproben ist die muslimische Identität. Einige demografische und sozioökonomische Variablen können zwar Unterschiede innerhalb beider Gruppen erklären, nicht aber die Unterschiede im Ausmaß antisemitischer Einstellungen zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen. Mit anderen Worten: Eine Untersuchung mittels Kovarianzanalysen, inwieweit die Unterschiede in den Einstellungen durch soziodemografische Merkmale zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen verursacht werden, ergibt, dass die Unterschiede in den antijüdischen Einstellungen auch dann bestehen bleiben, wenn soziodemografische Daten berücksichtigt werden.[60] In einer amerikanischen Umfrage, die eine Frage zur wahrgenommenen Diskriminierung von Juden und eine Frage zu positiven oder negativen Ansichten über Juden enthielt, fand der Politikwissenschafter Jeffrey Cohen einige Unterschiede innerhalb der muslimischen Stichprobe. Sich als Muslim zu identifizieren, im Ausland geboren zu sein, eine pessimistische Meinung zur Wirtschaftsentwicklung zu haben und die Wichtigkeit von Religion scheinen einen negativen Effekt zu haben. Weiblich und jünger zu sein, scheint sich dagegen positiv auszuwirken und korreliert mit geringeren antisemitischen Einstellungen.[61]

Alter: Junge Muslime neigen dazu, antisemitische Ansichten seltener zu vertreten als ältere Muslime, aber die Daten hierzu sind spärlich und nicht ganz eindeutig. In einer Umfrage aus Frankreich aus dem Jahr 2021 waren 34 Prozent der 18- bis 24-jährigen Muslime der Meinung, dass „Juden zu viel Macht in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen haben." Dieser Prozentsatz stieg sukzessive auf 59 Prozent in der Altersgruppe 50+.[62] Eine Studie aus Deutschland zeigte jedoch, dass sowohl muslimische als auch nicht-muslimische Befragte im Alter von

---

60 Vgl. Koopmans, Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups (Anm. 18); Frindte u.a., Lebenswelten junger Muslime (Anm. 32), S. 226; Vgl. Haug/Currle/Lochner/Huber/Altenbuchner, Hans-Seidel-Stiftung (Hrsg.). Asylsuchende in Bayern (Anm. 36); Jeffrey E. Cohen, American Muslim Attitudes toward Jews, in: Religions 13. Jg. Nr. 5/Mai 2022 (online: www.mdpi.com).

61 Vgl. Cohen, American Muslim Attitudes toward Jews (Anm. 60).

62 Vgl. Legrand/Rodan-Benzaquen/ Sebban-Bécache/Reynié, Fondapol/AJC (Hrsg.), An Analysis of Antisemitism in France (Anm. 38), S. 21.

14 bis 25 Jahren ein höheres Maß an Antisemitismus aufwiesen als Befragte im Alter von 26 bis 32 Jahren.[63]

Bildung: Was den Einfluss der Bildung angeht, ist das Bild ebenfalls nicht eindeutig. In einer französischen Umfrage waren die niedrigsten Zustimmungswerte zu der Frage „Haben Juden zu viel Macht in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen?“ unter Muslimen mit einer zweijährigen Universitätsausbildung (DEUG) zu finden. Diejenigen mit einem höheren oder niedrigeren Abschluss hatten höhere Zustimmungswerte. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Zustimmung bei Angestellten geringer und bei Muslimen im Management oder im „gehobenen intellektuellen Bereich“ um 10 Prozent höher lag. Befragte, die angaben, beruflich nicht aktiv zu sein, lagen nur 2 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Zustimmungsniveau.[64] Eine ADL-Umfrage aus dem Jahr 2015 ergab, dass im Gesamtdurchschnitt der 19 untersuchten Ländern, die auch die mehrheitlich muslimischen Länder Iran und Türkei umfassen, ein höheres Bildungsniveau unter Muslimen einhergeht mit einer höheren Wahrscheinlichkeit antisemitischen Aussagen zuzustimmen. Das Gegenteil ist der Fall bei Christen und Atheisten. In den sechs untersuchten europäischen Ländern, in denen Daten zu Einstellungen unter Muslimen erhoben wurden, sank jedoch mit steigendem Bildungsniveau (beziehungsweise Alter beim Beenden der Schullaufbahn) die Wahrscheinlichkeit, antisemitischen Aussagen zuzustimmen.[65]

Geschlecht: Ähnlich wie bei nicht-muslimischen Befragten ist die Wahrscheinlichkeit, dass männliche muslimische Befragte antisemitische Ansichten vertreten, höher als bei weiblichen Befragten. In einer Umfrage in Brüssel machten 32 Prozent der muslimischen Schüler und 25 Prozent der muslimischen Schülerinnen den Mossad und die CIA für die Terroranschläge vom 11. September 2001 verantwortlich. Dagegen waren 21 Prozent der muslimischen Schüler

---

63 Vgl. Frindte u.a., Lebenswelten junger Muslime (Anm. 33), S. 224.

64 Vgl. Legrand/Rodan-Benzaquen/ Sebban-Bécache/Reynié, Fondapol/AJC (Hrsg.), An Analysis of Antisemitism in France (Anm. 38), S. 21.

65 Vgl. Anti-Defamation League, ADL GLOBAL 100. 2015 (Anm. 16), S. 18 und 42.

der Meinung, dass der Holocaust übertrieben wurde.[66] In Frankreich waren 53 Prozent der männlichen und 48 Prozent der weiblichen muslimischen Befragten der Meinung, dass „Juden zu viel Macht in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen haben."[67]

Nationale Herkunft und erste und zweite Generation: Einige Umfragen deuten darauf hin, dass die nationale Herkunft von Muslimen ein wichtiger Faktor für antisemitische Einstellungen ist. Pakistanische und palästinensische Muslime in Dänemark stimmen antisemitischen Aussagen mit größerer Wahrscheinlichkeit zu als somalische und türkische Muslime. Muslime aus dem ehemaligen Jugoslawien sind die muslimische Gruppe, die antisemitischen Aussagen am wenigsten zustimmt; sie stimmen jedoch eher zu als palästinensische Christen und Christen aus dem ehemaligen Jugoslawien.[68] Koopman stellte in seiner Umfrage in sechs europäischen Ländern fest, dass das Misstrauen gegenüber Juden mit ethnischen Hintergründen und unterschiedlichen islamischen Ausrichtungen korreliert. Am höchsten war es bei Sunniten türkischer Herkunft (52 Prozent stimmten zu, dass man „Juden nicht trauen kann"), gefolgt von Sunniten marokkanischer Herkunft (37 Prozent) und relativ weniger ausgeprägt bei Aleviten türkischer Herkunft (29 Prozent).[69] Eine Umfrage unter 1.129 Muslime in Österreich ergab je nach Frage erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen muslimischen Gruppen. Mehr als 80 Prozent der Befragten fast aller ethnischer Herkünfte gaben an, sie hätte keine Probleme damit, jüdische Nachbarn zu haben. Somalier bildeten die Ausnahme. 38 Prozent stimmten der Aussage keine jüdischen Nachbarn zu wollen „sehr" zu. Deutlich mehr Uneinigkeit herrschte über das antisemitische Stereotyp des jüdischen Einflusses in der Welt. Mehr als 60 Prozent der in Syrien und in der Türkei Geborenen stimmten zu, im Gegensatz zu 18 Prozent unter Iranern und 35 Prozent

---

66 Vgl. Joël Kotek/Joël Tournemenne/Iannis Roder, Fondation Jean-Jaures (Hrsg.), Libéralisme culturel, conservatisme et antisémitisme : en immersion chez la jeunesse belge (26. November 2020), in: www.jean-jaures.org (gelesen am 21. Januar 2023), hier S. 42.

67 Vgl. Legrand/Rodan-Benzaquen/ Sebban-Bécache/Reynié, Fondapol/AJC (Hrsg.), An Analysis of Antisemitism in France (Anm. 38), S. 21.

68 Vgl. Nannestad, Frø af ugræs? (Anm. 37), S. 50.

69 Vgl. Koopmans, Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups (Anm. 18), S. 48.

unter Bosniern. Die Studie ergab jedoch auch, dass das Ausmaß des Antisemitismus in der zweiten Generation geringer ist als in der ersten Generation, sowohl bei den bosnischen als auch bei den türkischen Befragten.[70] Koopmans kam zu ähnlichen Ergebnissen. In seiner Studie über Muslime in sechs Ländern glauben weniger als 40 Prozent der Muslime der zweiten Generation, dass man Juden nicht trauen kann, während es bei den Muslimen der ersten Generation über 47 Prozent waren.[71] Frindte u.a. fanden keine statistisch relevanten Unterschiede im Ausmaß der antisemitischen Einstellungen zwischen Muslimen in Deutschland mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Muslime, die in den Balkanländern, Afghanistan, Irak, Iran oder Pakistan geboren wurden, äußerten sich weniger häufig antisemitisch als Muslime, die in Deutschland, der Türkei, (Nord-)Afrika oder im Nahen Osten geboren wurden.[72]

Islamische Praxis und Religiosität: Einige Umfragen zeigen eine positive Korrelation zwischen antisemitischen Einstellungen und islamischer Praxis und Religiosität. Die Umfrage von Kotek/Tournemenne/Roder unter französischsprachigen Schülern in Brüssel zeigt, dass praktizierende Muslime je nach Frage mit etwas höherer Wahrscheinlichkeit antisemitisch eingestellt sind als nicht praktizierende Muslime. Das Gleiche gilt für praktizierende und nicht praktizierende Katholiken.[73] Koopmans unterscheidet zwischen „sehr religiösen, fundamentalistischen“, „sehr religiösen, nicht-fundamentalistischen“ und „nicht sehr religiösen“ Muslimen. In der ersten Gruppe war das Misstrauen gegenüber Juden am größten (über 70 Prozent). Weniger als 30 Prozent der „sehr religiösen, nicht-fundamentalistischen“ Muslime und etwa 20 Prozent der „nicht sehr

[70] Vgl. Peter Filzmaier/Flooh Perlot, Muslimische Gruppen in Österreich. Einstellungen von Flüchtlingen, ZuwanderInnen und in Österreich geborenen MuslimInnen im Vergleich, Wien 2017, hier S. 36.

[71] Vgl. Koopmans, Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups (Anm. 18), S. 47.

[72] Vgl. Frindte u.a., Lebenswelten junger Muslime (Anm. 33), S. 220 und 228–229.

[73] Vgl. Kotek Tournemenne/Roder, Fondation Jean-Jaures (Hrsg.), Libéralisme culturel (Anm. 66), S. 45.

religiösen“ Muslime glauben, dass man Juden nicht trauen könne.[74] Die Fondapol Studie aus Frankreich von 2014 zeigt einen starken Zusammenhang. 60 Prozent der gläubigen und praktizierenden Muslime, 43 Prozent der gläubigen Muslime und 30 Prozent der Befragten muslimischer Herkunft stimmten mindestens vier von sechs antisemitischen Aussagen zu. Der Durchschnitt bei der Bevölkerung insgesamt lag bei 15 Prozent.[75] Die Allensbach Umfrage von 2022 in Deutschland stellte einen ähnlichen Zusammenhang fest. Muslime, die häufig den Gottesdienst besuchen, stimmen signifikant häufiger antisemitischen Aussagen zu als Muslime, die nur gelegentlich, selten, oder nie einen islamischen Gottesdienst besuchen.[76]

In einigen Umfragen wurden Unterschiede zwischen Sunniten, Schiitten und Aleviten festgestellt. Ein wissenschaftliches Team um Frindte fand Unterschiede zumindest bei einem der abgefragten Items. Während 48 Prozent der schiitischen und 42 Prozent der sunnitischen Befragten der Aussage zustimmten, dass „Israel allein für die Entstehung und Aufrechterhaltung der Konflikte im Nahen Osten verantwortlich ist“, waren nur 10 Prozent der alevitischen Befragten dieser Meinung.[77]

Kontakte zu Juden: Eine ADL-Umfrage aus dem Jahr 2015 stellte eine Korrelation zwischen Kontakten zu Juden und geringeren antisemitischen Einstellungen fest.[78] Eine Studie aus Frankreich hingegen kam zu einem weniger klaren Ergebnis. In der Gesamtbevölkerung und unter Muslimen stimmten Befragte mit persönlichen Verbindungen zu Juden zwar etwas weniger häufig antisemitischen Aussagen zu. Allerdings lehnten Befragte ohne persönliche Verbindungen zu Juden häufiger als andere antisemitischen Aussagen ab. Außerdem konnten Unterschiede festgestellt werden, je nachdem ob die persönlichen Verbindungen eher im engen Freundeskreis, im Bekanntenkreis, bei Familienmitgliedern oder unter

[74] Vgl. Koopmans, Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups (Anm. 18).
[75] Vgl. Reynié, L’antisémitisme dans l’opinion publique française (Anm. 41).
[76] Vgl. American Jewish Committee Berlin Lawrence/Lee Ramer Institute, Antisemitismus in Deutschland, (Anm. 27).
[77] Vgl. Frindte u.a., Lebenswelten junger Muslime (Anm. 33), S. 240.
[78] Vgl. Anti-Defamation League, ADL GLOBAL 100. 2015 (Anm. 16), S. 46.

Kollegen vorhanden sind. Muslime, die Juden unter ihren engen Freunden zählten, stimmten seltener antisemitischen Aussagen zu und lehnten häufiger antisemitische Aussagen ab als Muslime, die Juden im Bekannten- oder Kollegenkreis haben.[79]

15. Schlusswort und Zusammenfassung

Diese Übersicht basiert auf 33 Umfragen aus 16 europäischen Ländern und den USA, die Stichproben von Muslimen und in den meisten Fällen Vergleichsstichproben aus der Gesamtbevölkerung enthalten. Die Gesamtzahl der befragten Muslime beläuft sich auf über 35.000.

Auch wenn einige der Umfragen Schwächen aufweisen, lassen sich doch sehr klare Tendenzen erkennen. Muslime in Europa und den USA stimmen antisemitischen Aussagen mehr als doppelt so häufig zu wie die Gesamtbevölkerung. Diese Tendenz zeigt sich bei fast allen Items und in allen Themenbereichen, auch bei Fragen zum sogenannten sekundären Antisemitismus. Die Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen schwanken je nach Erhebungsdesign und Fragestellung, liegen aber in den meisten Erhebungen zwischen 30 und 50 Prozent. Es ist also davon auszugehen, dass für einen großen Teil der Muslime, wenn auch längst nicht für alle, antisemitische Interpretationen zur Norm im sozialen Umfeld gehören. Dies birgt nicht nur ein erhöhtes Risiko der Umsetzung antisemitischer Einstellungen in Handlungen, sondern auch eine erhöhte Anfälligkeit für islamistisches Gedankengut, das Antisemitismus mit einer politisch aufgeladenen islamischen Identität verbindet. Kernelement des radikalen Islamismus ist ein verschwörungstheoretisches Weltbild, das suggeriert, Muslime seien weltweit in Gefahr und müssten vor jüdischen Machenschaften geschützt werden. Wo ein verschwörungs-theoretisches Weltbild bereits vorherrscht, können islamistische Gruppen dieses mit einer muslimisch-identitären Aufladung zur Mobilisierung und Radikalisierung nutzen.

Einige Umfragen liefern Hinweise auf Faktoren für antisemitische Einstellungen unter Muslimen, indem sie mögliche Korrelationen mit demografischen und sozioökonomischen Faktoren untersuchen. Der

[79] Vgl. Reynié, L'antisémitisme dans l'opinion publique française (Anm. 41).

wichtigste Korrelationsfaktor für antisemitische Einstellungen ist jedoch die muslimische Identität. Während demografische und sozioökonomische Variablen Unterschiede innerhalb der Muslime und der Allgemeinbevölkerung erklären können, erklären sie nicht die Unterschiede zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen.

Alter, niedrige formale Bildung und die Identifikation mit dem männlichen Geschlecht korrelieren in der Gesamtbevölkerung in den meisten Ländern positiv mit antisemitischen Einstellungen, bei Muslimen ist dies jedoch nur teilweise der Fall. Die Daten zum Einfluss des Alters sind nicht eindeutig. Auch wenn junge Muslime tendenziell weniger häufig antisemitische Ansichten vertreten als ältere, zeigt zumindest eine Umfrage eher Schwankungen je nach Altersgruppe. Musliminnen weisen nur in wenigen Umfragen geringere antisemitische Einstellungen auf als Muslime. Ein unklares Bild ergibt sich auch bei der Frage nach dem Einfluss der Bildung. Bei muslimischen Befragten korreliert ein höheres Bildungsniveau nicht unbedingt mit geringeren antisemitischen Einstellungen, sondern erhöht diese in einigen Umfragen sogar.

Auch die ethnische oder nationale Herkunft kann eine Rolle spielen. Beispielsweise sind pakistanische und palästinensische Muslime in Dänemark mit größerer Wahrscheinlichkeit antisemitisch eingestellt als somalische und türkische Muslime. Studien deuten auch darauf hin, dass eine fundamentalistische Auslegung des Islam ein wesentlicher Faktor für den höheren Grad an Antisemitismus unter Muslimen ist. Mehrere Studien haben eine starke Korrelation zwischen antisemitischen Einstellungen und islamischer Praxis, der Häufigkeit von Moscheebesuchen oder Religiosität festgestellt. Ob dies auf den Einfluss islamistischer Vereine, die in einigen Moscheen aktiv sind, zurückzuführen ist, sollte weiter untersucht werden.

Antisemitismus ist unter muslimischen Einwanderern der zweiten Generation geringer verbreitet als unter jenen der ersten Generation, was ein Zeichen dafür sein könnte, dass negative Einstellungen gegenüber Juden langfristig abnehmen. Das Ausmaß antisemitischer Einstellungen ist in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit wesentlich höher als unter Muslimen in europäischen Ländern und den

USA.[80] Weitere Forschung zur Identifizierung von Faktoren, die zu einem Rückgang antisemitischer Einstellungen führen, wäre wünschenswert.

Die öffentlichen Diskurse über Juden und Israel sind jedoch in einigen arabischen Ländern spätestens seit den Abraham-Abkommen dynamischer als in den Jahrzehnten zuvor. Während die Dämonisierung Israels und des jüdischen Volkes fester Bestandteil der Diskurse nicht nur von Islamisten, sondern auch von arabischen Nationalisten ist, öffnen sich einige Staaten nun für Reformen in Bezug auf die Beziehungen zu Israel, die eigene jüdische Geschichte und Bildungsreformen, die ein positiveres Bild von Juden beinhalten. Die Umfragen des Arab Barometer, die von Oktober 2021 bis Juli 2022 durchgeführt wurden, zeigen, dass sich das Bild von Israel in den Ländern, die an den Abrahamsabkommen teilnehmen, positiv verändert.[81] Ob sich solche und andere Dynamiken im Nahen Osten letztlich auch positiv auf die Wahrnehmungen unter Muslimen in Europa und den USA auswirken, bleibt abzuwarten.

[80] Vgl. Pew Global Attitudes Project, Europe's Muslims More Moderate (Anm. 21); Vgl. Anti Defamation League, The ADL GLOBAL 100: An Index of Anti-Semitism (2014), in: http://global100.adl.org/ (gelesen am 9. März 2023).

[81] Vgl. Arab Barometer, Wave VII – Arab Barometer. October 2021-July 2022 (2022), in: https://www.arabbarometer.org (gelesen am 29. März 2023).

Terrorismus

Rechtsterrorismus als Terminus und Untersuchungskonzept

Betrachtungen zu Definitionen, Einordnungen, Spezifika

Armin Pfahl-Traughber

1. Einführung und Fragestellung

Würde man eine Assoziationsfrage auf der Straße zum Terrorismus stellen, dann dürften insbesondere die Bezeichnungen „Islamischer Staat“ oder „Rote Armee Fraktion“ genannt werden. Ältere wie jüngere Befragte denken wohl insbesondere an eine islamistische oder linke Form des Terrorismus. Demgegenüber gab und gibt es weniger Aufmerksamkeit für den Rechtsterrorismus, womit man es mit einer besonderen Form rechtsextremistisch motivierter Gewalt zu tun hat. Dafür steht beispielsweise in Deutschland eine Gruppe von drei Personen, die über lange Jahre hinaus insgesamt zehn Menschen ermordete. Dafür steht etwa in Neuseeland eine Person, die über fünfzig Menschen in Moscheen an einem Tag ermordete. Allein die Anzahl einschlägiger Fälle in unterschiedlichen Ländern veranschaulicht, dass es aufgrund der Folgen der Gewaltdimension um ein bedeutendes und internationales Phänomen geht. Gleichwohl fehlt ein Analysekonzept zum Rechtsterrorismus, das Gemeinsamkeiten und Unterschiede systematisiert und entsprechende Zuordnungen erlaubt.

Die vorliegende Abhandlung möchte dazu einige Ansätze liefern, um die Dimensionen und Spezifika besser erfassen zu können. Sie versteht sich dazu als erste Anregung, die kein letztgültiges Modell präsentieren will. Denn angesichts des noch als unterentwickelt geltenden Diskussionsstandes auch in der Forschung wäre so etwas mehr als nur vermessen. Gleichwohl lassen sich einige Eckpunkte für ein anzustrebendes Untersuchungsraster präsentierten. Der vergleichende Blick auf anderen Formen terroristischer Gewalt, also hier etwa islamistischer oder sozialrevolutionärer Orientierung, kann dabei bezogen auf derartige Erkenntnisinteressen wichtige Wege weisen. Gleiches gilt für die Differenzierung von nicht-terroristischer und terroristischer Gewaltanwendung in extremistischen Zusammenhängen. Denn hier bestehen nach einem genauen Blick zwar

einige Gemeinsamkeiten, aber auch mehrere Unterschiede. Deren Betonung bezweckt keine Entkontextualisierung des Rechtsterrorismus, sollen doch so in der Gesamtschau dessen Spezifika besser erkannt werden.

Mit diesem Erkenntnisinteresse geht es fortan um folgende Gesichtspunkte: Zunächst erfolgt eine Definition zu den Grundmerkmalen des Terrorismus (2.) und dann eine Einordnung des Rechtsterrorismus in eine Typologie der ideologischen Varianten (3.). Deutlich wird dabei, dass es sich um eine besondere Form rechtsextremistischer Gewalt handelt (4.). Eine nur darauf bezogene Betrachtung würde daher zu einem isolierten Zerrbild führen. Anschließend folgt eine Aufarbeitung der Besonderheiten über verschiedene Kriterien: die Gewaltintensität (5.), die Ideologievarianten (6.), die Kommunikationsformen (7.), die Opfergruppen (8.), die Organisationsformen (9.) und die Strategievarianten (10.). Damit sollen sowohl die allgemeinen Merkmale wie die jeweiligen Spezifika veranschaulicht werden, was auch kursorische Vergleiche motivierte. Der Blick bleibt dabei „theorielastig" in einem konzeptionellen Sinne[1], die Aussagen beziehen sich meist auf den deutschen Rechtsterrorismus.[2] Es geht aber auch um Fälle in anderen Ländern. Mittels von Hinweisen auf einschlägige Literatur soll die Möglichkeit zu weiteren Reflexionen gegeben werden.

---

[1] Dies erklärt auch die eher geringe Anzahl von ausführlichen Literaturbelegen, stützen sich doch die Betrachtungen auf die allgemeine Kenntnis des deutschen Rechtsterrorismus. Ausnahmen erfolgen jeweils in den Fällen, wo ansonsten nicht im Fokus stehende Gesichtspunkte thematisiert werden.

[2] Vgl. folgende Darstellungen über den bundesdeutschen Rechtsterrorismus: Sebastian Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen" und klandestinen Untergrundzellen, Baden-Baden 2017; Daniel Koehler, Right-Wing Terrorism in the 21st Century. The „National Socialist Underground" and the History of Terror from the Far-Right in Germany, London 2017; Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019, S. 225-294; Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 231-330; Fabian Virchow, Nicht nur der NSU. Eine kurze Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, Erfurt 2016.

2. Definition: Grundmerkmale des Terrorismus

Am Beginn der beabsichtigen Erörterung stehen Reflexionen darüber, was eigentlich die Handlungsform des Terrorismus meint und welche Varianten sich typologisierend unterscheiden lassen.[3] Denn es geht um eine besondere Form politisch motivierter Gewalt. Demnach können nicht alle Handlungen in diesem Sinne auch dem Terrorismus zugeordnet werden. Gleichwohl geschieht dies gelegentlich bei der medialen Kommentierung bestimmter Tagesereignisse, wobei entweder stilistische Effekte, fehlende Fachkenntnisse oder politische Motive relevant sind. Gelegentlich gehen mit solchen Einschätzungen auch persönliche Unterstellungen einher, etwa wenn bestimmte Ereignisse nicht als terroristische Taten eingeordnet und entsprechende Verharmlosungsvorwürfe vorgetragen werden. Den folgenden Ausführungen sind derartige mögliche Fehlwahrnehmungen bewusst, was mit die ausdrücklichen Klarstellungen, auch gelegentlich in Wiederholungen erklärt. Leider ist die öffentliche Debatte darüber hinaus mitunter von schiefen Zuordnungen geprägt.

Zunächst sollen aber Ausführungen zur Definition von Terrorismus allgemein vorgetragen werden. Dazu kursieren indessen zahlreiche Begriffsbestimmungen, sowohl in der Forschung wie in den Sicherheitsbehörden. Eine nähere Auseinandersetzung damit würde den Rahmen sprengen. Daher sollen lediglich die Gesichtspunkte hervorgehoben werden, wozu ein breiter Konsens besteht. Es handelt sich demnach um eine Bezeichnung für unterschiedliche Handlungen in einem gewalttätigen Sinne, entsprechend bedarf es dazu einer weiteren Differenzierung des Gemeinten über einschlägige Kriterien. Allgemein geht es erstens um nicht-staatliche, politisch schwache Akteure, die zweitens politisch motivierte Gewalthandlungen mit einer drittens besonders hohen Intensität durchführen, welche viertens die Folge konkreter längerfristiger Planungen sind, demgemäß fünftens aus einer latent oder manifest bestehenden entwickelten Strategie abgeleitet

[3] Vgl. u.a. Bruce Hoffman, Terrorismus. Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt/M. 2006, S. 21-80; Armin Pfahl-Traughber, Terrorismus. Merkmale, Formen und Abgrenzungsprobleme (10. Juni 2016), in. www.bpb.de; Rudolf Walther, Terror und Terrorismus. Eine begriffs- und sozialgeschichtliche Skizze, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Hamburg 2006, Bd. I, S. 64-77.

wurden und sechstens eine psychische Wirkung auf eine oder mehrere Zielgruppen auslösen wollen.

Folgende Aspekte sollen um einer Klarstellung willen ergänzt werden: Gemeint sind politisch schwache Akteure, würden doch starke Akteure eine Revolution oder einen Staatsstreich statt den Terrorismus als Vorgehensweise wählen. Auch staatliche Akteure können politische Gewalttaten begehen, welche nicht mit dem legitimen Gewaltmonopol des Staates verbunden wären, wobei aber die angemessene Bezeichnung etwa bei einer Diktatur dann „Terror“ und nicht „Terrorismus“ wäre. Die Beschränkung auf eine hohe Gewaltintensität bezieht sich darauf, dass es etwa nicht um begrenzte, sondern erhebliche Körperverletzungen geht. Derartige Handlungen erfolgen nicht spontan aus einer zufälligen Situation heraus, sondern sind das Ergebnis einer längerfristig vorbereiteten Planung. Dabei ist den extremistischen Akteuren bezüglich der konkreten Handlungen durchaus bewusst, dass ihre Gewalttaten ein bestehendes System nicht allein umstürzen können. Gleichwohl sollen sie für eine solche Absicht mit terroristischen Taten eine längerfristige Wirkung entfalten.

3. Einordnung: Rechtsterrorismus in der Typologie

Die allgemeinen Ausführungen zur Definition von Terrorismus sind für diverse Varianten offen. Dies macht eine weitere Ausdifferenzierung nötig, wofür wiederum unterschiedliche Kriterien entscheidend sein können. Hier dient dazu angesichts der erwähnten Absicht für den vorliegenden Aufsatz die ideologische Ausrichtung, also die Einordnung in ein politisches Spektrum. Dazu bietet sich die klassische Differenzierung nach „links“ und „rechts“ an, wobei hier die letztgenannte Form für die folgenden Reflexionen grundlegend sein wird. Es sind aber noch weitere Kategorien im inhaltlichen Sinne vorstellbar. Dazu gehört die politische Berufung auf eine bestimmte Religionsauslegung, wofür der „islamistische Terrorismus“ stehen würde. Auch eine autonomische oder separatistische Ausrichtung solcher Gewalthandlungen bestand bzw. besteht. Es existiert auch ein in Deutschland weniger bekannter primär themenbezogener

Terrorismus, etwa bezogen auf Anti-Abtreibung, Technikfeindlichkeit oder Umweltschutz in den USA.[4]

Die Aufmerksamkeit richtet sich fortan auf den Rechtsterrorismus, womit besondere gewaltorientierte Akteure im rechtsextremistischen Sinne gemeint sind. Die Ausführungen setzten damit voraus, dass es sich um Personen aus dem politischen oder sozialen Rechtsextremismus handelt.[5] Diese Bezeichnung steht ebenfalls für eine Sammelbezeichnung: Es geht um Einstellungen und Handlungen, die gegen Basiswerte moderner Demokratie gerichtet sind, wozu Menschenrechte, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität zählen. Die Besonderheit beim Rechtsextremismus besteht darin, dass die angebliche oder tatsächliche ethnische Identität im politischen Selbstverständnis die vorgenannten Werte überlagern soll. Für damit einhergehende Auffassungen kann auch ohne Gewaltanwendung eingetreten werden, wofür etwa die einschlägigen Parteien mit ihren Wahlkandidaturen stehen würden. Auch gibt es Gewaltanwendungen aus diesen politischen Kontexten, die selbst bei hoher Intensität nicht die erwähnten Merkmale von Terrorismus erfüllen müssen.

---

[4] Über diese Bandbreite informieren diverse Handbücher zu den Phänomenen des Terrorismus, vgl. u.a. Erica Chenoweth u.a. (Hrsg.), The Oxford Handbook of Terrorism, Oxford – New York 2019; James Ciment (Hrsg.), World Terrorism. An Encyclopedia of Political Violence from Ancient Times to the Post-9/11 Era, Armonk, NY 2011; Liane Rothenberger u.a. (Hrsg.), Terrorismusforschung. Interdisziplinäres Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2022; Alex P. Schmid (Hrsg.); The Routledge Handbook of Terrorism Reserach, London –New York 2011.

[5] Diese Aussage bezieht sich darauf, dass zu den gemeinten Gewalttätern auch Personen gehören, welche zuvor nicht in einer rechtsextremistischen Organisation aktiv waren. Gleichwohl sind ihnen einschlägige ideologische Einstellungen, Mentalitäten oder Orientierungen eigen, womit sie zu dem in der Gesellschaft existenten rechtsextremistischen Potential zählen. Vgl. Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in Deutschland (Anm. 2), S. 309-322. Dazu sei hier noch zur Formulierung „sozialer Rechtsextremismus“ ausdrücklich betont: Es geht dabei um die gesellschaftliche Dimension, nicht um eine moralische Verhaltensweise. Diese klarstellende Anmerkung, die sich eigentlich von selbst versteht, muss angesichts von bewussten oder unbewussten Fehlwahrnehmungen hier ausdrücklich vorgetragen werden.

Die ideologische Besonderheit des Rechtsterrorismus erklärt auch seine typologische Verortung, wäre er demnach doch eine Form extremistischer Gewalthandlung neben der autonomistischen, linken und religiösen Variante. Darüber hinaus macht die komparative Betrachtung auf weitere Spezifika aufmerksam, welche in den späteren Ausführungen noch ein gesondertes Thema sein sollen. Dies gilt beispielsweise für die mit Bekennerschreiben einhergehende Kommunikationsweise, legen doch Akteure in den anderen Ideologiebereichen des Terrorismus solche Texte vor. Davon kann nur in seltenen Fällen bei Rechtsterroristen gesprochen werden, da durch Opfer- und Ortswahl deren Taten für sich selbst stehen sollen. Eine Ausnahme bilden hier die Lone Actor-Terroristen, die um einer Kommunikation willen auch lange „Manifeste" verfassten. Und dann fällt als weitere Besonderheit die Opferauswahl auf: Meist handelt es sich um Angehörige von ethnischen oder sozialen Minderheiten, nicht um Repräsentanten des Staates oder der Wirtschaft.

4. Rechte Gewaltformen und Rechtsterrorismus

Bevor auf derartige Besonderheiten genauer eingegangen wird, um ein differenziertes Bild des Rechtsterrorismus zu zeichnen, steht der Bezug zu anderen Formen rechter Gewaltanwendung im Zentrum. Es geht dabei um die schlichte Einsicht, dass es sich hier um einen Teilbereich handelt. Denn die Daten zu politisch motivierter Kriminalität von rechts veranschaulichen, dass nur ein geringer Anteil rechtsextremistischer Gewalthandlungen terroristische Taten sind.[6] Auch eine erhebliche Anzahl von Tötungen führt nicht notwendigerweise dazu, dass derartige Gewalthandlungen in diese Kategorie fallen. Denn für die Erfassung als terroristische Handlung sind die genannten Merkmale

[6] Vgl. als Auflistung entsprechender Daten etwa: Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2021, Berlin 2022, S. 26-31. Lediglich ein geringer Anteil der gemeinten Gewalthandlungen kann jeweils dem Rechtsterrorismus zugeordnet werden. Mitunter lassen sich über 1000 einschlägige Gewalttaten in einem Jahr ausmachen, wovon aber keine die besonderen Merkmale des Terrorismus aufweist. Dies steht keineswegs für ein geringeres Ausmaß an Gewaltintensität, gehören dazu doch auch besonders brutale Formen von Tötungsdelikten. Für den genannten Bericht zählten dazu jeweils ein Delikt mit neun bzw. drei Todesopfern.

wichtig, was gerade für die Gesichtspunkte der gezielten Planung und praktizierten Strategie gilt. Diese Differenzierung ist für die Folgen solcher Taten aber eher unwichtig. Denn einem Opfer dürfte es letztendlich egal sein, ob ein nicht-terroristischer oder terroristischer Akteur für die Gewalthandlung verantwortlich war. Anders verhält es sich bei der Einordnung.

Denn die Perspektive der Terrorismusforschung beabsichtigt, die Besonderheiten der gemeinten Gewalthandlungen zu erfassen. Diese lassen sich durch eine vergleichende Erörterung mit ähnlich wirkenden Taten adäquat wahrnehmen. Die Annahme, dass es sich um politisch eher schwache Akteure handelt, erklärt, warum sie keine „nationale Revolution“ umsetzen können bzw. wollen. Die Aussage, die auf eine hohe Gewaltintensität abstellt, meint nicht nur Körperverletzungen mit möglichen Todesfolgen, sondern auch beabsichtigte Anschläge und Attentate mit gewollten öffentlichen Wirkungen. Die Betonung, wonach es um Handlungen im Kontext einer Strategie geht, unterscheidet sie von aus alltäglichen Situationen erfolgenden spontanen Taten. Und die Hervorhebung, die auf die Kommunikationsfunktion des Terrorismus abstellt, will die bei nicht-terroristischen Handlungen eher weniger wichtige öffentliche Resonanz mit ins Zentrum stellen. Anhand dieser Gesichtspunkte lassen sich auch die Spezifika erkennen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient darüber hinaus noch, dass eine einseitige Fixierung auf rechtsterroristische Gewalt einen unzureichenden Überblick vermittelt, wenn es um das Gesamtphänomen der rechtsextremistischen Gewalt gehen soll. Denn dazu gehören mit Alltagsvorkommnisse, wobei derart Eingestellte brutal gegen Minderheitenangehörige vorgehen. Auch Anhänger aus dem gewaltorientierten Rechtsextremismus müssen nicht immer geplant vorgehen, gleichwohl führt ihre mentale Einstellung bei entsprechenden Gelegenheiten spontan dazu, dass erhebliche Körperverletzungen bis hin zu Todesfolgen begangen werden. Insofern überwiegt das quantitative Ausmaß dieser Formen von rechtextremistischer Gewalt die zahlenmäßigen Potentiale im Rechtsterrorismus. Außerdem bedarf es der besonderen Aufmerksamkeit dafür, dass spätere rechtsterroristische Akteure ihre Entwicklung meist in gewaltorientierten Kontexten ohne terroristischen

Zuschnitt begonnen haben. Differenzierungen erhöhen den Erkenntnisgewinn.

5. Gewaltintensität im Rechtsterrorismus

Bezogen auf die Gewalthandlungen von Terroristen darf zunächst klargestellt werden, dass sie nicht notwendigerweise mit gezielten Morden anfänglich oder immer verbunden sein müssen. Häufig lässt sich ein Anstieg der Gewaltintensität derartiger Täter konstatieren. Demgemäß beginnen sie mit Anschlägen auf Einrichtungen wie Gebäude und radikalisieren sich hin zur gezielten Ermordung von Menschen. Genau dieser Entwicklungsprozess ist mit einer Radikalisierung im Terrorismus gemeint. Auch die angesprochenen Akteure neigten zu Beginn ihrer Entwicklung häufig eher zu eingeschränkten Gewalthandlungen, etwa in Form von Körperverletzungen auf einem niedrigschwelligen Niveau. Indessen steigerte sich eine derartige Ausrichtung von Gewalthandlungen insbesondere wenn es um Gruppenakteure ging und zwar bezogen auf erhebliche Sachbeschädigungen. Dazu gehörten etwa Anschläge auf Einrichtungen, wozu diverse Flüchtlingsunterkünfte oder linke Institutionen zählten.

Auch wenn damit keine konkreten Folgen für Menschen verbunden waren, kalkulierte das Agieren aber objektiv erhebliche Körperverletzungen mit ein. So starben bei solchen Anschlägen mitunter Menschen mit Migrationshintergrund, welche die Gefahren in einer solchen Situation nicht richtig einschätzen konnten. Auch wenn derartige Handlungen nicht geplant waren, entsprachen sie der ideologischen Orientierung. Diese erklärt die jeweilige Auswahl - worauf noch gesondert hingewiesen werden soll - der Opfergruppen. Deren Angehörige werden auch nicht als konkrete Individuen, sondern primär aufgrund ihrer kollektiven Zugehörigkeit wahrgenommen. Hier besteht etwa gegenüber dem Linksterrorismus ein auffälliger Unterschied. Nicht angebliche oder tatsächliche Handlungen sind für die Opferauswahl relevant, entscheidend sind angebliche oder tatsächliche ethnische oder soziale Zugehörigkeiten. Eine damit einhergehende Anonymisierung erklärt mit die besonders hohe Gewaltintensität - bis hin zum Mord an vielen Personen.

Diese Dynamik setzt auch eine Enthemmung voraus, welche in der Gruppe durch eine szeneinterne Sozialisierung vorangetrieben wird. Betrachtet man etwa bei den einschlägigen Bands des „Rechtsrock“ die jeweiligen Texte, so artikulieren diese nicht nur eine ausgeprägte Gewaltaffinität, sondern einschlägige Vernichtungsphantasien. Nun ergeben sich nicht notwendigerweise mörderische Taten aus solchen Worten. Gleichwohl kommt dadurch latent eine Mentalität auf, welche in diese Richtung je nach Situation manifest umschlagen kann. Ein solcher Effekt ist aber nicht nur bei Gruppenprozessen beobachtbar, sondern gilt auch für die einzelnen Akteure der Lone Actor-Terroristen. Dabei hat der Einfluss des Internets große Relevanz, bewirken doch dortige Inhalte mitunter eine mörderische Radikalisierung mit vielen Todesopfern. Hier kann aber nur von einer Auslösefunktion für derartige Botschaften gesprochen werden, denn ohne eine bereits existente ideologische und mentale Bereitschaft dafür würde es zu solchen Taten nicht kommen.

6. Ideologievarianten im Rechtsterrorismus

Wie bereits bei der Definition von Rechtsextremismus erwähnt, ist die Ethnie in der Ideologie konstitutiv. Dies gilt ebenso für die besonders gewalttätige Form des Gemeinten, eben den Rechtsterrorismus. Auch hier lassen sich unterschiedliche Ausrichtungen von Ideologievarianten ausmachen, wobei es nicht wie im Rechtsextremismus allgemein eine breite Vielfalt gibt. Erstens soll auf die Ausrichtung am historischen Nationalsozialismus verwiesen werden, welcher eine Gewaltaffinität in seinem Selbstverständnis aufwies. Auch während der offiziellen Legalitätsphase in der Weimarer Republik war es nicht so, dass in der Gewaltanwendung kein politisches Mittel gesehen wurde. Davon zeugten gezielte körperliche Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern, wenngleich dabei meist keine Formen des skizzierten Terrorismus umgesetzt wurden. Ähnlich verhielt es sich für die Systemphase und den Weltkrieg, etwa durch den Staat als Terror. Ideologisch wurde dies aus dem sozialdarwinistischen „Recht des Stärkeren“ abgeleitet.

Gleiches gilt für eine zweite Ideologievariante im Rechtsterrorismus, die hier als nicht-nationalsozialistischer Rassismus bezeichnet werden

soll. Gemeint sind damit insbesondere Erscheinungsformen rechtsextremistischer Gewalt aus den USA. Dort entstand ein besonderer Rassismus, der gegen die Schwarzen gerichtet war und von einer weißen Überlegenheit ausging. Bezüglich des Biologismus und der Gewaltfixierung gibt es zum Nationalsozialismus kaum Unterschiede, es geht eher um eine rechtsextremistische Ideologievariante aus einem besonderen historisch-politischen Kontext.[7] Durch die Internationalisierung des Rechtsextremismus, die sich etwa in der „Blood and Honour"-Bewegung mit „Divisionen" in verschiedenen Ländern artikulierte, fand diese Rassismusvariante weltweite Verbreitung. Mit derartigen Bezügen deutete man die Migrationsentwicklungen, die als eine existentielle Gefahr für die „weiße Rasse" verortet und zur Rechtfertigung des Terrorismus genutzt wurden.

Und dann lässt sich als eine dritte Ideologievariante noch ein diffuser Mix ausmachen. Insbesondere bei Einzeltätern findet sich so etwas in deren „Manifesten", wobei Fragmente aus unterschiedlichen Kontexten zusammengeführt werden.[8] Es gibt dabei nicht immer direkte Bezüge zum historischen Nationalsozialismus, selbst klassische rassistische Vorstellungen müssen nicht vorkommen. Besondere Bedeutung hat etwa die beschworene Gefahr, wonach es zu einem „Großen Austausch" der einheimischen durch eine migrantische Bevölkerung komme. Diese Auffassung wird dann etwa mit frauenfeindlichen Einstellungen wie bei den „Incels" oder mit ominösen Konspirationsideologien wie bei „Q-Anon"-Vorstellungen verbunden. Derartige Botschaften können sogar mit formalen Distanzierungen vom Nationalsozialismus einhergehen, wobei es aber einen inhaltlichen Einklang von menschenfeindlicher Ideologie und mörderischer Praxis

[7] Vgl. Eduardo Bonilla-Silva, White Supremacy and Racism in the Post-Civil Rights Era, Boulder 2001; Betty A. Dobratz/Stephanie L. Shanksmeile, The White Separatist Movement in the United States. „White Power, White Pride", Baltimore MD 2000; Thomas Grumke, Rechtsextremismus in den USA, Opladen 2001, S. 29-81.

[8] Vgl. als eine der wenigen Fallstudien dazu in vergleichender Perspektive: Florian Hartleb, Die Manifeste rechtsterroristischer Einzeltäter. Ein Vergleich, in: Kriminalistik, Nr. 5/Mai 2020, S. 313-318.

gibt. Diese Einstellungen, Mentalitäten und Orientierungen stehen dann auch für Rechtsterrorismus.

7. Kommunikationsformen im Rechtsterrorismus

Bei den erwähnten Merkmalen von Terrorismus war die Vermittlung von hoher Wichtigkeit. Gemeint ist folgende Funktion: Die Gewalthandlungen dienen ebenso der Kommunikation[9], was bezogen auf die Folgen nicht als Verharmlosung verstanden werden soll. Die terroristischen Akteure sind sich ihrer eigenen politischen Schwäche durchaus bewusst, daher wollen sie mit ihren Anschlägen und Attentaten soziale Wirkungen auslösen. Ihre Anhänger sollen motiviert, ihre Gegner verängstigt, der Staat vorgeführt werden. Diese Absichten setzen für das Handeln voraus, dass dessen politische Grundlagen auch in der Öffentlichkeit verstanden werden. Es geht dabei einerseits um die schlichte Aufmerksamkeit für die entsprechende Gewalttat, andererseits um die damit einhergehende Botschaft für die breitere Gesellschaft.[10] Hierzu dienten etwa Bekennerschreiben von Linksterroristen, die damit ihre Handlungen ideologisch rechtfertigen, sie in ein Konzept einbetten und in die Öffentlichkeit hinein vermitteln wollten.

Derartige Bekennerschreiben gibt es bei rechtsterroristischen Gruppen meist nicht, was eine auffällige Besonderheit in der vergleichenden Perspektive ist. Deren Akteure gehen bei ihren Kommunikationsabsichten offenbar davon aus, dass die ideologische Botschaft sich durch die Opfergruppe oder Ortswahl ergibt. So stehen dann Brandanschläge auf Flüchtlingswohnheime für eine rassistische Grundposition, während Angriffe auf Auschwitz-Ausstellungen mit einem rechtsextremistischen Geschichtsrevisionismus verbunden sind.

---

[9] Vgl. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S. 12f., wo gar in dieser Dimension der zentrale Gesichtspunkt gesehen wird.

[10] Vgl. Sonja Glaab, Medien und Terrorismus. Auf den Spuren einer symbiotischen Beziehung, Berlin 2007; Jana Kärgel, Mit Waffen und Worten: Ein Überblick über die strategische Kommunikation terroristischer Gruppen, in: Rothenberger u.a. (Hrsg.), Terrorismusforschung (Anm. 2), S. 135-151; Klaus Weinhauer/Jörg Requate (Hrsg.), Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess in Europa seit dem 19. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2012.

Demgemäß bedarf es keiner besonderen Begründung für derartige Gewalthandlungen, lassen sich doch auch bei den seltenen Ausnahmen allenfalls schlichte Parolen konstatieren. Außerdem gehen rechtsterroristische Akteure nur selten gezielt gegen Menschen als konkrete Personen vor. Meist gehören die Betroffenen lediglich einer gemeinten Feindgruppe an, wobei sie stellvertretend für diese zufällige Opfer einer rechtsterroristischen Tat werden. Gesonderte Bekennerschreiben erübrigen sich dann auch aufgrund dieser Denkperspektive.

Eine Ausnahme von der erwähnten Kommunikationslosigkeit besteht bei einem besonderen Rechtsterrorismus-Typus, dem Einzeltäter bzw. Lone Actor, der später noch als spezielle Organisationsform ein Thema sein wird. Diese Akteure haben primär sich selbst vor Augen, was mit deren häufig auszumachenden psychischen Auffälligkeiten erklärt. Bei ihnen besteht auch meist ein Bewusstsein darüber, dass sie nach ihren Gewalthandlungen entweder zu langjährigen Haftstrafen verurteilt oder von präsenten Polizeibeamten erschossen werden. Demnach kommt bei den Lone Actor das persönliche Ansinnen auf, schriftliche Erklärungen zu hinterlassen. Diese beschränken sich mitunter auf die Darstellung von technischen Details, etwa bezüglich des Einsatzes bestimmter Waffen. Häufiger enthalten die einschlägigen „Manifeste“ aber auch politische Positionierungen, die etwa auf behauptete Gefahren durch Migranten für das einheimische Volk verweisen. Insofern besteht bei den Einzeltätern sogar ein ausgeprägtes Interesse an entsprechender Kommunikation.

8. Opfergruppen im Rechtsterrorismus

Eine frühe Auffassung von Terrorismus geht davon aus, dass sich die gemeinten Gewalthandlungen insbesondere gegen einzelne Politiker als Repräsentanten des Staates richten. Anlass dafür boten etwa die Attentate, die auf Minister und Monarchen im zaristischen Russland durchgeführt wurden. Ähnlich verhielt es sich bei den linksterroristischen Gewalthandlungen der 1960er bis 1990er Jahre, wovon Angehörige der gesellschaftlichen Elite, sei es aus der Politik oder der Wirtschaft, betroffen waren. Diesbezüglich bestehen gegenüber dem Rechtsterrorismus deutliche Unterschiede. Denn die

gemeinten Gewalttaten richten sich nicht von „unten“ nach „oben“, also eben nicht aus der Gesellschaft gegen den Staat. Rechtsterroristisches Agieren erfolgt aus der Gesellschaft, eben in Form einzelner Gruppen oder Täter. Die Angriffe richten sich aber gegen andere Bereiche der Gesellschaft, nur in wenigen Fällen waren etwa Politiker davon betroffen. Damit hat man es mit einer Besonderheit im Rechtsterrorismus im Vergleich zu tun.

Bezogen auf Deutschland könnten gegen diese Einschätzung gegenteilige Fälle angeführt werden. Als historische Beispiele wären hier Morde an oder Mordanschläge auf Politiker der Weimarer Republik zu nennen, wobei das tödliche Attentat auf den damaligen Außenminister Walter Rathenau 1922 der noch heute bekannteste Vorfall ist. Indessen kann hier auch folgende Frage gestellt werden: Erfüllen die damaligen Attentäter die genannten Merkmale des modernen Terrorismusverständnisses? Für eine verneinende Antwort spricht vor allem die formale Größe der tatverantwortlichen Kontexte, handelte es sich doch gerade nicht um kleine, politisch eher schwache Gruppierungen. Eher kann von einem bedeutenderen gewaltorientierten Akteur für eine beabsichtigte Bürgerkriegs-entwicklung gesprochen werden. Es gibt auch noch Ausnahmen aus der Gegenwart, wozu der Anschlag auf Henriette Reker 2015 und die Ermordung von Walter Lübke 2019 zählen. Hierbei handelt es sich aber um Ausnahmen in der Gesamtschau auf den deutschen Rechtsterrorismus.

Entsprechend der Ideologie ergeben sich die hauptsächlichen Opfergruppen dieser Terrorismusvariante. Gemeint sind die Angehörigen ethnischer Minderheiten, wobei je nach Land und Rahmenbedingung durchaus Unterschiede bestehen. In Europa sind häufig Migranten vom Rechtsterrorismus betroffen, während die größte Opfergruppe dann Schwarze in den USA sind. Ein kursierender Antisemitismus in diesem politischen Lager erklärt darüber hinaus, dass derartige Gewalt sich gegen angebliche oder tatsächliche Juden richtet. Gleiches gilt für behauptete Angehörige des politischen Gegners, also Akteure aus der politischen Linken. Auffällig ist dabei die geringere Gewaltintensität, kommt es gelegentlich doch primär zu Sachbeschädigungen. Demgegenüber kalkuliert die Gewalt gegen Minderheiten häufig objektiv ein, dass es auch zu Todesfällen und nicht nur zu Verletzungen kommt. Die besonders hohe Gewaltintensität, die

auch die Form des gezielten Mordes wie beim NSU annimmt, kann denn auch für den Rechtsterrorismus als Spezifikum gelten.

9. Organisationsformen im Rechtsterrorismus

Blickt man auf deren Akteure, so lassen sich idealtypisch drei Organisationsformen unterscheiden. Dominant war lange eine erste Form in Gestalt einer größeren und hierarchischen Gruppe. Ihr gehörten dann meist mehr als zehn Personen an, welche einer herausgehobenen Führung unterstanden. Mitunter gab man sich intern auch formale Ränge, um den jeweiligen Status festzulegen. Diese Gruppenstruktur offenbarte damit auch eine militaristische Prägung, sehen sich die Akteure doch in einem politischen Krieg. Gleichzeitig kommt der darin deutlich werdende Autoritarismus einer entsprechenden Mentalität entgegen, welche ebenso in den legalistischen Formen des politischen Rechtsextremismus weit verbreitet ist. Im jeweiligen Binnenverhältnis gehört man einer verschworenen Gemeinschaft an, eben einer Elite in einem existentiellen Kampf. Indessen erwies sich eine größere Gruppe im Rechtsterrorismus auch anfälliger dafür, angesichts einer solchen Präsenz von den Sicherheitsbehörden leichter erkannt zu werden.

Diese Einsicht bedingte mit, dass eine neue Organisationsform entstand. Es geht dabei um die Herausbildung kleinerer Zellen, welche es in anderen Ideologievarianten des Terrorismus schon zuvor gab. Auch durch neuere Guerillakrieg-Konzeptionen fanden derartige Organisationsmodelle im Rechtsterrorismus größere Verbreitung. Bedeutsam in diesem Kontext ist dabei ein besonderes Stichwort: „Leaderless Resistance“, also „führerloser Widerstand“. Die Bezeichnung geht auf einen gewaltorientierten US-Rechtsextremisten (Louis Beam) zurück. Er plädierte für die Gründung von eigenständig handelnden Klein-Gruppen, die mehr durch eine ideologische Einstellung und weniger durch eine organisatorische Struktur miteinander verbunden sein sollten. Anleitungen und Befehle aus einer Hierarchie heraus seien überflüssig, wüssten doch die Akteure selbst um den richtigen Weg. Aufgrund der gemeinsamen Feindbilder, eben

aus der identischen Ideologie heraus, sollten sich dann die konkreten Opfergruppen und Tatorte ergeben.[11]

Neben diesen beiden idealtypischen Organisationsformen für unterschiedlich große Personenzusammenschlüsse lässt sich im Rechtsterrorismus noch ein anderer, hier dritter Typus ausmachen: Gemeint ist der Einzeltäter, wobei diese Bezeichnung immer wieder Irritationen auslöst. Entsprechend der Formulierung geht es nur darum, dass eine einzelne Person eine terroristische Tat durchführt. Diese Auffassung schließt weder aus, dass es einen Einfluss auf ihn aus der breiteren Gesellschaft noch aus der rechtsextremistischen Szene gab. Der Blick fällt demnach primär auf den Handelnden, der auch als „Lone Actor" oder „Lone Wolf" bezeichnet wird. Mitunter kann ein einseitiger Einfluss aus dem Internet, welcher derartige mentale Prägungen voraussetzt, mit solche terroristische Taten motivieren. Einer der bekanntesten Fälle führte 2011 zu 77 Todesopfern, denn Anders Behring Breivik fand in anderen Ländern als verantwortlicher Mörder diverse Nachahmer. Gerade in dieser Entwicklung wird die besondere Gefahr und Relevanz dieses Typus deutlich.[12]

10. Strategievarianten im Rechtsterrorismus

Entsprechend der allgemeinen Definition besteht ein besonderes Merkmal des Terrorismus darin, dass die gemeinten Handlungen nicht spontan erfolgen, sondern einer gesonderten Strategie entsprechen. Bezogen auf diesen Aspekt lässt sich eine politische und eine technische Dimension unterscheiden: Bei dem letztgenannten Gesichtspunkt geht es primär darum, wie etwa Anschläge logistisch bezogen auf die Tatort- oder Waffenauswahl vorbereitet werden. Hier lassen sich kaum Besonderheiten gegenüber den ideologisch anderen Terrorismusvarianten konstatieren. Daher beziehen sich die folgenden

[11] Vgl. Thomas Grumke, Das Konzept des Leaderless Resistance im Rechtsextremismus, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 46. Jg., Nr. 6 vom Juni 1999, S. 495-499; Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus (Anm. 2), S. 273-275.

[12] Vgl. Stefan Malthaner/Thomas Hoebel, Sie sind nicht allein. Stand und Herausforderungen der Einzeltäterforschung, in: Mittelweg 36, 39. Jg., Nr. 4-5, S. 3-22; Armin Pfahl-Traughber, Lone-Actor-Terrorismus, in: Rothenberger, Terrorismusforschung (Anm. 2), S. 223-230.

Ausführungen hauptsächliche auf die beabsichtigte gesellschaftliche Wirkung. Denn bewusst oder unbewusst ist auch rechtsterroristischen Akteuren klar, dass selbst bei größter Brutalität ihre Gewalthandlungen nicht für sich allein zu grundlegenden Veränderungen führen würden. Ein erster der gemeinten strategischen Aspekte bezieht sich auf die konkreten Opfergruppen allein, bei einem zweiten Gesichtspunkt geht es um interaktive Nachwirkungen.

Zunächst folgen aber Ausführungen zu den Betroffenen von rechtsterroristischen Taten, wozu in den letzten Jahren insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund zählten. Die beabsichtigten Folgewirkungen bestanden darin, dass auf sie eine Schreckenswirkung ausgelöst werden sollte. Die besondere Aufmerksamkeit auf einen konkreten Fall hätte zu einer gesellschaftlichen Stimmung geführt, welche kollektive Ausreisen aus dem jeweiligen Land motivieren würde. Diese Absicht artikulierte sich auch in einschlägigen Schlagworten in den rechtsextremistischen Szenen, wozu etwa „Ausländer raus“ oder „Nxxxxx out“ zählten. Die rechtsterroristischen Akteure verstanden sich als diejenigen politischen Angehörige, die nicht nur entsprechende Praktiken einforderten, sondern sie eben durch ihre Taten maßgeblich motivierten. Damit wollen sie hin zu einer ethnischen homogenen Gesellschaft kommen, welche ihren nationalistischen und rassistischen Vorstellungen entspricht. Anschläge auf Repräsentanten des Staates mussten damit nicht notwendigerweise verbunden sein.

Ein darüber hinausgehender strategischer Gedanke will die angeblich oder tatsächlich bestehenden Krisenpotentiale verschärfen, um letztendlich aus dem allgemeinen Niedergangprozess als politischer Sieger hervorzugehen. Demnach wünscht man sich innenpolitische Konflikte herbei, liefen diese doch auf einen Systemzerfall hinaus. Mitunter werden in einigen Betrachtungen auch Folgen von bestimmten Kettenreaktionen reflektiert, wobei es um das Ineinandergreifen einiger Prozesse geht. Dazu gehören folgende Auffassungen und Erwartungen: Es werden Anschläge auf Moscheen durchgeführt, was wiederum bei Muslimen auch die Wut verschärft. Immer mehr von ihnen wenden sich den gewaltorientierten Islamisten zu und begehen aufsehenerregende terroristische Taten. Dies führt dann zu einem Anstieg des Hasses auf Muslime, was wiederum aus der einheimischen Mehrheitsgesellschaft

immer mehr Personen dem neonazistischen Spektrum zutreibt. Daraus soll die Basis für einen Systemsturz entstehen.[13]

11. Einwände gegen die Konzeption des „Vigilantismus“

Gelegentlich werden auch alternative Bezeichnungen für den gemeinten Rechtsterrorismus genutzt, wobei insbesondere der etwas irritierend wirkende Terminus „Vigilantismus“ kursiert. Bezogen auf die Anwendung geht es um eine diffuse Kategorie, insofern bedarf es zum Begriffsverständnis zunächst einiger Erläuterungen: Gemeint sind damit eigenständige Bestrafungspraktiken, die vom staatlichen Gewaltmonopol nicht gedeckt sind. Die Akteure beanspruchen für sich eine ausgeprägte Aufmerksamkeit und Wachsamkeit, denn gegen ihre Feinde erheben sie das Recht auf Selbstjustiz. Man will im Namen der Ordnung handeln, wozu die Eliten und der Staat nicht oder nicht mehr fähig seien. Dabei unterscheidet sich das Ausmaß der Gewaltpraxis: Selbsternannte Bürgerwehren neigen wohl nur in besonderen Konfliktsituationen dazu, politische Gruppen sehen sich bis hin zu gezielten Morden legitimiert. Dabei kann ein bestehender Staat ebenso scheinbar akzeptiert wie um eines anderen politischen Systems willen grundsätzlich negiert werden.[14]

Derartige Entwicklungen sind hier nicht ausführlicher ein Thema, soll es doch primär um den Bezug zum Rechtsterrorismus gehen. Die angesprochene Argumentationsweise geht dabei von folgenden Grundpositionen aus, welche auch gegenüber dem Linksterrorismus für grundlegende Unterschiede stehe: Demnach wollten die gewalttätigen Akteure die bestehende Staatsordnung nicht grundlegend überwinden,

---

[13] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Entwicklung rechtsterroristischer Gruppen nach dem NSU. Eine Analyse über das AGIKOSUW-Schema im Vergleich, in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (II), Brühl 2020, S. 158-185, hier S. 146-148 und 151-153. Deutlich werden die gemeinten Auffassungen auch im akzelerationistischen Rechtsterrorismus, vgl. Miro Dittrich u.a., Militanter Akzelerationismus. Ursprung und Aktivität in Deutschland, Berlin 2022.

[14] Vgl. David Kowalewski, Vigilantismus, in: John Hagen/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002, S. 426-440; Thomas Schmidt-Lux, Gerechte Strafe. Legitimationskonflikte um vigilante Gewalt, Weinheim 2017.

sondern zu einem früher angeblich bestehenden Idealzustand wie etwa einer migrantenlosen Reinheit zurückkehren. Daher wären auch die Gewalttäter keine typischen „Neonazis“ oder „Rechtsextremisten“, gehörten sie doch weder dem gemeinten politischen Lager an noch wiesen sie eine staatsfeindliche Prägung auf. Ihnen ginge es um andere gesellschaftliche Gruppen, nicht um das politische System.[15] Als anschauliches Beispiel dafür wird folgendes Statement, das dem Attentäter auf Reker zugeschrieben wird, zitiert: „Ich wollte sie töten, um Deutschland und auch der Polizei einen Gefallen zu tun.“[16]

Bedenklich an dieser Argumentation ist, dass die subjektiven Bekundungen der Gewalttäter nicht kritischer hinterfragt werden. Ganz im Gegenteil dient deren Perspektive sogar dazu, die Konzeption des „Vigilantismus“ zu begründen. Es wäre hier aber von grundlegender Bedeutung für die Einschätzung, bezüglich der Angemessenheit eine objektive Betrachtung vorzunehmen. Denn der konkrete Attentatsversuch richtete sich gegen geltendes Recht und damit auch objektiv gegen den Staat, wobei die subjektive Auffassung des Gewalttäters nur von sekundärer Relevanz ist. Darüber hinaus geht die Argumentation mit einem einseitigen Blick auf das Extremismus- wie Terrorismusverständnis einher: Beides ist primär an den Grundrechten und nicht am Staat orientiert. Die entscheidende Formulierung lautet: Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates. Und zu den erstgenannten Normen gehört das Recht auf körperliche Unversehrtheit, was aus politischen Gründen dann in einem migrantenfeindlichen Rechtsterrorismus negiert wird.

12. Schlusswort und Zusammenfassung

Die vorstehenden Ausführungen hatten eine abstrakte bzw. theoretische Dimension. Mit Blick auf die Entwicklung des Rechtsterrorismus

[15] Vgl. Matthias Quent, Neuer Vigilantismus in der Alten Welt. Bürgerwehren, Gewalt gegen Flüchtlinge und die Ambivalenz des rechten Terrors, in: Berliner Debatte Initial, 26. Jg., 2015, S. 122-134; Matthias Quent, Selbstjustiz im Namen des Volkes: Vigilantistischer Terrorismus (10. Juni 2016), in: www.bpb.de.

[16] Zit. nach Andreas Damm u.a., Anschlag auf Oberbürgermeisterin: Attentäter wünscht Reker noch immer den Tod (20. Oktober 2015), in: www.kasta.de.

sollten dessen Spezifika ermittelt werden, was komparative Analysen zu ähnlichen Phänomenen in einem nicht-terroristischen wie einem terroristischen Sinne voraussetzt. In einem Aufsatz lassen sich dazu aber keine ausführlichen Betrachtungen anstellen, da dies die genauere Darstellung entsprechender Fallbeispiele nicht nur im Rechtsterrorismus, sondern auch in anderen Terrorismusformen voraussetzt. Darüber hinaus bedarf es einer vergleichenden Betrachtung mit nicht-terroristischen, aber politisch motivierten Gewaltformen von rechts. Hier sind die Grenzen zu terroristischen Handlungen häufig fließend, gleichwohl lohnt eine Differenzierung derartiger Gewaltvarianten. Denn nur so lassen sich die Besonderheiten eben rechtsterroristischer Phänomene erkennen, sei es in beschreibender Form für die Gegenwart, sei es in einem prognostischen Sinne für die Zukunft. Dafür liefert der Beitrag nur einen Entwurf.

Denn er entwickelt erste Ansätze für ein Forschungsprogramm, das in seiner Breite weit über den hier bestehenden Rahmen hinausgehen müsste. Dazu soll für das AGIKOSUW-Schema für einen Vergleich geworben werden, wobei sich hinter dem Buchstabenungetüm bestimmte Kriterien für eine solche Untersuchung verbergen. Es geht dabei erstens um die Akteure, also die politischen oder sozialen Besonderheiten der Täter, zweitens die Gewaltintensität, also die konkreten Folgen von entsprechenden Handlungen, drittens die Ideologie, also die politische Orientierung der Täter, viertens die Kommunikation, also die öffentliche Begründung und Präsentation der Taten, fünftens die Organisationsform, also die strukturelle Ausprägung des jeweiligen Terrorismus, sechstens die Strategie, also die beabsichtigte Handlungsweise und deren Zielsetzung, siebtens das Umfeld, also die Anhänger und Helfer der gemeinten Täter, und achtens die Wirkung, also die öffentlichen Folgen terroristischer Handlungen bei unterschiedlichen Zielpublika.[17]

Die vorstehenden Ausführungen nutzten dieses Schema bereits, denn so wurden als Besonderheiten die hohe Gewaltintensität, die rassistischen Ideologiefragmente, die geringe Kommunikationsweise,

[17] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Von den „Aktivisten“ über die „Kommunikation“ bis zur „Wirkung“. Das AGIKOSUW-Schema zur Analyse terroristischer Bestrebungen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II), Brühl 2014, S. 167-188.

die konkrete Opfergruppenauswahl, die jeweiligen Organisationsformen und die indirekten Strategievarianten identifiziert. Es lohnt hier auf die Gemeinsamkeiten mit anderen Terrorismusformen zu achten, bewegen sich doch die jeweiligen gewaltorientierten Akteure in ähnlichen oder gleichen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Auch terroristische Gruppen können „lernende Systeme“ sein und jeweils auf die für ihre Praxis relevanten Umstände reagieren. Die erwähnte organisatorische Ausrichtung an dem „Leaderless Resistance“-Modell darf als Musterbeispiel für derartige Zusammenhänge gelten. Denn die meisten Akteure aus den unterschiedlichen Ideologiespektren des Terrorismus orientieren sich an einem Zellenmodell. Dies macht exemplarisch den hohen Erkenntnisgewinn durch Vergleich deutlich.

Anhang:

Die vorstehenden Ausführungen gehen auf einen an der Universität Kassel am 31. Oktober 2022 gehaltenen Vortrag zurück. Der Autor referierte dort im Rahmen einer Ringvorlesung, womit an die Ermordung des NSU-Opfers Halit Yozgat erinnert werden sollte. Die Anwesenden reagierten auf die Ausführungen mit großem Beifall, in einer längeren Fragerunde wurde keine Kritik an den vorgetragenen Positionen geäußert. Anwesende stellten gleichwohl später eine Erklärung ins Internet, worin sie die Ausführungen inhaltlich falsch referierten. Aufgrund der hohen Anzahl von entsprechenden Fehlern kann schwerlich von einem Versehen ausgegangen werden, dürfte es sich doch hier um eine bewusste Falschdarstellung im manipulativen Sinne handeln. Eine gegen den Autor gerichtete Petition unterschrieben 82 von 24.000 Studierenden der Universität. Folgende inhaltliche Klarstellung zu unwahren Vorwürfen wurde verfasst, aber bis in die Gegenwart hinein auch nicht im Internet von der einladenden Universität veröffentlicht.

Armin Pfahl-Traughber: Zahlreiche Faktenfehler in einer Stellungnahme von „ruk.sozial.antifaschistisch“. Eine inhaltliche Klarstellung zu unwahren Vorwürfen

In einem „Ex-Verfassungsschützer referiert nahe NSU-Tatort über Rechtsterrorismus“ betitelten Text finden sich zahlreiche Faktenfehler zu einem von mir am 31. Oktober 2022 an der Universität Kassel gehaltenen Vortrag. Dazu folgende Anmerkungen:

1. Das dort gezeigte Foto, das auf „Klasse gegen Klasse“ im Internet eingestellt wurde, zeigt gar nicht meine, sondern irgendeine andere Person. Ich referierte aus gesundheitlichen Gründen im Sitzen. Allein das hätte hier auffallen müssen.

2. Ich war keineswegs „als Referatsleiter maßgeblich für den Bereich Rechtsextremismus im Verfassungsschutz verantwortlich“, sondern seinerzeit einer von über zwanzig Referatsleitern und lediglich für den publizistischen Rechtsextremismus zuständig.

3. Ich habe keineswegs „häufiger das Handeln der RAF“ als „die Mord-Serie des NSU“ thematisiert. Die RAF kam bei mir nur als Beispiel für eine besondere Kommunikationsstrategie und für den sozialrevolutionären Terrorismus vor.

4. Eine „Gleichsetzung von links- und rechtsextremistischen Taten“ wurde von mir nicht vorgenommen, verwies ich doch bezogen auf Kommunikationsformen und Opfergruppen auf entsprechende Unterschiede mittels eines methodischen Vergleichs.

5. Entgegen der falschen Darstellung von „ruk.soial.antifaschistisch“ äußerte ich, dass die Aussagen von Andreas Temme zum Mord an Halit Yozgat mich nicht überzeugen würden. Allein die ploppenden Geräusche eines Schalldämpfers hätte er hören müssen.

6. Die „Hufeisentheorie“ wurde von mir gar nicht vertreten, im ganzen Vortrag kam dieses Wort gar nicht vor, lehne ich das damit verbundene Bild doch ab und habe es aus methodischen Gründen in einschlägigen Veröffentlichungen kritisiert.

7. Die Aussage, ich würde „eine Mitschuld… an dem NSU-Mord an Halit“ tragen, ist absurd und unbegründet. Belege wurden dazu nicht vorgebracht, dafür aber einfach eine derartige erfundene Behauptung mit ungeheuerlicher Dimension in den Raum gestellt.

8. „Auf kritische Nachfragen aus dem Publikum“ konnte ich nicht eingehen, da es kritische Nachfragen nicht gab. Die Frage „Was halten Sie von der Verfassungsschutzarbeit der letzten 30 Jahre“ kann wohl schwerlich als kritische Nachfrage verstanden werden.

9. Die Autoren waren wohl während des Vortrags anwesend. Es gab danach Gelegenheit zu kritischen Nachfragen, die aber gar nicht vorgetragen wurden. Offenkundig scheuten die Autoren die Debatte mit mir und verbreiteten danach die Verleumdungen.

10. Gern stelle ich mich den Autoren in einer öffentlichen Debatte mit einem neutralen Moderator. Diese sind ausdrücklich aufgefordert, eine solche Kontroverse zu führen. In der Anonymität des Internets kann man viele falsche Unterstellungen verbreiten.

„Leaderless resistance“ von links

Die „Revolutionären Zellen“ als frühes Modell zellulär-horizontaler Organisationsformen im Terrorismus

Jan-Hinrick Pesch

1. Einleitung und Fragestellung

„Leaderless resistance“, „leaderless jihad“ – wer in die verzweigte Forschung zu systematischer, planvoller, auf Schrecken und Sympathie zielender Gewalt rechtsextremistischer und islamistischer Provenienz blickt, stößt rasch auf diese Begriffspaare. „Leaderless resistance“ beschreibt ein – maßgeblich vom US-amerikanischen Rechtsextremisten Louis Beam Anfang der 1990er Jahre geprägtes[1] – organisatorisches Konzept, in dem kleinere Zirkel autonom Anschläge begehen.[2] Verknüpft ist damit der Verzicht auf Leitungsstrukturen[3]: Eine Über-/Unterordnung mit Direktiven vorgesetzter Aktivisten musste vermieden werden. Allein ein programmatischer Konsens, so das Kalkül hinter dem „führerlosen Widerstand“, würde die horizontale Struktur zusammenhalten.[4]

„Leaderless jihad“ bezieht sich auf einen im Koran mehrfach genannten arabischen Begriff, den Vordenker des islamistischen Terrorismus – unter ihnen Sayyid Qutb – zu einem offensiven, auf Expansion des „wahren“ Islam angelegten Kampf umdeuteten. Diesen Kampf erhoben sie zu einer individuellen Pflicht aller Muslime.[5] Der „Jihad“ als

[1] Vgl. Bruce Hoffman, Inside Terrorism, New York 2006, S. 115; Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2019, S. 273-274.

[2] Vgl. Sebastian Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen, Baden-Baden 2017, S. 69.

[3] Vgl. Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in Deutschland (Anm. 1), S. 274.

[4] Vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 69.

[5] Vgl. Marc Sageman, Understanding Terror Networks, Philadelphia 2004, S. 16-17; Tilman Seidensticker, Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen, München 2014, S. 105 und 108.

„führerlose“ Spielart meint im Kern dasselbe[6], was unter „leaderless resistance“ zu verstehen ist: Gestützt auf die Möglichkeiten des Internets, bekennen sich weltweit Akteure zu einem Paradigma – der religiös verbrämten Gewalt gegen die angeblichen „Feinde“ des muslimischen Glaubens – und ziehen dieses als Rechtfertigung für eine autonome, regionale Agenda heran. Ein Geflecht aus zumeist allenfalls ideell verbundenen Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen entsteht. Jihadistische Prominenz, wie z.B. „Al Qaida“ (AQ) und der „Islamische Staat“ (IS), können darin selten einen unmittelbaren, steuernden Einfluss auf ideologisch Gleichgesinnte ausüben.[7]

Namhafte Terrorismusforscher – etwa Bruce Hoffman – sehen im Prinzip der Dezentralität, welches sich hinter den beiden genannten Begriffspaaren verbirgt, ein prägendes Merkmal gegenwärtiger terroristischer Gewalt.[8] Es kennzeichne einen „neuen Terrorismus“, der sich vom „alten Terrorismus“ des 20. Jahrhunderts und dessen Präferenz für pyramidale, genuin hierarchische Binnenstrukturen unterscheide.[9] Der Soziologe Peter Waldmann betonte dagegen, Dezentralität im Terrorismus sei keinesfalls eine Neuigkeit.[10] Diesem Verdikt ist zuzustimmen – denn in den Versuchen, einen „neuen Terrorismus“ zu identifizieren, gerät – unter anderem – der auf marxistischen und anarchistischen Topoi ruhende sozialrevolutionäre Terrorismus Westdeutschlands aus dem Blick. Anfang der 1970er

---

[6] Vgl. Jessica Stern/J.M. Berger, ISIS. The State of Terror, London 2016, S. 60-61.

[7] Vgl. Dirk Baehr, Dezentraler, führerloser Jihad im Sinne Abu Musab al Suri? Eine Analyse der neuen Strategien des Jihadi-Salafismus anhand vergangener Terroranschläge und Anschlagsversuche in Europa und Nordamerika, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 516-547, hier S. 518; Guido Steinberg, Jihadismus und Internet. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Jihadismus und Internet. Eine deutsche Perspektive, Berlin 2012, S. 7-22, hier S. 8.

[8] Vgl. Hoffman, Inside Terrorism (Anm. 1), S. 271.

[9] Vgl. Alexander Straßner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation, Wiesbaden 2003, S. 73-76.

[10] Vgl. Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, Hamburg 2011, S. 36.

Jahre, also noch vor bundesrepublikanischen Rechtsterroristen[11] – und weit vor dem islamistischen Terrorismus – befasste sich die selbsternannte „Stadtguerilla“ mit Überlegungen, die charakteristisch für „leaderless resistance“ und „leaderless jihad“ werden sollten. Treibende Kraft waren dabei die 1973[12] aus der Taufe gehobenen und bis 1995 aktiven „Revolutionären Zellen“ (RZ), welche sich in der Position eines Korrektivs zu den anderen linksterroristischen Gruppen – zur „Roten Armee Fraktion“ (RAF) sowie zu der „Bewegung 2. Juni“ (B2J)[13] – sahen.

Aus dieser Bedeutung der RZ ergibt sich die Leitfrage: Welchen Beitrag leisteten sie beim Entstehen zellulär-horizontaler Organisationsformen im Terrorismus? Eine Antwort auf diese Frage lässt sich entlang folgender Unterfragen finden: Woher nahmen die RZ ihre strukturellen Grundsätze? Wie setzten sie diese in der Praxis um? Welche „Erfolge“ erzielten die Zellen mit ihrem spezifischen Aufbau? Welche Nachteile mussten sie in Kauf nehmen? War das Organisationsmodell der RZ Vorbild für andere terroristische Zirkel in Deutschland? Finden sich spezifische Merkmale der RZ bei jüngeren Akteuren des Terrorismus, die zu einem zellulären Aufbau griffen? Wo liegen Unterschiede, wo Gemeinsamkeiten zu solchen Akteuren?

Die nachfolgenden Ausführungen[14] beleuchten zunächst die – lateinamerikanischen – Vorläufer der westdeutschen „Stadtguerilla“, genauer: deren theoretische Positionen zu strukturellen Anforderungen an den Guerillakampf (2.). Sodann werden die organisatorischen Ansprüche der RZ, das Verwirklichen dieser Vorhaben im Alltag sowie

---

[11] Vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 239.

[12] Vgl. Uwe Backes, Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach, Erlangen/Bonn/Wien 1991, S. 85.

[13] Hierbei handelt es sich um eine Abkürzung des Autors. Sie basiert auf dem im angelsächsischen Raum gängigen Akronym M2J (für: „Second of June Movement“). Vgl. Ely Karmon, Coalitions between Terrorist Organizations. Revolutionaries, Nationalists and Islamists, Leiden 2005, S. 52.

[14] Diese beruhen in Teilen auf der Anfang 2022 an der Technischen Universität Chemnitz eingereichten Dissertation des Autors. Die Arbeit trägt den Titel: „Wir lassen sie sein, und sie lassen uns sein“. Entwicklung und Bedingungsfaktoren der Beziehungen zwischen „Roter Armee Fraktion“, „Tupamaros Westberlin“/„Bewegung 2. Juni“ und „Revolutionären Zellen“.

etwaige Phasen beschrieben, in denen die strukturellen Attribute der Zellen einem Wandel unterlagen (3.). Es folgt eine Bilanz zu den – aus Sicht der Mitglieder – positiven (4.) wie negativen Seiten (5.) der eigenen Organisation. Hier bietet sich ein kursorischer Vergleich zur RAF an, beschritt diese doch in strukturellen Fragen lange Zeit einen gänzlich anderen Weg. Schließlich wird thematisiert, inwiefern die organisatorischen Vorstellungen der RZ auf den übrigen deutschen Links- sowie auf den Rechtsterrorismus abfärbten (6.). Hernach geht der Autor auf ausgewählte Fälle aus dem islamistisch und rechts motivierten Terrorismus des 21. Jahrhunderts ein, unter anderem auf den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) sowie die AQ – und stellt diese der Struktur der RZ gegenüber (7.).

2. Die Ursprünge des Organisationsmodells der RZ

Nicht nur in strategischer Hinsicht berief sich der westdeutsche Linksterrorismus von Anfang an auf „Befreiungskämpfer“ des „Trikont“ – der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika.[15] Auch unter dem Gesichtspunkt der Organisation standen sie Pate. Interesse weckte weniger das in militärischen Kategorien gedachte „Kolonnenmodell“ der kubanischen Landguerilla unter Fidel Castro, das auf ein fortwährendes Abspalten von „Kolonnen“ aus bestehenden Einheiten, mithin auf beständiges Vergrößern einer mit Befehlen („top-down“) geführten irregulären Armee setzte.[16] Der „bewaffnete Kampf“ in Westdeutschland fand seine Vorbilder zuvorderst in sozialrevolutionären Akteuren, welche in den urbanen Ballungsräumen Brasiliens und Uruguays agierten – deren Erfahrungen kamen den eigenen Bedingungen in einem industrialisierten Staat näher als die Erkenntnisse aus der im ruralen Raum entschiedenen Kubanischen Revolution. Die „Stadtguerilla“ Westdeutschlands orientierte sich

[15] Vgl. Iring Fetscher/Herfried Münkler/Hannelore Ludwig, Ideologien der Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Analysen zum Terrorismus, Bd. 1, Opladen 1981, S. 15-271, hier S. 114, 169 und 172; Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 156.

[16] Vgl. Régis Debray, Revolution in der Revolution? Bewaffneter Kampf und politischer Kampf in Lateinamerika, München 1967, S. 83-84; Che Guevara, Guerilla Warfare, Lincoln 1998, S. 17-18 und 112.

einerseits an der vom Guerilla-Theoretiker Carlos Marighella in Brasilien geführten „Ação Libertadora Nacional“ (ALN)[17], andererseits an der uruguayischen „Movimiento de Liberación Nacional“ (MLN). Letzte firmierte auch unter der Bezeichnung „Tupamaros“.[18]

Carlos Marighellas Einblicke in den starren Zentralismus der Kommunistischen Partei Brasiliens manifestierten seine Überzeugung von einer auf dezentralen Einheiten basierenden Strategie des politischen Kampfes.[19] Dieser Standpunkt schlug sich in seinem „Handbuch des Stadtguerillero“ nieder. Ab 1970 war eine deutsche Ausgabe verfügbar.[20] Abschätzig blickte Marighella darin auf klassische Organisationsformen – die „alte Hierarchie und de(n) Stil der traditionellen Linken“[21], der den unter anderem in der Sowjetunion propagierten marxistisch-leninistischen Glauben an Parteistrukturen[22] konservierte. Die urbane „Guerilla“ beschrieb er als „ein unzerstörbares Netz von Feuergruppen, sie funktioniert auf einfache und praktische Weise mit einem allgemeinen Kommando, das ebenfalls am Kampf teilnimmt“[23]. Eine „Feuergruppe“ bestehe aus vier oder fünf

---

[17] Vgl. Stephanie Rübenach, Die Brasilianische Stadtguerilla. Aktionskonglomerat auf widersprüchlicher Grundlage, in: Alexander Straßner (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden 2008, S. 411-434, hier S. 424.

[18] Vgl. Nina Huthöfer, Erfolgreicher Terrorismus? Die Tupamaros in Uruguay, in: Straßner (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus (Anm. 17), S. 345-362, hier S. 345.

[19] Vgl. Rübenach, Die Brasilianische Stadtguerilla (Anm. 17), S. 424.

[20] Vgl. Lutz Taufer, Über Grenzen. Vom Untergrund in die Favela, Hamburg 2018, S. 249.

[21] Carlos Marighella, Handbuch des Stadtguerillero, in: Conrad Detrez (Hrsg.), Zerschlagt die Wohlstandsinseln der Dritten Welt, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 39-84, hier S. 50.

[22] Vgl. Alexander Fjodorowitsch Schischkin, Grundlagen der marxistischen Ethik, Berlin 1965, S. 527-536; Wladimir Iljitsch Lenin, Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), W.I. Lenin. Ausgewählte Werke, Bd. 1, Berlin 1970, S. 139-314, hier S. 220-221, 234 und 240-254; Josef Wissarionowitsch Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus. Vorlesungen an der Swerdlow-Universität, Peking 1972, S. 112-131; vgl. auch Ernest Mandel, Einführung in den Marxismus, Köln 2008, S. 102-104.

[23] Marighella, Handbuch des Stadtguerillero (Anm. 21), S. 51.

Personen[24], welche Verfehlungen beim Eigenschutz zu vermeiden haben: „Das oberste Prinzip für die Sicherheit des Guerillero ist, dass wir unter keinen Umständen auch nur die geringsten Anzeichen von Nachlässigkeit oder Trägheit bei der Erfüllung der Sicherheitsmaßnahmen und der Wachsamkeitsregeln zulassen dürfen.“[25] Ferner müsse der eigene Aufenthaltsort vor Sicherheitskräften verborgen werden.[26]

Zwei abgeschottete „Feuergruppen“ bildeten durch die Koordination von ein oder zwei Mitgliedern eine von anderen „Feuergruppen“ getrennte „Feuermannschaft“, so Marighella. Sofern das „strategische Kommando“ Aufgaben zuweist, sei diesen der Vorzug zu geben.[27] Indes müsse eine Starrheit – „jede rigide Organisationsform“[28] – vermieden werden: „Das bedeutet, dass mit Ausnahme der den strategischen Interessen untergeordneten und deshalb vorrangigen Aufgaben jede Feuergruppe einen Banküberfall, eine Entführung, eine Hinrichtung … beschließen und durchführen und jede Art von Propaganda und Nervenkrieg gegen den Feind führen kann, ohne vorher das strategische Kommando zu konsultieren.“[29] Und weiter: „Eine Feuergruppe darf nie in Erwartung von Befehlen passiv bleiben. Ihre Pflicht ist es, zu handeln.“[30] Zur Rolle des Generalkommandos merkte Marighella ergänzend an: „Das allgemeine Kommando muss … auf die Feuergruppen für die Ausführung strategisch wichtiger Aufgaben in jedem Teil des Landes zurückgreifen können. Auf der anderen Seite hilft das Kommando den Feuergruppen bei der Überwindung ihrer Schwierigkeiten und bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse.“[31]

[24] Vgl. ebenda, S. 50.
[25] Ebenda, S. 78.
[26] Vgl. ebenda, S. 77.
[27] Vgl. ebenda, S. 50.
[28] Ebenda.
[29] Ebenda, S. 51.
[30] Ebenda.
[31] Ebenda.

Die in Uruguay ab 1969 verstärkt auftretende MLN setzte auf „bewaffnete Kommandos“[32]. Ihre vorwiegend aus „der Mittel- und Oberklasse stammen(den)“[33] Mitglieder waren, so ist zeitgenössischen Publikationen der westdeutschen Linken zu entnehmen, „konspirativ organisiert“[34]. Sie „arbeitet(en) in Kleingruppen von fünf bis zehn Personen.“[35] Weiter heißt es zu den „Tupamaros“: „Die Genossen einer Gruppe wissen voneinander nur wenig. Vom Gruppenleiter kennen sie weder Adresse noch Namen.“[36] Das hier beschriebene System des „need to know“ galt gleichermaßen in der Beziehung unter den einzelnen Gruppen – auch diese Information zirkulierte Anfang der 1970er Jahre in linksextremistischen Kreisen der Bundesrepublik.[37]

Wie der späteren wissenschaftlichen Aufarbeitung zu entnehmen ist, unterstanden die Zellen der MLN einem Exekutivkomitee. Dessen Personal trat – ebenso wie die übrigen Mitglieder – lediglich unter einem Alias auf. Das Komitee schuf eine militärisch anmutende Über-/Unterordnung und delegierte Aufgaben an die einzelnen Zirkel. Eine Nationalversammlung, an der alle Zellen mitwirken sollten, besetzte dieses offenbar aus dem Hintergrund agierende Gremium. Ab 1969 begann die uruguayische „Stadtguerilla“, mehrere Zirkel in „Kolonnen“ mit einem drei Personen fassenden Präsidium zusammenzuschließen[38] – „eine(r) verkleinerte(n) Kopie der Bewegung als Ganzes“[39].

---

[32] Carlos Núñez, Die Tupamaros. Bewaffnete Avantgarde in Uruguay, in: Tupamaros Westberlin (Hrsg.), Stadtguerilla. Neue Strategie, Berlin/Toulouse 1970, S. 8-48, hier S. 36.

[33] Wolfgang Schöller, Tupamaro in Uruguay. Guerilla im Apparat, in: Tupamaros Westberlin (Hrsg.), Stadtguerilla (Anm. 32), S. 51-58, hier S. 52; vgl. auch Heinrich Krumwiede, Ursachen des Terrorismus, in: Peter Waldmann (Hrsg.), Determinanten des Terrorismus, Weilerswist 2005, S. 29-84, hier S. 48.

[34] Schöller, Tupamaro in Uruguay (Anm. 33), S. 52.

[35] Ebenda.

[36] Ebenda.

[37] Vgl. Huthöfer, Erfolgreicher Terrorismus? (Anm. 18), S. 351.

[38] Vgl. ebenda, S. 350-352.

[39] Ebenda, S. 352.

3. Die RZ als Archetyp zellulär-horizontaler Organisation in Deutschland

Zwar waren die RZ nicht die Ersten, die innerhalb der bundesrepublikanischen „Stadtguerilla“ mit dem Gedanken an eine zelluläre Organisation nach lateinamerikanischer Art spielten – Georg von Rauch etwa, eine zentrale Figur der als Vorläufer der B2J geltenden „Tupamaros Westberlin“ (TW), liebäugelte bereits im Frühjahr 1970 mit einer solchen Struktur.[40] Wie kein anderer Akteur des westdeutschen Linksterrorismus ließen sie aber – insbesondere – die um flache Hierarchien bemühten Leitlinien Marighellas in die Praxis des „bewaffneten Kampfes“ einfließen. Es gelang den RZ, um eine spätere Formulierung zu nutzen, einen „führerlosen Widerstand“ von links zu etablieren – in der Bundesrepublik avancierten sie damit zum Archetypen dieser organisatorischen Schule.

Nach den ersten Anschlägen Ende 1973 formten die Gründer – allen voran Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann – die RZ sukzessive zu einem kettenförmigen Netzwerk mit linearer Anordnung der Glieder. Ein Motiv lieferte ihnen die durch Festnahmen geschwächte Struktur der RAF.[41] „(W)ir haben nicht den Anspruch, eine Partei oder eine Rote Armee zu werden“[42], ließen sie 1975 öffentlichkeitswirksam verkünden. Das Netzwerk der RZ fußte auf kleinen Gruppen[43], die jeweils wenige Mitglieder zählten. Die personelle Stärke eines Zirkels rangierte wohl zwischen drei und acht Personen.[44] Nach Vorstellungen

---

[40] Vgl. Wolfgang Kraushaar, Die Tupamaros West-Berlin, in: Ders. (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 512-530, hier S. 522 und 524.

[41] Vgl. Johannes Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? Revolutionäre Zellen in Deutschland, in: Straßner (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus (Anm. 17), S. 257-273, hier S. 259-260.

[42] o. A., Interview aus „Holger, der Kampf geht weiter“ (Mai 1975), in: ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Hrsg.), Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Bd. 1, Berlin 1993, S. 96-115, hier S. 115.

[43] Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 204.

[44] Vgl. Hans Josef Horchem, Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1985, in: Beiträge zur Konfliktforschung, Nr. 1/1986, S. 5-23, hier S. 16; Werner Kahl, Vorsicht Schusswaffen! Von kommunistischem Extremismus,

der RZ sollten neue Gruppen nicht ausnahmslos von arrivierten Mitgliedern des Netzwerks aus der Taufe gehoben werden, im Gegenteil: Als verfehlt beschrieben sie im Jahre 1978 die Hoffnung ihrer Sympathisanten, „eines Tages einen Kontakt (zu) kriegen, der sie dann mehr oder weniger an die Hand nimmt."[45] Die RZ kämen nicht einem „Verein (gleich), dem man beitreten kann."[46] Keinesfalls sei ihre „Politik" patentiert. Jedermann könne den Namen und die Agenda der RZ eigenständig übernehmen und mit Leben füllen.[47] Folglich hingen die RZ nicht einem Schema des Zellteilens, sondern einem „Franchise"-Gedanken an. Diese Idee materialisierte sich, als von Ende der 1970er Jahre an „Nachahmer- oder Resonanz-RZ"[48] in Erscheinung traten, welche organisatorisch vom Kernbereich des Netzwerkes losgelöst waren.[49]

Ein Rekrutieren weiterer Mitstreiter durch bestehende Zellen erfolgte offenbar nur dann, wenn sich diese nach einem längeren Zeitraum als vertrauenswürdig erwiesen hatten[50] und sie „für koscher gehalten wurde(n)"[51]. Die Angehörigen eines Zirkels der RZ kannten einander grundsätzlich nur unter Tarnnamen – vorausgesetzt, sie waren sich

---

Terror und revolutionärer Gewalt, München 1986, S. 107; Hans Josef Horchem, Fünfzehn Jahre Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 5 vom 31. Januar 1987, S. 3-15, hier S. 10; Hans Josef Horchem, Die verlorene Revolution. Terrorismus in Deutschland, Herford 1988, S. 87; Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur (Anm. 41), S. 261.

45 RZ, Revolutionärer Zorn Nr. 5. Praxissondernummer (1987), in: ID-Archiv (Hrsg.), Die Früchte des Zorns (Anm. 42), Bd. 2, S. 638-643, hier S. 639.

46 Ebenda.

47 Vgl. ebenda.

48 Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1987, Bonn 1988, S. 77.

49 Vgl. RZ Nicaragua, Versuchter Sprengstoffanschlag gegen Daimler-Benz, Frankfurt (Juni 1979), in: ID-Archiv (Hrsg.), Die Früchte des Zorns (Anm. 42), Bd. 2, S. 647-648; RZ, Brief zu diesem Anschlag (Juni 1979), in: ebenda, S. 648.

50 Vgl. Klaus-Dieter Matschke/Fritz Schmaldienst, Carlos-Komplize Weinrich. Die internationale Karriere eines deutschen Top-Terroristen, Frankfurt/M. 1995, S. 16.

51 Hans-Joachim Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit. Appell eines ausgestiegenen Terroristen, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 172.

zuvor nicht im Wege politischer Aktivitäten unter ihren tatsächlichen Identitäten begegnet.[52] Laut Rudolf Schindler, einem langjährigen Mitglied der RZ, war das Netzwerk „keine Schwatzbude“[53]: Die in einer Zelle zusammengefassten Aktivisten verzichteten – angeblich – darauf, „biografische Daten, Tatbeteiligung und Tatausführung“[54] zu diskutieren oder hierzu vorhandenes Wissen zu verbreiten. Es sei daher vorgekommen, dass „RZ-Mitglieder selbst nach längerer Zugehörigkeit nichts voneinander“[55] wussten. Jeder Angehörige habe „bei Aufträgen immer nur einen kleinen Ausschnitt des ganzen Unternehmens“[56] erblickt – so Magdalena Kopp, die ebenfalls innerhalb der RZ aktiv war. Man habe daher nicht gewusst, „was anschließend passieren soll“[57]. Treffen einzelner Mitglieder seien unter konspirativen und zeitaufwändigen Umständen erfolgt.[58] Wichtig war den Aktivisten der RZ zudem, eine „Funktionalisierung“[59] zwischen „Machern und Fußvolk“[60] zu unterbinden. Jedes Mitglied sollte, so der Anspruch des Netzwerks, „Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit“[61] zeigen, also selbst über den Gegenstand seiner Tätigkeit und das Ausmaß seiner Mitarbeit entscheiden.[62]

Die den Mitgliedern auferlegten internen Regeln der Konspiration und weitreichenden Selbstbestimmung galten augenscheinlich ebenso für

---

[52] Vgl. Horchem, Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1985 (Anm. 44), S. 16; Anne Maria Siemens, Durch die Institutionen oder in den Terrorismus. Die Wege von Joschka Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Hans-Joachim Klein und Johannes Weinrich, Frankfurt/M. 2006, S. 297-298.

[53] Rudolf Schindler, Einlassung im sogenannten Berliner RZ-Prozess (18. Januar 2002), in: www.freilassung.de (gelesen am 8. Februar 2022).

[54] Ebenda.

[55] Ebenda.

[56] Magdalena Kopp, Die Terrorjahre. Mein Leben an der Seite von Carlos, München 2007, S. 77-78.

[57] Ebenda, S. 78.

[58] Vgl. Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit (Anm. 51), S. 173; o. A., Geschichten des Zorns. In dem Artikel „Rauchzeichen“ geben ehemalige RZ-Mitglieder einen Rückblick auf 20 Jahre Revolutionäre Zellen (21. Juni 2001), in: www.freilassung.de (gelesen am 8. Februar 2022).

[59] RZ, Revolutionärer Zorn Nr. 5 (Anm. 45), S. 639.

[60] Interview aus „Holger, der Kampf geht weiter“ (Anm. 42), S. 111.

[61] RZ, Revolutionärer Zorn Nr. 5 (Anm. 45), S. 639.

[62] Vgl. Matschke/Schmaldienst, Carlos-Komplize Weinrich (Anm. 50), S. 15.

die einzelnen Zellen.[63] Diese setzten auf eine weitreichende Abschottung.[64] Eine Gruppe konnte eigenständig auf Basis ihrer programmatischen Präferenzen bestimmen[65], welchen Beitrag sie unter Würdigung des im Netzwerk erreichten „Grundkonsens“[66] zum „bewaffneten Kampf“ leistet.[67] Die Propaganda der RZ bekräftigte im Jahre 1978, „jede Zelle (macht) ihre eigene Politik.“[68] Das vormalige RZ-Mitglied Gerd-Hinrich Schnepel äußerte dazu, „die Gruppen an sich waren autonom, machten ihre eigenen Sachen“[69].

Dass die Zellen in ihrer Zusammenarbeit nicht bloß auf einen „Grundkonsens“ vertrauten, sondern auch fortwährend Absprachen prinzipieller Natur trafen, signalisierten das regelmäßige Veröffentlichen des „Revolutionären Zorns“ – des Sprachrohrs der RZ[70] – sowie thematisch und zeitlich aufeinander abgestimmte Anschlagsserien.[71] Fürderhin entwickelte sich über materielle Bedarfe

---

[63] Vgl. RZ, Revolutionärer Zorn Nr. 4 (Januar 1978), in: ID-Archiv (Hrsg.), Die Früchte des Zorns (Anm. 42), Bd. 1, S. 221-251, hier S. 247.

[64] Vgl. Eckhart Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat. Die Baader/Meinhof-Bande, die Bewegung 2. Juni, die Revolutionären Zellen und die Stasi im Operationsgebiet Westberlin, Norderstedt 2009, S. 149; vgl. auch Uta Demes, Die Binnenstruktur der RAF. Divergenz zwischen postulierter und tatsächlicher Gruppenrealität, Münster/New York 1994, S. 30.

[65] Vgl. Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland (Anm. 15), S. 174.

[66] Gerd-Hinrich Schnepel/Christoph Villinger/Wolf-Dieter Vogel, Die Carlos-Haddad-Connection. Der Wiener Opec-Überfall, die Flugzeugentführung von Entebbe und andere internationalistische Verwirrungen der Revolutionären Zellen. Ein Interview mit dem ehemaligen RZ-Mitglied Gerd Schnepel (29. November 2000), in: www.jungle.world (gelesen am 8. Februar 2022).

[67] Vgl. Horchem, Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1985 (Anm. 44), S. 16; Kahl, Vorsicht Schusswaffen! (Anm. 44), S. 107; Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? (Anm. 41), S. 259.

[68] RZ, Revolutionärer Zorn Nr. 5 (Anm. 45), S. 638.

[69] Schnepel/Villinger/Vogel, Die Carlos-Haddad-Connection (Anm. 66).

[70] Vgl. Friedhelm Neidhardt, Linker und rechter Terrorismus. Erscheinungsformen und Handlungspotentiale im Gruppenvergleich, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Analysen zum Terrorismus, Bd. 3, Opladen 1982, S. 433-476, hier S. 463; Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? (Anm. 41), S. 260.

[71] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), betrifft: Verfassungsschutz 1982, Bonn 1983, S. 103.

immer wieder ein Austausch zwischen den RZ:[72] „Die einen hatten Sprengstoff, die anderen nicht.“[73] Die Beziehungen unter den Zirkeln des Netzwerks verliefen über zentrale Schnittstellen.[74] Jede Zelle soll einen „Beauftragten“[75] ausgewählt haben, dem die Kommunikation mit den Kontaktpersonen der anderen Gruppen oblag. Bestimmt wurden diese Repräsentanten – angeblich – auf Basis ihrer Erfahrung und Zuverlässigkeit. Regelmäßig trafen sich die „Beauftragten“ auf überregionalen Zusammenkünften, die Beschlüsse zu grundsätzlichen Themen herbeiführen sollten.[76]

Was von der Außendarstellung der RZ und den Rückblicken ihrer ehemaligen Mitglieder zu einer Struktur „ohne zentrale Führung“[77] zu halten ist, vermag annähernd der Abgleich mit den wenigen gesicherten Erkenntnissen zur Realität des Netzwerkes während der 1970er Jahre zu beantworten. Wissenschaftliche Untersuchungen attestierten den RZ eine gering ausgeprägte Zentralität.[78] Sie seien „nicht kadermäßig organisiert und geführt“[79] worden. Lediglich für den Zeitraum bis 1976 – bis zum Tod von Wilfried Böse im ugandischen Entebbe – kann von einer in Ansätzen gegebenen Lenkung innerhalb des Netzwerkes gesprochen werden – und zwar sowohl in personeller als auch in struktureller Hinsicht.

---

[72] Vgl. Backes, Bleierne Jahre (Anm. 12), S. 89; Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur (Anm. 41), S. 260.

[73] Schnepel/Villinger/Vogel, Die Carlos-Haddad-Connection (Anm. 66).

[74] Vgl. Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? (Anm. 41), S. 260.

[75] Kahl, Vorsicht Schusswaffen! (Anm. 44), S. 107; Horchem, Die verlorene Revolution (Anm. 44), S. 87; vgl. auch Neidhardt, Linker und rechter Terrorismus (Anm. 70), S. 441.

[76] Vgl. Siemens, Durch die Institutionen oder in den Terrorismus (Anm. 52), S. 298.

[77] Ingrid Strobl, Vermessene Zeit. Der Wecker, der Knast und ich, Hamburg 2020, S. 187.

[78] Vgl. Jo Groebel/Hubert Feger, Analyse von Strukturen terroristischer Gruppierungen, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Analysen zum Terrorismus (Anm. 70), S. 393-432, hier S. 429.

[79] Wilhelm Dietl/Kai Hirschmann/Rolf Tophoven, Das Terrorismus-Lexikon. Täter, Opfer, Hintergründe, Frankfurt/M. 2006, S. 81.

Augenscheinlich kam Böse als Initiator einer „Guerillaorganisation anderen Typs“[80] eine herausgehobene Position zu. Jedenfalls nahm das RZ-Mitglied Hans-Joachim Klein – nach seiner Aufnahme in das Netzwerk – Böse als „Motor des Ganzen“[81] und dementsprechend als „Leader“[82] und „Chef der Revolutionären Zellen“[83] wahr. Böse sei es gewesen, der „die erste Geige spielt(e)“[84]. Entgegen den Vorgaben zum Abschotten konnte er auf ein Wissen zur gesamten Struktur der RZ zurückgreifen und mehrere Zellen beeinflussen.[85] Abgesehen von der Triebkraft, die Böse zukam, resultierte aus den „bundesweite(n) Delegiertentreffen“[86] des Netzwerks „ein steuernder Einfluss nach Art einer übergeordneten Dachvereinigung“[87], welcher auf die lokalen Zellen ausgeübt wurde.[88] Nach dem Tod Böses – der innerhalb der RZ eher Klammer als dezidierte Führungspersönlichkeit mit Machtanspruch gewesen sein dürfte – zerstoben die rudimentären Hierarchien der Zellen. Der nun einsetzende Wettstreit um die Stellung des Primus inter pares[89] weichte die ohnehin lockere Koordination innerhalb des Netzwerks bis hin zu einer gänzlichen Autonomie der einzelnen Zirkel auf.[90] Jahrelang sollte der Verzicht auf eine engere flächendeckende Abstimmung jenseits allgemeiner ideologischer und strategischer Kernpunkte anhalten: Dem Netzwerk war es nicht möglich, sich vermittels der aufrechterhaltenen „Delegiertentreffen“[91]

---

[80] Wolfgang Kraushaar, Im Schatten der RAF. Zur Entstehungsgeschichte der Revolutionären Zellen, in: Ders. (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus (Anm. 40), S. 583-601, hier S. 592.

[81] Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit (Anm. 51), S. 172.

[82] Ebenda, S. 206.

[83] Hans-Joachim Klein/Libération, Interview Hans-Joachim Kleins mit der Zeitung Libération, in: ebenda, S. 271-304, hier S. 281.

[84] Klein, Rückkehr in die Menschlichkeit (Anm. 51), S. 172.

[85] Vgl. Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? (Anm. 41), S. 260.

[86] Dia-Gruppe, This Is Not A Love Song. Eine kleine Geschichte der Revolutionären Zellen/Roten Zora (RZ) (21. März 2001), in: www.jungle.world (gelesen am 8. Februar 2022).

[87] Siemens, Durch die Institutionen oder in den Terrorismus (Anm. 52), S. 298.

[88] Vgl. ebenda.

[89] Vgl. Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? (Anm. 41), S. 261.

[90] Vgl. Siemens, Durch die Institutionen oder in den Terrorismus (Anm. 52), S. 298.

[91] Schnepel/Villinger/Vogel, Die Carlos-Haddad-Connection (Anm. 66).

in einer „Phase von Diskussionen“[92] verbindlich auf ein gemeinsames, von der deutlichen Mehrheit der Zirkel getragenes „sozialrevolutionäre(s) Projekt“[93] zu verständigen.

Der zellulär-horizontale Aufbau der RZ konstituierte auch insofern eine Besonderheit im westdeutschen Terrorismus, als deren Mitglieder bereits in den 1970er Jahren versuchten, die organisatorischen Unterhaltskosten auf ein Minimum zu reduzieren. Zum einen plädierten die RZ für einen „Feierabendterrorismus“, in dem die Aktivisten eine legale, auf gewöhnliche Erwerbstätigkeit gestützte bürgerliche Existenz mit klandestinen Aktivitäten verbanden – sie umgingen einen kostspieligen terroristischen Untergrund, bestehend aus konspirativen Wohnungen, Falschidentitäten und getarnten Fahrzeugen. Das Abtauchen in die Illegalität galt als Ultima ratio.[94] Zum anderen begnügte sich die Mehrheit der RZ mit technisch einfachen Anschlägen auf Objekte, die ohne nennenswerten planerischen, pekuniären und materiellen Aufwand ausgeführten werden konnten.[95]

Mitte der 1980er Jahre unterlag die Organisation der RZ erneut einem partiellen Wandel – diesmal jedoch mit entgegengesetzter Schlagrichtung. Das lose Verknüpfen der Zellen wich der verstärkten Koordination zugunsten eines gemeinsamen Agierens in einer Kampagne für in Westdeutschland lebende Schutzsuchende, der sogenannten F-Kampagne. Zum zentralen Medium des engeren Schulterschlusses gerieten die in den 1970er Jahren etablierten Delegiertenversammlungen, welche innerhalb des Netzwerkes inzwischen die Bezeichnung „Miez“ – später „Asamblea“ – trugen. Initiiert wurden diese Treffen mithilfe getarnter Anzeigen in der taz.[96] Abweichend von dem in der Vergangenheit sichergestellten rigiden

---

[92] Horchem, Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1985 (Anm. 44), S. 17.

[93] RZ, Es ist zum Kotzen (Februar 1985), in: ID-Archiv (Hrsg.), Die Früchte des Zorns (Anm. 42), Bd. 1, S. 180-181, hier S. 181.

[94] Vgl. Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute (Anm. 43), S. 199; Jens Mecklenburg/Margrit Schiller, „Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung“. Ein Lebensbericht aus der RAF, Hamburg 2000, S. 131; Kopp, Die Terrorjahre (Anm. 56), S. 63.

[95] Vgl. Neidhardt, Linker und rechter Terrorismus (Anm. 70), S. 441; Kahl, Vorsicht Schusswaffen! (Anm. 44), S. 109.

[96] Vgl. Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 156-157.

Abschotten wohnten den Zusammenkünften „nicht mehr nur … Einzelne“[97] aus den Zirkeln des Netzwerkes bei. Den Zellen soll das Recht zugekommen sein, „mehrere TeilnehmerInnen zu(zu)lassen“[98]. Dieses Aufweichen setzte sich – punktuell – bis Ende der 1980er Jahre fort. So verabredeten sich jeweils mehrere Mitglieder der Westberliner RZ 1989 zu einem gemeinsamen Spaziergang.[99]

Wie Rudolf Schindler 2002 vor Gericht betonte, behielten die RZ hingegen ein anderes, für das Netzwerk prägendes „Essential“[100] bei: die „egalitäre(n) Strukturen in autonomen Gruppen“[101]. Während die Grundsätze des „bewaffneten Kampfes“ der RZ, die „Leitlinien für das weitere Vorgehen“[102] einem verbindlichen Diskurs unterworfen wurden, blieben „konkrete Anschlagsziele“[103] der Entscheidungshoheit der Zirkel vorbehalten. Nach Abschluss der Versammlungen machten die Aktivisten die Ergebnisse in ihren Gruppen bekannt – dort konnten die Beschlüsse abermals einen Meinungsaustausch durchlaufen.[104]

Gleichermaßen beständig zeigten sich die internen Sicherheitsvorkehrungen der Zellen. Weiterhin traten die Aktivisten unter einem Decknamen auf, welcher anlassbezogen verändert wurde. Nicht in jedem Fall erfuhren sie die tatsächliche Identität der Mitstreiter. Zudem galt die Regel des „need to know“: Wissen zum Ablauf von Anschlägen und zur Tatbeteiligung musste verschwiegen werden.[105] Besondere Vorsicht soll das Netzwerk im Umgang mit personellen Neuzugängen gezeigt haben. Ihnen wäre eine uneingeschränkte Einsichtnahme in die Interna der RZ zunächst

---

97 Geschichten des Zorns (Anm. 58).

98 Ebenda.

99 Vgl. Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 155.

100 Schindler, Einlassung im sogenannten Berliner RZ-Prozess (Anm. 53).

101 Ebenda.

102 Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 155.

103 Thomas Kram, Einlassung vor Gericht (22. Januar 2009), in: www.freilassung.de (gelesen am 8. Februar 2022).

104 Vgl. Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 157.

105 Vgl. Erster Strafsenat des Kammergerichts Berlin, Schriftliche Urteilsbegründung zum Urteil gegen Matthias Borgmann, Sabine Eckle, Harald Glöde, Axel Haug und Rudolf Schindler, Kapitel B, Unterkapitel II, Abschnitt 1 (20. Dezember 2004), in: www.freilassung.de (gelesen am 8. Februar 2022); Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 152 und 154-156.

verwehrt worden.[106] Wenngleich dieser Mechanismus ein Ungleichgewicht in der Verfügbarkeit von Kenntnissen begünstigte, traten Über-/Unterordnungsverhältnisse zwischen Mitgliedern einer Zelle während der 1980er Jahre – angeblich – nicht auf. Laut Schindler sahen sich die RZ keinesfalls nur nach außen dem „Aufbau egalitärer Strukturen“[107] verpflichtet: „Im Unterschied zu anderen Organisationen“[108] habe sich dieser Anspruch gleichfalls im Binnengefüge durchgesetzt. Daher „hätte sich … niemand in den RZ“[109] das Zuweisen einer Position, eines Aufgabenschwerpunktes oder eines Auftrags „gefallen lassen“[110].

Dieser Position Schindlers widersprach die Justiz im Gerichtsverfahren gegen ehemalige Mitglieder der Westberliner RZ Anfang der 2000er Jahre. In den Hintergrund geriet das auf theoretischer Ebene vertretene gleichberechtigte Miteinander aufgrund der „besondere(n) Autorität“[111] langjähriger Mitglieder der RZ, welche als „Platzhirsche“[112] einen „bestimmenden Einfluss“[113] in der Entscheidungsfindung ausübten und Aktionen gegen den Widerstand ihrer Mitstreiter durchsetzten. Allen voran die „Wälder“[114] – in die Illegalität geratene Aktivisten mit langjähriger Zugehörigkeit zum Netzwerk[115] – waren tonangebend. Ihre Dominanz speiste sich einerseits aus Ansehen und Erfahrung, welche die Dauer ihrer Mitgliedschaft in den RZ nach sich zog. Andererseits stützte sie sich auf persönliche Fähigkeiten.[116] Belegen lässt sich dies anhand der Biographie Sabine Eckles, die gemeinsam mit

---

[106] Vgl. Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 156.
[107] Schindler, Einlassung im sogenannten Berliner RZ-Prozess (Anm. 53).
[108] Ebenda.
[109] Ebenda.
[110] Ebenda.
[111] Erster Strafsenat des Kammergerichts Berlin, Schriftliche Urteilsbegründung (Anm. 105), Kapitel B, Unterkapitel II, Abschnitt 1.
[112] Geschichten des Zorns (Anm. 58).
[113] Erster Strafsenat des Kammergerichts Berlin, Schriftliche Urteilsbegründung (Anm. 105), Kapitel B, Unterkapitel II, Abschnitt 1.
[114] Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 156.
[115] Vgl. ebenda.
[116] Vgl. Erster Strafsenat des Kammergerichts Berlin, Schriftliche Urteilsbegründung (Anm. 105), Kapitel B, Unterkapitel II, Abschnitt 1 sowie Kapitel C, Unterkapitel VI.

Rudolf Schindler in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre „eine führende Stellung“[117] in einem Zirkel der RZ in Westberlin ausfüllte. Ihre herausgehobene Position ging zurück auf ihr Wesen als „intelligente, redegewandte und diskutierfreudige Theoretikerin“[118]. Solche Leitfiguren der RZ konnten sich allerdings nicht auf eine Unangreifbarkeit verlassen. Ihr Handeln löste bisweilen entschiedene Ablehnung aus, die sie zum Rechtfertigen zwang.[119]

Die ab 1985 beobachtbare Neigung der RZ, vermittels der Delegiertenversammlungen alle Mitglieder auf eine gemeinsame Linie zu verpflichten, verlor Ende der 1980er Jahre entlang der Frage einer „Patriarchats-Diskussion“[120] zusehends an Gewicht.[121] Rasch zerfiel die forcierte Koordination – dies zeigte sich insbesondere im Abspalten der Frauengruppe „Rote Zora“, deren differente Perspektiven die RZ nicht zu ihrem Vorteil hatten nutzen können.[122] An die Stelle des zunehmenden strukturellen Vernetzens durch das Stärken eines außerhalb der Zellen liegenden Rates trat die Rückkehr zu einem losen Zusammenhalt aus mehreren Gruppen, welche sich – wie in der Periode nach Böses Tod – grundsätzlich zum Netzwerk bekannten, indes unterschiedliche Wege einschlugen. Hieran änderte sich bis zum Zerfall der RZ Mitte der 1990er Jahre nichts.

4. Die Vorteile des Organisationsmodells der RZ

Gemeinhin werden zellulär-horizontale Strukturen, wie sie die RZ in Westdeutschland hoffähig machten, mit zwei Vorteilen verbunden: ein größerer Schutz vor sicherheitsbehördlichen Maßnahmen sowie ein höheres aktionistisches Niveau.[123] Wer diese Annahmen an der

---

117 Ebenda, Kapitel B, Unterkapitel II, Abschnitt 1.

118 Ebenda.

119 Vgl. ebenda, Kapitel C, Unterkapitel VII, Abschnitt 5.

120 RZ, Das Ende unserer Politik (Januar 1992), in: ID-Archiv (Hrsg.), Die Früchte des Zorns (Anm. 42), Bd. 1, S. 35-47, hier S. 39.

121 Vgl. Erster Strafsenat des Kammergerichts Berlin, Schriftliche Urteilsbegründung (Anm. 105), Kapitel C, Unterkapitel VII, Abschnitt 5.

122 Vgl. Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? (Anm. 41), S. 272; Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 150; Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland (Anm. 15), S. 176.

123 Vgl. Hoffman, Inside Terrorism (Anm. 1), S. 271-272; Waldmann, Terrorismus (Anm. 10), S. 78-79.

Geschichte der RZ misst, wird sie bestätigt sehen. Allerdings ist zu betonen, dass der „Erfolg“ der RZ nicht bloß dem Organisationsmodell, sondern der spezifischen Kombination eines Aufbaus aus autonomen Zirkeln mit einem niedrigschwelligen „Feierabendterrorismus“ zugeschrieben werden muss. Das der Struktur der RZ inhärente Abschotten trug ebenso zur Persistenz, Resilienz und „Effizienz“ des Netzwerkes bei wie die „bürgerliche Mimikry“[124] und die antimaterielle Anschlagspraxis. Weder griffen die RZ zu Banküberfällen[125], noch begegneten sie bei Gewaltanschlägen in Westdeutschland – von wenigen Ausnahmen abgesehen, darunter die Attentate auf den Westberliner Beamten Harald Hollenberg und den Richter Günter Korbmacher[126] – Opfern von Angesicht zu Angesicht. Grundsätzlich brachten sie sich also nicht in Situationen, in denen das Risiko, überwältigt und verhaftet zu werden, besonders hoch war.

Anders als die RAF, die ein ausgeprägter Zentralismus sowie das Bündeln der im Untergrund aktiven Mitglieder in einem einzelnen Zirkel kennzeichnete[127], erlebten die RZ wenige personelle Einbrüche durch polizeiliche Ermittlungserfolge. Die RAF zerschellte immer wieder an der westdeutschen Fahndung – so 1972 die Erste Generation, Anfang 1974 die „Gruppe 4.2.“ und im Jahre 1982 die Zweite Generation unter Brigitte Mohnhaupt.[128] Mühsam baute sie jedes Mal ihre Logistik wieder auf. Die RZ dagegen – mit ihrer ostentativ vorgetragenen Überzeugung, nur „eine Organisation … (aus) selbstständig operierenden Gruppen … (bietet) in einem totalitären Überwachungsstaat“[129] die Möglichkeit des Bestehens – blieben für die Sicherheitsbehörden über weite Strecken eine Terra incognita: „Lange Zeit war nur sehr wenig über Aufbau und Arbeitsweise der Gruppen bekannt“[130], konstatierte der Politikwissenschaftler Uwe Backes. Im

[124] Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute (Anm. 43), S. 199.
[125] Vgl. Neidhardt, Linker und rechter Terrorismus (Anm. 70), S. 437 und 441; Kopp, Die Terrorjahre (Anm. 56), S. 91.
[126] Vgl. Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 157-158 und 160-162.
[127] Vgl. Neidhardt, Linker und rechter Terrorismus (Anm. 70), S. 463.
[128] Vgl. Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Frankfurt/M. 2008, S. 294-300, 359-360 und 532-535.
[129] RZ, Revolutionärer Zorn Nr. 4 (Anm. 63), S. 247.
[130] Backes, Bleierne Jahre (Anm. 12), S. 89.

Jahre 1977 schrieben die RZ selbst: „Seit unseren ersten Aktionen 1973 … ist es dem Staatsterror bis heute nicht gelungen, unsere Struktur und Logistik aufzurollen, uns zu finden.“[131] Im April 1978 ergänzten sie: „(D)as einzige, was einem das Kreuz brechen kann, ist ein dicker Fehler oder ein gottverdammter Zufall.“[132]

Ein derart „schwere(r) Schlag“[133] ereignete sich erstmals nur wenige Monate später – während des Vorbereitens einer Aktion gegen das argentinische Konsulat in München. Das RZ-Mitglied Herman Feiling überprüfte am 23. Juni 1978 in Heidelberg die Funktionsfähigkeit eines präparierten Sprengsatzes. Als er den Zündmechanismus vervollständigte, detonierten – aus Versehen – die verbauten Explosivmittel. Feiling überlebte den Vorfall, zog sich allerdings schwerwiegende Verletzungen zu. Im Krankenhaus entfernten ihm die behandelnden Ärzte Augen und Beine. Bereits am Tag darauf begannen die Strafverfolgungsbehörden, den mit Schmerzmittel sedierten Aktivisten zu befragen. Insgesamt sei es zu vierzig Gesprächen zwischen Feiling und den Ermittlern gekommen. Die Aufzeichnungen der Vernehmer hätten annähernd 1.300 Seiten umfasst und wertvolle Einblicke in die den Behörden bis dahin nur geringfügig bekannten[134] und „mächtig unterschätzt(en)“[135] RZ geliefert.[136] In der Gesamtschau hielt sich der Schaden für das Netzwerk allerdings in engen Grenzen: Feiling gab zwar Einzelheiten zur Heidelberger Zelle preis, über andere Teile des Netzwerks erfuhren die Ermittler aber wenig – die

---

[131] RZ, Revolutionärer Zorn Nr. 3 (Mai 1977), in: ID-Archiv (Hrsg.), Die Früchte des Zorns (Anm. 42), Bd. 1, S. 165-172, hier S. 170.

[132] Dies., Revolutionärer Zorn Nr. 5 (Anm. 45), S. 638.

[133] Kopp, Die Terrorjahre (Anm. 56), S. 117.

[134] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), betrifft: Verfassungsschutz 1978, Bonn 1979, S. 118.

[135] Hans-Joachim Klein/Der Spiegel, „Den Papst einen Monat lang ausspioniert“. Hans-Joachim Klein über Attentats- und Entführungspläne im internationalen Terroristen-Milieu, in: Der Spiegel, Nr. 32 vom 6. August 1978, S. 70-82, hier S. 79.

[136] Vgl. o. A., Voll unter Fittichen, in: Der Spiegel, Nr. 48 vom 23. November 1980, S. 136-137; Horchem, Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1985 (Anm. 44), S. 16; Horchem, Die verlorene Revolution (Anm. 44), S. 87; Backes, Bleierne Jahre (Anm. 12), S. 89; Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute (Anm. 43), S. 200.

Mechanismen der internen Abschottung zahlten sich in dieser brenzligen Situation aus.[137] Lediglich vier Mitglieder der Zellen sollen aufgrund seiner Aussagen in die Illegalität gewechselt sein.[138] Innerhalb der Frankfurter Strukturen der RZ löste Feilings Festnahme kaum Unruhe aus. Magdalena Kopp schilderte hierzu rückblickend: „Mich kannte er nur unter meinem Decknamen Vera, und so sah ich … keinen Grund für den radikalen Schritt, in den Untergrund zu gehen."[139]

Erst 1987 – nach minutiösen Ermittlungen – verfügten die Sicherheitsbehörden über eine Erkenntnislage zu den RZ, welche bundesweite Durchsuchungsmaßnahmen rechtfertigte. Ziel der „Aktion Zobel" waren 23 Personen. Im Dezember 1987 setzten die Behörden ihre Planungen in die Tat um: In Bochum, Essen, Düsseldorf, Duisburg, Hamburg, Hannover, Köln und Ratingen verschafften sich Polizeibeamte Zutritt zu Privatwohnungen und Arbeitsräumlichkeiten.[140] Zwölf Personen nahmen die Behörden fest.[141] Diese Ermittlungserfolge gipfelten ebenfalls nicht in einem langfristigen Durchbruch. Abermals verhinderte die dezentrale Struktur tiefergehende Einschnitte im personellen wie materiellen Unterbau. So wurde die Infrastruktur des Netzwerkes in Westdeutschland in der Folgezeit nicht substantiell geschwächt. In Westberlin – zu dieser Zeit eine der regionalen Schwerpunkte der RZ – blieb die Logistik sogar unberührt.[142]

Während ihrer Hochphase zwischen 1973 und Ende der 1980er Jahre erreichten die Zahlen der zugleich aktiven Mitglieder des Netzwerks wohl Höhen, welche die Personenstärke der Ersten und Zweiten

---

[137] Vgl. Kraushaar, Im Schatten der RAF (Anm. 80), S. 598.

[138] Vgl. Kopp, Die Terrorjahre (Anm. 56), S. 117.

[139] Ebenda.

[140] Vgl. Elisabeth Winkelmann, Wo ist Zora? (18. Dezember 1997), in: www.jungle.world (gelesen am 8. Februar 2022); Petra Bornhöft, „Als wenn es mich nicht gäbe", in: Der Spiegel, Nr. 23 vom 1. Juni 2001, S. 46-48, hier S. 46; Martin Tuffner/Der Spiegel, Knockout für die Feierabendterroristen (18. Dezember 2019), in: www.spiegel.de (gelesen am 8. Februar 2022); Strobl, Vermessene Zeit (Anm. 77), S. 185.

[141] Vgl. Horchem, Die verlorene Revolution (Anm. 44), S. 96; Backes, Bleierne Jahre (Anm. 12), S. 90.

[142] Vgl. o. A., Der Prozess gegen Tarek Mousli. Dritter Prozesstag (Dezember 2000), in: www.freilassung.de (gelesen am 8. Februar 2022).

Generation der RAF in den Schatten stellten[143] – die RZ konnten offenbar deutlich mehr Mitglieder aufnehmen und einsetzen als die RAF. Anfang der 1980er Jahre sollen in der Bundesrepublik mindestens acht Zellen existiert haben. Verschiedenen Schätzungen zufolge gehörten ihnen 50 bis 200 Personen an.[144] Im Lichte einer solchen Personaldecke nimmt es nicht wunder, wenn die Gewaltquantität der RZ die Gesamtmenge der von der RAF verübten Anschläge im Vergleich übertrifft.[145] Den RZ werden mitunter bis zu 250 Gewalttaten zugerechnet.[146] Vor allem aufgrund des hohen Aktionsniveaus war das Netzwerk in den Augen der Sicherheitsbehörden zeitweise bedrohlicher als die RAF.[147]

5. Die Nachteile des Organisationsmodells der RZ

Für die „Erfolge“ ihres Organisationsmodells zahlten die RZ einen Preis – und zwar in mehrerlei Hinsicht. Die Nachteile resultierten aus dem Fehlen einer internen Autorität mit Entscheidungsmacht im Konfliktfall sowie aus der laxen Natur des „Franchise“-Gedankens, der es den einzelnen Beteiligten erlaubte, die übergeordneten strategischen Direktiven frei von vorheriger Kontrolle und nach eigenem Gutdünken auszuleben, ja gar zu pervertieren. Mit dem ersten dieser beiden Nachteile – der sich aufgrund der unangefochtenen Führerschaft von

[143] Vgl. Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF, Wiesbaden 1997, S. 246; Martin Jander, „Zieht den Trennungsstrich, jede Minute“. Die erste Generation der RAF, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Die RAF. Entmythologisierung einer terroristischen Organisation, Bonn 2008, S. 140-173, hier S. 148; Peters, Tödlicher Irrtum (Anm. 128), S. 230; Willi Winkler, Die Geschichte der RAF, Reinbek bei Hamburg 2008, S. 308.

[144] Vgl. Neidhardt, Linker und rechter Terrorismus (Anm. 70), S. 441; Horchem, Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1985 (Anm. 44), S. 17; Horchem, Die verlorene Revolution (Anm. 44), S. 90.

[145] Vgl. Neidhardt, Linker und rechter Terrorismus (Anm. 70), 437.

[146] Vgl. o. A., Falsch bombadiert, in: Der Spiegel, Nr. 7 vom 12. Februar 1989, S. 64-47, hier S. 64; Dietl/Hirschmann/Tophoven, Das Terrorismus-Lexikon (Anm. 79), S. 82; Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? (Anm. 41), S. 273; Dietrich, Angriffe auf den Rechtsstaat (Anm. 64), S. 150.

[147] Vgl. Horchem, Die verlorene Revolution (Anm. 44), S. 92-93.

Leitfiguren wie Andreas Baader und Brigitte Mohnhaupt[148] innerhalb der RAF bis in die 1990er Jahre nicht auftat – sahen sich die RZ erstmals Ende der 1970er Jahre konfrontiert. Die von Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann Mitte 1976 unternommene Entführung einer Passagiermaschine der Air France nach Entebbe kulminierte in einem veritablen internen Streit um die internationalistische Komponente der Strategie des Netzwerks.[149] Mitunter ist die Rede von „heftige(n) … Diskussionen“[150]. Die lockere, durch marginale Zentralisierung geprägte Diskussionskultur[151] – welche eine feste Instanz mit weltanschaulichem Deutungsmonopol nicht vorsah[152] – leistete in dieser Situation einer Neigung zum Fraktionieren Vorschub.[153]

Während die Mehrheit der Zellen sich in der Zeit danach vor allem gesellschaftlichen Konflikten in Westdeutschland zu widmen versuchte, wollte eine Minderheit internationalistisch-antiimperialistische Noten weiterhin angemessen berücksichtigt wissen. Diese Lager unterstrichen ihre heillose Uneinigkeit, indem sie sich – vor den Augen der Öffentlichkeit – immer wieder einen Schlagabtausch lieferten. Abwertungen waren dabei gang und gäbe. Der eine attestierte dem anderen wahlweise „dreckig(es) und beschissen(es)“[154] Gebaren, eine „Mischung aus nassforschem Gerotze und weinerlichem Anbiedern“[155], „(n)iederträchtig(e) und erbärmlich(e)“[156] Positionen, „großmäuliger Avantgardeanspruch und

[148] Vgl. Friedhelm Neidhardt, Soziale Bedingungen terroristischen Handelns. Das Beispiel der „Baader-Meinhof-Gruppe“ (RAF), in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Analysen zum Terrorismus (Anm. 70), S. 317-391, hier S. 364; Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder (Anm. 143), S. 367.
[149] Vgl. Dia-Gruppe, This Is Not A Love Song (Anm. 86).
[150] Ebenda.
[151] Vgl. Neidhardt, Linker und rechter Terrorismus (Anm. 70), S. 464.
[152] Vgl. Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? (Anm. 41), S. 273.
[153] Vgl. Demes, Die Binnenstruktur der RAF (Anm. 64), S. 30.
[154] RZ, Ein anderes Dementi (o. D.), in: www.freilassung.de (gelesen am 9. Februar 2022).
[155] Dies., Revolutionärer Zorn Nr. 3 (Anm. 131), S. 169.
[156] Dies., Es ist zum Kotzen (Anm. 93), S. 181.

… Fatalismus“[157] oder „fehlende Gewissenhaftigkeit“[158]. Die Abwesenheit einer schlichtenden, Verbindlichkeit schaffenden Stelle ist denn auch als Faktor zu begreifen, welcher maßgeblich zum Zerfall der RZ in den 1990er Jahren beitrug – in einer Phase, die das Neubestimmen des „bewaffneten Kampfes“ unausweichlich hatte werden lassen.

Der zweite Nachteil – im Kern das Aufspringen von Trittbrettfahrern, die den proklamierten Idealen zuwiderhandeln und diese diskreditieren – spiegelt sich in dem Entstehen autonomer, von den RZ gewollter „Nachahmerzellen“[159] wider. Für die RAF war ein solcher Prozess undenkbar: Zu ihr zählte keinesfalls derjenige, der bloß eine Mitgliedschaft selbst reklamierte – sondern nur der, dem die Zugehörigkeit nach gebührlicher Leistung als „Prädikat“ von der Gruppe zuerkannt wurde.[160] In den „Nachahmerzellen“ konnten die RZ zwar ihren Anspruch verwirklicht sehen, sozialrevolutionären Widerstand zu „vermassen“. Spätestens mit den Aktivitäten einer „Revolutionären Zelle Nicaragua“ Ende der 1970er Jahre trat aber die Schattenseite ihres „Franchise“-Modells deutlich hervor – dieser dem Kreise der Nachahmer zuzurechnende Zirkel hatte, entgegen der selbsterklärten Maxime der RZ, augenscheinlich eine Gefahr für Leib und Leben Unbeteiligter in Kauf genommen. Um die Vermittelbarkeit ihrer Linie besorgt, sahen sich die RZ zu einem auf Kurskorrektur zielenden Appell „an Leute oder Gruppen (genötigt), (die) unseren Namen … benutzen“[161]. Es sei falsch, bei einem „an sich richtige(n)

---

[157] Dies., Wenn die Nacht am tiefsten…ist der Tag am nächsten (März 1992), in: ID-Archiv (Hrsg.), Die Früchte des Zorns (Anm. 42), Bd. 1, S. 48-56, hier S. 48.

[158] Dies., Tendenz für die internationale soziale Revolution (Mai 1992), in: ebenda, S. 57-62, hier S. 57.

[159] Bundesministerium des Innern (Hrsg.), betrifft: Verfassungsschutz 1982 (Anm. 71), S. 104.

[160] Vgl. Volker Speitel, „Wir wollten alles und gleichzeitig nichts“. Ex-Terrorist Volker Speitel über seine Erfahrungen in der westdeutschen Stadtguerilla, in: Der Spiegel, Nr. 31 vom 27. Juli 1980, S. 36-49, hier S. 44; Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder (Anm. 143), S. 247.

[161] RZ, Brief zu diesem Anschlag (Anm. 49), S. 648.

Projekt zur richtigen Zeit … wissentlich oder unwissentlich – das ist egal – … Menschenleben (zu) gefährden.“[162]

6. Die RZ als unmittelbares Vorbild in organisatorischen Fragen

Anklang fand die zellulär-horizontale Struktur der RZ zunächst nur in den Reihen der B2J, welche die organisatorischen Überlegungen der TW nicht in den eigenen Alltag überführt hatte. Bei ihr handelte es sich – ähnlich wie bei der RAF – de facto um einen einzelnen, in der Illegalität verharrenden Zirkel. Mit Blick auf den Zeitraum Mitte der 1970er Jahre hielt Till Meyer – einer der Mitglieder der B2J – fest, diese empfand die „Struktur … der RZ (als) interessant“[163]. Nach Abschluss der Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz im Frühjahr 1975 verschrieb sie sich dem Willen, „die Gruppe zu teilen.“[164] Laut Ronald Fritzsch – ebenfalls Angehöriger der B2J – war beabsichtigt, „(d)ass … jeweils zwei Leute mit drei, vier neuen Leuten weitere Zellen aufbauen.“[165] Fritzschs Mitstreiterin Gabriele Rollnik erinnerte sich ebenfalls an die herangewachsene Absicht, „sich in kleine Gruppen auf(zu)teil(en)“[166]. Die einzelnen Zirkel sollten „was eigenes mach(en)“[167] – vergleichbar den „Revolutionären Zellen, die damals gegründet wurden“[168], so Rollnik in der Rückschau. Wie aus Meyers Ausführungen hervorgeht, hätten sich die neuen Zellen auf dem Gebiet Westdeutschlands verteilen müssen.[169] Das Projekt scheiterte, als ein Großteil der „aktiven“ Mitglieder der B2J ab Mitte 1975 in Haft geriet

---

[162] Ebenda.

[163] Till Meyer, Staatsfeind. Erinnerungen, Berlin 2008, S. 316.

[164] Ronald Fritzsch/ Ralf Reinders/Peter Hein/Klaus Herrmann, Von den Haschrebellen zur „Bewegung 2. Juni“, in: Ronald Fritzsch/Ralf Reinders (Hrsg.), Die Bewegung 2. Juni. Gespräche über Haschrebellen, Lorenz-Entführung, Knast, Berlin 2003, S. 11-59, hier S. 41.

[165] Ebenda.

[166] Gabriele Rollnik/Daniel Dubbe, Keine Angst vor niemand. Über die Siebziger, die Bewegung 2. Juni und die RAF, Hamburg 2007, S. 47.

[167] Ebenda.

[168] Ebenda.

[169] Vgl. Meyer, Staatsfeind (Anm. 163), S. 56-57.

– den Untergrund der Gruppe in Westdeutschland hielt nur noch Angelika Goder aufrecht.[170]

Während der Jahre danach erregte die Struktur der RZ Aufmerksamkeit in einem Milieu, das einen solchen Blick über den Tellerrand ob der grundsätzlichen Unversöhnlichkeit mit linken Theoremen nicht hatte erwarten lassen: im Rechtsterrorismus, und zwar in der „Hepp-Kexel-Gruppe“. Verständlich wird dies vor dem Hintergrund des besonderen ideologischen Einschlags der Gruppe. Der Ende 1981[171] von Odfried Hepp und Walter Kexel gegründete Zirkel begriff sich in nationalrevolutionärer Tradition.[172] Kennzeichnend für die Gruppe war das Bemühen, die ideologische Legitimation im Rechtsextremismus und -terrorismus zugunsten einer größeren Attraktivität des eigenen Lagers vom Nationalsozialismus nach Adolf Hitler zu lösen. Hieraus erwuchs ein rigider Antiamerikanismus – die Angehörigen der Gruppe untermauerten diesen durch gezieltes Anlehnen an linksterroristisches Begriffsinstrumentarium.[173] Die von Hepp und Kexel unterschriebene[174] Legitimationsschrift „Abschied vom Hitlerismus“ legte das zentrale Ziel der Gruppe frei: ein „nationale(r) Sonderweg“[175] zwischen dem Westen und dem kommunistisch dominierten Osten.[176]

---

[170] Vgl. Angelika Goder/Julia Pehrs/Wolfgang Weirauch, „Ich habe für meine Ziele gekämpft“. Interview mit Angelika Goder, in: Flensburger Hefte Verlag GmbH (Hrsg.), Einsamkeit. Wege des Ich, Flensburger Hefte, Nr. 75, Flensburg 2001, S. 101-131, hier S. 110.

[171] Vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 142.

[172] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2006, S. 74; Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 143.

[173] Vgl. Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute (Anm. 43), S. 291 und 296-297; Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 143-145.

[174] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Analyse zu Entwicklung, Gruppen und Vergleich, in: Einsichten und Perspektiven, Nr. 1/2012, S. 56-70, hier S. 66.

[175] Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute (Anm. 43), S. 296.

[176] Vgl. Sebastian Gräfe, Rechtsterrorismus als (doppelte) Kommunikationsstrategie? Ein Vergleich von sechs Gruppen aus fünf Jahrzehnten, in: Sebastian Liebold/Tom Mannewitz/Madeleine Petschke/Tom Thieme

In der Frage des Umsetzens dieser Position bestand zwischen Odfried Hepp und Walter Kexel anfangs keine Einigkeit. Hepp bevorzugte den Aufbau einer legal gehaltenen Struktur. Kexel hingegen tendierte dazu, unmittelbar die etablierten Vorgehensweisen deutscher Linksterroristen zu kopieren. Mit diesem Ansinnen setzte sich Kexel durch, als die von ihm im August und Oktober 1982 ausgeführten Anschläge auf Fahrzeuge US-amerikanischen Militärpersonals erhebliches mediales Echo erzeugten. Die Gruppe fasste den Entschluss, sich die Strategie der RAF sowie die zelluläre Organisationsform der RZ anzueignen. Weit kamen die Aktivisten indes nicht: 1983 zerschlugen die Sicherheitsbehörden die „Hepp-Kexel-Gruppe“.[177]

Geräuschlos übernahm schließlich Mitte der 1980er Jahre die Dritte Generation der RAF zentrale Elemente aus dem Organisationsmodell der RZ. Die „Illegalen“ um Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld hoben eine „antiimperialistische Front“ aus der Taufe. Dahinter verbarg sich ein zelluläres Geflecht aus insgesamt vier Ebenen.[178] Aktionen oblagen in diesem Netzwerk nicht mehr ausschließlich den herausgehobenen Aktivisten.[179] Neben der klassischen Erscheinungsform der RAF – einem im Untergrund agierenden Kern, der „Kommandoebene“ – erwuchsen die „Illegalen Militanten“, ein engeres Umfeld und eine weiter gefasste Peripherie aus unmittelbaren Unterstützern. Während „Kommandoebene“ und „Illegale Militante“ Anschläge mit differenter Gewaltintensität vornahmen, konzentrierte

(Hrsg.), Demo-kratie in unruhigen Zeiten. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2018, S. 217-226, hier S. 222.

177 Vgl. Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute (Anm. 43), S. 293-294; Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 147, 149, 153 und 240.

178 Vgl. Horchem, Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1985 (Anm. 44), S. 10-11; Horchem, Die verlorene Revolution (Anm. 44), S. 152-153; Straßner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“ (Anm. 9), S. 83-86; Ders., Die dritte Generation der RAF, in: Kraushaar (Hrsg.), Die RAF und der linke Terrorismus (Anm. 40), S. 489-510, hier S. 494-495; Alexander Straßner, Perzipierter Weltbürgerkrieg. Rote Armee Fraktion in Deutschland, in: Ders. (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus (Anm. 17), S. 209-236, hier S. 214-216.

179 Vgl. Straßner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“ (Anm. 9), S. 82.

sich das engere Umfeld nicht nur auf eigene, niedrigschwelligere Angriffe, sondern auch auf logistische Hilfe. Dem weiteren Umfeld kamen im Wesentlichen agitatorische Aufgaben zu – darunter das Herausgeben der Zeitung „Zusammen Kämpfen“.[180]

Die Ebenen wurden durch „Nahtstellenpersonen“[181] verbunden und sie handelten, so die Agitation der RAF, in „Selbstbestimmung“[182]. Letztes deckte sich jedoch erkennbar nicht mit der Realität. Wenngleich angesichts der stets informellen, streckenweise sogar diffusen Über-/Unterordnungen innerhalb der RAF fragwürdig ist, den vier Ebenen der Dritten Generation eine „straff durchorganisierte Hierarchie“[183] zu attestieren und somit das Bild militärischer Professionalität zu nähren, muss nicht zuletzt auf Basis der Festnahme Eva Haules und mehrerer „Militanter“ 1986 in Rüsselsheim[184] von einer Rangordnung ausgegangen werden. Die – der viergliedrigen Struktur innewohnende – Entscheidungsfindung von oben nach unten[185] gründete auf einem bereitwilligen Anerkennen der aus exzeptioneller Entschlossenheit resultierenden Führerschaft der „Illegalen“.[186]

Die zellulär-vertikale Struktur der Dritten Generation stimmte auch insofern mit dem Aufbau der RZ überein, als die „Kommandoebene“ einen „Feierabendterrorismus“ sowie eine dezidiert antimaterielle

---

[180] Vgl. ebenda, S. 84-86; Karl-Heinz Dellwo/Tina Petersen/Christoph Twickel, Das Projektil sind wir. Der Aufbruch einer Generation, die RAF und die Kritik der Waffen, Hamburg 2007, S. 174; Stefan Schweizer, Rote Armee Fraktion. Ideologie und Strategie im Wandel. Eine Analyse der RAF von 1970 bis 1992, Bremen 2009, S. 49-50.

[181] Straßner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“ (Anm. 9), S. 89.

[182] o. A., Interview mit Genossen aus der RAF, in: Zusammen Kämpfen. Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa, Nr. 2 aus April 1985, S. 12-15, hier S. 15; vgl. auch RAF, An die, die mit uns kämpfen (Januar 1986), in: ID-Verlag (Hrsg.), Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 349-360, hier S. 353 und 355.

[183] Straßner, Die dritte Generation der RAF (Anm. 178), S. 494.

[184] Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum (Anm. 128), S. 621-622.

[185] Vgl. Straßner, Perzipierter Weltbürgerkrieg (Anm. 178), S. 217.

[186] Vgl. Birgit Hogefeld, Ein ganz normales Verfahren. Prozesserklärungen, Briefe und Texte zur Geschichte der RAF, Berlin 1996, S. 48 und 100.

Anschlagspraxis ihres Gefolges zuließ.[187] Den Höhepunkt erreichten die Schnittmengen zur Organisation der RZ, nachdem die Spitze der RAF Anfang der 1990er Jahre ihren Avantgardeanspruch zugunsten ungezwungener Diskussionen um eine neue Linie des „bewaffneten Kampfes“ zurückgenommen hatte. Im April 1992 verkündete sie die Einsicht[188], den „Entwurf einer politischen Gesamtvorstellung nicht allein (zur) Sache einer Gruppe, eines kleinen politischen Zusammenhanges wie der RAF“[189] erheben zu können. Bemerkenswert ist: Ab dem Zeitpunkt, an dem sich die Dritte Generation die bewährten strukturellen Charakteristika der RZ zu Eigen machte, gingen größere polizeiliche Ermittlungserfolge gegen den Kern der RAF merklich zurück.[190] Das Detailwissen zur Dritten Generation ist daher bis heute größtenteils ebenso rudimentär wie jenes zu den RZ.

7. Merkmale des Organisationsmodells der RZ bei jüngeren Beispielen des zellulären Terrorismus

Nicht als unmittelbares Vorbild diente der Aufbau der RZ jüngeren Fällen zellulärer Organisation, die stellvertretend für den rechts und islamistisch motivierten Terrorismus stehen. Diese orientierten sich an Vordenkern, welche ausgehend von spezifischen Erfahrungen – wie sie in vergleichbarer Form der westdeutsche Linksterrorismus durch polizeiliche und nachrichtendienstliche Maßnahmen gesammelt hatte – zu eigenen Schlussfolgerungen gelangt waren. Die 1998 untergetauchten Mitglieder des NSU kamen aus dem

[187] Vgl. Straßner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“ (Anm. 9), S. 85; Udo Baron, Die Gegenwart der 3. Generation der Roten Armee Fraktion (RAF). Aktivisten zwischen Beschaffungskriminalität und sozialrevolutionärem Terrorismus, in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/2020, Bd. 2, Brühl 2021, S. 186-206, hier S. 195.

[188] Vgl. RAF, An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann (April 1992), in: ID-Verlag (Hrsg.), Rote Armee Fraktion (Anm. 182), S. 410-414, hier S. 411-412.

[189] Hogefeld, Ein ganz normales Verfahren (Anm. 186), S. 62.

[190] Vgl. Straßner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“ (Anm. 9), S. 15; Straßner, Die dritte Generation der RAF (Anm. 178), S. 492 und 503-504; Peters, Tödlicher Irrtum (Anm. 128), S. 595.

neonationalsozialistischen Milieu der Bundesrepublik[191], das während der 1990er Jahre – im Lichte zahlreicher staatlicher Verbotsverfahren gegen rechtsextremistische Vereine – einen organisatorischen Wandel hin zum Modell der „Kameradschaften" zu forcieren vermochte. Dieses Konzept sah vor, ein Netzwerk lokal verankerter, über persönliche Kennverhältnisse festgefügter und selbstständig agierender Gruppen aufzubauen. Mithilfe moderner Kommunikationstechnik, wie z.B. Mobiltelefone und das Internet, sollte eine Koordination grundsätzlicher Natur sichergestellt werden.[192] Die Idee zu den „Kameradschaften" geht wohl auf mehrere Einflüsse zurück. Führende Figuren des bundesrepublikanischen Neonationalsozialismus, darunter Christian Worch, übernahmen Gedanken der mitunter klandestin handelnden linksextremistischen „Autonomen"[193] – die ihrerseits merklich mit den strukturellen Vorstellungen der RZ sympathisiert hatten.[194] Über deutsche Ableger der aus dem britischen Rechtsextremismus stammenden „Blood and Honour" (B&H) zirkulierte daneben die in den USA entworfene Vorstellung des „führerlosen Widerstands" unter den Neonazis.[195] Das Sprachrohr der „Division Deutschland" der B&H verkündete 1996: „Wir dürfen nicht auf einen eventuell irgendwann mal auftauchende (sic) Führer warten …. Nein! Jeder ist dazu aufgerufen, etwas zu tun. LEADERLESS RESISTANCE ist die Devise!"[196] In die Illegalität gegangen, folgten die Mitglieder des NSU – Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe – diesen im gewaltbereiten Rechtsextremismus favorisierten organisatorischen Prinzipien. Sie hielten fest: „Verbote zwingen uns

---

[191] Vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 203-204.

[192] Vgl. Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik (Anm. 172), S. 62-63.

[193] Vgl. ders., Rechtsextremismus in Deutschland (Anm. 1), S. 157.

[194] Vgl. Udo Baron, Die linksautonome Szene, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011, S. 231-245, hier S. 233.

[195] Vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 205 und 241.

[196] Zeitschrift „Blood&Honour" der „Division Deutschland" der B&H, Nr. 2/1996, zit. nach: NSU Watch, Der Import von „Leaderless Resistance" und Combat 18 (26. Mai 2015), in: www.nsu-watch.info (gelesen am 18. Februar 2022).

Nationalisten (sic) immer wieder nach neuen Wegen im Widerstandskampf zu suchen. Verfolgungen und Strafen zwingen uns (sic) anonym und unerkannt zu agieren."[197]

Die zentrale Grundlage zellulärer Organisation im gegenwärtigen islamistischen Terrorismus erarbeitete der in Syrien geborene jihadistische Theoretiker Mustafa Sethmariam Nasar – Bekanntheit erlangte er unter dem Kampfnamen Abu Musab al Suri. Dessen Ideen – festgehalten in einem rund 1.600-seitigen Werk aus dem Jahre 2004, das zumeist unter seinem englischen Titel „The Global Islamic Resistance Call" zitiert wird – empfanden sowohl der Kern der AQ als auch der Vorvater des IS, Abu Musab al Zarqawi, als maßgebend.[198] Plädiert hatte al Suri für folgenden Aufbau jihadistischer Akteure: „(T)he call for resistance is based on non-central cells. And its Jihadi detachments are based on individual operation and on the operation of small, completely separate non-central cells, so that they will not be linked, except by the mutual goal, the common name, the methodology of belief, and the way of education."[199] Dass dieses Votum al Suris Anklang fand, erklärt sich aus den weitreichenden Einschnitten, denen sich bis dahin zumeist pyramidal organisierte Jihadisten – allen voran AQ – im „War on Terror" der Vereinigten Staaten gegenübersahen. Der Verlust Afghanistans als sicherer Rückzugsort sowie der Tod leitender Mitglieder hatten die operativen Fähigkeiten erheblich reduziert.[200]

Wiewohl die jeweiligen organisatorischen Vordenker des jüngeren rechts und islamistisch motivierten Terrorismus ihre Maxime nicht unmittelbar auf der Geschichte der bundesrepublikanischen „Stadtguerilla" aufbauten, gleichen Merkmale der strukturellen Praxis des NSU, der AQ und des IS einzelnen Besonderheiten der RZ.

---

[197] NSU, zit. nach: Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 212.

[198] Vgl. Baehr, Dezentraler, führerloser Jihad im Sinne Abu Musab al Suri? (Anm. 7), S. 517, 519 und 523; Stern/Berger, ISIS (Anm. 6), S. 24 und 60; Assaf Moghadam, Nexus of Global Jihad. Understanding Cooperation Among Terrorist Actors, New York 2017, S. 145-146.

[199] Abu Musab al Suri, The Global Islamic Resistance Call. Chapter 8. Sections 5-7 (o. D.), in: www.archive.org (gelesen am 18. Februar 2022).

[200] Vgl. Baehr, Dezentraler, führerloser Jihad im Sinne Abu Musab al Suri? (Anm. 7), S. 522.

Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bauten mit dem NSU einen Zirkel auf, der über 13 Jahre hinweg ohne politische Kommunikation nach außen in der Illegalität verharrte. Weitere Aktivisten umfasste er nicht. Logistisch versorgte er sich zum einen über Banküberfälle – er erlangte hierbei mehr als 600.000 Euro. Zum anderen stützte sich das Trio bisweilen auf einen kleinen Kreis aus legal lebenden Helfern, die etwa Identitätsnachweise und Schusswaffen überließen.[201] Eine Hierarchie blieb in diesem Geflecht wohl aus: Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe wiesen ihre Unterstützer nicht an.[202] Trotz einiger Unterschiede, so das Leben aller Mitglieder im Untergrund und der Mangel an Anschlagsbekenntnissen, stand der NSU mit diesem Profil in der Nähe der RZ – indes auf einer anderen quantitativen Ebene. En miniature setzten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe um, was die RZ im Kern vertreten hatten: das autonome Agieren in einer weitgehend abgeschotteten Zelle aus wenigen, paritätisch zusammenwirkenden Aktivisten, die sich nicht durch eine – etwa den Angehörigen der RAF ähnelnde – individuelle Publizität auszeichnen.

Der islamistische Terrorismus verwirklichte hingegen en gros das hinter dem Organisationsmodell der RZ erkennbare System der Dezentralität. In den Dezennien nach dem 11. September 2001 geriet AQ zu einem globalen „Franchise“, welches unter seinem Namen Akteure aus diversen Ländern locker miteinander verband – etwa die „Gemeinschaft für Tauhid und Jihad“ aus dem Irak, die „Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf“ aus Nordafrika und die „Al Shabaab“ aus Somalia. Entstanden waren diese aus differenten regionalen Bedingungen.[203] Mit den ideologischen Leitlinien des Kerns der AQ unter Osama bin Laden, später unter Aiman al Zawahiri übereinstimmend, gestalteten und gestalten sie ihren „Kampf“

[201] Vgl. Christoph Busch, Die NSU-Morde. Ein neuer Typ rechtsextremistischer Gewalt, in: Totalitarismus und Demokratie, 10. Jg., Heft 2, 2013, S. 211-236, hier S. 230-231; Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in Deutschland (Anm. 1), S. 254, 258 und 260.

[202] Vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland (Anm. 2), S. 210.

[203] Vgl. Seidensticker, Islamismus (Anm. 5), S. 99; Peter Neumann, Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus, Berlin 2015, S. 166; Peter Wichmann, Al-Qaida. Vom regionalen zum globalen Jihad (o. D.), in: www.kas.de (gelesen am 18. Februar 2022).

eigenständig. Neben beachtlichen Unterschieden – das Netzwerk der AQ soll regelrechte Organisationen mit mehreren Tausend Mitgliedern umfassen[204], diese sind jeweils vertikal auf Führungspersönlichkeiten ausgerichtet[205] – lassen sich weitere Parallelen zu den RZ erkennen.

Für den Kern der AQ können Nachteile auftreten, wie sie die zelluläre Struktur der RZ kennzeichneten.[206] Der Heterogenität ihres „Franchise" wohnt die latente Gefahr unheilbarer ideeller Richtungskämpfe inne. „Fitna" – im Arabischen als Begriff für die Spaltung der Anhänger des Islam verwendet[207] – trat ein, als Abu Bakr al Baghdadi – Anführer der „Al Qaida im Zweistromland" – mit der Formation des „Islamischen Staates im Irak und in Syrien" in strategische Opposition zum Kern der AQ trat. Die AQ verkündete schließlich Anfang 2014 den Bruch.[208] Das lockere Verhältnis zwischen beiden war ohnehin angeschlagen, denn al Baghdadis Vorgänger – der Jordanier Abu Musab al Zarqawi – hatte unter dem Signet der AQ eigenmächtig brutalste Mittel wie das Köpfen von Geiseln zu einem Markenzeichen erhoben und schrankenlose Gewalt gegen Schiiten im Irak eingesetzt.[209] Nach Ansicht Aiman al Zawahiris drohte diese uferlose Praxis zulasten muslimischer Gläubiger die Reputation der AQ als Ganzes zu beschädigen. Er griff, ähnlich wie die RZ Ende der 1970er Jahre, zu einem Ordnungsruf – der mangels etwaiger Sanktionsmöglichkeiten verhallen musste. Al Zawahiri schrieb al Zarqawi in einem Brief: „Among the things which the feelings of the Muslim populace who love and support you will never find palatable … are the scenes of slaughtering the hostages."[210] Zu den Anschlägen auf Schiiten und deren Heiligtümer habe al Zawahiri

---

[204] Vgl. Bruce Hoffman, Al-Qaeda's Resurrection (6. März 2018), in: www.cfr.org (gelesen am 18. Februar 2022).

[205] Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2020, Berlin 2021, S. 233-238.

[206] Vgl. Stern/Berger, ISIS (Anm. 6), S. 61-63.

[207] Vgl. ebenda, S. 61.

[208] Vgl. Guido Steinberg, Kalifat des Schreckens. IS und die Bedrohung durch den islamistischen Terror, München 2015, S. 147-149.

[209] Vgl. Michael Weiss/Hassan Hassan, ISIS. Inside the Army of Terror, New York 2015, S. 18 und 28-30.

[210] Aiman al Zawahiri, zit. nach: Vivian Hagerty, Terrorist Divorce. Examining Alliance Break-Ups and the Al Qaeda/ISIL Split, in: Clocks&Clouds. Journal of National and Global Affairs, Volume 6, Issue 2, 2016, S. 1-22, hier S. 1.

konstatiert: „My opinion is that this matter won't be acceptable to the Muslim populace however much you have tried to explain it, and aversion to this will continue."[211]

Der von al Baghdadi im Jahre 2014 ausgerufene „islamische Staat" – selbst ein hierarchisches Gebilde mit dem Anspruch staatsähnlicher Organisation[212] – verpflichtete sich gleichermaßen dem Grundsatz, weltweit ein Netz aus Affiliierten zu unterhalten. In größerem Maßstab gelang auch ihm, was die RZ in nuce befürwortet hatten: Dem Aufruf, einen Treueschwur auf den selbsternannten Kalifen al Baghdadi zu leisten, folgten andere, zentralistisch strukturierte jihadistische Organisationen, darunter die in Nigeria aktive „Boko Haram" unter Abubakr Shekau.[213] Der IS erhob diese – Schätzungen zufolge mitunter Tausende von Aktivisten fassenden – Akteure zu einer „Provinz", einer sogenannten Wilaya.[214] Partner des IS unterhalten zwar Kontakte zu dessen Kern im Nahen Osten, bestimmen aber selbstständig ihre Praxis. Auf sich aufmerksam machte in jüngerer Zeit vor allem der „Islamische Staat – Provinz Khorasan": Er kämpft in Afghanistan gegen die im August 2021 an die Macht gelangte islamistische Regierung der „Taliban".[215]

8. Schlusswort und Zusammenfassung

Welchen Beitrag leisteten die RZ beim Entstehen zellulär-horizontaler Organisationsformen im Terrorismus? Auf diese eingangs gestellte Leitfrage lässt sich wie folgt antworten: Die RZ griffen in Lateinamerika entwickelte strukturelle Überlegungen auf – allen voran die Ideen des brasilianischen Guerilla-Theoretikers Carlos Marighella. Als erster Akteur in der Bundesrepublik überführten sie diese nahezu

---

[211] Ebenda, S. 15.

[212] Vgl. Steinberg, Kalifat des Schreckens (Anm. 208), S. 130-131.

[213] Vgl. Daniel Milton/Muhammad al-`Ubaydi, Pledging Bay`a: A Benefit or Burden to the Islamic State?, in: CTC Sentinel, Volume 8, Issue 3, March 2015, S. 1-7, hier S. 2-3 und 6.

[214] Vgl. Jason French/Jovi Juan/Karen Leigh u. a., The Islamic State and Its Affiliates (o. D.), in: www.wsj.com (gelesen am 18. Februar 2022).

[215] Vgl. Catarina Doxsee/Grace Hwang/Jared Thompson, Examining Extremism: Islamic State Khorasan Province (ISKP) (8. September 2021), in: www.csis.org (gelesen am 18. Februar 2022).

unverändert in eine terroristische Praxis. Die RZ bauten ein Netzwerk auf, welches weitgehend voneinander abgeschottete, selbstständig agierende Zirkel unter einem ideologischen wie strategischen Konsens bündelte. Sie stimmten sich locker über ein System aus „Delegierten“ ab, die ihre jeweilige Gruppe auf einer Versammlung vertraten – und dort gefasste Beschlüsse in die regionalen Ableger trugen. Mitglieder kannten sich grundsätzlich – sofern sie sich überhaupt begegneten – nur unter Decknamen. Mit dieser Praxis avancierten die RZ zum Archetypen eines Zellenmodells. Ihre eigene Note gaben sie den lateinamerikanischen Vorbildern, indem sie die finanziellen und materiellen Kosten ihrer Organisation niedrig hielten. Dieser Ansatz reduzierte vor allem das Risiko der Festnahme – und verstärkte so den ohnehin hohen Eigenschutz des Netzwerks.

In der Perspektive der Aktivisten müssen die „Erfolge“ etwaige Nachteile der zellulär-horizontalen Organisation verschmerzbar gemacht haben – schließlich stellten die RZ ihre Struktur im Laufe ihrer rund zwanzigjährigen Geschichte nie grundlegend in Frage. Trotz des Hangs zu endlosen internen Differenzen und der bisweilen konkreten Gefahr eines Reputationsverlusts durch das Grenzüberschreiten von Nachahmern konnten sich die RZ als schlagkräftiges und langlebiges Geflecht etablieren. Ihre Mitgliederzahlen übertrafen wohl die jeweilige Personaldecke der Ersten und Zweiten Generation der RAF. Selbiges ist mit Blick auf die Gewaltquantität festzuhalten. Überdies verzeichneten die RZ bedeutend weniger Einbrüche durch Festnahmen als die RAF – kam es zu Verhaftungen, blieb der Schaden begrenzt.

Im Lichte der Vorteile des Organisationsmodells der RZ überrascht nicht, dass dieses anderen Akteuren früh als Vorbild diente. Die linksterroristische „Konkurrenz“ – die B2J – war bereits 1975 willens, die Erfahrungen der RZ in ihren eigenen Alltag zu integrieren, sich selbst in mehrere autonome Zirkel zu unterteilen. Einzug hielten die strukturellen Vorgaben der RZ Anfang der 1980er Jahre im westdeutschen Rechtsterrorismus – die „Hepp-Kexel-Gruppe“ griff diese in ihrem Bestreben auf, ideologisch einen Sonderweg abseits der üblichen Dogmen im rechtsextremistischen Lager zu beschreiten. Ab 1985 ließen sich essentielle organisatorische Bausteine der RZ in der RAF finden. Stillschweigend übernahm die RAF, was sie während der 1970er Jahre nie angestrebt, ja gar ostentativ abgelehnt hatte: das

Agieren in eigenständigen Kleinstgruppen, gepaart mit einem „Feierabendterrorismus“ und einer auf Objekte gerichteten Gewalt. Hiermit erreichte sie „Erfolge“, welche kennzeichnend für die RZ waren.

Jüngere Fälle zellulärer Organisation im Rechts- und islamistischen Terrorismus beriefen sich dagegen nicht auf die RZ – sie orientierten sich an Vorbildern, die unter anderen historischen Rahmenbedingungen zu ähnlichen Ergebnissen gekommen waren. Gleichwohl finden sich bei diesen aktuelleren Beispielen Merkmale, die typisch für das von Wilfried Böse gegründete Netzwerk waren. So setzte der NSU im Kleinen das von den RZ propagierte Prinzip einer aus wenigen Aktivisten bestehenden Gruppe ohne nennenswerte Hierarchien und eine Vielzahl von Kontakten nach außen um. Jihadistische Akteure wie AQ und IS folgten dem für die RZ charakteristischen Prinzip dezentraler Strukturen im Großen: Unter einem ideologischen Konsens sammelten sie weltweit Akteure, welche – basierend auf einer Personaldecke aus mitunter mehreren Tausend Mitgliedern – lokal den jihadistischen „Kampf“ führten und führen. Bisweilen sahen sie sich dabei auch Nachteilen gegenüber, wie sie die RZ vor allem während der 1970er Jahre zu verzeichnen hatten.

Täter-Opfer-Umkehr in der Propaganda der RAF

Eine Analyse ihrer kommunikativen Doppelstrategie aus Selbstlegitimierung und Selbstviktimisierung

Harald Bergsdorf

1. Einleitung und Fragestellung

Über 25 Jahre nach ihrer Selbstauflösung am 20. April 1998 beschäftigt die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) weiterhin Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Immer wieder erlangt und erhält das RAF-Thema hohe Aufmerksamkeit in analogen und digitalen Medien. Gerade Jahrestage liefern Anlässe, sich mit der RAF zu befassen, deren Mordserie mit über 30 Opfern immer noch teilweise unaufgeklärt ist. Das gilt u. a. für die Attentate auf Ernst Zimmermann 1985, auf Karl Heinz Beckurts und seinen Fahrer Eckhard Groppler 1986, auf Gerold von Braunmühl 1986, auf Alfred Herrhausen 1989 und auf Detlev Karsten Rohwedder 1991.

Einige Filmemacher, Journalisten, Publizisten und Wissenschaftler zieht die mörderische RAF-Geschichte weiterhin sogar in ihren Bann. Bereits das Abtauchen einer kleinen Gruppe junger Leute in den Untergrund, ihr terroristischer 'Kampf' gegen die weitgehend saturierte, westdeutsche Wohlstandsgesellschaft und ihre offenkundige Bereitschaft, nach dem Motto 'Sieg oder Tod' sowohl zu morden als auch selbst zu sterben, verströmen immer noch eine „morbide Faszination“.[1] Das gilt umso mehr, als die meisten RAF-Terroristen, insbesondere RAF-Führungspersonen, nicht als abgehängte Außenseiter geboren und aufgewachsen waren, sondern oft aus gehobenen, religiös (eher evangelisch als katholisch) und bildungsbürgerlich geprägten Milieus stammten.[2]

---

[1] Petra Terhoeven, Die Rote Armee Fraktion. Eine Geschichte terroristischer Gewalt, München 2017, S. 7.

[2] Das zeigt sich z. B. daran, dass die „Studienstiftung des deutschen Volkes“ gleich drei der vier RAF-Hauptgründer gefördert hatte: Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Horst Mahler (über den heutige RAF-Apologeten weniger gern sprechen); vgl. Stefan Aust, Der Baader-Meinhof-Komplex, 1. Aufl. der 3. Neuausgabe, München 2020, S. 47, 56ff. Um den „Makel“ ihrer Herkunft zu

Stärker als zum Beispiel mit dem Linksextremismus oder dem Rechtsterrorismus, zumindest bis zur Aufdeckung des "Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU) 2011, hat sich die bundesdeutsche Politik- und Geschichtswissenschaft in den letzten Jahrzehnten mit der RAF befasst. In der politik- und geschichtswissenschaftlichen Literatur existieren inzwischen zahlreiche Gesamtdarstellungen über die RAF.[3] Daneben mangelt es weiterhin an Spezialstudien zum Beispiel über die Komplizenschaft von RAF und SED/MfS oder über die Rolle der RAF-Anwälte, die sich mehrheitlich als 'Genossen' der Täter verstanden. Ebenso fehlt es an biographischen Untersuchungen über Führungsfiguren der sogenannten zweiten und dritten RAF-Generation wie vor allem Brigitte Mohnhaupt und Birgit Hogefeld. Die beiden Terroristinnen liefern repräsentative Beispiele für die hohe Präsenz von Frauen in RAF-Führungspositionen, wohingegen Männer als Tatverdächtige und Täter in der allgemeinen Kriminalität sowie im Rechtsextremismus und -terrorismus bis heute deutlich überrepräsentiert sind.

überdecken, pflegten viele RAF-Mitglieder einen primitiven, vulgären Jargon. Aus den sozialen Souterrains des Landes kam dagegen lediglich eine Minderheit in der RAF, darunter Petra Schelm, Inge Viett und Peter-Jürgen Boock.

[3] Vgl. Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Geschichte der RAF, Frankfurt am Main 2008; Terhoeven, Die Rote Armee Fraktion (Anm. 1); Klaus Pflieger, Die Rote Armee Fraktion, Baden-Baden 2011; Wolfgang Kraushaar, Die blinden Flecken der RAF, Hamburg 2017; Eckhard Jesse, Die Ursachen des RAF-Terrorismus und ihr Scheitern; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40-41/2007, S. 15-23; Aust, Der Baader Meinhof Komplex (Anm. 2); Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs-Kinder. Die Zweite Generation der RAF, Wiesbaden 1997; Alexander Straßner, Die Dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation, Wiesbaden 2003; Michael Sontheimer, ‚Natürlich kann geschossen werden‘. Eine kurze Geschichte der Roten Armee Fraktion, München 2010; Caroline Klausing/Verena von Wiczlinski (Hrsg.), Die RAF – ein deutsches Trauma? Versuch einer historischen Deutung, Mainz 2018; Sven Felix Kellerhoff, Eine kurze Geschichte der RAF, Stuttgart 2020; Udo Baron, Die Gegenwart der 3. Generation der Roten Armee Fraktion (RAF). Aktivisten zwischen Beschaffungskriminalität und sozialrevolutionärem Terrorismus; in: Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/2020 (II), Brühl/Rheinland 2021, S. 186–206.

Gerade weil die RAF meist konspirativ-klandestin agierte und ehemalige RAF-Mitglieder über zentrale Aspekte der RAF-Geschichte bis heute fast vollständig schweigen, gibt es zudem kaum einschlägige Veröffentlichungen über das RAF-Innenleben, über RAF-Ein- und -Ausstiegsprozesse und über das RAF-Sympathisanten und -Unterstützerumfeld inklusive möglichst präziser Bestimmungen beider Begriffe.[4]

Wenig befasst haben sich Geschichts- und Politikwissenschaft daneben mit Vergleichen der RAF nicht nur mit der ‚Bewegung 2. Juni' und den ‚Revolutionären Zellen', sondern auch beispielsweise mit den terroristischen Gruppierungen 'Action Directe' aus Frankreich und den 'Brigate Rosse' aus Italien.[5] Gerade solche Arbeiten übernational-komparativer Art könnten neben Ähnlichkeiten und Parallelen auch Besonderheiten und Eigentümlichkeiten klarer herausarbeiten, um damit gerade keine rein nationale Nabelschau zu betreiben. Vernachlässigt haben Wissenschaft und Öffentlichkeit auch die prominenten und vor allem die nicht-prominenten RAF-Opfer und ihre Hinterbliebenen.[6]

Ein weiteres Desiderat besteht in Analysen der RAF-Propaganda, die einen wichtigen Beitrag zum immerhin fast dreißigjährigen Überleben der terroristischen Gruppierung leistete: Wie funktionierte diese Propaganda? Mit welchen Mitteln arbeitete sie? Wie versuchte die RAF, durch ihre Propaganda Sympathien in der breiteren Bevölkerung zu erlangen und sogar strafrechtlich relevante Unterstützungs-handlungen zu bewirken? Wie erfolgreich oder erfolglos war sie letztlich?

Solche Fragen nach der Propaganda von Extremisten und Terroristen zu beantworten, gehört zu den Topthemen und zentralen Aufgaben der

---

[4] Vgl. zur RAF aus Sicht einer RAF-Mitstreiterin: Anne Reiche, Auf der Spur, Neu-Ulm 2018.

[5] Eine Ausnahme bildet z. B.: Petra Terhoeven, Deutscher Herbst in Europa. Der Linksterrorismus der siebziger Jahre als transnationales Phänomen, München 2014;

[6] Vgl. Anne Siemens, Für die RAF war er das System, für mich der Vater, München 2007; Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.), Die Opfer der RAF, Karlsruhe 2009; Julia Albrecht/Corinna Ponto, Patentöchter. Im Schatten der RAF – ein Dialog, Köln 2011.

Politikwissenschaft. Das gilt gerade im aktuellen Zeitalter, in dem Qualitätsmedien in einen verschärften Wettbewerb mit sogn. sozialen Medien mit oft geringeren Qualitätsstandards geraten. Im Zuge dessen wächst die Bedeutung von Unterscheidungen zwischen der Wirklichkeit und ihrer bloßen Wahrnehmung, zwischen Fakten und Fiktionen sowie zwischen Tatsachen und Täuschungsmanövern. Umso wichtiger ist es, die Propaganda der RAF zu analysieren. Denn gerade um Versuchen entgegenzuwirken, die RAF zu mythologisieren, zu ikonisieren und zu romantisieren, ist es bedeutsam, die Täter-Opfer-Umkehr in der Propaganda der RAF zu untersuchen. Hierbei geht es gerade heute darum, Zerrbilder zu bekämpfen, die bereits sprachlich den Eindruck erwecken (wollen), bei der RAF habe es sich um eine engagierte 'Gruppe' gehandelt, deren 'Aktivisten' im Grunde wie besonders konsequente Demokraten agiert hätten.

Daher soll die folgende Darstellung die Propaganda der RAF analysieren. Diese versuchte schwerpunktmäßig, ihre Verbrechen zu rechtfertigen (Selbstlegitimation), indem sie vor allem die Opfer ihrer Morde als die angeblich wahren Täter präsentierte und die (inhaftierten) Mörder aus der RAF umgekehrt zu angeblich wahren Opfern stilisierte (Selbstviktimisierung). Durch die Kombination aus Selbstlegitimation und Selbstviktimisierung zielte die Propaganda der RAF darauf, Sympathisanten und Unterstützer in der Bevölkerung zu gewinnen – zeit- und gebietsweise mit Erfolg.

Die Frage nach der Funktion der Propaganda der RAF rangiert im Mittelpunkt dieses Beitrags. Nach einer einführenden Betrachtung der allgemeinen Bedeutung der Propaganda für Terrorismus (2) behandelt der Text die beiden wesentlichen Funktionen: die Selbstlegitimation (3) und die Selbstviktimisierung (4). Dem folgen Ausführungen über die Selbststilisierung ehemaliger RAF-Mitglieder (5) und über die Wirkung der Propaganda auf die Bevölkerung (6), bevor ein Fazit den Beitrag schließt (7).

2. Grundsätzliche Bedeutung von Propaganda für Terrorismus

Gemeinhin beanspruchen Terroristen, mit ihren Verbrechen politische Ziele zu erreichen. Der Soziologe Peter Waldmann plädiert daher dafür,

unter Terrorismus definitorisch „planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge aus dem Untergrund gegen eine politische Ordnung zu verstehen. Sie sollen vor allem Unsicherheit und Schrecken verbreiten, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen.“[7] Dieser Effekt auf die Bevölkerung (oder relevante Teile von ihr) ist nach Waldmann ein zentrales Merkmal des Terrorismus: „Dem Terroristen geht es weniger um den eigentlichen Zerstörungseffekt seiner Aktionen. Diese sind nur ein Mittel, eine Art Signal, um einer Vielzahl von Menschen etwas mitzuteilen. Terrorismus ... ist primär eine Kommunikationsstrategie.“[8]

Der Journalist und Historiker Andreas Elter ergänzt, dass Terroristen deshalb versuchen, durch die „Konstruktion von Idolen, Mythen und Märtyrern … die Unterstützerszene oder die breite Öffentlichkeit von der höheren Moralität ihrer Ziele zu überzeugen und gewaltsames Handeln zu legitimieren.“[9] Mit dieser Kommunikationsstrategie, die Terroristen in der Regel betreiben, wollen sie ihre Verbrechen – gemäß der Devise 'perception is reality' – erklären und rechtfertigen, auch wenn sie zum Beispiel durch Bekennerscheiben möglicherweise Spuren hinterlassen und das Risiko ihrer Strafverfolgung erhöhen.

In terroristischen Kommunikationsstrategien fungieren Massenmedien laut Waldmann üblicherweise als „integraler Bestandteil“.[10] Zuweilen entsteht sogar der Eindruck einer zumindest indirekten Zusammenarbeit von Terrorismus und ('Boulevard'-) Medien. Denn während Massenmedien in der Regel kaum umhinkommen, im Wettbewerb der Sender und Zeitungen über außergewöhnliche, spektakuläre, aufwühlende Verbrechen u. a. gegen Mitglieder von Eliten (Verwaltung, Wirtschaft, Politik) zu berichten, meinen Terroristen gemeinhin, öffentliche Aufmerksamkeit durch Massenmedien zu brauchen, um ihre Verbrechen zu erklären und zu rechtfertigen. Mit dem Ziel, die Medien, die zumindest aus RAF-Sicht damals weiterhin zum 'Schweinesystem' gehörten, als Verstärker und

---

[7] Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, 3., aktualisierte u. überarbeitete Aufl., Hamburg 2011, S. 14.

[8] Ebd., S. 17.

[9] Andreas Elter, Propaganda der Tat. Die RAF und die Medien, Frankfurt/M. 2008, S. 77f.

[10] Waldmann, Terrorismus (Anm. 7), S. 92-109.

Multiplikatoren zu nutzen, verschickte die RAF ihre Bekennerschreiben nach den Mordanschlägen ('Kommandoerklärungen') oft einige Tage später mit Verzögerung, um mit ihrer 'Propaganda der Tat' und ihrer Propaganda der Worte noch länger die Schlagzeilen zu dominieren.

Umgekehrt wiederum interviewten in den 1970er Jahren, um gemäß journalistischer Qualitätsstandards auch die andere Seite zu Wort kommen zu lassen, auch seriöse Zeitungen RAF-Anwälte. Diese nutzten solche Gelegenheiten üblicherweise, um die RAF-Perspektive zum Beispiel auf die Haftbedingungen inhaftierter Terroristen oder deren Hungerstreiks zu verbreiten und unterstützten damit faktisch die RAF-Propaganda.[11] Manche Medien mutierten hierbei, so Elter, teilweise „zu den Transporteuren der Sichtweise der RAF, obwohl sie lediglich ihre Pflicht zur neutralen Berichterstattung erfüllten“.[12]

Die Instrumentalisierung der Medien und die Propaganda erfüllten für die RAF drei Funktionen, die in den folgenden Abschnitten näher betrachtet werden: Die RAF sollte als legitime 'antifaschistische' Reaktion auf die nationalsozialistische Vergangenheit einer Reihe staatlicher und gesellschaftlicher Repräsentanten dargestellt werden (Selbstlegitimation); sie sah sich nicht als Täter, sondern als Opfer staatlicher Repressionsmaßnahmen (Selbstviktimisierung) und sie stilisiert sich in der Rückschau ehemaliger RAF-Mitglieder als eine Organisation, die für eine gerechte Sache gekämpft habe.

3. Terroristische Propaganda als Selbstlegitimation

Weil sie sich 'antifaschistisch' profilieren wollte, orientierte sich die RAF bereits in ihrem Namen insbesondere an der 'Roten Armee' der totalitären und imperialistischen Diktatur der Sowjetunion und deren 'Kampf' gegen die Hitler-Diktatur. Um auf dieser Basis die eigenen Verbrechen als ‚antifaschistische Aktionen‘ zu legitimieren, stilisierte die RAF die damalige Bundesrepublik ausgerechnet unter Bundeskanzler Willy Brandt zu einem ‚faschistischen Repressionsstaat‘ und zu einer Marionette der ‚imperialistischen‘ USA,

[11] Vgl. Elter, Propaganda der Tat (Anm. 9), S. 155-160 (mit weiteren Nachweisen).

[12] Ebd., S. 157.

die einst einerseits einen maßgeblichen Beitrag geleistet hatten, Deutschland und die Welt von der NS-Diktatur zu befreien, um später andererseits in Vietnam einen tatsächlich besonders brutalen Krieg gegen ein totalitäres Regime zu führen, den die RAF nutzte, um für ihre Weltanschauung und ihre Verbrechen zu mobilisieren.[13]

Der RAF-Vorwurf an die Bundesrepublik, sie habe den Nationalsozialismus, den die RAF meist verharmlosend ‚Faschismus' nannte, beinahe ‚restauriert', gehörte zu den zentralen Elementen der RAF-Propaganda. Ideologisch basierte dieser Vorwurf auf der kommunistischen Doktrin, wonach ‚Faschismus' und ‚bürgerliche Demokratie' lediglich zwei Varianten des ‚Kapitalismus' bedeuten, weshalb es mit dem Sozialismus bzw. Kommunismus lediglich eine Gesellschaftsform ohne jeglichen ‚Faschismus' gebe. Aus dieser Sicht gründet der ‚Faschismus' auf dem ‚Kapitalismus'. Umgekehrt lauere in jeder ‚kapitalistischen' Gesellschaft der ‚Faschismus'.[14]

Grundsätzlich ließ sich ein solcher Vorwurf in der Bundesrepublik nach der Hitler-Diktatur leichter erheben als in anderen Ländern. Das erkannte die RAF, die zugleich den Massenmörder Mao heroisierte. Nach dessen Vorbild wollte sie gemäß ihrem 'Konzept Stadtguerilla' die 'kapitalistische' Bundesrepublik 'befreien' – durch den 'bewaffneten Kampf' als 'höchster Form' des Marxismus-Leninismus gemäß der maoistischen Devise: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen".[15] Aus RAF-Perspektive bedeutete es keinen echten Widerspruch, den Vorwurf der ‚Restauration' gegen ein Land zu erheben, als dessen Bundeskanzler ein NS-Gegner wie Willy Brandt amtierte.[16] Vielmehr hatte die RAF ihren besonderen Hass auf 'reformistische' Politiker wie Brandt schon in ihrem 'Konzept

[13] Vgl. RAF, Das Konzept Stadtguerilla, in: dies., Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 27-48, hier S. 45.

[14] Vgl. zur Genese der Antifaschismusdoktrin: Bettina Blank, „Deutschland, einig Antifa"? „Antifaschismus" als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden 2014, S. 17-66.

[15] RAF, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa (Mai 1971), in: dies., Texte und Materialien zur Geschichte der RAF (Anm. 13), S. 49-112, hier S. 50, 72, 83f.

[16] RAF, Auszüge aus der „Erklärung zu Sache". Die Gefangenen aus der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof und Jan-Carl Raspe am 13. Januar 1976, in: ebd., S. 198-265, hier S. 200 und 208f.

Stadtguerilla' artikuliert, in dem es hieß, die „reformistische Linie“ ziele darauf, den „Kapitalismus“ sozialer zu gestalten.[17] Gerade ein solcher „Reformismus der Sozialdemokratischen Partei“ drohe, die „Arbeiterklasse“ vom „Klassenkampf“ zu „entfremden“ und den „Kapitalismus“, also rechtsstaatliche Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, zu stabilisieren – aus RAF-Sicht besonders verwerflich.[18]

Auch Alfred Herrhausens Pläne zum Schuldenerlass in der sogenannten Dritten Welt, die laut RAF „selbst in ‚linksintellektuellen‘ Kreisen als humanitäre Fortschrittskonzepte gepriesen“ würden, qualifizierte die RAF in ihrer Tatbekennung (vom 2. Dezember 1989) zur Ermordung des Chefs der Deutschen Bank (am 30. November 1989) als „Versuch, die bestehenden Herrschafts- und Ausplünderungsverhältnisse längerfristig zu sichern“ und damit den „Kapitalismus“ nicht zu stürzen, sondern durch Reformen zu stützen. Die RAF rechtfertigte das Attentat letztlich in einer für sie typischen Diktion mit dem Hinweis, die Deutsche Bank habe sich unter Herrhausen europaweit an die „Spitze der faschistischen Kapitalstruktur“ katapultiert.[19]

In deutlichem Kontrast zur Marxschen Lehre und zur RAF-Ideologie wuchs gerade in der Bundesrepublik seit 1949 tatsächlich nicht die 'Verelendung', sondern der Wohlstand der 'Massen', die aus RAF-Sicht dem 'Konsumterror' zum Opfer gefallen seien und als ‚korrumpierte Konsumidioten‘ funktionierten, denen revolutionäres Bewusstsein fehlte.[20] Umso mehr gehörten die ‚Massen‘ aus RAF-Sicht aufgeklärt und der ‚Kapitalismus‘ unterminiert, destabilisiert und letztlich zertrümmert. Um ihn möglichst wirkungsvoll zu bekämpfen, nutzte und instrumentalisierte die RAF gerade auch den Nationalsozialismus, den sie bevorzugt 'Nazismus' nannte, um den „Sozialismus“-Teil des NS-Begriffs unter den Teppich zu kehren. Durch ihren 'antifaschistischen Kampf' gegen den 'Kapitalismus' wollte die RAF die Bundesrepublik delegitimieren und sich selbst als fortschrittlich inszenieren. Mit ihrer 'Nie-wieder'-Attitüde präsentierte sie sich als eine Gruppierung, die im

[17] RAF, Das Konzept Stadtguerilla (Anm. 13), S. 46.
[18] Ebd., S. 32.
[19] RAF, Anschlag auf Alfred Herrhausen. Erklärung vom 2. Dezember 1989, in: ebd., S. 391-393.
[20] Vgl. RAF, Das Konzept Stadtguerilla (Anm. 13), S. 35.

Unterschied zu anderen Organisationen die erforderlichen Lehren aus der verbrecherischen NS-Geschichte gezogen habe.[21]

Ulrike Meinhof, langjährige RAF-Chefpropagandistin, antwortete daher einst vor Gericht auf die Frage nach ihrem Beruf, sie sei „Antifaschistin".[22] Stefan Wisniewski, ein Hauptverantwortlicher für die Morde des sogenannten zweiten RAF-Generation 1977, trug bei einem Auftritt als Zeuge vor Gericht – in einem späten Prozess wegen der Ermordung Siegfried Bubacks – einen Pullover mit der NSDAP-Mitgliedsnummer des einstigen Generalbundesanwaltes und dem Zusatz „Verfolgt diese Spur". Damit wollte Wisniewski offenbar von RAF-Morden ablenken und sie als „antifaschistische Aktionen" gegen Personen rechtfertigen, die – wie Buback und das einstige SS-Mitglied Hanns Martin Schleyer – in der Bundesrepublik hohe Funktionen errungen hatten.[23]

Nach Schleyer sind heute vor allem deshalb Straßen benannt, weil die RAF am 19. Oktober 1977, wie sie formulierte, „seine klägliche und korrupte Existenz beendet" und ihn ermordet hatte.[24] Zuvor war er entführt und seine Begleiter erschossen worden – über letztere schwieg sie in ihrer Taterklärung vom 6. September 1977 vollständig.[25] Buback war aus RAF-Sicht obendrein für die ‚Isolationsfolter' gegen RAF-Häftlinge verantwortlich.[26] Noch in ihrer Auflösungserklärung versuchte die RAF, ihre Verbrechen durch den Hinweis zu legitimieren, die Bundesrepublik habe mit ihrer „nationalsozialistischen

---

[21] Vgl. Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert, Der missbrauchte Antifaschismus, Freiburg im Breisgau 2002; Blank, „Deutschland, einig Antifa"? (Anm. 14).

[22] Ulrike Meinhof, zit. nach: Wolfgang Kraushaar, Die Terroristin mit dem Heiligen-schein (22. Februar 2008), in: www.nzz-online.de (gelesen am 7. März 2023).

[23] Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum (Anm. 3), S. 399f.; ders., 1977. RAF gegen Bundesrepublik, München 2017, S. 155f.; Sontheimer, „Natürlich kann geschossen werden" (Anm. 3), S. 89.

[24] RAF, Erklärung vom 19. Oktober 1977, in: dies., Texte und Materialien zur Geschichte der RAF (Anm. 13), S. 273.

[25] RAF, Erklärung vom 6. September 1977, in: ebd., S. 270f.

[26] Vgl. Ohne Autor, kommunique des kommandos ulrike meinhof zur hinrichtung bubacks, in: Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa (Hrsg.), Texte der: RAF, Malmö 1977, S. 451-454.

Vergangenheit nicht gebrochen“.[27] Das hinderte die RAF freilich kaum daran, immer wieder mit antisemitischen Palästinensern zu kollaborieren, die Israel, den ‚imperialistischen Komplizen‘ der USA, auslöschen woll(t)en.

4. Terroristische Propaganda als Selbstviktimisierung

Die 'Antifaschismus'-Doktrin bildet auch die Grundlage für die Täter-Opfer-Umkehr, die die RAF betrieb, um die RAF-Täter zu viktimisieren und ihre Opfer zu entmenschlichen bzw. zu animalisieren – u. a. als 'Kapitalisten-, Bullen- und Nazischweine'.[28] Im Kern präsentierte die RAF die Opfer ihrer Mordanschläge als die angeblich wirklichen Täter. Um ihre Morde als 'Gegengewalt' und 'Notwehr' zu legitimieren, hatte sie bereits in ihrem „Konzept Stadtguerilla“ von 1971 proklamiert: „Stadtguerilla heißt, sich von der Gewalt des Systems nicht demoralisieren zu lassen“.[29] Später befand sie in ihrer Auflösungserklärung 1998: „Wir haben gewalttätige Verhältnisse mit der Gewalt der Revolte beantwortet“.[30]

Ziel sei es gewesen, durch Gewalt ein angeblich gewalttätiges 'System' zu beseitigen. Daher verstand sich die RAF als 'Widerstands- und Befreiungsbewegung' gegen den vermeintlich gewalttätigen 'Kapitalismus' bzw. gegen die angeblich systemimmanente Gewalt des 'Kapitalismus'. Um die eigenen Genossen zum 'Kampf' gegen diesen „Kapitalismus“ zu motivieren und (zusätzlich) zu fanatisieren, zitierte die RAF immer wieder den Lehrsatz Maos, wonach es „gut und nicht schlecht“ sei, wenn der „Feind uns angreift“.[31] Ohnehin bedeute, so

---

[27] RAF, Die Auflösungserklärung der RAF vom März 1998, in: IG Rote Fabrik (Hrsg.), Zwischenberichte. Zur Diskussion über die Politik der bewaffneten und militanten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz, Berlin 1998, S. 217-237, hier S. 218.

[28] Vgl. z. B. RAF, Die Rote Armee aufbauen. Erklärung zur Befreiung Andreas Baaders vom 5. Juni 1970, in: dies., Texte und Materialien zur Geschichte der RAF (Anm. 13), S. 24-26, hier S. 25f.; dies., Das Konzept Stadtguerilla (Anm. 13), S. 29.

[29] RAF, Das Konzept Stadtguerilla (Anm. 13), S. 42.

[30] RAF, Die Auflösungserklärung der RAF vom März 1998 (Anm. 26), S. 235.

[31] RAF, Das Konzept Stadtguerilla (Anm. 13), S. 27.

Horst Mahler im Jahr 1972, der bewaffnete „Klassenkampf … keine Beamtenlaufbahn mit Pensionsanspruch“.[32]

Bei ihren Versuchen, ihre Gewalt als bloße Reaktion und damit als „Notwehr“ darzustellen,[33] profitierte die RAF offenbar von einflussreichen Tendenzen in der damaligen Politik- und Sozialwissenschaft, im Anschluss an den entgrenzten, expansiven Gewaltbegriff des bekannten Friedensforschers Johan Galtung jedes „Zurückbleiben sozialer Ordnungen hinter dem Ziel der Vollkommenheit … als Ausdruck von Gewaltverhältnissen“ zu präsentieren. Unterschiede zwischen wünschbarer und realer Selbstverwirklichung der Bürger in demokratischen Gesellschaften galten danach mancherorts als Folge „struktureller Gewalt“.[34]

In der Realität hatten spätere RAF-Gründer schon die Tötung des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 durch den Schusswaffeneinsatz des Polizisten Karl-Heinz Kurras genutzt, um zum gewalttätigen 'Kampf' gegen die Bundesrepublik aufzurufen.[35] Hierbei stützten sie sich durchaus nicht nur auf Fiktionen, sondern partiell auch auf Fakten. Denn zum einen hatte Kurras den unbewaffneten Studenten, der als Pazifist galt und in einer evangelischen Studentengemeinde aktiv war, von hinten erschossen. Zum anderen hatte der wegen fahrlässiger Tötung angeklagte Täter vor Gericht sogar einen Freispruch wegen schuldausschließender Notwehr (putative Notwehr) errungen, weil er irrigerweise und faktenfern hatte glaubhaft machen können, sich durch den unbewaffneten Studenten mit einem Messer angegriffen gefühlt zu haben. Nicht nur spätere RAF-Gründer und ihre

---

[32] Horst Mahler, zit. nach: Ohne Autor, „Schwindsucht, Schüttelfrost, Eiterbeulen“. Horst Mahler antwortet in der U-Haft auf Fragen von „Der Spiegel“ (13. Februar 1972), in: www.spiegel.de (gelesen am 7. März 2023).

[33] Vgl. z. B. RAF, Das Konzept Stadtguerilla (Anm. 13), S. 30.

[34] Galtung, zit. nach: Peter Graf Kielmansegg, Politikwissenschaft und Gewaltproblematik, in: Heiner Geißler (Hrsg.), Der Weg in die Gewalt. Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen, München 1978, S. 69-79, hier S. 72f.

[35] Vgl. z. B. Ulrike Meinhof, „Natürlich kann geschossen werden“. Ulrike Meinhof über die Baader-Aktion (14. Juni 1970), in: www.spiegel.de (gelesen am 5. Februar 2023); Kurras wurde später als MfS-Zuträger enttarnt; es gibt bislang keinen Beleg dafür, dass er Ohnesorg im Auftrag des MfS getötet hat.

Sympathisanten empörte damals sowohl die Tötung des Unbewaffneten als auch der Freispruch des Täters.

Später nutzte die RAF die Tötung Ohnesorgs und den Freispruch von Kurras für ihre pauschale Propaganda gegen den ‚faschistischen Repressionsstaat' und zur Legitimation ihrer Morde. Gudrun Ensslin hatte bereits kurz nach der Tötung Ohnesorgs durch Kurras appelliert: „Dieser faschistische Staat ist darauf aus, uns alle zu töten. Das ist die Generation von Auschwitz! Wir müssen Widerstand leisten. Gewalt kann nur mit Gewalt beantwortet werden."[36] Die 'Bewegung 2. Juni', später unter Übernahme einer stattlichen Mitgift teilweise in der RAF aufgegangen, instrumentalisierte das Datum der Tötung Ohnesorgs bereits in ihrer Selbstbezeichnung, um ihre Gewalt als ‚Gegengewalt' zu legitimieren.

Im 'Kampf' gegen den angeblich strukturell gewalttätigen 'Kapitalismus' hatte Ulrike Meinhof bereits im Juni 1970 den Einsatz von Schusswaffen gegen Polizeibeamte als Vertreter des 'faschistischen Repressionsstaates' propagiert,[37] der in seiner realen Ausrichtung weit entfernt vom NS-Unrechtsstaat war (und ist). Das gilt (und galt) auch nach dem parlamentarischen Beschluss der Notstands- und der Antiterrorgesetze, die aus RAF-Sicht eine Neuauflage von NS-Gesetzen bedeuteten, womit die RAF die Hitler-Diktatur verharmloste. In ihrem 'Schießbefehl' hatte die RAF-Propagandachefin appelliert: „Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm auseinanderzusetzen. D.h. wir haben nicht mit ihm zu reden … und natürlich kann geschossen werden!" Denn zu den Aufgaben der „Bullen", denen sie das Menschsein abspricht, gehöre es, die „Verbrechen des Systems zu schützen".[38]

Tatsächlich war die Mehrzahl der RAF-Mitglieder bei ihrer Verhaftung mit geladenen und entsicherten Pistolen bewaffnet, um sich einen Fluchtweg frei zu schießen. Das gilt u. a. für Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz bei ihrer Festnahme 1982 am RAF-Zentraldepot nahe

[36] Ensslin, zit. nach: Pflieger, Die Rote Armee Fraktion (Anm. 3), S. 16.
[37] Meinhof, zit. nach Sontheimer, "Natürlich kann geschossen werden" (Anm. 3), S. 20f.
[38] Ebd.

Heusenstamm und für Christian Klar – äußerlich stark verändert und als Jogger getarnt – bei seiner Festnahme ebenfalls 1982 durch ein Großaufgebot an Spezialkräften, die dem Topterroristen erfolgreich eine Falle gestellt hatten, am RAF-Depot 'Daphne' bei Aumühle im Sachsenwald. Bei (versuchten) Verhaftungen töteten RAF-Kader mehrfach vor allem geringer besoldete Polizeibeamte, u. a. Michael Newrzella 1993, oder verletzten sie schwer. Immer wieder gebrauchten RAF-Täter bei ihren Anschlägen auch Schrapnellmunition, um besonders schwere Verletzungen zu verursachen.[39]

Nach Meinhofs 'Schießbefehl' starben auch mehrere RAF-Mitglieder, darunter Petra Schelm 1971, die auf jene Polizisten geschossen hatte, die sie daraufhin in Notwehr töteten. Um sich als Opfer des angeblich strukturell gewalttätigen ‚Kapitalismus' zu stilisieren, überschrieb die RAF ihre Tatbekennungen ('Kommandoerklärungen') nach ihren Mordanschlägen üblicherweise mit den Namen von in Haft u. a. durch Selbsttötung gestorbenen oder bei Polizeieinsätzen getöteten RAF-Mitgliedern. Damit betrieb sie eine Art von Opferkult – zuletzt besonders prägnant in ihrer Auflösungserklärung von 1998.

Einen Höhepunkt erreichte die RAF-Propaganda gegen den ‚faschistischen Repressionsstaat' und gegen die ‚kapitalistische Klassenjustiz' 1972 nach der Verhaftung fast der gesamten Spitze der sogenannten ersten RAF-Generation. Die zweite RAF-Generation mutierte daraufhin – und nicht erst 1977 – beinahe zu einer ‚Befreit-die-Guerilla-Guerilla'. Hierzu agitierte die RAF in enger Kooperation mit ihren Anwälten zum einen mit dem Propagandabegriff der 'Isolationsfolter' ('Vernichtungshaft') und agierte zum anderen in Justizvollzugsanstalten mit 'kollektiven Hungerstreiks', um ihren 'Kampf gegen das Schweinesystem' aus der Haft heraus fortzusetzen. Insbesondere 'Isolationsfolter' und 'Vernichtungshaft' belegten aus RAF-Sicht die schleichende Entwicklung des bundesdeutschen ‚Kapitalismus' zum offenen ‚Faschismus'.[40]

---

[39] Vgl. Pflieger, Die Rote Armee Fraktion (Anm. 3), S. 251.

[40] Internationales Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa (Hrsg.), Texte der: RAF (Anm. 26), z. B. S. 38, 58, 122. Siehe auch: Ohne Autor, „Wir werden in den Durststreik treten". Interview (mit Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, 19. Januar 1975), in:

Zwar lebten Mitglieder der RAF-Kommandoebene – wie Ulrike Meinhof in einem abgelegenen Teil der Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf ('toter Trakt') – im Gefängnis phasenweise unter harten Haftbedingungen, die u. a. dazu dienten, bewaffnete Befreiungsversuche, wie sie die RAF durchaus propagiert und bereits bei ihrer Gründung am 14. Mai 1970 praktiziert hatte, und Selbsttötungen von Gefangenen zu erschweren. Kritiker monierten damals, die Zelle Meinhofs sei rund um die Uhr beleuchtet. Darüber hinaus dürfe sie im 'toten Trakt' nur selten Besuch empfangen und das ausschließlich unter polizeilicher Überwachung. Meinhof, die auch in dieser Zeit immer wieder in der Haftanstalt enge Bezugspersonen empfing, scheute sich damals nicht, das eigene Schicksal in Ossendorf mit den Mordfabriken in Auschwitz zu vergleichen, um damit RAF-Täter und die Opfer der singulären Massenverbrechen unter der Hitler-Diktatur auf eine Stufe zu stellen. Fast zeitgleich hatte sie in einer RAF-Erklärung den palästinensischen Mordanschlag auf israelische Sportler in München, mit dem auch sie freigepresst werden sollte, als 'antifaschistische' und 'antiimperialistische' Großtat der 'Menschlichkeit' heroisiert.[41]

Doch gerade in Stuttgart-Stammheim profitierte die RAF-Spitze von besonders generösen Haftumständen. Dort brach der Strafvollzug unter dem Druck der RAF-Sympathisantenszene mit zwei traditionellen Grundsätzen: zum einen dem Prinzip, Männer und Frauen getrennt unterzubringen, und zum anderen der Regel, Beschuldigte eines Verfahrens ebenfalls von einander zu separieren, um Absprachen zu erschweren. Dadurch verbrachten die privilegierten Häftlinge täglich mehrere Stunden miteinander im Umschluss. Obendrein empfingen sie häufig Besuch, genossen eine besondere Verpflegung und erhielten Sportgeräte – nicht zuletzt, um ihre Haft- und Verhandlungsfähigkeit im RAF-Prozess zu sichern. Beachtlich war neben Fernseh- und Radiogeräten auch die Literatur in den Haftzellen der RAF-Täter,

---

www.spiegel.de (gelesen am 3. März 2023). Vgl. dazu Alfred Klaus, Aktivitäten und Verhalten inhaftierter Terroristen, Bonn 1985.

[41] RAF, Die Aktion des „Schwarzen September“ in München. Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes (November 1972), in: dies, Texte und Materialien (Anm. 13), S. 151 („Menschlichkeit“), S. 152 („antifaschistisch“), S. 167 („antifaschistisch“).

darunter nicht nur Werke von Marx – als dem geistigen Urvater des gewaltsamen 'Antikapitalismus' –, Lenin und Mao, sondern auch 'Guerilla'-Literatur u. a. über moderne Sprengtechniken und polizeiliche Fachliteratur (z. B. die Fachzeitschrift „Kriminalistik“) u. a. über neue Fahndungsmethoden.[42]

Das alles vernebelten die ‚politischen Gefangenen‘ der RAF, die entgegen ihrer Selbstetikettierung nicht – wie in einer Diktatur – wegen ihrer politischen Überzeugungen, sondern wegen des dringenden Verdachts, schwerste Straftaten begangen zu haben, inhaftiert waren. Obendrein erreichten die RAF und ihre Anwälte – nach der Selbsttötung Ulrike Meinhofs 1976 nach schweren Auseinandersetzungen in der RAF-Spitze – die Verlegung der bereits strafrechtlich verurteilten Brigitte Mohnhaupt nach Stammheim. Damit wollten die zuständigen Politiker der RAF-Propaganda über die angeblich ‚repressiv-faschistischen‘ Haftbedingungen entgegenwirken. In Stammheim nutzten Baader und Ensslin die Zeit bis zur Haftentlassung Mohnhaupts im Februar 1977 freilich, um mit ihr die Mordanschläge der Folgezeit zu planen. Unter massivem Druck der 'Stammheimer' auf ihre Genossen im Untergrund forcierte die sogenannte zweite RAF-Generation um Mohnhaupt 1977 ihre Versuche, die inhaftierte RAF-Spitze nach dem Vorbild der Lorenz-Entführung freizupressen. Aus Sicht der Entführer, der 'Bewegung 2. Juni', verlief die Entführung des Berliner CDU-Politikers erfolgreich, weil sie – nach dessen Freilassung – auch zur Haftentlassung von Gesinnungsgenossen der Entführer führte.[43]

Die faktenferne, surreale RAF-Agitation gegen die 'Isolationsfolter' förderten u.a. zahlreiche RAF-Anwälte und Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre und Heinrich Böll, die sich frühzeitig an RAF-Desinformationskampagnen beteiligt hatten, indem sie die damalige Bundesrepublik in die Nähe des 'Dritten Reiches' rückten. Auch Wolf Biermann beging damals in der Bundesrepublik, wie er jüngst anmerkte, eine „fatale Dummheit“ und „stolperte … in eine

[42] Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum (Anm. 3), S. 309f.
[43] Vgl. Pflieger, Die Rote Armee Fraktion (Anm. 3), S. 88.

Zeitgeistfalle“, als er in einem Lied befand: „Ach das, was grad gestern der Jud’ war, das wird hier der Sympathisant“.[44]

Im Kern zielte die RAF insbesondere in der Debatte über die Haftbedingungen darauf, RAF-Täter zu Opfern eines 'faschistischen Repressionsstaates' zu stilisieren, um die wirklichen Opfer herabzuwürdigen und als die wahren Täter darzustellen. Zustimmend hatte sie in ihrem mit einem Mao-Zitat überschriebenen programmatischen Text „Dem Volke dienen“[45] schon 1972 einleitend die Mao-Parole zitiert, wonach Bedeutung und Lebensrecht von Opfern „fortschrittlichen“ Terrorismus letztlich weniger wögen als „Schwanenflaum“ und getötete bzw. verstorbene Mitglieder der „Guerilla des Volkes“, also Täter, in ihrem Wert als Menschen angeblich mehr Gewicht aufbrächten als ein „Berg“.[46] Es gibt nur wenige Sätze in Texten der RAF, die wie dieses Zitat besonders deutlich ihre Menschenverachtung und ihre Negation der Gleichwertigkeit aller Menschen unterstreichen.

Als weiteres Druckmittel der RAF gegen den ‚faschistischen Repressionsstaat‘ fungierten 'kollektive Hungerstreiks'.[47] Gerade auch dadurch versuchte die RAF-Spitze, Täter als Opfer zu präsentieren. Hierbei kalkulierte die RAF-Spitze um Ensslin und Baader, die ihre Hungerstreiks immer wieder heimlich unterbrachen, frühzeitig mit Todesopfern unter ihren Gesinnungsgenossen, um den öffentlichen Druck auf die Politik zu erhöhen. Wörtlich hieß es dazu in einem Zellenzirkular von 1973: „wir brauchen eine leiche … eine leiche und wir haben was in der Hand“.[48] Daher forderten Ensslin und Baader von ihren Mitstreitern in den Hungerstreiks immer wieder, weiter an Körpergewicht zu verlieren.

---

[44] Wolf Biermann, Die Autobiographie, Berlin 2017, S. 348.

[45] Vgl. Mao Tse-Tung, Dem Volke dienen, Berlin 1968.

[46] Vgl. RAF, Dem Volk dienen. Stadtguerilla und Klassenkampf. April 1972, in: Dies., Texte und Materialien zur Geschichte der RAF (Anm. 13), S. 112-144, hier S. 112.

[47] Vgl. zu diesem Begriff z. B. RAF, Erschießung des Generalbundesanwalts Buback. Erklärung vom 7. April 1977, in: dies., Texte und Materialien zur Geschichte der RAF (Anm. 13), S. 267f., hier S. 267.

[48] Zellenzirkular der RAF von 1973, zit. nach Pflieger, Die Rote Armee Fraktion (Anm. 3), S. 49.

Später, im November 1974, starb Holger Meins in der Justizvollzugsanstalt Wittlich/Mosel trotz Zwangsernährung tatsächlich an den Folgen des Hungerstreiks – nach seinem Tod bemängelten Kritiker medizinische Versäumnisse bei der ärztlichen Betreuung des Inhaftierten im Hungerstreik. Das wirkmächtige Bild seines Leichnams erinnerte Birgit Hogefeld an NS-Opfer in Auschwitz und förderte die Radikalisierung nicht nur der späteren Top-Protagonistin der sogenannten dritten RAF-Generation. Einen Tag nach dem Tod von Meins, den die RAF und ihre Anwälte gebrauchten, um neue Mitglieder zu rekrutieren, ermordete die 'Bewegung 2. Juni' den Präsidenten des Berliner Kammergerichtes, Günter von Drenkmann, der mit Terroristen-Prozessen nie befasst war, aber aus RAF-Sicht zur verhassten 'Klassenjustiz' gehörte. In ihrem Bekennerschreiben versuchten die Täter, mit denen die RAF eine konfliktuelle Komplizenschaft verband, den Mord mit den Worten „wer gewalt sät, wird gewalt ernten“ zu rechtfertigen.[49]

Nach dem Tod von Meins demonstrierten jeweils mehrere tausend Personen in mehreren Städten der Bundesrepublik gegen den demokratischen Rechtsstaat, der am Tod des Mitglieds der RAF-Kommandoebene (mit-) schuldig sei. Gerade auch den Tod und das Foto des Leichnams von Holger Meins nutzte die RAF für ihren propagandistischen 'Kampf' mit Worten und Bildern gegen den 'faschistischen Repressionsstaat', der das Mitglied der RAF-Kommandoebene ermordet habe. Ähnlich agitierte die RAF nach der Selbsttötung Ulrike Meinhofs im Mai 1976 und den Suiziden Andreas Baaders, Gudrun Ensslins und Jan-Karl Raspes im Oktober 1977 nach dem Scheitern mehrerer Versuche der sogenannten zweiten RAF-Generation und ihrer palästinensischen Komplizen, durch Entführungen und Morde die inhaftierte Spitze der sogenannten ersten RAF-Generation freizupressen. Den Tod durch Selbsttötung in der 'Stammheimer Todesnacht' 1977 bestätigen später gerichtsmedizinische Gutachter aus dem In- und Ausland. Anhaltspunkte für schuldhaftes Verhalten Dritter verneinte die zuständige Staatsanwaltschaft damals. Später berichteten RAF-

[49] „Bewegung 2. Juni“, Bekennerschreiben nach der Ermordung von Günter von Drenkmann (10. November 1974), zit. nach Pflieger, Die Rote Armee Fraktion (Anm. 3), S. 59.

Mitglieder über damalige Planungen der RAF-Spitze in Stammheim, sich selbst zu töten ('action suicide'). Auf die Frage, ob er an die angeblichen Staatsmorde in Stammheim geglaubt habe, antwortete der RAF-Aussteiger Ralf Baptist Friedrich, der von 1980 bis 1990 legendiert in der DDR lebte: „Ich hatte Zweifel. Aber darüber zu sprechen, wäre Gotteslästerung gewesen“.[50]

Mit ihren als ‚faschistische‘ Morde präsentierten Selbsttötungen wollten Ensslin, Baader und Raspe dem ‚System‘ offenbar einen letzten schweren Schlag versetzen und der RAF einen letzten Dienst erweisen – aus RAF-Sicht hatte der ‚kapitalistische‘ Staat die Gefangenen entweder direkt ermordet oder ihren Tod durch ‚Repression‘ zumindest indirekt verursacht. Nach der 'Stammheimer Todesnacht' – ähnlich wie zuvor nach dem Tod von Meins – rekrutierte die RAF für sich weiteren Nachwuchs. Gerade über die Gefangenenbetreuung – nach dem inoffiziellen Motto 'Der Kampf geht weiter!' – wechselten später unter anderem Birgit Hogefeld und Eva Haule aus der RAF-Unterstützerszene in die RAF-Kommandoebene. Später nutzten die RAF und ihr Umfeld die Selbsttötung des RAF-Terroristen Wolfgang Grams 1993 in Bad Kleinen, um ihn zum Märtyrer und Opfer staatlicher ‚Killfahndung‘ zu stilisieren.

Letztlich versuchte die RAF durchgängig, die eigenen Verbrechen durch Verweis auf den ‚gewalttätigen Kapitalismus‘ zu legitimieren. So heißt es in ihrer Auflösungserklärung ausgerechnet vom 20. April 1998, die sämtliche RAF-Opfer vollständig ausblendet, RAF-Täter weiter heroisiert und RAF-Verbrechen erneut rechtfertigt: „Wir stehen zu unserer Geschichte … Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein … Das Ende des Projektes zeigt, dass wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten. Aber es spricht nicht gegen die Notwendigkeit und Legitimation der Revolte … Denn der tatsächliche Terror besteht im Normalzustand des ökonomischen Systems“.[51]

Bezeichnenderweise erinnert die RAF in ihrer Auflösungserklärung mit Schleyer lediglich an ein einziges RAF-Opfer, um ihn nochmals

---

[50] Ohne Autor, „Ich bitte um Vergebung“. Interview mit dem Aussteiger Baptist Ralf Friedrich über sein Leben mit der RAF, in: Der Spiegel, Nr. 34 vom 19. August 1990, S. 52-62, hier S. 57.

[51] RAF, Die Auflösungserklärung der RAF vom März 1998 (Anm. 27), S. 233.

ausschließlich als Täter darzustellen, ohne – natürlich – an sein Engagement in der rechtsstaatlichen Demokratie ('Kapitalismus') zu erinnern, der es aus RAF-Sicht vollständig an Legitimität fehlte. Als Fehler konzediert die RAF in ihrer Auflösungserklärung lediglich, sie habe es versäumt, über und neben ihr als mordender 'Fraktion' eine politische Partei aufzubauen, um den ‚terroristischen Kapitalismus' wirkungsvoller mit Attentaten und Agitation zu bekämpfen. Außerdem habe die Entführung der Lufthansa-Maschine 1977, mit normalen Urlaubern an Bord, den Eindruck erweckt, „als würde die RAF nicht mehr zwischen oben und unten in dieser Gesellschaft unterscheiden. Damit war im berechtigten Versuch, die Gefangenen aus der Folter zu befreien, die sozialrevolutionäre Dimension des Kampfes nicht mehr identifizierbar. Aus dem Bruch mit dem System … war der Bruch mit der Gesellschaft geworden."[52] Damit kritisierte die RAF, die sich als Teil ('Fraktion') eines imaginierten Terrornetzwerkes inner- und außerhalb Europas verstand, die Entführung der 'Landshut' als strategischen Missgriff, ohne sie moralisch zu verurteilen.

Die RAF sah sich somit bis zum Schluss als Opfer einer – aus ihrer Sicht – ‚faschistischen' Repressionspolitik. Die wahren Täter waren stets die anderen: Repräsentanten des Staates, der Wirtschaft, der Gesellschaft; die Angehörigen der RAF sahen sich als prominente Opfer dieser 'Repression'. Diese Strategie der Selbstviktimisierung entfaltete zumindest in der Anfangszeit eine beträchtliche Mobilisierungswirkung. So schildert Petra Terhoeven, dass der RAF-Anwalt Klaus Croissant seine Stuttgarter Kanzlei „zur internationalen PR-Zentrale für die RAF" machte und etwa „ein Dutzend seiner Mitarbeiter … sich schließlich selbst für den Untergrund" entschied.[53]

5. Terroristische Propaganda als Selbststilisierung im Rückblick ehemaliger RAF-Mitglieder

Eine wichtige Rolle spielen bei den Strategien der Selbstlegitimation und der Selbstviktimisierung ehemalige RAF-Mitglieder, die (in der Regel nach Verbüßen der Haftstrafe) das Vorgehen der RAF im

[52] Ebd., S. 220f.
[53] Terhoeven, Die Rote Armee Fraktion (Anm. 1), S. 60.

Nachhinein legitimieren und deren Opferrolle unterstreichen. Durch sie wirken diese Strategien bis in die Gegenwart.

So hatte z. B. Irmgard Möller 1997 noch vor der RAF-Auflösung in typischer Diktion der terroristischen Gruppierung auf die Frage, ob ihre Entscheidung für die RAF nicht ein furchtbarer Fehler gewesen sei, geantwortet: „Ich habe zu keinem Zeitpunkt gedacht, dass ich den falschen Weg gewählt habe. Es war für mich der richtige Weg, trotz der ganzen Knastjahre. … Ich war immer davon überzeugt, daß ich für eine gerechte Sache kämpfe und letztlich deshalb eingesperrt worden bin. Daran hat sich bis heute nichts geändert. … Es gibt nichts zu bereuen.“[54] RAF-Opfern verweigerte sie zugleich offenbar jegliche Empathie.

Bereits zuvor hatte Bernhard Rössner, einer der Täter des RAF-Anschlags auf die deutsche Botschaft 1975 in Stockholm, in ähnlicher Diktion über sein Verhältnis zu RAF-Opfern und ihren Hinterbliebenen erklärt, er empfinde weder Reue noch Bedauern über RAF-Morde. Denn „Krieg ist Krieg und vorbei ist vorbei“. Als wahre Opfer sehe er ohnehin eher die Armen und Vernachlässigten des ‚Kapitalismus‘.[55] Damit befolgte Rössner wie fast alle anderen RAF-Mitglieder die RAF-Devise, keine Reue und kein Bedauern gegenüber den Opfern zu zeigen, die eben als die wahren Täter galten.

Ganz im Sinne der Strategie der Selbstviktimisierung haben die RAF-Häftlinge Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer sich 1992 in der Justizvollzugsanstalt Celle in einem Interview mit Spiegel-TV ausführlich selbst zu Opfern von ‚Repression‘ stilisiert. Aus ihrer Sicht sind neben dem Prekariat im ‚Kapitalismus‘ die getöteten RAF-‚Kämpfer‘ die echten Opfer, nicht aber die Betroffenen von den RAF-Morden und ihre Familien, wie gerade der Schlussteil der Selbstauflösungserklärung vom 20. April 1998 unterstreicht.[56] 2007 wiederum nennt Rolf Clemens Wagner die Schleyer-Entführung „auch

[54] Vgl. Bruno Schrep, „Es gibt nichts zu bereuen.“ Die ehemalige Terroristin Irmgard Möller über ihre RAF-Vergangenheit (20. April 1997), in: www.spiegel.de (gelesen am 15. Februar 2023).

[55] Zitiert nach: Anne Siemens, Die Opfer der RAF, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 40-41/2007, S. 9-15, hier S. 11.

[56] RAF, Die Auflösungserklärung der RAF vom März 1998 (Anm. 27), S. 237.

aus heutiger Sicht richtig“.[57] Die Ermordung Schleyers durch die RAF sieht er bis heute nicht kritisch. Im Kontrast dazu hat Birgit Hogefeld, langjährige RAF-Hardlinerin, in ihrer Haftzeit immerhin mit Hinterbliebenen des RAF-Opfers Gerold von Braunmühl von Angesicht zu Angesicht gesprochen.[58]

Angesichts der anhaltenden Selbstlegitimation und Selbstviktimisierung durch ehemalige RAF-Terroristen erstaunt es nicht, dass einige von ihnen sich bis heute für linksextremistische Anliegen einsetzen. So hat Karl-Heinz Dellwo in Hamburg von 2009 bis 2019 den Laika-Verlag betrieben, in dem u. a. Literatur erschien, die linke Guerilla-Bewegungen verherrlicht. 2018 gab er in diesem Verlag den Band „Riot – was war da los in Hamburg?“ heraus, der sich vor dem Hintergrund der Ausschreitungen am Rande des G-20-Gipfels 2017 mit der Frage befasst, wie Gewalt als Teil von Protestbewegungen taktisch und strategisch eingesetzt werden sollte, ohne die Legitimität von Gewalt als solche in Frage zu stellen.[59] Klaus Viehmann, der in den 1970ern Terrorist in der „Bewegung 2. Juni“ agierte, hofft weiterhin auf eine Revolution[60] informiert junge Linksextremisten über „Überlebensstrategien im Knast“[61] und über „Spitzel“[62]. Inge Viett

[57] Helmut Pohl/Rolf Clemens Wagner, Wir wollten den revolutionären Prozess weitertreiben. Ein Gespräch, in: Junge Welt (Beilage), Nr. 241 vom 17. Oktober 2007, S. 6.

[58] Vgl. Gerd Rosenkranz, „Wir waren sehr deutsch“. Interview mit Birgit Hogefeld (12. Oktober 1997), in: www.spiegel.de (gelesen am 3. März 2023).

[59] Vgl. Karl-Heinz Dellwo/Achim Szepanski/J. Paul Weiler (Hrsg.), Riot – Was war da los in Hamburg? Theorie und Praxis der kollektiven Aktion, Hamburg 2018.

[60] Vgl. Peter Schaber, „Irgendwer muss tun, was ansteht, sonst passiert gar nichts Gutes“. Interview mit Klaus Viehmann, in: Lower Class Magazine vom 8. Februar 2018 (https://lowerclassmag.com, gelesen am 20. Februar 2023).

[61] Vgl. Klaus Viehmann, Einmal Knast und zurück, in: Die anarchistische Bibliothek vom 16. Mai 2017 (https://anarchistischebibliothek.org, gelesen am 20. Februar 2023).

[62] Vgl. die Beiträge von Viehmann in: Markus Mohr/Klaus Viehmann (Hrsg.), Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte, Berlin/Hamburg 2004 (online verfügbar unter www.rote-hilfe.de, gelesen am 20. Februar 2023).

plädierte bis zu ihrem Tod im Jahr 2022 für einen 'revolutionären Internationalismus'.[63]

6. Wirkung der Propaganda auf die Bevölkerung

Abschließend ist zu untersuchen, welche Wirkung die RAF durch ihre Propaganda erzielte. Zunächst lässt sich festhalten, dass der Terrorismus und die Propaganda der RAF die Bundesrepublik zwar erschüttert, aber in ihrer Substanz und Existenz grundsätzlich nicht unterminiert haben. Die Morde und anderen Gewalttaten der RAF bedeuteten primär eine ernste Herausforderung für die öffentliche Sicherheit der rechtsstaatlichen Demokratie, gefährdeten aber nicht die rechtsstaatlich-demokratische Grundordnung als solche. Vielmehr erwies diese sich als wehrhaft. Der gesellschaftlich und politisch weitgehend und zunehmend isolierten RAF gelang es zu keiner Zeit, durch Terrorismus und Propaganda mehr als eine kleine, aber lautstarke, später schrumpfende Minderheit an Sympathisanten hinter sich zu scharen, bei denen die RAF-Agitation zumindest phasenweise auf fruchtbaren Boden fiel. Lediglich in einigen Universitätsstädten gab es jeweils unter Minderheiten in der Studentenschaft eine größere Zahl an RAF-Sympathisanten. Die RAF verfehlte damit fast vollständig ihr Ziel, die Akzeptanz der rechtsstaatlichen Demokratie in der Bevölkerung zu verringern und den eigenen Rückhalt unter den Bundesbürgern zu erhöhen. Letztlich existierten der (latente) ‚Faschismus' und die Krise des ‚Kapitalismus' stets eher in den Köpfen fanatisierter RAF-Kader als in der bundesdeutschen Wirklichkeit und deren Wahrnehmung durch die ‚Massen'.

Offenkundig hatte die RAF die Bereitschaft der Bevölkerungsmehrheit, ihr zu folgen, falsch eingeschätzt. Das wiederum gründete auf der unpolitischen Lageeinschätzung der RAF-Führung, deren ausgeprägter Hass auf das ‚System' allein keine Grundlage für einen gesellschaftlichen und politischen Umsturz bot. Denn im Unterschied zur ETA und IRA erhob die RAF nie eine relevante, konkrete und kampagnenfähige Forderung aus der politischen Realität. Zwar

[63] Vgl. Revolutionäre Aufbau Schweiz (Hrsg.), Inge – in unseren Kämpfen lebst du weiter. Textsammlung Inge Viett 12.01.1944 -9.05.2022, Hamburg 2022 (online verfügbar unter www.aufbau.org, gelesen am 20. Februar 2023).

präsentierte sie sich als leninistische Avantgarde. Doch in der Realität agierte sie wie eine realitätsferne Vorhut fast ohne Nachhut. Ursprünglich hatte die RAF dem 'Volke' durch ihren Terrorismus dienen wollen, wie sie u. a. in der oben erwähnten Erklärung von 1972 betonte.[64] Das aber interessierte die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in keiner Weise.

Im Ergebnis scheiterte damit die RAF-Strategie weitgehend, durch ihren Terrorismus die Polizei zu überharten Reaktionen zu provozieren, um erstens den ‚kapitalistischen Repressionsstaat' als offen ‚faschistisch' zu enttarnen bzw. zur ‚Selbstentlarvung' zu drängen, um zweitens gesellschaftliche Konflikte zu eskalieren und um drittens die ‚Massen' gegen den ‚Kapitalismus' und für ein kommunistisches Regime zu aktivieren und zu radikalisieren. Nie bewegte sich die RAF, frei nach Mao, damit in der bundesdeutschen Gesellschaft wie ein Fisch im Wasser. Das zeigen jene (wenigen) Umfragen, die es zu Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber der RAF gibt.

So erklärte im Frühjahr 1971 – und damit vor Beginn der Mordserie der RAF und bevor auch einzelne Mitglieder der Organisation bei (versuchten) Festnahmen starben – nur eine kleine Minderheit von rund sechs Prozent der Befragten in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD), sie würde flüchtigen RAF-Mitgliedern einen nächtlichen Unterschlupf gewähren. Unter diesen Befragten, die RAF-Mitglieder bei sich beherbergen würden, befanden sich mehr jüngere als ältere Personen, mehr Frauen als Männer, mehr Nord- als Süddeutsche und mehr Anhänger der SPD als von CDU/CSU.[65]

Anfang 1978 und damit nach den zehn RAF-Morden des Vorjahres stießen strafrechtliche und strafprozessuale Maßnahmen zur Terrorismus-bekämpfung, darunter tiefe Eingriffe in Grundrechte, auf hohe Zustimmung in der Bevölkerung. Zum Beispiel befürworteten 50 Prozent der Befragten erleichterte Möglichkeiten für die Polizei, verdächtige Wohnungen und Gebäude zu durchsuchen, 75 Prozent

[64] RAF, Dem Volk dienen (Anm. 46), S. 112.

[65] Vgl. IfD-Umfrage 2069, zit. nach: Hans Mathias Kepplinger, Statusdevianz und Meinungsdevianz. Die Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 26. Jg./1974, S. 770-800, hier S. 779.

forderten längere Haftstrafen für Terroristen und 68 Prozent votierten gegen eine vorzeitige Entlassung inhaftierter Terroristen.[66] Noch Anfang 2007 wandten sich 66 Prozent der Befragten dagegen, Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, die laut IfD-Frageformulierung „kaltblütige Morde begangen ... und ihre Taten nie bereut“ haben, vorzeitig aus langjähriger Haft zu entlassen.[67]

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Um sowohl Vertrauen und Glaubwürdigkeit als auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft zu erlangen, zielte die RAF-Kommunikationsstrategie zum einen darauf, nach dem Grundsatz der „Propaganda der Tat“ durch ihre Attentate selbst und durch ihre Propaganda (Manifeste, 'Kommandoerklärungen' etc.) die Täter zu Opfern oder gar Märtyrern des ‚faschistischen Repressionsstaates‘ zu stilisieren (so z. B. mit dem Foto des Leichnams von Holger Meins). Im Rahmen der Strategie der Selbstlegitimation ging es darum, das Ziel der Befreiung der Menschen vom angeblich anhaltenden ‚Faschismus‘ zu propagieren. Die Strategie der Propaganda zielte zum anderen auf die Täter-Opfer-Umkehr, wonach die Opfer der Morde die wahren Täter gewesen seien, während die ‚Märtyrer‘ der RAF die wahren Opfer seien. Die RAF verfolgte somit eine kommunikative Doppelstrategie der Selbstlegitimation und der Selbstviktimisierung, um ihre Verbrechen zu rechtfertigen.

Letztlich wollte sie durch professionelle Propaganda eine Diskurs- und Deutungshoheit über die eigenen Verbrechen erlangen und hierbei eine möglichst öffentlichkeitswirksame Feindbildpflege betreiben. Im Kern ging es ihr darum, durch ihre Propaganda größere gesellschaftliche Gruppen für die revolutionären RAF-Ziele zu gewinnen und zu aktivieren. Trotz einzelner Agitationserfolge der RAF-Rhetorik über die angeblich wahren Opfer, insbesondere in Debatten über die Haftbedingungen und Hungerstreiks, scheiterte die Propaganda letztlich. Das gilt besonders für die Versuche, die Mordopfer zu den vermeintlich wahren Tätern zu stilisieren.

---

[66] Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, IfD-Umfrage 3053, Allensbach 1978.

[67] Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, IfD-Umfrage 10.000, Allensbach 2007.

Phänomenbereichsübergreifende Vergleiche

Die Bedeutung von Gender-Aspekten bei der Radikalisierung von Mädchen und Frauen

Eine vergleichende Analyse zu Entwicklungen im Islamismus und Rechtsextremismus

Corinna Lehmann/Sabine Schupp-Demiriz/Britt Ziolkowski

1. Einleitung und Fragestellung

Seit jeher begleiten Missverständnisse und stereotype Vorstellungen die öffentliche Debatte über die Beteiligung von Frauen in extremistischen Strukturen. In den 1970er Jahren wurde angesichts der Beteiligung von Frauen im Linksterrorismus zum Beispiel behauptet, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts nicht zu einer rationalen politischen Handlung fähig seien – und deshalb Terroristinnen würden.[1] In den letzten 40 Jahren sind stereotype Vorstellungen in diesem Zusammenhang nicht verschwunden: Das zeigen unter anderem journalistische Zuschreibungen wie „IS-Mädchen“[2] oder „Nazi-Braut“[3], mit denen Frauen die Verantwortung für ihre Handlungen abgesprochen wird. Aber auch in der Wissenschaft sind Gender-Aspekte bei den Themen Radikalisierung und Extremismus nach wie vor unterbelichtet.

Vor diesem Hintergrund widmet sich der vorliegende Beitrag der Fragestellung: Welche Bedeutung haben Gender-Aspekte bei der

[1] So wurde in Medien-Beiträgen darauf abgehoben, dass Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof aufgrund von vermeintlich weiblicher Emotionalität fehlgeleitet seien. Daneben existierten andere Deutungsmuster, die nicht weniger stereotyp waren, wie zum Beispiel: „Frauen werden zu Terroristinnen, gerade weil sie die weibliche Rolle ablehnen.“ Vgl. hierzu: Sylvia Schraut, Terrorismus und Geschlecht, in: Christine Künzel/Gaby Temme (Hrsg.), Täterinnen und/oder Opfer? Frauen in Gewaltstrukturen, Hamburg 2007, S. 105-123, hier: S. 113-117.

[2] Vgl. zum Beispiel: Ohne Autor, Entscheidung der Generalbundesanwaltschaft: IS-Braut Leonora (21) aus U-Haft entlassen, in: RTL News (8. Januar 2021), www.rtl.de (gelesen am 9. Februar 2022).

[3] Vgl. zum Beispiel: Ohne Autor, Dunkelhaarig, volltätowiert, Nazi-Braut: Das ist Beate Zschäpes beste Freundin, in: Focus Online (2. Mai 2018), in: www.focus.de (gelesen am 9. Februar 2022).

Radikalisierung von Frauen und Mädchen? Um dieses Thema zu ergründen, stellen wir Beobachtungen aus den Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus anhand von drei Thesen gegenüber:

- These 1: Gender-Aspekte spielen beim Anschluss an extremistische Bestrebungen eine wichtige Rolle.
- These 2: Es gibt keine genuin extremistischen Rollenbilder.
- These 3: Der Anschluss von Frauen an extremistische Organisationen und ihr Verbleib darin oszilliert zwischen Anpassung und Rebellion.

Zur Begriffsklärung: „Gender" beschreibt die soziale Dimension von Geschlecht und setzt die Weiblichkeits- und Männlichkeitsvorstellungen in Beziehung zueinander. Im vorliegenden Beitrag liegt der Fokus auf Frauen und deren Attributionen. In Hinblick auf den Begriff „Radikalisierung" ist festzuhalten, dass wir dieses Phänomen nach dem Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer als Sozialisationsprozess verstehen, „in dem Orientierungsmuster entwickelt werden, die aus zurückliegenden Erfahrungen, aktuellen situativen Eindrücken und prospektiven Entwürfen zusammengesetzt sind."[4] Zugleich geht Radikalisierung für uns nicht zwingend mit der Ausübung von physischer Gewalt einher. Das heißt, wir benutzen einen weiten Radikalisierungsbegriff, der verschiedene Hinwendungsprozesse zum Extremismus umfasst.[5]

---

[4] Wilhelm Heitmeyer, Individualisierungsprozesse und Folgen für die politische Sozialisation von Jugendlichen. Ein Zuwachs an politischer Paralysierung und Machiavellismus?, in: Wilhelm Heitmeyer/Juliane Jacobi (Hrsg.), Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung, Weinheim 1991, S. 15-35, hier: S. 16.

[5] Um langfristige Entwicklungen „im Vorfeld einer Gewaltanwendung" und die Prozesshaftigkeit von Radikalisierung in den Fokus zur rücken, plädieren auch die Politikwissenschaftlerin Hande Abay Gaspar et al. für einen weiten Radikalisierungsbegriff; vgl. Hande Abay Gaspar et al., Vom Extremismus zur Radikalisierung: Zur wissenschaftlichen Konzeptualisierung illiberaler Einstellungen, in: Christopher Daase et al. (Hrsg.), Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen, Frankfurt/New York 2019, S. 15-43, hier: S. 21.

Die drei Thesen resultieren aus der Untersuchung von vier Fallbeispielen, jeweils zwei aus dem Islamismus und dem Rechtsextremismus: Für den Islamismus wurden die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG) und der „Islamische Staat“ (IS) berücksichtigt, im Rechtsextremismus lag der Fokus auf der „Identitären Bewegung“ (IB) und der Partei „Der III. Weg“. Punktuell finden sich Verweise auf andere Organisationen bzw. Strömungen des Islamismus und Rechtsextremismus, zum Beispiel um Anomalien der erarbeiteten Ergebnisse aufzuzeigen.

Die untersuchten Organisationen weisen spezifische Charakteristika auf: So handelt es sich bei der IB um eine Jugendorganisation, was mit einer vergleichsweise kurzen Mitgliedschaft der Aktivisten in der Organisation und dem Aufgreifen popkultureller Elemente (u. a. Internet- und Gamingkultur, Spielfilme, Rapmusik) einhergeht. Ein Alleinstellungsmerkmal ist darüber hinaus die explizite Strategie der „Metapolitik“, also der Versuch, gesamtgesellschaftliche Diskurse zu verschieben, um dadurch auch die „Mitte der Gesellschaft“ mit Botschaften zu erreichen. „Der III. Weg“ ist hingegen eine neonationalsozialistische Kleinpartei, der bundesweit sehr wenige Anhänger angehören.[6] Die fast schon sektenähnliche Gemeinschaft beruft sich auf die nationalsozialistische Ideologie, der eine Nähe zur Gewalt inhärent ist.

Bei den untersuchten islamistischen Organisationen ist der Bezug zu bestimmten Territorien hervorzuheben: So sind die Aktivitäten der IGMG im Kontext der Diasporasituation von türkeistämmigen Migranten und deren Nachfahren in Deutschland zu betrachten: Die Wahrung der eigenen Identität bei gleichzeitiger Abwehr angeblicher Assimilierungsforderungen durch die Mehrheitsgesellschaft in Deutschland gehören zu den wichtigsten Anliegen der IGMG. Für das Streben nach diesen Zielen spielt wiederum vorrangig religiöse Bildung eine Rolle. Beim IS handelt es sich hingegen um eine salafistisch-jihadistische Organisation, deren Ideologie zeitweise normative Ordnung eines begrenzten Territoriums war. Frauen und Männer aus unterschiedlichen Ländern sind dem Ruf des IS gefolgt und ins

[6] Die Partei hatte im Jahr 2021 650 Mitglieder, vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2021, Berlin 2022, S. 96.

Herrschaftsgebiet nach Syrien und Irak gereist. Als jihadistische Organisation setzt der IS zudem vor allem auf Gewalt, um seine Ziele zu erreichen.

Innerhalb eines Phänomenbereichs erfolgte die Auswahl der Fallbeispiele im Sinne eines Kontrastvergleichs. Insofern ist davon auszugehen, dass die erarbeiteten Ergebnisse einen gewissen Grad an Generalisierung zulassen – zumindest für alle jene Fallbeispiele, die dazwischenliegen. Der vergleichende Ansatz bietet darüber hinaus einen Mehrwert, weil Funktionslogiken durch diese Brille stärker zutage treten und die Wechselwirkung von verschiedenen Extremismen bzw. das Phänomen der Co-Radikalisierung mitberücksichtigt werden können. In diesem Sinne soll das hier angewandte Forschungsdesign dazu beitragen, eine Forschungslücke zu schließen.[7]

Der vorliegende Beitrag hat seinen Ausgangspunkt in einer gemeinsamen Studie der Autorinnen unter Herausgeberschaft des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg zu Frauenrollen und Frauenbeteiligung in extremistischen Organisationen.[8] Die dort gewonnen Erkenntnisse haben neue Forschungsfragen eröffnet. Daran schließen wir an, indem wir nun hier den Blick auf den Anschlussprozess von Frauen an extremistische Strukturen und mögliche Einflussfaktoren richten.

---

[7] Forschung zu Gender-Aspekten aus vergleichender Perspektive ist selten, eine Ausnahme bilden folgende Beiträge: Cindy D. Ness (Hrsg.), Female Terrorism and Militancy. Agency, Utility, and Organization. London 2008; WomEx – women and gender in extremism (Hrsg.), Genderaspekte im Rechtsextremismus und religiösen Fundamentalismus, Berlin 2015, in: www.womex.org/ (gelesen am 2. Januar 2023).

[8] Vgl. Corinna Hillebrand-Brem/Sabine Schupp-Demiriz/Britt Ziolkowski, In zweiter Reihe, an vorderster Front? Frauen und ihre Rollen im Extremismus, Stuttgart 2021, in: www.verfassungsschutz-bw.de (gelesen am 2. Januar 2023). Die Entscheidung, die beiden Bereiche Islamismus und Rechtsextremismus auf diese Weise zu vergleichen, resultierte aus Austauschgesprächen zur Arbeitspraxis im Verfassungsschutz: Wenngleich in beiden Phänomenen ein ähnliches Frauenbild anzutreffen ist, spielt dieses bei der Extremismusprüfung im Islamismus eine größere Rolle als im Rechtsextremismus. Neben einer inhaltlich vertieften Auseinandersetzung mit dem Thema wollten wir diese Praxis mit unserer Untersuchung auf den Prüfstand stellen.

2. These 1: Gender-Aspekte spielen beim Anschluss an extremistische Bestrebungen eine wichtige Rolle

2.1 Islamismus: Der Anschluss an extremistische Strukturen vor dem Hintergrund der Nachfrage- und Angebotsseite

Radikalisierung ist immer multikausal. Gender-Aspekte können bei diesem Prozess eine Rolle spielen – das gilt sowohl für die Nachfrageseite (sich radikalisierende Mädchen und Frauen) als auch die Angebotsseite (extremistische Strukturen). So deuten in Hinblick auf die Nachfrageseite empirische Befunde darauf hin, dass unter anderem problematische Erfahrungen mit Geschlechterrollen in der Phase der Prä-Radikalisierung relevant für das Bedingungsgefüge sind, aus dem heraus sich Salafistinnen der Ideologie öffnen. Diese Erfahrungen können zum Beispiel im familiären Kontext verortet sein, wenn die Frauen Gewalt- oder Missbrauchserfahrungen durch männliche Bezugspersonen erlebt haben.[9]

Daneben können wiederum Diskriminierungserfahrungen eine Rolle spielen, die Mädchen aus muslimischen Familien betreffen: Anders als muslimische Jungs werden Mädchen und junge Frauen als Musliminnen sichtbar, wenn sie ein Kopftuch tragen.[10] Zuweilen erfahren sie in diesem Zusammenhang verbale Beleidigungen oder Ausgrenzung. Bei diesen Erfahrungen geht es also vielfach um das Gefühl der Ohnmacht, das aus einem geschlechtsspezifischen Machtgefälle resultiert.

Die Befunde zur Radikalisierung können jedoch nicht auf alle Spektren des Islamismus übertragen werden. So sind für die IGMG zum Beispiel praktisch keine Zugänge von außen zu verzeichnen. Vielmehr wachsen die Mädchen und Frauen, die Teil der IGMG-Strukturen sind oder werden, in Familien auf, die dem IGMG-Spektrum zuzurechnen sind: Sie werden somit von Geburt an im Sinne der islamistischen Ideale

[9] Vgl. Britt Ziolkowski/Aaron Kunze, Deutsche *muhajirat*: Radikalisierungshintergründe und -verläufe von Mädchen und Frauen aus Baden-Württemberg, Stuttgart 2019, S. 19.

[10] Vgl. Jordy Krasenberg/Julia Handle, Wie (junge) Frauen soziale Medien nutzen und was dies für PVE (Preventing Violent Extremism, die Verf.) bedeutet. Abschlusstreffen des Radicalisation Awareness Network (RAN), 24.11.2020, in: ec.europa.eu/home-affairs (gelesen am 2. Januar 2023), S. 3.

erzogen.[11] Doch auch im Rahmen dieser Prozesse sind Gender-Aspekte von großer Bedeutung: Geprägt durch ihre Erziehung tendieren die Mädchen zu weiblichen Gleichgesinnten, mit denen sie niedrigschwellig in IGMG-Ortsvereinen zusammenkommen können. Durch die Erziehung in den IGMG-Familien ist die Gewohnheit der geschlechtersegregierten Strukturen bei den Mädchen tief verankert – in entsprechenden Mädchengruppen fühlen sie sich wohl und sicher.

Die geschlechtersegregierten Strukturen spielen auch auf der Angebotsseite eine zentrale Rolle. Denn im Sinne des Gesellschaftsideals sprechen islamistische Organisationen Mädchen und Frauen mit geschlechtsspezifischer Propaganda an. Das bedeutet, dass es für Frauen über die normale Propaganda hinaus ein breites Angebot gibt, das sich an sie als Frauen richtet. Zentrale Felder sind hier die islamkonforme Verhüllung und das Bild der moralisch untadeligen, tugendhaften Frau.

Bei der IGMG betreiben die Frauen- sowie die Frauenjugendorganisation entsprechende Facebook-Seiten, auf denen entsprechende Inhalte und Angebote zu finden sind. Dabei kann es sich um unterschiedliche Veranstaltungsformate handeln, zumeist zu den Bereichen Bildung bzw. Erziehung („Als muslimische Frau in Europa leben“; „Ehe-Schulung“; „Vorbildhafte Frauen der islamischen Frühzeit“[12]), oder aber Projekte, bei denen sich „ältere Schwestern“ vorbildhaft um „jüngere Schwestern“ kümmern.[13]

Im Salafismus existiert mittlerweile ein breites Angebot von Frauen für Frauen, begünstigt durch die Möglichkeiten im Online-Bereich. So gibt

---

[11] Vgl. IGMG, Freitagspredigt. Hutba: Die Rechte unserer Kinder (8. Juli 2020), in: www.igmg.org (gelesen am 11. April 2023.

[12] Camia TV, Avrupa’da Müslüman Kadın Olmak/Biz Bir Aileyiz – 13 Ocak 2021 (20.01.2021), in: www.youtube.com (gesehen am 11. April 2023); IGMG Frauen-/Frauenjugendverband Württemberg, Online-Veranstaltung vom 21. Februar 2021, in: igmg-bw.org (gelesen am 10. Februar 2022); IGMG Freiburg-Donau, Online-Veranstaltung vom 27. Juni 2021, in: www.facebook.com (gelesen am 10. Februar 2022); IGMG Frauenverband, „İz Bırakan Hayırlı Kadınlar“ Anıldı (15.03.2021), in: www.igmg.org (gelesen am 4. Februar 2022).

[13] IGMG Frauenjugendverband, „Beraberliğimizi Güçlendirelim“ (20.01.2017), in: www.igmg.org (gelesen am 21. Dezember 2021).

es verschiedene Telegram-Kanäle, die sich Frauen und „ihren“ Themen widmen (z. B. „Masaa2il al Nisaa“[14], „We love Niqab“). Darüber hinaus bieten Frauen Online-Schulungen an.[15] Das Beispiel des IS aus dem jihadistischen Salafismus zeigt anschaulich, was Propaganda leisten soll: Die Organisation reservierte in ihren Online-Hochglanzmagazinen in der Regel in jeder Ausgabe einen Beitrag, der sich explizit an Frauen richtete. Ziel dessen war, möglichst viele Frauen anzusprechen, damit sich diese über Ländergrenzen hinweg dem IS anschließen. Die Beiträge sollten den Frauen aufzeigen, was sie im sogenannten Kalifat erwartet. Auch hier spielten die geschlechtersegregierten Strukturen und die tugendhafte Rolle der Ehefrau eine zentrale Rolle.[16]

Und schließlich sind Gender-Aspekte bei der Art der Bindung an die islamistischen Strukturen relevant. In Hinblick auf die Modalitäten lassen sich vielfach Unterschiede zwischen Mann und Frau beobachten. So gibt es beim IS die sogenannte *bai'a* (Treuschwur), die jedes männliche Mitglied leisten musste, sobald es das Kalifat erreichte. Bei den Frauen galt das nur für wenige, und zwar jene, die eine offizielle Funktion (zum Beispiel in der Religionspolizei) übernehmen sollten. In allen anderen Fällen erfolgte die Bindung an die Organisation über den Ehemann. Das gleiche gilt für die IGMG, bei der es in der Regel die Familienväter sind, die als offizielle Mitglieder der Organisation zählen. Die Ehefrauen und Kinder erhalten den Zugang zur Organisation zumeist über ihn. Das entspricht der Sicht des Begründers der „Milli Görüş“-Bewegung, Necmettin Erbakan, auf das Verhältnis von Mann und Frau in der Bewegung: „Während die Frau Motor des Fahrzeugs ist, das auf die Macht zusteuert, sitzt der Mann an dessen

[14] Der Name des Kanals bedeutet auf Deutsch in etwa „Frauenangelegenheiten“.

[15] Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Frauen im Salafismus: Das klassische Rollenbild und die Eroberung neuer Betätigungsfelder (24. Juni 2021), in: www.verfassungsschutz-bw.de (gelesen am 11. April 2023).

[16] Vgl. Britt Ziolkowski, Die „Muhajirat“. Warum reisen Frauen ins Herrschaftsgebiet des IS?, in: Die Kriminalpolizei Nr. 3/2017, in: www.kriminalpolizei.de (gelesen am 11. April 2023).

Steuer.“[17] Im Islamismus zeigt sich also ein Spannungsfeld, das zwischen der Beteiligung der Frauen und dem offiziellen Mitgliedstatus besteht. Abseits ihres persönlichen Engagements für eine islamistische Organisation gehören Frauen diesen Strukturen häufig nur als „Frau von …“ an.

2.2 Rechtsextremismus: Der Anschluss an extremistische Strukturen vor dem Hintergrund der Nachfrage- und Angebotsseite

Auch in Hinblick auf rechtsextremistische Strukturen kann ein gendersensibler Blick einen wichtigen Beitrag zum Verständnis von Radikalisierungsprozessen leisten. Gleichwohl sind geschlechterspezifische Motivationslagen dabei immer als eines von vielen Elementen des komplexen Bedingungsgefüges zu verstehen, aus dem heraus sich Menschen radikalisieren.[18]

Einige Untersuchungen deuten darauf hin, dass das in rechtsextremistischen Gruppierungen vertretene Frauenbild für viele Mädchen und Frauen – zumindest laut ihrer eigenen Einschätzung – kein ausschlaggebender Faktor war, sich der Szene anzuschließen. Manche stehen den dort vertretenen Rollenbildern sogar überaus kritisch bis ablehnend gegenüber.[19] Auch die meisten Frauen, die auf

---

[17] Hakan Özdemir/Yahya Demirkanoğlu, Türkiye’de Muhafazakar Sağ Pencereden Kadına Bakış, in: KAÜ IIBF Dergisi Bd. 6 Nr. 10 (2015), in: www.kafkas.edu.tr (gelesen am 11. April 2023), S. 233.

[18] Treffend resümiert das z. B. auch Johanna Sigl. Sie schreibt, dass „Geschlechterentwürfe eine stabilisierende oder auch irritierende Größe für rechtsextreme Zuwendungsprozesse darstellen können, ihnen aber kein zwingender Bedeutungsgehalt zugrunde gelegt werden kann“. Siehe Johanna Sigl, Biografische Wandlungen ehemals organisierter Rechtsextremer. Eine biografieanalytische und geschlechterreflektierende Untersuchung, Wiesbaden 2018, S. 322.

[19] Vgl. Britta Büchner, Rechte Frauen. Frauenrechte und Klischees der Normalität. Gespräche mit Republikanerinnen, Pfaffenweiler 1995, zit. nach: Birgit Rommelspacher, Frauen und Männer im Rechtsextremismus – Motive, Konzepte und Rollverständnisse, in: Ursula Birsl (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender, Opladen & Farmington Hills (MI) 2011, S. 43-68, hier: S. 54; Renate Bitzan, Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in

dem Blog „Die Weggefährtin“ der Partei „Der III. Weg“ über ihre eigene Politisierung berichten, nennen das dort vertretene Frauenbild nicht als Antrieb für ihr Engagement. In den Augen einer Aktivistin ist der „III. Weg“ zumindest die einzige Partei, die „sich um das Wohl der Familien und Hilfebedürftigen ernsthaft Sorgen macht und sich darum kümmert.“[20] Frauen setzen sich in mehreren Blogbeiträgen sogar ausdrücklich kritisch mit dem Geschlechterverhältnis in der Partei auseinander.

Allerdings reiben sich sowohl die IB wie „Der III. Weg“ – und auch explizit ihre weiblichen Mitglieder –gleichermaßen an einem Zerrbild der modernen Frau. Nur die „erfolgreiche Business-Frau“ (bisweilen als sexuell ausschweifend überzeichnet) erfahre derzeit gesellschaftliche Wertschätzung, so die rechtsextremistische Propaganda.[21] Diese Rhetorik kann an Erfahrungen junger Frauen und Mädchen anknüpfen, die aus den verschiedensten Gründen tatsächlich eine geringere gesellschaftliche Anerkennung erleben. Frauen finden sich oft in der Position wieder, ihren eigenen Lebensentwurf verteidigen zu müssen, u. a. gegen die gesellschaftliche Erwartungshaltung, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Auch eine IB-Aktivistin erzählte in einem Video[22] davon, dass ihr eigener Kinderwunsch in ihrem studentisch geprägten Umfeld auf Ablehnung stoße. Ihr präferiertes Lebensmodell, nämlich früh Mutter zu werden und sich aus dem Berufsleben zurückzuziehen, werde in ihrem sozialen Umfeld nicht wertgeschätzt oder sogar rundheraus abgelehnt. Im Umfeld der IB fand die Aktivistin hingegen die uneingeschränkte Akzeptanz des konservativen Rollenmodells, mit dem sie sympathisiert.

---

der extremen Rechten, in: Fabian Virchow et al. (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 325-373, hier: S. 347.

20 Der III. Weg, Die Weggefährtin #009: Mein Weg zum „III. Weg“, in: der-dritte-weg.info (gelesen am 22. Dezember 2021).

21 Vgl. z. B.: Der III. Weg, Ausführungen zum Punkt 3 „Deutsche Kinder braucht das Land“ des Zehn-Punkte-Programms, in: der-dritte-weg.info (gelesen am 20. Januar 2022); Der III. Weg, Die Frau und der deutsche Volkstod – Eine kleine Erläuterung, in: der-dritte-weg.info (gelesen am 20. Januar 2022); Martin Sellner: Radikalfeminin – Frauen gegen Genderwahn (10. September 2017), in: www.youtube.com (gesehen am 4. Mai 2020).

22 Vgl. Sellner, ebd.

Außerdem wurde bereits in der Forschung die Frage aufgeworfen, ob rechtsextremistische Frauen Gewalttätigkeit einseitig ausländischen Männern zuschreiben, um die Gefährdung durch die eigene Bezugsgruppe auszublenden[23]. Tatsächlich spielt Gewalt an Frauen in der Propaganda der IB und auch des „III. Wegs“ eine große Rolle. Damit verknüpft ist die Erwartungshaltung an die Männer der Eigengruppe, Wehrhaftigkeit zu verkörpern. Aus Sicht der Rechtsextremistinnen sind „moderne“ Männer nicht willens oder nicht im Stande, ihre Frauen zu verteidigen. Zugleich werfen sie dem Staat vor, Frauen nicht ausreichend zu schützen. In einem Video der IB-Initiative #120db hieß es beispielsweise: „Mütter, Frauen, Schwestern, Töchter Europas – dieser Staat wird euch nicht schützen. Niemand weiß, wer die nächste ist. Nimm dein Schicksal selber in die Hand.“[24]

Auf der Angebotsseite nutzen die rechtsextremistischen Gruppierungen Rollenbilder für ihre Propagandaarbeit, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher inhaltlicher Prägung. Während die IB sich in erster Linie als Interessenvertretung der „Jugend ohne Migrationshintergrund“ versteht, räumt die Partei „Der III. Weg“ dem generationsübergreifenden Zusammenschluss der Familie einen ganz herausragenden Stellenwert in ihrer Außendarstellung ein. Der „III. Weg“ hat einen eigenen Blog namens „Die Weggefährtin“ eingerichtet, der sich gezielt an Frauen richtet. Im IB-Umfeld wurden Fraueninitiativen (z. B. „#120db“, „radikal feminin“) gegründet, die Frauen u. a. mit der Thematisierung von „Ausländergewalt“ anwerben wollen.

Dabei sind die durch die Organisationen transportierten Frauenbilder unterschiedlich griffig. Während „Der III. Weg“ zum Beispiel auf einem Flyer konkrete Forderungen nach einem Müttergehalt erhebt oder kritisiert, dass Frauen durch kapitalistische „Interessens-wirtschaft“ als „Ersatzarmee für Produktions- und Dienstleistungs-prozesse im Land mißbraucht“[25] werden, gibt es bei der IB kaum konkrete Aussagen darüber, was sie für Frauen tun will oder wie Frauen

[23] Vgl. im Überblick: Bitzan (Anm. 19), S. 331.

[24] #120db, Frauen wehrt euch! 120 Dezibel #120db, in: www.youtube.com (gesehen am 2. Januar 2023).

[25] Der III. Weg, Kinderlosigkeit führt zum Volkstod – Flugblatt, in: www.materialvertrieb.de (gelesen am 11. April 2023).

zu sein haben, damit sie in der Organisation willkommen sind. Eine Gemeinsamkeit hingegen ist die Beanspruchung des weiblichen Körpers für die rechtsextremistische Ideologie, die sich allerdings in etwas unterschiedlicher Ausprägung zeigt: Während die IB weibliche Reize bisweilen zu Werbezwecken instrumentalisiert, stellt „Der III. Weg“ einen Zusammenhang zwischen „ungezügelter weiblicher Sexualität“ in Form von Sexualkontakten zu Migranten einerseits und der Gefährdung des „Volkserhalts“ andererseits her.

Die Propagandaarbeit der IB zielt in Richtung der Frauen vor allem darauf ab, ihnen spannende Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen. So veröffentlicht die IB regelmäßig Videos und Fotos mit jungen Frauen in der ersten Reihe. Bei der Partei „Der III. Weg“ geht es vielmehr darum, ein Bild der fürsorgenden Mutter und Weggefährtin des Mannes zu zeichnen, das im Einklang mit der Gesamtideologie steht. Wer sich als Frau der Partei anschließt, so vermittelt man, wird Teil einer Organisation, die sich dem Kampf um die Wertschätzung der Mutterrolle verschrieben hat. Und wer sich als Frau den Werten der Partei verschreibt, bleibt dort nicht nur geduldet, sondern kann einen wertvollen Beitrag zum übergeordneten Ziel des „Erhalts der Volksgemeinschaft“ leisten. Die Parteifrauen sind sich selbst ihrer Symbolkraft bewusst, so heißt es auf der Partei-Homepage: „Und speziell Frauen sollen sehen, dass auch sie etwas bewegen können, eine politische Tätigkeit für sie möglich ist und ihren Beitrag für unser Volk und unsere Heimat zu leisten.[sic]“[26]

2.3 Zwischenfazit

Anschluss an extremistische Bewegungen kann in verschiedener Weise erfolgen, das haben die Fallbeispiele gezeigt. So gibt es Personen, die von außen in die Szene stoßen, andere wachsen in extremistischen Milieus auf. Gender-Aspekte sind bei beiden Formen relevant; Gemeinsamkeiten sind über die Phänomenbereichsgrenzen hinaus zu erkennen.

So scheinen auf der Nachfrageseite problematische Erfahrungen mit Gender-Bezug in der Phase der Prä-Radikalisierung eine Rolle für das

[26] Der III. Weg, Die Weggefährtin #052: Fragen an Aktivistinnen unserer Partei, in: der-dritte-weg.info (gelesen am 11. April 2023).

Bedingungsgefüge zu spielen, aus dem heraus die kognitive Öffnung für die extremistische Ideologie erfolgt. Diese Erfahrungen können vielgestaltig sein: Einige Mädchen und Frauen haben Gewalt- oder Missbrauchserfahrungen gemacht. Andere fühlten sich zwischen der gesellschaftlichen Erwartungshaltung, den Vorstellungen in der Herkunftsfamilie und individuellen Ideen über ihre Rolle als Frau zerrissen. Schlussendlich sind das Erfahrungen, die viele Frauen in der Gesellschaft teilen – die wenigsten radikalisieren sich. So sei an dieser Stelle noch einmal betont, dass diese Erfahrungen nicht in einem Kausalzusammenhang mit der Radikalisierung stehen, sondern lediglich auf eine mögliche Vulnerabilität der Frauen hinweisen.

In den Fällen, in denen eine Sozialisation im extremistischen Milieu von klein auf erfolgt, ist zu beobachten, dass die Nachfrage durch die Erziehung bestimmt ist. Vor allem in Hinblick auf die Frage, wo sich die Frauen sicher und aufgehoben fühlen, werden die Voraussetzungen in den Familien gelegt. Die vermittelten Vorstellungen, wie zum Beispiel zur Geschlechtersegregation, finden die Mädchen und Frauen später in den Organisationen wieder.

Für die Angebotsseite kann festgehalten werden, dass Rollenbilder eine zentrale Funktion in der Propaganda einnehmen. Beim IS ist klar: Die Organisation will mit den vermittelten Geschlechterbildern Mitglieder gewinnen und an sich binden. In den untersuchten rechtsextremistischen Organisationen kann solch ein strategisches Vorgehen angesichts eigener Kommunikationskanäle von und für Frauen ebenfalls vermutet werden. Ein zentraler Unterschied zwischen den untersuchten Fallbeispielen ist der Konkretisierungsgrad der Rollenbilder. Während wir für den Islamismus in Gänze und im Bereich Rechtsextremismus für den „III. Weg“ sehr konkrete Rollenbilder ausmachen konnten, trifft das nicht auf die IB zu. Der geringere Grad an ideologischem Dogmatismus ermöglicht hier Spielräume für eine gewisse Vielfalt an Lebensentwürfen, die potentiell mehr Menschen ansprechen kann. Aber auch die konkreten Rollenbilder der anderen Fallbeispiele gehen mit Vorteilen für die Rekrutierung einher: Sie bieten den Mädchen und Frauen eine klare Orientierung.

Eine weitere Gemeinsamkeit der Rollenbilder ist, dass diese allesamt mit sexueller Objektifizierung einhergehen. Diese zeigt sich in unterschiedlichen Spielarten, zielt schlussendlich aber auf die immer

gleiche Botschaft ab – und zwar das Versprechen von Freiheit. Bei der IB geht es um die Freiheit, jung, aktiv und sichtbar als Frau zu sein. „Der III. Weg“ verspricht die Freiheit der Wahl für das Rollenmodell der Hausfrau und Mutter. Und im Islamismus spielt das Narrativ des Schleiers eine Rolle: Erst die Verhüllung würde den Mädchen und Frauen den Zugang zur öffentlichen Sphäre ermöglichen. Außerdem sind Frauen in beiden Bereichen Objekt von Opfernarrativen (Frauen als Opfer der „islamfeindlichen Mehrheitsgesellschaft“; Frauen als Opfer von „Ausländergewalt“).

Eine Besonderheit für den Anschluss an extremistische Bewegungen stellen im Islamismus die Formalia der Mitgliedschaft dar. Denn bei den untersuchten Fallbeispielen erfolgt die Anbindung der Frauen in der Regel indirekt über den Ehemann oder Vater. Diese „inoffizielle“ Mitgliedschaft steht wiederum dem tatsächlichen Engagement der Frauen gegenüber, die vielgestaltig für das Fortbestehen und den Erfolg der Organisationen mitverantwortlich sind.

3. These 2: Es gibt keine genuin extremistischen Rollenbilder

3.1 Islamismus: Frauenbilder und Ideologie

Die Rollenbilder im Islamismus beruhen auf einem essentialistischen Geschlechterverständnis. Das bedeutet, dass Mann und Frau vermeintlich natürliche Eigenschaften nachgesagt werden, die sie angeblich für spezifische Rollen prädestinieren. Der *fitra* (Naturveranlagung) entsprechend sei die Frau emotionaler als der Mann[27] und würde sich durch Eigenschaften wie „Sesshaftigkeit“, „Ruhe“ und „Beständigkeit“ auszeichnen.[28] Von diesen Zuschreibungen wird wiederum ihre Hauptaufgabe als Mutter und Ehefrau abgeleitet.

Charakteristisch ist darüber hinaus die Bindung der Frau an den Mann: Eine Frau wird im Islamismus nie losgelöst von einem Mann gedacht.

[27] Vgl. Textvorlage für sog. „Hausgespräche“: IGMG İslam Toplumu Milli Görüş/Alpes Bölgesi (Hrsg.), 68. Sohbet. İslamda Kadın ve Hakları, in: www.cimgalpes.fr (gelesen am 2. Januar 2023)

[28] Hamideh Mohagheghi (Hrsg.), Frauen für den Dschihad. Das Manifest der IS-Kämpferinnen, Freiburg 2015, S. 62.

Mädchen sind zunächst dem Vater in der Herkunftsfamilie nachgeordnet. Später wechselt die Verantwortlichkeit vom Vater auf den Ehemann. Entsprechend der vermeintlichen Naturveranlagung hat auch der Mann eine bestimmte Rolle in der Familie zu erfüllen: Er soll klassischerweise die Familie versorgen. Schlussendlich resultiert daraus auch eine Gehorsamspflicht der Frau gegenüber dem Ehemann.[29]

Besondere Bedeutung kommt darüber hinaus der Geschlechtersegregation zu. Männer und Frauen, die nicht in einem engen Familien- bzw. Verwandtschaftsverhältnis zueinanderstehen, sollen sich dementsprechend nicht alleine begegnen.[30] Das gilt im Übrigen auch für Verlobte, also Mann und Frau, deren Eheschließung vorgesehen ist. Auch sie sollen die vorgegebenen Grenzen einhalten.[31] Für Frauen sind im Rahmen der Geschlechtersegregation jedoch stärkere Beschränkungen vorgesehen als für den Mann: So sollen sie sich und

[29] Vgl. Ohne Autor, Die Fitrah der Menschheit und die beinahe Auslöschung der westlichen Frau, in: Dabiq Nr.15/2016, S. 20-25, hier: S. 23 (online verfügbar auf: jihadology.net, gelesen am 2. Januar 2023); vgl. Auszug aus einem Lehrgespräch: IGMG İslam Toplumu Milli Görüş/Alpes Bölgesi (Hrsg.), Lehreinheit Nr. 30, in: www.cimgalpes.fr (gelesen am 11. April 2023).

[30] Regularien zu diesem Themenfeld sind in Form von Rechtsgutachten (*fetva)* des religiösen Ratsgremiums *(Din İstişare Kurulu)* der IGMG in einer zweibändigen Publikation dokumentiert; hier: IGMG İslam Toplumu Milli Görüş/İrşad Başkanlığı (Hrsg.), Fetava – IGMG Din İstişare Kurulu Araştırma ve Kararları I., Köln 2015, S. 228-233. Der IS setzte die Geschlechtersegregation im Rahmen seiner totalitären Ideologie sowohl in der öffentlichen als auch privaten Sphäre um, vgl. hierzu: Devorah Margolin/Charlie Winter, The ISIS Files. Women in the Islamic State: Victimization, Support, Collaboration, and Acquiescence, Washington 2021, S. 16.

[31] Vgl. IGMG İslam Toplumu Milli Görüş/İrşad Başkanlığı (Hrsg.), Fetava (Anm. 30), S. 128-136. Der IS führte in seinem Herrschaftsgebiet umfassende geschlechtersegregierte Strukturen ein, vgl. hierzu Hamoon Khelghat-Doost, Women of the Caliphate: the Mechanism for Women's Incorporation into the Islamic State (IS), in: Perspectives on Terrorism, 11. Jahrgang, Nr. 1/2017, S. 17-25, hier: S. 20-23.

ihren Körper in der Öffentlichkeit und vor Personen, die nicht zur Familie gehören, verhüllen.[32]

Innerhalb des islamistischen Spektrums gibt es aber durchaus unterschiedliche Standpunkte zu diesen Fragen. Ganz allgemein kann festgehalten werden, dass der IS ein deutlich rigideres Frauenbild vertritt als die IGMG. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass der IS die Vollverschleierung fordert, das schließt das Tragen des Gesichtsschleiers und Handschuhe ein.[33] Ebenso verhält es sich mit den Bestimmungen zum Verlassen des Hauses und zum Reisen: Der IS beschränkt die Frauen stärker, spricht von Notwendigkeiten als Voraussetzungen, um das Haus zu verlassen und fordert immer einen männlichen Begleiter an der Seite der Frau.[34] Die IGMG ist diesbezüglich flexibler.[35] Das gilt auch für die Frage der Bildung. Während die IGMG den Bildungsaufstieg von Mädchen positiv sieht,

[32] Dies vermittelt zum Beispiel folgender Predigttext: IGMG, Freitagspredigt. Hutba: Islamische Bekleidung und Mode (4. Dezember 2019), in: www.igmg.org (gelesen am 28. Dezember 2021). - Im Herrschaftsgebiet des IS waren Frauen angehalten, sich zu verhüllen, sobald sie das Haus verließen. Die Vorgabe wurde weitgehend von der im Kalifat eingeführten Religionspolizei überprüft. Verstöße gegen die Kleiderordnung wurden geahndet, siehe hierzu: Hamoud Almousa, Under the veil in Raqqa, in: RBSS (Hrsg.), Raqqa is Being Slaughtered Silently (9. Mai 2015), www.raqqa-sl.com (gelesen am 9. Februar 2022). Bei RBSS handelt es sich um einen Zusammenschluss von syrischen Journalisten, die während der IS-Belagerung von Raqqa über die Situation in der Stadt berichteten.

[33] Im sogenannten Kalifat machte der IS mit entsprechenden grafischen Darstellungen Frauen auf die Kleiderordnung aufmerksam.

[34] Vgl. Ohne Autor, Bleibt in euren Häusern, in: Rumiyah, Nr. 3/2016, S. 42f.

[35] Vgl. IGMG İslam Toplumu Milli Görüş/İrşad Başkanlığı, Fetava (Anm. 30), S. 222-227. Das Recht einer Frau, ohne männlichen Begleiter zu reisen *(mahrem),* wird zugestanden, wenn die Reise zusammen mit Geschlechtsgenossinnen und auf einem sicheren Reiseweg durchgeführt wird. Der Aufenthalt einer Frau (ohne *mahrem*) und eines Mannes zusammen an einem Ort ist verboten. Im Fall der Sicherheit vor Aufruhr *(fitne)* bestehen keine Vorbehalte dagegen, dass sich Männer und Frauen in Gruppen, jedoch unter Beachtung der Regeln zur islamischen Verhüllung *(tesettür)* zusammen an einem Ort aufhalten.

fordert der IS ein Curriculum, das der späteren Aufgabenerfüllung als Mutter dient.[36]

Zugleich ist festzuhalten, dass die für den Islamismus charakteristischen Bestimmungen auch im konservativen muslimischen Milieu zu beobachten sind. Das betrifft z. B. die Geschlechtersegregation: „Unbeobachteter" Umgang zwischen einer Frau und einem Mann, die weder verheiratet noch verwandt miteinander sind, wird abgelehnt. Zudem ist auch im konservativen muslimischen Milieu die Rollenaufteilung in der Ehe binär: Der Mann arbeitet und die für Haus und Kinder zuständige Frau soll ihm zu Gehorsam verpflichtet sein. Ebenso ist in diesem Milieu die Verhüllung der Frau, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, Standard.[37]

Nichtsdestotrotz unterscheiden sich die Rollenbilder in islamistischen Strukturen von denen im konservativen Milieu und zwar dahingehend, dass Islamisten die Rollenbilder mit der Ideologie verschränken. So betonen sie immer wieder, dass die Rollenbilder göttlicher Wille und vorherbestimmt seien. Gleichzeitig messen sie diesen Rollenbildern für die angestrebte Gesellschaftsutopie eine zentrale Bedeutung zu: Von der Hausfrau und Mutter oder der „tugendhaften Frau" profitiere die gesamte islamische *umma*. Denn die Frau ist es, die die Kinder gebärt und sie entsprechend der islamistischen Ideologie erzieht.[38] Und als „tugendhafte Frau" symbolisiert sie die Avantgarde mit klarer

[36] Für das Bildungsideal des IS vgl. Mohagheghi (Anm. 28), S. 60. Für die IGMG vgl. das Imagevideo des Frauenverbands: „Topluma Hizmet İçin, Toplumun Tam İçinde!" (29. September 2013), in: www.youtube.com (gesehen am 22. November 2021).

[37] Für einen Überblick über verschiedene Aspekte, die für das konservative muslimische Milieu charakteristisch sind, vgl. Rita Breuer, Familienleben im Islam. Traditionen – Konflikte – Vorurteile, Freiburg 2002; Ahmet Toprak, Muslimisch, männlich, desintegriert. Was bei der Erziehung muslimischer Jungen schiefläuft, Bonn 2020. In der Praxis wird die Geschlechterordnung zuweilen jedoch aufgeweicht. So gehen Frauen aus dem konservativen muslimischen Milieu aufgrund von ökonomischen Zwängen teilweise einer Erwerbsarbeit nach.

[38] Vgl. Ohne Autor (Anm. 29), S. 23; IGMG İslam Toplumu Milli Görüş/Alpes Bölgesi (Anm. 27).

moralischer Orientierung.[39] In diesem Sinne wird ihr große Bedeutung zur Verbreitung des Islams beigemessen.

Charakteristisch für die Verschränkung der Rollenbilder mit der Ideologie ist auch die Darstellung der muslimischen Frau als Opfer. Denn dieses Bild zielt im Islamismus stets auf die Legitimation extremistischer Ziele ab. So ist ein zentrales Agitationsfeld der IGMG die (vermeintlich) strukturelle Diskriminierung der kopftuchtragenden Frau in der deutschen Gesellschaft.[40] Mit diesem Narrativ strebt die Organisation schlussendlich nach einer allumfassenden Legitimation der weiblichen Verhüllung. Der IS wiederum spricht von muslimischen Frauen, die von Kurden und Schiiten entführt, inhaftiert, vergewaltigt und ermordet würden.[41] Hier soll die Opferetikettierung die Gewaltanwendung gegen die Out-Group rechtfertigen.

Darüber hinaus findet im Islamismus eine Umdeutung der konservativen Rollenbilder statt. In Abgrenzung zum „westlichen" Frauenmodell betonen Islamisten zum Beispiel, dass Frau und Mann im Islam gleichwertig seien: „Der Islam vertritt nicht Gleichheit von, sondern Gerechtigkeit für Mann und Frau."[42] Zugleich heroisieren Islamisten die Rolle der Frau als Mutter und Ehefrau. So heißt es beim IS, dass Allah sie mit „schöpferischen und werteorientierten Eigenschaften" ausgestattet habe, um der „schwierigen, mühseligen Aufgabe" der Erziehung gerecht zu werden.[43] Ihre grundsätzliche Unterordnung wird zudem als ihr Recht (nicht als eine Pflicht) und zu ihrem Schutze, stilisiert.[44]

---

[39] Vgl. Imagevideo des IGMG-Frauenverbands (Anm. 36).

[40] So äußert sich die Organisation häufig zu Entscheidungen von Gerichten zu verschiedenen Aspekten des Kopftuchs; vgl. IGMG, Pressemitteilung vom 15. Juli 2021, in: www.igmg.org (gelesen am 22. November 2021); IGMG, Pressemitteilung vom 20. April 2021, in: www.igmg.org (gelesen am 22. November 2021); IGMG, Pressemitteilung vom 26. Februar 2021, in: www.igmg.org (gelesen am 22. November 2021).

[41] Vgl. z. B. das Propagandavideo des IS „Inside the Khilafah 7" aus dem Jahr 2018.

[42] IGMG İslam Toplumu Milli Görüş/Alpes Bölgesi (Anm. 27).

[43] Vgl. Mohagheghi (Anm. 28), S. 61.

[44] Vgl. ebd., S. 70; IGMG İslam Toplumu Milli Görüş/Alpes Bölgesi (Anm. 27).

3.2 Rechtsextremismus: Frauenbilder und Ideologie

Rechtsextremisten vertreten in der Regel ein heteronormatives Geschlechterbild, das heißt sie orientierten sich strikt an dem Prinzip der Zweigeschlechtlichkeit und halten Heterosexualität für die einzig legitime sexuelle Orientierung. Mitunter wird die Existenz anderer Geschlechtsidentitäten oder sexueller Orientierungen aktiv abgestritten oder ins Lächerliche gezogen.

Frauenrollen werden im Rechtsextremismus primär angesichts ihrer Bedeutung für die „Volksgemeinschaft" ausgehandelt. Besonders ausgeprägt kann dieser Umstand bei neo-nationalsozialistischen Gruppierungen wie bei der Partei „Der III. Weg" festgestellt werden, in denen die Förderung von Geburtenreichtum ethnisch Deutscher eine zentrale Maxime darstellt. Die Gründung einer Familie sei demnach die „höchste menschliche Aufgabe"[45], wobei der Frau die Rolle der Gebärenden und der Erzieherin zukommt. Weniger ausgeprägt findet sich diese Argumentation bei der IB. Aber auch hier wird die heterosexuelle Familie regelmäßig zur einzig legitimen Form des Zusammenlebens erklärt. Im Zuge einer Banneraktion in Tübingen im Jahr 2021 behaupteten IB-Aktivisten z. B., der „Christopher Street Day" greife die Familie als Fundament der Zivilisation an und laufe der Zielstellung einer „gesunden Gemeinschaft" zuwider.[46] Bei der IB kommt die Mutterrolle eher in hypothetischen Überlegungen vor, da die meisten der jungen Mitglieder (noch) keine Kinder haben. Mitunter setzen sich die IB-Frauen auch aktiv mit den vorherrschenden Rollenklischees auseinander, die sie selbst verkörpern. Mehrere Aktivistinnen der IB griffen diese Stereotype ironisch auf, um nach eigenem Bekunden Feministinnen zu „triggern", sprich heftige Gegenreaktionen auszulösen.[47]

Beide Gruppierungen eint die Ablehnung zeitgenössischer feministischer Forderungen. Unter „Feminismus" verstehen die

[45] Der III. Weg (Anm. 21).

[46] Telegram-Kanal „@schwabenbande", Beitrag vom 1. November 2021 (gelesen am 6. Dezember 2021).

[47] Vgl. z. B. den Podcast von Laut Gedacht, Genderwahn. Laut Gedacht #025 (8. März 2017), in: www.youtube.com (gesehen am 20. Mai 2020); Radikal feminin, Facebook-Beitrag vom 13. Oktober 2017, in: www.facebook.com (gelesen am 11. April 2023).

untersuchten rechtsextremistischen Gruppen eine verlogene Ideologie, die nicht der Befreiung der Frau dient, sondern andere politische Ziele wie die gesellschaftliche Vereinzelung oder gar den „Volkstod“ verfolgt. De facto erkennen Rechtsextremisten jedoch einen Teil der feministischen Forderungen an, vor allem der ersten und zweiten Welle: Dazu zählen das Recht der Frau auf Wahlbeteiligung, Bildung und Erwerbstätigkeit. Es bestehen auch keine geschlechtsspezifischen Bekleidungs- oder Verhaltensvorschriften für den öffentlichen Raum, anders als im Islamismus.

In der rechtsextremistischen Szene ist die Auffassung stark ausgeprägt, dass Männer und Frauen qua ihres Geschlechts für bestimmte Tätigkeiten prädestiniert sind. Viele der als typisch weiblich angesehenen Beschäftigungen werden in der häuslichen Sphäre verortet, wie beispielsweise die Erziehung. In beiden untersuchten rechtsextremistischen Gruppierungen gibt es aber auch zahlreiche Betätigungsfelder, in denen Frauen ihre Ansichten in die Öffentlichkeit tragen, beispielsweise durch Infostände, Flyerverteilungen oder die Durchführung von Veranstaltungen.

Solche Positionen sind mitnichten ein Alleinstellungsmerkmal der rechtsextremistischen Szene. Ähnliche Auffassungen werden auch in konservativ orientierten Milieus in der Bundesrepublik vertreten. So halten Männer aus einem traditionellen Bevölkerungssegment („Konservative“ und „Traditionelle“) auch heute noch in hohem Maße an der klassischen Rollenverteilung fest – aus moralischen und funktionalen Gründen.[48] Insgesamt haben sich in Deutschland gesellschaftliche Vorstellungen und auch gesetzliche Rahmenbedingungen zu Geschlechterrollen seit den 1950er Jahren allerdings stark verändert. Während in den Nachkriegsjahren das Alleinverdiener-Modell weite Teile der Gesellschaft dominierte, wuchs der Anteil der in Teilzeit berufstätigen Mütter in den Folgejahren an. Im Zeitverlauf zeigt sich, dass die grundsätzliche Zustimmung zum traditionellen

[48] Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Jungen und Männer im Spagat: Zwischen Rollenbildern und Alltagspraxis. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zu Einstellungen und Verhalten, Niestal 2014, S. 24. Die Studie bezieht sich bei der Rede von „Konservativen“ und „Traditionellen“ auf die DELTA-Milieus® des DELTA-Instituts für Sozial- und Ökologieforschung GmbH.

Rollenverständnis in heterosexuellen Partnerschaften – also, dass die Frau primär zu Hause sein und sich um Haushalt und Kinder kümmern sollte – seit 1991 in Deutschland stark abgenommen hat. Die Zustimmung sank laut einer Zusammenstellung im Datenreport 2021[49] von 28 Prozent im Jahr 1991 auf 11 Prozent im Jahr 2018, hier ist also ein deutlicher Wandel festzustellen. Neben der sinkenden Popularität des traditionellen Rollenmodells im Allgemeinen bestehen aber gleichzeitig Einstellungsmuster fort, die ein eben solches zumindest stark begünstigen. Beispielsweise wird die Vollzeitarbeit von Müttern mehrheitlich nicht befürwortet: Eine Mehrheit von 66 Prozent der Befragten des Familienleitbildsurveys aus dem Jahr 2016[50] war der Meinung, dass Mütter nachmittags Zeit haben sollten, um den Kindern beim Lernen zu helfen. Auch ein Verzicht auf Erwerbstätigkeit durch den Mann zugunsten der Kinderbetreuung kommt für einen Teil der Gesellschaft unter Berufung auf essentialistische Geschlechterbilder nicht in Betracht. So stimmten immerhin 22 Prozent der Befragten zu, dass es nicht in der Natur des Mannes liege, Hausmann zu sein. So steht die weitverbreitete Befürwortung egalitärer Rollenbilder in einem Gegensatz zu eng damit zusammenhängenden Einstellungen und auch zu tatsächlich gelebten Geschlechterrollen in deutschen heterosexuellen Partnerschaften. Gerade nach der Geburt eines Kindes ist häufig eine „Retraditionalisierung“ festzustellen.[51] Auch die Abwertung von Homo- und Transsexualität ist kein Spezifikum rechtsextremistischer Kreise. In der von den Sozialwissenschaftlern Andreas Zick und Beate Küpper herausgegebenen „Mitte-Studie“ 2020/21 wird die gesellschaftliche Zustimmung zu abwertenden Aussagen in Bezug auf Homosexuelle auf 7,1 Prozent und in Bezug auf Transsexuelle auf 11,2

[49] Vgl. Sabine Diabaté, Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Frau und Mann, in: Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2021, S. 424-429.

[50] Ebd., S. 427f.

[51] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kinder, Haushalt, Pflege – wer kümmert sich? Ein Dossier zur gesellschaftlichen Dimension einer privaten Frage, Rostock 2021, S. 28

Prozent geschätzt. Sexistischen Positionen stimmten in dieser Studie 7,5 Prozent der Befragten zu.[52]

Deutlich wird angesichts dieser Werte: Die oben beschriebenen Merkmale von Frauenrollen in der rechtsextremistischen Szene treffen keineswegs nur auf dieses Milieu zu. Prägende Elemente der dort verbreiteten Frauenbilder sind auch in weiten Teilen der Gesellschaft, insbesondere in konservativ orientierten Milieus festzustellen. Insofern kann nicht die Rede von spezifisch „rechtsextremistischen Frauenbildern“ sein.

Im Rechtsextremismus spielen diese Rollenbilder aber eine eminent wichtige Rolle: Sie sind für die rechtsextremistische Gesellschaftsutopie sowie für die Propagandaarbeit unerlässlich. Äußerungen über Frauen und ihre Aufgaben werden dabei ständig mit migrationspolitischen Fragen verknüpft. So nimmt die IB den Kinderreichtum deutscher bzw. europäischer Frauen als entscheidende Chance gegen den „Großen Austausch“ wahr. Außerdem ist der Schutz der „eigenen“ Frauen, u.a. vor Übergriffen durch Migranten, ein zentrales Propagandamotiv. Die „Aufgaben“ der Frau beim „III. Weg“ sind ebenso tief in einer rechtsextremistischen Gesamtideologie verankert, deren zentrales Ziel die Erhaltung des ethnisch deutschen Volkes ist. Auch im historischen Nationalsozialismus galt die Frau durchweg als fürsorgende Mutter und Garantin für den Erhalt des deutschen Volkes. Beispielsweise wurde die Vier-Kinder-Familie als Ideal ausgerufen und Frauen in einem gängigen Erziehungsratgeber zur Berücksichtigung rassischer Gesichtspunkte bei der Auswahl des Geschlechtspartners angehalten.[53]

3.3 Zwischenfazit

Sowohl im Islamismus als auch im Rechtsextremismus ist ein heteronormatives Weltbild vorzufinden: Frau und Mann werden als

---

[52] Vgl. Andreas Zick, Herabwürdigung und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte, in: Andreas Zick/Beate Küpper (Hrsg.), Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021, S. 181-212, hier: S. 192.

[53] Vgl. Sigrid Chamberlain, Adolf Hitler, die deutsche Mutter und ihr erstes Kind, Gießen 2020, S. 15f.

zwei voneinander abgeschlossene Entitäten wahrgenommen. Verbunden damit ist die Vorstellung von geschlechtsspezifischen Eigenschaften, von denen die Extremisten eine vermeintliche Prädestination für bestimmte Tätigkeiten ableiten. Summa summarum verorten sie die Frau in der häuslichen Sphäre, sie wird als besonders geeignet für die Fürsorge für Mann, Kinder und Haushalt angesehen. Für den Mann ist in diesem Konstrukt wiederum die Versorgerrolle vorgesehen und die Betätigung in der klassisch politischen Sphäre.

Das sind Vorstellungen, die nicht genuin extremistisch sind, vielmehr finden wir diese auch in konservativen Milieus vor. Sowohl in den untersuchten Fallbeispielen als auch in konservativen Milieus ist das „Doing gender" besonders normiert und ausgeprägt: Die Geschlechtszugehörigkeit wird durchgängig interaktiv hergestellt.[54] Sowohl in den untersuchten Fallbeispielen als auch in konservativen Milieus ist die Wahrung traditioneller Werte – die als dauerhaft bedroht wahrgenommen werden – ein zentrales Anliegen. Damit verbundene Abwehrreaktionen verstetigen wiederum die dichotome Konstruktion von Geschlecht.

Die Überschneidung mit konservativen Milieus ist wiederum ein Vorteil in Hinblick auf die Anschlussfähigkeit der islamistischen und rechtsextremistischen Szenen: Die Rollenbilder, die dort vorherrschen, sind vielen Menschen bekannt, manche haben sie bereits vor der Radikalisierung im familiären Kontext selbst gelebt. Manche Mädchen und Frauen finden in der klaren Bekennung zu diesen konservativen Rollenbildern im Islamismus und Rechtsextremismus Orientierung – vor allem in Zeiten, in denen verschiedene Lebensmodelle stärker diskutiert werden.

Die Rollenbilder in den konservativen Milieus und in den untersuchten Fallbeispielen unterscheiden sich jedoch dahingehend, dass sie im Extremismus mit der Ideologie verschränkt und dadurch funktional aufgeladen werden. Das zeigt sich im Rahmen der Vorstellung zur Familienplanung und Erziehung, aber auch in der Opferetikettierung,

[54] Vgl. Hanna Meissner, Die soziale Konstruktion von Geschlecht – Erkenntnisperspektiven und gesellschaftstheoretische Fragen, in: gender…politik…online, Internet-Portal des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin 2008, S. 8f.

die einzig der Legitimation von Zielen und Strategien der Organisationen dienen. Dabei sind die Rollenbilder ein wichtiger Aspekt der von den Extremisten angestrebten kollektiven Identität, die ihren Bezugspunkt in der *umma* bzw. dem „Volk“ hat. Die vertretenen Rollenbilder sind ein Beispiel für das ausgeprägte In-Group-vs.-Out-Group-Denken der Extremisten, das mit einer Hierarchisierung (z. B.: zum Nachteil der Frauen, die nicht der Norm entsprechen) und dem Verlust von Autonomie (bezogen auf die Frauen im Islamismus stärker ausgeprägt als im Rechtsextremismus) einhergeht. In diesem Sinne können die propagierten Rollenbilder als „Brückennarrativ“[55] verstanden werden: eine bedeutende thematische Brücke zwischen den verschiedenen Extremismen, die aus der Binnenperspektive zentral für die Loyalität nach innen und die Abgrenzungsbestrebungen nach außen ist.

Neben den genannten Gemeinsamkeiten gibt es aber auch Unterschiede und Besonderheiten sowohl zwischen den Phänomenbereichen als auch innerhalb einer extremistischen Ausprägung. Deutlich zeigt sich zum Beispiel eine inhaltliche Bandbreite sowohl im Islamismus als auch im Rechtextremismus, wobei der IS und „Der III. Weg“ rigidere Rollenbilder vertreten als die IGMG und die IB. Ein Unterschied zwischen Islamismus und Rechtsextremismus ist wiederum in der thematischen Fokussierung aufgefallen: So spielen beispielsweise geschlechtergerechte Sprache und Transsexualität im Islamismus im Gegensatz zum Rechtsextremismus keine Rolle. Ein Grund dafür dürfte sein, dass die Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten stärker in den hiesigen Diskurs zu diesen Themen eingebettet sind und sich entsprechend positionieren.

[55] David Meiering et al., Radikalisierung von Gruppen: Brückennarrative als verbindende Erzählstrukturen, in: Christopher Daase et al. (Hrsg.), Gesellschaft Extrem. Was wir über Radikalisierung wissen, Frankfurt/New York 2019, S. 91-130.

4. These 3: Der Anschluss von Frauen an extremistische Organisationen und ihr Verbleib darin oszilliert zwischen Anpassung und Rebellion

4.1 Islamismus: Anschluss und Verbleib

Radikalisierung im salafistischen Kontext ist immer eine Form der Rebellion. Menschen, die sich der Szene anschließen, rebellieren gegen vorherrschende Normen und Werte, die eigene Familie und schlussendlich das gesamte Umfeld. Dabei gibt es durchaus geschlechtsspezifische Unterschiede, zum Beispiel in Hinblick auf Personen, die sich aus dem konservativen muslimischen Milieu heraus radikalisieren. In ihrer Eigenwahrnehmung steht das mit der Radikalisierung einhergehende rigidere Praktizieren der religiösen Normen für Selbstständigkeit und Selbstbestimmung.[56]

Dieser Aspekt trifft grundsätzlich auf beide Geschlechter zu – für Frauen in der Regel jedoch in besonderer Weise. Denn traditionell gelten im konservativ muslimischen Milieu sehr strenge Regeln für Mädchen – Jungs genießen innerhalb der Familien deutlich mehr Freiheiten.[57] Zuweilen dürfen Mädchen nicht an Klassenfahrten teilnehmen, das Sammeln von intimen Erfahrungen im Jugendalter ist verpönt.[58] Vor diesem Hintergrund erscheint die Wahrnehmung der Selbstbestimmung als äußerst relevant für die Radikalisierung. Darüber hinaus ist für Mädchen und Frauen ein breites Rebellionspotential festzustellen: Denn sobald sie den Niqab anlegen, sind sie als Anhängerinnen der salafistischen Szene identifizierbar – und können so allein durch ihre Präsenz im öffentlichen Raum ablehnende Reaktionen aus dem gesellschaftlichen Umfeld provozieren.

Die Frauen der IGMG werden hingegen in das extremistische Gefüge hineingeboren. Das hängt stark mit den etablierten Organisationsstrukturen zusammen. Die IGMG-Vorläufer-organisationen entstanden bereits in den 1970er Jahren in Deutschland. Anfang der 1990er Jahre wurde der zugehörige Frauenverband gegründet. In den Anfangsjahren

---

[56] Vgl. Aladin El-Mafaalani, Wenn Konformität zur Rebellion wird. Der Salafismus als jugendkulturelle Provokation, in: Ufuq.de (1. Februar 2017), in: www.ufuq.de (gelesen am 9. Februar 2022).

[57] Vgl. ebd.

[58] Vgl. hierzu beispielhaft Ziolkowski/Kunze (Anm. 9), S. 24.

tummelten sich in der Organisation unter anderem Frauen, die zwar Verantwortung übernehmen wollten, jedoch zum Teil lediglich über rudimentäre Bildung verfügten – nicht einmal über Lese- und Schreibfähigkeiten in der Muttersprache. Auf Treffen in Privatwohnungen folgte in Eigeninitiative die Gründung von Ortsgruppen und die stetige Erweiterung von Kompetenzen und Angeboten.[59]

Seit den 1970er Jahren werden Kinder, die in der IGMG zugehörigen Familien aufwachsen, dementsprechend erzogen. Der Übergang von der Familie zur Organisation, die sich im Übrigen selbst als große Familie begreift, ist fließend. Die damit verbundenen Prozesse stellen bislang eine Forschungslücke dar, wir wissen also nicht, wie sich der fortwährende Anpassungsprozess gestaltet. Nichtsdestotrotz ist offensichtlich, dass Gender-Aspekte im Rahmen dieses Prozesses von Bedeutung sind. Zum Beispiel baut das große Veranstaltungsangebot, mit dem die IGMG die Menschen an sich bindet, in aller Regel auf Geschlechtersegregation auf, wie in These 1 bereits ausgeführt. Die „Eheschule“ vermittelt Frauen zum Beispiel, worauf sie bei der Auswahl des Ehemannes achten müssen: Schlussendlich begünstigt das die Eheschließung in der eigenen Gruppe (Endogamie), eine wichtige Voraussetzung für das Verbleiben der Frauen in den Organisationsstrukturen.[60]

In dieser Hinsicht unterscheidet sich der Anpassungsprozess an die Leitmotive der IGMG von der Anpassung an die salafistische Szene. Salafistische Frauen müssen weit mehr Eigeninitiative aufbringen als Frauen in der IGMG. Das hängt auch damit zusammen, dass es in salafistisch dominierten Moscheen kaum Angebote für Frauen gibt.[61] Für Frauen, die sich dem IS in den vergangenen Jahren angeschlossen hatten, war der Anpassungsprozess auf der einen Seite noch mühsamer:

---

[59] Vgl. IGMG, Kadınlar Teşkilatı Tarih Filmi (14. November 2016), in: www.youtube.com (gesehen am 31. Januar 2022).

[60] Vgl. IGMG Frauen-/Frauenjugendverband Württemberg, IGMG Freiburg-Donau (Anm. 12).

[61] Insgesamt ist jedoch ein Wandel in der Szene zu beobachten. Frauen beteiligen sich vermehrt – begünstigt durch die Möglichkeiten der Online-Welt, vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Frauen im Salafismus (Anm. 15).

Sie mussten Ländergrenzen überwinden und ihr Leben in Deutschland zurücklassen. Auf der anderen Seite gab es Faktoren, die eine Anpassung an die IS-Ideologie beschleunigten. Denn sobald die Frauen sich im Herrschaftsgebiet des IS aufhielten, waren sie dessen Ideologie als Grundlage der normativen Ordnung unterworfen. Vergehen gegen diese Normen wurden geahndet.[62]

Doch nicht immer erfolgt die Anpassung auf ganzer Linie. So konnte für IS-Frauen in einigen Bereichen Gendertransgression festgestellt werden, das heißt: Propagandistinnen und Selbstmordattentäterinnen gehen mit ihren Aktivitäten über die ursprünglichen Rollenvorstellungen hinaus. Die Ursachen dessen sind sowohl auf Seiten der Organisation (Gendertransgression als Nebenprodukt strategischer Überlegungen) als auch auf Seiten der Frauen (selbstbewusstes Einfordern neuer Rollen) zu finden.[63] Diese Entwicklung setzte den IS in Zugzwang: Die Organisation musste ihre Propaganda und das dort vermittelte Rollenbild mit der tatsächlichen Beteiligung von Frauen synchronisieren.[64]

Bei der IGMG scheint Gendertransgression hingegen keine Rolle zu spielen. In der Regel stimmen Frauenbild und gelebte Rollen überein. Und zumeist verbleiben Frauen in der Organisation. Nur selten werden Fälle von Frauen bekannt, die aus den Strukturen ausgeschieden sind. Ein wesentlicher Grund dürfte darin liegen, dass der Ausstieg in der Regel den schmerzhaften Verlust des gesamten sozialen – und damit auch des familiären – Umfelds nach sich zieht. Eine der bekanntesten Abtrünnigen ist Emel Zeynelabidin, Tochter eines Mitbegründers der IGMG und langjährige Funktionsträgerin in der Berliner Sektion von „Milli Görüş“.[65] Sie begründete ihre Abwendung mit dem in der

---

62 Vgl. Ahmed al-Arabi, Khansa’ ad-Daula al-Islamiya turaqib an-nisa’ mukhtalifat, in: Al Jazeera (2. August 2014), www.aljazeera.net (gelesen am 3. Dezember 2019).

63 Vgl. Britt Ziolkowski, „Wie weit seid ihr doch entfernt von diesem gesegneten Dschihad?“ – Der IS und die Beteiligung von Frauen am bewaffneten Kampf, in: Jannis Jost et al. (Hrsg.), Jahrbuch Terrorismus 2019-2021, Leverkusen 2023, S. 263-288.

64 Vgl. Ziolkowski (Anm. 16).

65 Zu nennen ist zudem der 2021 öffentlich gewordene Fall der niederländischen Autorin Lale Gül, vgl. Tobias Müller, Zwischen allen Fronten. Bedrohte Autorin in den Niederlanden (5. Mai 2021), in: taz.de (gelesen am 3. Januar

Organisation vorherrschenden Zwang zur Gruppenkonformität und der Negierung einer individuellen Deutung über die Religion und damit ebenso über das eigene Leben.[66]

4.2 Rechtsextremismus: Anschluss und Verbleib

Auch im Bereich Rechtsextremismus gibt es nicht den „einen" frauentypischen Anschluss an die Szene, dieser Prozess ist vielschichtig.[67]Auf Grundlage biographisch-narrativer Interviews mit rechtsextremistisch orientierten Mädchen wurde beispielsweise die für die Altersgruppe typische – rebellische – Ablösungsphase vom Elternhaus und die Suche nach sozialen Kontakten beobachtet, die eine „‚neue' Lebensweise repräsentieren".[68] Die rechtsextremistische Szene kann aufgrund der behaupteten Stärke und Gewaltbereitschaft einen besonderen Reiz auf eher traditionell erzogene Mädchen ausüben, da „geschlechtsspezifische Erlaubnis- und Verbotssysteme" diese oftmals von „abenteuer- und erlebnisreichen Lebenswelten" fernhalten.[69] Entsprechende Bedürfnisse dürften sowohl beim „III. Weg" als auch bei der IB erfüllt werden. So können die Aktivistinnen an organisierten Ausflügen ins Ausland teilnehmen oder Kampfsporttechniken erlernen.[70] Im Fall der IB wirken sie immer wieder an konspirativ

2023), sowie derjenige einer anonym gebliebenen Aussteigerin aus Nordrhein-Westfalen, vgl. Annika Ross, Mein langer Weg in die Freiheit, in: EMMA Nr. 4/2021, S. 46-49.

66 Vgl. Interview mit Emel Zeynelabidin: Lea de Gregorio, Der Hausbesuch: Sie stellte ihr Leben auf den Kopf (29. Juli 2017), in: taz.de (gelesen am 3. Januar 2023).

67 Über die in der Bezugsstudie untersuchten Frauen in der IB und in der Partei „Der III. Weg" liegen in dieser Hinsicht aufgrund der vergleichsweisen kleinen Mitgliederzahlen nur bruchstückhafte Erkenntnisse vor. Diese werden im Folgenden mit Erkenntnissen über die rechtsextremistische Szene im Allgemeinen ergänzt.

68 Michaela Köttig, „Mädchen sollen am besten ihre Klappe halten" – Mädchen in rechten Cliquen, in: Renate Bitzan (Hrsg.), Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997, S. 147-156, hier: S. 149.

69 Ebd., S. 150.

70 Z. B. im Rahmen von Selbstverteidigungskursen für Frauen und Kinder der Partei „Der III. Weg" in Plauen oder auf einem Aktivistenwochenende der IB Schwaben im Herbst 2019. Vgl. Der III. Weg, Selbstverteidigung für Kinder

geplanten Banneraktionen mit, bei denen sie zum Beispiel auf Häuserdächer klettern.[71]

Einzelne IB-Aktivistinnen nehmen sich selbst auch als rebellisch wahr. Ihr Widerstand richtet sich vor allem gegen eine als Mainstream wahrgenommene linksliberale Politik. Eine IB-Aktivistin sagte beispielsweise, heutzutage seien klassische Beziehungen (monogam und heterosexuell) „fast ein rebellischer Akt“[72]. Eine ehemals in der IB und nun in der „Jungen Alternative“ aktive Frau stellte in einem Video klar, für sie bedeute „rechts“ zu sein, „nonkonformistisch“ und dem Mainstream „ein Dorn im Auge“ zu sein.[73]

Demgegenüber finden sich auch Beispiele dafür, wie junge Frauen und Mädchen unmittelbar in der rechtsextremistischen Szene aufwachsen und darin verbleiben. Sind die Erziehungsberechtigten überzeugte Rechtsextremisten, fließt diese Ideologie selbstverständlich in die Erziehung mit ein. Mit diesen Überzeugungen treten Weltsichten weiterer Sozialisationsinstanzen, mit denen die Heranwachsenden in Berührung kommen, in Konkurrenz. Besonders anschaulich schildert Heidi Benneckenstein dieses Spannungsfeld in ihrer Biographie. Darin beschreibt sie ihre Kindheit in einem rechtsextremistischen Elternhaus und wie sie durch rechtsextremistische Kinder- und Jugendlager geprägt wurde. In der Schule eckte sie häufig durch ihre Überzeugungen an und erkannte die Autorität der Lehrkräfte nicht an. Von anderen Mädchen, die gegen den Willen ihrer Eltern in der Skinheadszene aktiv waren, grenzte sie sich ab: „Ich fühlte mich nicht entwurzelt, musste nicht rebellieren und nichts verheimlichen, im Gegenteil, ich wurde von meinem Vater dazu ermuntert, ein gesellschaftlicher Störfaktor zu sein.“[74] Zwar spricht Benneckenstein

---

und Frauen beim „III. Weg“- Vogtland, in: der-dritte-weg.info (gelesen am 20. Januar 2022); Identitäre Bewegung Schwaben, Aktivistenwochenende Schwaben - Herbst 2019; in: www.youtube.com (gesehen am 20. Januar 2022).

[71] Z. B. bei einer Banner-Aktion in Stuttgart im Juni 2020, vgl. Identitäre Bewegung Schwaben, DGB hat migeschossen[sic]! - Solidarität mit Andreas Ziegler, in: identitaere-schwaben.de (gelesen am 20. Januar 2022).

[72] Sellner (Anm. 21).

[73] Rein weiblich, Warum bin ich rechts? (30. Juni 2020), in: www.youtube.com (gesehen am 22. Dezember 2021).

[74] Heidi Benneckenstein, Ein Deutsches Mädchen. Mein Leben in einer Neonazi-Familie, Stuttgart 2017, S. 83.

auch von rebellischen Phasen in ihrer Jugend – diese führten sie allerdings nicht aus der rechtsextremistischen Szene hinaus, sondern über lange Zeit hinweg lediglich in andere rechtsextremistische Organisationen hinein.

Über die familiären Hintergründe von IB-Frauen liegen bislang wenige Erkenntnisse vor. Die IB ist erst im Jahr 2014 offiziell in Deutschland gegründet worden, die aktuellen Aktivistinnen sind also nicht direkt in diese Struktur hineingeboren. Ähnlich verhält es sich mit der Partei „Der III. Weg“, die auch erst im Jahr 2013 gegründet wurde. Die beiden Organisationen sind aber zugleich nur Einzelorganisationen einer sehr heterogenen und ausdifferenzierten rechtsextremistischen Szene in der Bundesrepublik Deutschland. Insofern ist anzunehmen, dass einige Frauen und Mädchen, die dort nun aktiv sind, auch bereits durch ihre Familien mit der rechtsextremistischen Szene in Kontakt kamen. Mehrere Beiträge im Blog der Partei „Der III. Weg“ sprechen dafür, dass Aktivistinnen durch ihr soziales Nahfeld mit der Gruppe in Kontakt gekommen sind und dadurch politisiert wurden. Eine Aktivistin schrieb beispielsweise, sie sei von „Kameraden“ an die Partei herangeführt worden, eine andere sei durch ihren Partner[75], wiederum eine andere durch ihren Bruder[76] dazugekommen. Die Aktivistinnen der Partei „Der III. Weg“ sind durchschnittlich etwas älter als die Frauen in der IB, so haben viele bereits eigene Kinder. Regelmäßig betonen sie, dass ihre Weltsicht natürlich in die Erziehung des Nachwuchses einfließe[77], sodass hier in Zukunft auch die Sozialisation von Kindern in den fast sektenhaften Parteistrukturen zu erwarten sind. Eine Frau berichtete beispielsweise unter dem Schlagwort „Prävention möglicher Indoktrinationsversuche“[78] davon, dass sie gezielt Rahmenbedingungen schaffe, um ihre Kinder vor ideologisch abweichenden Einflüssen abzuschirmen. Deswegen sei sie in eine ländliche Umgebung umgezogen und habe auf die ethnische Zusammensetzung der Region geachtet. Da die IB sich als Jugendorganisation versteht,

[75] Vgl. Der III. Weg (Anm. 26).
[76] Vgl. Der III. Weg, (Anm. 20).
[77] Vgl. Ebd.
[78] Der III. Weg, Die Weggefährtin #063: Fragerunde mit den Müttern unserer Partei (Teil 1), in: der-dritte-weg.info (gelesen am 22. Dezember 2021).

fallen Aktivistinnen, die Kinder bekommen, in der sich anschließenden Familienphase eher aus der festen Organisationsstruktur heraus.

Das ambivalente Verhältnis zwischen Anpassung und Rebellion setzt sich fort, wenn die Mädchen und Frauen in der rechtsextremistischen Szene angekommen sind. Im Blog der Partei „Der III. Weg“ üben die Verfasserinnen auch hin und wieder Kritik an innerparteilichen Strukturen und Frauenbildern. Diese Versuche, Frauenbilder neu auszuhandeln, können als Form von Gendertransgression verstanden werden. Weniger deutlich tritt das im Fall der IB zu Tage: Da die Organisation kein schriftlich fixiertes Rollenbild vertritt, leben die IB-Aktivistinnen eine Vielzahl unterschiedlicher weiblicher Lebensentwürfe. Diese reichen – in Klischees gesprochen – von Frauen mit geflochtenen Zöpfen in Dirndln bis hin zu Frauen, die sich in Selbstverteidigung üben und sich als wehrhaft und stark präsentieren.

4.3 Zwischenfazit

Der Anschluss von Frauen an extremistische Strukturen kann in unterschiedlicher Weise erfolgen: Manche Frauen nähern sich der Szene von außen an, andere wachsen hingegen in entsprechenden Familien auf.[79] Beide Prozesse gehen sowohl mit Anpassung als auch mit Rebellion einher – uns ist daran gelegen, dieses ambivalente Verhältnis in den Fokus zu rücken.

So stellen wir für die Radikalisierung von außen in die Szene fest, dass diese nicht nur individuelle Bedürfnisse stillt (siehe hierzu These 1), sondern darüber hinaus weitere Funktionen erfüllt. Denn in der Regel ist die Radikalisierung von außen in die Szene als Rebellion gegen die so genannte Mehrheitsgesellschaft im Allgemeinen und die Herkunftsfamilie im Besonderen zu werten. Zugleich unterliegen Personen, die in eine extremistische Szene gelangen, einem dauerhaften Anpassungsprozess, bei dem die Internalisierung der Ideologie im Zentrum steht. Die jeweilige extremistische Bezugsgruppe fördert diesen Sozialisationsprozess, weil sie die Neuzugänge so an sich binden

[79] Für den Bereich Rechtsextremismus wurde bereits zwischen der Hinwendung zur Szene aus unterschiedlichen Motiven und dem Einstieg durch „hineingeboren sein“ unterschieden (z. B. Bitzan [Anm. 19, S. 333]).

kann.[80] Dieses ambivalente Bild stellten wir bei Frauen fest, es dürfte aber auch auf Männer übertragbar sein. Nichtsdestotrotz haben Gender-Konzepte Einfluss auf die Radikalisierung. Insbesondere im Islamismus erscheint das vordergründige Rebellionspotential von Frauen zum Beispiel höher als für Männer: So sind Frauen, die sich im Islamismus radikalisieren, durch das Tragen des Hijab oder gar Niqab deutlich sichtbarer als vergleichbare Männer. Bei der Anpassung an die Szene wiederum spielen Gender-Konzepte zum Beispiel bei der Ansprache eine wichtige Rolle.

Was die Sozialisation in extremistischen Familien betrifft, ist zunächst eine breite Forschungslücke zu erkennen: Welche Prozesse in entsprechenden Familien stattfinden, ist bislang wenig nachvollziehbar.[81] Es ist aber davon auszugehen, dass sich die Sozialisation in extremistischen Familien von der Radikalisierung ohne familiäre Vorprägung in bestimmten Punkten unterscheidet: So erfolgt eine Anpassung[82] hier als schleichender und fortlaufender Prozess, von klein auf an und im Einklang mit den Werten, die in der Herkunftsfamilie gelebt werden. Dies geht wiederum mit einem anhaltenden Abgrenzungsprozess von der so genannten Mehrheitsgesellschaft einher: Die verschiedenen Wertesysteme konkurrieren dauerhaft. Personen, die in entsprechenden Familien aufwachsen, müssen zudem weniger Eigeninitiative aufwenden, um Teil der Szene zu werden. Das alles hat wiederum Auswirkungen auf die Gender-Konzepte: Wie die Gesamtideologie wirken auch die Geschlechterbilder in diesen Familien mit der Geburt eines Kindes auf dieses ein, sie manifestieren sich also über einen langen Zeitraum

---

[80] Vgl. Julia Ebner, Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Berlin 2019, S. 65.

[81] Zumindest im Rechtsextremismus finden sich vereinzelt Einblicke in dieses Feld, beispielsweise bei Sigl (Anm. 18); Nicole Bögelein/Jana Meier, Radikalisierung in den Rechtsextremismus aus Netzwerksicht. Eine empirisch begründete Typenbildung, in: Kriminologie. Das Online-Journal, Nr. 1/2020, S. 87-100; Andrea Röpke/Andreas Speit, Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, Berlin 2019.

[82] Personen, die in extremistischen Familien aufwachsen, werden nicht automatisch Extremisten bzw. Extremistinnen. Welche unterschiedlichen Mechanismen wirken, wenn sich Kinder oder Jugendliche von der vom Elternhaus gelebten Ideologiedistanzieren, ist eine weiterführende Frage.

hinweg. Gerade für Frauen und Mädchen, die in allen untersuchten Fallbeispielen primär im häuslichen Bereich verortet und denen lediglich vermeintlich geschlechtsspezifische Fähigkeiten zugestanden werden, kann sich so ein sehr einengendes Setting ergeben.

Und schließlich konnten wir feststellen, dass sich das ambivalente Verhältnis zwischen Anpassung und Rebellion fortsetzt, wenn die Frauen in der Szene verankert sind. Ein entsprechender Zustand kann sich zum Beispiel in Form von Kritik äußern, bei der Extremistinnen interne Strukturen und damit verbundene Geschlechterverhältnisse adressieren. Zumindest im Rahmen unserer Fallbeispiele war das vor allem für den Rechtsextremismus zu beobachten. Im Islamismus scheint Kritik an möglichen Beteiligungsformen von Frauen kaum nach außen zu dringen.[83] Noch präsenter ist das ambivalente Verhältnis, wenn es zu Gendertransgression kommt. Besonders deutlich wurde dies beim IS, der mit der Zulassung von weiblichen Selbstmordattentätern nicht nur die gruppeninterne Prioritätensetzung verschob, sondern tradierte Stereotype in der Breite herausforderte.[84]

5. Schlussfolgerungen und Zusammenfassung

Ziel des Aufsatzes war es, einen Beitrag zum phänomenübergreifenden Verständnis von Radikalisierungsprozessen bei Frauen zu leisten. Sowohl für den Bereich Islamismus als auch für den Rechtsextremismus haben wir festgestellt: Gender-Aspekte sind beim Anschluss an extremistische Kreise sowohl hinsichtlich der Nachfrage- als auch der Angebotsseite relevant (These 1). Außerdem haben wir gesehen, dass in beiden Milieus zwar mit weit verbreiteten traditionellen Rollenbildern operiert wird, diese aber mit der

[83] Ausnahmen gibt es aber, so zum Beispiel bei der Hamas, vgl. hierzu: Britt Ziolkowski, Die Aktivistinnen der Hamas. Zur Rolle von Frauen in einer islamistischen Bewegung, Berlin 2016, S. 406f. Im Islamismus scheint der Zugang zum Feld zentral dafür zu sein, ob Kritik wahrgenommenen werden kann oder nicht. Die Frauen scheinen die Kritik vielleicht nicht öffentlich zu äußern, gehen aber auf Nachfrage im Gespräch darauf ein.

[84] Es gehört zu den tradierten Stereotypen, dass Gewalt als männlich wahrgenommen wird; siehe hierzu Christine Künzel, Gewalt/Macht, in: Christina von Braun/Inge Stephan (Hrsg.), Gender@Wissen. Ein Handbuch der Gender-Theorien, Köln 2009, S. 140-160, hier: S. 152f.

vorherrschenden Gesamtideologie verschränkt werden. So bleibt die Familienplanung beispielsweise keine Privatangelegenheit, sondern sie wird zur Pflicht gegenüber dem Kollektiv (*umma* bzw. Volk; (These 2)). Und schließlich zeigten Schlaglichter auf den Anschluss an extremistische Strukturen, dass hier sowohl Prozesse der Rebellion als auch der Anpassung ablaufen, die jeweils geschlechtsspezifische Dimensionen aufweisen. In diesem Spannungsfeld sind auch verschiedene Ausprägungen von Gendertransgression zu verorten (These 3).

Neben den vorgebrachten Ähnlichkeiten traten hinsichtlich der betrachteten Gender-Aspekte auch deutliche Unterschiede zu Tage – sowohl innerhalb eines Phänomenbereichs als auch zwischen den islamistischen und rechtsextremistischen Gruppen. Von den islamistischen Fallbeispielen ist der sogenannte IS deutlich rigider als die IGMG, zuweilen werden Geschlechterbilder hier auch mit Gewalt durchgesetzt. Darüber hinaus spielt allein beim IS Gendertransgression eine Rolle. Mit Blick auf die rechtsextremistischen Fallbeispiele kann die Partei „Der III. Weg“ generell als wesentlich fanatischer als die „Identitäre Bewegung“ angesehen werden, das zeigt sich nicht zuletzt an ideologischen Überschneidungen mit dem historischen Nationalsozialismus. Deutliche Unterschiede bestehen hier auch hinsichtlich der potentiellen Zielgruppe: Während die Partei „Der III. Weg“ verschiedene Altersspektren ansprechen will, versteht sich die IB als Jugendorganisation, weswegen die Themen Familie und Kinder, die klassischerweise mit der Rolle der Frau verbunden werden, im Vergleich einen geringeren Stellenwert einnehmen. Bei der IB spielt auch Gendertransgression keine Rolle, was mit ihren relativ flexiblen Rollenmodellen korreliert: Weil die Organisation kein schriftlich fixiertes Rollenbild hat, füllen sich entsprechende Vorstellungen erst durch das individuelle Verhalten der Aktivistinnen mit Leben.

Daneben zeigten sich mit Blick auf unseren thematischen Fokus auch Unterschiede zwischen den beiden Sphären. Lediglich beispielhaft sei hier verwiesen auf die unterschiedlichen Kontextfaktoren der jeweiligen Entstehungsgeschichten: Die IGMG ist ideologisch in der Türkei beheimatet, der IS in Syrien und Irak. Dahingegen sind beide rechtsextremistischen Gruppen im hiesigen Diskurs verortet und äußern z. B. eine explizite Haltung gegen Transsexualität oder gendergerechte

Sprache, was bei den islamistischen Organisationen nicht in dem Maße der Fall ist. In Hinblick auf den Entstehungskontext gibt es einen weiteren wichtigen Unterschied: Beide betrachteten rechtsextremistischen Organisationen sind noch vergleichsweise jung (ca. zehn Jahre), sodass in den Gruppierungen selbst bislang keine unmittelbare Sozialisation von klein auf nachgezeichnet werden kann – gleichwohl existiert in der Bundesrepublik Deutschland ein heterogenes rechtsextremistisches Spektrum, in dem manche Frauen und Mädchen bereits entsprechend geprägt wurden. Im Islamismus zeigten sich zudem in zweierlei Hinsicht besonders manifeste geschlechtsspezifische Normen in Bezug auf den Anschluss an die Szene, zu denen im Rechtsextremismus keine Entsprechung identifiziert wurde: So erfolgt der Anschluss im Islamismus formell fast ausschließlich über den Mann, außerdem wird die Übernahme der von der Ideologie geprägten Normen durch Frauen wegen der strengen Bekleidungsvorschriften in besonderem Maße sichtbar.

Die in diesem Beitrag zusammengeführten Beobachtungen unterstreichen die anhaltende Relevanz geschlechtersensibler Radikalisierungsforschung. Zum weiteren Verständnis der höchst individuellen Radikalisierungsprozesse können unserer Einschätzung nach vor allem qualitative biographische Studien einen wichtigen Beitrag leisten. Dadurch könnten zum Beispiel individuelle Reaktionen auf Sozialisationserfahrungen in extremistischen Familienstrukturen weiter aufgehellt werden. Und wenn die Frauen über längere Zeit in den Strukturen verbleiben, lohnt sich ein Blick auf Unterschiede zwischen verschiedenen Organisationen hinsichtlich des Ausmaßes an Gendertransgression. So stellt sich die Frage, warum es in manchen Fällen zu Gendertransgression kommt, in anderen hingegen nicht. Darüber hinaus dürfte eine systematische Untersuchung der Effekte von Online-Kommunikation und -Aktivitäten auf Gender-Aspekte im Extremismus und im Rahmen von Radikalisierung ein lohnendes Unterfangen sein. Bei alledem kann eine Erweiterung der Perspektive um weitere Ausprägungen aus den anderen politischen Extremismen helfen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu identifizieren.

Gleichzeitig läuft ein isolierter Blick auf die Rolle von Frauen und Mädchen immer Gefahr, nur *vermeintlich* geschlechtsspezifische Faktoren zu identifizieren. Um solche Erkenntnisse auf den Prüfstand

zu stellen, sind geschlechtersensible Studien wichtig, die sowohl Frauen als auch Männer im Vergleich betrachten. Durch ihren zweidimensionalen Ansatz können solche Vorhaben auch Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern herausarbeiten. Da nach dem Bekunden einiger Rechtsextremistinnen ihr Anschluss an die Szene über ihren Partner oder Bruder erfolgte, stellt sich beispielsweise die Frage, welche Rolle Männer für die Radikalisierung der Frauen spielen (können). Zur Einordnung unserer Beobachtungen wäre zudem eine systematische Untersuchung zu geschlechtsspezifischen Unterschieden beim Anschluss an extremistische Strukturen mit Blick auf das Spannungsfeld zwischen Anpassung und Rebellion hilfreich. Schließlich können entsprechende Studien nicht nur zum besseren Verständnis von Radikalisierung beitragen, sondern auch gendersensible Ansatz- und Interventionspunkte für die Deradikalisierungsarbeit zu Tage fördern.

Themenschwerpunkt „Identitätspolitik“

Eine Gefahr für die konstitutionelle Demokratie?

(Linke) Identitätspolitik zwischen Emanzipation und Extremismus

Tom Mannewitz

1. Einleitung und Fragestellung

Identitätspolitik, zumal linke, ist in aller Munde – beklagen die einen ihre „antiaufklärerische Dimension“[1], Hypersensibilität und ihr spalterisches Potential[2], loben andere ihren Einsatz für „möglichst breite Partizipation“, den Abbau von „Diskriminierung“ und die Herstellung von „Gerechtigkeit und soziale(r) Gleichheit“[3]. Diesen Konflikt nimmt der Beitrag zum Anlass, um nach dem Gefahrenpotential vor allem linker Identitätspolitik für die konstitutionelle Demokratie zu fragen. Im Mittelpunkt steht die Frage, unter welchen Bedingungen identitätspolitische Anliegen demokratietheoretisch problematisch werden. Dass hierbei vorwiegend die linke Spielart erörtert wird, schließt die Möglichkeit der Übertragbarkeit auf rechte Identitätspolitik nicht aus, weil die Bedingungen demokratietheoretischer Herausforderungen den Kern der Analyse bilden.

Ein derartiges Anliegen setzt die Definition und Operationalisierung zweier zentraler Begriffe voraus: „Identitätspolitik“ und „Gefahr“. Die

---

[1] So Armin Pfahl-Traughber, Die antiaufklärerische Dimension linker Identitätspolitik, in: www.hans-albert-institut.de (gelesen am 30. November 2021)

[2] So der Tenor in folgender Auswahl: Caroline Fourest, Generation Beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei, Berlin 2020; Svenja Flaßpöhler, Sensibel. Über moderne Empfindlichkeit und die Grenzen des Zumutbaren, Stuttgart 2021; Wilhelm Hopf (Hrsg.), Die Freiheit der Wissenschaft und ihre „Feinde“. 13 Thesen zur Wissenschaftsfreiheit, Berlin 2019; Johannes Richardt (Hrsg.), Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik, Frankfurt/M. 2018; Hamed Abdel-Samad, Schlacht der Identitäten. 20 Thesen zum Rassismus – und wie wir ihm die Macht nehmen, München 2021; Jan Feddersen/Philipp Gessler, Kampf der Identitäten. Für eine Rückbesinnung auf linke Ideale, Berlin 2021.

[3] Lea Susemichel/Jens Kastner, Identitätspolitiken. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken, Münster 2018, S. 17.

folgenden beiden Kapitel sollen die Begriffe in einer Weise klären, die eine Auseinandersetzung über den gemeinten Gegenstand zulässt (2. und 3.). Die folgenden Abschnitte beleuchten strukturelle Ansätze extremistischer Ideologien in identitätspolitischen Diskursen (4.), Indizien für antidemokratische wie antikonstitutionelle Ideen (5.) und die Gefahr erodierenden gesellschaftlichen Zusammenhalts (6.), bevor schließlich ein Fazit gezogen wird (7.)

2. Was (linke) Identitätspolitik meint

Der Begriff der Identitätspolitik wird – wenig überraschend – unterschiedlich definiert. Nahe kommt dem Phänomen wohl eher nicht, wer es polemisch als Interessenpolitik unterprivilegierter Gruppen charakterisiert – im Unterschied zur Interessenpolitik privilegierter Gruppen, die schlicht als „Politik“ firmiere.[4]

Ich plädiere für ein enges Begriffsverständnis in Anlehnung an Jonathan Rauch, Wissenschaftler der Brookings Institution: „‚Identitätspolitik‘ ist schwer zu definieren, eine vertretbare Definition könnte aber lauten: politische Mobilisierung auf Basis von Gruppenmerkmalen wie ‚Rasse‘, Geschlecht und Sexualität – im Gegensatz zu Partei, Ideologie oder materiellen Interessen.”[5] Ein solcher Begriff hebt die Bedeutung sozialer Merkmale hervor, während er Materielles und Weltanschauliches hintanstellt. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Identitätspolitik keineswegs ein Phänomen des 21. Jahrhunderts ist: Politik definiert sich darüber, dass Gruppenwünsche gebündelt, Koalitionen geschmiedet und Kompromisse geschlossen werden, um so Interessen durchzusetzen. Einerseits ergibt sich so häufig erst eine geteilte Identität; andererseits kehrt eine soziale Identität gemeinsame Interessen bisweilen auch erst hervor.

Wenn die Journalistin Lea Susemichel und der Soziologe Jens Kastner darum meinen, „dass Identitätspolitiken sowohl in der Theorie als auch in der politischen Praxis keineswegs einer Klassenpolitik

[4] Vgl. Katja Berlin, Torten der Wahrheit, in: Die Zeit vom 25. März 2021, S. 8.

[5] Jonathan Rauch, Speaking as a… Review of The Once and Future Liberal: After Identity Politics**,** by Mark Lilla (9. November 2017), in: www.jonathanrauch.com (gelesen am 30. November 2021).

entgegengesetzt waren“[6], spiegelt das die historischen Tatsachen wider. Sie sprechen von einem „identifikatorische(n) Dreischritt“[7], ohne den etwa der Acht-Stunden-Tag bis heute ein Wunschtraum geblieben wäre. Zuerst kam die Identifizierung mit der und über die Arbeit (nicht über andere Interessen, Freizeitaktivitäten o. ä.), sodann die Identifizierung mit anderen Arbeiterinnen und Arbeitern im Sinne eines gemeinsamen Klassenbewusstseins zur Bildung einer eigenständigen Klasse (dem Proletariat), schließlich die Identifizierung mit der politischen Vertretung (etwa den Arbeiterparteien und Gewerkschaften). In Karl Marx‘ Worten: „Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf … findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst.“[8] In diesem Sinne muss man kein Marxist sein, um zu begreifen, dass eine gemeinsame Identität die Konstitution einer politischen Macht etwa in Form von Streiks, Demonstrationen und den Einfluss über eine Interessenorganisation langfristig sicherzustellen in der Lage ist.

Gleichwohl geht es im aktuellen Diskurs weniger um solche Formen von Identitätspolitik – sondern es geht um das, was der Jurist Greg Lukianoff und der Sozialpsychologe Jonathan Haidt als „common enemy identity politics“[9] bezeichnen. Indem diese verschiedene soziale Gruppen im Hass gegen einen gemeinsamen Feind mobilisiere, kultiviere sie archaische tribalistische Impulse in der Gesellschaft. Das unterscheide sie von einer zweiten Form der Identitätspolitik: „common humanity identity politics“. Diese gehe vom übergreifenden Wert der Menschlichkeit aus und weise darauf hin, dass Einzelnen in der Gesellschaft ihre Würde und weitere, grundlegende Menschenrechte

[6] Susemichel/Kastner (Anm. 3), S. 25.
[7] Ebd., S. 41.
[8] Karl Marx, Das Elend der Philosophie, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 4, Berlin (DDR) 1972, S. 63-182, hier S. 181.
[9] Greg Lukianoff/Jonathan Haidt, The Coddling of the American Mind. How Good Intentions and Bad Ideas are Setting Up a Generation for Failure, New York 2018, S. 62-67.

versagt würden, weil sie zu einer bestimmten sozialen Gruppe gehörten.[10] Den Ansatz Martin Luther Kings, der an die gemeinsamen Moralvorstellungen und die Identität aller Amerikanerinnen und Amerikaner appellierte und dabei mit religiösem und patriotischem Pathos nicht sparte, sich an alle „Brüder und Schwestern" richtete, von Liebe und Vergebung sprach, zählen Haidt und Lukianoff hierunter. Könnte über dieser Form der Identitätspolitik das Motto „Wir sitzen alle im selben Boot" stehen, kennzeichnet die andere ein „Wir gegen die".

Was macht „common enemy identity politics" (nachfolgend nur noch „Identitätspolitik") aus? Erstens, sie adressiert vornehmlich soziale Gruppen, nicht Individuen. Als Identitätsmarker können sexuelle Identität und Orientierung, Hautfarbe, Religion, Migrationsstatus, sozialer Status etc. fungieren. Folglich geht es nicht vorrangig um Individual-, sondern um Kollektivrechte. Zweitens, ihre zentrale Deutungskategorie ist Macht. In deren Licht wird jede soziale Beziehung, jede Interaktion gedeutet. Männer versuchen Macht über Frauen auszuüben, Erwachsene über Kinder, Weiße über Schwarze, Cis- über Trans-Menschen usw. Identitätspolitik ist demzufolge nicht offen für verschiedene Interpretationen zur Motivation menschlichen Handelns. Daraus ergibt sich, drittens, die zentrale Währung: Identitätspolitik geht es um die Verteilung bzw. Konzentration von Macht in einer Gesellschaft: Wer ist privilegiert, wer lebt prekär? Wer unterdrückt, wer wird unterdrückt? Schließlich, viertens, lädt Identitätspolitik die Machtverteilungsfrage moralisch auf. Verdächtig macht sich, wer Privilegien genießt, Macht ausübt und (willentlich oder nicht) andere unterdrückt; wer auf der „anderen Seite" steht, verdient Zuspruch, Solidarität, Sympathie.

Identitätspolitik soll nachfolgend als links gelten, wenn sie vornehmlich Gruppen anspricht, deren Mitglieder mehrheitlich objektiv marginalisiert sind. Sie soll als rechts gelten, wenn sie sich an objektiv eher privilegierte, dominante Gruppen wendet. Donald Trumps Versuch, sich als Stimme der weißen, ländlichen, abgehängten Bevölkerung zu inszenieren, die gegen das linksliberale Establishment in Washington wettert, ist rechte Identitätspolitik. Durch den US-Präsidenten ist das Thema zu einem der weißen, heterosexuellen,

[10] Vgl. ebd., S. 60-62.

protestantischen Männer geworden, die damit ihren verloren geglaubten Platz im gesellschaftlichen Zentrum wieder zu festigen suchten.

Die Beispiele linker Identitätspolitik, zumal in publizistischer Gestalt, sind umfangreicher. Es mag keine feste Gruppierung mit einschlägiger Programmatik geben, wohl aber Autorinnen und Autoren, die identitätspolitisch argumentieren – etwa Mohamed Amjahid[11], Fatma Aydemir und Hengameh Yaghoobifarah[12], Sara Maria Behbehani[13], Max Czolleck[14], Robin DiAngelo[15], Kübra Gümüşay[16], Alice Hasters[17], Natasha Kelly[18], Sophie Paßmann[19], Noah Sow[20] oder Margarete Stokowski[21] – um nur einige zu nennen. Die identitätspolitische „Bücherflut" dürfte ein Zeichen gewachsener gesellschaftlicher Sensibilität für subtile Unterdrückungsmechanismen sein, die sich nicht (immer) finanziell beziffern lasen. Linke Identitätspolitik weist auf Marginalisierung, Diskriminierung und mangelnde gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Gruppen hin – und auf die Privilegien, die zumal weiße Cis-Männer in der westlichen Gesellschaft haben; sie kann Empathie schaffen und an unhinterfragten Selbstverständlichkeiten rütteln. Dem Soziologen Aladin El-Mafaalani zufolge sind die damit

[11] Vgl. Mohamed Amjahid, Unter Weißen. Was es heißt, privilegiert zu sein, München 2017; ders., Der weiße Fleck. Eine Anleitung zu antirassistischem Denken, München 2021.

[12] Vgl. Fatma Aydemir/Hengameh Yaghoobifarah (Hrsg.), Eure Heimat ist unser Albtraum, München 2019.

[13] Vgl. Sara Maria Behbehani, Was es heißt, ehrlich über Rassismus zu sprechen, München 2021.

[14] Vgl. Max Czollek, Desintegriert Euch, München 2020.

[15] Vgl. Robin DiAngelo, Wir müssen über Rassismus sprechen. Was es bedeutet, in unserer Gesellschaft weiß zu sein, Hamburg 2020.

[16] Vgl. Kübra Gümüşay, Sprache und Sein, München 2020.

[17] Vgl. Alice Hasters, Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten, München 2019.

[18] Vgl. Natasha A. Kelly, Rassismus. Strukturelle Probleme brauchen strukturelle Lösungen, Zürich 2021.

[19] Vgl. Sophie Paßmann, Alte weiße Männer. Ein Schlichtungsversuch, Köln 2019.

[20] Vgl. Noah Sow, Deutschland Schwarz Weiß, Norderstedt 2018.

[21] Vgl. Margarete Stokowski, Untenrum frei, Reinbek 2016; dies., Die letzten Tage des Patriarchats, Reinbek 2018.

verbundenen Konflikte Ausdruck gelingender gesellschaftlicher Integration, weil sie signalisieren, dass Minderheiten (er spricht konkret von Migrantinnen und Migranten) mittlerweile selbstbewusst ihre Anliegen vertreten.[22]

Vereint eine Person verschiedene soziale Zugehörigkeiten, können sich Unterdrückungsmechanismen überlappen und verstärken. Sie können in Kombination miteinander aber auch neue Formen der Diskriminierung erkennbar werden lassen – wenn sich etwa eine arbeitslose Analphabetin mit einer Flut behördlicher Formulare zur Beantragung sozialer Unterstützung konfrontiert sieht. Wäre sie lediglich erwerbslos *oder* Analphabetin, sähe sie sich dieser spezifischen Form der Diskriminierung nicht ausgesetzt. Erst die Kombination aus beidem schafft etwas, das die Sozialwissenschaften als Intersektionalität bezeichnen. Wo wiederum verschiedene Aspekte gesellschaftlicher Dominanz aufeinandertreffen, nehmen auch die erlebten Privilegien zu. Nahezu diskriminierungsfrei sollte es sich folglich als weißer, junger, attraktiver, protestantischer, gebildeter, heterosexueller Cis-Mann der Oberschicht leben lassen. Der metaphorische „weiße alte Mann“ vereinigt zwar nicht alle diese Merkmale, steht aber im Diskurs sinnbildlich für den privilegierten, d.h. nicht diskriminierten, sondern dominanten Teil der Gesellschaft.

[22] Vgl. Aladin El-Mafaalani, Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt, Köln 2018.

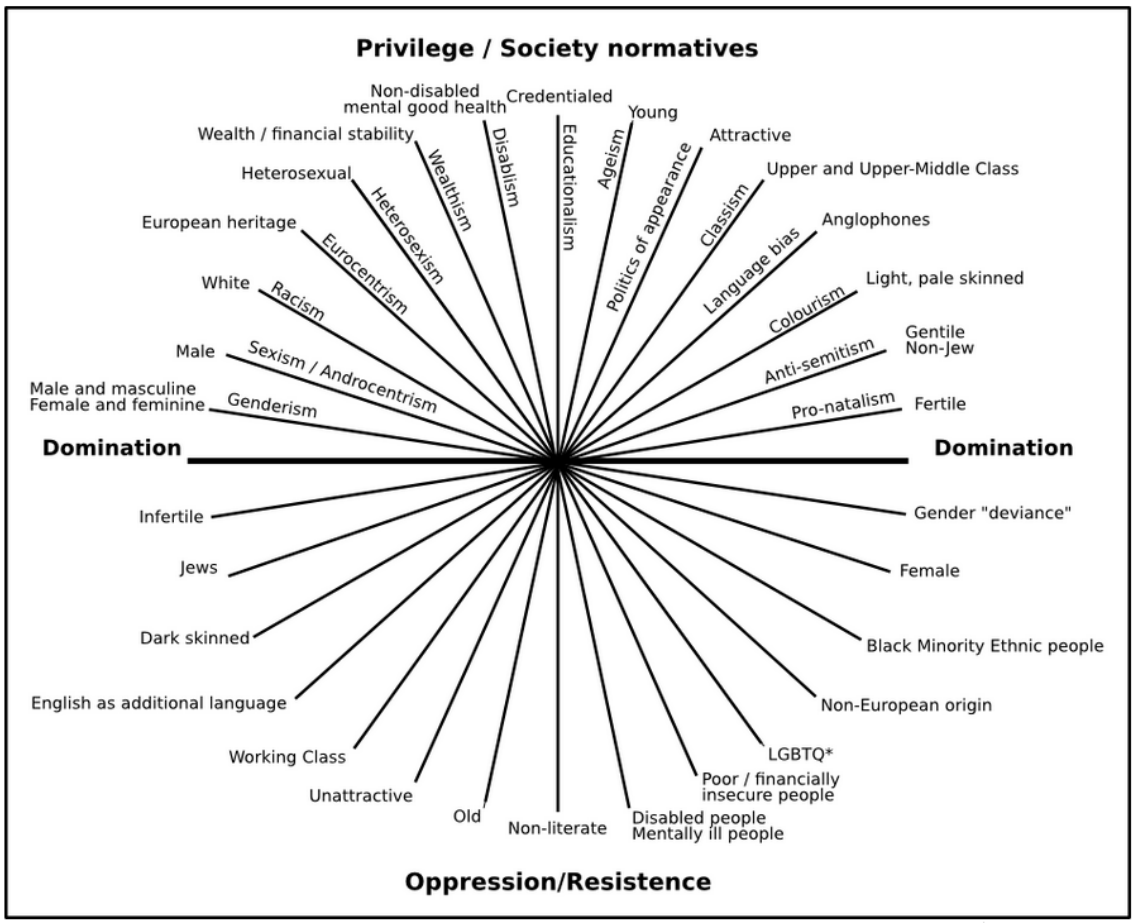

Abb. 1: Eine Darstellung der „Intersektionalität von Unterdrückungsmechanismen“ aus Perspektive der Identitätslinken [23]

3. Der Begriff der „Gefahr“

Der Begriff der „Gefahr“ verdient, zumal im Kontext der Demokratie, eine Erläuterung, weil er als dispositionelle Eigenschaft verschiedene Assoziationen weckt. Drei Aspekte sollen Berücksichtigung finden, wenn von einer möglichen „Gefahr für die Demokratie“ die Rede ist: 1) Gefahr im Sinne extremistischer Strukturmerkmale (Gibt es Hinweise im identitätspolitischen Diskurs auf strukturelle – nicht: inhaltliche – Ähnlichkeiten mit extremistischen Ideologien; argumentieren die einschlägigen Akteure also in ähnlicher Weise wie Extremisten?); 2) Gefahr im Sinne antidemokratischer Facetten

[23] Kathryn Pauly Morgan, Describing the Emperor's New Clothes: Three Myths of Educational (In-)Equity, in: Ann Diller et al. (Hrsg.), The Gender Question in Education. Theory, Pedagogy, and Politics, New York/London 1996, S. 105-122, hier S. 107.

(Kollidieren bestimmte identitätspolitische Forderungen mit den Werten und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates – im Kern also: Gibt es Anhaltspunkte für politischen Extremismus?); 3) Gefahr im Sinne einer Erosion der Gesellschaft (Unterlaufen inhärente identitätspolitische Strukturen mithin die sozialen Voraussetzungen der Demokratie?).

4. Strukturen identitätspolitischer Diskurse

Identitätspolitische Argumentationen nehmen nicht zwangsläufig Strukturmerkmale extremistischer Ideologien an, schon gar nicht alle mit einem Mal.[24] Allerdings gibt es Anzeichen für exklusive Erkenntnisansprüche, Dogmatismus, Essentialismus und Manichäismus.

4.1 Anzeichen für exklusive Erkenntnisansprüche

Exklusive Erkenntnisansprüche umfassen die Vorstellung, dass Wissen und Einsicht nur bestimmten Menschen vorbehalten ist, anderen aber verschlossen bleibt. Das ist im identitätspolitischen Diskurs dann der Fall, wenn Opfer von Unterdrückung (z.B. Frauen, Migranten, Trans-Menschen usw.) ein Monopol auf die Interpretation von gesellschaftlichen Zusammenhängen bis hin zu ganz konkreten Situationen erhalten; der „Täter"/die „Täterin" bzw. allgemein „die Mehrheit" habe kein Recht dazu. Das ist etwa dann der Fall, wenn Alice Hasters in einem fiktiven Brief an ihren (ebenfalls fiktiven) weißen Partner meint: „Egal, ob du melancholisch, optimistisch, nachdenklich oder spontan bist, als *weißer* Mensch hast du eine gewisse Leichtigkeit."[25] Oder wenn Noah Sow weißen Personen das Recht auf Kritik abspricht: „Sie beschäftigen sich gelegentlich hobbymäßig mit dem Thema (Rassismus, der Autor), ich seit dreißig Jahren. Sie haben eine Binnensicht. Die rassistischen Erfahrungen, die Schwarze

[24] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: ders. (Hrsg.) Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-23.

[25] Hasters (Anm. 17), S. 155.

Menschen machen, sind für Sie … nicht einmal theoretisch möglich.“[26] Mit Blick auf den Feminismus meint Maja Beckers, „dass bestimmte Erfahrungen eben nur von Frauen wirklich gemacht werden und diese damit über ein Wissen verfügen, das nicht ‚objektiv‘ zentral verarbeitet werden kann.“[27]

Ein Einfallstor für die Kultivierung exklusiver Erkenntnisansprüche bietet der Umgang mit „Mikroaggressionen“. Der Begriff geht zurück auf Derald Wing Sue aus dem Jahr 2007. Damals saß Sue, Psychologieprofessor an der New Yorker Columbia University, in einem kleinen Flugzeug, auf dessen einer Seite sich alle Passagiere zusammendrängten. Die Flugbegleiterin bat Sue und dessen Mitreisenden, aus Sicherheitsgründen die Plätze zu wechseln. Für Sue überschritt sie damit eine Grenze, weil sie damit die einzigen Nichtweißen an Bord umsetzen wollte. Das Verhalten der Flugbegleiterin nannte Sue später „Mikroaggression“. Als entscheidend bei der Beurteilung wird einzig die Wahrnehmung des subjektiv Geschädigten wahrgenommen; die Absicht des Diskriminierenden gilt vielen in der Identitätspolitik explizit als irrelevant.

Auch die in der Critical Race Theory etablierte Methode des „Story Telling“, der zufolge Opfer die Situation definieren, das Handeln der Beteiligten interpretieren und die Agenda setzen, unterläuft die Bedeutung objektiver Wahrheit (unabhängig von perspektivischen Perzeptionen) sowie die Relevanz intersubjektiv nachprüfbarer Belege.[28] Entscheidend ist in Teilen des identitätspolitischen Diskurs nicht, was jemand sagt (und ob es wahr ist), sondern die Identität desjenigen, der ein Argument vorbringt.

Die Antirassismus-Trainerin Robin DiAngelo bekennt ganz offen: „Ich frage nicht: ‚Ist diese Behauptung wahr oder falsch?‘ … Stattdessen frage ich: ‚Welche Funktion erfüllt diese Behauptung im Gespräch?‘“[29]

---

[26] Sow (Anm. 20), S. 72.

[27] Maja Beckers, Radikale Marktforschung, in: Die Zeit 49/2021 vom 1. Dezember 2021, S. 62.

[28] Vgl. für diese und weitere Kritik Richard Delgado/Jean Stefancic, Critical Race Theory: An Introduction, 3. Aufl., New York 2017, S. 102-112.

[29] DiAngelo (Anm. 15), S. 121.

Anders formuliert: Als wahr gilt, was Opfer von Diskriminierung und Unterdrückung dazu erklären – mithin ihre Erzählung.

Die Gefahr exklusiver Erkenntnisansprüche im Sinne einer Verabsolutierung der Opferperspektive resultiert aus dem standpunkttheoretischen Charakter der Identitätspolitik, die den objektiven Erkenntnisgewinn abhängig macht vom gesellschaftlichen Status, den jemand innehat, genauer gesagt: von seiner Situation in den Herrschaftsverhältnissen. Bestritten wird damit die Fähigkeit des Individuums, unabhängig von seinen materiellen Voraussetzungen und kraft seines Verstandes die Wirklichkeit nachzuvollziehen. Die stärkere Berücksichtigung der Perspektive von Diskriminierungsopfern ist zweifellos richtig und wichtig. Zugleich darf diese Perspektivenerweiterung nicht zur Leugnung der Notwendigkeit nachvollziehbarer Maßstäbe führen, weil sonst der Instrumentalisierung und Willkür Tür und Tor geöffnet ist. Nicht umsonst gelten Opfer im Strafrecht als problematische Zeugen. Der Literaturwissenschaftler Daniele Giglioli bringt es auf den Punkt: „Wunden, tatsächliche genauso wie symbolische, sind der Nachweis für Glaubwürdigkeit.“[30]

4.2 Anzeichen für Dogmatismus

Nicht jede Form von Identitätspolitik behauptet, ihre Auffassungen „seien absolut wahr, allgemein gültig und nicht bezweifelbar“[31]. Aber Ansätze zu Dogmatismus werden deutlich, wenn die subjektive Wahrnehmung von Opfern absolut gesetzt wird, weil damit eine Entwertung aller Beiträge von Nicht-Opfern einhergeht (ob diese nun ablehnender oder solidarischer Natur sind). Werden Personen vom Diskurs ausgeschlossen, nur weil sie aus Sicht der Unterdrückten zu den Unterdrückern gehören, weist dies auf eine gewisse Kritikimmunisierung hin – so bei Protesten im November 2015 an der Brown University, als Studierende das Büro der Rektorin stürmten, in dem sich neben ihr der Kanzler befand. Anlass der Aktion war ein zuvor vorgestellter Plan der Universitätsleitung zur Sicherstellung von

[30] Daniele Giglioli, Wenn die Opferfalle zuschnappt (2. Februar 2018), in: www.tt.com (gelesen am 16. Dezember 2021).

[31] Pfahl-Traughber (Anm. 23), S. 15.

Vielfalt auf dem Campus. Rektorin und Kanzler suchten in einem auf Youtube einsehbaren Video das Gespräch[32], wurden aber regelmäßig von den Protestierenden unterbrochen. Sichtlich genervt, warf der Kanzler ein: „Könnten wir einfach eine Konversation führen über …?“ Er wurde jäh unterbrochen durch laute „Nein“-Rufe und Fingerschnippen. Einer rief: „Das Problem, das sie haben, ist, dass heterosexuelle weiße Männer diesen Raum immer schon dominiert haben“. Der Kanzler, der im Übrigen daraufhin angab, selbst homosexuell zu sein, wurde nicht wegen seiner Argumente abgelehnt, sondern wegen seiner – vermeintlichen – Identität.

Ein anderes Beispiel: „Der demokratische Bewerber um die US-Präsidentschaft (2020), Pete Buttigieg, wurde im (Dezember 2019) in einer TV-Runde gefragt, was er für African Americans zu tun gedenke. Buttigieg, weiß und schwul, antwortete: ‚Auch wenn ich nicht die Erfahrung gemacht habe, je wegen meiner Hautfarbe diskriminiert worden zu sein, habe ich doch die Erfahrung gemacht, mich manchmal wie ein Fremder in meinem eigenen Land zu fühlen.‘ Daher fühle er die ‚Verpflichtung, jenen zu helfen, deren Rechte jeden Tag auf dem Spiel stehen, selbst wenn ihre Erfahrungen ganz andere sind als meine.‘ Daraus machte seine schwarze demokratische Konkurrentin Kamala Harris einen Skandal: Ein weißer Schwuler maßt sich an, mit uns Schwarzen Mitgefühl zu haben! Er benutzt unser Leid für seine Zwecke!“[33] Sie nannte seine Äußerungen naiv, unangebracht und wenig produktiv.

Ein weiteres Beispiel liefert das Konzept der „weißen Zerbrechlichkeit“ („white fragility“), das auf der Allgegenwart der Macht-Kategorie beruht. Der Begriff stammt von Robin DiAngelo, die damit Zweifel und Einwände (etwa an bestimmten Definitionen, Methoden und Konzepten, an der Gültigkeit einer Erzählung oder auch daran, dass eine Viktimisierungserfahrung einen noch nicht zum Experten etwa in Rassismusforschung macht) als Versuche wertet, die eigenen Privilegien zu verteidigen und Schuld abzuwehren. Äußern Angehörige

[32] Protestors at Brown Terrorize President Even *After* $100 Million Dollar Pledge for Diversity (6. Dezember 2015), in: https://www.youtube.com (gesehen am 16. Dezember 2021).

[33] Matthias Lore, Die neue Lust am Leiden, in: taz am Wochenende vom 18. Januar 2020, S. 11.

einer unterdrückten Gruppe Kritik, gilt dies als Beleg z.B. für internalisierten Rassismus – d.h. sie haben sich in ihrem Selbstbild der gesellschaftlichen Norm angepasst. Birgit Rommelspacher hat hierfür den Begriff der Dominanzkultur geprägt.[34] Die Gegenprobe verdeutlicht die Kritikimmunisierung: Welche Kritik würde DiAngelo nicht als „white fragility" oder internalisierten Rassismus werten?

4.3 Anzeichen für Essentialismus

Bei Essentialismus handelt es sich im Kontext von Extremismus um die Auffassung, dass es so etwas wie eine „Welt hinter der Welt" gibt, dass man die Wirklichkeit nicht empirisch erfahren, sondern nur intellektuell durchdringen kann – weil der wahre Kern der Dinge sich nicht über unsere Sinne zeigt. Problematisch daran ist nur: Wenn sich die Gesellschaft von der Relevanz einer erfahrbaren Wirklichkeit aus partikularistischen Erwägungen heraus verabschiedet, erodiert ihr gemeinsamer Handlungsgrund und Verständigung wird praktisch unmöglich. Zumal bei linker Identitätspolitik zeigt sich dies in der Allgegenwart der Kategorie „Macht" und in der Deutung sozialer Gruppen. Wie der Materialismus beim Marxismus und der Rassegedanke im Nationalsozialismus für deren Essentialismus sprechen, so verweisen „Macht" und „Identität" auf Selbiges bei der Identitätspolitik. Macht bzw. Unterdrückung gilt hier als zentrale Triebfeder des Verhaltens, die den Fortgang der Menschheit erklärt. Wenn das aber keine empirisch zu überprüfende Hypothese, sondern die Prämisse von Identitätspolitik ist, folgt daraus in Verbindung mit Dogmatismus eine Immunisierung gegen Kritik, wie das Konzept der „white fragility" zeigt. An den damit angesprochenen Abwehrreflexen ist sicher etwas dran – niemand gibt gern zu, privilegiert zu sein. Nur hat die (fehlende) sachliche Berechtigung von Kritik nichts mit ihrer Motivation zu tun.

Essentialismus tritt auch bisweilen in der Darstellung sozialer Gruppen im identitätspolitischen Diskurs zutage, die angeblich jeweils ein ihnen eigenes Wesen haben (nicht selten ist es eine ganz konkrete Opfer- bzw. eine postulierte Tätererfahrung). Diese Essentialisierung wird am

[34] Vgl. Birgit Rommelspacher, Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht, Berlin 1995.

deutlichsten bei der Darstellung der mit Machtattributen versehenen „Mehrheitsgesellschaft“. Dabei gerät in Vergessenheit, dass die weitaus meisten Menschen sowohl Opfer als auch Profiteure der gesellschaftlichen Umstände sind – abhängig von der konkreten gesellschaftlichen Situation.

4.4 Anzeichen für Manichäismus

Manichäismus, also das Denken in Polarisierungskategorien wie Gut-Böse, Richtig-Falsch, Wir-Die etc. zeigt sich bei Identitätspolitik in der Unterteilung der Gesellschaft in Unterdrücker und Unterdrückte, Gute und Böse. Die Intersektionalitätstheorie führt zwar nicht automatisch zu solchem Denken, aber es erleichtert es, weil es Menschen kognitive Schemata zur Kartographierung der Wirklichkeit bietet, wie das Autorenduo Lukianoff/Haidt bemerkte.[35] Das erleichtere ein Weltbild, demzufolge das Leben ein steter Kampf zwischen guten und bösen Menschen sei. Dass derartiges Denken in identitätspolitischen Kreisen verbreitet ist, unterstreicht Kübra Gümüşay: „De facto streiten wir gerade darum, durch wessen Brille wir auf die Gesellschaft schauen. Wen wir als uns nah empfinden, als Freund; und wen als fremd, als Feind.“[36]

Und auch der Aufsehen erregende Artikel der „Autor:in“ Hengameh Yaghoobifarah in der taz ist ein gutes Beispiel für Feindbilder: „Wenn die Polizei abgeschafft wird, der Kapitalismus jedoch nicht, in welche Branchen kann man Ex-Cops dann überhaupt noch reinlassen? Schließlich ist der Anteil an autoritären Persönlichkeiten und solchen mit Fascho-Mindset in dieser Berufsgruppe überdurchschnittlich hoch. … Wohin also mit den über 250.000 Menschen, die dann keine Jobs mehr haben? Einfach in neue Berufe stecken? Weil das nach 1945 so gut funktioniert hat? Fehlanzeige. Aber welche Bereiche der Arbeitswelt wären sicher? … Ob Behörden, Lehrer_innen, Justiz, Politik, Ärzt_innen oder Sicherheitskräfte: Machtpositionen gegenüber anderen Menschen kommen nicht infrage. Streng genommen möchte man sie nicht einmal in die Nähe von Tieren lassen. Bitte nicht noch mehr Chicos erziehen! … Post ausliefern lassen? Niemals. Zwischen

[35] Vgl. Lukianoff/Haidt (Anm. 9), S. 53-77.
[36] Gümüşay (Anm. 16), S. 131.

Büchersendung und Schuhbestellung passt immer eine Briefbombe. Alles, was an menschlichen Körpern stattfindet – etwa Tattoos oder Frisuren –, ist ebenfalls zu riskant. Ich würde mir nicht mal eine Pediküre von ihnen geben lassen. Eine Nagelfeile ist eine Waffe. Keine Baumärkte, Tankstellen oder Kfz-Werkstätten. Eigentlich nichts, woraus man Bomben oder Brandsätze bauen kann. … Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten."[37]

5. Extremistische Ansätze

Die konstitutionelle Demokratie beruht u.a. auf den Werten des menschenrechtlichen Universalismus und des Individualismus. Der Individualismus besagt, Menschen müssten als Individuen wahrgenommen werden, als Individuen einen Selbstwert haben und als Individuen verantwortlich für ihr Handeln sein. Das Ideal spiegelt sich u. a. in unserem Rechtssystem, das hauptsächlich auf dem Individualrecht basiert. Der menschenrechtliche Universalismus wiederum besagt, dass allen Menschen, ungeachtet ihrer sozialen und individuellen Merkmale, grundlegende Menschenrechte zukommen. Wo Identitätspolitik beide Werte attackiert, kollidiert sie mit der konstitutionellen Demokratie. Das gilt auch für Vorbehalte gegenüber der Redefreiheit, strukturelle Parallelen zum Rassismus wie auch das generelle Verhältnis zum politischen Raum.

5.1 Anti-Universalismus

Erstaunlicherweise lassen sich in identitätspolitischen Publikationen leicht Argumentationen dafür finden, „dass die Definition von Universalismus immer ein weißes, männliches Privileg"[38] war. So sieht die feministische Journalistin Kübra Gümüşay im (menschenrechtlichen) Universalismus ein Herrschaftsinstrument: „Um ihre

[37] Hengameh Yaghoobifarah, All Cops are berufsunfähig (15. Juni 2020), in: www.taz.de (gelesen am 16. Dezember 2021).
[38] Susemichel/Kastner (Anm. 3), S. 14.

eigene, partikulare Sicht auf die Welt zu einer universellen zu erklären, geben die Benennenden ihr Namen: universal, neutral, objektiv.“[39] Und Nikita Dhawan, Politikwissenschaftlerin an der TU Dresden, und María do Mar Castro Varela, Pädagogin an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, raten gar dazu, die Universalität der Menschenrechte zu überdenken, weil sie ein eurozentrisches Konstrukt seien.[40] Attackiert werden selten Menschenrechte per se, sondern ihre behaupteten Funktionen zur Stabilisierung westlicher Herrschaft. Der Schlüssel zum Verständnis sei das Universalitätsargument des Westens.

5.2 Anti-Individualismus

Neben der Kritik am Universalismus (als angebliches Herrschaftsinstrument des Westens) ist die Kritik am Individualismus in linker Identitätspolitik häufig anzutreffen: Bei weißer Fragilität sind „gesellschaftliche Kräfte am Werk, die uns am Erwerb der Kenntnisse hindern, die erforderlich sind, damit wir uns produktiver mit dem Thema ‚Rasse‘ auseinandersetzen, und sie erfüllen höchst effektiv die Funktion, die Rassenhierarchie aufrechtzuerhalten. Zu diesen Kräften (gehört) die Ideologie des Individualismus“[41].

Aufgrund der Essentialisierung von menschlichen Gruppen werden zudem Einzelne primär als Gruppenangehörige wahrgenommen, nicht als autonome, individuelle Wesen. Menschliche Identitäten werden dabei in kollektiven Identitäten gedacht. Individuelle Identität („Was zeichnet mich persönlich aus?“) fällt unter den Tisch. Das gilt im Grunde auch für solche Formen kollektiver Identität, für die es schlicht keine Begriffe gibt, weil für sie das (gesellschaftliche) Bewusstsein (noch) fehlt. Das ist im Grunde selbstverständlich, nur schafft die Nicht-Artikulation bestimmter Identitäten wiederum Machtgefälle. Ein Ausweg bestünde darin, Diskriminierung nicht von der Diskriminierungsursache her zu denken, sondern vom Gleichheitsgrundsatz, der für jeden Menschen gilt.

---

[39] Gümüşay (Anm. 16), S. 58.

[40] Vgl. Nikita Dhawan/María do Mar Castro Varela, Die Universalität der Menschenrechte überdenken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B. 20/2020, S. 33-38.

[41] DiAngelo (Anm. 15), S. 35.

Das ist das praktische Problem des identitätspolitischen Anti-Individualismus. Das moralische: Menschen werden nicht aufgrund dessen beurteilt, was sie tun, sondern aufgrund ihrer sozialen Gruppenzugehörigkeit. Dabei wird übersehen, dass Macht nie statisch, sondern von Kontexten abhängig ist, aber auch, dass es praktisch niemanden gibt, der nicht auch in einer der Intersektionalitätsdimension benachteiligt ist. Ein weißer alter Mann kann behindert sein, homosexuell, jüdisch, er kann eine hohe Stimme haben und deswegen nicht ernst genommen werden; er kann attraktiv wirken oder nachlässig. Es gibt eine Million Gründe für Leid, Diskriminierung und ein Gefühl des Ausgegrenztseins und Sich-Rechtfertigen-Müssens neben kollektiven Identitäten. Bleiben sie im Dunkeln, weckt das Zweifel an der Wertschätzung des Individuums durch Identitätspolitik. Und: Die Beurteilung von Menschen aufgrund sozialer Identitäten emanzipiert sich vom Ideal individueller Verantwortlichkeit und individuellen Wertes. „Die Zugehörigkeit zu einer „kulturell definierten kollektiven Lebensform“ darf aber nicht „zur Bedingung für die Garantie der politischen, liberalen, sozialen und kulturellen Menschenrechte des Einzelnen“[42] werden.

5.3 Haltung zum offenen Diskurs

Wer für Identitätspolitik ist, musst kein Gegner der Redefreiheit sein, schon gar nicht in pauschaler Form. Die Redefreiheit kann zudem durch Privatpersonen allenfalls in der Drittwirkung eingeschränkt werden. Wird aber Menschen die Legitimation abgesprochen, über Gruppen und deren Erfahrungen zu sprechen, denen sie nicht angehören, wirkt dies an einer Umwandlung des gesellschaftlichen Kommunikationsmodus vom „forum type“ zum „palace type“[43]. Nun sind Einschränkungen gang und gäbe auch in einer konstitutionellen Demokratie – in den wenigsten freien Ländern kann ohne Sanktionen auch alles gesagt werden. Nur sind derlei Eingriffe mit dem Charakter der betreffenden Aussage zu begründen.

---

[42] Thomas Meyer, Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede, Frankfurt/M. 2002, S. 34.

[43] Samuel E. Finer, The History of Government. From the Earliest Times, Bd. III: Empires, Monarchies, and the Modern State, Oxford 1990, S. 1567 f.

Identitätspolitische Debatten verweisen demgegenüber auf die Identität der Sprechenden. Ein Beispiel hierfür liefert ein No-Border-Camp in Köln aus dem Jahr 2012. Es handelte sich dabei um Aktionstage der antirassistischen Szene in Köln. Dabei versuchte u.a. die Berliner Gruppe „Reclaim Society“ (RS), „die Kommunikation zu reglementieren. Schon vor dem Camp wurde, ‚angelehnt an das Konzept der Definitionsmacht‘, ein ‚Stoppzeichen‘ eingeführt. ‚Um die Gewalttätigkeit von Sprache zu markieren‘, sagt Emma. ‚Um weiße Redner unterbrechen zu können‘, sagen Teilnehmer von Plena, an denen RS beteiligt war. Die unterbrochene Person darf nicht weiterreden, die PoC muss nicht erklären, was ihn oder sie gestört hat. ‚Wenn ich jedes Mal erklären soll, warum mich jemand rassistisch beleidigt hat, müsste ich alle fünf Minuten ein zweistündiges Gespräch führen‘, sagt Emma.“[44]

Identitätspolitik weist auch dann ein problematisches Verhältnis zur Diskursfreiheit auf, wenn sie mit „Cancel Culture“ ein Bündnis eingeht, also den Ausschluss von Menschen aufgrund ihrer sozialen Identität (etwa als weiße Person, als Polizist, als konservative Politikerin etc.) fordert.[45] Problematisch sind keinesfalls (lautstarker) Protest, Widerspruch, Kritik. Problematisch sind nur die Stigmatisierung und soziale Isolierung von Personen aufgrund ihrer kollektiven Identität – einerseits weil so die individuelle Verantwortlichkeit der betreffenden Person negiert wird; andererseits weil der dadurch ausgeübte Druck die individuelle Autonomie tangiert und die Adaptationsfähigkeit der Demokratie unterläuft.[46]

---

[44] Christian Jakob, Weiß sein, Schnauze halten (26. Juli 2012), in: www./ jungle.world/ (gelesen am 17. Dezember 2021).

[45] Vgl. u.a. Tom Mannewitz/Tom Thieme: „Polizei an der Uni? Nein, danke!“. Die Gefahr durch Cancel Culture für (Polizei-)Wissenschaft und Gesellschaft, in: Die Polizei 112 (2021), Heft 9, S. 369-373.

[46] Vgl. Tom Mannewitz, Warum Konformitätsdruck der Demokratie schadet. Die Tyrannei der Mehrheit auf dem Prüfstand, in: Tom Mannewitz (Hrsg.), Defekte der Demokratie. Analysen und Reformvorschläge, Wiesbaden 2018, S. 289-308.

5.4 Parallelen zu Rassismus

Aus guten Gründen setzt sich eine offene Gesellschaft gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Beide widersprechen „dem basalen Prinzip einer Demokratie, die sich an der Gleichwertigkeit von Menschen orientiert. Dort, wo Menschenfeindlichkeit die Wahrnehmung und das Handeln von gesellschaftlichen Gruppen oder deren Mitgliedern bestimmt, gefährdet sie das Zusammenleben und spaltet die Gesellschaft. Dies gelingt umso besser, je stärker die Ungleichwertigkeit als Wahrheit verkündet und geglaubt wird.“[47] Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) beschreibt nach dem Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung die „Abwertung und Ausgrenzung von sozialen Gruppen und Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen, die an Merkmalen wie Geschlecht, Nationalität, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung, sozialer Herkunft oder auch ihrer physischen oder psychischen Konstitution festgemacht wird.“[48] Die Sozialpsychologen um Andreas Zick dürften entsprechend dem von ihnen erfassten Syndrom v. a. Einstellungen der „Dominanzgesellschaft“ im Blick haben, nur trifft ihre Definition auch auf das zu, was hier als Identitätspolitik firmiert. Auf empirischer Ebene sind wohl kaum Überschneidungen zwischen dem GMF-Syndrom und identitätspolitischen Positionen zu erwarten, auf struktureller Ebene gibt es zwischen beiden jedoch keinen Unterschied: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist keine Einbahnstraße „von oben nach unten“.

Es lassen sich gar Parallelen zum Rassismus finden – abhängig von der konkreten Definition. Einerseits: Identitätspolitik hat mit Rassismus dann nichts zu tun, wenn dieser Ungleichwertigkeitsvorstellungen meint, die auf der Überzeugung von der Existenz von Rassen beruhen. Neben einer solchen, eher politikwissenschaftlichen Definition stehen andererseits aber auch soziologische und sozialpsychologische Ansätze. Aladin El-Mafaalani schreibt: „Bis heute kann man Rassismus als Prozess folgendermaßen beschreiben: Menschen werden gruppenspezifische Eigenschaften zugesprochen und anhand

[47] Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, Gespaltene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 34 f.

[48] Ebd., S. 33.

biologischer oder kultureller Merkmale als ‚andere' kategorisiert. Eigenschaften und Kategorie werden dann abgewertet und die so kategorisierten Menschen werden schließlich ausgegrenzt."[49] Es ließe sich darüber streiten, ob die Aufzählung – biologische und kulturelle Merkmale – genügt. Entscheidend ist der Definition entsprechend jedoch die Rassifizierung von Menschen, mithin ihre Kategorisierung, Stereotypisierung und Hierarchisierung, nicht die Überzeugung von der Existenz von „Rassen". Anhaltspunkte hierfür gibt es in der Identitätspolitik, die Gruppenzugehörigkeiten mit Machtattributen und moralischen Kategorien verknüpft.

Ein solches Rassismusverständnis hat nichts mit dem zu tun, was Teile der Sozialwissenschaft als „strukturellen Rassismus" bezeichnen, der tief in der westlichen Gesellschaft verankert sei; auch nichts mit dem in Teilen des Rechtsextremismus (Neo-Nationalsozialismus) verbreiteten Rassismus. Das macht die mit Identitätspolitik bisweilen einhergehende Rassifizierung indes nicht weniger problematisch.

5.5 Antipolitischer Ansatz

Identitätspolitik ist ohne jeden Zweifel politisch – schließlich kämpft sie für die allgemeine Verbindlichkeit der eigenen politischen Ziele, die vor allem in der Anerkennung gesellschaftlich unterdrückter Gruppen und Symboliken bestehen. Nur: Sie unterhöhlt den Kern des Politischen, wenn sie die politische Auseinandersetzung um bestimmte Ziele und Instrumente, um das bessere Argument und Mehrheiten ersetzt durch die Moralisierung gesellschaftlicher Konflikt- und Machtbeziehungen. Es handelt sich dabei, wie der Politikwissenschaftler Andreas Schedler feststellte, um eine Kolonisierung des politischen Raums durch „moralische Antipolitik": „Sie schließt, indem sie materielle (statt prozedurale) normative Annahmen ins Feld führt, die politische Arena. Ausgehend von fundamentalistischen Überzeugungen versucht diese Form der Antipolitik die Definition und Verteidigung der von ihr als unabänderlich angesehenen Werte zu monopolisieren. Sie weist Widerspruch als unmoralisch zurück, hält Kompromisse für Verrat, verachtet das Streben nach privatem Glück, lehnt Verantwortungsethik

[49] El-Mafaalani (Anm. 22), S. 94.

ab und übersieht die Existenz moralischer Dilemmata."[50] Dabei gerät die konstitutionelle Demokratie in Mitleidenschaft, weil ein derartiges Politikverständnis die Legitimität von Interessenpluralismus und den Wert des Kompromisses negiert.

6. Die Gefahr der Erosion gesellschaftlichen Zusammenhalts

Identitätspolitik trägt zur Erosion des gesellschaftlichen Fundaments der Demokratie bei – weil in ihrer Logik und in der Konsequenz die Gesellschaft in exklusive soziale Gruppen fragmentiert wird; weil sie Konflikte zum Teil nur benennt statt sie zu lösen; weil sie sich aufgrund der eigenen Prämissen radikalisieren könnte; und weil sie die argumentative Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus unterhöhlt.

6.1 Spalterisches Potential

Identitätspolitik spaltet die Gesellschaft in einer Weise, die der Philosophieprofessor Jason Hill als „kulturelle Apartheid"[51] bezeichnet. Erstens leistet sie dem Prozess des „Othering" Vorschub, indem sie politische Diskurse nach sozialen Gruppen formt, deren Mitgliedschaft exklusiv und mit moralischen Bewertungen verbunden ist. Identitätspolitik kultiviert damit menschliche Universalien, die der moderne Staat, zumal der demokratische Verfassungsstaat, aus Gründen des friedvollen gesellschaftlichen Miteinanders zu zähmen sucht: Tribalismus, Feindbilddenken, Fremdgruppenabwertung und Eigengruppenbevorzugung.[52] Die damit einhergehende Homogenisierung der Fremdgruppe zeigt sich etwa an der vereinheitlichenden, pauschalen Darstellung der „Mehrheits-

[50] Andreas Schedler, Introduction: Antipolitics – Closing and Colonizing the Public Sphere, in: ders. (Hrsg.), The End of Politics? Explorations into Modern Antipolitics, Houndsmills/London 1997, S. 1-20, hier S. 13.

[51] Jason D. Hill, Civil Disobedience and the Politics of Identity: When We Should Not Get Along, London 2013, S. XVI.

[52] Vgl. Henri Tajfel/John C. Turner, The Social Identity Theory of Intergroup Behavior, in: Stephen Worchel/William Austin (Hrsg.), Psychology of Intergroup Relations, Chicago 1986, S. 7–24.

gesellschaft“, „der“ Privilegierten, „der“ Weißen, wohingegen die Opfer gesellschaftlicher Unterdrückung mit Solidarität, Sympathie und Vertrauen rechnen können.

Zweitens ist ein Trend hin zu immer feineren Partikularitäten zu beobachten: Denn der in der Identitätspolitik aufgemachte Grundsatzkonflikt zwischen „denen hier unten“ und „denen da oben“ trennt längst nicht mehr nur Migranten von der „Mehrheits-gesellschaft“, Trans- von Cis-Menschen usw., sondern etwa auch Transpersonen von TERF („Trans-Exclusionary Radical Feminism”) und Prostituierte von SWERF („Sex Work Exclusionary Radical Feminism“). „Jede Gruppe reklamiert … ihre eigene Autonomie der Kultur und Vernunft für sich. … An die Stelle des geteilten Gemeinsamen tritt das unantastbare Besondere, an die Stelle der Befreiung die Segregation.“[53]

Drittens beruht Identitätspolitik in Teilen auf einem idealistischen Menschenbild, das davon ausgeht, Menschen hätten ein intrinsisches Interesse an Irritation, Aufklärung, Demut und dem konstruktiven Wert von Scham. Beredtes Beispiel hierfür ist Robin DiAngelo, die als Antirassismus-Trainerin angemessene Reaktionsmuster auf den Vorwurf des Rassismus vorschlägt, darunter Dankbarkeit, Schuldgefühle, Motivation, Demut, Interesse. „Unbehagen ist der Schlüssel zu meiner Weiterentwicklung und somit wünschenswert.“[54] Ob folgende Maxime von ihr selbst ein allgemeiner Handlungsgrundsatz werden kann? „1. Wie, wo und wann du mir Hinweise auf rassistisches Verhalten gibst, ist irrelevant – es sind solche Rückmeldungen, die ich haben will und brauche. Da ich verstehe, dass dies schwierig ist, nehme ich sie so an, wie ich sie bekomme. In meiner Position der sozialen, kulturellen und institutionellen Macht und Privilegien Weißer verfüge ich über die nötige Sicherheit und kann damit umgehen. Wenn ich nicht damit umgehen kann, ist es an mir, meine Belastbarkeit in Rassenbelangen zu stärken. 2. Ich danke dir.“[55] Wenn die Autorin meint, „dass es nicht um Gesichtswahrung geht“,

[53] René Scheu, Nur Schwarze können Schwarze, nur Frauen können Frauen verstehen. So funktioniert die neue kulturelle Apartheid (11. August 2018), in: www.nzz.ch (gelesen am 17. Dezember 2021).
[54] DiAngelo (Anm. 15), S. 194.
[55] Ebd., S. 175.

ignoriert sie die Bedeutung eines stabilen Selbstwertgefühls, das wohl bei den meisten statt zu Dankbarkeit eher zu Frust, Scham und Minderwertigkeitsgefühlen führen dürfte, die schließlich in Leugnung, Abwehr und Gegenangriff münden. Dergestalt bewegen sich die sozialen und politischen Milieus voneinander weg: Die einen verstehen die Engstirnigkeit der anderen nicht, die anderen fühlen sich bevormundet und vorgeführt.

Viertens handelt es sich bei Identitätspolitik in aller Regel um einen Elitendiskurs, wie u.a. die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht kritisiert.[56] Identitätspolitik ist vorrangig ein Thema für Akademiker und Intellektuelle, das anderen sozialen Gruppen fremd ist und so zur sozialen Schließung beiträgt. Gender-Pause, die Reflexion der eigenen Privilegien am Anfang eines Redebeitrags und Pronomenrunden sind soziale Codes und somit „Distinktionspraxen“ (Pierre Bourdieu).

6.2 Aporetischer Charakter

Identitätspolitik hat einen aporetischen Kern: „Der britische Publizist Kenan Malik bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt: Wer Individuen an ihre Kulturen und Identitäten fesselt, ‚verwandelt politische Debatten in kulturelle Clashes, die so als unvermeidbar und unüberwindbar erscheinen‘“[57], weil es aus den Identitäten – anders als aus politischen Positionen und Vorlieben – kein Entrinnen gibt. Nicht mehr das bessere Argument, der Interessenausgleich oder die Problemlösung zählt, sondern das Erlebnis des Opfers, das einer bestimmten sozialen Gruppe angehört. Subjektives Empfinden schlägt intersubjektive Nachvollziehbarkeit: „Es wird nicht eine Auseinandersetzung geführt mit dem Argument, dass man einer bestimmten Position mit einer anderen Position begegnet, sondern – und das ist das Fatale der Identitätspolitik – dass vornehmlich aus der Herkunft heraus argumentiert wird. … Das heißt, aus einem Opferstatus

[56] Vgl. Sahra Wagenknecht, Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt/M. 2021.

[57] Scheu (Anm. 51).

heraus, der dann die verletzten Gefühle zum Thema macht und nicht mehr die Argumente."[58]

Malik sekundiert: „Die kulturelle Wende … drängt uns, politische Herausforderungen als Probleme der Kultur, der ethnischen Zugehörigkeit oder des Glaubens anzugehen, und so politischen Auseinandersetzungen einen Charakter zu verleihen, der sie weder nützlich noch lösbar macht. Anstatt zu fragen, was die Wurzeln von Rassismus sind und welche Maßnahmen zu seiner Bekämpfung ergriffen werden müssen, setzt der … Ansatz auf die Betonung der eigenen Identität".[59] Die „Reflexion von Privilegien" im Sinne eines vor jeden Diskursbeitrag geschobenen „Ich spreche als…" ist ein Zeichen dieses Trends, so als ob ein bestimmtes Argument dadurch gestärkt oder geschwächt würde, dass man einer bestimmten sozialen Gruppe angehört. Angestrebt wird, so scheint es, bisweilen ein „bloßer" Kulturwandel.

Ein anderes Beispiel ist „Wokeness". Der Begriff „Woke" (englisch für „erwacht") wird seit einiger Zeit verwendet, um eine erhöhte Sensibilität für soziale Ungerechtigkeiten und Formen des Rassismus zu beschreiben. Indes: Die Sensibilität für Unterdrückung, Privilegien und Macht ist noch keine politische Maßnahme zu deren Bekämpfung bzw. Reform. Wo es um ein bloßes Bewusstsein für eigene Privilegien, Schuld und Verantwortung – ohne das Aufzeigen von Lösungen – geht, stellt Identitätspolitik die Ambiguitätstoleranz der „Mehrheitsgesellschaft" auf eine harte Probe, weil diese dem Unbehagen an der eigenen Schuld nichts entgegensetzen kann, um die kognitive Dissonanz im Selbstbild aufzulösen.

6.3 Radikalisierungspotential

Politische Bewegungen neigen häufiger dann zu härteren Bandagen, wenn andere Mittel wie Proteste oder Parlamentarismus nicht zum gewünschten Ergebnis führten. Die Androhung von Gewalt durch Teile

[58] Liane von Billerbeck, Ins Totalitäre gekippt. Ulrike Ackermann im Gespräch mit Liane von Billerbeck (4. März 2021), in: www.deutschlandfunkkultur.de (gelesen am 17. Dezember 2021).

[59] Kenan Malik, Gegen die kulturelle Wende (4. März 2019), in: www.novo-argumente.com (gelesen am 17. Dezember 2021).

der Klimaschutzbewegung[60] und die Distanzierung der „Interventionistischen Linken“ von der „Politik der kleinen Schritte“[61] sind jüngere Beispiele, die auf der wahrgenommenen Erfolglosigkeit des eigenen politischen Handelns beruhen. Dergleichen ist im identitätspolitischen Diskurs auch zu befürchten, weil Frust aufgrund unrealistischer Prämissen und Ziele, steigender Sensibilität für Ungerechtigkeiten und der Ablehnung von Solidarisierung programmiert ist.

Erstens sind einige der Annahmen und Forderungen, auf denen Identitätspolitik zum Teil beruht, wenig realistisch. Zum Beispiel Kübra Gümüsay: „Wie sähe eine Welt aus, in der kein Mensch aufgrund seiner Hautfarbe, seines Geschlechts, seiner Religion, seiner Klasse oder seiner sexuellen Orientierung diskriminiert wird? Eine Welt, in der Menschen sich nur so viel nehmen, wie sie tatsächlich brauchen? In der sie nur so viel konsumieren, wie die Erde es verträgt? Eine Welt, in der Wohlstand der einen nicht auf der Ausbeutung und Entmenschlichung der anderen aufbaut?“[62] Wie wahrscheinlich ist ein derartiges Szenario angesichts der langen Tradition menschlicher Gruppenkonflikte? Oder auch die Autorin Noah Sow: „Das Rassedenken von heute beruht auf den – nie ordentlich beseitigen – Überresten der Propaganda von damals.“[63] Beide Stellungnahmen suggerieren, Rassismus sei prinzipiell auslöschbar. Gegen eine solche Interpretation spricht jedoch die lange Geschichte des Ethnozentrismus.

Damit einher gehen, wie bei Robin DiAngelo, häufig unrealistische Erwartungen an Menschen, so als ob diese ein Interesse an Irritationen, Unbehagen, Schuldgefühlen, Scham und Demut hätten. Ihr Narrativ ist eines von Buße und Reue, das jedoch kaum verallgemeinerbar scheint. Die damit verbundenen Ziele mögen legitim sein – aber wie reagiert die

---

[60] Vgl. etwa Jonas Schaible, „Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF“ (21. November 2021), in: www.spiegel.de (gelesen am 17. Dezember 2021).

[61] Vgl. Interventionistische Linke, Die Politik der kleinen Schritte ist zum Scheitern verurteilt. Anmerkungen der IL zur Bundestagswahl 2021 (14. September 2021), in: www.interventionistische-linke.org (gelesen am 17. Dezember 2021)

[62] Gümüşay (Anm. 16), S. 172.

[63] Sow (Anm. 20), S. 65.

Bewegung, die von der moralischen Richtigkeit des eigenen Tuns überzeugt ist, auf anhaltende Renitenz?

Zweitens: Im Zentrum der Bewegung stehen häufig Anerkennung sowie symbolische Gesten. Dafür zu kämpfen, ist im Falle gesellschaftlich benachteiligter Gruppen plausibel und legitim. Nur: Anerkennung ist kaum mess- und noch weniger erzwingbar. Die Gefahr besteht, es werde das erreicht, was Sozialpsychologen „Compliance" nennen, also die Übereinstimmung mit den Zielen nach außen hin: etwa die Übereinstimmung mit einem firmeninternen „Code of Conduct", oberflächliche Diversität in Unternehmen, Filmen und Romanen, gendergerechte Stellenausschreibungen. Das Ziel von Identitätspolitik dürfte jedoch eigentlich „Conversion" sein, also die authentische Überzeugung des Gegenübers.

Drittens: Wo mehr und mehr gesellschaftliche Gruppen Anerkennung erhalten, verliert sie nicht an Bedeutung, sondern die Leute werden sensibler für immer kleinere Ungerechtigkeiten. Der Demokratietheoretiker Alexis de Tocqueville, nach dem dieses Paradox benannt ist, erklärte: „Sind alle gesellschaftlichen Bedingungen ungleich, so verletzt keine noch so große Ungleichheit den Blick des Betrachters; inmitten allseitiger Gleichförmigkeit dagegen wirkt die kleinste Verschiedenheit anstößig; der Anblick wird umso unerträglicher, je weiter die Gleichförmigkeit fortgeschritten ist. Es ist daher ganz natürlich, dass die Gleichheitsliebe mit der Gleichheit wächst; man nährt sie, indem man sie befriedigt."[64] Daraus folgt nicht zwingend eine Radikalisierung von Identitätspolitik, es würde aber eine Verstetigung ihres Treibens erklären.

Viertens: Identitätspolitik erschwert, wenn es um mehr als Symbolik geht, den Interessenausgleich: Wo Macht, Privilegien und Unterdrückung moralische Kategorien sind, kann der Kompromiss nur als Verrat oder Kapitulation gedeutet werden. Das begünstigt eine Alles-oder-nichts-Haltung, die wiederum schnell dann in Frustration umschlägt, wenn sie sich nicht auf ganzer Linie durchsetzt. Das ist wiederum wahrscheinlich, denn:

[64] Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 2004 [1835/1840], S. 315.

Fünftens: Wenn Identitätspolitik auf der Essentialisierung sozialer Gruppen beharrt, Solidarisierung und Repräsentation durch andere mithin ablehnt, spricht sie stets für Minderheitengruppen. Dann mag sie das moralische Argument auf ihrer Seite haben, nicht aber das machtarithmetische, das in Demokratien entscheidend ist: „Der einzige Weg, Minderheiten zu verteidigen, besteht in einer Demokratie darin, Wahlen zu gewinnen, um langfristig und auf allen Regierungsebenen politische Macht auszuüben; und nicht etwa in leeren Gesten der ‚Anerkennung' und des ‚Feierns'. Und der einzige Weg, Wahlen zu gewinnen, besteht nun einmal darin, eine Botschaft zu verkünden, die für möglichst viele Menschen anschlussfähig ist und die sie vereint."[65]

6.4 Verhältnis zum Rechtsextremismus

Die Gefahr der Stärkung des Rechtsextremismus beruht einerseits – aber nicht maßgeblich – auf den wahrscheinlichen Gegen- bzw. Trotzreaktionen am rechten politischen Rand auf linke Identitätspolitik, für die der Begriff „Gender-Gaga" und Donald Trumps Anti-Establishment-Wahlkampf 2016 Symbole wurden.

Andererseits wird es schwer, über Rechtsextremismus argumentativ aufzuklären, wenn dieser, um „seine" sozialen Gruppen zu verteidigen, die identitätspolitischen Argumentationsmuster der Linken übernimmt. Der Historiker Volker Weiß bemerkt: „Wenn sexuelle oder ethnische Minderheiten den Schutz ihrer Identitäten einfordern, dann wollen (Rechtsextremisten) das auch für sich haben. … Die Botschaft nach außen ist einfach: Wenn ihr die kulturellen Eigenarten der Zuwanderer nicht hinterfragt, dann wollen wir auch keine Kritik mehr an unseren, sondern Respekt'."[66] Der Hauptunterschied besteht lediglich in den sozialen Gruppen, für die linke und rechte Identitätspolitik sprechen. Sollten identitätspolitische Argumente in der Gesellschaft Fuß fassen, dürfte dies den Kampf gegen Rechtsextremismus darum erschweren: „Mit einem Identitätskonzept, dessen sich auch die Rechte bedient, ist

[65] Mark Lilla, The Once and Future Liberal. After Identity Politics, New York 2017, S. 12.

[66] Volker Weiß, „Die Rechte beansprucht für sich das Recht auf Differenz – und kommt damit durch.", in: Richardt (Anm. 2), S. 80-90, hier S. 88 f.

es nicht möglich, Rassisten entgegenzutreten. Im Gegenteil: Es befördert den erstarkten Rechtsextremismus.“[67]

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Ist (linke) Identitätspolitik nun emanzipatorisch oder extremistisch? Nun, sie ist in jedem Fall emanzipatorisch, insofern sie gesellschaftlich benachteiligten Gruppen zur Gleichstellung verhelfen will. Sie ist in pauschaler Weise nicht als extremistisch zu bewerten, weil sie weder die Abschaffung der konstitutionellen Demokratie fordert noch ihre Forderungen darauf hinauslaufen. Gleichwohl schimmern in identitätspolitischen Diskursen häufiger exklusive Erkenntnisansprüche, Dogmatismus, Essentialismus und Manichäismus durch – keine guten Zutaten für einen demokratischen Diskurs. Zudem gibt es ein ambivalentes Verhältnis zum menschenrechtlichen Universalismus, zum Individualismus sowie zur freien Rede. Das sind die gravierendsten Anhaltspunkte für politischen Extremismus. Problematisch sind darüber hinaus die Moralisierung des politischen Raums, durch den dieser entkernt wird, sowie die strukturellen Parallelen zum Rassismus wie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit – nicht zuletzt, weil dies den „Kampf gegen Rechts“ erschwert. Darüber hinaus weisende Gefahren für die Stabilität der Demokratie sind die durch linke Identitätspolitik bewirkte gesellschaftliche Spaltung, ihr aporischer Charakter und ihr erhebliches Radikalisierungspotential mit Blick auf die eigene politische Bewegung wie auch die politischen Ränder insgesamt. Abhängig von der weiteren inhaltlichen Entwicklung linker Identitätspolitik und ihrem Einfluss auf größere Teile der Gesellschaft drohen der konstitutionellen Demokratie in der Konsequenz mithin erhebliche Gefahren im längerfristigen Wirken.

[67] Stefan Laurin, Willkommen im Zeitalter der Postidentitätspolitik, in: Richardt (Anm. 2), S. 113-122, hier S. 121.

Partikulare versus universelle Prinzipien

Bedenkliche Elemente linker Identitätspolitik

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Auch berechtigte Kritik kann aufgrund ihrer inhaltlichen Implikationen problematisch sein.[1] Diese Auffassung durchzieht die folgende Erörterung, die einen analytischen Blick auf die Identitätspolitik wirft. Unter dieser Bezeichnung fasst man auch in Deutschland mittlerweile angekommene Debatten aus den USA: In ihnen geht es um die Diskriminierung von Minderheitenangehörigen. Dabei können die Akteure berechtigt auf Gegebenheiten verweisen, welche mit den eigentlichen normativen Maßstäben des sozialen Miteinanders nicht konform gehen. Die Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Kultur oder Religion gehört dazu, wird damit doch ein allgemeines Gleichwertigkeitspostulat in demokratischen Verfassungsstaaten negiert. Bereits am Anfang dieses Beitrags steht diese Grundposition. Denn die folgenden Betrachtungen wollen nicht das lobenswerte Engagement für Minderheiten hinterfragen, ihnen geht es um die damit einhergehenden problematischen Elemente als eben eher unterschwelligen Konsequenzen und Positionen.

Es wird etwa ein partikularer zugunsten eines universellen Antirassismus abgelehnt, womit sich die folgende Argumentation hier insbesondere an Martin Luther King orientiert. Diese eindeutige Aussage soll gewollte oder ungewollte Missverständnisse verhindern, ist doch die Identitätsdebatte von starker Polarisierung geprägt. Dabei stehen weniger die jeweiligen Argumente, sondern mehr politische Einordnungen im diskursiven Zentrum. Insofern erfolgt auch hier ausdrücklich noch einmal die Betonung: Nicht das gemeinte Engagement, sondern die damit einhergehenden Implikationen bilden das Problem. Es besteht darüber hinaus in einem Gegensatz von einem partikularen und universellen Verständnis. In den folgenden

[1] Eine gekürzte Fassung des vorliegenden Textes erschien in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Repräsentation, Identität, Beteiligung. Zum Zustand und Wandel der Demokratie, Bonn 2022, S. 357-369.

Ausführungen geht es hierbei um die Frage, ob bestimmte Gruppenidentitäten oder verallgemeinerbare Prinzipien für Wertungen relevant sein sollen. Diesbezügliche Antworten sind nicht nur für die Debatte um Identitätspolitik relevant, sie haben auch Folgen für das soziale Miteinander. Es geht um die normative Basis einer offenen Gesellschaft.

Am Beginn steht eine Definition von „Identität“ bzw. (linker) Identitätspolitik (2.) und eine Erläuterung zu deren Kernpositionen (3.). Dem folgt die kritische Auseinandersetzung mit einzelnen Gesichtspunkten: dem Antiindividualismus und der Gruppenfixierung als Prinzipien (4.), der Essenzialisierung und Homogenisierung von Kulturen (5.), den Konsequenzen eines Kultur- und Menschenrechtsrelativismus (6.), der Betroffenheitsperspektive gegen Wissenschaftlichkeit (7.), der Etablierung stereotyper Geschichts- und Gesellschaftsbilder (8.) und dem partikularen statt universellen Antirassismus (9.). Ein Exkurs macht noch auf den Antisemitismus als identitätslinke Leerstelle aufmerksam (10.). Und dann wird auch auf die formalen Gemeinsamkeiten von identitätslinken und identitätsrechten Positionen (11.) verwiesen. Es geht bei diesen Ausführungen nicht um pauschale Gleichsetzungen oder Verurteilungen. Die vorgetragenen Einwände beziehen sich auf die angesprochenen Implikationen.[2]

2. Definition: Identität – (linke) Identitätspolitik

Zunächst sollen die zentralen Arbeitsbegriffe für die vorliegende Erörterung definiert werden, wobei es auch, aber nicht nur um eine akademische Pflichtübung geht. Denn die angesprochenen Bezeichnungen kursieren im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs mit unterschiedlichen Verständnissen. Um daher mögliche Fehldeutungen des Folgenden erst gar nicht aufkommen zu lassen, sollen die zentralen Begriffe in der folgenden Erörterung zum besseren Verständnis erläutert werden. Am Beginn steht „Identität“[3]: Damit ist

[2] Um den Anmerkungsapparat nicht zu überlasten, werden fortan nur zwei Titel bei Verweisen angegeben.

[3] Vgl. Kwame Anthony Appiah, Identitäten. Die Fiktionen der Zugehörigkeit, Berlin 2019; Ursula Renz, Was denn bitte ist kulturelle Identität? Eine Orientierung in Zeiten des Populismus, Basel 2019.

ein Bewusstsein für mentale oder reale Gruppen- oder Wertezugehörigkeit gemeint. Diese formal gehaltene Definition von „Identität“ sagt zunächst nichts darüber aus, um welche Formen und Inhalte es mit welchen Tiefen und Verbindlichkeiten gehen soll. Dazu können ethnische, geschlechtliche, kulturelle, politische, religiöse oder soziale Eigenschaften mit einem konstitutiven, maximalen oder partiellen Status zählen. Außerdem geht es um die Einstellung eines Individuums, die gegenüber einer Gruppe, Institution oder Werteordnung besteht.

Bei dem Begriff „Identitätspolitik“[4] kommt noch „Politik“ als zusätzlicher Terminus hinzu. Damit ist eine Bezeichnung für alle Einstellungen und Handlungen gemeint, welchen es um die verbindliche Ausrichtung des sozialen Miteinanders im moralischen oder rechtlichen Sinne geht. Demnach meint „Identitätspolitik“ in diesem Kontext, dass die Anlehnung an eine Gruppe bzw. ein Kollektiv nicht nur für das Leben einer Person, sondern für die Praxis in der Zivilgesellschaft prägend sein soll. Die Eigenschaften der Identitätspolitik ergeben sich dann aus den Interessen, die der gemeinten Gruppe als objektiv eigenen Wertvorstellungen und Wünschen zugeschrieben werden. Dies veranschaulicht das Beispiel einer „rechten Identitätspolitik“, ist sie doch an den behaupteten Einstellungen und Interessen der autochthonen Mehrheitsgesellschaft orientiert. Die identitätsrechten Akteure postulieren eine reale Gefahr für die „nationale Identität“, solle doch eine darauf bezogene Einstellung etwa gegenüber „der Elite“ oder „den Migranten“ verteidigt werden.

Demgegenüber ist eine „linke Identitätspolitik“ an bestimmten Minderheiten ausgerichtet, welche deren Akteuren aufgrund von ethnischer, geschlechtlicher, kultureller oder religiöser Orientierung als diskriminiert gelten. Dazu zählt man Homosexuelle, Muslime oder Schwarze. Aufgrund des Engagements für solche Gruppen ist hier von einer „Identitätslinken“ gegenüber einer „Identitätsrechten“ die Rede. Die Ausrichtung an den genannten Minderheiten bildet dabei das Unterscheidungskriterium. Indessen stellen sich bereits hier zwei

[4] Vgl. Georg Auernheimer, Identität und Identitätspolitik, Köln 2020; Lea Susemichel/Jens Kastner, Identitätspolitiken. Konzepte & Kritiken in Geschichte & Gegenwart der Linken, Münster 2018.

grundsätzliche Fragen: Wenn „Gleichheit“ für ein linkes Selbstverständnis konstitutiv ist, passt dann eine sozioökomisch eher indifferente Denkungsart in diese politische Kategorie hinein?[5] Denn diesbezügliche Fragen spielen in der „Identitätslinken“ kaum eine Rolle. Und zweitens: Gibt es neben den genannten Differenzen von „Identitätslinker“ und „Identitätsrechter“ nicht auch strukturelle Übereinstimmungen? Denn formale Gemeinsamkeiten mit umgekehrten Vorzeichen sind unübersehbar.

3. Auffassungen innerhalb linker Identitätspolitik

Bevor Antworten auf diese und andere Fragen formuliert werden, gilt es einige Auffassungen innerhalb linker Identitätspolitik zu veranschaulichen. Dazu muss zu deren konkreten Akteuren und sonstigen Erscheinungsformen konstatiert werden, dass sie als feste Organisation mit einem entwickelten Programm nicht existieren. Es geht um ein „Diskurskonstrukt“ mit diversen Protagonisten. Diese eint die Ausrichtung an den folgenden Grundpositionen, was Differenzierungen und Unterschiede nicht ausschließt. Die Anhänger identitätslinker Positionen gehen davon aus, dass es eine gesellschaftlich verbreitete Diskriminierung von bestimmten Minderheiten gebe. Deren Identität und Rechte müssten gewahrt und gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und deren Strukturen verteidigt werden. Damit einhergehen spezifische Konzepte, die inhaltliche Bezugspunkte für identitätslinke Positionen sind, sollen hier zunächst beschreibend ein gesondertes Thema sein.[6] Auch dabei handelt es sich um Sammelbezeichnungen für teilweise unterschiedliche Vorstellungen.

---

[5] Diesbezügliche Einwände erheben Repräsentanten der traditionellen Sozial-linken, vgl. Walter Benn Michaels, The Trouble with Diversity. How We Learned to Love Identity and Ignore Inequality, 10. Auflage, New York 2016; Sahra Wagenknecht, Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt, Frankfurt/M. 2021, S. 21-139.

[6] Neben den im Folgenden vier genannten hinaus kursieren noch andere identitätslinke Konzepte, welche hier aber nicht alle thematisiert werden können. Bedeutsam ist etwa der „Postkolonialismus“, vgl. kritisch dazu den Sammelband: Jan Gerber (Hrsg.), Die Untiefen des Postkolonialismus (Hallische Jahrbücher #1), Berlin 2021.

Erstens ist damit die „Critical Race Theory“, also „kritische Race[7]-Theorie“ gemeint. Hierbei geht es um die Aufmerksamkeit dafür, dass „race“ im Rechtssystem der USA überaus bedeutsam sei. Entgegen der Auffassung, wonach ein Gerichtsurteil von Neutralität und Objektivität geprägt wäre, gebe es Unterschiede aufgrund von Zugehörigkeiten. Insofern präge auch „race“ strukturell die Rechtsordnung, womit die Benachteiligung von Schwarzen systemisch festgeschrieben sei.[8] Zweitens gehört zu den gemeinten Konzepten „Critical Whiteness“, also „Kritisches Weißsein“. Damit einher geht die Annahme, dass es eine gesellschaftliche Bevorzugung von Weißen geben würde. Deren Angehörige zählten zu einer „Dominanzkultur“, die durch die Jahrhunderte vom Rassismus geprägt sei. Es gehe bei den Gemeinten darum, sich der bestehenden Privilegien kritisch bewusst zu sein. In beiden Fällen wird nicht in der Hautfarbe für sich das entscheidende Merkmal gesehen, handle es sich doch um ein Konstrukt für den einzunehmenden gesellschaftlichen Status.[9]

Drittens gehört dazu „cultural appropriation“, also „kulturelle Aneignung“. Es geht dabei um die Ablehnung von Handlungen, wobei Bestandteile einer als benachteiligt geltenden Kultur übernommen werden. Angehörige einer als dominant geltenden Kultur würden dabei kollektive oder persönliche Vorteile erlangen. Damit gemeint sind etwa Frisuren, Kleidungsstücke oder Musikformen, die eben einer besonderen Kultur eigen seien und ihr so durch eine Übernahme als

[7] Die Formulierung „race“ wird im englischsprachigen Raum wertneutral genutzt, während man „Rasse“ im deutschsprachigen Raum eben mit rassistischen Vorstellungen verbindet. Um durch die Begriffsnutzung keine Irritationen aufkommen zu lassen, nutzt die vorliegende Erörterung immer „race“ ohne Übersetzung.

[8] Vgl. Richard Delgado/Jean Stefancic, Critical Race Theory. An Introduction, 3. Auflage, New York 2017; Kendall Thomas (Hrsg.), Critical Race Theory. The Key Writings That Formed The Movement, New York 1996.

[9] Vgl. Masiha Eggers u.a. (Hrsg.), Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißheitsforschung in Deutschland, Münster 2017; Martina Tißberger, Critical Whiteness. Zur Psychologie hegemonialer Selbstreflexion an der Intersektion von Rassismus und Gender, Wiesbaden 2017.

Unterdrückungsakt entrissen werden würden.[10] Und viertens sei hier „white fragility“, also „weiße Empfindlichkeit“ genannt. Gemeint ist damit eine Auffassung von Weißen, wonach diese über Rassismus ungern reden und sich so einer Selbstreflexion verweigern wollten. Derartige Einstellungen bestünden auch und gerade bei sich fortschrittlich wähnenden Weißen.[11] Die folgenden kritischen Ausführungen bestreiten nicht einen „wahren Kern“ bei den gemeinten Positionen. Sie beziehen sich auf bestimmte, ihnen eigene Elemente, die objektiv gegen universalistische Prinzipien gerichtet sind.[12]

4. Antiindividualismus und Gruppenfixierung als Prinzipien

Erstens soll es um den Antiindividualismus und die Gruppenidentität gehen, durchziehen doch derartige Einstellungen die identitätspolitischen Positionen. Diese Aussage setzt zunächst eine Erläuterung voraus: Die Ausrichtung am einzelnen Individuum ist konstitutiv für die kulturelle und politische Moderne, wobei der gemeinte Einzelne dabei nicht als isoliertes Wesen gedacht wird. Es geht lediglich um einen bestimmten Ausgangspunkt für soziale Ordnung, worin eben konstitutiv das Individuum mit seinen Rechten im Zentrum steht. Ihm obliegt dann in freier Entscheidung, sich einer besonderen Gruppe in unterschiedlicher Intensität zugehörig zu fühlen. Für die hier zu erörternden Aspekte ist es bei der Einschätzung einer Person wichtig, dass deren individuelles Agieren, nicht aber eine kollektive Identität den normativen Maßstab liefert. Anders formuliert: Der Charakter und nicht die Hautfarbe ist wichtig. Dieses konkrete

[10] Vgl. M. M. Eboch (Hrsg.), Cultural Appropriation, New York 2019; Greg Tate (Hrsg.), Everything But The Burden. What White People are Taking From Black Culture, New York 2003.

[11] Vgl. Mohamed Amjahid, Der weiße Fleck. Eine Anleitung zu anti-rassistischem Denken, München 2021; Robin DiAngelo, Wir müssen über Rassismus sprechen. Was es bedeutet, in unserer Gesellschaft weiß zu sein, Hamburg 2020.

[12] Vgl. aus feministischer Blickrichtung die vehemente Polemik: Caroline Fourest, Generation beleidigt. Von der Sprachpolizei zur Gedankenpolizei. Über den wachsenden Einfluss linker Identitärer. Eine Kritik, Berlin 2020.

Beispiel spielt auf bekannte Worte an, welche durch Antiindividualismus und Gruppenfixierung negiert werden.

Doch bevor diese Aussage belegt und erörtert werden soll, gilt es zunächst den Antiindividualismus zu veranschaulichen. Robin DiAngelo, die als Begründerin des erwähnten „weiße Empfindlichkeit"-Konzepts gelten kann, tritt ganz offen gegen „die Ideologie des Individualismus" ein. Dieses Denken habe die Funktion, „die Rassenhierarchie aufrechtzuerhalten."[13] Damit wendet sie sich auch gegen die erwähnte Einstellung, die auf eine berühmte Aussage von Martin Luther King verwies. Er erklärte: „Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilen wird."[14] Individuelle Eigenschaften sollten demnach entscheidend sein, nicht kollektive. Für DiAngelo wurde damit „Farbenblindheit … als Mittel gegen Rassismus propagiert, und Weiße behaupteten, sie nähmen die ‚Rasse' gar nicht mehr wahr …"[15] Mit dieser Deutung wird indessen der Kern der gemeinten Position verkannt, geht es dabei doch um individuelle Verantwortung.

Die Autorin denkt demgegenüber in Gruppenkategorien, was auch die in den Formulierungen deutlich werdenden Pauschalisierungen veranschaulichen. Durchgängig wird die Botschaft vermittelt, dass Rassismus von *den* Weißen nicht wahrgenommen werde. Diese Auffassung dürfte für einige Bereiche der weißen Gesellschaft durchaus zutreffen, ist aber als allgemeine Aussage über alle Weißen faktisch unangemessen. Damit artikuliert sich die gemeinte Gruppenfixierung, die eine Aufteilung über die Rassismus-Thematik vornimmt. Einerseits bestehe die Opfergruppe der Schwarzen, andererseits die Unterdrückergruppe der Weißen. Die letztgenannte Ausrichtung geht dann mit einer Denkperspektive einher, die Unterschiede zwischen antirassistischen und rassistischen Weißen marginalisiert.[16] Berichte über manche „Black Lives Matter"-

---

[13] DiAngelo, Wir müssen über Rassismus sprechen (Anm. 11), S. 35.

[14] Martin Luther King, I Have A Dream Speech – August 28, 1963, in: www.youtube.com.

[15] DiAngelo, Wir müssen über Rassismus sprechen (Anm. 11), S. 76.

[16] Darauf weisen auch selbstkritische Anhänger linker Identitätspolitik gelegentlich hin, vgl. Susemichel/Kastner, Identitätspolitiken (Anm. 4), S. 90.

Demonstrationen veranschaulichen dazu die praktischen Konsequenzen, etwa wenn auch dortigen Antirassisten pauschal ihr Weißsein vorgeworfen wird oder schwarze und weiße Demonstranten separat gehen sollen.[17]

5. Essenzialisierung und Homogenisierung von Kulturen

Zweitens geht es hier um die Essenzialisierung und Homogenisierung von Kulturen, welche in der Auseinandersetzung um die erwähnte „kulturelle Aneignung“ deutlich wird. Dabei spielen die Einwände durchaus auf reale Probleme an. So kopieren Angehörige der weißen Mehrheitskultur etwa Mode, Musik oder Rituale aus anderen kulturellen Zusammenhängen. Ein hier immer wieder genanntes Beispiel sind die Dreadlocks als Frisur. Derartiges Agieren gilt als eine nicht legitime Aneignung aus einer anderen Kultur, welche als Ausdruck und Fortsetzung von Kolonialismus oder Rassismus wahrgenommen wird. Denn dadurch würden Geschäfte gemacht und Selbstdarstellungen gefördert, insofern handele sich um reale oder symbolische Benachteiligungen gegenüber diesen Kulturen und deren Repräsentanten. So meinte etwa Alice Hasters, Autorin des Buchs „Was weiße Menschen über Rassismus wissen sollten“, angesichts einer Kopie von afrikanisch geprägten Möbeln, Musik, Ritualen oder Schmuck durch Weiße: „Es ist eine Fortsetzung kolonialer Strukturen.“[18]

Auch wenn derartige Argumentationsmuster einen wahren Kern aufweisen, ergibt sich daraus eine problematische Position in einer nachfolgenden Verallgemeinerung. Denn hier artikulieren sich noch andere Implikationen: Sie bestehen in Annahmen über kulturelle Besonderheiten, die eben nur oder primär einer Kultur als innerem Wesen eigen sind. Gleichzeitig soll keine Aneignung durch Angehörige einer anderen Kultur erfolgen. Damit sehen die Anhänger dieses Denkens in den gemeinten Kulturen abgeschlossene und homogene Projekte. Denkt man diese Annahmen in ihrer Konsequenz weiter,

[17] Vgl. Johanna Soll, Zeit für Forderungen statt Wünsche, in: taz vom 25. Mai 2021, S. 13.

[18] Alice Hasters, Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen sollten, München 2019, S. 88.

würde dies auf die Etablierung „geschlossener Gesellschaften“ hinauslaufen. Nur Angehörige besonderer Kulturen könnten dann entsprechend geprägte Kulturgüter nutzen oder Verhaltensweisen praktizieren. Derartige Auffassungen laufen aber in der Konsequenz, die hier bezüglich der gesellschaftlichen Folgen für das soziale Miteinander mitgedacht werden sollte, auf kulturelle Reinheitsvorstellungen und damit auf entsprechende Trennungen hinaus.

Indessen äußern sich die Anhänger des gemeinten Denkens nicht genauer hinsichtlich der Maßstäbe für die Praxis, was dann epistemologisch und nicht polemisch zu konkreten Rückfragen motiviert: Darf Falafel dann nicht mehr von Weißen gegessen werden? Darf dann Jazz nicht mehr von Weißen gespielt werden? Darf dann Rap von Weißen nicht mehr gehört werden? Bestimmte Eigenschaften aus einer Kultur lassen sich nicht nur exklusiv einer Kultur zuschreiben. In Form und Inhalt können sie identisch oder reformiert in anderen kulturellen und sozialen Zusammenhängen vorkommen. Gerade dadurch erfolgen kulturelle Bereicherungen und Weiterentwicklungen, welche eben durch Essenzialisierungen und Homogenisierungen verhindert werden würden. Die gegen „kulturelle Aneignung“ vorgebrachten Einwände hätten demnach fatale Konsequenzen für eine kulturelle Vielfalt.[19] Gerade die kulturell offenen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft wären davon betroffen. Um im Beispiel zu bleiben: Dreadlocks werden weniger von Rassisten getragen.

6. Konsequenzen eines Kultur- und Menschenrechtsrelativismus

Drittens sollen die Konsequenzen eines Kultur- und Menschenrechtsrelativismus angesprochen werden, wobei es insbesondere um die Folgen der erwähnten Gruppenfixierung geht. Denn das identitätslinke Denken ist an bestimmten Kollektiven und ihren Kontexten, aber eben nicht an universellen Werten orientiert. Dabei gilt die Auffassung von Benachteiligung als entscheidendes Kriterium, etwa wenn Rassismus als System für eine Weltordnung

[19] Dies deuten auch selbstkritische Anhänger linker Identitätspolitik an, vgl. Susemichel/Kastner, Identitätspolitiken (Anm. 4), S. 11 und 69.

verstanden wird. Die für „rassifizierte Gruppen“ bestehende Hierarchie „lautet, ganz grob, so: *Weiße* ganz oben, Schwarze ganz unten.“[20] Diese Einschätzung der erwähnten Alice Hasters trifft für das rassistische Selbstverständnis zu. Indessen wird diese Auffassung dann mit der pauschalen Gruppenzugehörigkeit umgedreht, wonach es eben die Opfergruppe und die Unterdrückergruppe als Schwarze und Weiße gibt. Ähnliche Auffassungen kursieren zu anderen, als diskriminiert geltenden Minderheiten, etwa wenn Muslime primär als Objekte eines kursierenden „antimuslimischen Rassismus“ wahrgenommen werden.

Dass deren Angehörige eine kritikwürdige Benachteiligung erfahren, soll hier nicht in Abrede gestellt werden, geht es doch um einen anderen Gesichtspunkt: die externen Einwänden gegenüber geschlossener Gruppen- bzw. Kulturidentität. Denn wenn ein bestimmtes Kollektiv pauschal als Opfer gilt, dann gilt nahezu jeder Einwand gegen dessen innere Gegebenheiten als rassistisch. Dass es ein bedeutsames Ausmaß von Frauenunterdrückung oder Homosexuellenfeindlichkeit unter Muslimen oder Schwarzen gibt, wird so hinsichtlich der Aufmerksamkeit für beide als diskriminierte Gruppen wahrgenommene Kollektive zu einem Tabuthema. Im identitätslinken Diskurs existiert auch kein inhaltlicher Maßstab, womit hier Einwände und Kritik begründet vorgetragen werden könnten. Diese stünden für eine normative Auffassung von Menschenrechten im universellen Sinne, die also nicht ihre inhaltliche Grenze an einer besonderen Kollektividentität hätte. Damit bestünde auch eine erklärte Frontstellung gegen einen hier präsenten Kulturrelativismus.

Gemeint ist damit eine postulierte Gleichrangigkeit von Kollektiven und Kulturen, wobei etwa die Einhaltung von Menschenrechten keine sonderliche Relevanz mehr hätte. Da aber der identitätslinke Diskurs angebliche Opferkollektive pauschal in Schutz nehmen will, läuft diese Denkungsart auf kultur- wie menschenrechtsrelativistische Konsequenzen hinaus. Normative Ansprüche gelten in diesem Sinne zutreffend als universalistische Werte. Dagegen positioniert sich etwa die als muslimische Feministin bekannt gewordene Kübra Gümüsy, die darin nur ein Herrschaftsinstrument sieht: „Um ihre eigene, partikulare

[20] Hasters, Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen (Anm. 18), S. 15.

Sicht auf die Welt zu einer universellen zu erklären, geben die Benennenden ihr Namen: *universal*, *neutral*, *rational*, *objektiv*.“[21] Angemessen an diesen Einwänden ist, dass die Menschenrechte auch vom Westen politisch instrumentalisiert wurden. Dies spricht aber nicht gegen deren kulturübergreifende Bedeutung für die Gestaltung des sozialen Miteinanders, was auch und gerade die Ablehnung von Minderheitenfeindlichkeit und Rassismus einschließt.

7. Betroffenheitsperspektive statt Wissenschaftlichkeit

Viertens soll die Ausrichtung an der Betroffenheitsperspektive statt der Wissenschaftlichkeit kritisch thematisiert werden. Es geht dabei um den Anspruch innerhalb der Identitätslinken, dass die Diskriminierung von Minderheiten nur von Minderheitenangehörigen angemessen thematisiert werden könne.[22] Darüber hinaus wird auch im „Geschichten erzählen“ („storytelling“) eine höhere Wahrheit gesehen.[23] Beide Auffassungen machen berechtigt darauf aufmerksam, dass Benachteiligungen von Betroffenen anders als von Unbeteiligten empfunden werden. Diese besondere Perspektive müsste eine differenzierte Wahrnehmung mit berücksichtigen. Gleichwohl sollen dabei dann die Akteure von Aussagen und nicht deren Inhalte im Zentrum stehen. Die bereits erwähnte DiAngelo bemerkte: „Ich frage nicht: ‚Ist diese Behauptung wahr oder falsch?‘ … Stattdessen frage ich: ‚Welche Funktion erfüllt diese Behauptung im Gespräch?‘“[24] Durch diese Denkweise erfolgt für Gültigkeitsansprüche aber eine Verschiebung: hin zum persönlichen Empfinden, weg vom objektiven Sachverhalt.

Welche Folgewirkungen derartige Positionen hätten, macht ein Fallbeispiel zur Veranschaulichung deutlich: Ein bekannter Historiker sollte zur Kolonialismuswahrnehmung in der afrikanischen Welt

---

[21] Kübra Gümüsay, Sprache und Sein, 17. Auflage, München 2021, S. 58.

[22] Vgl. Charlotte Busch, Mimosen, Mimesis und Mimi, in: Eva Berendsen/Saba-Nur Cheema/Meron Mendel (Hrsg.), Trigger Warnung. Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen, Berlin 2019, S. 41-52; Hilal Sezgin, Verzeihen statt Pingpong spielen, in: ebenda, S. 37-39.

[23] Vgl. Delgado/Stefancic, Critical Race Theory (Anm. 8), S. 44-57.

[24] DiAngelo, Wir müssen über Rassismus sprechen (Anm. 11), S. 121.

sprechen. Er gehörte zu den bedeutendsten deutschen Forschern zum Thema, ist aber Weißer. Dies motivierte die Kommunikationssoziologin Natasha A. Kelly dazu, sich erfolgreich gegen dessen öffentlichen Auftritt zum Thema auszusprechen. Er könne nur aus einer weißen Perspektive und nicht für uns sprechen. Mit „uns" meinte Kelly allgemein die Schwarzen. Ein weißer Mann, so äußerte sie weiter, sei nicht in der Lage, die Perspektive schwarzer Menschen einzunehmen. Dabei gehe es nicht um den angesprochenen Historiker, sondern um das Machtsystem. Gemeint war ein „struktureller Rassismus".[25] Diese Aussage setzt offen die Betroffenheits- gegen die Wissenschaftsperspektive. Es lässt sich ansonsten kaum mit Argumenten begründen, warum Folgewirkungen des Kolonialismus nicht auch von einem Weißen auf Wissenschaftsbasis thematisiert werden könnten.

Derartige epistemologische Auffassungen öffnen indessen dem ideologisch instrumentalisierenden Missbrauch den diskursiven Weg. Denn dann müssen bestimmte Kategorien nicht mehr über einen Merkmalskatalog definiert werden, genügt doch das von angeblichen Betroffenen artikulierte subjektive Empfinden. Auch vor Gericht ist bekanntlich der entscheidende Maßstab nicht die gemeinte Opferperspektive, sondern ein nach sorgfältiger Prüfung erfolgtes neutrales Urteil. Die erwähnte Auffassung richtet sich gegen ein solches Denken und damit ebenso gegen ein konstitutives Prinzip von Wissenschaftlichkeit. Deutlich wird dies bei den identitätspolitischen Diskursen etwa anhand der „Islamophobie"-Kategorie: Die Anhänger des Konzepts legen keinen trennscharfen Merkmalskatalog dazu vor, diffamieren aber mit dieser Bezeichnung willkürlich kritische Stimmen. So gelten dann Einwände gegen Frauendiskriminierung oder Judenfeindschaft unter Muslimen als „islamophob", mitunter auch bei liberalen Muslimen.[26]

---

[25] „Schweig alter Mann". Wie Identität spaltet (ZDF-Sendung) (3. Mai 2021), in: www.youtube.de.

[26] Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die fehlende Trennscharfe des „Islamophobie"-Konzepts in der Vorurteilsforschung. Ein Plädoyer für das Alternativ-Konzept „Antimuslimismus" bzw. „Muslimenfeindlichkeit", in: Gideon Botsch (Hrsg.), Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich, Berlin 2012, S. 11-28; Armin Pfahl-Traughber, „Islamophobie" und „Antimuslimischer

8. Etablierung stereotyper Geschichts- und Gesellschaftsbilder

Fünftens soll die Etablierung stereotyper Geschichts- und Gesellschaftsbilder angesprochen werden, wobei es um eine einseitige bis falsche Deutung der westlichen Demokratien und deren durchaus nicht unproblematischer Vergangenheit geht. Dort entstanden Auffassungen zu kulturellen Räumen, die von Einseitigkeiten und Klischees mit normativen Verwerfungen verbunden sind. Dies kritisieren Identitätslinke durchaus zutreffend, wenn etwa von der herabwürdigenden „Orientalismus"-Vorstellung gesprochen wird. Diese Bezeichnung wurde von dem amerikanisch-palästinensischen Literaturwissenschaftler Edward Said geprägt, welcher in seinem gleichnamigen Buch auf das negative Konstrukt von einem „Orient" aufmerksam machen wollte.[27] Damit würden Gesellschaften des Nahen Ostens allgemein als „bedrohlich", „mysteriös" oder „rückständig" wahrgenommen. So sei erst das Gegenbild vom „Orient" im Westen entstanden. Auch wenn dazu eine differenziertere Betrachtung nötig wäre, kann dieser Grundaussage eingeschränkt zugestimmt werden.

Gegenüber einer derartigen einseitigen Betrachtungsweise postulieren Identitätslinke ihren „Okzidentalismus", der das Bild von einem „imperialistischen", „materialistischen" und „rassistischen" Westen vermittelt. Die Bezeichnung stammt von Ian Buruma und Avishai Margalit, ein niederländischer Journalist und ein israelischer Philosoph, die in einem ebenso betitelten Buch diverse Gemeinsamkeiten von Feinden westlicher Gesellschaften und Werte herausarbeiteten.[28] Dabei erblickten sie die ideengeschichtlichen Grundlagen dafür nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb der westlichen Welt. Beide Fehldeutungen haben ihre wahren Kerne, gleichwohl stellen „Okzidentalismus" und „Orientalismus" ideologische Zerrbilder dar. Denn die aufklärerischen Errungenschaften werden von der

---

Rassismus" – Dekonstruktion zweier Hegemonie-konzepte aus menschenrechtlicher Perspektive, in: Zeitschrift für Politik, 67. Jg., Nr. 2/2020, S. 133-152.

[27] Vgl. Edward Said, Orientalismus (1978), Frankfurt/M. 2009. Auf die Debatte und Kritik dazu kann hier aus Raumgründen nicht eingegangen werden.

[28] Vgl. Ian Buruma/Avishai Margalit, Okzidentalismus. Der Westen in den Augen seiner Feinde, München 2005.

Identitätslinken hinsichtlich des Westens ignoriert. Damit geraten auch die normativen Grundlagen, die einen universellen Antirassismus mit Gleichwertigkeit, Individualismus und Menschenrechten prägen, aus der Wahrnehmung.

Derartige Einseitigkeiten kann man auch in den Geschichtsbildern wahrnehmen, wofür als Beispiel die Geschichte der Sklaverei gelten soll: Es gehört zu Doppelmoral und Heuchelei, wenn die fundamentale Gleichwertigkeit von Menschen als konstitutives Prinzip des Selbstverständnisses beschworen wird und gleichzeitig im gesellschaftlichen Leben dann Menschen in der Sklaverei als verhandelbare Ware gelten. Genau diese Gegebenheit prägte dauerhaft und wirksam die frühe Geschichte der USA, ein bedeutender Teil des Westens. Die Empörung darüber ist angesichts der Fernwirkungen auch heute noch wichtig. Gleichwohl darf die Einsicht in diese historischen Fakten nicht vergessen machen, dass das Ausmaß und die Dauer der Sklaverei in der afrikanischen und arabischen Welt bedeutend höher waren.[29] In Frankreich endete sie 1794 (bzw. 1848), in Großbritannien 1807, demgegenüber im Iran 1928 und in Saudi Arabien 1962. Doch die Identitätslinke blickt häufig nur auf die Sklaverei im Westen, während die Erinnerung an sie in anderen Regionen meist ein Tabu ist.

9. Antirassismus in partikularer und universeller Perspektive

Und sechstens soll der partikulare zugunsten des universellen Antirassismus einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Dazu bedarf es zunächst einer definitorischen Erläuterung: Die partikulare Auffassung ist vor allem auf spezifische Gruppen fixiert und streitet mitunter Rassismus für andere Varianten ab. Demnach mangelt es dabei an einer allgemeinen Blickrichtung, eben in Form einer universellen Perspektive. Diese Auffassung sieht in allen Diskriminierungsformen, die auf eine behauptete ethnische Besonderheit als inhaltliches Kriterium bezogen ist, letztendlich Formen von Rassismus. Demgegenüber erfolgen hierzu Ausweitungen wie Einschränkungen,

[29] Vgl. Tidane N'Diaye, Der verschleierte Völkermord. Die Geschichte des muslimischen Sklavenhandels in Afrika, Reinbek 2010; Bernard Lewis, Race and Slavery in the Middle East. An historical Enquiry, Oxford 1990.

die von Exponenten der Identitätslinken vorgenommen werden. Der letztgenannte Aspekt wird etwa in der Auffassung deutlich, dass es keinen Rassismus gegen Weiße geben könne und auch nie gegeben habe. Denn nur Angehörige einer Dominanzkultur könnten einschlägige Handlungen umsetzen, da eine existente Machtstruktur für Rassismuswahrnehmungen eine notwendige Vorgabe sei.

Dafür steht Susan Arndt, eine Anglistin und Kulturwissenschaftlerin, die auf eine selbst gestellte Frage „Gibt es auch in Ghana Rassismus?“ antwortete: „Wenn weiße Migrant_innen aus Portugal oder Italien diskriminiert werden, handelt es sich nicht um Rassismus.“[30] Und in einem Interview postulierte sie als abgesichertes Wissen, „dass Schwarze Weiße nicht rassistisch diskriminieren können, denn es ist das Wesen des Rassismus, die Überlegenheit von Weißen und deren Privilegien, Diskriminierung und Gewalt zu postulieren.“[31] Diesen Ausführungen kann bezogen auf die Geschichte und Gesellschaft zugestimmt werden, gleichwohl ignorieren sie Benachteiligungen in anderen Dominanz- bzw. Mehrheitsverhältnissen. Dazu würde das im Beispiel genannte Ghana als Land gelten, wo Schwarze eben sehr wohl Weiße rassistisch kommentieren könnten. Denn allgemein ist damit eine Diskriminierung aufgrund von ethnischen Merkmalen gemeint, eben unabhängig von einer schwarzen oder weißen Hautfarbe des betroffenen Opfers.

Die gegenteilige Auffassung hat denn auch merkwürdige Konsequenzen. Die erwähnte Kommunikationssoziologin Natasha A. Kelly meinte: „Rassismus gegen *weiße* Menschen gibt es … nicht und hat es auch noch nie gegeben …“[32] Derartige Aussagen ignorieren nicht nur die Judenverfolgung und Shoah, die eben für Rassismus von Weißen gegen andere Weiße stehen. So wird auch in umgekehrter Denkperspektive ignoriert, dass es einen von Schwarzen an Schwarzen begangenen Völkermord geben konnte. Dafür stehen die Ereignisse 1994 in Ruanda, wo bis zu eine Millionen eben Opfer eines Rassismus wurden. Der erwähnte partikulare Antirassismus kann dies nicht zur

[30] Susan Arndt, Rassismus. Die 101 wichtigsten Fragen, München 2015, S. 30.
[31] Susan Arndt, Das Ende der Überlegenheitsarie (Interview) (21. April 2020), in: www.taz.de.
[32] Natasha A. Kelly, Rassismus. Strukturelle Probleme brauchen strukturelle Lösungen!, Zürich 2021, S. 10

Kenntnis nehmen, ein Antirassismus im universellen Sinne schon. Die vorgetragenen Einwände richten sich gegen diese eingeschränkte Perspektive. Ihr kann die Aussage „Nicht mein Antirassismus“ der türkischstämmigen Journalistin Canan Topcu entgegengestellt werden, welche gegen die Etablierung neuer Fronten durch eine pauschale Opfer-Täter-Zuschreibung votiert.[33]

10. Exkurs: Antisemitismus als identitätslinke Leerstelle

Und dann soll noch in einem Exkurs auf eine auffällige Leerstelle bei der Identitätslinken aufmerksam gemacht werden. Man engagiert sich für diverse Minderheiten, wozu Diverse, Muslime oder Schwarze zählen. Indessen fällt auf, dass eine bestimmte Minderheit bei den vielen Minderheiten fehlt: die Juden. Warum geht es nicht auch gegen Antisemitismus, denn Juden werden nach wie vor bedroht? Allgemein wird ein Anstieg nicht nur für Deutschland, sondern für viele andere Länder konstatiert. Doch warum ist das bei der Identitätslinken kein relevantes Thema? Dafür gibt es wohl unterschiedliche Gründe. In bekannten Fällen von Gewalthandlungen waren es besondere Täter: arabischstämmige Muslime. Damit gehören sie auch einer diskriminierten Minderheit an. Indessen macht dieses Fallbeispiel deutlich: Angehörige einer benachteiligten Gruppe können auch selbst diskriminierend gegenüber Angehörigen einer anderen Gruppe wirken. Diese Einsicht passt indessen nicht in das von anderen Gegensätzen und Konfliktlagen dominierte identitätslinke Weltbild.

Denn dort gibt es nach den behandelten Auffassungen eine Dominanzkultur der Weißen, wovon dann die Diskriminierung von Minderheitenangehörigen ausgeht. Und insofern kann es aus dieser Denkperspektive keinen Rassismus von Schwarzen gegen Weiße geben. Doch wie steht es um die Angriffe in den genannten Fällen? Denn die erwähnten Juden waren auch Weiße. Gehörten sie damit ebenfalls einer Dominanzkultur an? Wie würde man diese Dominanzkultur benennen? Oder sollte sich in den Gewalthandlungen nur eine überspitzte „Israelkritik“ artikulieren? Und gehörten die

[33] Vgl. Canan Topcu, Nicht mein Antirassismus. Warum wir einander zuhören sollten, statt uns gegenseitig den Mund zu verbieten. Eine Ermutigung, Köln 2021, S. 9-18.

betroffenen Juden irgendwie zu diesem Kollektiv? Waren sie gar individueller Bestandteil eines „zionistischen Kollektivs“? Man könnte derartige Gedanken noch weiter spinnen, um die Absurdität mancher identitätslinker Denkungsarten gerade in der Frage der Judenfeindschaft und deren Konsequenzen zu veranschaulichen. Deutlich machen die Ausführungen aber schon hier: Es geht nicht grundsätzlich um alle Diskriminierungen und alle Minderheiten.

Durch die empirische Forschung in europäischen Ländern ist bekannt, dass antisemitische Einstellungen unter Muslimen überdurchschnittlich stark präsent sind. Sie liegen gegenüber den befragten Christen zwei- bis dreifach höher.[34] Doch warum ist das in der Identitätslinken kein Thema? Eine Antwort lautet: Die Einsicht in diese Fakten stört ein simples Weltbild. Es orientiert sich an diskriminierten Gruppenidentitäten, nicht an universellen Menschenrechten. Ansonsten würde man Benachteiligungen nicht nur durch Individuen der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch durch Individuen der Minderheitsgesellschaften kritisieren. Antisemitismus in Einstellungen und Handlungen lässt sich eben auch in solchen Kontexten ausmachen. Eine identitätspolitische Blickrichtung geht aber dualistisch von einer diskriminierenden Mehrheitsgesellschaft und diskriminierten Minderheitengesellschaften aus, was in dieser Pauschalität ohnehin nicht der sozialen Realität entspricht. Für Antisemitismus kann in diesem Dualismus dann aber keine Einordnung vorgenommen werden.

11. Formale Gemeinsamkeiten mit der Identitätsrechten

Abschließend soll noch auf die formalen Gemeinsamkeiten von Identitätslinker und Identitätsrechter hingewiesen werden.[35] Dabei geht

---

[34] Vgl. den Beitrag von Günther Jikeli in diesem Band sowie ders., Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland und Europa, in: Olaf Glöckner/Günther Jikeli (Hrsg.), Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute, Hildesheim 2019, S. 49-72; Ruud Koopmans, Religious fundamentalism and hostility against outgroups. A comparison of Christians and Muslims in Western Europe, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 41 (2015), S. 33-57.

[35] Vgl. Hendrik Hansen, Linke und rechte Identitätspolitik. Ein Vergleich der poststrukturalistischen wende im Linksextremismus mit dem Ethno-pluralismus und Nominalismus der Neuen Rechten, in: Hendrik

es nicht um eine Gleichsetzung beider Strömungen, was angesichts inhaltlicher Unterschiede unangemessen wäre. Denn während sich die Identitätslinke für diskriminierte Minderheiten engagieren will, will die Identitätsrechte für die autochthone Mehrheitsgesellschaft eintreten. Beide können für diesen Anspruch übrigens keine demokratische Legitimation vorweisen, fehlt es doch an Belegen für eine in den jeweiligen Bezugsgruppen existierende mehrheitliche Zustimmung. Gleichwohl bestehen fundamentale Differenzen hinsichtlich der propagierten Einstellungen, die etwa einmal für und einmal gegen Minderheitenrechte orientiert sind. In diesen inhaltlichen Auffassungen und den diversen Bezugsgruppen lassen sich denn auch die konstitutiven Unterschiede festmachen. Es gibt im jeweiligen Denken aber auch formale Gemeinsamkeiten, wobei sich nur die inhaltlichen Vorzeichen unterscheiden.

Beiden sind ein Antiindividualismus und eine Gruppenfixierung eigen, kommt doch der Identität gegenüber einem Kollektiv ein hoher Stellenwert zu. Bei der Identitslinken geht es um die angesprochene Minderheit, bei der Identititätsrechten um die behauptete Nation. Beide gehen auch von einer Essenz in der jeweiligen Kultur aus, welche nicht nur Bestand hat, sondern auch keiner Kritik ausgesetzt werden sollte.[36] Bei der Identitätslinken ist es etwa das Muslimsein, bei der Identitätsrechten ist es die Volkszugehörigkeit. Beiden ist auch die Hautfarbe als Kategorie zur Unterscheidung wichtig. Dabei ist sie bei der Identitätslinken bezogen auf den Opferstatus, bei der Identitätsrechten hinsichtlich einer Volksidentität wichtig. Beide betreiben einen Kultur- und Menschenrechtsrelativismus, womit individuelle Grundrechte im universellen Sinne nicht mehr so relevant sein sollen. Bei der Identitätslinken sieht man darin Kritikpotentiale gegenüber Minderheiten, bei der Identitätsrechten unangemessene Interventionen in die nationale Souveränität.

Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019/20 (II), Brühl 2021, S. 242-289; Armin Pfahl-Traughber, Antiindividualismus und Antiuniversalismus als Konsequenz. Die Gemeinsamkeiten von Identitätslinker und Identitätsrechter, in: perspektiven ds, 37. Jg., Nr. 2/2020, S. 137-152.

[36] Auch selbstkritische Anhänger linker Identitätspolitik sehen hier kaum noch Unterschiede, vgl. Susemichel/Kastner, Identitätspolitiken (Anm. 4), S. 89.

Beide nehmen in der Bilanz eine partikularistische gegen eine universalistische Perspektive ein. Und genau in dieser Denkperspektive besteht auch ein Gefahrenpotential, das etwa die Menschenrechte in einem universalistischen Sinne relativieren will. Sie werden damit nicht mehr als Individual-, sondern als Kollektivrechte verstanden. Diese sollen sich in der Gesellschaft für die Identitätslinke auf bestimmte Minderheiten beziehen, während die Identitätsrechte damit Nationen oder Völker meint. Im öffentlichen Diskurs wirbt dabei die Identitätsrechte für Positionen, die von der Identitätsrechten zu ihrer Selbstlegitimation genutzt werden können. Dies macht etwa der beiderseitige Anspruch auf „Differenz“ deutlich, ähnliches gilt für gesellschaftliche Konsequenzen einer „Separierung“. Derartige Auffassungen von links brauchen nur von rechts mit anderen Inhalten gefüllt werden. „Im Ernst, diese linke Identitätspolitik“, so die US-amerikanische Philosophin Susan Neiman, „öffnet nicht nur Türen, sie öffnet ganze Häuser der Rechten.“[37]

12. Schlusswort und Zusammenfassung

Die kritischen Anmerkungen zu linker Identitätspolitik beabsichtigten nicht deren komplette Verwerfung. Aus den allgemeinen Auffassungen lassen sich auch bedeutsame Einsichten ableiten, welche für die differenzierte Analyse von diversen Minderheitendiskriminierungen relevant sind. Gemeint sind hier folgende Gesichtspunkte: Ein Alltagsrassismus wird vielfach von Mehrheitsangehörigen nicht wahrgenommen, hat aber soziale Folgen für Minderheitenangehörige. Die Beschäftigung mit Rassismus ist für Schwarze „normal“, nicht aber notwendigerweise für Weiße. Angehörige der Mehrheitsgesellschaft sollten hinsichtlich ihres Sozialstatus hier kritisch reflektierend genauere Überlegungen anstellen. Auch als anders erscheinende Identitätsmerkmale haben in einem gesellschaftlichen Pluralismus einen legitimen Stellenwert, was als Einsicht einen notwendigen Respekt im Sinne von sozialer Würde nach sich zieht sollte. Gleichwohl dürfen diese Einsichten sich nicht gegen die für das

[37] Susan Neiman, „Das ist die Anziehungskraft des Grusels“ (Interview), in: Cicero, Nr. 9 vom September 2020, S. 24-26, hier S. 26.

gesamtgesellschaftliche Miteinander relevanten universellen Prinzipien richten.

Eine diesbezügliche Gefahr ergibt sich durch die partikularistischen Prägungen des identitätslinken Selbstverständnisses, das auf angeblich homogene Gruppen von Minderheitenangehörigen orientiert ist. Aufgrund der damit einhergehenden Fixierung auf Identität und Kollektive ignoriert man aber damit einhergehende problematische Positionen. Sie bestehen in einem ausgeprägten Antiindividualismus und Menschenrechtsrelativismus, welche geschlossene Gesellschaften von Identitätskollektiven entstehen lassen. Darin können nicht nur aufgrund der Gruppenidentität jeweils Individualrechte erodieren, sondern auch die normative Basis für ein größeres soziales Miteinander. Man hätte es statt einer Gesellschaft freier Individuen mit unterschiedlichen Kollektiven mit partikularen Wertefundamenten zu tun. So entfiele aber auch die allgemein geteilte Basis dafür, wie Konfliktregelungen erfolgen sollten.[38] Es ginge dann bei Gruppenbildungen nicht mehr um einen Pluralismus mit einem nicht-kontroversen Sektor, sondern um eine Spaltung über kollektive Zuordnungen.

Die erwähnten identitätslinken Diskurse fördern bewusst oder unbewusst derartige Entwicklungen. Mitunter deuten einzelne Autoren auch bestimmte Konsequenzen an, was ein Auszug aus dem Grundlagenwerk zur „kritischen Race-Theorie“ zeigt, worin die beiden Juristen Richard Delgado und Jean Stefancic schrieben: „Im Gegensatz zum traditionellen Diskurs über Bürgerrechte, der den schrittweisen Fortschritt betont, stellt die Kritische Race-Theorie die liberale Ordnung ganz grundsätzlich infrage – inklusive des Gleichheitsgrundsatzes, des Abwägens rechtlicher Argumente, des Rationalismus der Aufklärung und des Neutralitätsprinzips der Verfassung.“[39] Derartige deutliche Bekundungen bedürfen hier keiner ausführlichen Kommentierung. Sie machen aber bezogen auf identitätslinke Grundpositionen deutlich, dass berechtigte

[38] Vgl. Kenan Malik, Das Unbehagen in den Kulturen. Eine Kritik des Multikulturalismus und seiner Gegner, Frankfurt/M. 2017; Cinzia Sciuto, Die Fallen des Multikulturalismus. Laizität und Menschenrechte in einer vielfältigen Gesellschaft, Zürich 2020.

[39] Delgado/Stefancic, Critical Race Theory (Anm. 8), S. 3.

Diskriminierungskritik fatale Konsequenzen etwa für rechtsstaatliche Selbstverständlichkeiten hätte. Einem universalistischen Antirassismus würden so die normativen Grundlagen entzogen.

Zusammenfassungen

Armin Pfahl-Traughber: Die Extremismustheorie lernt von der Neopluralismustheorie. Anregungen von Ernst Fraenkel zum Thema

Die Extremismustheorie und die Neopluralismustheorie aus den Politikwissenschaften weisen viele Schnittmengen auf. Dies gilt insbesondere für den Ansatz von Ernst Fraenkel, der als einer der Gründungsväter der bundesdeutschen Politikwissenschaften gilt. Er wies in seinem Ansatz des Neopluralismus auf Normen und Regeln auch des demokratischen Verfassungsstaates hin. Dazu gehörten die Auffassungen, dass erstens das Gemeinwohl nicht feststeht, sondern sich aus einem Meinungsstreit ergibt, dass zweitens ein „kontroverser" und ein „nicht-kontroverser Sektor" bestehen müssen, bedarf es doch allgemein geteilten Grundprinzipien für das politische Miteinander, und dass drittens eine identitäre Demokratiekonzeption zugunsten einer pluralistischen Demokratiekonzeption abzulehnen sei, denn erstere fordere eine politische Homogenität gegen den Pluralismus. Insbesondere diese drei Aspekte sind auch für die Extremismustheorie relevant: die erste Auffassung richtet sich gegen das essentialistische Denken hinsichtlich des Gemeinwohls, das Extremisten für sich mit Monopolanspruch einfordern; die zweite Auffassung kombiniert den Pluralismus mit einer Wertgebundenheit, die eben in den Basiswerten moderner Demokratie besteht; und die dritte Auffassung negiert das identitäre Gesellschafts- und Politikverständnis, das letztendlich auch eine Opposition ebenso wie den Pluralismus nicht mehr möglich macht.

Hendrik Hansen: „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates". Eine Analyse des neuen Phänomenbereichs aus Sicht der Extremismusforschung

Der neue Phänomenbereich „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates" wurde im April 2021 vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eingerichtet, nachdem es im Zuge der Corona-Proteste zu einer Radikalisierung von Teilen der Protestbewegung kam, die einerseits die verfassungsmäßige Ordnung

bekämpfen, aber andererseits nicht den bisherigen Phänomenbereichen, insbesondere dem Rechtsextremismus oder den „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“, zuzuordnen sind. Der Beitrag analysiert aus der Perspektive der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung, was die Kennzeichen dieses Phänomenbereichs im Vergleich zu anderen sind und zeigt die Heterogenität der Motive der Personen, die ihm zugeordnet werden können. Als zentraler Unterschied zu anderen Phänomenbereichen der Extremismusforschung wie dem Links- und Rechtsextremismus erweist sich, dass es hier keinen Gegenentwurf zur bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung gibt: Personen aus dem Spektrum der „Delegitimierer“ konzentrieren sich auf den Abwehrkampf gegen das bestehende System, ohne einen Gegenentwurf zu formulieren. Dies erklärt zugleich, warum sie in hohem Maße anschlussfähig an andere Formen des Extremismus sind.

Eva Weißbach: Das Phänomen der Entgrenzung. Ein Raster zur Analyse der Ausgangssituation, dem strategischen Vorgehen von Extremisten und der Entgrenzungswirkung im Links- und Rechtsextremismus.

In demokratischen Gesellschaften erfolgt eine breite Distanzierung von Extremisten. Gleichwohl lässt sich beobachten, dass Extremisten zunehmend demokratisch legitime Protestbewegungen für ihre Zwecke instrumentalisieren wollen. Sie versuchen, an die Mitte der Gesellschaft anzuschließen und die Grenzen zwischen dem extremistischen und demokratischen Spektrum aufzuweichen. Dieses Phänomen der Entgrenzung wird als eine bewusste Strategie von Extremisten verstanden und in dem Beitrag mittels eines entwickelten Rasters mit Analysekriterien systematisch untersucht. Die Kriterien lassen sich in drei Kategorien ordnen: (A) nach der für Extremisten günstigen Ausgangssituation, (B) dem strategischen Vorgehen von Extremisten und (C) der eigentlichen Entgrenzungswirkung. Das Raster dient als ein hilfreiches Analysetool, das strategische Vorgehen von Extremisten transparent zu machen und Entgrenzungsprozesse frühzeitig zu erkennen. Als Ergebnis der Analyse kann konstatiert werden, dass der Erfolg von Entgrenzungsprozessen maßgeblich von der Haltung und dem Verhalten der demokratischen Akteure innerhalb einer Protestbewegung abhängig ist. Indem die Gesellschaft wachsam

gegenüber solchen Entwicklungen ist und sich gegenüber Extremisten von Beginn an klar abgrenzt und distanziert, wird Entgrenzungsprozessen von vornherein der Nährboden entzogen.

Marcel Muth: Das Phänomen des politischen „Seitenwechsels“ im Extremismus – Ein Analyseschema zur Untersuchung von Motiven, Einflussfaktoren und Ursachen

Obwohl Extremisten aller Couleur ein hohes „Commitment“ zu ihrer Ideologie und ihrem politischen Umfeld aufweisen, kommt es immer wieder zu teils aufsehenerregenden „Seitenwechseln“. Namen wie Horst Mahler, Henning Eichberg oder Jürgen Elsässer sind hier nur die bekanntesten Beispiele. Geleitet von der Frage, welche Motive, Ursachen und Einflussfaktoren einen solchen Prozess begünstigen können, wird ein Analyseschema präsentiert, mit dem Seitenwechsel strukturiert und vergleichend untersucht werden können. Ausgehend erstens von empirischen Beispielen historischer „Seitenwechsler“ unterschiedlicher Konstellationen wird ein Spektrum an möglichen Bedingungsfaktoren eröffnet, in einem zweiten Schritt geclustert und unter Rückgriff auf andere Analysemodelle aus der Extremismusforschung systematisiert. Das Analyseraster berücksichtigt dabei den prozessualen Charakter des Untersuchungsgegenstands und richtet den Fokus auf drei Phasen des Wechsels: ideologische, strategische und organisatorische Determinanten in den Phasen vor und nach dem Seitenwechsel sowie die Phase des Übergangs selbst. Zur Veranschaulichung erfolgt eine Anwendung in Form einer Fallstudie am Beispiel des 2022 verstorbenen Publizisten Günter Maschke, der als bekannter Vertreter der APO zunächst in linksextremistischen Kreisen aktiv war und sich später zum Vertreter rechtsextremistischer Positionen gewandelt hat.

Maximilian Fuhrmann: Wer vage bleibt, gewinnt. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen der Extremismusforschung

In den letzten dreißig Jahren hat sich die Extremismusforschung als Zweig der deutschsprachigen Politikwissenschaft etabliert. Die zentrale Kategorie Extremismus ist durch eine Negativ- und eine Positiv-

definition bestimmt: Als Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und als Befürwortung extremistischer Denkmuster. Aufgrund ihrer unzureichenden Operationalisierung und Validierung genügen diese zentralen Definitionen nicht den Grundsätzen wissenschaftlicher Theoriebildung. Dies gilt auch für die davon abgeleiteten Unterkategorien Rechts- und Linksextremismus. Doch auf diesen Kategorien basiert die Prämisse der Extremismusforschung, gegen alle Extremismen gleichermaßen vorzugehen. Diese Prämisse wird jedoch nicht hinreichend begründet, weshalb ihre Eignung für die politische Praxis hinterfragt werden muss, da im vagen bleibt wann eine politische Strömung die Grenze zum Extremismus überschreitet. Diese Vagheit macht den Erfolg extremismustheoretischer Analysen im politischen Diskurs aus, da so ein hinreichend flexibles Instrument zur Bestimmung der „Feinde der Demokratie“ geschaffen ist. In den Sozialwissenschaften entfaltet die Extremismustheorie aufgrund der genannten Unzulänglichkeiten jedoch nur eine begrenzte Wirkung.

Philipp Scharf: Das (anti-)extremistische Tanzpaar: Die Kür als Katastrophe. Über die sozialwissenschaftliche Neuausrichtung eines umstrittenen Forschungsgegenstands.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung rund um die sprachliche Figur des Extremismus lähmt die sozialwissenschaftliche Forschung, welche sich mit genuinen Forschungsdesideraten auseinandersetzt. Denn die anhaltende Debatte über das Für und Wider des Extremismusbegriff ist geprägt von einer zunehmenden Selbstreferenzialität, die den Erkenntnisfortschritt sowohl bei den Apologeten der Extremismustheorie als auch ihren Kritikern behindert. In wiederkehrenden Schattendiskussionen werden altbekannte Argumente aufgewärmt. Nach einer ausführlichen Rekonstruktion der scheinbar ausweglos verfahrenen Situation sowie den neusten Erkenntnissen der Extremismustheorie hinsichtlich des „Linksextremismus“, bemüht sich der Beitrag fruchtbare Forschungsalternativen aufzuzeigen: Jenseits der Fokussierung auf den demokratischen Verfassungsstaat, sollte der Blick für die lokalkulturellen Kontextfaktoren, ihre historische Genese oder die gesellschaftliche Eingebundenheit geweitet werden. Der Fokus auf

einen Linksradikalismus als Teil der politischen Deutungskultur kann so unser demokratisches Verständnis erweitern.

Armin Pfahl-Traughber. Kritische Einwände gegen die Extremismustheorie in kritischer Prüfung. Antworten auf Maximilian Fuhrmann und Philipp Scharf

Die vorstehenden Ausführungen gegen die Extremismustheorie von Maximilian Fuhrmann und Philipp Scharf werden hier einer Prüfung unterzogen. Dabei geht es um die Auseinandersetzungsform der Kritik und nicht der Polemik. Auch zeigt der Beitrag, dass es bei der Extremismustheorie nicht um Gleichsetzungen, sondern um einen Vergleich geht. Dem folgt eine dezidierte Auseinandersetzung mit den Einwänden erstens bezüglich eines angeblich rein „typologischen" Erkenntnisinteresses, zweitens bezüglich angeblich „vager" Kriterien bei Zuordnungen, drittens bezüglich eines fehlenden „Schwellenwertes", viertens bezüglich einer angeblich einseitigen Staatsfixierung, fünftens bezüglich einer Nähe zu den Sicherheitsbehörden und sechstens bezüglich angeblich ignorierter Untersuchungsobjekte. Anschließend wird noch gegenüber den Extremismustheoriekritikern darauf hingewiesen, dass ihre Argumentation objektiv auf einen Demokratie- und Menschenrechtsrelativismus hinausläuft. Gleichwohl finden auch konstruktive Dimensionen der Einwände gegen die Extremismustheorie inhaltliches Interesse.

Christian Menhorn: Die Instrumentalisierung des Corona-Protestgeschehens durch rechtsextremistische Akteure. Eine Analyse von Zielsetzung und Wirkung

Die Protestbewegung gegen die staatlichen Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020 setzte sich aus einem überaus heterogenen Spektrum zusammen, das weitgehend von nicht-extremistischen Kräften unterschiedlicher Motivation geprägt war. Bei den Corona-Protestdemonstrationen versuchten aber auch Akteure mit extremistischer Motivation, Anschluss an die breite Masse der Demonstranten zu finden und systemfeindliche Positionen zu implementieren. Die Abhandlung

widmet sich in Form einer Zwischenbilanz der Frage, über welchen Einfluss Rechtsextremisten innerhalb des Demonstrationsgeschehens im Zeitraum von Frühjahr 2020 bis zur weitgehenden Lockerung der Beschränkungsmaßnahmen im März 2022 verfügten. Im Ergebnis ist es Rechtsextremisten – gemessen an ihren in den Frühzeiten der Pandemie formulierten Zielsetzungen – nicht gelungen, inhaltlich prägend auf die Protestbewegung einzuwirken. Allenfalls haben regionale rechtsextremistische Akteure zeitweilig eine gewisse Bedeutung erlangt, deren Dauerhaftigkeit sich hinsichtlich ihrer Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit aber noch erweisen muss.

Armin Pfahl-Traughber: Die politische Ideologie der Neuen Rechten in kritischer Prüfung. Eine Analyse anhand der Fallbeispiele Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann

Mit der Bezeichnung „Neue Rechte“ werden unterschiedliche Phänomene etikettiert. Damit ist hier eine rechtsextremistische Intellektuellen-Gruppe gemeint, welche sich auf das Gedankengut der Konservativen Revolution stützt und eine „Kulturrevolution von rechts“ vorantreiben will. Als deren bekannteste Akteure gelten Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann, die dem „Institut für Staatspolitik“- bzw. dem „Junge Freiheit“-Komplex zugeordnet werden können. Die Abhandlung blickt auf deren Menschenbild von einem unmündigen Unterworfenen, die daraus abgeleitete Einforderung einer politischen Elitenherrschaft, deren Betonung von ethnischer „Wir“ und „Nicht-Wir“-Unterscheidung oder die Einforderung von Homogenität für eine nationale Sozialordnung. Deutlich wird dabei eine rechtsextremistische Ausrichtung, eben in Anlehnung an das Gedankengut der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik. Indessen können die genannten Akteure ihre politischen Auffassungen selbst gar nicht konkreter hinsichtlich einer möglichen Umsetzbarkeit in einer begründeten inhaltlichen Zusammenfassung präsentieren.

Thomas Pfeiffer: Einstiegs- und Ausstiegsprozesse nordamerikanischer Rechtsextremisten. Eine Untersuchung anhand von vier Fallbeispielen aus gewalt- und diskursorientierten Szenen

Der Beitrag geht der Affinisierung zum Rechtsextremismus sowie der Konsolidierung, Fundamentalisierung und Distanzierung an vier nordamerikanischen Fallbeispielen nach: den Biographien von Derek Black, Frank Meeink, Arno Michaelis und Tony McAleer. Im Blickpunkt stehen die kindliche Sozialisation, Netzwerke und Diskurse, Erlebniswelten sowie Distanzierungsprozesse. Als Vergleichsfolie dient der auf die rechtsextremistische Szene in Deutschland bezogene Forschungsstand. Der Aufsatz geht der Frage nach, ob unterschiedliche Ausformungen dieser Szenen mit anders gelagerten Mustern und Motiven der Beteiligung verbunden sind. Erfordern Veränderungsprozesse des Rechtsextremismus somit ein grundlegend neues Repertoire der Prävention? Im Ergebnis überwiegen die Parallelen zu Faktoren, die auch hinsichtlich der deutschen Szene als typisch gelten. Hierzu zählen das Erleben von Zugehörigkeit, Anerkennung und Orientierung, Erfahrungen von Bedeutung, Stärke und Macht. Für die Distanzierung sind Integrationsangebote aus dem nicht extremistischen Raum zentral.

Wulf Kellerwessel: Alexander Dugin als ideologisch besonderer Extremist. Darstellung und Deutung seiner Vierten Politischen Theorie

Alexander Dugin, der angeblich auf Berater Putins Einfluss ausübt, hat zusammen mit geopolitischen Überlegungen eine „Vierte Politische Theorie“ entwickelt. Diese Theorien kombinieren den Gedanken einer Eigenständigkeit von Zivilisationen bzw. zivilisatorischen selbstbestimmten Großräumen, die an die Stelle von Staaten treten sollen, mit heftiger Kritik an der liberalen, menschenrechtlichen Zivilisation („dem Westen“). Zivilisationen sollen sich nach Dugin zwar über sich selbst bestimmen (dürfen), zugleich aber weder liberal sein noch das Individuum als Träger von (Menschen-)Rechten vorsehen. Stattdessen wird propagiert, nicht-liberale, politisch (rechts-)extremistische Einrichtungen vorzusehen, die religiös konnotiert und

von Gedanken Martin Heideggers getragen sind. Diese erweisen sich bei einer genaueren Analyse in vielerlei Hinsicht als extremistisch, aber auch als logisch selbstwidersprüchlich.

Armin Pfahl-Traughber: Das Konzept „Linksextremismus“ im Widerstreit. Eine Analyse von Einwänden, Gegenpositionen und Unterstellungen

Gegen das Konzept „Linksextremismus“ wird gelegentlich Widerspruch erhoben. Die gemeinten Autoren formulieren dabei diverse Einwände, die auch in abgewandelter Form häufig in politischen wie wissenschaftlichen Publikationen vorkommen: Es handelt sich dabei um Einwände hinsichtlich der Heterogenität im gemeinten Linksextremismus, hinsichtlich der Folgen für die empirische Forschung, hinsichtlich einer Gleichsetzung mit dem Rechtsextremismus, hinsichtlich einer Kapitalismuskritik als Merkmal, hinsichtlich vager Unterscheidungskriterien und hinsichtlich des geringen Nutzens für die Präventionsarbeit. Nach einer Erläuterung dazu, was mit Linksextremismus gemeint bzw. nicht gemeint ist, erfolgt eine kritische Prüfung der genannten Vorwürfe. Dabei lassen sich zwar in Detailfragen berechtigte Kritikpunkte erkennen, gleichwohl erlauben diese in ihren argumentativen Konsequenzen gegenüber dem Links-extremismus-Verständnis nicht eine pauschale Verwerfung. Man hat es häufig mit Fehlwahrnehmungen oder Unterstellungen zu tun. Auch vorgetragene Alternativbezeichnungen wie „linksaffin“ oder „linke Militanz“ führen hier nicht weiter, mangelt es ihnen doch an der nötigen Klarheit und Trennschärfe.

Udo Baron: Von der Radikalisierung in die Gewalt zur Radikalisierung in der Gewalt. Eine prognostische Analyse zu Gefahrenpotentialen in der Autonomen-Szene

Blickt man auf die Entwicklung im gewaltorientierten Linksextremismus, so scheint die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt zumindest bei Teilen dieses Spektrums immer geringer zu werden. Gezielte Übergriffe auch auf Menschen nehmen zu. Ausgehend von der These, dass sich Teile der Autonomen-Szene mittlerweile auf dem Weg von der Radikalisierung in die Gewalt zur

Radikalisierung in der Gewalt befinden, arbeitet der vorliegende Beitrag u. a. heraus, dass Radikalisierung und Gewalt auch im Linksextremismus zwei Seiten einer Medaille sind. Nimmt die Radikalisierung zu, so steigt auch die Gewaltbereitschaft, während wiederum eine erhöhte Gewaltbereitschaft Ausdruck einer zunehmenden Radikalisierung ist. Zugleich verdeutlicht der Aufsatz, dass es an wissenschaftlichen Studien zur Erforschung des Linksextremismus und an tragfähigen Konzepten zu dessen präventiver Bekämpfung bis heute weitgehend fehlt.

Udo Baron: Die Klimaschutzbewegung und der Linksextremismus 2.0 – Eine Analyse zu den Veränderungen linksextremistischer Beeinflussungsversuche

Der Klimaschutz ist ein Thema, das die Menschen weltweit bis in die Mitte der Gesellschaft bewegt. Um der globalen Erderwärmung und ihren Folgen entgegenzuwirken, hat sich deshalb in den letzten Jahren eine international agierende Klimaschutzbewegung formiert. Die von ihr ausgehenden Klimaproteste machen aber auch deutlich, dass nicht nur Demokraten, sondern auch Linksextremisten versuchen, die Klimaschutzbewegung für ihre Interessen zu vereinnahmen. Der Beitrag möchte im Sinne einer Fortschreibung meines Aufsatzes zum Thema aus dem letzten „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ den Veränderungen innerhalb der Klimaschutzbewegung mit Blick auf die Gruppierungen „Ende Gelände“ und „Letzte Generation“ nachspüren und kritisch analysieren. Vor allem die Frage, ob „Ende Gelände“ und die „Letzte Generation“ linksextremistisch beeinflusst oder gar schon als linksextremistisch zu bezeichnen sind, wird dabei breiten Raum einnehmen.

Aaron Kunze: Das europäische Netzwerk der „Muslimbruderschaft“. Eine quantitative Analyse der MB-Multifunktionäre.

Anhänger der „Muslimbruderschaft“ (MB) bauten in Europa ein weites Netzwerk von Moscheen, Vereinen, Instituten und Organisationen auf, die untereinander personelle, organisatorische und ideologische Verflechtungen aufweisen. In den letzten Jahren haben sich zunehmend

Fachpublikationen und Monitoring-Websites mit dem Netzwerk der europäischen MB und den nationalen MB-Szenen beschäftigt. Die vorliegende Studie verfolgte jedoch erstmalig den methodischen Ansatz, das europäische Netzwerk von MB-Multifunktionären auch quantitativ zu analysieren. Hierfür wurden Vernetzungen von rund hundert MB-Multifunktionären in MB-nahen Organisationen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien/Irland, Italien und Schweden deskriptiv statistisch und anhand einer sozialen Netzwerkanalyse betrachtet. Es zeigte sich, dass die nationalen Netzwerke der MB auf vielfältige Weise miteinander verflochten sind und ein größeres europäisches Gesamtnetzwerk bilden. Zugleich konnte festgestellt werden, dass das europäische Gesamtnetzwerk dezentral organisiert ist, mit unterschiedlichen strukturellen Einflussmöglichkeiten der nationalen Netzwerke auf- und untereinander. Trotz vorhandener Unterschiede, stellten sich einige MB-nahe Organisationen als für alle nationalen MB-Netzwerke relevant heraus. Das Netzwerk deutscher MB-Multifunktionäre erschien als vergleichsweise kleines, aber elitäres Netzwerk mit einer hohen Machtkonzentration in den Händen weniger Akteure.

Christian Stupp: Die „Muslimbruderschaft“ in Deutschland als soziale Bewegung. Analyse zur Einschätzung einer Organisationsform.

Der Aufsatz untersucht die Präsenz der „Muslimbruderschaft“ (MB) in Deutschland hinsichtlich der Frage, ob sie sich als soziale Bewegung charakterisieren lässt. Gezeigt wird, dass die MB eine netzwerkartige Struktur aus Gruppen und Organisationen aufweist. Zudem existiert eine kollektive Identität, basierend auf Gruppenzugehörigkeit und daraus resultierender gemeinsamer Handlungsfähigkeit. Des Weiteren wird dargelegt, inwiefern die MB intendiert, sozialen Wandel zu verursachen. Zuletzt zeigt sich, dass die Handlungspraxis zwar auf dem Mittel des kollektiven Protests beruht, jedoch die Öffentlichkeit, die für eine soziale Bewegung essenziell ist, bewusst gemieden wird. Daraus resultiert, dass es sich bei dem Phänomen nur eingeschränkt um eine soziale Bewegung handelt. Die Analyse zeigt außerdem, dass eine größere Aufmerksamkeit auf das informelle Umfeld der Organisationen der Muslimbrüder gerichtet werden muss und dass es signifikante

Überschneidungen zwischen Ideologie und Strategie der Muslimbrüder sowie dem Konzept sozialer Bewegungen gibt.

Günther Jikeli: Antisemitismus unter Muslimen als potentielles Mobilisierungsmittel für islamistische Gruppen. Eine Auswertung von Umfragen zu muslimischem Antisemitismus in westlichen Ländern

Anhand von 33 Umfragen aus 15 europäischen Ländern und den USA wird die Frage untersucht, ob Antisemitismus unter Muslimen in westlichen Ländern besonders stark verbreitet ist. Die Ergebnisse sind eindeutig. Alle Umfragen bestätigen, dass Antisemitismus unter Muslimen deutlich weiter verbreitet ist und oft um ein Vielfaches höher liegt als in der Gesamtbevölkerung. Demografische und sozioökonomische Faktoren können diese Unterschiede nicht erklären, wohl aber Variationen innerhalb der Gruppe der Muslime. Die Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen schwanken je nach Erhebungsdesign und Fragestellung, liegen aber in den meisten Erhebungen zwischen 30 und 50 Prozent. Es ist also davon auszugehen, dass für einen großen Teil der Muslime, wenn auch längst nicht für alle, antisemitische Interpretationen zur Norm im sozialen Umfeld gehören. Dies birgt nicht nur ein erhöhtes Risiko der Umsetzung antisemitischer Einstellungen in Handlungen, sondern auch eine erhöhte Anfälligkeit für islamistisches Gedankengut, das Antisemitismus mit einer politisch aufgeladenen islamischen Identität verbindet.

Armin Pfahl-Traughber: Rechtsterrorismus als Terminus und Untersuchungskonzept. Betrachtungen zu Definitionen, Einordnungen, Spezifika

Neben dem islamistischen und linken gibt es auch einen rechten Terrorismus. Doch worin können die Besonderheiten eben dieses Rechtsterrorismus gesehen werden? Antworten auf diese Frage vermittelt ein auf die jeweiligen Spezifika bezogener Vergleich. Die abstrakt gehaltene Analyse, welche sich auf eine Bilanz der Forschung zum Rechtsterrorismus stützt, blickt dazu auf Gewaltintensität, Ideologievarianten, Kommunikationsformen, Opfergruppen, Organisationsformen und Strategievarianten. Mittels dieser

Gesichtspunkte ergeben sich die Konturen von dem, was mit der besonderen Gewaltform des Rechtsterrorismus gemeint ist. Das entwickelte Analyseraster versteht sich als Anregung zur Entwicklung eines Untersuchungskonzepts, das bezogen auf Besonderheiten und Ebenen hinsichtlich Gemeinsamkeiten und Unterschieden noch verfeinert werden kann. In einem Exkurs wird auch das Konzept des „Vigilantismus“ kritisch erörtert, soll es doch gelegentlich als Alternative zur Konzeption des Rechtsterrorismus gelten.

Jan-Hinrick Pesch: „Leaderless resistance“ von links. Die „Revolutionären Zellen“ als frühes Modell zellulär-horizontaler Organisationsformen im Terrorismus

Wird das Konzept des „führerlosen Widerstands“ in der Terrorismusforschung beleuchtet, bleiben die 1973 aus der Taufe gehobenen „Revolutionären Zellen“ (RZ) für gewöhnlich unberücksichtigt. Dies verwundert, setzten sie doch in der Praxis – ausgehend von lateinamerikanischen Vordenkern – noch vor dem bundesrepublikanischen Rechtsterrorismus und weit vor islamistisch motivierten Terroristen auf eine zelluläre Organisation mit flacher Hierarchie und weitgehender Selbstständigkeit der einzelnen (Mit-)Glieder. Diese Struktur – verbunden mit weiteren Besonderheiten wie einem „Feierabendterrorismus“ – brachte Vor- wie Nachteile mit sich: einerseits ein belastbarer Schutz vor Festnahmen und Enttarnung sowie ein hohes Aktionsniveau, andererseits der Hang zu internem Zwist und die Gefahr des Pervertierens konsentierter Grundsätze durch das keiner Kontrolle unterliegende Handeln im Namen der RZ. Dass die Vorteile überwogen, zeigte sich nicht zuletzt an der Vorbildfunktion, welche die RZ für andere Akteure hatten: Im westdeutschen Links- und Rechtsterrorismus wurden die strukturellen Elemente der Zellen kopiert. Auch im 21. Jahrhundert erfreuen sich Merkmale zellulärer Organisation, wie sie die RZ annahmen, unter terroristischen Akteuren einer Beliebtheit – dies unterstreichen Fälle aus dem rechts und islamistisch motivierten Terrorismus.

Harald Bergsdorf: Täter-Opfer-Umkehr in der Propaganda der RAF. Eine Analyse ihrer kommunikativen Doppelstrategie durch Selbstlegitimierung und Selbstviktimisierung

Der Beitrag analysiert die doppelte Funktion der Propaganda der „Roten Armee Fraktion“, die terroristischen Anschläge als legitimen 'Kampf gegen das System' zu rechtfertigen (Strategie der Selbstlegitimation) und die RAF-Täter als Opfer darzustellen (Strategie der Selbstviktimisierung). Wesentliches Argument bei der Selbstlegitimation war die Behauptung, die Bundesrepublik sei ein ‚faschistischer Repressionsstaat‘, in dem weiterhin eine übergroße Zahl an Nationalsozialisten keine Neben-, sondern vermeintlich eine bzw. die Hauptrolle spielten. Die RAF, so die Propaganda, sei angetreten, die Menschen aus dem Joch dieser angeblich zumindest latenten Diktatur zu befreien. Daher würde sie ohne Rücksicht auf Verluste bekämpft. Mit dieser Argumentation betrieb die RAF eine Täter-Opfer-Umkehr – nicht zuletzt durch die fortgesetzte Propaganda ehemaliger Mitglieder der Organisation. Im Ergebnis verzeichnete die Propaganda nur anfänglich wenige Erfolge, scheiterte aber insgesamt weitgehend.

Corinna Lehmann/Sabine Schupp-Demiriz/Britt Ziolkowski: Die Bedeutung von Gender-Aspekten bei der Radikalisierung von Mädchen und Frauen. Eine vergleichende Analyse zu Entwicklungen im Islamismus und Rechtsextremismus

Die Autorinnen umreißen die Bedeutung von Gender-Aspekten bei islamistischer und rechtsextremistischer Radikalisierung anhand von drei Thesen: (1) Gender-Aspekte spielen beim Anschluss an extremistische Bestrebungen eine wichtige Rolle. (2) Es gibt keine genuin extremistischen Rollenbilder. (3) Der Anschluss von Frauen an extremistische Organisationen und ihr Verbleib darin oszilliert zwischen Anpassung und Rebellion. Diese drei Beobachtungen resultieren aus einer Untersuchung von vier Fallbeispielen: Für den Islamismus wurden die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ und der „Islamische Staat“ berücksichtigt, im Rechtsextremismus lag der Fokus auf der „Identitären Bewegung“ und der Partei „Der III. Weg“. Zusammenfassend kann festgehalten werden: Geschlechterrollen sind ein zentraler Faktor in der Sozialisation insgesamt – bestimmte

Vorstellungen *von* bzw. Konflikte *mit* gelebten Rollen können Radikalisierungsprozesse begünstigen, zuweilen entladen sich Spannungen in Geschlechtertransgression.

Tom Mannewitz: Eine Gefahr für die konstitutionelle Demokratie? (Linke) Identitätspolitik zwischen Emanzipation und Extremismus

Der Beitrag untersucht das Verhältnis vor allem linker Identitätspolitik zu den Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates, strukturelle Parallelen zu extremistischen Ideologien sowie die Gefahren für die Stabilität der Demokratie. Empirische Beispiele zeigen, dass der identitätspolitische Diskurs auf struktureller Ebene in Teilen von exklusiven Erkenntnisansprüchen, Dogmatismus, Essentialismus und Manichäismus geprägt ist. Inhaltlich bestehen große Vorbehalte gegenüber Universalismus, Individualismus und dem ergebnisoffenen gesellschaftlichen Diskurs. Hinzu kommt das spalterische Potential linker Identitätspolitik, die als Elitenthema das Trennende sucht und Gegenreaktionen provoziert. Ihr geht es häufig um Identitäten und deren Anerkennung, nicht um Problemlösung. Schließlich weist die Bewegung erhebliches Radikalisierungspotential auf. Das macht sie zu einer Bewährungsprobe für die Demokratie.

Armin Pfahl-Traughber: Partikulare versus universelle Prinzipien. Bedenkliche Elemente linker Identitätspolitik

Identitätslinke wollen sich für Minderheiten einsetzen. Dieses an und für sich begrüßenswerte Engagement kann aber auch mit bedenklichen Folgen einhergehen. Eine diesbezügliche Gefahr ergibt sich durch die partikularistischen Prägungen des identitätslinken Selbst-verständnisses, das auf angeblich homogene Gruppen von Minderheitenangehörigen orientiert ist. Aufgrund der damit einhergehenden Fixierung auf Identität und Kollektive ignoriert man aber damit einhergehende problematische Positionen. Sie bestehen in einem ausgeprägten Antiindividualismus und Menschenrechts-relativismus, welche geschlossene Gesellschaften von Identitätskollektiven entstehen lassen. Darin können nicht nur aufgrund der Gruppenidentität jeweils Individualrechte erodieren, sondern auch die normative Basis für ein größeres soziales Miteinander. Man hätte es

statt einer Gesellschaft freier Individuen mit unterschiedlichen Kollektiven mit partikularen Wertefundamenten zu tun. So entfiele aber auch die allgemein geteilte Basis dafür, wie Konfliktregelungen erfolgen sollten. Es ginge dann bei Gruppenbildungen nicht mehr um einen Pluralismus mit einem nicht-kontroversen Sektor, sondern um eine Spaltung über kollektive Zuordnungen.

Autorenverzeichnis

Dr. Udo Baron, Jahrgang 1963, ist Politikwissenschaftler und Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Referent für die Bereiche Linksextremismus und Extremismus mit Auslandsbezug im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Dr. Harald Bergsdorf, Jahrgang 1966, ist Politikwissenschaftler, Zeithistoriker und Buchautor und arbeitet u. a. über Demokratie, Extremismus, Terrorismus und deutsche Geschichte seit 1870/71.

Dr. Maximilian Fuhrmann, Jahrgang 1981, ist Politikwissenschaftler und arbeitet aktuell zu Fragen der Wohnungspolitik.

Dr. Hendrik Hansen, Jahrgang 1966, ist Politikwissenschaftler und Ökonom und lehrt als Professor für politischen Extremismus und politische Ideengeschichte am Fachbereich Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung sowie als Privatdozent an der Universität der Bundeswehr München.

Dr. Günther Jikeli Jr., Jahrgang 1973, Historiker und Soziologe, hat die Erna B. Rosenfeld Professur am Institute for the Study of Contemporary Antisemitism an der Indiana University inne und leitet das dortige Forschungslab „Social Media & Hate“ und ist Associate Professor in Germanic Studies und Jüdischen Studien.

Dr. Wulf Kellerwessel, Jahrgang 1963, ist Philosoph und arbeitet als apl. Professor am Philosophischen Institut der RWTH Aachen.

Aaron Kunze, Jahrgang 1986, ist Islamwissenschaftler und arbeitet beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Stuttgart.

Corinna Lehmann, Jahrgang 1992, ist Politikwissenschaftlerin und Soziologin und arbeitet als wissenschaftliche Referentin beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Dr. Tom Mannewitz, Jahrgang 1987, ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Professor mit den Arbeitsschwerpunkten politischer Extremismus und politische Ideengeschichte an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Berlin.

Christian Menhorn, Jahrgang 1972, befasst sich unabhängig von seiner beruflichen Tätigkeit in einer Bundessicherheitsbehörde als freier Autor seit mehreren Jahren mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Deutschland.

Marcel Muth, M.A. (Jahrgang 1986), Politikwissenschaftler, arbeitet zu Themen des Rechts- und Linksextremismus.

Dr. Jan-Hinrick Pesch, Jahrgang 1991, ist Diplom-Verwaltungswirt, ehemaliger Student der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl und befasst sich mit Linksextremismus wie -terrorismus.

Dr. Armin Pfahl-Traughber, Jahrgang 1963, Politikwissenschaftler und Soziologie, arbeitet als Professor an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl.

Dr. Thomas Pfeiffer, Jahrgang 1970, ist Dipl.-Journalist, wissenschaftlicher Referent für Rechtsextremismusprävention in der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium des Innern NRW und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Philipp Scharf, Jahrgang 1993, ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und arbeitet an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen im Fachbereich Linker Radikalismus.

Sabine Schupp-Demiriz, Jahrgang 1959, ist Islamwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Referentin beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Christian Stupp, Jahrgang 1998, studiert nach einem Bachelor of Science in Sozialwissenschaften nun an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn Politikwissenschaft im Master.

Eva Weißbach, Jahrgang 1988, hat einen Master in Intelligence und Security Studies und beschäftigt sich mit den Themen Rechts-extremismus und Linksextremismus.

Dr. Britt Ziolkowski, Jahrgang 1983, ist Islamwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Referentin beim Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Spielregeln für Beiträge für das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET)

1. Das JET veröffentlicht nur Beiträge mit wissenschaftlichem Anspruch, d. h. ihnen soll eine klare Frage- und Problemstellung eigen sein und alle Aussagen müssen über Angaben in Fußnoten offen belegbar sein. Rein beschreibende Texte mit einer Aneinanderreihung von Informationen und Zahlen erfüllen diesen Anspruch ebenso wenig wie umgearbeitete Vortragsmanuskripte mit allgemeinen Aussagen und nicht näher belegten Angaben.
2. Stichtag für die Einreichung von Themenvorschlägen für die kommende Ausgabe (JET 2024/25) ist der 1. Juni 2024. Die Texte sollen spätestens am 1. August 2024 vorliegen. Die inhaltlichen Schwerpunkte wären zuvor mit den Herausgebern abzustimmen, besteht doch ansonsten die Gefahr der Dopplung von „Mode“-Themen. Grundsätzlich sollten die Beiträge eine bundesweite oder internationale Dimension aufweisen. Gleichwohl wären Analysen zur Situation in den einzelnen Bundesländern möglich, allerdings nur im Sinne von Fallstudien.
3. Die Texte sollen mit Zwischenüberschriften untergliedert werden. Darüber hinaus hat am Beginn der Punkt „1. Einleitung und Fragestellung“ und am Ende der Punkt „?. Schlussfolgerung und Zusammenfassung“ zu stehen. Im Anhang soll eine halbseitige Zusammenfassung des Textes und eine Angabe zum Autor gedruckt werden. Die einzelnen Aufsätze dürfen einen Rahmen von 15 bis 35 Seiten nicht unter- oder überschreiten.
4. Im Rahmen der Abstimmung des Themas erhalten Autorinnen und Autoren von den Herausgebern die Formatierungs- und Zitierrichtlinien.
5. Die Aufsätze sollten von den genannten Autoren stammen. Die Unterzeichnung eines Textes von einem Untergebenen durch einen Vorgesetzten mag in Behörden üblich sein, für den hier benannten wissenschaftlichen Publikationskontext gilt dies nicht.
6. Autoren, die aus Behörden stammen, müssen evtl. ihr Publikationsvorhaben mit Vorgesetzten abstimmen. Dies wäre direkt in den

entsprechenden Arbeitskontexten abzuklären. Es können aber auch Texte mit dem Zusatz „Der vorliegende Beitrag gibt lediglich die persönliche Auffassung des Autors wieder“ versehen werden. Im Vorwort jeder Ausgabe wird darüber hinaus regelmäßig darauf hingewiesen, dass die Autoren in Form und Inhalt allein für ihre Beiträge verantwortlich sind.

7. Die Erstellung eines Jahrbuchs wie des JET ist überaus arbeitsintensiv, daher die ausdrückliche Bitte, sich an die hier formulierten „Spielregeln“ und an die Formatierungs- und Zitierrichtlinie zu halten. Gegebenenfalls werden Beiträge mit der Bitte um formale oder inhaltliche Überarbeitung an die Autoren zurückgegeben.

Erreichbarkeiten der Herausgeber:

Hendrik.Hansen@hsbund.de

Armin.Pfahl-Traughber@hsbund.de

SCHRIFTEN ZUR EXTREMISMUS- UND TERRORISMUSFORSCHUNG

1. **Was** wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland. Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2008. 184 S. ISBN 978-3-938407-24-0.
2. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008. Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2008. 562 S. ISBN 978-3-938407-31-8.
3. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009 / 2010. Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2010. 645 S. ISBN 978-3-938407-31-8.
4. **Extremismus** und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz. Antisemitismus im Extremismus. Helmut Fünfsinn / Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2011. 202 S. ISBN 978-3-938407-49-3.
5. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011 / 2012 (I). Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2012. 309 S. ISBN 978-3-938407-52-3.
6. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011 / 2012 (II). Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2012. 307 S. ISBN 978-3-938407-53-0.
7. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013. Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2013. 271 S. ISBN 978-3-938407-62-2.
8. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (I). Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2014. 258 S. ISBN 978-3-938407-67-7.
9. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014 (II). Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2014. 274 S. ISBN 978-3-938407-68-4.
10. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015 / 2016 (I). Armin Pahl-Traughber (Hrsg.). 2016. 311S. ISBN 978-3-938407-83-7.

11. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015 / 2016 (II). Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2016. 261 S. ISBN 978-3-938407-84-4.
12. **Hubertus**, Andreas: Tödliche Werkzeuge Gottes. Merkmale terroristischer Theologie in Christentum und Islam. 2018. 415 S. ISBN 978-3-938407-90-5.
13. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017 / 2018 (I). Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2018. 256 S. ISBN 978-3-938407-91-2.
14. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017 / 2018 (II). Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2018. 253 S. ISBN 978-3-938407-92-9.
15. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019 / 2020 (I). Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2020. 458 S. ISBN 978-3-938407-98-1.
16. **Jahrbuch** für Extremismus- und Terrorismusforschung 2019 / 2020 (II). Hendrik Hansen/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.). 2020. 357 S. ISBN 978-3-938407-99-8.

115
IHRE BEHÖRDENNUMMER